

Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Die Linken und die Mittigen sind die Verursacher des neuen Einflusses der Rechten und sie bilden den gedanklichen Zaun, der den Menschen den Weg in die Freiheit und den Wohlstand ohne Zukunftsangst versperrt.

(Protokoll der Überlegungen zum Thema)

von
Tristan Abromeit

Dezember 2018

Text 160.1

www.tristan-abromeit.de

Text 160.0

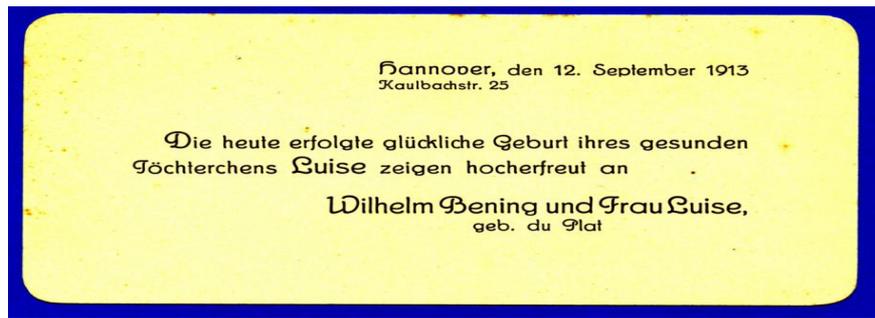
Die Thesen vom Dezember 2018

oooooooooooooooo

Text 160.2

Vorläufertext vom Dezember 2017

In Erinnerung an Luise, genannt Isa, † 28. 9. 2003,



die mich und meine Familie ein halbes Jahrhundert begleitet hat.

Für die Zukunft der Kinder, Enkel und Urenkel.

0000000000000



Diese Zeitschrift hat mir ein gut meinender Mensch vor die Haustür gelegt. Die Titelseite drückt mein Anliegen aus. Die Faust ist aber nur akzeptabel, wenn sie die geistige Anstrengung, die zum Erreichen des Ziels notwendig ist, meint. Die Faust, hier ein Symbol für die Durchsetzung mit Gewalt, gefährdet die Zielerreichung.

... Wirkung politischer Leitideen - 2 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018

Der erste Teil des Titels, den ich für diesen Text gewählt habe, mag anmaßend klingen, weil er suggeriert, dass ich, der Schreiber, alle Leitideen für die Ökonomie und der Gesellschaft kennen würde und wüste, welche richtig und welche falsch sind. Und das Wort *Verursacher* im Untertitel könnte als *Schuldige* gelesen werden. Diese mögliche Deutung ist falsch, sondern Ausdruck meines Bemühens um der notwendigen Aufklärung einen Namen zu geben. Da schließt sich gleich die Frage an: Wer kann und darf in einer verworrenen gesellschaftlichen Lage aufklären. Wie viele Bücher über das Individuum, die Gesellschaft und den Staat muss man gelesen haben, um mitreden zu können? Welche sollte man, zur Verdeutlichung des eigenen Gedankens heranziehen. Wie viel Verlass ist auf die eigene vielfältig geprägte Lebenserfahrung? ¹ Es ist aber nicht nur die Frage nach der Berechtigung, sich zur Lage unserer Gesellschaft zu äußern, sondern auch die Frage nach der eigenen Fähigkeit, etwas Erkanntes sinnvoll und verständlich durch die Sprache zu den Lesern einer solchen Botschaft zu transportieren. Weiter schließen sich die Fragen nach dem Sinn und der Wirkung eines solchen Vorhabens an. „... heute muss ich Dich loben für Deinen Mut, etwas ganz Vergebliches zu tun, einfach, damit es gesagt worden ist.“ schrieb mir ein Freund als Reaktion auf meinen Text „Der Blick in den Spiegel ist falsch adressiert“ ² Ich habe mit meinem Text 159 darauf geantwortet. ³ Habe ich mit meiner Antwort den Sinn des Tuns auf das mögliche kleinste Maß herabgesetzt, um die Wirkung des Einzelnen im System der Demokratie – die ja jeweils eine Klammer für Millionen von Menschen ist - nicht leugnen zu müssen? Warum fällt es uns leichter, für möglich zu halten, dass der Flügelschlag eines Schmetterlings in einem Erdteil im anderen Erdteil einen Sturm auslöst, als die Wirkung des realisierten eigenen Wollens in naher oder ferner Umgebung für möglich zu halten? Haben wir einzelnen Menschen in den Wirkungsketten denn weniger Gewicht als Schmetterlinge in ihrer? Ich verneine das, sonst müsste ich jetzt auf die Löschtaste drücken. Ich mache weiter als Demokrat, für den die Kategorien *klug genug* und *zu dumm* oder *gebildet* und *ungebildet* wegen der Voraussetzung der Demokratie als Herrschaftsform, nämlich dem gleichen Mitwirkungsrecht aller, nicht gelten. Ich nehme dabei für mich die Rolle des Dummen – der auch Anspruch auf Gehör hat - in Anspruch, weil der Nachweis, zu den Klugen zu gehören, auf den Weg der Eitelkeiten führt. Dabei weiß ich nicht, ob die Einsichtsfähigkeit der Dummen den Schaden, den

1 In einer HAZ-Titelgeschichte der HAZ vom 15./16. Sept. 2018 unter Titel > Wulf: Deutschland braucht Weltoffenheit – und „Law and Order“ < wird aus dem Appell des Alt-Bundespräsidenten berichtet: „Jeder könne im Internet seine Meinung verbreiten, so absurd sie auch sein möge. Auch vor erfundene Tatsachenbehauptungen warnte Wulff. Wichtig sei jetzt, dass der Staat wehrhaft bleibe. ...“ Folgt daraus die Sinnhaftigkeit der Zensur oder des Monopols auf erfundene Tatsachenbehauptungen bei den Mächtigen?

2 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/158.1.Der.Blick.in.den.Spiegel.ist.falsch.adressiert..pdf>

3 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/159.Kommentar.und.Antwort.zum.Text.158.1.pdf>

unsere Gesellschaft durch die Uneinsichtigkeit der Klugen erleidet, aufwiegt. Es geht mir jedenfalls nicht darum, gegen Einstellungen und auf Ziele von Einzelpersonen und Gruppen mit Hass zu reagieren ⁴, sondern die erhöhte Aufmerksamkeit auf politische Fehlhaltung in allen politischen Lagern zu lenken, die durch fehlerhafte Leitideen entstanden sind. Ich selber war parteipolitisch 1967 /68 mit dem „Versuchsballon“ Liberal Soziale Partei beschäftigt und danach in der FDP aktiv. Danach wurde ich als Mitglied der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen ein Gründungsmitglied der Partei DIE GRÜNEN. Mein inhaltlicher Beitrag nach der Gründung 1980 in Karlsruhe für den Programmkongress in Saarbrücken kann hier gelesen werden:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Ich habe in der Vergangenheit aber auch immer betont, dass ich unter bestimmten Gesichtspunkten ein Mitglied der SPD oder der CDU hätte sein können. Heute, wo ich die politischen Parteien eher für eine Gefahr als einen Nutzen für die Demokratie halte, kann ich ein solches Bekenntnis für DIE LINKE und für die AfD nicht abgeben. Das hängt aber nicht damit zusammen, dass ich gerne ein wohltemperiertes Bad in der politischen Mitte nehmen möchte, sondern es hängt damit zusammen, dass ich die politische Mitte als den Ausgangsort des politisch Abwegigen halte. Die politische Mitte ist sozusagen die Mutter der zweieiigen Zwillinge an den politischen Rändern. Die politischen Extreme – grob mit links und rechts bezeichnet – sind auch unvermeidbar, denn ohne sie ist eine politische Mitte nicht denkbar. Die Form, der Inhalt und die Stärke der politischen Extrempositionen wird weitgehend von der politischen Mitte bestimmt. Das Erscheinungsbild und die Stärke der Gruppen an den politischen Rändern ist somit ein Maßstab für die Qualität der Arbeit der politischen Mitte. In der Weimarer Republik ist die politische Mitte einfach implodiert, nachdem sie die politischen Ränder in den hässlichen Formen des Nationalsozialismus und des Kommunismus durch ihre Unfähigkeit, ökonomische Probleme zu lösen, gefüttert hatte. Dass dann beim Ringen der NSDAP und KPD um die Machtübernahme auf demokratischem Wege die Nazis gewonnen haben, lag auch daran, dass die Folgen einer KPD-Herrschaft schon aus dem Herrschen der Kommunisten in der UdSSR abgelesen werden konnten, aber jene der Herrschaft der NSDAP noch in der Zukunft lagen und nur für eine kleine Zahl der Hellsichtigen erkennbar waren.

Gestern (15. Okt.) sah und hörte ich im Fernsehen (Es war wohl der NDR.) einen Kurzbe-

4 Hass halte ich als eine fehlgeleitete und anderen Orten oder bei anderen Projekten fehlende Triebkraft.

richt einer über 90-jährigen Jüdin, die in Schulen und anderswo über ihre Erfahrungen im Konzentrationslager – das sie erlebt hat - zu berichten. Ihre persönlichen Sätze, die ich hörte, klangen mir in meinen Ohren wie eine Mischung aus Durchhalteparolen und Resignation über die politischen rechten Tendenzen bei uns und in anderen Ländern. Das kann ich nachempfinden, weil ich selber dieses Mischgefühl aus Durchhalten und Resignation kenne. Bei mir kommt aber hinzu, dass ich die unzulängliche und verlogene Politik der Mitte und der Linken in ihrer Gesamtheit als Verursacher des Rechtstrends bei uns und anderswo sehe.⁵ Wo soll man da noch Bündnispartner für eine bessere Gesellschaft, für eine bessere Welt suchen? In der HAZ vom gleichen Tage findet sich unter dem Titel „Hunderttausende setzen ein Zeichen“ ein Bericht über einen Protestzug in Berlin gegen ein Abdriften der Gesellschaft nach rechts. Es ist gut, wenn Menschen gegen oder für etwas demonstrieren, um ihren emotionalen Haushalt zu entlasten und dadurch – besonders, wenn mit der Demo ein Erfolg zu verzeichnen ist – eine positive Einstellung zu unserem Gemeinwesen behalten oder gewonnen wird. Demonstrationen – die zu länger dauernden Bewegungen werden können – ersetzen keine Analyse der gesellschaftlichen Ereignisse oder Zustände, die zu Manifestationen und Demonstrationen führen. Jede politische Bewegung hat ihre Ursache in einem gesellschaftlichen Mangel, die die offizielle Politikvertretung erzeugt hat. Bleibt die Analyse und die Korrektur der Politik – die mehr sein muss als Erlass neuer Verbote und Förderung von Gegenpositionen, dann kann es schnell zu Straßenschlachten kommen, wie sie Deutschland Anfang der 30er Jahre erlebt hat. Ich frage mich, ob von den Hunderttausenden, die in Berlin ein Zeichen gegen das Abdriften der deutschen Gesellschaft nach rechts setzen wollten, wenigstens sich tausend (oder bescheidener: 100) Demonstranten finden lassen, die sich die Mühe der Suche nach den Ursachen des Unbehagens in unsere Gesellschaft, in Europa und der Welt zu unterziehen bereit wären. Ich fürchte, dass das nicht der Fall ist. Politisch links zu stehen, war einmal ein Bekenntnis für die Aufklärung und den sozialen und politischen Fortschritt. Aber das muss man heute doch der Rubrik „Es war einmal!“ zuordnen. Was hat heute die Linke zu bieten? Bestenfalls ein System wie in China: Eine kommunistische Partei, die den Kapitalismus als Instrument des Machterhaltes zu nutzen weiß.

Ich habe einen anderen Auflauf von Menschen in Berlin in Erinnerung, den ich medienver-

5 Aus der HAZ vom 17. 10. 2018 erfahre ich aus dem Bericht unter dem Titel > „Lasst euch nichts gefallen im Leben!“ / Sie überlebte Auschwitz, weil sie im Lagerorchester Cello spielte – jetzt hat Anita Lasker-Wallfisch im Rathaus über ihr Leben gesprochen. < , wer das ist, über die so kurz im Fernsehen berichtet wurde. Aus dem Text geht weiter hervor, dass sie eine 93-jährige kluge, resolute Frau und eine begnadete Erzählerin ist. Das beigegefügte Bild zeigt eine beeindruckende Frau. Ich komme mir mit meinen fast 85 Jahre dagegen wie eine lahme Ente vor.

mittelt erlebte. Es war ein Zuspruch zu Barack Obama im Juli 2008 als Bewerber für das Präsidentenamt in den USA. Sicher war eine Begeisterung für die Vorstellung da, dass ein farbiger Mensch Präsident der USA werden könnte und auch eine Erwartungshaltung an den Inhalt seiner Rede, glaubte ich feststellen zu können. Aber mich beschlich auch das Gefühl, dass sich in dieser Veranstaltung wieder die Sehnsucht der Deutschen in einer unübersichtlichen Lage nach einem starken Führer offenbarte. Dass diese Sehnsucht einen rechten Drall hatte, konnte ich nicht feststellen. Da ich aber nichts darüber erfahren hatte, dass Obama bekannt sei, unter welchen Systemzwängen er regieren müsste und wie er diese sprengen wollte, wenn er gewählt würde, habe ich für mich gedacht, dass am Ende seiner möglichen Amtszeit wenig von dem Glanz übrig bleiben würde, in dem er seinen Zuhörern in Berlin erschien. Und so ist es gekommen.

Am 15. Oktober berichtet die HAZ unter „Kultur & Leben“ > „Wahr ist, was uns verbindet“ / Wider das Vergessen: Auf der Frankfurter Buchmesse erhält das Forscherpaar Aleida und Jan Assmann den Friedenspreis der Deutschen Buchhandels. < Das Paar auf dem eingefügten Bild von den Preisträgern, macht auf mich einen sympathischen Eindruck. Aber das „Wider das Vergessen“ bezieht sich offensichtlich nur auf die Zeit der Herrschaft der Nationalsozialisten und fördert damit das, was das Preisträgerpaar bekämpfen will. In dem Bericht von Nina May ist zu lesen:

Bei der Preisverleihung am Sonntag in der Frankfurter Paulskirche widerspricht Heinrich Riethmüller, Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, der Kritik der neuen Rechten, ritualisiertes Gedenken sei rückwärtsgewandt. „Im Gegenteil: Das kollektive Gedächtnis warnt die Lebenden vor der Wiederholung von Fehlern aus der Vergangenheit und ist somit von fundamentaler Bedeutung für die Zukunft.“

Das kollektive Gedächtnis hat noch keinen Krieg verhindert, weil mit zeitlichem Abstand die Ereignisse im Krieg ihren Schrecken verlieren, besonders bei denen, die ihn nicht erlebt haben.

Das kollektive Gedächtnis wurde in Deutschland einseitig programmiert. Das heißt, es wurde auf die Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus eingeschränkt und das was vorher und nachher gelaufen ist, wurde ausgeblendet, um das Gefühl der Schuld als politisches Gestaltungsinstrument zu erhalten, die politischen Akteure nach dem Zweiten Weltkrieg als die guten Deutschen einstufen zu können und ihre Schuld am Aufstieg der Nationalsozialisten unsichtbar zu machen.

Ludwig Freund, Jahrgang 1898, bis 1933 Mitglied im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1934 Emigration in die USA, Professor für Soziologie und Politikwissenschaft und 1959 Rückkehr nach Deutschland schreibt in seinem Buch „Aussenpolitische Grundsätze“, 1963:

... Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezuchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar über triebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen.

Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. ... (S. 56. f. ohne Hervorhebungen)

... Überempfindlichkeit oder furchtsame Zurückhaltung aber wird von niemandem gedankt und macht sich in der Politik niemals bezahlt. Die Abneigung der Unbelehrbaren wird dadurch nicht überwunden. Wie beim Antisemitismus nährt sich auch ihr Haß an der bloßen Existenz des Objektes. ... (S. 61)

Ich habe das Zitat schon mehrfach benutzt. Es gibt sicher weitere Quellen, in denen ähnlich geurteilt wird. Aber ich sitze ja nicht in einem Institut, das alle Möglichkeiten des Suchens und Prüfen hat. Aber von wissenschaftlicher Seite ist den in die Nazizeit Hineingeborenen eher suggeriert worden, ihr seit Kinder von Mördern, als ein Wort zu finden, das ihnen erlaubte, unbelastet den aufrechten Gang durch die neue Zeit zu gehen. Zu solch einem Wort hatte die Mehrheit der Wissenschaftler keinen Mut, weil sie entweder selbst in die Nazi-Zeit verstrickt waren, auch weil manche ihre Wissenschaftlichkeit mit der Propaganda für den neuen Zeitgeist verwechselten oder sie waren schlicht einfach feige und wollten ihre „wissenschaftliche“ Karriere nicht gefährden.⁶ Die Deutschen, die nichts mit dem Morden und den begangenen Scheußlichkeiten an den Juden zu tun hatten, wurden als Schuldner auch jener Juden benötigt, die zum Teil wiederum das Nazi-Regime gar nicht erlebt hatten.

Wenn es heute wieder eine Judenfeindlichkeit gibt, dann wurde sie von jenen gezüchtet, die Ludwig Freund kritisiert hat. Bei der Politik, die in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg betrieben wurde und die bei genauere Betrachtung die Formel von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als eine Ideologie entlarvt, ist es ein Wunder, dass der Rechtsruck in der Gesellschaft nicht schon ein paar Jahrzehnte früher eingetreten ist. Und diesen Rechtsruck in der Politik wird man nicht mit einer Gegenpropaganda klein kriegen, sondern nur dadurch, dass wir ehrlich zueinander werden und unsere politischen, gestalterischen Hausaufgaben machen.

Weiter heißt es in dem HAZ-Artikel „Wahr ist, was uns verbindet“ von Nina May unter der Zwischenüberschrift Empathie und Respekt:

Das Werk der Assmanns ist geprägt von den Werten der Menschenrechts-erklärung, deren 70. Jahrestag bei der diesjährigen Buchmesse im Zentrum stand. „Menschenrechte und Menschenpflichten: Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag“ lautet der Titel eines Buchs von Aleida Assmann zur Flüchtlingsdebatte. Sie plädiert dafür, Empathie und Respekt als Teil der meisten Kulturen wieder zur Grundlage des Miteinanders zu machen.

Für einen Großteil der Menschen auf unserer Erde sind doch die allgemeinen Menschenrechte Worte, die nicht von dieser Welt, sondern nur für feierliche Reden geeignet und nicht er-

⁶ Das ist keine Aussage, die sich auf eine empirische Forschung stützt, sondern auf intuitive Deutung des Erlebten in dieser Republik.

lebbar sind. Die Frage ist doch, warum das so ist. Dieter Suhr, tödlich verunglückter Professor der Rechte ⁷, schrieb mir im September 1989 auf einen anderen Fall angewandt, sie (hier die Mitglieder einer bestimmten Gruppe) sind nicht bereit, „die 'Anstrengungen des Begriffs' (Hegel) auf sich zu nehmen“. Das heißt, jede in der Sache richtige Antwort bleibt aus, weil sie schon im Vorfeld des Suchens durch Sonderinteressen, verfestigte Ideologien und oberflächlichen Meinungen verhindert werden. Und so kommt es, dass bestimmte Menschengruppen verdächtigt werden, als die Verhinderer der Menschenrechte oder gar als Ursache für alle Übel in unserer Welt zu sein. Dabei kann es vorkommen, dass Zeitgenossen, die sich gegen den Antisemitismus wenden, unbedenklich mit gleicher Intensität, mit der die Antisemiten ihre Vorurteile verbreiten, ihre eigenen Vorurteile gegen die Neoliberalen ⁸ oder eine andere Gruppe von Menschen verbreiten. In beiden Fällen kommt die Rationalität zu kurz und schafft so Raum für Inhumanität. Es wird viel zu sehr in den vorhandenen oder unterstellten Eigenschaften bestimmter Menschen gesucht, mögen sie sich z. B. für den Kommunismus oder den Islam entschieden haben und zu wenig in den Institutionen und Strukturen, die sich die Menschen im Laufe der Zeit geschaffen haben. Hier ist zu fragen, ob die Hilfskonstruktionen, die gesellschaftlichen Leben möglich machen (sollen), nicht direkt zu einem Fehlverhalten der Menschen verführen. Nur die Vermutung, dass hier die Ursachen für ein inhumanes Fehlverhalten liegen könnten, sollte die Wissenschaftler, die sich mit den Menschen und den von ihnen gebildeten Gesellschaften befassen, auf diese Frage stürzen. Ich kann nicht sehen, dass diese Frage große Beachtung erfährt. Aber vielleicht ist mein Gesichtsfeld nur zu eng oder ich bin zu dumm, um das zu erkennen. Ich betone aber, dass ich nicht das Werk der Eheleute Assmann kommentiere (Ich kenne es ja gar nicht!), sondern ich benutze wichtige Stichworte, die der Bericht über die Preisverleihung freilegt. Auf das Thema Flüchtlinge, das ich in meinen Texten 129, 140 und 141 behandelt habe, gehe ich später ein.

„*Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag*“, der Titel eines Buches von Aleida Assmann, ist das Stichwort, auf das ich hier eingehen möchte.⁹ Einen Gesellschaftsvertrag findet man aber nicht wie Klumpen aus Bernstein am Strand oder Goldnuggets im fließen-

7 https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr / <http://www.dieter-suhr.info/de/>

8 Gerade bei Verwendung des Begriffes Neoliberalismus ist Vorsicht geboten. In dem Beitrag für Kinder, zu dem der nachfolgende Link führt, sind die Neoliberalen gemeint, die auch unter dem Begriff Ordoliberalen verhandelt werden. Der Neoliberalismus als Schimpfwort bezieht sich aber hauptsächlich auf den Neoliberalismus der Chicagoer Schule und nicht auf die Freiburger Schule. Aber anstatt sich in dem Chor der Neoliberalismuskritiker zu suhlen, sollten sie lieber analysieren, welche Denkfehler hier vorliegen, denn auch die Chicagoer Schule wollte oder will den Menschen Gutes bringen.
<https://www.zeit.de/2010/48/Wirtschaft-fuer-Kinder>

9 Ich gehe ohne Kenntnis des Inhalts davon aus, dass in dem Buch brauchbare Anregungen stehen.

den Wasser eines Flusses, sondern müssen erarbeitet werden. Die Fakten- und Interessenslage der einzelnen Bürger und der von ihnen gebildeten Gruppen in der Gesellschaft, die sich mit einem solchen Vertrag Wohlstand und Frieden sichern will, müssen bekannt sein. Und es müssen klare Vorstellungen über die möglichen Teilordnungen der Gesellschaft und ihre Wirkungen auf die Gesamtheit der Bürger und ihre einzelnen Mitglieder vorhanden sein. Dann sind auch noch die Wirkungen auf andere Gesellschaften zu bedenken. Und wenn der Vertrag ein demokratisches Werk werden soll, dann kann ein erster Entwurf, der die Diskussion in Gang bringen soll, durchaus in einer Studierstube oder durch eine Kommission entstehen¹⁰, aber die wirkliche Erarbeitung muss wenigstens von einem beachtlichen Teil der Gesellschaftsmitglieder erfolgen. Und an der Annahme oder der Ablehnung des Vertrages müssen sich alle Bürger beteiligen können. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet und gesellschaftlich gesehen, leben die Deutschen seit eh und je in einem vertragslosen Zustand, den sie sich nicht ausgesucht oder geistig verarbeitet und sich aktiv angeeignet haben. Mir scheint, das wurde auch so gewollt, weil sich dadurch einzelne Personen und Gruppen ihre separaten Interessen als Gesamtinteressen unserer Gesellschaft deklarieren konnten.

Bevor ich diese Spur aber weiter verfolge noch eine Anmerkung zu dem nachfolgenden Satz im obigen Zitat, auf den sich diese Zeilen beziehen. Es heißt dort:

„Sie plädiert dafür, Empathie und Respekt als Teil der meisten Kulturen wieder zur Grundlage des Miteinanders zu machen.“

Empathie und Respekt sind keine Einbahnstraßen. Und entwickeln können sich diese Eigenschaften am besten, wenn die Kulturen nicht willkürlich durcheinander gewürfelt werden. Eine gegenseitige Befruchtung wird dann angestrebt werden und willkommen geheißen sein, wenn sie nicht abrupt mit dem Verlust eigener Werte und Vorstellungen verbunden sind. In diesem Bereich dürften auch die erhöhten Schwierigkeiten der (neuen) Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen im Umgang mit Flüchtlingen liegen. Als DDRler wurde ihnen von oben angeordnet, wie sie sich zu fühlen und welche Einstellung sie anderen Menschen – je nach politischer Kategorie – haben sollen. Und noch haben sie den Anpassungsprozess an die neue Situation nicht ganz vollzogen. Da sind sie von der Situation bedroht, das Fremde in ihre Welt eindringen, die noch nicht ganz die ihre geworden ist. Und ihre Empfindungen darüber werden einfach von der Politik mit dem feindseligen Begriff rechtsradikal belegt und diffamiert. Dabei ist es so, dass das Bedürfnis, unter sich zu bleiben und jenes, das sich offen

¹⁰ Besser ist es aber gleich von Beginn an konkurrierende Entwürfe vorzulegen, damit keine vorzeitige Festlegung erfolgt. Wünschenswert ist aber eine einheitliche Grobgliederung, weil dadurch die leichtere Vergleichbarkeit erhöht wird.

zeigt, gegenüber den Fremden, politisch und kulturell gleichberechtigt ist. Wenn das nicht so ist, dann müsste man die ganze israelische Politik als rechtsradikal einstufen, denn die Israelis beanspruchen auch, unter sich bleiben zu dürfen. Die Widersprüche, die sich aus den jeweiligen entgegengesetzten Haltungen ergeben, lassen sich nicht mit gegenseitigen Beschimpfungen auflösen. Wir müssen herausarbeiten, wann offene Grenzen eine Bereicherung sind und wann eine Zumutung. Wer hat jeweils den Nutzen der Zuwanderung durch Flucht und regulärer Einwanderung und wer wird unfreiwillig zum Träger der Kosten und Einschränkungen?

An dieser Stelle musste ich die Niederschrift meines Gedankenganges unterbrechen. Fest steht, wenn diese Zeilen ein Buch werden sollten, dann müsste ich vorher über eine strenge Gliederung nachdenken, damit ich selber bei dem komplexen Thema nicht ins Schleudern komme und der Leser eine Orientierungshilfe beim Lesen hat. Ich will aber kein Buch schreiben, das sich schön im Bücherregal ausmacht, sondern ein Impulspapier, das die aufkommende Suche nach neuen Wegen Deutschlands im Verbund mit Europa und eine bessere Verfasstheit unserer Gesellschaft verstärkt. Ich verlasse mich dabei auf meine Intuition. Das ist keine Garantie dafür, dass ich den Ball nicht ins Aus werfe (Umschreibung für den Papierkorb). Für diesen Fall kann ich nur hoffen, dass andere bei der Ballbeherrschung mehr Talent zeigen. Gestern hatte ich den Fortgang dieses Textes noch notiert:

Zurück zu der Suche nach einem Gesellschaftsvertrag. Die Chancen für die Findung sind groß, aber eben auch für die Verweigerungshaltung und das Scheitern der Suche bevor sie beginnt, weil zu viele politische Eitelkeiten und Kräfte der Verharrung im Wege stehen. Deutschland war vielleicht mal ein Land der Dichter und Denker. Heute macht es doch den Eindruck, dass es ein Land der Denkverweigerer ist, die sich mit dem Tagesgeschwätz ihre Denklücken zudecken.¹¹

Das Thema „Suche ...“ schiebe ich aber weiter nach hinten. Ich will vorher noch auf einen dritten und vierten Absatz aus dem Bericht über die Assmanns¹², die den diesjährigen Friedenspreis Deutschen Buchhandels erhalten haben, eingehen. In dem Bericht der HAZ von Nina May steht auch:

„Für uns ist dieser Preis die Ehrenbürgerwürde in res publica literaria, dem Heimatland, das keine Grenzen kennt“, sagt Jan Assmann. Seine Frau sagt Sätze wie „Öffentlichkeit ist das Gegenteil eines repressiven Schweigens“ und verweist auf die #MeToo-Debatte.
Oder auch: „Nicht jede Gegenstimme verdient Respekt. Sie verliert diesen

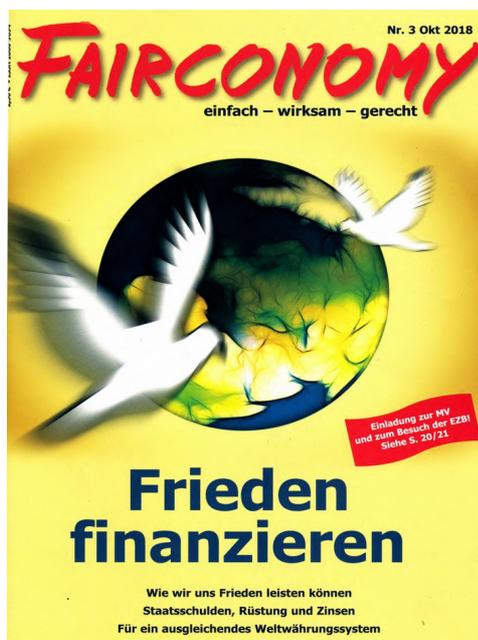
¹¹ Dieser Satz ist Ausdruck eines Kummers und soll keine Herabsetzung anderer sein. Aus der Sicht anderer Zeitgenossen mit anderen Anliegen kann ich auch ein Denkverweigerer sein.

¹² Assmanns waren in der Zeit, als ich als Bankkaufmann gearbeitet habe, für mich Diktiergeräte.

Respekt, wenn sie darauf zielt, die Grundlagen für Meinungsvielfalt zu untergraben.“

Es wäre schön, wenn die Literatur keine Grenzen kennen würde, leider setzen sich hier Zensoren im Auftrage von Regierungen oder auch Autoren, die sich als Verteidiger einer Ideologie, Weltanschauung oder Religion fühlen, für den Bau von Grenzen im Reich der Literatur ein. Hinzu kommen die Grenzen, die die verschiedenen Sprachen und die Ökonomie setzen. Ein Buch überschreitet nur die Grenzen der Sprache, in der es verfasst wurde, wenn die Kosten der Übersetzung, des Druckes und des Vertriebes in einer anderen Sprache durch die Summe des Erlöses wahrscheinlich ist. Eine gemeinsame Sprache – unter Beibehaltung der Vielfalt nationaler Sprachen – würde die Grenzen im Land der Literatur auch überwindbarer machen. Die gemeinsame Sprache darf aber nicht – wenn sie den allgemeinen Frieden dienen soll – das Ergebnis eines Diktates der politischen oder der ökonomischen Macht sein.

Einer, der sich dafür einsetzte, dass alle Nationalgrenzen künftig nur noch Verwaltungsgrenzen werden sollte, war Silvio Gesell¹³. Er erwartet den Frieden nicht von der Schaffung eines neuen Menschen, dass er (wie ich auch) trotz eines Spielraumes für unmöglich halte, sondern von einer Änderung in den ökonomischen Institutionen und Strukturen. Ich füge ein verkleinertes Bild von der Titelseite und Text der Rückseite der Mitglieder-Zeitschrift *fairconomy* der INWO¹⁴ ein. Hier wird sichtbar, wessen Geistes Kind Gesell war. Das ist schon ein Verweis auf die nachfolgenden Zeilen zur Meinungsvielfalt.



13 https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell / <https://de.wikipedia.org/wiki/Freiwirtschaft>

14 Redaktion Beate.Bockting@INWO.de / www.inwo.de

Die eiserne Forderung des Friedens

Ob es sich um Bürgerkriege oder Völkerkriege handelt, ist dem Friedensfreund völlig gleichgültig.

Dem Weltgeist, dem Erdenbürger sind alle Kriege Bürgerkriege.

Um die Massen zu sprengen, wird mit Hilfe der Presse und des Nachrichtenmonopols der nationalistische Hass gezüchtet. Um neue Reibungsflächen zu schaffen, werden Grenzzölle erhoben. Die nationalen Grenzen werden möglichst scharf betont. Von jenseits der Grenze wird der Angriff mit Abwehrzöllen beantwortet. Zollkrieg. Die Kaufleute und Unternehmer haben kein Interesse mehr an der Erhaltung des Friedens. Die beste Vorbereitung für den Kriegsgeist. Es kostet jetzt nicht mehr viel, um vor dem Volk eine Kriegserklärung zu rechtfertigen. Und der Krieg wird dann mit seinen Greueln die Massen von ihrem Internationalismus kurieren.

Wenn wir den Frieden fest und unerschütterlich begründen wollen, so muss diese eine Forderung erfüllt werden, die ich als die eiserne Forderung des Friedens bezeichnen möchte:

Alle Vorrechte müssen fallen.

Silvio Gesell (1924)

Ist das auch eine „Gegenstimme“, die keinen Respekt verdient? Meine Erfahrung ist, dass seit den fünfziger Jahren, als ich mich dem Pazifismus zuwandte und seit den 60er Jahren, als ich für mich die Freiwirtschaftsschule entdeckte¹⁵, immer von jenen über die Verteidigung der Meinungsvielfalt gesprochen wurde, die Sorge hatten, ihr Meinungsmonopol zu verlieren. Es hat immer eine Ausgrenzung von Minderheitsmeinungen durch linke und rechte Konservative bei uns gegeben. In den letzten Tagen erhielt ich das nachfolgende inhaltlich wieder gegebene E-Mail mit dem Betreff: „*Antifaschist Bierl staatlich gefördert*“

Liebe Listenmitglieder,

ich dachte, ich sehe nicht recht: Vorträge des nimmermüden Retters vor herbeigeredeten Faschismus-Gefahren Bierl werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen eines Bildungsprogramms "Demokratie leben" staatlich gefördert. Während Bierl unablässig u. a. vor den Freiwirtschaftlern warnt, scheint er in der AfD keine Gefahr zu sehen.

<http://falken-weimar.de/veranstaltungsreihe-zu-lebensreform-esoterik-und-oekologie/>

Freundliche Grüße R.A.

Dieser Mensch namens Bierl tingelt seit Jahren durch die Republik, um Andersdenkende zu diffamieren und ihre Anliegen bis zur Unkenntlichkeit zu verzerren. Es handelt sich hier um

¹⁵ Es war die Zeit, als man vom CDU-Staat sprach. „Der CDU-Staat“ ist ein Buchtitel von 1967.

eine Gegenstimme, die keinen Respekt verdient, auch deshalb nicht, weil das Ziel ihrer Verleumdungen nicht sichtbar wird. Aber soll man solche Stimmen verbieten? Nein, weil das der Zensur Tor und Türe öffnen würde. Wünschenswert wäre aber, dass sich jene, die die Verleumdungen erkennen, sich zu Wort melden würden und nicht vor Angst, sie könnten auch vom antifaschistischen Bannstrahl der „roten Faschisten“ getroffen werden, sich in Schweigen hüllen. Es geht hier nicht darum, um die von Bierl praktizierte Herabsetzungen Andersdenkender mit einer Herabsetzung seiner Person zu begegnen – er wurde mir als eine angenehme Erscheinung beschrieben -, sondern darum, auch hier auf die Wirkung von falschen Leitideen hinzuweisen. Was aber eine gute Leitidee ist, kann sich nur im redlichen chancengleichen Wettbewerb der Ideen herausstellen. Aber in unserer Republik fehlt es hier an Redlichkeit und Chancengleichheit. Dies will ich auch an einem anderen Beispiel deutlich machen:

Ich hatte Besuch von einem Enkel aus Frankfurt. Eines unserer Ausflüge führte uns nach Loccum. Ich wollte ihm die Evangelische Akademie, das Kloster und den Klosterwald zeigen. Bis auf die Besichtigung des Klosters, das bis auf die Klosterkirche wegen Bauarbeiten gesperrt ist, klappte das auch. In der Ev. Akademie Loccum habe ich schon an guten Tagungen teilgenommen u. a. mit Ludwig Erhard als Referent. ¹⁶

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.8%20OB%20Lt.%20Doku%2008.pdf>

Ich stellte fest, dass seit meiner letzten Anwesenheit schon wieder positive Veränderungen am Erscheinungsbild der Akademie vorgenommen wurden. <https://www.loccum.de/> Mir fiel das nachfolgende eingefügte Bild vom Internationalem Freundschaftsheim Bückeberg wieder ein, das ich neulich bei meinem jüngeren Bruder¹⁷ entdeckt habe.



¹⁶ Ich weiß nicht mehr, was der Gegenstand meines Diskussionsbeitrages war. Ich erinnere mich aber, dass ich meinen Beitrag mit dem Hinweis eingeleitet habe, dass ich diesen aus marktwirtschaftlicher Sicht vortragen würde. Erhard brummelte dann etwa: „Das wird auch Zeit!“

¹⁷ Er hat freiwillig als Seemann den Zivildienst geleistet.

Das Internationale Freundschaftsheim wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von dem Pastor Wilhelm Mensching gegründet, um die ehemaligen Kriegsgegner wieder zu versöhnen, um den Kontakt gegen den offiziellen Feind jenseits des Eisernen Vorhanges nicht abreißen zu lassen und um Freiwillige für den Friedensdienst auszubilden.¹⁸ Ich war 1957 für ein paar Monate im Freundschaftsheim und später wiederholt für Kurzbesuche. Ich habe am Aushub der Baugrube an dem mittleren Haus mitgewirkt. Wilhelm Mensching hätte mich gerne als Hausmeister behalten, meinte aber, er dürfe mich nicht halten, weil ich meinen Weg gehen müsste.¹⁹ Die Nissenhütte rechts im Bild, mit der das Freundschaftsheim gestartet wurde – so habe ich es in Erinnerung – wurde vom britischen Militär gespendet. Die Lehre von Mensching, die in mir nachwirkt, ist wohl die, dass der, der weiß, wofür er selber steht und was er will, der braucht vor seinen Feinden und vor seinen Freunden einschließlich der Freunde und Feinde keine Angst haben. Damals war es schwerer für einen Kommunisten ein freundliches Wort zu riskieren, als heute für eine der neuen rechten Gruppen. Ich erzähle das so ausführlich, weil diese Gegenstimme in Bückeberg auch wohl keinen Respekt verdiente, sie musste nämlich einem Konsumtempel weichen oder ist schon vorher verstummt – das weiß ich nicht genau. Aber im Vergleich der Entwicklung der Ev. Akademie in Loccum und des Freundschaftsheimes sieht man, dass – wenn es um Geld und Einfluss geht - es besser für die Amtskirche ist, im Windschatten der jeweiligen Macht zu fahren. Bei differenzierter Betrachtung würde das Bild sich sicher ändern. Hier geht es nur um den groben Trend. Die Friedensbewegung würde auch besser da stehen, wenn sie weniger um die Änderung der Moral der Menschen kümmern und dafür mehr um die zerstörerischen Kräfte in der Ökonomie kümmern würde, dabei aber nicht – wie in der Vergangenheit – das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft als scheinbares Lösungsmittel anvisiert.

Ich komme zum vierten zitierten Absatz von Nina Mays Artikels, auf den ich mich einlasse:

Gemeinsam berufen sie sich auf den Philosophen Karl Jaspers, der vor 60 Jahren mit dem Friedenspreis ausgezeichnet wurde. „Nach zwei traumatischen Weltkriegen entwickelte er seine Vision eines neuen Europas“, erin-

18 <http://www.geschichtsatlas.de/~gc21/wilhelmmensching.htm>
<http://www.sn-online.de/Schaumburg/Bueckeberg/Bueckeberg-Stadt/Ein-Leben-fuer-den-Frieden>
<http://www.vhs-schaumburg.de/index.php?id=85&kathaupt=11&knr=18B110102&knradd=18B110102>
<https://www.zeit.de/1958/44/friedensschule-auf-dem-weinberg>
https://www.szlz.de/region/bueckeberg_artikel.-denkmal-soll-ans-freundschaftsheim-erinnern-.arid.188247.html

19 Dieser Weg war mir aber gar nicht bekannt. Ich war damals 23 Jahre alt und schon 9 Jahre beruflich unterwegs: abgebrochene Fotografenlehre beim Vater, Matrose in der Seeschifffahrt, Arbeitseinsätze im Bergbau, Binnenschifffahrt, auf einer Werft, im Elternhaus, Gelegenheitsarbeit und ein Orientierungspraktikum in Freistatt, in der Erziehungsanstalt, das durch den gleichnamigen Film bekannt geworden ist. Ich wollte von der Seefahrt weg, war an Land aber nur Hilfsarbeiter.

nernt Jan Assmann, „die auf der Überwindung europäischer Überheblichkeit basierte.“

Hier ist es das Stichwort „Karl Jaspers“, das meine besondere Aufmerksamkeit weckte. Zu den Preisträgern dieses Jahres, Aleida und Jan Assmann, kann ich nicht mehr sagen, als in den Medienberichten berichtet wurde. Der Text ihrer Rede aus Anlass der Verleihung des Friedenspreises ... steht mir im Zeitpunkt dieser Niederschrift noch nicht zur Verfügung. Ich verweise hier nachfolgend auf zusätzliche Medienberichte und auf die Homepage des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V.:

Verleihung Friedenspreis des Deutschen Buchhandels Preis 2018 an Aleida und Jan Assmann

Das Forscherpaar ist am 14. Oktober 2018 in der Frankfurter Paulskirche mit dem Friedenspreis ausgezeichnet worden.

Die deutsche Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann und der deutsche Ägyptologe und Kulturwissenschaftler Jan Assmann haben am Abschlussstag der Buchmesse den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2018 erhalten.

Gemeinsam haben Jan Assmann und sein Frau Aleida die Theorie des kulturellen Gedächtnisses entwickelt. Aleida Assmann hat diese Theorie in ihren Büchern über Erinnerungskultur formuliert.

Dabei habe insbesondere der Gedanke einer dialogischen Erinnerungskultur eine Rolle gespielt, in der man nicht nur die eigenen Erinnerungen kultiviert, sondern auf die Erinnerungen der anderen hört und vor allen Dingen auch die Erinnerungen der anderen an das Leid, das wir ihnen zugefügt haben, und die Erkenntnis, dass da ein Dialog entstehen müsse, so Assmann: „Und das hat sich ja politisch so durchgesetzt, wenn man an diese 'Truth and Reconciliation Committees' denkt. Da haben wir es mit einer Theorie zu tun, die eine entschieden aktuelle politische Bedeutung gewonnen hat.“

<https://www.swr.de/swr2/literatur/friedenspreis-des-deutschen-buchhandels-2018-an-aleida-und-jan-assmann/-/id=6891032/did=21861040/nid=6891032/12zbnok/index.html>

oooooooooooo

Jan Assmann hob an mit [Karl Jaspers](#) Konzept einer "Achsenzeit", der gerade einmal ein Jahr nach [Kriegsende](#) kurzerhand den engen Europazentrismus zu einem universellen Kulturgedächtnis öffnete, weil er Laotse, Buddha, Zarathustra, Parmenides, [Konfuzius](#) und [Homer](#) zu grenzüberschreitenden Zeitgenossen erklärte, die gemeinsam eine neue Ära stifteten. Europa galt, Skandal!, somit "nur noch als lokale Ausprägung", schreibt Jan Assmann auch in seinem frisch erschienenen Buch.

<http://www.spiegel.de/kultur/literatur/friedenspreis-des-deutschen-buchhandels-geht-an-aleida-und-jan-assmann-a-1233188.html>

oooooooooooo

Die Kulturwissenschaftler Aleida und Jan Assmann haben in der Frankfurter Paulskirche den [Friedenspreis des Deutschen Buchhandels](#) entgegengenommen. In ihrer Dankesrede forderten sie von Europa eine globale Solidarität im Umgang mit ökonomischen und natürlichen Ressourcen – "damit es eine Zukunft nachfolgender Generationen überhaupt noch geben kann". [Aleida und Jan Assmann](#) wurden für ihre Forschung zur Erinnerungskultur von Gesellschaften ausgezeichnet.

[Europa](#) müsse sich der Wissenschaftlerin und dem Wissenschaftler zufolge auch mit den Menschen solidarisieren, die durch Kriege, Not und Gewalt zur Flucht gezwungen seien. "Es kann nicht angehen, dass es eine neoliberale Freiheit für die Bewegung von Kapital, Gütern und Rohstoffen gibt, während Migranten an Grenzen festhängen und wir die Menschen, ihr Leid und ihre Zukunft vergessen", verlangten beide. Die zentrale Frage sei nicht, "ob wir die Integration schaffen oder nicht, sondern wie wir sie schaffen". Das Ehepaar wies darauf hin, dass Kulturen schon immer durchlässig gewesen seien.

Aleida und Jan Assmann betonten, dass es die Aufgabe eines kulturellen wie eines nationalen Gedächtnisses sei, sich "wiedererkennbar zu halten". Man könne aber heute nicht mehr nahtlos "an alte Fantasien von Stolz und Größe der Nation" anknüpfen. Das Gedächtnis sei auch ein Spiegel der Selbsterkenntnis, der Reue und Veränderung. Die Nation sei kein heiliger Gral, der vor Befleckung und Entweihung zu retten sei, "sondern ein Verbund von Menschen, die sich auch an beschämende Episoden ihrer Geschichte erinnern und Verantwortung übernehmen für die ungeheuren Verbrechen, die in ihrem Namen begangen wurden".

<https://www.zeit.de/kultur/literatur/2018-10/friedenspreis-deutschen-buchhandels-aleida-assmann-jan-assmann-dankesrede>

000000

<https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/445651/>

<http://www.boersenverein.de/445722/?aid=1478904>

0000000000

Von und über Karl Jaspers habe ich in der Vergangenheit sicher Zeitungsartikel gelesen, aber für was er inhaltlich stand, war mir nicht mehr gegenwärtig. Im August 2018 - einige Zeit davor konnte eine nachbarschaftliche Beziehung im Oldenburgischen aus der Kinderzeit nach über 60 Jahren wieder reaktiviert werden - berichtete mir mein Gesprächspartner über Leben und Werk des Arztes Friedrich Theodor von Frerichs, der ursprünglich aus Ostfriesland stammte. Mir fiel dabei der Philosoph Rudolf Eucken, der Vater von dem Ordoliberalen Walter Eucken ein, der auch aus Ostfriesland kam. Danach wurde von meinem Gesprächspartner Karl Jaspers, dem gebürtigen Oldenburger benannt (* [23. Februar 1883](#) in [Oldenburg](#); † [26. Februar 1969](#) in [Basel](#) https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Jaspers). Es war wohl eine Art von Lokalpatriotismus der uns veranlasste, nach berühmten Menschen aus Wissenschaft und Forschung zwischen Weser und Ems, in Erinnerung zu rufen. Jedenfalls hat mich das damalige Gespräch empfänglich für den Hinweis auf Jaspers im Zusammenhang mit den diesjährigen Trägern des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gemacht. Meine Neugier - auch im Hinblick auf den hier entstehenden Text - war geweckt: Was hat Jaspers 1958 im Hinblick auf den Frieden, auf Europa und die Welt gedacht? Ich habe mich jedenfalls auf die Suche nach diesem Text begeben und wurde hier fündig:

https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/1958_jaspers.pdf

Schon die Laudatio von Hannah Ahrendt hat mich begeistert. Es drängte mir das Bild von einer Kunstturnerin des Wortes auf, die wie schwerelos ihre Gedankenfiguren am Boden, am Reck, am Barren und Schwebebalken präsentierte. Ich kam mir beim Lesen dabei vor, als hinge ich selber beim Schreiben wie ein Mehlsack am Reck und hätte Mühe, einen Klimmzug hinzubekommen. Ich bringe drei Zitate von Hannah Ahrendt, nicht zu ihrem Stil, sondern zur Charakterisierung von Karl Jaspers.

... Jaspers' Ja zur Öffentlichkeit ist einzigartig, weil es ein Philosoph ausspricht und weil es sachlich der Grundüberzeugung seines gesamten Philosophierens entspringt: Philosophie hat mit Politik gemeinsam, daß sie alle angeht; dies ist der Grund, daß sie in die Öffentlichkeit gehört, wo nur die Person und ihre Bewährung zählen. Der Philosoph - im Gegensatz zum Wissenschaftler - gleicht dem Staatsmann darin, daß er für seine Meinungen mit seiner Person haftet. Wobei allerdings der Staatsmann noch in der gewissermaßen glücklichen Lage ist, nur dem eigenen Volk verantwortlich zu sein, während Jaspers, zumindest in allen Schriften, die nach 1933 entstanden sind, immer so schreibt und spricht, als müsse er gegebenenfalls sich vor der ganzen Menschheit verantworten. ... (S.3, rechte Spalte)

... Sie wissen, daß Jaspers lange vor dem Jahr 1933, wie man sagt, »berühmt« war, so wie andere Philosophen es auch sind; daß er aber erst im Verfolg der Hitlerzeit und vor allem in den Jahren danach eine öffentliche Figur im vollen Wortsinne geworden ist. Nichts wäre falscher, als zu meinen, dies sei lediglich den Umständen geschuldet, die ihn erst in die Verborgenheit der Verfolgten drängten, um ihn dann zum Symbol einer gewandelten Zeit und Gesinnung zu machen. Wenn die Umstände hier überhaupt etwas machten, so haben sie ihn nur an den Platz geschoben, an den er ohnehin seinem Wesen nach gehörte - in das volle Licht der Weltöffentlichkeit. Dies ging nicht etwa so zu, daß er erst etwas erlitt, dann in diesem Leiden sich bewährte, um schließlich, als Not am Mann war, so etwas wie »das andere Deutschland« zu repräsentieren. In diesem Sinne repräsentiert er gar nichts. Er hat immer ganz allein gestanden und war von allen Gruppenbildungen unabhängig, auch von der deutschen Widerstandsbewegung. Es ist das Großartige an dieser Position, die nur von dem Gewicht der Person getragen ist, daß er, ohne irgend etwas anderes zu repräsentieren als die eigene Existenz, die Gewähr dafür bieten konnte, daß auch in der Finsternis der Gewaltherrschaft, in der alles Gute, das es noch geben mag, schlechthin unsichtbar und daher unwirksam geworden ist, die Vernunft nur vernichtet werden kann, wenn wirklich und wortwörtlich alle Vernünftigen totgeschlagen sind. ... (S. 4, linke Spalte)

... In diesem durch ein ständig sprechendes und hörendes Denken erhellten Raum ist Jaspers zu Hause; er ist seine geistige Heimat, weil er ein Raum in des Wortes buchstäblicher Bedeutung ist, so wie die Denkwege, die seine Philosophie lehrt, Gedankengänge in des Wortes ursprünglicher Bedeutung sind, Gänge nämlich, die einen Raum erschließen. Jaspers' Denken ist räumlich, weil es immer auf die Welt und die Menschen in ihr bezogen

bleibt, nicht weil es an einen vorhandenen Raum gebunden wäre, sondern umgekehrt, weil seine tiefste Intention ist, einen »Raum zu schaffen«, in welchem die humanitas des Menschen rein und hell erscheinen kann. Immer »an das Mitdenken dessen (gebunden), was der andere denkt«, ist ein solches Denken auch dann politisch, wenn es von Dingen handelt, die mit Politik nichts zu tun haben, denn es bestätigt immer jene Kantische »erweiterte Denkungsart«, welche die politische par excellence ist. ... (S.5, re. Spal.)

... Dies Reich, meine Damen und Herren, in dem Jaspers beheimatet ist und zu dem er uns die Wege eröffnet, liegt nicht im Jenseits und ist keine Utopie, es ist nicht von gestern und nicht von morgen, es ist von dieser Welt. Vernunft hat es geschaffen und Freiheit regiert in ihm. Es ist nicht zu fixieren und zu organisieren, es reicht in alle Länder der Erde und in alle ihre Vergangenheiten; und obwohl es weltlich ist, ist es unsichtbar. Es ist das Reich der humanitas, zu dem ein jeder kommen kann aus dem ihm eigenen Ursprung. Diejenigen, die in es eintreten, erkennen sich, denn sie sind dann wie Funken, aufglimmend zu hellerem Leuchten, verschwindend bis zur Unsichtbarkeit, wechselnd in ständiger Bewegung. Die Funken sehen sich, und jeder flammt heller, weil er andere sieht. ... (S. 6 unten)

Als ich danach die Dankesrede von Karl Jaspers gelesen habe, war ich freudig erregt, von dem was ich las. Es fügte sich nahtlos ein in das, was ich 1957 im Internationalem Freundschaftsheim Bückeburg wie ein trockener Schwamm aufgesogen habe und es ist kompatibel mit den Gedanken von Silvio Gesell und der von ihm gegründeten Freiwirtschaftsschule, die ich Anfang der 60er Jahre für mich entdeckte. Ich habe den Text der Rede von Jaspers noch ein zweites und drittes Mal durchgelesen, um mit wenigen Zitaten seine hier entwickelte Denkungsart zu zeigen. Aber beide Male habe ich so viel angestrichen, dass es für die Leser dieser Zeilen zweckmäßiger und ergiebiger ist, den ganzen Text von Karl Jaspers zu lesen. Ich wollte nur mit einigen Sätzen oder Absätzen versuchen, für Leser dieser Zeilen nachvollziehbar zu machen, was mich an Jaspers Text von 1958 auf 6 Seiten so beeindruckt hat. Dieser Versuch endete mit 1450 Wörtern und 10031 Zeichen. Und am Ende des Ausdrucks las ich dann: „Diese Texte sind urheberrechtlich geschützt. ...“ Das finde ich bei so einer Botschaft, die klärend in einer heutigen Situation der verwirrten und verwirrenden Politik dienen könnte, auch im Sinne des Verfassers²⁰ kontraproduktiv. 70 Jahre Schutzrechte nach dem Tod des Autors, das erscheint mir nicht als Schutz seiner Rechte und die seiner Nachkommen, sondern als eine Produktion von ökonomischen Renten, also als Absicherung des Kapitalismus. Hier sind wir schon bei einem ökonomisch-rechtlichen Bereich, der ein Grund für den Unfrieden in der Welt ist. Er muss dringend im *Raum der Wahrheit* (Jaspers) beleuchtet

20 Wenn ein Verstorbener noch Interessen haben kann.

und neu verhandelt werden.

Der gesamte Text wurde 1958 von Karl Jaspers so geschrieben, als sei er für uns heute gedacht. Es ist eine Kritik der unterentwickelten Demokratie, der Parteien, der Ökonomie und der Wachstumsideologie, des Eurozentrismus, der Unfähigkeit der europäischen Länder sich zu einer Einheit zu formen, die kein Land zwingt, die eigene Identität aufzugeben und es ist eine Mahnung, die Grundlagen für den Frieden zu erarbeiten. Ich lasse Teile der Abschnitte folgen, die den Zusammenhang zwischen Frieden, Freiheit und Wahrheit aufzeigen:

1. Kein äußerer Friede ohne den inneren

Friede ist nicht Kampflosigkeit. Aber der Mensch kann den Kampf verwandeln aus gewaltsamem Kampf in den geistigen und in den liebenden Kampf. Der gewaltsame Kampf erlischt in der Kommunikation. Statt Überlegenheit im Sieg ist das Ergebnis die gemeinschaftliche Wahrheit. Durch solchen Kampf miteinander kommt erst jeder zu sich selbst. Der liebende Kampf stellt alle Mittel der Gewalt, auch die Mittel der intellektuellen Gewaltsamkeit, die als stärkere Rationalität der stärkeren Muskelkraft entspricht, dem Partner in gleicher Weise wie sich selbst zur Verfügung und hebt damit ihre tödliche Wirkung auf. Was einst im Kampf auf Leben und Tod Ritterlichkeit und ihre Spielregeln waren, dem sind in der täglichen Praxis der liebende Kampf und seine Ordnung zu vergleichen.

Der Friede beginnt im eigenen Haus. Der Weltfriede beginnt mit dem inneren Frieden der Staaten. Im innenpolitischen geistigen Kampf um die Herrschaft muß die Gesinnung der Friedlosigkeit, die die Gewalt wollen würde, wenn sie nur könnte, verschwinden. Denn die Friedlosigkeit der Innenpolitik macht auch den Frieden in der Außenpolitik unmöglich.

2. Friede allein durch Freiheit

Der innere Friede der einzelnen Menschen und des einzelnen Staates ist durch Freiheit. Weil nur Freiheit zum Frieden fähig ist, sagte Kant: Nur Staaten mit »republikanischer Regierungsart« können den Frieden schließen, der kein bloßer Waffenstillstand, sondern ohne Vorbehalt als Dauer gemeint ist. Unter republikanischer Regierungsart verstand Kant nicht eine Staatsform (wie Monarchie, Aristokratie, Demokratie), sondern die Regierungsart der Freiheit, die wir heute Idee der Demokratie nennen. Sie ist nicht zu verwechseln mit einer technischen Verfassungsform, die vermeintlich einmal als die richtige gefunden und identisch übertragbar wäre.

Was aber ist Freiheit? Äußere Freiheit eines Staates und innere Freiheit durch seine Regierungsart haben Bestand durch die existentielle Freiheit der einzelnen Menschen. Daher die Vieldeutigkeiten

im Worte »Freiheit«: Äußere politische Freiheit kann auch ein despotischer Staat haben. Eine freie demokratische Verfassung kann auch ein Volk innerlich unfreier Menschen haben.

Freiheit beginnt als Freiheit des einzelnen, gewinnt gemeinschaftliche Gestalt in der republikanischen Regierungsart, behauptet sich gegen Unterdrückung durch fremde Staaten. Im Ganzen dieser drei Momente ist Freiheit wirklich. Erst die Freiheit, dann der Friede in der Welt! Die umgekehrte Forderung: »erst Friede, dann die Freiheit« täuscht. ...

3. Freiheit allein durch Wahrheit

Freiheit aber ist nicht aus dem Nichts. Sie ist nicht Willkür, nicht beliebiges Meinen. Erst in der Hingabe an Wahrheit ist erfüllte Freiheit möglich. Kein Friede ohne Freiheit, aber keine Freiheit ohne Wahrheit. Hier liegt der entscheidende Punkt. Freiheit ist leer, wenn nicht die Wahrheit gemeint ist, der sie entspringt und der sie dient.

Was ist Wahrheit? Seit dem Altertum handeln Philosophen immer wieder »von der Wahrheit«. In neueren Zeiten denken sie sich ein in ihre Fragwürdigkeiten, in ihre Dialektiken und Umstürze, bis zu der Paradoxie, ob die Unwahrheit selber zu einem Moment der Wahrheit werden könnte. Mit der Wirklichkeit unserer Wahrheit sind wir immer nur auf dem Wege. Niemand hat sie, wir alle suchen sie.

Wollen wir Freiheit und Frieden, so müssen wir in einem Raum der Wahrheit uns begegnen, der vor allen Parteiungen und Standpunkten liegt, vor unseren Entscheidungen und Entschlüssen. Wenn wir frei und wahrhaftig werden, kehren wir ständig zurück in diesen gemeinsamen Raum, in dem wir verbunden bleiben auch dann, wenn wir Gegner sind. ...

https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/1958_jaspers.pdf

An einem Textausschnitt möchte ich noch zeigen, dass Jaspers zur Zeit seiner Dankesrede – in der viele Gedanken verdichtet sind - gar nicht so alleine war und dass das, was er sagte, auch heute noch Bausteine für unsere gegenwärtigen Problembewältigungen sind oder sein könnten. Ich komme darauf, weil ich in „Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten“ von Michael Kopatz, 2016, im Kapitel 9 ARBEITEN im Abschnitt *Lebenskunst* auf der Seite 274 f.:

... Jeder zehnte Erwerbstätige arbeitet gewöhnlich mehr als 48 Stunden pro Woche. Zweieinhalb Milliarden Überstunden im Jahr sind kaum noch Zeugnis von Strebsamkeit und Fleiß. Sie schaden der physischen und psychi-

schen Gesundheit. Wie zahlreiche Studien belegen, nehmen die gesundheitlichen Belastungen mit längeren Arbeitszeiten zu. Die repräsentative Arbeitszeituntersuchung des Kölner ISO-Instituts von 2004 weist zum Beispiel für Deutschland nach, dass Beschäftigte, die über 40 Stunden in der Woche arbeiten, deutlich häufiger unter Kopf-, Magen- und Rückenschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen, psychischer Erschöpfung und Herz-Kreislauf-Problemen leiden als weniger arbeitende Menschen. Zudem ist klar zu erkennen, dass die Häufigkeit aller Beschwerden bereits ab der 15. Wochenstunde zunimmt. Auch aus gesundheitspolitischen Gründen sind daher kürzere Arbeitszeiten sinnvoll. Da wäre es nicht verkehrt, wenn sich die Landes- und Bundesminister für Arbeit und Gesundheit über eine engere Zusammenarbeit ins Benehmen setzten. Als Vorbild können beispielsweise unsere Nachbarn dienen: Die Zahl der Überstunden hat sich in Dänemark mehr als halbiert. Auch in den Niederlanden arbeiten nur sehr wenige Angestellte über 50 Stunden. Es geht auch anders. ...

Und auf der Seite 280 ist dann zu lesen:

Auch Ludwig Erhard schien diese Vorstellung unbegreiflich zu sein. »Ich glaube nicht«, schrieb er bereits 1957, »dass es sich bei der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Gegenwart gleichsam um ewige Gesetze handelt. Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen Fortschritt, mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.«...²¹

Karl Jaspers sagt, nachdem er den bedenklichen Menschentypus beschreibt, der sein Selbstbewusstsein im Produzieren und Konsumieren findet:

Aber: Leistung allein genügt nicht. Die Hauptsache ist damit noch gar nicht geschafft. Der Stolz auf die Leistung trägt. Er darf nicht ablenken vom Wesentlichen. Aus der Anstrengung des Arbeitsbetriebes und aus der Vergessenheit zur Besinnung kommend, fragen daher Deutsche: Woher unser Ungeügen im Gefühl von Unwahrheit im Grunde? Was fehlt? Was wurde versäumt?

Ich habe die Schrift von Paul Lafargue mit dem Titel „Das Recht auf Faulheit / Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“ von 1848 in einer deutschen Ausgabe von 1978 vorliegen. Auf der Rückseite des Einbandes ist zu lesen, dass der Verfasser ein Schwiegersohn von Karl Marx war. Ich bringe 3 Auszüge von Paul Lafargue aus der Schrift „Das Recht auf Faulheit“, um danach meinen Schluss aus den Aussagen von Jaspers, Erhard, Kopatz und Lafargue zu ziehen.

21 Michael Kopatz zitiert hier Erhard aus seinem Buch „Wohlstand für Alle“, 157 (8. Auflage 1964). Ich selber komme auf dieses Buch noch zu sprechen.

Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht. (S. 9)

Arbeitet, arbeitet, Proletarier, vermehrt den Nationalreichtum und damit euer persönliches Elend. Arbeitet, um, immer ärmer geworden, noch mehr Ursache zu haben, zu arbeiten und elend zu sein. Das ist das unerbittliche Gesetz der kapitalistischen Produktion. (18)

Wie an Waren, so herrscht auch Überfluß an Kapitalien - natürlich nicht für diejenigen, die sie brauchen. Die Finanzleute wissen nicht mehr, wo dieselben unterbringen, und so machen sie sich denn auf, bei jenen glücklichen Völkern, die noch Zigaretten rauchend in der Sonne liegen, Eisenbahnen zu legen, Fabriken zu bauen, den Fluch der Arbeit einzuführen. Und dieser Kapitalexport endet eines schönen Tages mit diplomatischen Verwicklungen: in Ägypten wären sich England und Frankreich beinahe in die Haare geraten, um sich zu vergewissern, wessen Wucherer zuerst bezahlt werden, und mit Kriegen à la Mexiko, wo man die französischen Soldaten hinschickte, die Rolle von Gerichtsvollziehern zur Eintreibung fauler Schulden zu spielen. (Seite 21)

Wenn die Arbeiterklasse sich das Laster, welches sie beherrscht und ihre Natur herabwürdigt, gründlich aus dem Kopf schlagen und sich in ihrer furchtbaren Kraft erheben wird, nicht um die famosen »Menschenrechte« zu verlangen, die nur die Rechte der kapitalistischen Ausbeutung sind, nicht um das »Recht auf Arbeit« zu proklamieren, das nur das Recht auf Elend ist, sondern um ein ehernes Gesetz zu schmieden, das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten, so wird die alte Erde, zitternd vor Wonne, in ihrem Innern eine neue Welt sich regen fühlen aber wie soll man von einem durch die kapitalistische Moral korrumpierten Proletariat einen männlichen Entschluß verlangen! ---

Wie Christus, die leidende Verkörperung der Sklaverei des Altertums, erklimmt unser Proletariat, Männer, Frauen und Kinder, seit einem Jahrhundert den rauhen Kalvarienberg der Leiden; seit einem Jahrhundert bricht Zwangsarbeit ihre Knochen, martert ihr Fleisch, zerrüttet ihre Nerven; seit einem Jahrhundert quält Hunger ihren Magen und verdummt ihr Gehirn.... O Faulheit, erbarme Du Dich des unendlichen Elends! O Faulheit, Mutter der Künste und der edlen Tugenden, sei Du der Balsam für die Schmerzen der Menschheit! (S. 37 f.)

Warum Paul Lafargue seine Stellungnahme oder Betrachtung zu diesem wichtigen Thema *Das Recht auf Faulheit* und nicht *Das Recht auf Muße* genannt hat, weiß ich nicht, vom Inhalt her meint er ja die Muße. Erst habe ich überlegt, ob der Titel falsch übersetzt worden ist. Aber nach dem digitalen Übersetzer im Netz heißt *Le droit à la paresse* tatsächlich *Das Recht auf Faulheit*. Ich habe dann überlegt, ob es im Französischen keinen Begriff für Muße

gibt. Aber die Übersetzung für Faulheit und Muße lautet: *paresse* und *loisirs*. Meine letzte Überlegung war dann, ob Lafargue den Begriff Muße wegen seiner Nähe zum negativ besetzten Begriff Müßiggang vermieden hat. In Wikipedia ist unter Müßiggang zu lesen : **Müßiggang** (von mittelhochdeutsch *müezec gân*, müßig gehen, untätig sein, nichts tun, träge sein; von althochdeutsch *muozîg*, Muße habend)^[1] bezeichnet das Aufsuchen der Muße, das entspannte und von Pflichten freie Ausleben, nicht die Erholung von besonderen Stresssituationen oder körperlichen Belastungen. Er geht z. B. mit geistigen Genüssen oder leichten vergnüglichen Tätigkeiten einher, kann jedoch auch das reine Nichtstun bedeuten.

In der Umgangssprache besitzt der Müßiggang – im Gegensatz zur Muße – eine negative Konnotation als Laster und wird in der Regel mit Faulheit in Verbindung gebracht. Faulheit oder Trägheit (Acedia) zählt in der christlichen Theologie zu den sieben Hauptlastern, den „Wurzeln“ von lässlichen Sünden oder Todsünden. Ausdruck dieser Einschätzung ist das Sprichwort „Müßiggang ist aller Laster Anfang“. Einen literarischen Kontrapunkt zu diesem Sprichwort setzte 1935 Bertrand Russell mit seinem Essay *Lob des Müßiggangs* (Originaltitel: *In Praise of Idleness*).

Und weiter heißt es dort :

Müßiggang oder auch Freizeit war lange Zeit ein Privileg des Adels, der oberen Schichten und des Klerus. So spricht Henri de Saint-Simon unter anderem von einem Gegensatz zwischen einer „Klasse der Müßiggänger“ (Adel, Klerus) und den *Industriels*, der „industriellen Klasse“ (die ganze arbeitende Nation, angeführt von Industriellen, Bankiers, Ingenieuren und Wissenschaftlern). Müßiggang war allerdings oft mit der Beschäftigung mit freien Künsten und der Bildung verknüpft und galt als unverzichtbare Grundlage für Kunst und Kultur.

Dazu auch ein passendes Zitat von Søren Kierkegaard:

„An sich ist Müßiggang durchaus nicht eine Wurzel allen Übels, sondern im Gegenteil ein geradezu göttliches Leben, solange man sich nicht langweilt.“

<https://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%BC%C3%9Figgang>

Und Friedrich Nietzsche beklagt den Verlust von Muße ebenfalls.²² Vielleicht ist der Widerspruch von Titel und Inhalt bei Lafargue auch darin begründet, dass die Muße zu seiner Zeit noch ein Privileg war. Und wenn man fordert, ein Privileg zu verallgemeinern, dann hört es auf zu bestehen. Und wenn ein Privileg zugunsten einer Verallgemeinerung aufgelöst werden soll, dann kann der neue Begriff nicht den gleichen Namen haben, wie der Zustand vorher.

²² Nietzsche, Friedrich / Die fröhliche Wissenschaft / Viertes Buch. Sanctus Januarius / 329. Muße und Müßiggang //

<http://www.zeno.org/Philosophie/M/Nietzsche,+Friedrich/Die+fr%C3%B6hliche+Wissenschaft/Viertes+Buch.+Sanctus+Januarius/329.+Mu%C3%9Fe+und+M%C3%BC%C3%9Figgang>

So muss Lafargue wohl gedacht haben. Aber Michael Kopatz, Ludwig Erhard und Karl Jaspers, haben bei dem Begriff Muße wohl an eine Zeit gedacht, die frei ist vom Druck zur Leistung, den die Erwerbsarbeit mit sich bringt. Solange die Muße ein Privileg ist und als Merkmal einer Standeszugehörigkeit verteidigt wird, ist es erforderlich, dass die Privilegierten dafür sorgen, dass die Nichtprivilegierten keine Zeit dazu haben, über diesen Zustand nachzudenken, ob sie rechtens ist oder nicht. Aber Lafargue ist dahingehend zu widersprechen, dass *die Forderung auf das Recht auf Arbeit* (auch ohne Muße) eine politische Verirrung ist, wenn das Leben des arbeitenden Menschen und seiner Angehörigen davon abhängt.

Im dritten Zitat aus „Das Recht auf Faulheit“ von Seite 22 deutet Lafargue ja schon an, wo die Schwierigkeiten liegen. Wenn das Kapital keine ausreichende Rendite mehr bekommt, begibt es sich in ein anderes Land, wo es diese noch erhoffen kann und gibt den Arbeitern in dem Land, das es verlässt, das gar nicht gewünschte Recht auf „Faulheit“, das dann den Namen Arbeitslosigkeit mit der Folge der Einkommenslosigkeit hat. Lafargue beschreibt die Folgen der Arbeit ohne Muße ganz gut, wenn er nicht eindeutig zu den Ursachen dieses Zustandes und seiner Überwindung durchgedrungen ist, ist es müßig, ihm dieses heute noch vorzuwerfen. Abermillionen von Köpfen hätten sich zwischenzeitlich die Mühe machen können, den Weg zur Überwindung der Arbeit ohne Muße zu beschreiben. Also ist die Aufforderung an die Leser dieser Zeilen, selber darüber nachzudenken oder klaglos die mangelnde Muße hinzunehmen. Aber, wenn wir heute auch erkennen, dass die Muße erforderlich ist, um die Gesundheit zu erhalten, die Teilhabe an der Kultur zu ermöglichen, der Demokratie die nötige Zuwendung der Bürger zu sichern und um die Natur aus ökologischen Gründen nicht zu strapazieren, der Weg über ein bedingungsloses Grundeinkommen ist als ein Irrweg im Voraus erkennbar. Die Muße muss die Nutznießerin der eigenen Erwerbsarbeit werden. Damit das gelingt, müssen Fehler im ökonomischen System überwunden werden. Die Kriege mit ihren Zerstörungen, die direkt den Raum zur Muße verengen, müssen überwunden werden, aber auch die langen Wege zu den Arbeitsstätten, die Zeit, Geld und Kraft kosten, müssen verkürzt werden. Obwohl ich mit diesem Thema noch nicht zu Ende bin, stelle ich fest, dass wir uns auch zu diesem Thema – wie bei jenem von Freiheit und Frieden - „in einem Raum der Wahrheit begegnen müssen, der vor allen Parteiungen und Standpunkten liegt, ...“ (Jaspers) um zu der erforderlichen Klarheit zu gelangen.²³

23 Im Nachhinein lese ich in den „Lebenserinnerungen / Ein Stück Deutschen Lebens“ des Nobelpreisträgers 1908 für Literatur, Rudolf Eucken unter „Neue Aufgaben und weitere Pläne“ auf der Seite 93:

> ... Aus dieser Überzeugung ist die Schrift „Zur Sammlung der Geister“ hervorgegangen. In dieser Schrift habe ich nachdrücklich die Gefahr eine bloßen Arbeitskulturschilderung und mich darauf berufen, daß die

00000000000000000000

Einschub 1

Friedrich Müller-Reißmann, ein Freund im Geiste, der seine nachberuflichen Muße in die Bildhauerrei und in Essays für eine bessere Welt einsetzen wollte, hat das Schicksal ans Bett gefesselt. Seine lesenswerten Überlegungen unter dem Titel „Sirenenklänge / Gedanken-Spruch- und Liedgut des Krieges“ sind im Druckvornat in der Ausgabe 05 / 2018 der Humane(n) Wirtschaft erschienen. (www.humane-wirtschaft.de) In digitaler Form ist der Beitrag auf der Homepage des Autors zu finden. (<http://www.mueller-reissmann.de/>)

Zum Autor
Friedrich Müller-Reißmann



Jahrgang 1940,
Studium Physik
(Leipzig, Saarbrücken), ev. Theologie (Tübingen, Bonn), theoretische Informatik (Karlsruhe).
Langjähriger Mitarbeiter des Pestel-Instituts für Systemforschung, Hannover.
Schwerpunkte: Systemalternativen und Kriterien zu ihrer Bewertung. Systemstudien für Kommunen, Bundestag, Europaparlament. Mitbegründer des Öko-Instituts Freiburg.

Ende Einschub 1

00000000000000000000000000000000

Lafargue fordert auch in dem zuletzt von ihm zitierten Absatz (von der Seite 37) ein „ehernes Gesetz zu schmieden, das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten“. Das ist der falsche Ansatz: 1. Es ist schon schlimm genug, wenn den Menschen vorgeschrieben wird, wie lange sie arbeiten müssen. Die Forderung, ihnen vorzuschreiben, wie lange sie arbeiten dürfen, ist eine zusätzliche Sabotage ihrer persönlichen Freiheit, es sei denn, er lebt in einer wirtschaftlichen Situation, die ihn der Willkür anderer ausliefert. Ziel muss es sein, eine Ökonomie zu installieren, in die Bürger auch bei 3 Stunden täglicher Erwerbsarbeit sagen können: „Sie reichen mir!“ Bis es so weit kommen kann, müssen wir noch viel über die Unzulänglichkeit der Marktwirtschaft, die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital, den Staat und die Zerstörung des Arbeitsergebnisses durch Krisen und Kriege nachdenken. Bei den genannten 3 Stunden fiel mir eine Aussage von Oswald von Nell-Breuning wieder ein. Von dem ich gelesen habe, dass er auf 20 Stunden kommt, wenn das weggeräumt

Arbeit nur eine Seite des deutschen Lebens bilde, daß sie durch eine Geisteskultur ergänzt werden müsse, wenn nicht das Ganze und Innere des Menschen herabgedrückt werden sollte. ...<

wird, was dem Ziel als ökonomischer Ballast bisher daran hindert. Ich habe in dem Band „*Den Kapitalismus umbiegen / Schriften zu Kirche; Wirtschaft und Gesellschaft*“, von Oswald von Nell-Breuning²⁴, herausgegeben von Friedhelm Hengstbach SJ unter Mitwirkung von Bernhardt Emunds, Matthias Möhring-Hesse, Simeon Nuß OFM, Ulrich Sander Wolfgang Schroeder und Christoph Serries, 1990 die Stelle gesucht, aber nicht gefunden, dafür aber im Kapitel „Anteil einräumen / Arbeitszeitverkürzung in beschäftigungspolitischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht“ folgende Zeilen:

Arbeit bloß um der »Beschäftigung« willen wäre Arbeit um ihrer selbst willen. Zur Arbeit gehört ein Sinn oder Ziel, um dessentwillen man arbeitet. Andernfalls ist es keine Arbeit. - Investieren, um Menschen zu »beschäftigen«, auch wenn wir ausreichende Kapazitäten haben oder unter Überkapazitäten leiden und darum keine Investitionen brauchen, und erst recht Investitionen, die den Anstieg der Arbeitsproduktivität beschleunigen und im Ergebnis mehr Arbeitskräfte freisetzen, als Arbeitskräfte zu ihrer Erstellung eingesetzt wurden, sind sinnwidrig. Menschen damit beschäftigen heißt, ihnen sinnwidrige Arbeit zuzumuten. Genau besehen ist es ein Verstoß gegen ihre Menschenwürde.

Auch die gutgemeinte Absicht, ihnen damit Gelegenheit zu geben, auf redliche Weise ihr Brot zu verdienen, ändert daran nichts. Objektiv bleibt diese Arbeit - immer unter den angenommenen Voraussetzungen - ebenso sinnlos wie Sandkarren von links nach rechts und von rechts wieder zurück nach links an den alten Ort zu schieben. Mit dieser Überlegung haben wir den rein ökonomischen Bereich überschritten und den Bereich der Humanität oder der Ethik betreten - unser erster Schritt zur Gesellschaftspolitik.

Das Buch liest sich gut. Man muss ja nicht immer die Ansicht des Autors teilen. Ich komme damit zu einem anderen Kirchenmann, der ein Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning war und von der Kirche kalt gestellt wurde (Er musste auf Befehl von oben von seiner Professur zurücktreten). Bei Karl Jaspers haben wir ja gelesen, dass der geistige Kampf nicht vermeidbar ist, aber dass dieser nicht einmal in der Kirche fair ausgetragen werden kann, ist betrüblich. Dieser Gegenspieler heißt Johannes Kleinhappl. Vermutlich hätte man von seiner Existenz gar nichts erfahren, wenn nicht ein anderer Mensch mit Verstand, namens Ernst van Loen, den Nachlass von Kleinhappl gesichtet, geordnet und kommentiert und in fünf Bänden herausgegeben hätte. Vier Bände tragen den Untertitel „Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlass“. Die Haupttitel dieser vier Bände lauten: „Christliche Wirtschaftsethik“, „Christentum und Kapitalismus“, „Kirchliche Kapitalismuskritik“ und „Soziales Christentum“. Der fünfte Band trägt den Titel „Unus contra omnes / Der schwere Weg gegen den Strom“. Im Vorwort zitiert Ernst van Loen Johannes Kleinhappl wie folgt:

24 Gesell zu von Nell-Breuning siehe Gesammelte Werke, Bd. XV S. 351 – 361 u. XVII S. 50-55.
<https://www.silvio-gesell.de/gesammelte-werke.html>

„Wir sind verpflichtet, uns von unseren Schwierigkeiten ein klares Bild zu machen und nach wirksamer Abhilfe auszuschauen. Auch von den sozialen Kämpfen, die so viel Unrecht und Leid in die Welt bringen, gilt das Wort der Schrift: Die Wahrheit, die volle, rückhaltslose und unverfälschte Wahrheit, wird uns frei machen.

Was ich schrieb, ehe es geschrieben wurde, ist erlebt, erlitten und erbetet worden. Freilich schwingt Ressentiment mit. Nicht ganz zu Unrecht: Es ist ein Zornesausbruch, doch auch heiliger Zorn dabei. Jedenfalls wollte ich einmal in den Luftballon der Tautologien der adaptiven Oberlehrer der bürgerlichen Soziallehre in der Kirche stechen.“

Den Titel „Unus contra Omnes“ möchte ich nicht für die Position meines Handelns wählen, sondern wenn überhaupt, dann „*Einer von Euch für Euch*“. Der Übersetzer sagt: „Unus ex vobis propter vos“. Ich bin mir meiner Unzulänglichkeit dabei durchaus bewusst und ich habe ja schon berichtet woher ich dafür den den notwendigen Mut nehme, um dem Verzagen keinen unnötigen Raum zu geben.

Auch wenn man Oswald von Nell-Breuning und Johannes Kleinhapfl zurate zieht, hier wird deutlich, es gibt vieles zu klären und zu vermitteln, nicht nur in der Politik läuft einiges schief, sondern schon in der Vorstufe. Was da schief läuft, hat seine Ursache in der Forschung und Lehre der Wissenschaften, die sich mit den Handlungen des Menschen befassen, allen voran in den Wirtschaftswissenschaften. Dabei ist schwer zu bestimmen, ob das Um- und Neudenken in der Politik oder der Wissenschaft den Vorrang hat, denn die Lehre prägt den Inhalt der Politik, aber die Politik hat durch die Gestaltung der Bildungslandschaft, die Finanzierung und das Berechtigungs(un)wesen einen großen Einfluss auf die Inhalte der Forschung und Lehre.

Im Einschub 2 mache ich deutlich, dass auch intern in der Freiwirtschaftsschule eine ständige Kritik stattfand und findet, obwohl hier die meisten Unzulänglichkeiten auf die Tatsache zurückzuführen sind, dass diese Schule von der Politik aller Couleur ins Abseits oder in Misskredit gebracht wurde und wird, so, dass es an Geld, Mitteln und Personal fehlt, um auch nur die wichtigsten Themen gründlich zu bearbeiten.

oooooooooooo

Einschub 2

Solange ich mich mit der Freiwirtschaftsschule beschäftige - der ich mich sehr vorsichtig genähert habe, weil ich keinen Glaubenssätzen aufsitzen wollte – und das war seit Anfang

der 60er Jahre – so war hier die inhaltlich Kritik, wie auch die Frage nach der richtigen Vertretung dieser Schule nach außen, hier immer zu Hause. Gestritten wurde darüber, ob der Inhalt dieser Lehre über den politischen Weg oder jenen über die Bildung und Forschung zur Berücksichtigung oder Anwendung gebracht werden könne. Kritisiert wurde die Haltung von Mitgliedern, die in der Freiwirtschaftsschule so eine Art von Erlösungsreligion und Silvio Gesell als ihren Prophe-ten sahen, was sicher seltener vorkam als angenommen wurde. Das liegt daran, weil die Erkenntnisse und Anliegen dieser Schule in der Hauptsache nicht von Wirtschaftswissenschaftlern weitergetragen wurde, sondern von ökonomietheoretischen Laien, die das, was sie verstanden hatten in ihrer jeweiligen Alltagssprache transportieren mussten. Um das, was die Freiwirtschaftsschule und Silvio Gesell ausmacht nachlesen zu können verweise ich mit Links auf Darstellen im Netz:

„Es gibt in der Volkswirtschaft keine kleinen Fehler. Der geringste Missgriff zieht unberechenbare Folgen nach sich. Wer von einer irrigen Theorie geleitet seinen Weg fortsetzt, gelangt unfehlbar auch zu irrigen Resultaten.“

Silvio Gesell 1892 in "Die Verstaatlichung des Geldes"

"Reichtum und Armut sind gleichmäßig verkehrte Zustände; sie gehören nicht in einen geordneten Staat, sie sind mit dem Bürger- und Völkerfrieden unvereinbar."

Silvio Gesell 1916 in "Die Natürliche Wirtschaftsordnung"

<http://www.silvio-gesell.de/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell

<https://de.wikipedia.org/wiki/Freiwirtschaft>

<http://userpage.fu-berlin.de/roehrigw/gesell/nwo/>

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-und_Bodenreform/archiv_geld-und_bodenreform.html

Als ich die Freiwirtschaftsschule kennenlernte, waren nicht Berufsökonom Trägers dieses Wissens, sondern an vorderer Stelle Ärzte, Juristen, Lehrer und Ingenieure, aber nicht nur. Einer der vielen, die still im Hintergrund wirkten, war Walter Mirisch, weil mir über ihn als 1987 ältesten Kandidaten für den Bundestag ein Zeitungsbericht vorliegt, stelle ich ihn durch das Einkopieren dieses Zeitungsartikels – im fließenden Text – vor. An Originalität war er aber keine Ausnahme unter den Freunden der *Natürlichen Wirtschaftsordnung* – so der Titel des Hauptwerkes von Gesell.

Vor dem Zweiten Weltkrieg, so scheint mir, wurde die Freiwirtschaft aber stärker von Handwerkern und Unternehmern unterstützt, darunter auch Pioniere der Technik. Die Übernahme der Führung – wenn davon überhaupt die Rede sein kann - durch Berufsökonom wird seit einigen Jahren sichtbar, ist aber auch nicht unproblematisch, weil das der Freiwirtschaft widersprechende Wissen, das sie aus den Hochschulen mitbringen, ja nicht einfach wie Aktenstücke abgelegt oder als neue Früchte angebaut werden können. Interne Kritik findet so im Verhältnis der möglichen Außenwirkung dieser Schule einen großen Raum, der ihr Absinken auf eine Ökonomie-Religion unmöglich macht.

Karl Walker, ein klarer Kopf und treibender Geist der Freiwirtschaft (* 4.1.1904 in Straßburg, † 5. 2. 1975 in Berlin) hatte mir wenige Monate vor seinem Tod ein Tonband zugeschickt, auf dem er Kritiker seines Vortrages über die Notwendigkeit der „Fortentwicklung freiwirtschaftlicher Vorstellungen“ antwortet. Dieses Band hatte ich Dieter Suhr zugeschickt, um ihn zu zeigen, dass er nicht alleine mit seiner Kritik an inhaltliche Äußerungen innerhalb der Freiwirtschaft da steht. Darauf nimmt Prof. Suhr in dem Brief, der dem Bericht über Walter Mirisch folgt Bezug. (Das ist eine Kopie von einer Kopie.)

Hier nutze ich Lücke auf dieser Seite, um mit ein paar Links auf Karl Walkers Hintergrund zu verweisen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.24%20Lindner%20Hrsg.Walker.pdf

http://www.sffo.de/sffo/Das_Geld_in_der_Geschichte.pdf

Walter Mirisch ist der älteste Bundestagskandidat

„Ein vorgeschobener Lückenbüßer“

Für den 96jährigen ist die Wirtschaft das wichtigste, dann erst kommt die Politik

Von unserem Mitarbeiter Martin Geier

Obrigheim. „Unsere Zukunft ist nicht schwarz-, weiß oder rot, wir müssen uns vielmehr vorbereiten, wenn der große Knall kommt, der wirtschaftliche Bankrott. 1923 (Inflation) und 1948 (Währungsreform) waren ein Währungsschnitt. Und wenn wir beim nächsten nicht wieder dem betrügerischen, kapitalistischen Währungssystem in die Hände fallen wollen, müssen wir uns auf eine Neugestaltung der Zahlungsmittel einstellen. Die kann meiner Meinung nach nur umlaufgesicherte Indexwährung heißen.“ Nach einem Ausflug von mehr als drei Stunden in die Welt der Geldwirtschaft beendet Walter Mirisch seine Lehrstunde mit diesem Credo. Walter Mirisch, das ist der älteste Bundestagskandidat bei der Wahl am 25. Januar. Vor wenigen Tagen feierte er in Obrigheim seinen 96. Geburtstag.

Ja freilich, erzählt er, bis vor ein paar Jahren hat er noch auf Gemeindefesten „das Tanzbein geschwungen“, gehörte dem Kirchengemeinderat an, war fünf Jahre bei den Grünen und im finanzpolitischen Ausschuß. „Aber das sind alles Quassler, die sind befangen von ihren Ideen, Neuem kaum zugänglich.“

Und jetzt steht Walter Mirisch also auf Platz sieben der Landesliste 6 „Die mündigen Bürger“. Daß bei der Bundestagswahl auf ihn ein paar Stimmen entfallen könnten, will er fast nicht glauben. „Ich bin ein vorgeschobener Lückenbüßer“, sagt Walter Mirisch, „man hat mich gebeten, meinen Namen dafür herzugeben, und das habe ich getan.“

Mirisch, 1891 in Kamenz in Sachsen geboren, bezeichnet sich selbst als Freiwirtschaftler, das habe ihn zum nüchternen Denker und Pragmatiker gemacht. Nach der Inflation, als die Mark buchstäblich keinen



WALTER MIRISCH ist mit 96 Jahren der älteste Bundestagskandidat.

Bild: Geier

Pfennig mehr wert war, hat er sich um wirtschaftliche Zusammenhänge Gedanken gemacht. Seine „Bibel“ ist ein abgegriffener schwarzer Band „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ von Silvio Gesell. Er steht auf und holt ihn aus dem Bücherschrank, summt eine Melodie dabei.

Das wichtigste sei die Wirtschaft, dann erst kommt die Politik. Mirischs Lehrsatz: Ist die Währung in Ordnung, ist auch die Wirtschaft und Gesellschaft in Ordnung.

Mirisch ist Autodidakt. Er hat Bäcker gelernt, war Weber und Kellner, verkaufte Zigarren, war bei den Sozialdemokraten und schloß sich 1928

der Deutsch-Sozialen Bewegung des Richard Kunze (Knüppel-Kunze) an. 1947 saß er kurz in Bautzen, dann ging er in den Westen. Doch ob Keller in Wildbad oder Norderney, überall beschäftigte er sich mit den Lehren Gesells oder Irving Fisher, besuchte mit seiner Frau zahlreiche Kongresse im In- und Ausland.

Im biblischen Sinne geht es ihm um die Brechung der Zinsknechtschaft, um eine Reform von Grund und Boden und der Geldverteilung. Als Verfechter der „bereinigten Qualitätstheorie“ glaubt er zwar, daß zuviel Geld im Umlauf sei, weil dieses aber im hohen Maße durch Spekulation und Bindung an Branchen (etwa Auto) festliege, fehle produktives Anleihekaptal. Größter Störfaktor für die Wirtschaft sei die „Hortbarkeit“ des Geldes. Die Welt leide auch nicht an der Überproduktion sondern an Zirkulationsfehlern des Geldes.

Mit knappen Gesten unterstreicht Walter Mirisch sein Wirtschaftstraktat, läßt sich auch kaum durch Zwischenfragen irritieren, findet immer wieder den Frieden des Gesprächs. Seine Frau bringt Kaffee und Kuchen, „den hat mein Mann gemacht, der kann einfach alles.“ Und wie hält man sich so lange jung, gesund und frisch? „Maßhalten“, sagt Walter Mirisch, „wenn ich zuviel Kuchen gegessen habe, dann kriegt der Magen halt zwei Tage nichts.“ Dann hat er noch ein Lebenselexier, ein Pülverchen, das er auch mit Weingeist und süßem Samos ansetzt, es ist aus 15 Kräutern zusammengesetzt. Es hilft in allen Lebenslagen. Seine erste und einzige Wahlveranstaltung im Obrigheimer Ortsteil Asbach hat das Thema: „Die umlaufgesicherte Währung oder der konsequente Monetarismus.“ Die Leute hier im Ort sind sehr nett“, sagt Mirisch, „aber verstehen tun sie das nicht.“

Entgegen der Ankündigung kommen jetzt erst die Hinweise auf Dieter Suhr und dann sein Brief. Dr. Dieter Suhr war Professor für Recht an der Universität Augsburg. Er war mit den Antworten zur Ökonomie der Kollegen aus den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten unzufrieden und begab sich selber auf die Suche nach Erklärung. Innerhalb einer relativ kurzen Zeit hat er dazu reichliche Ergebnisse vorgelegt.

Dieter Suhr (* [7. Mai 1939](#) in [Windhoek, Südwesafrika](#); † [28. August 1990](#) in [Chania, Kreta](#)) war ein Jurist und Professor für [öffentliches Recht](#). Sein Bruder ist der Journalist [Giselher Suhr](#).

Dieter Suhr wurde 1966 an der [Universität Hamburg](#) bei [Herbert Krüger](#) mit einer Arbeit über [Eigentumsinstitut](#) und [Aktieneigentum](#) promoviert. 1973 habilitierte er sich als Schüler von [Helmut Quaritsch](#) mit der Habilitationsschrift „Bewußtseinsverfassung und Gesellschaftsverfassung – Über [Hegel](#) und [Marx](#) zu einer dialektischen Verfassungstheorie“ an der [Freien Universität Berlin](#). Seit 1975 war er Professor für öffentliches Recht, [Rechtsphilosophie](#) und [Rechtinformatik](#) an der [Universität Augsburg](#), parallel dazu war er kurze Zeit Richter am [Bayerischen Verfassungsgerichtshof](#). Seine Forschungsschwerpunkte waren die [Grundrechte](#), insbesondere das [Eigentumsrecht](#) sowie das [Umweltrecht](#). Ausgehend von verfassungsrechtlichen Überlegungen zur Geld- und [Währungsordnung](#) befasste er sich zuletzt auch mit [Geldtheorie](#) und legte hier vom wissenschaftlichen Mainstream abweichende Vorschläge vor, die an den Geld- und Wirtschaftstheorien von [Pierre-Joseph Proudhon](#), [Silvio Gesell](#) und [John Maynard Keynes](#) anknüpften. ...

https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr

Weiter:

[Publikationen](#) / [Bücher](#) / [Herausgaben](#) / [Aufsätze](#) / [Rezensionen](#)
[Presseartikel](#) / [Posthum Erschienenes](#) / [Leseproben](#) / [Nachwirkungen](#)

<http://www.dieter-suhr.info/de/>

Prof. Dr. Dieter Suhr (+) / University of Augsburg / 1990
The Neutral Money Network (NeuMoNe)
A Critical Analysis of Traditional Money
and the Financial Innovation "Neutral Money"

<https://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/suhr/nngengl.html>

Es folgt die Abschrift des Briefes hier ohne Absender- und Empfängeranschrift:

Prof. Dr. Dieter Suhr
Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtinformatik
Universität Augsburg

Sehr geehrter, lieber Herr Abromeit,
Sie hatten mir mit Ihrem Streubrief an vielerlei Adressen eine Kasette mit
einem Text von Karl Walker zugeschickt. Besten Dank! Ich habe mir die Ka-

sette angehört und den Text als Manuskript schreiben lassen. Vielleicht haben Sie ja Interesse an dieser schriftlichen Fassung des Textes von Walker. Deshalb füge ich Ihnen ein Exemplar bei. Auch die Kasette schicke ich Ihnen zu meiner Entlastung zurück.

Sie wollten mir mit der Kasette zeigen, daß ich nicht allein bin mit meinen Schwierigkeiten, wenn es darum geht, mit Mitstreitern theoretische Fragen zu klären. Seien Sie versichert, daß ich es weder für Boshaftigkeit und Sturheit, auch nicht unbedingt als Dummheit betrachte, wenn man einander in den Erkenntnissen nicht folgen will oder kann. Jeder kann sich irren, also besteht auch die Gefahr, daß man bei jedem einem fremden Irrtum aufsitzen kann, und in der Regel traut man sich selbst mehr zu als anderen. Es ist also in der Regel weniger die Boshaftigkeit, die Sturheit oder die Dummheit, als vielmehr Selbstüberschätzung und Egozentrik, und bei diesem Urteil schließe ich mich selbst durchaus ein. Wenn man dann nach einem eher formalen Verfahren sucht, mit Hilfe dessen man sich aus dem Gefängnis des nur-sich-selbst-Vertrauens befreien kann, dann gibt es eigentlich nur den Weg, daß man sich auf die Argumente und Denkweise des jeweils anderen möglichst gründlich und möglichst nachhaltig einläßt. Und je mehr fremde Argumente und Erkenntnisse jemand in sein eigenes Konzept zu integrieren vermag, desto eher sprechen diese Umstände dafür, daß seine Sichtweise einiges für sich hat. Auch dieses Verfahren kann trügen, aber in der Regel ist die Unfähigkeit, fremde Argumente auch nur anzuhören oder gar auf sie einzugehen, ein ziemlich zutreffendes Indiz dafür, daß der Betroffene nur in seinem eigenen Saft schmort. Und so gesehen habe ich bei mir selbst ein nicht allzu schlechtes Gewissen. Ich habe Gesell's natürliche Wirtschaftsordnung recht gründlich gelesen und mich damit (für mich) auseinandergesetzt. Ich habe mir daraufhin die Erstschriften von Gesell und alle wichtigen andere, die mir erreichbar waren, vorgenommen, und zwar nach und nach, während ich auch schon in die "allgemeine Theorie" von Keynes eingestiegen bin und Bücher von Irving Fisher gelesen habe. So rundete sich allmählich mein Bild, und ich wagte mich weiter vor bis zu den Transaktionskosten-Ansätzen der modernen Ökonomie und Geldtheorie. Wenn dann die geistreichen Überlegungen von Gesell sich einfügen in ein Bild, das mit Keynes und mit der modernen Ökonomie insoweit vollkommen verträglich ist, dann wird man schwerlich sagen können, ich gehörte zu jenen, die nur in ihrem eigenen Saft schmoren und ihre eigenen Vorstellungen von Gesell oder eben nicht mehr nur Gesell vertreten.

Aber ich beklage mich ja gar nicht, sondern habe nur gelegentlich geseufzt und im übrigen die Konsequenzen daraus gezogen, daß viele Freiwirte offenbar gar nicht wünschen, aus dem Gefängnis der nicht-professionellen Sprechweisen von "Geldhortung" und "Umlaufzwang" auszubrechen. Da hat es dann auch gar keinen Sinn, Energien zu verschwenden, wo andernorts allmählich größere Aufmerksamkeit und Aufgeschlossenheit den Einsatz eher lohnt und mehr Erfolg verspricht.

Ich werde mit gleicher Post eine Kopie der Abschrift von dem Walker-Band an Herrn Onken für das Gesell-Archiv schicken.

Mit nochmals bestem Dank und freundlichen Grüßen Ihr
(gezeichnet)
Prof.Dr. Dieter Suhr

Auch Helmut Creutz muss ich hier – als einen von vielen - noch benennen, die die interne Kritik befördert haben. In der Absicht Aussagen der Freiwirtschaftsschule zu widerlegen, hat er sich so in die Materie eingearbeitet, dass er zum Richtfeuer für viele Menschen wurde, die eine Orientierung in der Ökonomie suchten. Sein bekanntestes Buch ist „Das Geldsyndrom / Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Die nachfolgenden Links geben Auskunft über sein Leben und Werk:

www.helmut-creutz.de

<https://www.google.com/search?q=www.helmut-creutz.de&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b>

https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Creutz

<https://monneta.org/news/ein-aufklaerer-mit-mut-und-charakter-zum-tod-von-helmut-creutz-10-10-2017/>

<https://w8auf.com/wp-content/uploads/2018/01/Helmut-Creutz-Das-Geld-Syndrom-Wege-zu-einer-krisenfreien-Wirtschaftsordnung.pdf>

Einschub 2 Ende

oooooooooooooooooooo

Ich habe nun überlegt, wie ich weiter verfare, um zu den Vor-Überlegungen zu Thema “Realutopie” als brauchbare politische Leitidee zu kommen. Die Sprache als Verständigungsmittel der Individuen spielt da natürlich auch eine große Rolle. Ich dachte, ich hätte diesem Thema mit den Satz: *“Die gemeinsame Sprache darf aber nicht – wenn sie den allgemeinen Frieden dienen soll – das Ergebnis eines Diktates der politischen oder der ökonomischen Macht sein.”* (auf der Seite 12) Genüge getan. Aber ich werde das Thema noch nicht los. Anlass dazu sind Zeilen von Karl Jaspers und Rudolf Eucken. Aus den schon benannten Quellen, eigene Erfahrungen und die Überlegung, dass der politischen Rechtsruck bei uns und in anderen Ländern vermutlich auch damit zu tun hat, dass die Menschen sich in ihrer Muttersprache nicht mehr zu Hause fühlen. Und möglich ist auch, dass eine Angst vor der weiteren Verfremdung der Muttersprache – außer dem totalen Nicht-Verstehens der Sprache der Fremden – eine Ursache der Fremdenfeindlichkeit ist.

Bei Jaspers war es der nachfolgende Absatz, der als nicht ganz von mir verstanden oder verarbeitet bei mir hängen geblieben war. Ich kann mich erinnern, dass ich beim Lesen gedacht habe, dass ein Schriftsteller heute – wenn er so etwas schreiben würde – gleich als Rechtsra-

dikaler eingestuft würde.

Die Neugründung unseres uralten deutschen Selbstbewußtseins liegt in der Gemeinschaft vopolitischer Substanz, in der Sprache, im Geist, in der Heimat. Aus dieser Substanz entspringt die je besondere staatliche Aufgabe, heute auch in der Bundesrepublik.

Die Sprache hat hier ein eigenes Gewicht, ist auch Ausdruck dafür, wie sich der Geist in der Gesellschaft äußert und ist Teil der Heimat eines jeden einzelnen Menschen. (Und das ist unabhängig davon, welcher Nationalität der Mensch hat.)

Bei Rudolf Eucken liest sich der Untertitel „Ein Stück Deutschen Lebens“ in seinen „Lebenserinnerungen“ im Leben nach der Hitlerzeit schon nationalistisch. Wenn aber die Umerziehungsbrille, die die politisch korrekte Sicht ermöglicht, absetzt wird, dann löst sich dieses Vorurteil auf. Übersetzt sagt dann Eucken - in Singula oder Plural -: *Ich bin ich, mein Nachbar ist mein Nachbar, ich manipulierte und dominierte ihn nicht und lass mich nicht von ihm dominieren. Auf das, was ich schaffe, habe ich selber Anspruch und darauf darf ich stolz sein, so wie es mein Nachbar auch sein darf, ohne das ich es ihm neide. Soviel mehr wir uns in unserem Sosein respektieren und verstehen, je mehr sind wir uns auch eine gegenseitige Bereicherung.*

Eucken schreibt unter „**Erweiterung meines Wirkens über Deutschland hinaus**“ (S. 82):

Dass ich im Auslande verhältnismäßig mehr Anerkennung fand als in Deutschland, das hatte einen guten Grund. Ich habe mich stets als einen guten Deutschen gefühlt, und ich habe auch im Auslande dem Recht der deutschen Sprache nicht das mindeste vergeben, aber mein Hauptproblem war übernational, es erstreckte sich über alle Völker und Kulturkreise. Es galt, das gegenwärtige Leben von einer starken Unwahrhaftigkeit zu befreien, an der es leidet, und eine innere Erhöhung, ja Umwälzung des menschlichen Lebensstandes zu fördern; dafür aber fand ich mehr Wärme und mehr Unbefangenheit bei verschiedenen auswärtigen Völkern als in Deutschland.

Auf der Seite 85 heißt es dann:

Von meiner Studienzeit her bin ich mit einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten Englands in Briefwechsel geblieben. Übersetzungen meiner Bücher ins Englische verstärkten diese Beziehungen. Eine eigentliche Einladung erfolgte zunächst von den Unitariern. Schon zweimal und vor dem Nobelpreis hatten diese mich freundlich aufgefordert, die Essex Hall Lektüre zu halten. Ich sollte dort aber nach dortiger Sitte englisch sprechen dazu konnte ich mich nicht entschließen, obwohl ich des Englischen leidlich mächtig war. 1911 aber erhielt ich eine sehr herzliche Bitte, meine Vorträge ruhig in deutscher Sprache zu halten. Der Vortrag und auch eine Rede in einer englischen Kirche wurden sehr gut besucht und freundlich aufgenommen,

auch die leitenden Blätter, wie z. B. Die „Times“, brachten eingehende Berichte darüber. Auch die daran sich schließenden Tage in London und Oxford waren genußreich und anregend. Wir genossen dort durchgängig die liebenswürdigste Gastfreundschaft. Es war charakteristisch, daß der Lordmajor von London im Rückblick auf das vergangene Jahr den Besuch von Harnack und mir als ein gutes Zeichen für das Verhältnis der beiden Nationen begrüßte. Merkwürdig war es, daß ich mich auf religiösem und religionsgeschichtlichem Gebiet oft mit den Engländern besser verständigte, als mit vielen Deutschen; es war und ist der unglückselige Intellektualismus, der manche Deutsche an einer unbefangenen Würdigung der Lebensprobleme und Lebenstiefen hindert.

Es zeigt sich, dass der gegenseitige Respekt vor der Muttersprache die Verständigung und freundschaftliche Beziehungen nicht beeinträchtigen müssen. Die Frage ist aber auch hier, wie verstehen sich die Menschen, die die Muttersprache des anderen nicht verstehen. Hier wird aber deutlich, welchen Bedeutungsverlust unsere deutsche Muttersprache durch die Herrschaft des Nationalsozialismus erlitten hat. Rudolf Eucken müsste – wenn er heute leben würde – seine Vorlesungen in deutschen Hochschulen wohl in englischer Sprache halten und die Erstveröffentlichungen seiner Bücher würden dann auch nicht in Deutsch erscheinen. Unter dem Titel „Das Auricher Gymnasium“ schildert er den Konflikt zwischen der niederdeutschen Sprache – die dominant von den Schülern gesprochen wurde – und der hochdeutschen Sprache. Er sprach beide Sprachen, fand aber, dass bei den Vorzügen, die das Niederdeutsch auch hat, sich mit dieser Sprache nicht die Tiefe der in der Hochsprache zum Ausdruck kommende Kultur nicht erschließen lässt. Er schreibt auf Seite 17:

Ich selbst habe einmal meinen Mitschülern vorgeschlagen, wir möchten in der Schule uns untereinander des Hochdeutschen bedienen, um jene Kluft zu überwinden. Die Mehrzahl der Kameraden trat anfänglich meiner Aufforderung bei, aber eine Minderzahl hielt fest am Niederdeutschen, Tag für Tag gewann diese Minderzahl an Boden und schließlich den Sieg. Es erklärt sich das leicht aus der frischen und knappen, dabei traulichen Ort, die das Niederdeutsche besitzt. Manche Redensarten und Lieblingswendungen sind kaum hochdeutsch wiederzugeben.

Würde Rudolf Eucken heute Schüler sein und würde er vermutlich für die englische Sprache zulasten der deutschen Sprache werben, weil man doch mit dem Englischen weiter käme. Er hätte dann die Chance bei einer solchen Bemühung als Sieger das Feld zu verlassen.

Die Sprache ist nun aber nicht nur ein Verständigungsmittel, sondern wird auch benutzt um andere Menschen auszugrenzen. Eine harmlose Form, die auch den Charakter eines Bedauerns haben kann, vermittelt die Redewendung „Sie / er spricht eine andere Sprache als ich.“

Gemeint ist damit, dass die Erfahrungen, Erinnerungen, Benennung von Sachverhalten und Wertungen zu oder über Vorgänge und Gegenstände sich nicht decken. Oft bleibt der Versuch aus, trotz der Verständigungsschwierigkeiten eine Brücke der Verständigung zu bauen. Das kann Bequemlichkeit sein, kann aber auch Distanz oder gar Verachtung ausdrücken. Fachsprachen oder berufsbedingte Ausformungen der Sprache können unbeabsichtigte Verständigungsgrenzen setzen, dürften aber bei vorhandenem Verständigungswillen kein dauerndes Problem sein. Wenn Klicken oder Gruppen durch die Verwendung besondere Begriffe, Sprachbilder oder einer „Geheimsprache“ sich von anderen abgrenzen wollen, dann soll das ihr Vergnügen sein. Schlimmer finde ich, wenn Menschen die ihre Muttersprache oder eine Fremdsprache in Wort und / oder Schrift korrekt beherrschen anderen gegenüber, die das nicht können, zeigen wollen, dass sie klügere oder bessere Menschen sind. Dieses Verhalten meint jetzt nicht jenes gegenüber Zugewanderten mit einem unzulänglichen Deutsch, sondern gegenüber eigenen Volksgenossen und zielt auf eine bessere Sprachvermittlung für Deutsche und Ausländer, die mit mehr Lustgewinn und nicht mit Angst vor schlechten Noten arbeitet. Ich spreche hier auch aus eigenen Erfahrungen, die zu schildern aber hier zu viel Platz bedarf. Hier nur soviel: Jene, die die englische Sprache einigermaßen beherrschen, merken vermutlich gar nicht, wie verfremdet ihnen die deutsche Sprache heute vorkommen kann. Beitragen dazu trägt auch die aus dem Englischen abgeleitete Kunstsprache der Digitaltechnik. Das fühlt sich manchmal so an, als müsse man Kleider tragen, die einem nicht passen. Für die Veränderung in der Bedeutung des Deutschen kann ich auch ein erlebtes Beispiel anführen. Als ich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre als Matrose auf einem schwedischen Frachter fuhr, viel der Mangel, dass ich die englische Sprache nicht beherrschte, nicht auf, weil der schwedische Kapitän, der finnische, estnische und lettische Steuer- mann sprachen deutsch, ebenso der polnische Bootsmann und der Niederländische Koch und auch der dänische Matrose. Verständigungsschwierigkeiten gab es nur mit dem portugiesischen Heizer, dem französischen Leichtmatrosen und einem Bayern, der Maschine oder der Küche arbeitete. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass eingeübte Arbeitsabläufe die Kommunikation bei Feiern nicht so sehr auf eine korrekte verbale Sprache angewiesen sind. Jetzt aber, in einer Situation, die für eine ganze Volkswirtschaft bedrohlich werden könnte und eine sprachliche Verständigung der Gefahrenabwehr dienen könnte, steht sie nicht zur Verfügung.

Ich hatte im Juli 2018 erfahren, dass die Schwedische Reichsbank (Sveriges Riksbank) das

Bargeld abschaffen wollen. Da das ein großes Risiko ist in einem weltweiten Umfeld, in dem eine große Verwirrung herrscht, was Geld ist und was kein Geld ist, aber trotzdem ein Zahlungsmittel sein kann, wollte ich von der Reichsbank wissen, was man in Schweden plant und auf die Risiken hinweisen. Das Endergebnis war, dass man mir mitteilte, dass sie nur auf Englisch mit mir kommunizieren könnten. Da ich meinerseits das nicht konnte, brach der Kontakt ab. Im Ergebnis heißt das aber, die schwedische Zentralbank kann mit der Deutschen Bundesbank nur auf Englisch kommunizieren. Das Thema Geld ist aber ein Bereich, wo die kleinsten sprachlichen Fehler zu großen Fehlleistungen führen können. Heute kam ohne mein Zutun die Ausgabe 73 der Zeitung „Deutsche Sprachwelt“ mit der Post ins Haus. In der Rubrik „Gute Nachrichten ...“ ist u.a. zu lesen: >Persönlichkeiten unterstützen „Deutsch ins Grundgesetz“ +++ bereits 2.137 Unterschriften gesammelt: ...“ Wie schlecht muss es um die deutsche Sprache bestellt sein, wenn in einem deutschen Grundgesetz, dass den Verfassungsanspruch für sich reklamiert, dass die Sprache der Deutschen das Deutsch ist.

Viele – auch meine Familienmitglieder – sagen, dass das Englisch die beste Wahl für eine gemeinsame Sprache wäre. Ob das auf Europa gemünzt ist oder weltweit gelten soll, weiß ich nicht. Es gibt andere Stimmen, die sagen, die Wahl einer der Kunstsprachen wäre besser, weil sie keine nationalen Eitelkeiten verletzt und den englischsprachigen Ländern keinen Wettbewerbsvorteil zubilligt und die Kosten der Aneignung pro Kopf egalisiert. Es ist für den Frieden auf Dauer egal, welche Wahl sich durchsetzt. Es wird aber zu Konflikten führen, wenn eine offene Diskussion über diese Frage – die offensichtlich von der Politik gefürchtet wird – und eine Wahlentscheidung vermieden wird. Und schon lange kann darüber kein EU-Gremium entscheiden, wenn noch ein Rest von Demokratie bewahrt werden soll.

Manchmal können Bücher, die eigentlich außer Kurs sind, erhellend sein. Wir Deutsche regen uns auf, wenn der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan oder einer seiner Minister hier in Deutschland zu seinen Landsleuten sprechen will. Die Türken sollen sich für Deutschland entscheiden, wenn sie hier bleiben wollen. Auch wenn sie sich für Deutschland entscheiden bleiben sie von ihren Wurzeln hergesehen Türken, das gilt auch, wenn sie gut integriert sind und sich hier Zuhause fühlen. Eine Assimilation dürfte mehrere Generationen dauern. Und das ist auch gut so, weil es in einer unübersichtlichen Welt eine Orientierung gibt. Für mich ist zum Beispiel wichtig, dass die Wurzeln der Familie meiner Mutter in Ostfriesland liegen, die meines Vaters in Ostpreußen und ich selber im Land Oldenburg geboren

wurde, das es gar nicht mehr gibt, weil es ein Teil von Niedersachsen geworden ist. Mein Vater war mit seinem Fotogeschäft und Frisiersalon gut in das Dorf integriert. Man kann aber nicht sagen, dass er sich assimiliert hat oder assimiliert wurde. Er hat bis zu seinem Tode Heimweh nach seinem Memelland gehabt, das erst später wieder erreichbar war. Vorhin musste ich meine Schreibarbeit unterbrechen, weil mich die türkische Frau des türkischen Inhabers einer Autowerkstatt in der Kernstadt mit dem Auto aus meinem Dorf abholt hat, damit ich mit dem überholten Wagen einer meiner Töchter wieder nach Hause fahren konnte. Ich habe die Gelegenheit genutzt, um zu fragen, wie es ihr in Deutschland und mit den Deutschen ergangen sei. Sie sagte, in der ersten Zeit hätte sie sich damit getröstet, wenn nach Ablauf der Erwerbsarbeitszeit sie wieder in die Türkei zurückkehren würden. Heute wäre es so, dass sie bei Besuchen bei Familienangehörigen in der Türkei nach ein paar Wochen das starke Bedürfnis hätten, wie nach Hause zu fahren. Und ihr Zuhause wäre eben hier. Auf die Frage, ob sie als Türkin unangenehme Begegnungen mit Deutschen gehabt hätte, antwortete sie mit nein und nach einem zögern sagte sie: „Einmal – mit einer Ärztin, die ihr verdeutlicht hätte, dass sie als Patientin nicht willkommen sei.

Wenn wir Deutschen uns heute in die Welt begeben, dann wir auch ohne besondere Aufforderung von uns erwartet, dass wir uns als Weltbürger, danach als gute Europäer zu erkennen geben und mit einem Bekenntnis zu Deutschland oder zu unserem Deutschsein zurückhalten und immer die Untaten der Deutschen in der Hitlerzeit vor den Augen haben. Das ist mal anders gewesen, wenn die Schilderung von Rudolf Eucken über sein USA-Aufenthalt kein Einzelfall ist. Es folgt ein Auszug aus „Lebenserinnerungen“, Seite 88 / 89

Der Aufenthalt in New York gab mir auch volle Gelegenheit, mich über das deutsche Leben in Amerika näher zu unterrichten. Freilich bestand für mich wegen Zeitmangel keine Möglichkeit, mich nach dem Westen zu begeben, wo ich mehr deutsches Leben angetroffen hätte. Was ich aber im Osten traf, war vom deutschen Standpunkt aus wenig erfreulich. In Boston bestand ein deutscher Verein, und als ich dort einmal über die weltgeschichtliche Bedeutung des deutschen Geistes sprach, war der Saal übervoll. Aber die Freunde sagten mir, daß sich selten eine grössere Zahl an den deutschen Bestrebungen beteilige; charakteristisch war es auch, daß sich in unserem großen Hotel keine einzige deutsche Zeitung befand, und daß ich dort Mühe hatte, mir die New Yorker Staats-Zeitung zu besorgen. Das war ja nun in New York besser, deutsche Zeitungen konnte ich hier zur Genüge erhalten, aber im Gesamtleben spielte das deutsche Leben doch auch hier eine recht bescheidene Rolle. Man merkte kaum, daß in New York mehrere hunderttausend Deutsche waren. Ungünstig für die Erhaltung des deutschen Elements wirkte bei den Städten, daß, während früher die Deutschen geschlossener wohnten und mit den andern Bewohnern weniger in enge Beziehun-

gen kamen, die modernen Verkehrsverhältnisse derartige Unterschiede stark verwischt und die verschiedenen Bevölkerungselemente bunt durcheinander gewürfelt haben. Auch die Volksschulen, die sogenannten Public Schools, haben sehr dazu beigetragen, alle Unterschiede aufzuheben. Ein Hauptgrund der Kraftlosigkeit des deutschen Lebens war der Mangel eines Zentrums für das deutsche geistige Leben. Auch die Söhne der Deutschen wurden unwillkürlich in die englische Denkweise, ja in die Terminologie hineingetrieben. Ich selbst erlebte den charakteristischen Fall, daß der philosophisch sehr begabte Sohn einer hochstehenden deutschen Familie im gewöhnlichen Leben die deutsche Sprache vollauf beherrschte und sich überhaupt als ein Deutscher fühlte, aber in grosse Schwierigkeiten geriet, sobald er technisch philosophische Fragen mit mir besprach. Wie die Verhältnisse in Amerika waren, lag die Gefahr nahe, die deutsche Denkweise als eine subalterne zu behandeln. Dagegen hätte weit mehr von Deutschland selbst getan werden müssen. Man hätte durch deutsche hochgebildete Lehrer, auch durch die Förderung kleiner Bühnen, regelmäßiger Vorträge usw. sehr viel mehr wirken können, um das deutsche Leben zusammenzuhalten und sein Kulturbewußtsein zu heben. Die offiziellen Behörden aber taten so gut wie nichts für dieses Ziel, und auch unsere heimische Presse hat sich viel zu wenig dieser wichtigen Sache angenommen. Wir müßten regelmäßige Korrespondenten zwischen Deutschland und Amerika besitzen; so aber blieb aller Austausch zufällig, und die einheimischen Deutschen pflegten sich der Deutschen in Amerika nur zu erinnern, wenn es irgendwelche Sammlung zu veranstalten galt. Die Austausch-Professoren aber haben bei der Kürze ihres Aufenthaltes wenig dafür wirken können; diese Einrichtung müßte wesentlich anders gestaltet werden, wenn sie nicht mehr dem Schein, als der Sache dienen sollte. Daß die Austauschprofessur uns persönlich mit einer Fülle tüchtiger und liebenswürdiger Männer und Frauen zusammenführte, ist eine andere Sache. — Ubrigens wurde ich in New Vork ebenso freundlich aufgenommen wie in Cambridge, obschon ich dort nicht Austauschprofessor war; der bloße Titel macht in Amerika wenig aus. Von New Vork aus haben wir weitere Ausflüge gemacht, und ich habe an verschiedenen Orten Vorlesungen gehalten, so z.B. in Philadelphia und in Baltimore.

Wenn man das bedenkt, was R. Eucken über die Deutschen in den USA schreibt, taucht die Frage auf, ob wir uns über die Integration von Zugewanderten in unserer Gesellschaft auch keine Sorgen machen müssen, weil die Saugkraft der aufnehmenden Gesellschaft größer sein wird als die Bindekraft ihrer Herkunftsgesellschaften. Zu Bedenken ist, dass die meisten Einwanderer in den USA – abgesehen von den Menschen, die als Sklaven dorthin geschleppt wurden – aus dem gleichen europäischen Kulturkreis kamen. Die Differenzen der Europäer, die es ja auch gab, hatten im aufnehmenden Einwanderungsland jenseits des Atlantiks wohl kein so großes Gewicht. Unser Problem heute ist die große Zahl der Zuwanderer, eine andere Kultur und Religion haben und dass die gesellschaftlichen Strukturen nicht auf eine Zuwanderung ausgerichtet sind. Die Kosten dieser Zuwanderung zahlen mehrheitlich nicht, die

davon den Nutzen haben. Dazu später mehr. Wir als Deutsche sollten aber auch wieder lernen, unser Denken, wenn die Qualität und Liberalität stimmt, frohgemut in Chor der Nationen einzubringen. Schade ist nur, dass anmaßende oder überhebliche Worte den Rednern (Schreibern) und Rednerinnen (Schreiberinnen) nicht wie ein Bleiklumpen auf die eigenen Füße fallen.

„ ... auf die eigenen Füße fallen. „ So weit war ich gestern gekommen. Ich überlegte, wie ich weiter mit dem Gedankensortieren und der verdichteten Darstellung weiter verfahren soll, da rief mich ein Altersgenosse an, der etwa in der Mitte der 60er Jahre schon Dozent an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg war, als ich dort studierte. Wir waren uns einig, dass die Analyse und Beschreibung des Zustandes unserer Gesellschaft ein schwieriges Unterfangen ist und die Unterlassung des Versuchs als Feigheit und die Durchführung als Anmaßung gewertet werden kann. Es hat dabei auch keinen Sinn handelnde Personen zu verteufeln, denn es wird selten vorkommen, dass ein Mensch in der Politik absichtlich sich aus bösen Willen heraus für ein falsche Mittel oder Ziel entscheidet. Es geht bei solchen Versuchen darum irrige Leitvorstellungen, falsch konstruierte Institutionen und ihre Wirkungen zu lokalisieren und zu beschreiben. Und bei solchen Versuchen ist man immer der Gefahr ausgesetzt, selber einen Irrtum zu unterliegen. Anders als bei einem Roman, bei der sich die Grenze zwischen Wirklichkeit und Fantasie auflösen darf, ist es ja bei den Versuch den Ist- und Sollzustand der Gesellschaft zu beschreiben, die Grenze zwischen Traum und Wirklichkeit möglichst scharf zu zeichnen. Die Gefahr des Irrtums erhöht sich, wenn man sich als Einzelperson ans Werk macht, weil hier der unmittelbare Widerspruch ausfällt oder Blickwinkel auf den Beobachtungsgegenstand, die andere Betrachter haben, nicht zur Verfügung stehen. Trotz des digitalen Netzes und einer Fülle an Informationen auf bedrucktem Papier, die eigenen Fähigkeiten setzen die Grenzen für die Berücksichtigung der vorliegenden Informationen und ihre Verarbeitung. Hinzu kommt, dass eine solche Beschreibung der gesellschaftlichen Zustände und Entwicklungen wie eine Operation am lebenden Körper ist und keine Obduktion, d. h. , die Medien, die laufend neue Nachrichten bringen – die um Berücksichtigung heischen – sind nicht ausgeschaltet. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen bestätigen mir das, was ich versuche zu verdeutlichen. Wir Deutsche sind schon lange politisch auf einen falschen Kurs. Wir haben unseren Auftrag, die Untaten unter der Herrschaft des Nationalsozialismus durch die Entwicklung einer neuen Gesellschaft, die für andere ein Modellcharakter haben könnte, im Ansatz wieder gut zu machen, nicht erfüllt.

Was jetzt von den Wahlgewinnern und den Wahlverlierern für die jeweils eigene Partei und ihre politischen Ziele verkündet wird, hat keine Zukunft. Der Verzicht auf die Wiederwahl als CDU-Vorsitzende durch Angela Merkel und ihr Ausscheiden aus der Politik nach Ablauf der Legislaturperiode wird keine Erneuerung unsere Republik bringen, genauso wenig der Erneuerungsversuch der SPD, der bei ihrem jetzigen Selbstverständnis nicht gelingen kann. Die Parteien DIE GRÜNEN, AfD, FDP und Die Linken sind nicht aufgrund überzeugender Leistungen dieser Parteien zurückzuführen, sondern auf die Schwäche der Christdemokraten und Sozialdemokraten. Der Erfolg der Grünen ist wohl nur als Bemühen der Wähler zu verstehen, dem Bedeutungszuwachs der AfD etwas entgegenzusetzen. Die erreichte Wählerzustimmung hätten die Grünen auch schon kurz nach der Gründung haben können, wenn nicht die zugeströmten marxistisch ausgerichteten Mitglieder, das politisch ausbremsende Moment der Grünen geworden wären. Die Linken sahen in der sich aus den Bürgerinitiativen bildenden Bewegung, die sich zur grünen Partei formierte, die Chance, den in der 68er-Protestbewegung gegen den CDU-Staat reaktivierten aber nicht gelandeten Marxismus zum Erfolg zu bringen. Das wird verständlich, wenn man sich auf ihre Denkweise einlässt, hat aber der Mitgliedschaft viel Frust - bis hin zum Leid²⁵ - gebracht und die Entwicklung der Partei gelähmt und zu einem weiteren Anker des Kapitalismus gemacht. Karl Marx, der bekennende Nicht-Marxist wäre zu seinen Lebzeiten bestimmt nicht erfreut gewesen. Von der Vorstellung aus der Gründungszeit der Partei, die Grünen zur Speerspitze der gesellschaftlichen Entwicklung zu machen, ist nicht viel übrig geblieben. Aber auch hier gilt, wie für die Mitglieder anderer Parteien, sie setzen sich - trotz der erkennbaren Fehlleistungen - für das vermeintliche oder tatsächliche Gute in unser Gesellschaft ein. Es gilt auch hier: Herabsetzungen und Verteufelungen nichts als gegenseitige Feindschaft und Verstocktheit.

Ich bringe jetzt einen Kommentar-Ausschnitt von Karl Jaspers aus der schon zitierten Rede aus dem Jahr 1958 zur CDU und SPD. Die FDP erwähnt er nicht, vielleicht, weil er sie nicht mochte oder auch, weil er sie schonen wollte. Die anderen genannten Parteien gab es damals ja noch nicht.

Unsere zwei großen Parteien in der Bundesrepublik haben beide einen politisch unwahrhaftigen Grund. Die eine gründet sich auf den von ihr faktisch preisgegebenen Marxismus und gerät dadurch in die Konfusion ihres Denkens. Die andere Partei nennt sich christlich, während sich doch eine politi-

25 Ich weiß von einem Fall, wo ein Mitglied der GRÜNEN Selbstmord begangen hat, weil es die Unterstellungen aus der linken Ecke nicht mehr ertragen hat.

sche Partei auf den biblischen Glauben nicht redlich gründen läßt; das bringt in diese Partei etwas existentiell Verwirrtes. (S. 11)

Ich komme zu Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linken im Deutschen Bundestag. Sie ist von ihren Auftritten in Fernsehbeiträgen eine sympathische Person. Mein Eindruck ist, dass sie eine der wenigen Mitglieder des Bundestages ist, die den Mut haben selbständig ohne Sicherungsseil zu denken. Wenn die Bundestagsfraktion *Der Linken*, die bisher nur den Eindruck macht, sie sei ein Sozialamt, einsichtig ist, dann lässt sie der Sahra genügend Raum zur Entfaltung. Dass der bisher nicht groß genug war, zeigt ja, die Gründung der Sammlungsbewegung *Aufstehen*. Sahra Wagenknecht hat ja auch Ludwigs Erhards Buch „*Wohlstand für alle*“ gelesen“, wie ich aus Berichten in Erinnerung habe. Mir scheint, sie hat bisher dieses Buch und die anderen Bücher, die in dieses Ideenumfeld einzuordnen sind, nicht gründlich genug gelesen, um herauszufinden, unter welchen Bedingungen die Marktwirtschaft das Instrument ist, um den Kapitalismus zu überwinden. Dass die Kosten der offenen Grenzen zulasten der „kleinen Leute“ gehen, erscheint mir stimmig.

Nach Berichten aus dem *Tagesspiegel* hat *Aufstehen* einen klugen Strategen, der wie folgt vorgestellt wird.

Bernd Stegemann, geboren 1967 in Münster, ist Professor an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ und Dramaturg am Berliner Ensemble. Zuvor war er am Deutschen Theater Berlin und an der Schaubühne tätig. Seit August ist er auch Vorsitzender des Vereins, der *Sahra Wagenknechts linke Sammlungsbewegung „Aufstehen“* trägt. Vor seinem Engagement in der Politik hat Stegemann sich theoretisch mit neuen gesellschaftlichen Tendenzen und der Rolle des Theaters befasst. 2015 veröffentlichte er das Buch „*Lob des Realismus*“, 2017 „*Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie*“.

Einer der Aussagen die macht lautet: „Noch immer bezieht der liberale Populismus für seine Forderungen nach Freiheit und Individualismus seine Überzeugungskraft daraus, dass nicht erkannt wird, wie der liberale Freiheitsbegriff mit dem neoliberalen Freiheitsbegriff im Widerspruch steht.“ Freiheit bedeute heute eben nicht mehr individuelle Freiheit, sondern Deregulierung des Kapitals und Flexibilität des Menschen.

Mitglieder von „Aufstehen“ haben sich an der Demo beteiligt. Sahra Wagenknecht versucht als eine der wenigen Linken die eben beschriebenen Unterscheidungen zu Politik zu machen. Dass man sie verkürzt und missverständlich interpretieren will, ist bedauerlich. Und außerdem können diejeni-

gen, die „Aufstehen“ diffamieren wollen, die Frage, wie sie den Sozialstaat in einer grenzenlosen Welt erhalten wollen, nicht beantworten.

In unserem Programm steht klar, dass wir für eine soziale Frage stehen und gegen alle Arten von Diskriminierung sind. Jeder, der gerade die hegemoniale Zusammenarbeit von Moral und Kapitalismus kritisiert, muss sich in einer bestimmten Weise aus einem grobianischen Vokabular bedienen, auf den Putz hauen, um Gehör zu finden. Dass da manchmal ähnlich klingende Dinge gerufen werden – das ist dann so. Trotzdem ist sehr Unterschiedliches damit gemeint. Der entscheidende Punkt, warum ich mich bei „Aufstehen“ engagiere, ist der Versuch, linke Politik wieder als Sozialpolitik zu machen.

<https://www.tagesspiegel.de/kultur/aufstehen-sammlungsbewegung-die-angst-war-vorher-da/23194296.html>

<https://www.tagesspiegel.de/politik/sammlungsbewegung-von-wagenknecht-und-lafontaine-linke-dialektik-gegen-rechte-parolen/22639918.html>

Ich denke, dass *Aufstehen* eine gute Rolle spielen kann in dem notwendigen Prozess unserer gesellschaftlichen Ortsbestimmung und bei der Beschreibung eines Weges in unsere Zukunft. Aber wenn richtig gesagt wird, dass das Modell Sozialstaat bei offenen Grenzen nicht aufrechterhalten werden kann, dann kann Sozialpolitik nur bei geschlossenen Grenzen etwas bewirken und wir müssten auch wieder die Grenzen innerhalb der Europäischen Union dichtmachen. Auch hier haben wir eine Wahlmöglichkeit, nur können wir uns die Ergebnisse unserer Wahl nicht aussuchen. Und diese Ergebnisse werden nicht gut sein, wenn wir uns als Staat einigeln. Ich habe weiter oben gesagt, dass *Die Linke* sich so aufführt, als sei sie das Sozialamt. Aus diesem Bild abgeleitet urteile ich, dass *Die Linke* nur eine politische Existenzberechtigung hat, wenn sie das Erfordernis von Sozialämtern überwinden will. Dafür steht ihr aber das vom Marxismus abgeleitete Denken im Wege.

Am 29. Oktober lag der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) eine Sonderausgabe zum Reformationstag von „Chrismon das evangelische Magazin“ bei. Chrismon ist ein Missionsblatt, das wohl die Bürgerinnen und Bürger ansprechen soll, die inhaltlichen Kontakt zur Kirche zu verlieren drohen oder ihn schon verloren haben. Hier kann man fragen: 1. Ob es korrekt ist, dass der Niedersächsische Landtag als staatliches Organ religiöse Feiertage beschließen darf und soll. 2. Ist es eigentlich korrekt, dass der Landtag in das Tarifgeschehen der Arbeitswelt eingreift und den Arbeitnehmern einen arbeitsfreien Tag schenkt, bei dem die Kosten zulasten der Arbeitgeber gehen. Es wäre allemal besser, der Landtag würde helfen, die ökonomische Situation der Arbeitnehmer so zu verbessern, dass sie sich auf eigene Kos-

ten Feiertage gönnen könnten. Dieser Gedanke ist nur deshalb eine Utopie, weil bei uns die Politik zu sehr von Ideologien beeinflusst ist.

Ich wollte jetzt ein Zitat einfügen, dass die hohe Zahl von arbeitsfreien Tagen im Hochmittelalter, in der Zeit der Gotik, zum Inhalt hat. Ich vermutete es in dem Buch von Karl Walker mit dem Titel „*Das Geld in der Geschichte*“. Jenes, was ich meine, finde ich aber nicht. Ich liefere dafür andere:

Mit welcher Anteilnahme am Werk die Bürgerschaft der mittelalterlichen Stadt bei der Sache war, geht besonders daraus hervor, daß die Fenster der Dombauten von reichen Bürgern, Patriziern, Gilden und Zünften als Ganzes gestiftet wurden, nicht etwa nur hier und dort einmal, sondern geradezu als Regel im ganzen weiten Raum der Christenheit. Da sehen wir im Freiburger Münster das Fenster der Schneiderzunft und weit oben im erst besiedelten Osten stiftet die sicher nicht zu den reichsten gehörende Gilde der Sack-, Kohlen- und Kornträger zu Danzig um das Jahr 1450 zum Bau der Marienkirche 200 Mark bar (= 48 000 Silber-Denare) und außerdem ein gemaltes Kirchenfenster (s. Adolf Damaschke: "Geschichte der Nationalökonomie" S. 51). (in der PDF-Datei Seite 24)

Charakteristisch für die Zeit des gotischen Mittelalters ist wohl dies - und damit kommen wir zu einem schon berührten Punkt zurück -, daß das alltägliche Leben tiefer mit Religiosität verwoben oder das Christentum tiefer in die Bürgerlichkeit eingedrungen war. Die große Zahl kirchlicher Feiertage mag ebenfalls dazu beigetragen haben, das ganze Leben in eine Atmosphäre von heiterem Lebensgenuß und religiöser Innigkeit zu tauchen. So schreibt auch Sacheverell Sitwell in seiner "Studie des mittelalterlichen Lebens": "Niemals in der Geschichte war vor- oder nachher. . . etwas Derartiges wie jenes Zeitalter. Es zeigte einen echten und lebendigen Wetteifer in einem noch nie dagewesenen Maße. Das Leben war zur Poesie geworden; es hatte sich in ein wirkliches Paradies verwandelt, worin es sich lohnte, sowohl seine Gefahren zu wagen als auch sich seiner Vergnügen zu erfreuen" (s. Dr. H. R. Fack: "Das Geld der Gotik"). (Datei Seite 25)

Noch am Ausgang dieses Zeitalters, um 1450, konnte Erzbischof Antonin von Florenz in seiner Summa sacrae Theologiae es als selbstverständlich bezeichnen, daß für die Gewinnung des notwendigen Lebensunterhaltes eine kurze Arbeitszeit genüge und daß nur derjenige lange und viel arbeiten müsse, der nach Reichtum und Überfluß strebe. (s. a. a. O. S. 50) (Datei S.41)

Für die geschichtliche Bilanz indessen dürfen wir feststellen:
Der Mensch der Gotik hat die bedeutendsten und zahlreichsten Kulturdenkmäler der abendländischen Welt erstellt; er hat innerhalb von drei Jahrhunderten unzählige Städte gebaut; er hat das Netz seines Handels bis an die Grenzen seiner Welt gespannt; er hat die für jede Weiterentwicklung unab-

dingbaren Gesetze einer sittlichen Lebensordnung gegen die Daseinsprinzipien des Raubmenschen, des ewigen Beutemachers, Wegelagerers und Seeräubers durchgesetzt. Und bei all dem hat er nicht einmal etwas geopfert und entbehrt, weil er stets aus dem Vollen schöpfen konnte. Seine Wirtschaft war gesund, seine Gesellschaft war gesund, wie ein Organismus gesund ist, in welchem die Zirkulation der Kräfte und Säfte den Lebensbedingungen des Ganzen entspricht. (Seite 52)

https://www.sffo.de/sffo/Das_Geld_in_der_Geschichte.pdf ²⁶

Ich habe zum 800-jährigen Jubiläum der Stadt Neustadt zu den Themen „War die Gründung dieser Stadt eine Wirkung der Brakteaten?“ und „Kann die Betrachtung der Brakteaten uns bei der Klärung unserer heutigen Währungs- und Finanzproblemen helfen?“ im Dezember 2014 und Januar 2015 6 Dateien ins Netz gestellt um mit Hilfe von Bürgern herauszufinden, ob hier ein Märchen erzählt wird oder ob hier bei den ökonomischen Problemlagen, die mehr oder weniger alle Gesellschaften auf dieser Welt haben, Anregungen zur Lösung der heutigen Zeit zu finden sind. Denn es ist ja so, dass die Wissenschaft hurtig ist, Geld in die schwarzen Löcher im All zu versenken oder eine neue Waffe zum Morden zu erfinden, aber die Löcher im Wissen um eine Frieden stiftende Ökonomie dürfen anscheinend nicht gestopft werden. Wenn es auch einzelne natürliche und juristische Personen geben mag, die am Erhalt der ökonomischen Unzulänglichkeiten interessiert sind, weil sie daraus einen Nutzen ziehen, an eine Verschwörung glaube ich nicht und auch nicht an einer Böswilligkeit der Wissenschaftler (ich grenze diese bewusst nicht auf die Wirtschaftswissenschaftler ein). Aber irgendetwas muss bei der Selektion der Forschungsgegenstände nicht stimmen. Ich habe zurückliegend schon den Verdacht geäußert, dass die Wirtschaftswissenschaft bei uns genauso durch eine Ideologie gelähmt ist, wie sie es in der DDR war. Meine Hoffnung war, dass es möglich wäre, einen Druck auf die Wirtschaftswissenschaft durch die Zivilgesellschaft aufzubauen. Diese Hoffnung hat sich bisher nicht erfüllt.

Es folgt ein Link zur ersten Datei:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/133.0.Brakteaten.800.Jahre.Neustadt.pdf>

Das, was mein Interesse an Chrismon geweckt hat, ist die Titelgeschichte:

„Wir müssen laut werden!“ Martin Schulz und Iris Berben übers Hinfallen und aufstehen – und den Aufbruch, den wir jetzt brauchen

Für ein evangelisches Magazin ist es eine raffinierte Methode, Menschen die den Glauben

²⁶ Ich habe den Link schon weiter oben eingefügt. Da wusste ich noch nicht, dass ich Walker hier zitieren würde.

verloren haben oder davor stehen, Gott in die Ablage zu legen, mit einem Gespräch über eine ehemalige Klosterschülerin und einem ehemaligen Klosterschüler, die beide – so wie ich es verstanden habe - auch ihre Schwierigkeiten mit ihrer Kirche hatten oder haben und trotzdem den Kontakt zu ihr halten, wieder einzufangen. Aber der Missbrauch der Psychologie ist ja inzwischen so umfangreich und gewohnt, dass man sich darüber gar nicht mehr aufregen kann.

Dass wir einen Aufbruch benötigen, pfeifen nicht alle Spatzen von den Dächern, sondern vermitteln alle Medien den Bürgern und eine große Zahl von ihnen sieht das wohl auch ohne neue Berichte so. Aber jetzt „laut werden“, wo man noch gar nicht weiß, wohin der Aufbruch gehen soll, ist nicht besonders hilfreich, kann aber leicht dazu führen, dass wir auf den Straßen aufeinander eindreschen. Natürlich verteidige ich hier nicht das Schweigen der Drückeberger und den Status „Das geht mich nichts an!“, sondern plädiere für das Stillewerden, damit wir in uns hineinhorchen können, ob uns unsere „innere Stimme“ eine Wegweisung vermittelt, und damit wir anderen eine Chance geben, uns ihre Befürchtungen und Hoffnungen mitzuteilen.

Gegen Ende des in Chrismon wiedergegebenen Gesprächs ist zu lesen:

Schulz: Als Bürgermeister von Würselen in den 1980er und 90er Jahren habe ich gemerkt: Ohne das Engagement der Kirchen wäre unser Sozialstaat verloren. Von Kindergärten bis Pflegeheimen, was die Pfarrer an alltäglicher Seelsorge machen, das ist schon gigantisch, und da muss man Respekt haben. Wer besucht denn die Alten, wer sitzt da in den letzten Stunden? Unsere Gesellschaft würde gar nicht funktionieren ohne die. Dafür bezahle ich meine Kirchensteuer gern. Unsere Religionsgemeinschaften, auch die jüdischen, kann man nicht genug wertschätzen.

Schon aus diesen wenigen Sätzen wird deutlich, dass es gut war, dass Martin Schulz als Kanzlerkandidat gescheitert ist. Er hätte nämlich als Bürgermeister feststellen können, dass unser Staat ohne Bäcker, Autoschlosser oder einer der vielen Dienstleister auch verloren wäre. Es soll hier gar nicht in Abrede gestellt werden, dass in der Diakonie und in der Caritas aufopfernde Arbeit geleistet wird, aber hier opfern nicht die Kirchen, sondern die bescheiden bezahlten Angestellten. Diakonie und Caritas sind Dienstleister wie andere Dienstleister. Ohne Kostenträger keine Kost und Leistung. Dieser Bereich dient den Kirchen ihren Bedeutungsschwund im religiösen Bereich zu kompensieren. Das schließt nicht aus, dass über die Kirchen auch noch eine ehrenamtliche mildtätige Tätigkeit organisiert wird. Aber bei Be-

trachtung des Gesamtbereiches gesehen, sind die Kirchen ökonomisch gesehen Oligopolisten, die die Ausbildung eines bunten Angebotsmarktes bei den pflegenden und bildenden Dienstleistungen behindern. Aufgrund ihrer Staatsnähe genießen sie bei Neugründungen bei den Genehmigungsbehörden und den Kreditgebern einen Vertrauensvorschuss gegenüber Gründungsinitiativen aus der Bürgerschaft.

Wenn Martin Schulz seinen Mitgliedsbeitrag für seine Kirche gerne zahlt, dann ist das lobenswert, solange er sich mit ihr verbunden fühlt und das bisher nicht zur Abstützung seiner politischen Karriere getan hat. Da wir aber keine Staatskirche mehr haben, ist es ein Unding, dass der Staat die Beiträge der Mitglieder der Kirchen als eine Steuer einzieht. Wenn man dann noch Kirchen als Großgrundbesitzer und Kapitalanleger in der Betrachtung einbezieht, dann wirkt ihr Anspruch auf eine Ethikkompetenz doch ziemlich anmaßend.²⁷ Diese Sätze sollten nicht als Verneinung religiöser Gemeinschaften verstanden werden, sondern das Verhältnis Kirchen – Staat – Gesellschaft auch im *Raum der Wahrheit* (Jaspers) zu klären. Rabulistik bei den Rechten der Kirchen, dem Staat und der Gesamtgesellschaft ist allen Abträglich.

Da ich eine Einladung des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover (eine Einrichtung des Bistums Hildesheim) zur Verleihung des „Philosophischen Buchpreises 2018“ an Frau Dr. Isolde Charim aus Wien für ihr Buch „Ich und die Anderen / Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert“ - die am 14. September stattfand - erhalten hatte, habe ich mir das Buch gekauft und war Hörer bei der Preisverleihung. Das erste Kapitel lautet „Ein Blick zurück: Die Illusion der homogenen Gesellschaft“. Das 7. und letzte Kapitel lautet „Schauplatz Political correctness: Identitätspolitik von links und rechts. Soweit ich es gelesen habe und es beurteilen kann, halte ich es für ein kluges Buch. Ich habe aber den Eindruck, dass das Durcheinanderwürfeln der Menschen und die Entgrenzung ihrer erworbenener Ansprüche wie ein Naturgesetz einfach hinzunehmen sei. Das ist aber eine Aussage, die noch ein Vor-Urteil ist. Wanderungsbewegungen der Menschen insgesamt mag man noch naturgesetzlich einstufen können, besonders wenn sie von Naturereignissen wie Dürre, Überflutungen und Vulkanausbrüchen ausgelöst werden, aber die Wanderungsbewegungen, die wir in diesen Jahren erleben, sind von der Politik der Menschen gemacht. Und wenn diese Bewegungen zu schnell

27 Ich wollte überprüfen, was der Papst Franziskus eigentlich mit seiner Kapitalismuskritik meint. Ich stieß dabei auf den nachfolgend benannten Titel: > Wie Papst Franziskus die "Kapitalismuskritik" entsorgt < <https://hpd.de/artikel/papst-franziskus-kapitalismuskritik-entsorgt-15879>

und zu umfangreich sind, dann bleibt es bei der zwangsläufigen Veränderungen und Vermischungen der Menschengruppen nicht aus, dass es Konflikte gibt.

Ich will mich hier nur auf ein paar Stichworte einlassen, die mir hier wichtig erscheinen. Im Kapitel 3 „Schauplatz Religion: Der pluralisierte Gläubige“ ist zu lesen:

Gerade die religiöse Pluralisierung bedarf eines Staates, der wirklich neutral ist. Ein Staat, der nicht versucht, die Pluralisierung zu vereinheitlichen, sondern der vielmehr akzeptiert, dass die neue Einheit eben keine homogene, sondern eine plurale ist. Es braucht also einen neutralen Staat, der den Pluralismus managt. Es braucht einen laizistischen Staat. Das ist weniger selbstverständlich und weniger eindeutig, als es klingen mag. Denn der Laizismus, das glorreiche Erbe der Aufklärung, kennt mehrere Modelle. Grob kann man zwischen einem strikten und einem milden Laizismus unterscheiden. (S. 69)

Isolde Charim geht dann auf die Wirkungen und Probleme der beiden Modelle ein. Unter anderem schreibt sie:

... Mit seiner Bestimmung, dass Religion Privatsache sei, knüpft der strikte Laizismus die Religion an den Einzelnen: Religion wird hier - ganz säkular - an der einzelnen Person des Glaubenden festgemacht.

Das ist ein wesentlicher Unterschied zum zweiten Modell: dem milden Laizismus. In seiner milden Form bedeutet Laizismus: Neutralität des Staates, des öffentlichen Raums gegenüber allen Glaubensformen. Also Äquidistanz, gleicher Abstand zu allen Religionen. Das scheint auf den ersten Blick ein brauchbareres Modell für multireligiöse Gesellschaften zu sein. Äquidistanz zu allen Religionen - nicht deren Auslöschung. Neutralität gegen alle Glaubensformen, ohne dass man stattdessen an den Staat glauben muss. Aber auch dieses Modell ist nicht ohne Probleme.

Bedeutet strikter Laizismus: keine Sonderregeln für religiöse Gemeinschaften, so bedeutet milder Laizismus: Sonderregeln für alle religiösen Gemeinschaften. Für Österreich würde das bedeuten: Strikter Laizismus fordert das Ende des Konkordats, das Ende der Sonderregeln für die katholische Kirche. Das hieße, Religion und Öffentlichkeit ganz zu trennen. Also etwa keine Kreuze, keine Weihnachtslieder, keine Kommunionsgesänge in öffentlichen Schulen. Milder Laizismus hingegen würde Sonderregelungen für alle Glaubensgemeinschaften fordern - vom Anrecht auf religiöse Feiertage über Essensregeln bis hin zum Turnunterricht für Mädchen.

Denn milder Laizismus knüpft die Religion nicht an den Einzelnen, sondern an die religiöse Gruppe. Dieser werden Sonderrechte gewährt. Und damit weicht der milde Laizismus die für den sozialen Frieden so wichtige Trennung zwischen neutraler Öffentlichkeit und Privatheit der Religion auf. Denn

milder Laizismus bedeutet, dass der öffentliche Raum immer weniger säkular wird. Dass an immer mehr Orten bisher säkulare Regelungen zugunsten religiös bestimmter aufgeweicht werden. Milder Laizismus ist der Versuch, den öffentlichen Raum zu okkupieren, ihn umzucodieren.

Milder Laizismus, darüber muss man sich klar sein, verkehrt den Laizismus in sein Gegenteil: Aus einem Einspruch gegen alle Religionen verwandelt sich der Laizismus - in seiner milden Form - in einen Anspruch aller Religionen, in den Anspruch auf Gleichbehandlung, auf Sonderregelungen für alle. (S. 70 f.)

Die Probleme mit dem strikten Laizismus ergeben sich aus der Verirrung in der Leitidee für die Bildungsvermittlung, aus der folgt, dass der Staat nicht nur dafür sorgen muss, dass alle Bürger ein Anrecht auf den gleichen Zugang zu einer freien Bildung haben, sondern auch, dass der Staat der Bildungsvermittler selber ist und dadurch die Freiheit in der Bildung aufhebt. Die Gefahr, die darin besteht, dass die religiöse Neutralität des Staates dazuführt, dass diese Neutralität selbst zur Religion erhoben wird – auf die Charim an anderer Stelle hinweist - wäre in einem freien Bildungssystem aufgehoben.

Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung müssten im Modell des milden Laizismus die Religionslosen auch Sonderrechte eingeräumt werden. Wenn aber allen Gruppen die gleichen Sonderrechte eingeräumt werden, heben sie sich in der Wirkung auf, hinterlassen aber einen hohen Verwaltungsaufwand. Es ist daher besser, dass allen religiösen Gruppen und Weltanschauungsgemeinschaften den gleichen freiheitlichen Gestaltungsraum einräumt und dass der Staat sich aus der Finanzierung heraushält und keiner Gruppe Begünstigungen einräumt, aber die Steuer- und Wirtschaftspolitik so gestaltet, dass Mitglieder dieser Gruppen auch nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Das Nachwort „Was tun? Eine Frage als Symptom“ von Isolde Charim möchte ich aber ganz bringen, weil es eine Rechtfertigung meines Tuns, eine Suche nach neuen Zielen und Wegen anzuregen rechtfertigt und auch eine deutliche Warnung an alle enthält:

Was tun? Eine Frage als Symptom

Ich kann mich an keine öffentliche Veranstaltung der letzten Zeit erinnern, ob Vortrag, Podiumsdiskussion oder Publikumsgespräch, wo sie nicht auftauchte — die Frage: Was tun? Es ist dies die Frage nach einer konkreten Handlungsanweisung, nach einem Rezept. Was tun gegen den Populismus, gegen die Ungerechtigkeit, gegen die Kapitalisierung aller Lebensbereiche?

Die Frage ist Ausdruck einer Ratlosigkeit. Vor allem aber ist sie ein Symptom.

Was tun? — das ist die Frage Lenins, der Titel eines seiner bekanntesten Werke. Das Buch ist die Antwort auf seine titelgebende Frage. Es ist eine Anleitung zum »bewussten« Handeln.

Und genau danach wird heute gefragt. Es ist ein doppelter Ruf — ein Ruf nach Rezepten gegen die multiplen Krisen und ein Ruf nach Alternativen, die dieses Handeln leiten sollen. Alternative Gesellschaftskonzepte. Eine neue große Erzählung. Ein neues Narrativ.

Wobei die Sehnsucht nach einer Erzählung nicht nur die Sehnsucht nach Inhalten ist, sondern vor allem die Sehnsucht nach einer Erzählung, die die Leute ergreift. Denn Inhalte, politische oder gesellschaftliche, liegen ja zur Genüge vor. Von der offenen Gesellschaft bis zur sharing economy. Aber diese Inhalte packen die Leute nicht. Oder nicht mehr. Weder weisen sie einen Weg, noch eröffnen sie eine Perspektive. Sie beflügeln keine Hoffnungen mehr. Und so bleibt der unerfüllten Sehnsucht nach politischer Hoffnung nur die Frage: Was tun?

Slavoj Žižek meinte einmal: Der Traum von einer Alternative sei zu Ende. Wer ihn weiter träume, sei nur zu feige, sich die Alternativlosigkeit, also die Hoffnungslosigkeit einzugestehen. Dieser Traum sei nur ein Fetisch gegen die Ausweglosigkeit. Das ist genau der Punkt: Die Frage Was tun? ist ein Fetisch. Eine magische Vorstellung, die die Wirklichkeit verneint. Die Frage Was tun? gibt sich der irrigen Hoffnung hin, es gäbe eine Antwort, es gäbe eine konkrete Anleitung. Mehr noch: Diese Frage zielt eigentlich auf das, was auch bei Lenin zentral war: die Versicherung, dass da jemand sei, der weiß, was zu tun ist.

Und genau deshalb, weil diese Frage heute letztlich nicht einfach nach Programmen fragt, sondern nach Personen, die »wissen«, nach Personen, denen man glauben kann, dass sie wissen, dass sie eine Antwort geben können - genau deshalb ist diese Frage symptomatisch. Denn heute heften sich politische Hoffnungen nicht mehr an Ideen, sondern an Personen. Personen, die ein Versprechen für etwas Anderes, für etwas Besseres, für einen Ausweg, für eine Antwort auf Was tun? sind. Und jedes Mal, wenn wieder solch eine Person auftaucht, gibt es einen Hype. Obama. Bernie Sanders. Martin Schulz. Macron. To be continued. Und jedes Mal verfliegt der Hype auch wieder. Die Zyklen werden immer kürzer. Und *Was tun?* - bleibt unbeantwortet.

Ich habe vor Über 50 Jahre im Zusammenhang mit der Gruppendynamik²⁸ gelernt, das es zwei besondere Gruppenleistungen gibt, nämlich das Suchen und das Festlegen. Das heißt,

28 Wenn man hier auf die „Gruppendynamik. Kritik der Massenpsychologie“ von Peter R. Hofstätter verweist, kann sehr schnell in das Thema „ns-belastete“ Hochschullehrer verwickelt werden. Das ist aber hier völlig überflüssig, weil der Verweis auf die Gruppenleistungen keine Glaubenssache ist sondern eine der Beobachtung.

solange eine Gruppe glaubt, ein Problem lösen zu können durch die Suche nach seinen Ursachen und seine Auflösung, sucht sie auch. Wenn das Suchen aber ergebnislos bleibt, dann wird – da ja als Gruppe weiter gehandelt und agiert werden muss, die Ursache des Problems und seine Lösung eben definiert, also festgelegt wird. Die Festlegung – die durchaus falsche Inhalte haben kann – gibt die notwendige Handlungssicherheit. Spaltet sich eine Gruppe – wie z.B. unsere Gesellschaft als Großgruppe – schon vor der Suche oder nach der ergebnislosen Suche, dann kann es zu unterschiedlichen Festlegungen kommen, die wir dann als Kampf der Parteien gegeneinander erleben.

Die Festlegung kann auch darin bestehen, dass eine Teilgruppe, die demokratisch oder autoritär die Mehrheit einer Gesellschaft hinter sich vereinigen kann, eine Person benennt, der man zutraut, die Ursachen der bestehenden Probleme besser zu erkennen und zu lösen als anderer. Soweit wir unsere Gesellschaft als demokratisch verfasst gelten lassen wollen, haben wir in demokratischer Weise einer solchen Festlegung unsere Kanzlerin Angela Merkel bekommen. Ich halte Angela Merkel für eine respektable Frau, der Achtung gebührt und deren Einsatz und deren physische Leistungsfähigkeit bewundernswert ist. Das ich Frau Merkel trotzdem für eine Feindin der Demokratie und Verfassung und kein Glücksfall für unsere Geschichte halte, steht auf einem anderen Blatt. Ich denke, dass die Schwäche von Angela Merkel darin begründet ist, dass ihre politische Sozialisierung in der DDR stattfand und den Wechsel von der DDR zur BRD-neu zwar als Zugewinn an Wohlstand und Freiheit empfunden hat, aber - so wie unser Ex-Bundespräsident Joachim Gauck – den versäumten Zugewinn an Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in der BRD-alt aufgrund ihrer Biografie gar nicht wahrnehmen konnte. Unbewusst muss ihr Ziel gewesen und noch sein, es besser als Erich Honecker in der untergegangenen DDR zu machen. Und das Ziel hat sie doch erreicht.

Das Problem unserer Gesellschaft hieß und heißt daher nicht Angela Merkel, sondern das Problem sind die, die die Suche nach Lösungen der Probleme unserer Gesellschaft und ihrer Außenwelt zu früh aufgegeben haben und sich auf Angela Merkel festgelegt haben. Und hier sind nicht nur die CDU und CSU gemeint, sondern alle konkurrierenden Parteien, die Gesellschaftswissenschaft, die Medien. Und da wir beanspruchen eine Demokratie zu sein, sind wir als Bürger für die Führung im und des Staates mehr mitverantwortlich als die Menschen in einer Diktatur.

Wenn sich jetzt wieder bei der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag erweist, dass die Bürger zu müde, zu faul und zu resignativ sind, um sich an der Suche und Ausformulierung eines notwendigen neuen Vertrages zu beteiligen und auf eine „glückliche“ Festlegung in Form einer Person – die es richten wird – als Problemlöser einigt, dann kann es im glücklichen Fall passieren, dass wir als Gegenstück zu Angela Merkel einen respektablen Friedrich Merz bekommen, der unser Land dann als *Abteilungsleiter für Deutschland* des weltgrößten Fondskonzerns „Blackrock – der schwarze Riese“ (HAZ vom 1. 11.2018) führt. Ich habe damit keine Abneigung gegen eine Person formuliert, sondern ich vermute nur, dass eine Person, die so in dem Kapitalismus sozialisiert wurde, wie Angela Merkel in den „Sozialismus“, der kann die Probleme unserer Zeit nicht wirklich erkennen. Und wer sie nicht erkennen kann, kann sie auch nicht lösen. Von glücklicher Festlegung auf eine Person wie Friedrich Merz habe ich gesprochen, weil es schlimmer kommen kann. Ein neuer Diktator – dessen politische Signalfarbe noch nicht zu erkennen ist – steht schon gedanklich vor der Tür, wenn wieder der Suchprozess nicht in Gang kommt oder zu früh abgebrochen wird. Es gibt keinen Diktator, ohne dass ihm politisch und ökonomisch das Tor geöffnet wird. Aber ein Diktator wird auch nicht durch Krawall, Lichterketten oder nur dadurch, dass man sich selbst zu den Guten zählt oder passiv für einen Demokraten hält, verhindert. Diktatoren sind Ausdruck eines ideellen Krankheitszustandes der geistigen Eliten und der Reformblockierer, die sowohl unter den Status quo-, den Ideologie-Verteidigern wie auch unter den Vermögensanhäufern zu finden sind.

Auf die Idee, mir das alles – über das übliche Maß hinaus - von der Seele zu schreiben, bin ich gekommen, als ich die Beiträge > *Geist der Utopie / weiter denken. Journal für Philosophie* <, Nr. 1 / 2018 des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover gelesen hatte. Ich denke, nie wird die Welt so sein, wie sie in einem gedanklichen Modell gestaltet werden kann, aber auch nie werden wir unsere Welt (unseren Erdball) humaner, ökologischer und für alle Lebewesen erträglicher gestalten können, wenn wir vorher nicht einen Kompass in der Form einer Gestaltungsidee von dem haben, was wir zu gestalten wünschen. Ob das, was wir dann wollen gut und praktikabel ist, zeigt manchmal die Logik oder eine Systemanalyse, meistens aber wohl erst die Erfahrung in der neuen Realität. Das Risiko, das bei unserem Tun etwas falsch läuft, sollten wir immer durch den Einbau von Möglichkeiten der Kurskorrektur berücksichtigen. Da der handelnde Mensch immer zwischen gestern und morgen steht, finde ich das Zitat auf der Rückseite des Journals gut:

„Das Nicht-Mehr und das Noch-Nicht stehen damit immer in einem Zusammenhang, der erst einen objektiven Zugang zum Weltprozess eröffnet. Das aber ist immer zugleich eine Verpflichtung, quasi eine Mahnung an die Verantwortung des Menschen.“ (Francesca Vidal)

Ich muss gleich schauen, ob ich noch ein paar Stichworte oder Absätze, die selbsterklärend sind, aus den Beiträgen des Journal für Philosophie einfüge ²⁹. Mein eigentliches Anliegen an dieser Stelle ist aber, zu zeigen, dass wir Menschen – solange wir die Mutter Erde nicht unbewohnbar oder gar in Stücke gesprengt haben - bei der Gestaltung von kleinen und großen gesellschaftlichen Einheiten nicht am Ende der Geschichte sind, sondern noch viele Dummheiten begehen, aber auch zu Lösungen kommen können, die der menschlichen Intelligenz nicht Hohn sprechen. Also auf in den Kampf um das geistige Ringen in unseren Tagen.

Es folgt der erste Absatz aus dem Editorial von Ana Honnacker und Jürgen Manemann:

Utopien, so lässt sich zugespitzt sagen, haben gegenwärtig einen schlechten Ruf: Bestenfalls sind sie unrealistische Zukunftsträume, schlimmstenfalls sind sie beim Versuch, sie in die Realität zu überführen, gescheitert, und das nicht, ohne erhebliche Opfer zu fordern. Und doch bräuchten wir dringend neue Visionen für das Zusammenleben. Angesichts der Spaltungen und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft und in Anbetracht der Herausforderungen, denen sie sich ausgesetzt sieht, reicht der rein „realistisch“, nur feststellende Blick nicht aus. Die Zukunft würde dadurch zu einer bloßen Verlängerung dessen, was ist. Nun sollten die alten Utopien nicht wieder reanimiert werden. Eingedenk ihrer teilweise offenen, vielfach subkutanen totalitären Tendenzen wäre das auch nicht wünschenswert. Aber können wir auf den Spirit verzichten, der dazu motiviert hat, vermeintlich alternativlose Gegebenheiten - und sei es nur für einen Augenblick - zu durchbrechen? ...

Aus „Geist der Utopie – eine philosophische Hinführung“³⁰ von Francesca Vidal:

Zudem sucht Bloch das Neue nicht in der Gegenwart, sondern in den subversiven Inhalten der Vergangenheit, weit zurückgehend bis in christliche und jüdische Mystik.

Es genügt bestimmt nicht die Lösung unsere Probleme in der Gegenwart zu suchen. Wir haben da noch zu wenig Abstand von dem was wir richtig und was wir falsch gemacht haben. Zudem reicht unser Zeit nicht aus, alles noch einmal zu denken, was in der Vergangenheit schon gedacht, gesagt und probiert wurde. Also kommt es darauf an die gedanklichen Perlen in der Tiefe am Meeresgrund der Vergangenheit zu bergen.

29 Hier der Internetzugang: www.fiph.de

30 Das ist ein Titel von Ernst Bloch aus dem Jahr 1918

Es folgt ein Zitat von Bloch:

„Es will um uns anders werden. [...] Wir werden doch nicht nur geboren, um hinzunehmen oder aufzuschreiben, was war und wie es war, als wir noch nicht waren, sondern alles wartet auf uns, die Dinge suchen ihren Dichter und wollen auf uns bezogen sein" (295; 334f.).

Weiter mit Francesca Vidal:

... Geist ist demnach nicht allein auf das Subjekt begrenzt, auch bei Bloch gibt es ganz hegelianisch den objektiven Geist. Sowohl im Menschen wie auch in den Dingen arbeitet die Frage nach der Vollkommenheit. Mensch und Welt sind Fragment und streben zu neuer Totalität, wobei die Qualität von Subjekt und Objekt im Zusammenhang mit ihrem Utopiegehalt steht. Dies heißt keineswegs, es sei ausgemacht, das Bessere am Ende des Weges zu finden, postuliert wird hier die Hinwendung zur Möglichkeit: Das schließt ein Scheitern nicht aus. ...

... Bloch ist überzeugter Atheist, spricht aber vom Wunsch „auf Erlösung von Bosheit, Leere, Tod und Rätsel, auf Gemeinschaft mit den Heiligen, auf die Wendung aller Dinge zum Paradies; immer und überall - die Apokalypse ist das Aprio-ri aller Politik und Kultur, die sich lohnt, so zu heißen" (GdU, 341). Denn er ist ein solcher Atheist, der trotzdem einer falschen Entzauberung der Welt vehement entgegentritt. Wenn er von Religiosität spricht, dann nicht, um diese zu entlarven, sondern um ihr emanzipatorisches Potential zu beerben, um die utopiehaften Stoffe freizulegen, sie nachgerade fruchtbar zu machen für eine humane Zukunft. ...

... Das Zusammengehen von Ich und Welt ist das Ergebnis eines Drängens nach auswendiger Verwirklichung. Der sozialistische Gedanke ist der einer Gemeinschaft, in der Selbst- und Weltveränderung zu ihrem glücklichen Ende gekommen sind, in der der Staat sich aufgelöst haben wird. Soziale Utopie und Erlösungsgedanken wirken hier ineinander. Seine Bilder entnimmt er der neutestamentlichen Johannes-Offenbarung, von dort her kommt seine Rede vom Guten, das sich gegen das Böse durchgesetzt haben wird. Auffällig auch, dass er bei der Thematisierung der stärksten Gegenutopie, dem Tod, davon auszugehen scheint, dass eine Seele lebendig bleibt und er hier auf Theorien der Seelenwanderung zurückgreift. ...

... dieser Aufruf in unsere Gegenwart, die doch eher von Enttäuschung als vom utopischen Vorschein geprägt zu sein scheint, denn gerade in den Brüchen der Geschichte zeigt sich, dass das Unabgegoltene der unbedingten Träume eine Treuepflicht fordert. Sich dieser Verantwortung anzunehmen, verlangt Bloch deutlich vom Marxismus und stellt sich damit in Opposition zu jeglichem dogmatischen und doktrinären Denken. Sehr einfach ausgedrückt, hieße dies, sich bewusst zu bleiben, dass der Geist der Utopie immer ein sich bildender Geist sein muss, um das Neue im Brüchigen zu erkennen.

Von Jürgen Manemann heißt es unter „**Ins Utopische verstrickt – eine Spurensuche**“ u.a.:

... Wirkung politischer Leitideen - 54 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018

In unserem Leben verändert sich vieles und das stetig, gleichzeitig haben wir den Eindruck, wir hätten immer weniger Einfluss auf diese Veränderungen. Die Situation scheint paradox: Rasante Veränderungen gehen einher mit dem Gefühl des Stillstandes. Ermüdungs- und Lähmungserscheinungen breiten sich aus. Wir hören von „Burn out“ von „Depression“ - Begriffe, die mittlerweile fester Bestandteil unserer Alltagssprache geworden sind. Jeder von uns kennt Menschen, die darunter leiden. Zukunftsmüdigkeit greift Raum. Sie macht Menschen krank. Von der Zukunftsmüdigkeit ist es nur ein kleiner Schritt hin zur Lebensmüdigkeit. Könnte die Utopie das Anti-Depressivum sein? Vermag ihr Geist uns heute aus der Ermattung zu befreien? ...

... Utopien waren immer Negationen und als solche „Sprengungen“ (K. Mannheim) gegenwärtiger Realität (vgl. ebd., 21). Diese Sprengungen waren nicht nur riskant und gefährlich. Sie waren auch moralisch fragwürdig, gingen sie doch nicht selten mit der moralischen Entwertung all dessen einher, was der Utopie widersprach. Diese brach häufig mit der gesamten Gegenwart. Aber bereits Ernst Bloch mahnte in seinem „Prinzip Hoffnung“ an, keine Luftschlösser zu bauen, sondern „konkrete Utopien“ zu entwerfen, deren Potenziale er in Vergangenheit und Gegenwart aufzuschließen versuchte. Hoffnung, Erhabenheit, aufrechter Gang, Weltveränderung und Heilsversprechen - das waren die Vokabeln seiner Hoffnungsphilosophie (vgl. ebd., 23). Aber angesichts der Herausforderung des technologischen Zeitalters und der ökologischen Krise reicht das alles nicht mehr aus, um Hoffnung zu wecken. Hans Jonas erhob gegen Bloch zu Recht die Forderung nach einem „Prinzip Verantwortung“, dessen Vokabeln lauten: Verantwortung, Furcht, Zurückhaltung, Selbstbescheidung, Welterhaltung und Abwendung von Unheil (vgl. ebd.). Das heißt: die Weltveränderung, von der heute zu reden ist, muss immer auch als Welterhaltung verstanden werden. Utopien für unser Zeitalter brauchen deshalb heute beides, und sie brauchen beides gleichzeitig: Seinsverneinung und Seinsbejahung. In dieser Spannung wäre die utopische Sollenskraft zu entwickeln. ...

... Aber wie soll sich Real-Mögliches einstellen, wenn in der Gegenwart immer weniger der Gedanke aufkommt, etwas könnte anders werden, und immer weniger der Zuspruch empfunden wird, etwas dafür tun zu können? ...

... 1968, noch vor den Mai- und Juniereignissen, formulierte Marcuse: „Jetzt geht es um das Bedürfnis selbst. Auf dieser Stufe lautet die Frage nicht mehr: wie kann das Individuum seine Bedürfnisse befriedigen, ohne andere zu verletzen, sondern vielmehr: wie kann es seine Bedürfnisse zufriedenstellen, ohne sich selbst zu verletzen, ohne durch seine Wünsche und Befriedigungen seine Abhängigkeit von einem ausbeuterischen Apparat zu reproduzieren, der, indem er Bedürfnisse befriedigt, Knechtschaft verewigt?“ (Marcuse 1984, 245) Marcuse forderte die Vertreter*innen kritischer Theorie auf, neue Kategorien zu entwickeln - moralische, politische und ästhetische. Empörung bricht sich Bahn in seinem Essay: „Diese Gesellschaft ist insofern obszön, als sie einen erstickenden Überfluß an Waren produziert und schamlos zur Schau stellt, während sie draußen ihre Opfer der Lebenschancen beraubt; obszön, weil sie sich und ihre Mülleimer vollstopft, während sie die kärglichen Nahrungsmittel in den Gebieten ihrer Aggression

vergiftet und niederbrennt; obszön in den Worten und dem Lächeln ihrer Politiker und Unterhalter; in ihren Gebeten, ihrer Ignoranz und in der Weisheit ihrer gehüteten Intellektuellen" (ebd., 248). ...

... Hoffnung ist eine Tugend. Sie muss gelebt werden. Es geht also um aktive Hoffnung. Aber Hoffnung kann nur zu einer Tugend werden, wenn man durch sie immer wieder neu ergriffen wird. Wir müssen das Hoffen neu lernen. Durch sie werden wir ins Utopische verstrickt. Dazu müssen wir jedoch Orte aufsuchen, die wehtun, an denen wir mit etwas konfrontiert werden, das anders ist. So lernen wir in dieser Welt als Bürger*innen einer anderen Welt zu leben. Die neue Sensibilität erfordert: Klagen. Trauern. Hoffen. Lieben. Tagträumen. Wirken. Organisieren (vgl. dazu Levitas 2013, 220).

Aus dem Beitrag von Gisela Dischner: „**Sehnsucht oder die Herausforderung romantischer Utopie**“

Sehnsucht setzt Distanz voraus. Distanz in Raum oder Zeit. Ich sehne mich nach einem anderen Ort - der Heimat (Heimweh) oder der Ferne (Fernweh) - nach einer anderen Zeit (dem Ursprung, der Vergangenheit oder der Zukunft eines anderen Zustandes). Auch wenn ich mich nach einem anderen Menschen sehne, setzt dies Distanz voraus - der Mensch, den ich liebe, ist fern, ich wünsche ihn herbei. Sehnsucht setzt das Gefühl des Mangels voraus. Eros ist eine Urgestalt der Sehnsucht - Kind des Mangels und des Reichtums.

Aber es gibt auch eine Sehnsucht, die mit der Erfüllung des Ersehnten - der Ankunft am ersehnten Ort, der Rückkehr des Geliebten, der Vereinigung mit dem Geliebten - nicht aufhört. Es ist die Sehnsucht nach dem Unendlichen, das immer unerreichbar ist. Von der Unendlichkeitssehnsucht spricht die Romantik - nicht zum ersten Mal ist es die Romantik, die davon spricht, aber sie spricht von ihr unüberhörbar häufig, in einem utopischen Konjunktiv, dem kein faktisches Ziel mehr entspricht.

Eichendorffs Gedicht „Es war als hätte der Himmel die Erde still geküsst ...“ evoziert eine Stimmung der Sehnsucht, die ergreift, ohne dieses Ergreifen in einen bestimmten Begriff verengen zu wollen. Die Stimmung, die gerade durch die genauen Bilder einer weiten Landschaft ein Unbestimmtes und Unbestimmbares beschwört, korrespondiert einem Gefühl, in dem Sehnsucht und Erfüllung gleichzeitig existieren.

Romantische Utopie entsteht aus dieser Sehnsucht, die auf einen Nirgendort ausgerichtet ist. Die Sehnsucht, die über die Erfüllung hinausgeht, bedient sich des Bildes, das wir mit Heimweh zwar assoziieren können, dem aber keine bestimmte Heimat mehr entspricht, kein benennbarer Ort: Die letzten beiden Zeilen des Gedichts beschwören diesen Nirgendort im utopischen Konjunktiv als eine nicht greifbare und gerade dadurch Ergriffenheit erzeugende Stimmung „...und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus, flog durch die weiten Lande als flöge sie nach Haus.“ Jedes benennbare Zuhause, jede „faktische“ Erfüllung würde die Stimmung, die das Gedicht in

hingebungsvollen Hörern (und auch Lesern) erregt, zerstören.

Die Unendlichkeitssehnsucht transzendiert jede mögliche Erfüllung, sie transzendiert auch noch die Ewigkeit - die Unendlichkeit außerhalb der Zeit. Ludwig Wittgenstein nennt sie „Unzeitlichkeit“: „Wenn man unter Ewigkeit nicht unendliche Zeitdauer, sondern Unzeitlichkeit versteht, dann lebt der ewig, der in der Gegenwart lebt“ (Tractatus 6.4311). Ganz in der Gegenwart zu leben, im erfüllten Augenblick, ist das Ziel des Sehnenen. In der Sehnsucht erkennt sich der Mensch als ein transzendierendes Wesen: Er wird sich seiner ständigen Verwandlung bewusst und er kann den Übergang von einem Zustand in den anderen denken. Um die Distanz (derer er sich bewusst wird durch den Mangel dessen, was er ersehnt) zu überwinden, schwingt er sich auf den Flügeln der Phantasie in den ersehnten Zustand. Er vergisst sich als begrenzte empirische Person: Selbstvergessen gerät er in den Zustand der Ekstase, des Außer-sich-Seins. Außer sich vor Freude kann er geraten, wenn er außer sich vor Leid am bestehenden Zustand diesen transzendiert: Sein „höheres Selbst“ ist fähig, außerhalb von Raum und Zeit das „herbeizusehnen“, was örtlich und zeitlich fern ist. Die Sehnsucht beflügelt ihn.

Flugs ist der Mensch dort, wohin er sich sehnt und weiß doch, dies entspricht keinen empirischen „Tatsachen“. Ernüchert muss er registrieren, dass das Leiden am bestehenden Zustand von Neuem beginnt. Aber er will diese Wonnen der Wehmut nicht missen, weil sie ihn beflügeln. Er genießt den Übergang, in dem er sich als transzendierendes Wesen erfährt. Alles, was diesen Übergang ermöglicht, sucht er auf. In Kunst und Dichtung findet er Gestalten dieser Sehnsucht - so in den eingangs zitierten Gedichtzeilen Eichendorffs. ...

Jetzt noch als letzter Auszug aus „Geist der Utopie / weiter Denken“ aus Nr. 1 /2018 de Journals für Philosophie von Holger Gertz aus „**Superstar - Neue Visionen nach Marx**“

Karl Marx war selten so populär wie zu seinem 200. Geburtstag im Jahre 2018. Das liegt unter anderem daran, dass der Philosoph zugleich ein großer Schriftsteller war. Ein Rundgang an seiner Seite durch die kapitalistische Gegenwart. Wenn irgendwo Bücher rumliegen, erkennt man ja schon am Grad der Speckigkeit des Einbands, ob diese Bücher Deko sind oder im Gebrauch. Faustregel: je abgegriffener ein Buch, desto ergriffener von seinem Inhalt sein Besitzer.

So gesehen sind die Wälzer, die der lesende Mensch Joachim Barloschky mitgebracht hat ins Bremer Caffé Übersee, Belege eines gemeinsam mit Büchern verbrachten aufregenden Lebens. Im „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels zum Beispiel ist jeder dritte Satz angestrichen, das schmale Exemplar aus dem Dietz-Verlag stammt aus dem Jahr 1966. „Ich lese das Manifest in jedem Sommer“, sagt Barloschky, „da kann passieren was will: In jeden Urlaub nehme ich das mit.“ ...

Ein neuer ICE wird „Karl Marx“ heißen. Er hat sich durchgesetzt gegen

Schmidt und Kohl

Das Zitat: „An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

...

... Barloschky ist nicht mehr in einer Partei organisiert, aber Marx nach wie vor verbunden, weil der die Idee einer Gesellschaft entwirft, in der „die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist“. Das ist auch die Idee von Barloschky, der sich die aktuelle Popularität von Marx tastend dadurch erklärt, dass „etwas gärt. Und zwar übergreifend. Nicht nur die Prekarisierten fühlen sich scheiße, auch Gutverdienende jammern dauernd über den Turbokapitalismus. Und irgendwie einigen die sich gerade alle auf Marx.“ ...

Den Satz „die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist“ findet man in abgewandelter Form sicher bei anderen Denkern, die sich mit dem Spannungsfeld Individuum – Ökonomie - Gesellschaft befasst haben, ebenfalls. Ich habe noch keinen Ökonomen in der Literatur und im Leben kennen gelernt, der lehrt, wie man sich am besten in den Zustand der Verarmung und Unfreiheit bringt. Es ist gut, wenn der, der in gesellschaftlichen Kategorien denkt, einen ökonomischen Denker findet, für den er sich begeistern und aufrichten kann. Dabei ist es erst einmal egal, ob es sich Adam Smith, Karl Marx, Silvio Gesell, John Maynard Keynes, Walter Eucken, Milton Friedman oder eine andere Größe aus der Ahnenreihe der Ökonomen ist. Wichtig ist, dass das was sie uns als unsere Vor-uns-Denker in Form niedergeschriebener Gedanken hinterlassen haben, wir nicht heute und auch nicht morgen einfach 1 : 1 in die Wirklichkeit blind übertragen können. Die Nachgeborenen müssen immer das überprüfen, was die Vor-uns-Geborenen hinterlassen haben. Diese Überprüfung darf aber nicht in der Form des Hochmutes vonstattengehen, weil wir Nachgeborenen glauben, es sowieso besser zu wissen. Aber das, was in der Vergangenheit gesagt wurde und Beachtung erheischt, muss überprüfbar sein, bis auf die Aussagen, die als Vermutungen gekennzeichnet und trotzdem relevant sind und bis heute nicht geklärt werden konnten.

Wenn der beschriebene Barloschky die Botschaft in dem Marx-Zitat erlebbar hält, dann muss er sich aber auf Marx stützen und nicht auf den Marxismus, denn dieser hat sich für die Zentralverwaltungswirtschaft entschieden, mit der sich die Vision von Marx nicht realisieren lässt. Auch ist zu berücksichtigen, dass Marx sich selber nicht als Marxist gesehen hat. Diese Auskunft habe ich schon ein paarmal gelesen und auch aus dem Band 2

der „Geschichte der Nationalökonomie“ von Adolf Damaschke, 1922 zitiert:

Als ihm sein Schwiegersohn Lafargue mitteilte, daß er eine „marxistische Partei“ in Frankreich gegründet habe, antwortete er: „Ce qu'il y a de certain, c'est que moi, je ne suis pas marxiste.“ (Das ist gewiß, ich selbst bin kein Marxist.)

Damaschke beschreibt auch ausführlich die persönlichen finanziellen Schwierigkeiten, die Karl Marx immer wieder hatte. Auf der Seite 128 heißt es:

Ich selbst erinnere mich lebhaft einer Schilderung des alten Liebknecht, wie er Bücher von Marx verkaufen mußte, um das Geld zu einem kleinen Sarg für ein verstorbenes Kind aufzubringen.

Es erscheint töricht und ungerecht, solche Verhältnisse mit Stillschweigen zu übergehen. Ohne sie ist kein volles Verständnis möglich. Kein Mensch schafft im luftleeren Raum, und gerade für Werke der Volkswirtschaft hat es hohe Bedeutung, ob ihr Verfasser Not und Elend nur aus trockenen Zahlen errechnet und rein begriffsmäßig bildet, oder ob er irgendwie als Kind oder als Mann einmal das Leib und Seele verderbende hohläugige Gespenst der Armut selbst leiblich empfinden mußte. Für Marx ergibt sich zunächst ein Mehr an Bewunderung, daß er in solcher Lage sein Werk überhaupt beginnen und fördern konnte.

Es gibt natürlich nicht nur positive Stimmen zu Marx. In meinem Text 109.1 „Alte Texte – neue Schätze habe ich auch Autoren zitiert, die wenig freundlich mit Marx umgegangen sind:

So z.B. Hermann von Berg, vor seiner Ausreise aus der DDR Professor an der Humboldt-Universität in Berlin, in *Marxismus-Leninismus - Das Elend der halb deutschen, halb russischen Ideologie* (1986). Berg spricht sarkastisch von Murx und Murxismus, er nennt Marx einen Plagiator. Und er bezeichnet Marx und Engels als politische Konjunkturritter, die es immer verstanden haben, auf von anderen gesattelten Pferde zu reiten. (S.170) Für von Berg war es wohl ein Befreiungsschlag; ob er seine Kritik überzeichnet hat, vermag ich nicht zu sagen. Ich habe mir damals nach dem Lesen des Buches notiert: „Wenn Marx hier richtig bewertet und beurteilt wird, wieso konnte er in der Vergangenheit und Gegenwart eine so starke Leitfigur für so viele Menschen werden?“

Die HAZ vom 5. November bringt unter dem Titel „Gutes wollen und sterben“ einen Bericht von Peter Intelmann über den ZDF-Zweiteiler „Der Mordanschlag“. Es wird hier „das mutmaßliche RAF-Attentat auf Treuhandchef Rohwedder fiktionalisiert. In dem Bericht steht dann ein Satz, der auf die Gefahr verweist, der alle Sucher nach einer besseren Gesellschaftsordnung ausgesetzt sind:

... die Geschichte (ist) vielmehr von zeitloser Natur. Sie handele davon, wie Menschen sich einer Ideologie unterwerfen und dabei ihre Menschlichkeit

verraten.

Drei Anmerkungen dazu:

- a) Die Funktion einer Ideologie kann auch eine Religion haben.
- b) Der Begriff Ideologie ist unscharf und wird wie Neoliberalismus als Abwehr oder Herabsetzung verwendet, um ein anderes Denken zu denunzieren.
- c) Ideologien, die ein Verrat der Menschlichkeit zur Folge haben, können auch dadurch entstehen oder gefördert werden, dass die Politik oder die gesamte Bürgerschaft blind und taub gegenüber groben Ungerechtigkeiten in der Gesamtgesellschaft sind und die realen gesellschaftlichen Zustände ihrerseits mit einer Ideologie verteidigen.

Ich will jetzt noch auf zwei Texte hinweisen, in denen die Autoren auf die Widersprüche bei Marx hinweisen und wie diese aufzulösen sind.

Georg Otto ³¹

Warum der Marxismus scheitern mußte

Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie – Grundlage der realsozialistischen Versuche
und der Geldtheorie von Marx – Basis eines Sozialismus in Freiheit?
1991

Hier handelt es sich um eine politische Streitschrift zur Aufhellung von Hauptwidersprüchen der marxistischen Ökonomie, auf denen der gescheiterte Versuch, Sozialismus zu gestalten, beruht, ohne daß für einen künftigen wirklich freien Sozialismus der ganz Marx über Bord gehen muß.

<http://userpage.fu-berlin.de/roehrigw/otto/wdmsm.pdf>

00000

Der Kapitalismus als monetäres Syndrom

von Dieter Suhr

Das Tauschwertsystem und
mehr das Geldsystem sind in
der Tat das System der Frei-
heit und Gleichheit.

Karl Marx

Vorwort

Karl Marx behandelt den Kapitalismus als ein Problem der Produktions-

31 > Georg Otto (* 6. August 1928 in Großenhain) ist ein pensionierter Gymnasiallehrer aus Eberholzen, der Mitbegründer der politischen Partei Die Grünen war. Ferner begründete er die Quartalszeitschrift „Alternativen“. Noch heute ist Otto der Sprecher des liberal-sozialen Flügels der Grünen und Vorsitzender der „Aktion Dritter Weg“ (A3W). <
https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto

verhältnisse: Die Produktionsverhältnisse werden bestimmt durch Privateigentum an den Produktionsmitteln. Dieses Privateigentum an Produktionsmitteln trennt die Arbeiter von den Bedingungen für die Verwirklichung ihrer Arbeit. Daraus resultiert die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten. So war für Marx der Kapitalismus ein Syndrom, das seinen Herd in den Strukturen des Privateigentums an Produktionsmitteln hatte.

Die These dieser Untersuchung ist nun: Die Deutung des Kapitalismus als Ausgeburt des Privateigentums an Produktionsmitteln ist unzutreffend. Die Struktur des Eigentums an den Produktionsmitteln ist nicht der Grund und die Ursache für den Kapitalismus. Vielmehr sorgen ganz bestimmte Eigenschaften des überkommenen Geldes dafür, daß die Marktwirtschaft zur kapitalistischen Ökonomie verformt wird. Und zu den Verformungsprodukten gehört die einseitig-kapitalistische Organisationsstruktur der Unternehmungen. Man muß also, will man das Problem nicht bloß vom Symptom her packen, beim Geldsystem ansetzen.

Marx war außerdem davon überzeugt, daß der Mehrwert nur dort entstehen könne, wo überhaupt Werte erzeugt werden: in der Produktion durch Arbeit. Das scheint auf den ersten Blick geradezu evident zu sein. Es entspricht der schon damals fast klassischen Arbeitswertlehre. Wer dagegen, wie Proudhon und andere, die Strukturen und Vorgänge der Ausbeutung in den Eigenschaften des Geldes angelegt sah, wurde verspottet: "Albernheit der Sozialisten (namentlich der französischen)." Aber auch hier irrte Marx.

Marx hatte jedoch auch schon selbst sehr genau beschrieben, daß das Geld nicht irgendeine beliebige Ware sei, sondern eine ganz besondere Rolle spiele. Er hat auf vielerlei sehr anschauliche Art und Weise dargelegt, inwiefern das Geld den anderen Tauschobjekten als "gesellschaftliche Macht in privater Hand", als Ware von größter "Tauschbarkeit" und "Schlagfertigkeit" und schließlich als geradezu "magischer" Geldkristall überlegen ist. Trotzdem gesteht Marx nicht schon dem Geld selbst kapitalistische Eigenschaften zu. Im Gegenteil, er betont sonst immer wieder, daß das Geld eben doch "nur" ein Äquivalent der Waren, nämlich ihre "allgemeine Äquivalentform" sei. Um diesen Widerspruch zwischen dem Geld einerseits als bloßem Äquivalent der Ware, andererseits als einem den übrigen Waren vielfach überlegenen Instrument geht es in dieser Untersuchung. Mit diesem einen Widerspruch hängen andere kleinere Widersprüchlichkeiten bei Marx zusammen, etwa die, daß der "industrielle Kapitalist" im Gegensatz zum "Geldkapitalisten" als der eigentliche Kapitalist erscheint, obwohl er, wie Marx einräumt, den Arbeitern ähnlicher ist als dem typischen Kapitalisten, insbesondere insofern, als er einen Unternehmerlohn für seine unternehmerische Arbeit bezieht. Auf die einschlägigen Fragen der marxistischen Theorie war ich schon in früheren Studien gestoßen. Meine Diagnose in "Geld ohne Mehrwert", wiederholt in dem Sammelbändchen "Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus", hat sich zwar inzwischen als im Kern richtig, insgesamt jedoch als zu ungenau und oberflächlich erwiesen. Nunmehr ergab sich ein Anlaß, dem Problem des systematischen Kapitalismus noch einmal gründlicher im Werke von Karl Marx nachzugehen. Diesen Anlaß lieferte eine Tagung, die die Abteilung für Philosophie und Soziologie der Universität Warschau vom 5. bis 10. Oktober 1987 in Rynia bei Warschau ver-

Wie man auch an dem Marx-Thema sieht, ist die Vergangenheit auch die Gegenwart, natürlich nicht im Sinne von *identisch* gemeint, sondern in dem Sinne, dass die Gesellschaft als sozialer Körper gedacht, nicht die Selbstheilungskräfte hat, wie unser leiblicher Körper. Probleme die nicht gelöst werden oder nur scheinbar gelöst wurden, vererben sich von Generation zu Generation ohne Zutun ihrer jeweiligen Mitglieder fort.

In der HAZ vom 2. 11. 2018 in der regionalen Rubrik Neustadt ist in einem Artikel von Marleen Gaida mit der Schlagzeile > **Gegen das Vergessen** <³²zu lesen:

Neustadt. Kriegerische Auseinandersetzungen erzeugen unendliches Leid. Das furchtbare Ausmaß der Weltkriege lassen die bloßen Zahlen nur erahnen: Der Erste Weltkrieg hatte 17 Millionen Tote zur Folge, zwei Jahrzehnte später forderte der Zweite Weltkrieg weitere 60 Millionen. Von der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ spricht Hans-Erich Hergt vom Museumsverein mit Bezug auf den Ersten Weltkrieg. Vor zwei Wochen ist die Ausstellung „Neustadt im Ersten Weltkrieg“ zu Ende gegangen. Nun widmen sich am Donnerstag, 15. November, der ehemalige HAZ-Redakteur Dirk von Werder und der frühere Ortsbürgermeister Hans-Erich Hergt in einer Lesung erneut dem Thema „100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg“. Die beiden Neustädter lesen aus Briefen und Romanen dieser turbulenten wie dunklen Zeit.

...

Der langjährige HAZ-Redakteur von Werder liest aus dem Roman „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque und setzt damit das lokale Geschehen in einen größeren Kontext. Der Protagonist des Romans ist Paul Bäumer, ein 18-jähriger Soldat, der sich freiwillig zum Dienst gemeldet hat. Der junge Mann steht stellvertretend für das, was sich in Europa Anfang des 20. Jahrhunderts vielfach abspielte: Junge Menschen stürzen sich freiwillig in den Krieg und bezahlen dafür mit ihrem Leben – oder mindestens mit einer gesunden Psyche.

„Die Leute müssen achtsam sein, dass sich so ein Blödsinn nicht wiederholt“, sagt von Werder und fügt an: „Der Frieden ist heutzutage mehr in Gefahr, als er es Ende des Kalten Kriegs 1989/90 jemals war.“ *Von Werder sehe die europäische Einigung durch Populisten akut in Gefahr.* Die Lesung solle eine Beitrag zum Frieden sein, ein unschätzbare Gut, das es zu erhalten gelte.

Vorweg: Einen Gedanken wie er in der übermittelten Aussage im kursiv hervorgehobenen Satz zum Ausdruck kommt, zeugt nicht gerade von Ein- und Weitsicht eines ehemaligen

³² Gemeint ist hier der Erste Weltkrieg.

Zeitungsredakteurs. a) Zum einen hat der Begriff Populist einen größeren Gehalt an Diffamierung als an Information.

Populismus ist ein häufig genutzter Begriff. In der politischen Auseinandersetzung taucht er als Stigmawort auf, um andere Politiker oder Parteien zu diffamieren. In der Wissenschaft wird er z.B. benutzt, um bestimmte Programme, Positionen und Kommunikationsweisen zu beschreiben. Eineindeutig ist Populismus jedenfalls nicht. ...

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/192118/was-versteht-man-unter-populismus>

b) Zum anderen wendet sich der Widerwillen gegen Europa nicht gegen die Vereinigung an sich, sondern gegen die Bürokratisierung und Zentralisierung der betriebenen Politik auf der Europaebene. Diese Politik auf der Europaebene – die ja auch die Ursache des Brexit ist – kann der Zeit nicht anders sein, weil die Politiken in den Mitgliedsländern nach dem gleichen Muster betrieben wird.

Zum Dritten: Hat der „Blödsinn“ von 1914 wirklich aufgehört oder hat er heute nur andere Formen angenommen?

c) Zum Ersten Weltkrieg: „Er begann am 28. Juli 1914 mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und endete am 11. November 1918.“ Unter dem im Artikel genannten 17 Millionen Toten war auch mein Onkel Curt Abromeit³³, den ich dadurch nie kennenlernen konnte. Und der Zweite Weltkrieg hat meiner Familie auch genügend Opfer gekostet.³⁴

Das Vergessen gehört zum menschlichen Leben wie das Erinnern. Wenn die Politik oder die öffentliche Meinung sagt, dass wir nicht vergessen sollen, dann ist immer zu prüfen, was wir nicht vergessen sollen. Auch kann eine solche Aufforderung den Charakter von Propaganda haben z. B. dadurch, dass der Deutsche einseitig als Militarist und Imperialist als Verursacher allen Übels hingestellt wird. Solche Einseitigkeiten in der Darstellung geschichtlicher Abläufe müssen einfach zur Leugnung oder der Verharmlosung von Schuld und Versagen führen. Was in der Wirkung schlimmer ist, ist dann die Unterlassung der Forschung nach den dominanten Konfliktursachen. Und wenn diese Ursachen nicht offengelegt werden, sondern nur mit Schuldzuweisungen verdeckt werden, dann kann aus der Geschichte auch nicht gelernt werden, wie man vermeidet, diese verdeckten Fehler in eine neue Friedensordnung zu implantieren.

33 Er ist gefallen am 20. 9. 1917 in Ypern, mein Vater war da 12 Jahre alt.

34 Für die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges und die, die ihn überlebt haben, galt dann: „Selber schuld, sie bzw. ihr habt selber Schuld. Ihr habt Hitler ja zugelassen.“

Es folgen einige **Stimmen aus der Vergangenheit** ³⁵:

Alfred von Tirpitz ³⁶ schreibt im Vorwort zu seinen **Erinnerungen**, 1919:

Wenn die Geschichte gerecht ist und durch Legendenbildung nicht zu sehr gefälscht wird, so dürfte sie erweisen, daß das weitaus größere Maß von Verantwortung an diesem Krieg auf Seiten unserer Feinde liegt. Nach dem Straßenrecht auf See wird bei Zusammenstößen dem die Schuld beigemessen, der die Gefahr der Lage erzeugt hat, nicht aber dem, welcher im letzten Augenblick durch unrichtige Beurteilung einen Fehler bei Ausweichen beging.

Unser Unglück aber ist nicht aus der Schaffung von Macht entsprungen, sondern aus der Schwäche, die sich auf den Gebrauch der Macht nicht verstand, weder zur Friedensbewahrung noch zum Friedensschließen, sowie auf die Täuschung über unserer Gegner, über die Natur ihrer Kriegsziele und Kriegführung und über das Wesen des Wirtschaftskriegs.

000000

Sebastian Haffner / **Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg**:

... Der erste der großen Fehler, die Deutschland gemacht hat, war, den Ersten Weltkrieg überhaupt zu verursachen. Das hat es nämlich getan. Mit »Kriegsschuld« hat das nichts zu tun. Von »Kriegsschuld« zu sprechen war nach dem Ersten Weltkrieg aufseiten der Sieger Scheinheiligkeit und Heuchelei. Schuld setzt ein Verbrechen voraus, und Krieg war damals kein Verbrechen. Er war im Europa von 1914 noch eine legitime Einrichtung, durchaus ehrenhaft und sogar ruhmvoll. Er war auch nicht etwa unpopulär. Gerade der von 1914 war es nirgends. Gejubelt wurde im August 1914 nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Russland, Frankreich und England. Die Völker fühlten damals alle, dass ein Krieg wieder einmal fällig war, und begrüßten alle seinen Ausbruch mit einem Gefühl der Befreiung. Aber dass er fällig geworden war, lag an Deutschland. ... (S. 11)

... Noch einmal: Das war nicht Friedens-, sondern Kriegspolitik, eine kalt rechnende, wenn man will skrupellose, wenn man will verzweifelte Politik. Eine törichte und gedankenlose Politik war es nicht und eine verbrecherische auch nicht. Der Krieg lag ohnehin in der Luft wenn er doch kommen sollte, dann wollte ihn jeder natürlich aus dem für ihn günstigsten Anlass ausbrechen lassen. Überfallene Unschuldslämmer gab es unter den Großmächten von 1914 nicht und gejubelt wurde überall. ... (S. 33)

Und wieder bei Rudolf Eucken aus seinen „**Lebenserinnerungen**“ als Fundstelle.

35 Einen Teil der Zitate habe schon an anderer Stelle verwendet. Da es unwahrscheinlich ist, dass ein Leser mehre Texte von mir liest, spielt das keine Rolle.

36 https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_von_Tirpitz

In Amerika 1912:

... Charakteristisch erschien mir ein Gespräch mit einem weltgewandten Finanzmann über die Möglichkeit eines schon damals die Gemüter bewegenden Krieges; er meinte, es bestehe dafür nicht die mindeste Gefahr: »Wir geben das Geld dazu nicht, und ohne das können die Staaten nichts machen«. In einem anderen Kreise wurde die Behauptung aufgestellt, Deutschland würde in 20 Jahren das reichste Land der Erde sein! ... (S. 90)

Der Weltkrieg:

Zu der Zeit, als ich jene Reise nach dem fernen Osten plante, durfte man wie von einer glücklich erreichten Höhe ausschauen: so viel das deutsche Leben auch an Problemen enthielt, ein weiterer Aufstieg schien in Aussicht. Wir durften hoffen, daß die gemeinsamen Probleme der Menschheit stark genug sein würden, um die Gegensätze der Völker zu überwinden; und zugleich war zu hoffen, daß keine Regierung sich mit der Verantwortung belasten würde, einen furchtbaren Weltkrieg zu entzünden, dessen unermeßliche Folgen außer allem Zweifel waren. Gerade zu Beginn des Jahres 1914 schienen sich im besonderen die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu bessern. Auch fehlte es in jenen Jahren nicht an Erweisungen gegenseitiger Schätzung, ja Freundschaft zwischen den beiden Hauptvölkern verschiedene Adressen wurden unterschrieben, welche die Bedeutung eines freundschaftlichen Zusammengehens betonten; die Ehrlichkeit dieses Strebens stand außer Zweifel. Ich selbst aber durfte hoffen, an den gemeinsamen Problemen der Menschheit weiter zu arbeiten und zugleich mein Land zu fördern; von allen Seiten kam man dabei mir freundlich entgegen; ich erwähnte Japan und Cina, aber auch aus indischen Kreisen kam an mich eine freundliche Einladung, selbst australische Freunde an den dortigen Universitäten hofften mich dort zu sehen.

Daß ich, der ich mit unermüdlichem Eifer für die Verständigung der Völker und für das Zusammengehen bei den großen Lebensfragen wirkte, durch den Ausbruch des Weltkrieges besonders schmerzlich betroffen wurde, das bedarf keiner Erörterung.

Aber es konnte mir in keiner Weise zweifelhaft sein, daß ich meine Stellung bei meinem eignen Volke zu nehmen hatte; das englische Right or Wrong freilich wurde von mir nicht gebilligt, aber ich war und bin fest davon überzeugt, daß das deutsche Volk ein gutes Recht hatte, in den Kampf zu gehen und sich gegen alle Üngriffe zu verteidigen. Gewiss war unsere Politik sehr angreifbar, ja ungeschickt, es fehlte unseren Staatsmännern das rechte Augenmaß für das Notwendige und das Mögliche, unsere Politik schwankte zwischen großsprechendem ja verletzenden Worten und kleinen Taten, auch waren über die besondere Lage hinaus grosse Verwicklungen in unseren Verhältnissen nicht zu verkennen. Der Hauptzug des Lebens ging bei uns nach der wirtschaftlichen Richtung; schon das zeigt jedem unbefangenen Beobachter, daß unser Volk nicht kriegslustig war; wer die wirtschaftlichen Interessen voranstellt, der kann keine Freude am Kriege mit seinem zerstörenden Wirken haben. Aber Deutschland mußte schon wegen seiner

zentralen und allen Angriffen ausgesetzten Lage stark gerüstet sein; die Frage konnte nur sein, ob die militärische Leistung nicht zu sehr in das innere Staatsgefüge eingriff, auch mußten unerfreuliche Vorgänge wie die in Zabern über Deutschland hinaus einen schlechten Eindruck machen und den Schein einer Militärherrschaft erwecken; ferner war es eine offene Frage, ob eine so starke Vermehrung unserer Flotte zu unserer Selbstverteidigung notwendig war, und ob sie nicht das Mißtrauen Englands erregen mußte; aber dies alles kann nicht die Tatsache verdecken, daß Deutschland und auch die deutsche Regierung den Frieden ehrlich wollte und nur notgedrungen zu den Waffen griff. ... (S. 97 f)

oooooooooooo

Jetzt Ausschnitte aus Betrachtungen von freiwirtschaftlichen Autoren.

Aus **Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker** von Fritz Schwarz,
Band 2, Bern 1945, Seite 37

Der Krieg von 1914 bis 1918 begann 1874.

Es ist kein Zufall, daß man für die Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges immer in die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Damals wurde tatsächlich der Grund zum Dreibund wie zur Tripelallianz gelegt. Alle Länder wurden mit Zollgürteln umschlossen. Selbst Bismarck wurde seines Widerstandes gegen die deutsche Kolonialpolitik müde und bequemte sich dazu, für das deutsche Reich Kolonien zu erwerben. Jeder halbwegs anständige Staat strebte auch nach «Interessensphären». Damals wurde die Erde verteilt. Warum das alles? Weshalb diese Belastung der Bürger mit fremden Kolonien, die mehr Geld kosteten als sie einbringen konnten und mit «Interessensphären» wo man doch kaum mehr für seine eigenen Belange sorgen konnte?

Wir haben im ersten Bande gesehen, wie sich in diesen Jahren infolge des Fehlens von Gold die Wirtschaft mehr und mehr verengerte. Die Völker fühlten das. Schließlich sollten sich alle Regierungen nach einem bessern «Platz an der Sonne» umsehen. Sie merkten nicht, daß nur der Mangel an Geld die Völker zur Verzweiflung brachte. Die Herrschenden suchten überall nach Verbündeten; jedes Bündnis aber erweckte Mißtrauen bei andern und führte wieder zu Gegenbündnissen.

Mit dem Jahre 1893 kam die Erlösung. Die Goldfunde stiegen wieder. Sie ermöglichten die Ausdehnung der Gütererzeugung, des Handels und des Verkehrs und die Entwicklung der Technik. Doch blieben die staatlichen Versuche zur Besserung der Lage bestehen. Die Bündnisse wurden nicht gelöst, die Kolonien nicht aufgehoben, die Zölle nicht abgebaut. Und was das Allerschlimmste war: die eintretende Besserung wurde sogar diesen sinnlosen Versuchen zugeschrieben. Man geriet auf diese Weise in eine ganz unheilvolle Täuschung hinein. Was der vermehrte Geldumlauf gebracht hatte, glaubte man selber geschafft zu haben. So kam man zu einer ganz schiefen

Bewertung von Zöllen, Kolonien, Bündnissen und Rüstungen.

Bei der ersten Schwierigkeit, die von der Wirtschaft her später auftauchen würde, war sicher anzunehmen, daß man ihr wieder mit den gleichen Mitteln entgentreten würde, die ja - vermeintlich - schon früher geholfen hätten! So konnte eine anhaltende, scharfe Krise schließlich den Krieg zur Auslösung bringen, den man 1893 vertagt hatte.

00000000

Silvio Gesell 1918, Gesammelte Werke, Band 10, Seite 349 und „an die Überlebenden / Gedanken Silvio Gesells / eingeleitet und zusammengestellt von Friedrich Salzmann, Bern 1945, Seite XIII

„Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag“

„Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: ‚Nie wieder Krieg‘, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. In den unzufriedenen Massen werden wilde revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.“

Gesell spricht hier die ökonomische Beobachtung an, die im Zeitablauf immer wieder gemacht werden kann, dass nach Jahren guter Konjunktur, in der die Kapitalbildung auf den Zins drückt und dadurch die Geldhalter verleitet, ihr überschüssiges Geld nicht (oder nicht gleich) wieder in den Verkehr zu geben. Gehortetes Geld erzeugt aber einen Nachfrageausfall und dieser erzeugt wiederum Arbeitslosigkeit. Die Aussage ist aus der Sicht des Jahres 1918 realistisch. Tatsächlich wurde aber die Weimarer Republik durch die Inflation und Deflation zerstört. Diese Zusammenhänge wurden ebenfalls von Gesell und Vertreter der Freiwirtschaftsschule immer wieder thematisiert und den Verantwortlichen in der Politik und Notenbanken unterbreitet.³⁷

³⁷ Es ist in diesem Zusammenhang sinnvoll auch auf Gesells Rolle in der Münchener Räterepublik hinzuweisen, weil es auch ein Zeugnis der unverständenen Zusammenhänge zwischen Wohlfahrt und Währung in der Politik von damals ist. <http://www.werner-onken.de/index.php/buchhinweis-onken-silvio->

Helmut Creutz weist in seinem Beitrag „Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg“ in der Zeitschrift für Sozialökonomie ³⁸, Folge 128 vom Februar 2001 darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen und Kapitalbildung sinkender Zinshöhe und die Förderung der Zinshöhe durch den Krieg schon in der Zeitschrift „Sparkasse“ im Jahr 1991 beschrieben wurde. Als Motto hat Creutz für seine Ausführungen ein Zitat von Adolf Paster aus Österreich gewählt:

Wenn der Friede die Frucht der Gerechtigkeit ist, dann ist der Konflikt, die kriegerische Auseinandersetzung, die Frucht der Ungerechtigkeit. Tatsächlich waren fast alle Kriege der letzten Jahrhunderte Wirtschaftskriege.

Creutz führt unter „3. Konjunkturen – Krisen – Kriege / Kapitalbildung und Kapitalvernichtung“ aus:

Für diese vorbeschriebene Kette zinsbedingter Krisenzeiten mag ein Artikel Zeugnis geben, der im Dezember 1988 von der deutschen Kundenzeitschrift "Sparkasse" veröffentlicht wurde, und zwar als Nachdruck eines Beitrags aus der gleichnamigen Zeitschrift des Sparkassenverbandes aus dem Jahre 1891(!) Dieser also vor mehr als einhundert Jahren geschriebene Artikel befasste sich mit dem Trend sinkender Zinsen gegen Ende des 19. Jahrhunderts und seinen Hintergründen, die er wie folgt erklärte:

"Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, daß die besonders rentablen Kapitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben." Und um den damals auf drei Prozent gesunkenen Zinssatz vor einem weiteren Fall zu bewahren, müßten – so hieß es weiter – "... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Kapitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde." Doch da auch das die sinkende Zinsentwicklung nicht umkehren könne, schließt der Artikel aus der Sparkassenzeitung mit folgender inhaltsschwerer Aussage: "Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Kapitalzerstörung, welche er bedeutet."

Dieser Schluß scheint ungeheuerlich! Aber er ist – wie wir wissen – seit 1891 zweimal in Erfüllung gegangen: Zwei "allgemeine europäische Kriege", die man sogar weltweit ausdehnen konnte, haben dem Sinken des Zinsfußes nicht nur jeweils Halt geboten, sondern den Zinsfuß auch erneut auf lukrative Höhen angehoben! ...

Der jüdische Arzt Dr. Max Sternberg aus Emden beginnt in seiner Schrift „Warum und wie zur Freiwirtschaft“ das Unwissen der Sozialdemokraten über diese Zusammenhänge 1924 mit einem fiktiven Bericht sarkastisch einleitend wie folgt:

Dr. Max Sternberg: Der Bankerott der Novemberleute

gesell-in-der-muenchener-raeterepublik.html

38 <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-128-135.html>

... Wirkung politischer Leitideen - 69 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018

Es war in den Sturmtagen des November 1918. Am Schlosse in Berlin war die rote Flagge hochgegangen. Im Gebäude des "Vorwärts" saßen die Führer der siegreichen Sozialdemokratie und überlegten: "Was nun?" Da öffnete sich die Türe und herein trat - - - Stinnes. Und Stinnes sagte: "M. H. Ich und meine Klassengenossen sind zur Zeit, warum soll ich es nicht aussprechen, vollständig ohnmächtig. Wir können nicht und wollen auch nicht Ihnen gegenüberreten. Sie sollen die politische Macht haben, wie Sie sie ja schon seit Jahren verlangt haben. Sie sollen in der Republik den Präsidenten stellen, Ihre Führer sollen auf Ministersesseln Platz nehmen, sollen Regierungspräsident, Oberbürgermeister, Landrat werden, kleinere Führer sollen Sekretär werden, und ganz kleine Führer sollen fortab morgens nicht mehr mit dem Handwerkszeug zur Arbeit, sondern mit der Mappe unter dem Arm zum "Dienst" gehen. So, m. H., sollen Sie die politische Macht haben. Wir haben auch nichts dagegen, wenn Sie "verlangen", daß die "geeigneten" Betriebe sozialisiert werden. Nur eins bedingen wir uns aus: An unserer bewährten Goldwährung dürfen Sie nicht rütteln. Sagen doch alle unsere Sachverständigen, daß die Goldwährung die einzig gute Währung sei. Wer von Ihnen hat sich denn bislang um Währung bekümmert? Hat denn Ihr Marx irgend ein Wort von Währung gesagt? Aber Marx ist ja in einer sehr schwer verständlichen Schreibweise geschrieben, und wenn Sie auch seinen Namen ständig im Munde führen, so hat doch wohl von zehntausend seiner Anhänger kaum ein einziger seine drei Bände vom Kapital durchgearbeitet. Sie haben aber ein vorzügliches Lehrbuch der Marxschen Lehre, in der "Neuen Zeit" von Kautsky, dem Oberhüter der Marxschen Lehre, auf das Wärmste empfohlen. Sie kennen es ja alle. Es heißt: "Karl Marx, sein Leben und seine Lehre" von Beer (N. B. Auch zu kaufen in der sozialdemokr. Buchhandlung in der Kranstraße in Emden.) In diesem Buche kommt das Wort Währung überhaupt nicht, und das Wort Geld nur ein einziges mal vor. Also, was geht Sie Geld und Währung an? Wenn Sie demaleinst den "Zukunftsstaat" fertig haben, gewiß, dann mögen Sie auch meinetwegen Ihr "Zukunftsgeld", wie es Bebel uns in der "Frau" geschildert hat, einführen, aber bis dahin dürfen Sie nicht das Jahrtausende alte und bewährte Geldsystem und unsere Währung ändern."

Als Stinnes so gesprochen hatte, antwortete der Führer der Sozialdemokratie: "Sie haben Recht, Herr Stinnes. Wenn wir die politische Macht haben, dann werden wir die Sache auch schmeißen, dann sozialisieren wir die Betriebe, aber von der Sozialisierung des Geldes, an die Sie jedenfalls denken, davon steht in unseren Lehrbüchern wahrhaftig kein Sterbenswörtchen, also ist sie auch unnötig oder gar fehlerhaft. Seien Sie unbesorgt, unsere Goldwährung lassen wir in Frieden, ja unsere rote Garde soll als Wächter vor sie hingestellt werden.' Da ging Stinnes hinaus und sagte zu seinen Freunden: "Das Ding haben wir mal wieder fein gedreht. Die Toren da drinnen denken nicht einmal an die alte Volksweisheit: "Geld regiert die Welt." Die Toren da drinnen haben die Republik, aber keine Gebrauchsanweisung, und ich, ich gebe sie ihnen nicht. Die da haben die scheinbare Macht, nämlich die politische, ich aber, ich habe die wirkliche Macht, die Geldmacht. Die da haben die Hülle, ich aber habe den Kern. Die da werden in ihrer Blindheit mit der Tätigkeit der Notenpresse, mit der Helfferich angefangen hat, ruhig oder vielmehr mit verstärkter Macht fortfahren und damit

ist ihr Bankrott besiegelt. Was an mir liegt, soll alles geschehen, daß das Tempo der Notenpresse immer schneller gehen wird. Die Zeitungen werde ich aufkaufen. Sie mögen dann über die Notwendigkeit der Republik schreiben, wie sie wollen, aber über Geld und Währung sollen sie nichts schreiben, oder nötigenfalls nur so, daß das Volk weiter dumm gehalten wird. Wenn dann durch die Währungspuscherei allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien, ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen. Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird, nun, wozu hätten wir dann die lieben Juden? Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin "aufklären", daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849, 1880. Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Novemberleute zum Bankrott bringen."

Soweit Stinnes. Hier muß ich ein Geständnis machen. Die Geschichte ist, wie jeder Leser sofort gemerkt haben wird, frei erfunden, aber sie hätte sich doch so abspielen können. So nämlich hätte der Kapitalismus zum Marxismus sprechen können.

Wie war denn der Verlauf der Revolution? Die Verheißungen blühten: "Die Sozialisierung marschieren" - "Die Stunde der Befreiung der Arbeit hat geschlagen" - "Der Sieg der Arbeiterschaft" - "Der Kapitalismus liegt verendet am Boden." - So las man auf den Zetteln, die an den Plakatsäulen klebten, und ebenso hörte man es von den begeisterten Rednern im Blaukreuz-Saale. Was ist aus diesen Versprechungen geworden? Die Menschen hungern, sind arbeitslos, sie plündern, sie bringen sich gegenseitig um. Das Reich droht auseinanderzufallen.

Die Freiwirte versuchten laut und vernehmbar dem Staatsschiff die rechte Richtung zu weisen, indem sie am 10. April 1919 der Nationalversammlung in Weimar eine Denkschrift überreichten, in der ein lückenloses Aufbauprogramm enthalten war, und in der vor allem die Bedingungen einer gesunden Währung, der ersten und letzten Voraussetzung einer gedeihlichen Wirtschaft und damit eines gesunden Gemeinschaftslebens, entwickelt wurden. Die Denkschrift erinnerte daran, daß "jetzt, wo so viele Wahngelüste in Scherben liegen", auch die Zeit gekommen sei, das älteste und gefährlichste Gebilde zu Grabe zu tragen, nämlich den Goldwahn. Nun, man hat ihn nicht zu Grabe getragen. Man hat in der Reichsverfassung dem Volke allen möglichen Schutz mit allen möglichen Forderungen versprochen: Wohnungen,

Gerechtigkeit, Schutz des Eigentums. Keine Botschaft hat sich erfüllt. Diese Niederlage mußte kommen, weil der Goldwahn-Götze nicht zertrümmert wurde.

Man erntet die Früchte, die man säte. Wer nicht hören will, muß fühlen. Nur schade, daß nicht die Schuldigen, nicht die geheimen Regisseure des Goldwahn-Theaters in den Hungertumulten umkommen. ...

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.1%20Sternberg%20Warum%20FFF.pdf
(fraktur)
http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.2%20Sternberg%20Warum%20FFF%202.pdf
(Nachdruck als Fortsetzungsreihe)

Ich komme zu Karl Walker, Jahrgang 1904, der nur eine Volksschule besuchen und eine Lehre zum Buchbinder machen konnte. Er hatte bei seiner beruflichen Tätigkeit einen freiwirtschaftlichen Text zu lesen bekommen und war von dem, was er las so von angetan, dass er nach Berlin zog, um Leuten näher zu kommen, die sich damit beschäftigten. Als die damaligen Verhältnissen immer schlimmer wurden, hat er gehofft, dass da jemand käme um die Menschen über die Ursachen und ihre Beseitigung aufzuklären. Bei diesen Überlegungen ist ihm dann der Gedanke / der innere Befehl gekommen: „Du musst es selber machen!“ Trotz der Arbeitslosigkeit und ohne Gewissheit, dass er wieder einsteigen konnte, hat er seine Stelle gekündigt und sich zurückgezogen und hat sein Buch „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“ geschrieben, das 1931 veröffentlicht wurde. Wenn man das heute liest, fragt man sich, warum nicht wenigstens 10% der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer und -forscher, ein solches Buch zu einer Zeit vorlegen konnten, als es noch politisch wirksam hätte werden können. Walker hatte sich das Wissen autodidaktisch neben der Arbeit angeeignet. Alle Parteien waren durch untaugliche Leitideen gebunden, die es ihnen unmöglich machten, auf sachlicher Ebene andere Lösungsvorschläge für die schwierige Lage auch nur anzuhören. Im Nachtrag zur 3. Auflage von 1932 schreibt er:

Nun zum Abschluß dieses Nachtrages noch einige offene Worte zum Nationalsozialismus: Es wäre müßig, heute noch einmal von der Schuld der Parteien zu reden, vom Versagen der Demokratie. Was in diesem Buche vor zwei Jahren im Kapitel „Neue Politik“ gesagt wurde, das ist heute durch die Ereignisse überholt. Es gibt nichts mehr zu retten; die Demokratie ist zugrunde gegangen an der Engstirnigkeit ihrer Anhänger, die aus dem demokratischen Prinzip nichts anderes als das Recht auf rücksichtsloseste politische Verfechtung ihrer Interessen abgeleitet hatten und vor lauter Interessenpolitik nie dazu gekommen waren, Maßnahmen zu überlegen - oder gar durchzuführen -, die dem Gesamtwohl des Volkes hätten dienlich sein können.

Der eigentliche Sinn der demokratischen Idee, der eben in dem Grundsatz lag, dem Volk die Möglichkeit zu sichern, in gegenseitiger freier Übereinkunft die von ihm erstrebte soziale und wirtschaftliche Ordnung selbst zu

gestalten, war so vollkommen von der Interessenpolitik verdrängt, daß man eigentlich sagen kann: Mit dem Sturz dieses Systems ist lediglich eine Staatsform liquidiert worden, die nur noch dem Namen nach auf der Basis stand, auf der sie eine Daseinsberechtigung gehabt hätte.

Gewiß lag in der Existenz der demokratischen Verfassung eine gewisse Berechtigung zu der Hoffnung, daß sich der Volkswille letzten Endes doch einmal, von Fehlschlägen und Mißerfolgen zur Einsicht gebracht und auf den richtigen Weg gelenkt, mit wachsender Klarheit für die Maßnahmen einsetzen wird, die sich aus der Logik der Verhältnisse als notwendig herausstellen. Dabei mußte allerdings, wie an anderer Stelle bereits angedeutet (s. S. 216) in Rechnung gestellt werden, daß die Entwicklung dahin naturgemäß einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen kann.

Doch alle diese Überlegungen sind nun gegenstandslos geworden, denn inzwischen hat der Volkswille zu Entscheidungen geführt, durch die der Rahmen der Demokratie gesprengt wurde. Damit sind alle an die Existenz der demokratischen Staatsform gebundenen Möglichkeiten in Wegfall gekommen. Das Volk hat dabei aber nicht (im Sinne der demokratischen Idee) über sachliche Maßnahmen entschieden, die zur Lösung der Probleme hätten führen können, sondern es hat, was etwas wesentlich anderes ist, lediglich die politische Macht der Bewegung übergeben, der es den Willen und die Fähigkeiten zutraut, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, dem Nationalsozialismus. (S. 233 f.)

Nun noch einen Ausschnitt aus Walkers Haupttext von 1931:

In Deutschland sind nun schon seit Jahren 2 ½ bis 4 ½ Millionen Menschen arbeitslos, werden also von der Wirtschaft als überflüssig abgestoßen, während sie gleichzeitig, kümmerlich von den noch im Erwerb stehenden mitunterhalten, in Mangel und Not leben; bedenken wir, daß diese Menschen ihre Bedürfnisse doch alle selbst decken könnten - es sind alle Berufe vertreten - wenn sie nur arbeiten dürften. Warum dürfen und können sie aber nicht arbeiten?

Es sind Bedürfnisse da, riesengroße; es sind Menschen da, arbeitswillige Menschen, Millionen, und es sind auch Rohstoffe, Baustoffe, Lebensmittel in Hülle und Fülle da; der Segen der Natur ist doch so reich, daß man Staudämme gegen eine Überschwemmung aus fremdem Gebiet zu errichten für nötig hält. Und doch bestehen Hunger, Elend, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Diese Zustände sind nicht auf den verlorenen Krieg zurückzuführen. Auch andere Länder leiden unter denselben Erscheinungen; England z. B. hatte zeitweise eine verhältnismäßig noch höhere Arbeitslosigkeit als wir; und England hat keinen Krieg verloren! Es handelt sich hier um mehr als nur um Nachwehen des Krieges. Das Problem ist international und uns auf alle Fälle schon längst über den Kopf gewachsen. Die Hilflosigkeit der Führer und das vollständige Versagen aller bisherigen Methoden einschließlich der marxistischen ist nicht zu verkennen.

Diese Hilflosigkeit kann nur aus einem Mangel an wirtschaftlichen Erkennt-

nissen erklärt werden. Die Politiker aber betrachten die Lösung des Wirtschaftsproblems als eine Machtfrage; sie sehen nicht, daß die Störungen der Wirtschaft von Unterbrechungen der Zirkulation ausgehen, die nicht durch obrigkeitliche Erlasse verhindert werden können. Sobald der Austausch der Güter und Leistungen wegen ungenügender Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln stockt, häufen sich Güter, die keinen Absatz finden und mehren sich Arbeitskräfte, die brachliegen müssen. Dann muß der Staat, nicht zuletzt im Interesse der öffentlichen Sicherheit, die Arbeitslosen unterstützen, deren Unterhalt er aber in Form von Steuern und Abzügen den übrigen Arbeitenden aufbürdet. Heute beschäftigen sich die Politiker in Deutschland damit, Systeme auszuklügeln, nach denen es möglich sein soll, ohne Staatszuschüsse die Arbeitslosenunterstützung für die Zukunft aus den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung zu bestreiten, etwa durch Schmälerung der Unterstützungssätze oder Erhöhung der Beiträge u. ä. Ist das ihre Aufgabe ?

Walker ist dann wohl etwas vor der Macht des Faktischen eingeknickt, d. h., er hatte vielleicht wie vereinzelt andere Vertreter der Freiwirtschaftsschule gehofft, dass vom NS-Staat freiwirtschaftliche Reformen übernommen werden könnten.³⁹ Das hat aber nicht lange gedauert. Schon weit vor dem Ende des Krieges arbeitete Walker mit anderen u. a. mit Otto Lautenbach⁴⁰ für die Zeit nach Hitler. Hier liegen dann auch die Wurzel für die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in der die Ehe der Freiwirte mit den Ordoliberalen scheiterte, auch weil die SPD - in der Walker Mitglied war – immer noch ideologisch gebunden war, und darum das große Projekt nicht unterstützen konnten und den CDU-Mitgliedern ihre Antihaltung gegen den Kapitalismus dadurch ausgetrieben wurde, dass die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus in der Bedeutung gleichgesetzt wurden. Das war sicher nicht ein Zeichen von Böswilligkeit, sondern eines, das von der Unfähigkeit zeugt, dass die Unterschiede in den Begriffsinhalten nicht verstanden wurden.

Walkers erste Veröffentlichung nach dem Krieg (1946) hat den Titel „*Überwindung des Imperialismus*“ Hieraus wollte ich hier eigentlich Passagen vortragen. Das wird mir aber zu viel. Er sagt in verkürzter Form. Es ist ja ganz gut, wenn die nationalsozialistischen Täter verurteilt werden, aber wichtiger ist, die Ursachen für den Imperialismus herauszuarbeiten. Auch wenn die Deutschen in ihrer Gesamtheit für dass, was sie angerichtet haben, ausgelöscht würden, bliebe die Ursache für den Imperialismus bestehen. Walker wendet sich aber deutlich gegen die Behauptung von der Kollektivschuld der Deutschen.

³⁹ Andere hatten die Gefahr deutlicher erkannt. Man muss bedenken, der NS-Staat konnte damals nicht aus der Rückschau von heute betrachtet werden. Auch war führenden Nazis Gesell – der die Überwindung des Nationalismus für erforderlich hielt – ein nicht akzeptabler Internationalist.

⁴⁰ Es gibt wiederum Spuren, die auf eine Zusammenarbeit von Lautenbach mit Ludwig Erhard verweisen.

Die nächste Arbeit die Walker 1947 veröffentlichte trägt den Titel „*Demokratie und Menschenrechte*“. Er hält sich nicht mit den formalen Strukturen auf, sondern versucht die Möglichkeiten und Grenzen der Demokratie aufzuzeigen. Als Vorwort bringt er folgendes Zitat:

An Stelle eines Vorworts:

Wer das auszusprechen zögert, was er für die höchste Wahrheit hält, aus Angst, die Zeit könne für sie noch verfrüht sein, kann sich durch die Betrachtung seiner Tat von einem unpersönlichen Standpunkt aus beruhigen. Er muß bedenken, daß Meinungen eine Kraft sind, durch die der Charakter äußere Anordnungen sich anzupassen weiß, und daß seine Meinung mit Recht einen Teil dieser Kraft bildet - eine Krafteinheit, aus der, zusammen mit anderen Einheiten, sich jene allgemeine Kraft zusammensetzt, von der soziale Veränderungen bewirkt werden. Dann wird er begreifen, daß er seinen tiefsten Überzeugungen rechtmäßig Ausdruck verleihen darf, unbekümmert um ihre Wirkungen. Nicht umsonst spürt er in sich Sympathien für diese und Abneigung gegen andere Prinzipien."

Herbert Spencer
(engl. Philosoph und Soziologe,
geb. 1820 - gest. 1903 in Brighton)

Dem Kapitel Verfassung und Menschenrechte stellt Walker das folgende Zitat voran:

„Stellt die Freiwilligkeit und das geistig Verwandte als das für ein Bündnis einzig Entscheidende auf! Das ist der Beginn einer Freiheit, die etwas wert ist.“

Henrik Ibsen

Wenn eine Lesung des kleinen Bandes von 100 Seiten im Bundestag möglich wäre, könnten seine Mitglieder und – bei Übertragung durch Funk und Fernsehen – die Deutschen feststellen, dass eine solche Stimme der Freiheit im Bundestag nicht vertreten ist.

Ich mache wieder einen Zeitsprung. Diesmal von 1947 in das jetzige Jahr 2018. Es geht mal wieder um das Erinnern und Gedenken. Die *Neustädter Zeitung* berichtete am 3. November: „Das Gedenken sichtbar machen / Einweihung des jüdischen Mahnmals ...“ und die HAZ vom 5. November unter Neustadt „Nach langem Streit steht das Mahnmal / Denkmal auf dem Platz *Zwischen den Brücken* trägt die Namen der Juden, die von Nazis aus Neustadt vertrieben wurden. Tage zuvor hatte meine Ex-Frau in der Nachbarschaft mir bei einer Tasse Tee von einem Buch erzählt, das auch das Verbrechen gegen die Juden zum Gegenstand hatte und das nur – nach ihren Angaben – deshalb lesbar war, weil eine Liebesgeschichte eingebaut sei und sogar der Humor nicht zu kurz käme. Ich erinnerte mich bei der Gelegenheit an den Tatsachenroman „*Die Schleuse*“ von H. P. Dietrich ⁴¹, 1974. Ich versprach ihr, das Buch

41 Das ist der verstorbene Horst Bethmann. Sein Name taucht weiter unten bei einer weiteren Quellenangabe auf. Ich war mit ihm gut befreundet.

beim nächsten Tee mitzubringen. Als Quelle für die Romanvorlage gibt H.P. Dietrich an:

Das Buch wurde nach den Erlebnissen von Alice Randt geschrieben, die zu den gut 3000 Häftlingen gehörte, die von fast 90 000 nach Theresienstadt verschleppten *bevorzugten Juden* heimkehren konnten. Die Namen der Verfolger und der Opfer sind weitgehend - soweit dies zu verantworten war - erhalten geblieben. Zur Ergänzung der Tatsachen wurden folgende Bücher herangezogen: H.G. Adler *Die Verheimlichte Wahrheit* - Theresienstädter Dokumente, Tübingen 1958. Und: *Theresienstadt* Wien 1968. Die Dokumente und Bilder entstammen dem Privatbesitz von Alice Randt.

Beim nächsten Tee-Besuch fragte meine Ex-Frau dann, ob ich die Berichte über die Aufstellung des Mahnmals in Neustadt gelesen hätte. Ich bejahte das und äußerte mich dahingehend, das ich die Aufstellung des Mahnmals als Erinnerung an die Opfer gut fände. Wenn wirklich der Opfer gedacht werden soll, stehe ich da voll hinter. Manchmal beschleicht mich aber das Gefühl, dass diese Art Gedenken nicht ganz ehrlich ist, a) weil sonst auch eine Trauer, um die durch die Politik verführten Täter aufkommen müsste, die ohne das Versagen der Politik in der Weimarer Republik, nie zu Tätern geworden wären, und b) weil auf diese Weise die Schuld der Deutschen an die nachfolgenden Generationen weiter vererbt werden soll, die gar nichts mit den Untaten unter dem NS-Regime zu tun haben, und c) dass sich die Generationen, die in die Hitlerzeit hineingeboren wurden und die nach dem Krieg das Licht der Welt erblickten von jeglicher Schuld freiwaschen möchten. Ich habe schon in einem anderen Text Jean Ziegler aus seinem Buch „Die neuen Herrscher der Welt ...“ zitiert. Er schreibt auf der Seite 104:

Hunger, Seuchen, Durst und armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft in vollem Gange.

An diesem Geschehen haben die Deutschen auch ihren Anteil, weil sie nicht versucht haben ihre Schuld dadurch abzutragen, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg die Welt nicht dadurch etwas besser gemacht haben, indem sie für sich eine freiheitliche Friedensordnung entwickelten, die modellhaft anderen Gesellschaften geholfen hätte, ihre Probleme zu lösen. Dass wäre eine Wiedergutmachung an die Welt gewesen, die nicht zu neuem Leid und Unrecht geführt hätte. Und jene, die den masochistischen Zug in dem Schuldbekenntnis der Deutschen genießen, sei empfohlen das Massenmorden der Europäer bei der Unterwerfung anderer Völker und die Besiedlung Amerikas zu studieren. Der Anteil der Deutschen daran erhöht das Schuldkonto und somit den heimlichen Genuss an der Schuld.

Den Antisemitismus in der Vor-Hitler-Zeit, den Deutschland mit vielen Ländern teilte, für den Sieg des Nationalsozialismus verantwortlich zu machen, dient nur dazu, das Versagen der Demokraten unsichtbar zu machen und Verbote in Bezug auf völkisches spinnerhaftes Denken, das nach meinem Kenntnisstand wohl eher gegen das Christentum als gegen das Judentum gerichtet ist, zu rechtfertigen. Ich will das Gesagte mit wenigen Zitaten verdeutlichen.

Nahum Goldmann schreibt in „Mein Leben – USA . Europa . Israel“, 1981 auf der Seite 8:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz – der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte – doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigen Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden endet.

Wie kann sich der „Gipfel jüdischer Existenz“ in einer Gesellschaft entwickeln, in dem ausgeprägtem Antisemitismus herrscht? Der „Gipfel“ schmolz ab, als die Demokraten das Volk immer mehr in Hunger und Not trieb, ohne dem Volk dafür eine glaubwürdige Erklärung abzugeben. Und es ist fast ein Naturgesetz, dass ein Volk in dieser Situation – egal wo auf der Welt – nach einen Schuldigen sucht. Und jetzt erst waren die Juden aufgrund ihrer Geschichte und Sonderstellung in der Gesellschaft die geeignete Gruppe für die Rolle der Verursacher der Not in der deutschen Gesellschaft wirksam benannt zu werden. Dieser Grund war dann wohl – neben dem Versprechen alles besser zu machen - eine zusätzliche Schubkraft für die Installation des Nationalsozialismus. Nach Nahum Goldmann hatten auch Männer wie Kant, Diderot und Herder Vorbehalte gegen Juden. Die Vorbehalte wurden auch erzeugt durch den Anspruch der Juden auf ihre Einzigartigkeit. Auch kann man nicht nur bei Goldmann lesen, dass die Ghetto-Bildung der Juden nicht von den Gesellschaften ausging, in der sie lebten, sondern aus eigenem Antrieb, um ihre Identität wahren zu können.⁴² Das Hineindrängen der Juden in die Verursacherrolle wurde auch besonders dadurch gefördert, dass sie schon in früheren Jahrhunderten durch Verbote „ehrliche“ Berufe ausüben zu können, sie in das Geldgeschäft gedrängt wurden. Die Geschichte der Probleme mit dem Geld bestehen aber schon so lange, wie es das Geld selber gibt. Diese Probleme mit dem Geld wurden aber als durch Juden verursacht hingestellt und verstanden. Erst mit Gesell wurde eindeutig klar, dass diese

42 Dieser Gedanke sollte auch bei der Absonderung von Flüchtlingen und Einwanderern berücksichtigt werden.

Störungen im Geldwesen keine Störungen sind, die aus dem Verhalten derjenigen abgeleitet werden können, die das Geldgeschäft betreiben, sondern das sie verursacht werden durch Systemfehler in den Währungen. Den Demokraten in der Weimarer Republik wurde dieses Wissen wiederholt angeboten, sie hätten es dem Volk vermitteln können und die Juden wären von den Verdächtigungen befreit worden.⁴³

Im Jahr 1983 wollten mich „liebe“ Parteifreunde aus den GRÜNEN mit dem Vorwurf, ich würde ultrarechte Tendenzen vertreten, ausbieten⁴⁴ Der jüdische Parteifreud Fred braun schrieb mir damals:

Fred Braun / Karlsruhe / 12. 3. 1984

Ultrarechte Tendenzen beim Arbeitskreis „Dritter Weg“ 3221 Eberholzen

Lieber Tristan Abromeit

Nochmals darf ich Dir danken für die kleine Streitschrift. Selbstverstaendlich, was auf Seite 8 festgestellt wird, ist einfach richtig. Von dem Elend, das damals überall herrschte, kann sich die nachgeborene Generation nur sehr beschränkt eine Vorstellung machen. Jedermann wusste tief im Inneren: So geht es nicht weiter. Und es gab nur 2 Parteien, die jedenfalls behaupteten, sie brächten eine Wende, wenn sie an die Macht gelassen würden, die KPD und die NSDAP.

Und selbstverstaendlich war die grosse Masse auch der NSDAP-leute keine Buerger, die Konzentrationslager einrichten wollten, die sich auf Mord und Krieg vorbereiteten, sondern einfach, die wieder Arbeit, anstaendige Löhne und Gehälter usw. sehen wollten. Das gleiche galt natuerlich ebenso für die KPD.

Mit Hitler kam es dann ganz anders. Die KPD und SPD wurden sofort zerschlagen. Aber auch in der NSDAP wurde bald gemordet. Natuerlich wurde Röhm und sein Gefolge 1934 nicht wegen ihrer Homosexualität ermordet, sondern blutig die Kräfte erledigt, die auf einen sozialen Wandel zugunsten des arbeitenden Volkes hofften und in denen daher Hitler eine ganz grosse Gefahr sah. Damit war auch innerhalb der NSDAP selbst die „Gefahr“ einer sozialen Wandlung fürs erste gebannt. Und dann konnte die Ruestung, Kriegsvorbereitung usw. einsetzen - bis zum bitteren Ende – 1945

Als Mitbetroffener, KZ, Emigration usw. kann ich den Feststellungen nur beistimmen.

Freundl. Gruss Dein Fred

Ein weiteres Zeugnis dafür, dass die Deutschen auch in der Nazi-Zeit nicht generell Ju-

43 Die Aussage bedeutet nicht, dass es nicht einzelne Juden gegeben hat, die gut auf dem Kapitalismusklavier gespielt haben und – ohne Rücksicht auf die Wirkungen für ihre Volksgenossen – auch nicht darauf verzichten wollten.

44 Der ganze Vorgang ist hier zu lesen: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/8.2%20Parteiausschlussverf..pdf>

den-Feinde waren, liefert Heinrich Himmler. Hinzu kommt, dass mit Jude meistens keine bestimmte Person gemeint war, sondern „das System“, dem man die Übel zuschrieb, ähnlich wie heute dem Neoliberalismus.

Himmler sagte am 4. Oktober 1943 in seiner Posener Rede vor SS-Führern: „Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen werden, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden. . . . Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht: 'Das jüdische Volk wird ausgerottet', sagt ein jeder Parteigenosse, „ganz klar, steht in unserem Parteiprogramm, Ausschaltung der Juden, machen wir.“

Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammenliegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen, Dies durchgehalten zu haben und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Das ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte ...“

„Anständig geblieben“ - damit meint Himmler, daß aus Pflichtgefühl, nicht aus Freude am Mord getötet wird, daß nicht geplündert wird, daß „diszipliniert“ gemordet wird. Eine solche „Anständigkeit“, die subjektiv möglicherweise ehrlich gemeint ist, zeigt, wie wirkungsvoll eine Ideologie das „gesunde Volksempfinden“ verdrängt, von dem gerade diese Ideologen so viel gesprochen haben.

Aus: Helmut Genschel Judenverfolgung und Judenvernichtung im "Dritten Reich" in Die Juden und wir - mit weiteren Beiträgen von H. Köhler, H. Bethmann und Th. Heuss, 1960, Seite 43

Meine eigentlichen Ziel-Themen sind ja *Demokratie* und *Ökonomie*, weil ich hier die Krankheitsherde unserer Gesellschaft sehe. Um das zu verdeutlichen, habe ich auf Autoren und Ereignisse der Vergangenheit zurückgegriffen. Ich hoffe, dass man mir bei der Auswahl nicht einen verengten Blick vorwerfen kann. Ich dachte nun, ich könnte nach ein paar Anmerkungen zum Thema Flüchtlinge und Einwanderung in die Zielgerade einlaufen. Bei genauerer Betrachtung benötigt das Thema mehr Raum, als ich es ihm zubilligen wollte. Ich greife dabei auf Auszüge frühere Arbeiten zurück, die eine gedankliche Kette bilden. Ich fange mit dem 141.0 vom Oktober 2015 an. In diesem Text greife ich auf den Text 19.1 vom 1. 5. 2001 und in diesem Text greife ich wiederum auf ein Gespräch vom Anfang der 80er Jahre über das kommende Flüchtlingsproblem zurück. Es war die Zeit, als die Grünen noch ein Hoff-

nungsträger und nicht wie heute nur Konjunkturritter⁴⁵ waren.

Heute Morgen (9. 11. 2018) ist in der HAZ unter den Schlagzeilen > „Klimawandel ist eine Fluchtursache“ / Claudia Roth und Grüne-Jugend-Chefin Lang fordern mehr Mut in Asylfragen – auch von den Grünen < (Interview von Marina Korbaki) u.a. zu lesen:

War der Flüchtlingszuzug der vergangenen Jahre eine Reifeprüfung für die Grünen? Der Moment, in dem manches Ideal der Wirklichkeit angepasst wurde?

Lang: Es wurde in den letzten Jahren noch wichtiger, unseren humanitären Anspruch deutlich zu machen: Wir stellen die Schutzsuchenden, ihre individuellen Rechte und ihre Würde ins Zentrum unserer Politik. Der erste Artikel des Grundgesetzes lautet ja nicht: Die Würde des Deutschen ist unantastbar. Sondern: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Roth: Es war vielleicht eine Reifeprüfung für uns als Verfassungsschützer. Ich hätte nicht gedacht, dass ich mich eines Tages mal als solche bezeichnen würde. Aber: Mehr denn je ist es unsere Aufgabe als Grüne, den moralischen Imperativ unseres Grundgesetzes in die Tat umzusetzen, den Rechtsstaat und das Völkerrecht zu verteidigen. Dafür haben wir aber nicht umdenken müssen.

Ich gehe davon aus, dass Frau Lang und Frau Roth sagen, was ihre Überzeugung ist, und nicht nur die Parteipropaganda, der sie sich verpflichtet fühlen, wiedergeben. Hier sei anzumerken:

a) Hierbei wird nur übersehen, dass schon 1980, als die Partei gegründet wurde, das Flüchtlingsproblem am Zeithorizont deutlich zu sehen war. Die Grünen haben in den Folgejahren die Ansätze zu einer Ökonomie-Reform, die sowohl den hungernden Menschen in den Mangel-Ländern wie auch denen in Deutschland und Europa eine merkliche Entlastung bringen kann, sabotiert, weil die linken Parteifreunde, die als „Trittbrettfahrer“ ein marxistisches Ökonomie-Modell anstrebten, das erwiesenermaßen nur Mangel und Unterdrückung hervorbringen kann.

b) Auch die Grünen haben dazu beigetragen, dass der Auftrag des Grundgesetzes, das nach der Vereinigung des getrennten Deutschlands vom Volk (zum ersten Mal nicht von einer mangelhaften Vertretung) eine Verfassung zu erarbeiten und zu beschließen ist, verraten wurde.

c) Die Abfassung einer nationalen Verfassung und das Agieren eines nationalen Parlaments haben zwar die Wirkung auf andere Gesellschaften / auf die Welt zu bedenken und zu be-

⁴⁵ Der Begriff Konjunkturritter passt nicht so recht, weil dieser sich einem Mächtigen, einem Sieger oder einem Trend anschließt. In diesem Fall sind die Grünen aber Günstlinge des Wählers, ohne dafür besondere Leistungen erbracht zu haben. Der Wähler brauchte eine Ausgleichsmasse für die AfD. Mich würde nicht wundern, wenn festgestellt werden könnte, dass sich manche Wähler so abgesprochen haben.

rücksichtigen, aber sie sind in erster Linie ihrem Geltungs- und Wirkungsbereich - und das ist in diesem Falle Deutschland – verpflichtet. Die Abgeordneten des Bundestages haben nicht ihr Mandat für ein UNO- oder EU-Parlament und auch nicht nur für ihre Partei und Wähler, sondern für die gesamte inländische Gesellschaft, wenn dabei auch ihre jeweilige besondere Prägung zum Ausdruck kommen darf und soll.

Die Moral der GRÜNEN im Bundestag scheint mir im Hinblick auf ihren Vertretungsauftrag brüchig. Das schadet ihren derzeitigen Zuspruch anscheinend nicht. Dabei ist mir klar, dass ich auch gegen die Interessen und Gesetze der deutschen Gesellschaft verstoßen hätte oder würde, wenn ich durch andere Umstände, wie sie für mich nicht eingetreten sind, in die Rolle des Flüchtlingsretters oder -helfers geraten wäre. Der konkret zu rettende Mensch hätte für mich eindeutig einen Vorrang vor Überlegungen gehabt, ob mein Tun gesetzeskonform oder in Bezug auf übergeordnete Wirkungen sinnvoll ist. Aber diese so ausgefüllte Rolle als Flüchtlingsretter verträgt sich nicht mit der Rolle als Volksvertreter. Ich bin aber nicht in der Rolle des Retters und habe auch kein Mandat als Parlamentarier, sondern eine, die mir erlaubt und mich verpflichtet, darüber nachzudenken, wie verhindert werden kann, dass das Problem sich noch vergrößert. Und diese Verpflichtung gilt auch dann, wenn die Lebenserfahrung einem rät, dieses Thema mit Schweigen zu übergehen, weil man für seine Behandlung nur Prügel beziehen kann. Leider ist es so, dass um so mehr Flüchtlinge kommen werden, je mehr Flüchtlingsretter und Helfer im Einsatz sind. Und bei uns wird die Zahl der Befürworter des Zuzuges von Flüchtlingen und Einwanderern nicht kleiner, solange diese die Hoffnung haben können, die Kosten dafür auf andere Bürger abwälzen zu können. Das wird sich wenden, wenn die Kosten auf der eigenen Lohnabrechnung ablesbar sind. Auch wird es keine große Reduzierung des Flüchtlingsstromes bringen, wenn jetzt einige Unternehmen in Afrika Filialen aufmachen und der Bund Bürgschaften in Milliardenhöhe für Kredite zur Finanzierung von Geschäften in Afrika übernimmt.

Jetzt zu den Auszügen von älteren Texten von mir:

Flüchtlinge als Ausdruck des Unfriedens in der Welt und als Bedrohung des Bürgerfriedens und 25 Jahre Vereinigung von DDR und BRD

Die berechtigte Freude darüber findet vielfältigen Ausdruck, aber es fehlen die Kommentare zur ungeheilten Wunde des Verfassungsverrats durch die Verfassungsorgane / Von Tristan Abromeit / Oktober 2015 Text 141.0

> 7. Der Blick auf die heutigen Probleme aus dem Jahr 2001 < Seite 16

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.0.Fluechtlinge.Frieden.Verfassung.pdf>

Mit Rückgriff auf einen Teil der Gliederungsziffer > 24. Einwanderung, Multikultur

und die Vielfalt als Schöpfungsprinzip < aus den Text 19.1 > Agenda Niedersachsen 2001 / Zweiter Teil vom 1. 5. 2001 / An die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages <

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1%20Offener%20Brief%20Nds.Landtag%20II.pdf>

24. Einwanderung, Multikultur und die Vielfalt als Schöpfungsprinzip

24.1 Roud Koopmans - die ich bereits zitiert habe - schreibt:

„Wer Rechtsextremismus wirksam bekämpfen will, muß sich klar machen, daß es sich dabei vor allem um ein Problem der Fremdenfeindlichkeit handelt. Neben der Stärkung zivilgesellschaftlicher Engagements empfiehlt der WZB-Wissenschaftler eine kulturell-pluralistische Integrationspolitik. Die jüngste Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts ist deshalb ein wichtiger Schritt zum Abbau fremdenfeindlichen Potentials. Allerdings lehrt der internationale Vergleich, daß es damit allein nicht getan ist. Es stellt sich nämlich die Frage, wie mit Einwanderung und den daraus folgenden kulturellen Unterschieden innerhalb einer Gesellschaft umzugehen ist. Die Diskussion um die 'deutsche Leitkultur' zeigt, daß dieses Thema nun auch auf die deutsche politische Agenda gelangt ist. Die Erfahrung von Ländern wie Großbritannien und den Niederlanden unterstreicht, daß eine Integrationspolitik, die auf 'verfassungsrechtlich begrenztem Pluralismus' beruht, für die Bekämpfung ethnischer Konflikte am meisten Erfolg verspricht. Dabei geht es einerseits um Toleranz und Respekt gegenüber kulturellen Unterschieden, andererseits wird den Zuwanderern abverlangt, daß sie die liberalen Rechtsgrundsätze der demokratischen Gesellschaft achten und auf die Mehrheitsgesellschaft zugehen. Eine politische Aufgabe in diesem Zusammenhang ist es, Mittel für Integrations- und Sprachkurse bereitzustellen.“

(„Das Gespräch ...“ a.a.O.)

24.2 Die oben von mir zitierten Autoren argumentieren ja ganz passabel. In mir ist aber ein Unbehagen aufgestiegen und das muss ich versuchen zu verbalisieren, damit - so hoffe ich - von mir neue oder weitere lesenswerte Gedanken zum Thema niedergeschrieben werden können. Extremismus ist wie ein Schimmelpilz, er reicht bis in die Mitte des „Käses“. Wer glaubt, den Schimmel abschneiden zu können, Teile der Gesellschaft ausgrenzen zu können, weil sie Schwierigkeiten mit den Fremden haben, ist auf dem Holzweg. Auf der anderen Seite des Käses sind die Linken, und hier haben wir doch das Problem, daß sie fremdenfreundlich und für die Einwanderung sind, solange sie glauben, die Kosten anderen aufdrücken zu können. Wenn es an den eigenen Kühlschrank geht, werden auch sie merklich reservierter. Die Haltung oder Forderung, „Wir wollen das Deutschsein Modell 1950, ... 1960 oder ...1970!“, muß vorgetragen werden können, ohne gleich verbal niedergemacht zu werden und als Unmensch zu gelten. Wie realistisch solche Modelle sind, ist eine ganz andere Frage. Ich selber vertrete mit der Freiwirtschaftschule ein Modell, das beinhaltet, daß jeder Mensch auf dieser Erde ein Anrecht auf den ganzen Globus hat, also ein Modell der totalen Freizügigkeit. Auch hier muß man fragen, wie realistisch das Modell ist. Und die Lösung dieser beiden entgegengesetzten Ziele liegt bestimmt

nicht in einem faulen Kompromiß. Ich habe schon in den 80er Jahren mit einem Freund, der in Hannover geboren wurde, in der Schweiz aufgewachsen ist, in Kanada zwei Töchter aus erster Ehe hat, dann die australische Staatsangehörigkeit erwarb, mit einer liebenswerten farbigen Frau aus Papua-Neuguinea viele Kinder gezeugt hat, mit seiner zweiten Familie dann mehrere Jahre hier in Niedersachsen und danach in Österreich lebte und inzwischen wieder in Australien gesiedelt hat, diese Themen diskutiert.

Wir haben uns die Köpfe heiß geredet über die Frage, wie das ökonomische Ungleichgewicht bei einer wachsenden Weltbevölkerung (In der HAZ vom 5. 4. ist die Rede von sieben Milliarden im Jahr 2015.) behoben werden könnte. Wir haben zwei Modelle diskutiert:

a) Alle Grenzen öffnen, alle hungrigen Mäuler suchen sich dort etwas zu essen, wo sie etwas finden, mit der Folge, daß alle Nahrung spendenden Kulturlandschaften wie nach dem Abzug von Heuschreckenschwärmen aussehen würden. Der Hunger wäre globalisiert und egalisiert. Diejenigen, die diesen Prozeß überleben, beginnen dann, die Welt neu zu ordnen und besser zu gestalten. Als freiwilliger Akt der weißen Menschen dieser Welt wird sich dieses Modell bestimmt nicht realisieren, aber damit ist es noch nicht außerhalb der Denkmöglichkeiten. Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven⁴⁶ würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende, dann in Millionenschüben. Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir - Nick und ich- sind dann damals – auf den Feldwegen spazieren gehend, also nicht in einem Institut sitzend - zu dem Ergebnis gekommen, daß die völlige Öffnung der Grenzen unendlich viel Leid und Tote erzeugen würde und es danach vermutlich auch keine gleichmäßige gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung der Weltbevölkerung gäbe. Es würden sich wahrscheinlich erst Inseln des Fortschritts und des Wohlstandes bilden, die sich dann vernetzen würden. Und wenn das der Fall ist, wäre es humaner, gleich dem Modell b) den Vorrang zu geben, nämlich die vorhandenen Inseln des Wohlstandes störungsunanfälliger zu machen, sie mit dem Ziel zu vernetzen, immer weitere neue Wohlstandsiseln zu schaffen, bis alle oder fast alle Menschen dieser Erde in einem Stande leben, in dem er sich wohlfühlen können. Da – nach dem was ich gelesen habe - ein enger Zusammenhang zwischen der Armut und dem Bevölkerungswachstum besteht, würde die „Bevölkerungsexplosion“ ihre Kraft und ihren Schrecken verlieren.

Wir haben auch über erforderliche Maßnahmen gesprochen, es sind nicht

46 (Im Original Fußnote 13) Wilhelmshaven würde das Gegenstück zu Bremerhaven. Siehe dort das Auswanderermuseum.

so viele, aber wesentliche Eingriffe in unsere Ökonomie. Und da die Menschen - besonders jene, die sich Politiker nennen - offensichtlich aus den Kriegen und Hungerrevolten nichts gelernt haben und dem Untergang vor vernünftigen Lösungen den Vorzug geben, sind diese aber politisch nur schwer durchzusetzen.

Die Realität ist: Trotz gegenteiliger Zielsetzung und viel verbrauchtem Idealismus und Einsatz von gutem Willen, wirkt die SPD schon 100 Jahre, die CDU/CSU und die FDP schon 50 Jahre und die Grünen schon mehr als 20 Jahre gegen eine Welt mit ausgleichender Ökonomie.

Ist das eine Aussage des Hoch- oder Übermutes? Nein! Es ist ein Ausdruck von Resignation und Traurigkeit, die ein klein wenig Hoffnung auf Änderung zulässt.

24.3 Bevor ich mit meinem Gedankengang weiterfahre, springe ich noch -mals zurück, weil mir der folgende Abschnitt aus Ruud Koopmanns „Zur Fehleinschätzung des Rechtsextremismus“ nicht aus dem Kopf geht. Er schreibt (Ich hatte bei Ruud eigentlich auf eine niederländische Form von Ruth getippt):

„Auch kann man Rechtsextremismus nicht mit gesellschaftlichen Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit oder sozialem Wandel erklären. Obwohl der historische Zusammenhang zwischen der großen Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre und dem Aufstieg der Nationalsozialisten dieser Aussage eine gewisse Glaubwürdigkeit verschafft, hat er für die jüngste Welle des Rechtsextremismus keine Bestätigung gefunden.“

Rechte Gewalttäter haben zwar mehrheitlich ein niedriges Bildungsniveau, sie sind aber nicht öfter als ihre nicht rechtsextremen Altersgenossen arbeitslos, auch stammen sie nicht überdurchschnittlich oft aus zerrütteten Familien. Weder im Zeitverlauf noch im regionalen Vergleich findet sich ein Zusammenhang zwischen rechtsextremer Gewalt und Wirtschaftslage.“

Da habe ich doch meine Zweifel. Ich habe keinen Grund, an der Redlichkeit des WZB zu zweifeln, sondern ich zweifle an der Genauigkeit empirischsoziologischer Erhebungsmethoden und an dem Einfühlungsvermögen von verbeamteten Sozialwissenschaftlern in die Situation der nichtbeamteten Arbeitnehmer mit und ohne Arbeit. In einer Situation, in der viele Leute Erfahrung mit Meinungsumfragen gesammelt haben, und in der befürchtet wird, daß es nicht ohne Folgen bleibt, wenn man sich zu einer Extremposition bekennt, dürfte es schwer sein, von den Befragten ehrliche Antworten zu bekommen. Die ökonomische Situation ist für die Arbeitnehmer heute auch verschieden von jener in der Zeit zwischen Weltkrieg I und Hitler. Erstens war die Arbeitslosigkeit aufgrund der Deflationspolitik nur ein Riemen in der mehrschwänzigen Peitsche, mit der die Deutschen in den Rechtsextremismus getrieben wurden, und zweitens war die Arbeitslosigkeit damals eindeutig die große psychische wie physische Bedrohung. Keine Arbeit war gleichbedeutend mit hungern und frieren. Die Situation ist heute anders. Ich sage nicht, daß es heute kein Leid gibt, daß durch die Arbeitslosigkeit verur-

sacht ist. Ich sage auch nicht, daß der Arbeitslose in einem komfortablen sozialen Status lebt. Nur, wenn einer erst arbeitslos ist, kann er sich so einrichten (auch mit berechtigter Schwarzarbeit und unentgeltlicher sinngebender Gemeinschaftsarbeit), daß er weniger Grund hat, sich politischen Extrempositionen zuzuwenden, als Menschen mit Arbeit, die in dieser langen Zeit der Unterbeschäftigung, der selbstverschuldeten Ohnmacht der Gewerkschaften, unter der Last der staatlichen Abgaben in einer Situation, in der „Unternehmensphilosophien“ und –Eigentümer so häufig gewechselt werden wie Gebrauchtwagen, immer mehr unter Druck geraten. Mit der Arbeitslosigkeit ist es vielleicht so wie mit der Krankheit, nämlich die Angst vor dem Ausbruch ist größer als danach. Die Arbeitslosigkeit ist eindeutig eine ökonomische Krankheit. Die auslösenden Bazillen sind unstimmmige Ökonomietheorien. Eine „Gesundung“ der Ökonomie wird den Sozialwissenschaftlern ein ganz anderes Bild der gesellschaftlichen Befindlichkeiten liefern.

24.4 Wenn wir die Einwanderung diskutieren, müssen wir - solange die Grenzen noch nicht gewaltsam von außen geöffnet wurden - fragen: Was ist unsere Ausgangssituation? Wodurch wurde diese bestimmt? Welche Wirkungen - einschließlich Nutzen und Lasten - hat es, wenn wir die Zahl der Einwanderer steigern? Wer bestimmt eigentlich, ob wir uns offiziell als ein Einwanderungsland erklären oder nicht?

24.4.1 Wenn wir wirklich eine Demokratie werden wollen, dann müssen wir uns bequemen anzuerkennen, daß die Volks-Vertretung in Form der parlamentarischen Demokratie ihre Grenzen hat. Es gibt eben Dinge die - wenn die Idee der Demokratie nicht zu einer Worthülse werden soll - in einer Urabstimmung entschieden werden müssen. Ich habe schon mehrmals auf die Verfassung und Verfassungsänderungen als Gegenstand von Urabstimmungen hingewiesen. Aber auch die Aufgabe der Deutschen Mark als Währung und die Beitritte zur EU waren nach meinem Demokratieverständnis ein Überschreiten der Kompetenz der Volksvertreter. Ein weiterer Komplex ist der jetzt diskutierte Wandel Deutschlands zum Einwanderungsland. Gerade hier wäre ein Volksentscheid eine den Bürgerfrieden stiftende Sache, natürlich nur dann, wenn alle Einstellungen zu diesem Thema auch ausführlich erörtert werden können.

24.4.2 ...

Ich möchte das Thema Flüchtlinge – das Deutschland und Europa noch lange beschäftigen wird – bald mit einer Anmerkung und ein paar Fragen beenden. Unsere Bundeskanzlerin, die medienvermittelt meinen Respekt hat und in mir - von ihrer Person ausgehend - keine Abneigungen weckt, deren Politik ich aber eindeutig nicht teile, hat 2015 rechtswidrig oder rechtsgebunden⁴⁷ zugelassen, dass Deutschland verändert wurde.

... Es ist eine extrem folgenreiche Entscheidung, denn es werden noch viel

47 Siehe: Flüchtlingspolitik: Hat Merkel 2015 die Grenze geöffnet? Tagesschau Faktenfinder
Stand: 18.06.2018 11:39 Uhr / <http://faktenfinder.tagesschau.de/merkel-grenze-101.html>

mehr [Flüchtlinge](#) kommen als erwartet, bald werden es bis zu 13.000 täglich sein und bis zum Jahresende eine knappe Million. ...

... Es ist eine historische Entscheidung, weil sie die Geschichte teilt, in ein Vorher und ein Nachher. Jene drei Tage Anfang September 2015, die man schon kurze Zeit später als "Merkels Grenzöffnung" bezeichnen wird, als "zweiten [Mauerfall](#)" gar, markieren eine Zäsur in ihrer Kanzlerschaft.

Momente, die einen ganzen Kontinent verändern, gibt es nicht oft. Dies ist so einer. ...

<https://www.zeit.de/2016/35/grenzoeffnung-fluechtlinge-september-2015-wochenende-angela-merkel-ungarn-oesterreich/komplettansicht>

Abgesehen von den Anpassungsprozessen, die nicht nur Belastungen für die Flüchtlinge aushalten müssen, sondern auch die Einheimischen, sind es die enormen Kosten, die letztlich die Bürger tragen müssen.

Wer bei der Berliner Regierung nach der Gesamtsumme der Flüchtlingskosten fragt, wird in ein Labyrinth von Statistiken und Zuständigkeiten geschickt.

Es handelt sich schliesslich nicht um Kleinigkeiten, sondern um gewaltige Etatposten. Allein der Bund will von 2016 bis 2020 zur Versorgung der Flüchtlinge 93,6 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Da die Bundesländer klagen, allenfalls die Hälfte der Kosten erstattet zu bekommen, wären also jährlich zwischen 30 und 40 Milliarden zu veranschlagen. Unklar bleibt, ob dabei die zusätzlichen Ausgaben für 180 000 neue Kindergartenplätze, 2400 zusätzliche Grundschulen und die zugesagten 15 000 Polizisten eingerechnet sind.

<https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-fluechtlingskosten-sind-ein-deutsches-tabuthema-ld.1316333>

Das, was im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen 2015 geschah, ist nicht durch den schwammigen Artikel 65 „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik“ gedeckt. Die Exekutive kann die Republik nicht ohne Zustimmung der Legislative mit Kosten unbestimmter Höhe belasten. Egal, ob die Bundeskanzlerin aufgrund eines humanitären Impulses, durch die Faktenlage überfordert oder durch das Gesetz gebunden gehandelt hat, sie hätte – wenn sie wirklich eine Demokratin sein will – hinterher im Parlament die Vertrauensfrage stellen müssen. Oder sie hätte einem Misstrauensantrag – der nicht gestellt wurde – seitens des Bundestages ausgesetzt werden müssen. Wenn die Bundeskanzlerin aber durch die Gesetzeslage zu ihrem Handeln gebunden war, dann liegt die Schuld beim Bundestag, der durch seine Gesetzgebung die Deutschen gegenüber einer Überflutung durch Fremde (die selbstverständlich auch Menschen mit einem Anrecht auf Menschenrechte sind) schutzlos gemacht

hat. In diesem Fall hätte der Bundestag sich auflösen und zur Neuwahl stellen müssen.

Ich war jetzt auf der Suche nach einer Antwort, wie viel Zeit Frau Merkel für ihr Entscheidung gehabt hat. Da stoße ich auf folgenden Bericht in der WELT:

Fast hätte Merkel die Grenze geschlossen

Veröffentlicht am 05.03.2017

Der Einsatzbefehl lag vor: Die Zurückweisung von Flüchtlingen scheiterte im Herbst 2015 nicht an mangelndem politischem Willen. In der entscheidenden Stunde wollte kein führender Politiker die Verantwortung übernehmen.

...

... Die Kanzlerin begründete die Grenzöffnung vom 4. September mit einer humanitären Notlage als Ausnahme. ...

...Demnach gab es am Samstag, dem 12. September, um 17.30 Uhr eine Telefonkonferenz, an der Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kanzleramtschef Peter Altmaier, Innenminister Thomas de Maizière (alle CDU), der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sowie der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und SPD-Chef Sigmar Gabriel teilnahmen.

In dieser Telefonkonferenz vereinbarten sie nicht nur, am Folgetag um 18.00 Uhr Grenzkontrollen einzuführen. Vielmehr einigten sich die Spitzenpolitiker ebenfalls darauf, dass Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden sollen. ...

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article162582074/Fast-haette-Merkel-die-Grenze-geschlossen.html>

Nach dem weiteren Bericht war man sich nicht sicher, ob die Schließung der Grenze illegal ist oder nicht.⁴⁸ Daher wurde der Befehl umgeschrieben und jeder, der das Wort Asyl sagte, wurde hereingelassen.

Da die Täuschung und die Lüge auch in Demokratien Instrumente der Politik sind und von den Bürgern mit eingeschränktem Informationszugang und Verarbeitungsvermögen nicht immer entlarvt werden können, muss ihnen zugestanden werden, Fragen zu stellen, ohne dass ihnen gleich der Hang zu Verschwörungstheorien unterstellt wird.

Fragen:

1. Hat die Bundesregierung oder ein deutscher Geheimdienst an der Auslösung des Marsches der Flüchtlinge auf Deutschland mitgewirkt?

⁴⁸ Das ist der Fluch der Gesetzgebung, in der Gesetze wie am Fließband produziert werden und der Über- und Durchblick verloren geht. Wenn wir so weitermachen, folgt bald ein Gesetz, dass wir bald einen Computer vor dem Bauch tragen müssen. Der PC sagt uns dann, ob der nächste Schritt noch gesetzeskonform ist.

2. Wann wurde die Bundesregierung (oder eine Landesregierung) von einem deutschen Geheimdienst von a) der Formierung und b) von der Ingangsetzung des Flüchtlingsmarsches mit Ziel a) auf ein europäisches Land, b) auf Deutschland informiert?
3. Die Fluchtursachen sind vielfältig. Aber wurde auch überprüft, ob die massenweisen Fluchtbewegungen von Kräften im Ausland (Nahost, Afrika, Europa oder Übersee) ausgelöst wurden? (Motive gibt es genug: Möglicher Neid auf Deutschlands relative starke Stellung in Europa, auf eine Ökonomie, die die von Konkurrenten überragt, auf eine relativ homogene Gesellschaft, Entlastung von den nach Deutschland weitergeleiteten Flüchtlingen, Verringerung der Zahl der eigenen Bürger in den abgebenden Ländern, die nicht oder nur mangelhaft ernährt werden können, die Hoffnung auf Devisen, die die geflüchteten und gelandeten Flüchtlinge ins Heimatland senden.

Und dann ist da noch die Frage, welche Rolle Deutschland im Syrienkrieg in der Vergangenheit gespielt hat und heute spielt? Welche Rolle spielen eigentlich mit welchen Interessen die anderen direkt und indirekt am Syrienkrieg beteiligten Staaten? Dieser Krieg bedroht auch unsere Gesellschaft. Welche Abwehrmaßnahmen wurden von Deutschland vor und nach der „Grenzöffnung“ getroffen?

Ich verweise an dieser Stelle auch auf meine Versuche der Selbstaufklärung:

-
- 147.00  [**Verrat und Elend in der Politik und Oekonomie.**](#)
Das Anschreiben (5 Seiten / 153 KB) 3.Mai 2017
 - 147.01  Zu dem Verrat der Demokratie und der Liberalität durch die amtierenden Demokraten und über das Elend der theoretischen und praktischen Ökonomie als Ursache des Mordens, des Hungers und der Fluchtbewegungen in der Welt [**Das Urteil**](#) / Abschluss April 2017 (27 Seiten / 1.609 KB)
 - 147.02  [**Verrat und Elend: Quellen und Reflexionen**](#) (411 Seiten / 9.041 KB)
(147.1 bis 147.6 = Anhänge)

Als Überleitung zur realexistierenden Demokratie und Ökonomie, als Selbstermutigung und als Kontrolle, dass ich bei meinen Betrachtungen nicht Spinne, trage ich noch ein paar Zitate aus dem *arte MAGAZIN* 11 / 2018 vor und ebenfalls aus einer Rede von dem verstorbenen Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann. Das Arte-Heft kam ohne mein Zutun in der ablaufenden Woche ins Haus, wie ich schon auf der Seite 2 in der Bildunterschrift zu der dort einkopierten Titelseite geschrieben habe. Der Titel *FREI UND GLEICH* hat es mir angetan,

obwohl mir der Buchtitel *Gleiche Freiheit*⁴⁹ von Dieter Suhr besser gefällt, weil der Widerspruch, der zwischen Gleichheit und Freiheit besteht, durch Suhrs Text und Titel aufgelöst ist. Die Faust in der Titelseitengestaltung macht mir Probleme, obwohl sie einen guten Blickfang bietet. Nicht, dass die Faust bei mir Angstgefühle auslöst. Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, wo Schüler noch die Fäuste benutzten, um sich zu behaupten. Ich habe sogar einmal von einer Mitschülerin einen Kinnhaken bekommen, weil sie dachte, ich würde ihrem Schützling – das war ein kleiner Giftzwerg – auf die Pelle Rücken. Wenn die Faust als Aufforderung der Durchsetzung, also für Kampf, für Freiheit und Gleichheit stehen soll, dann ist sie akzeptabel. Aber wenn sie als Durchsetzung mit Gewalt stehen soll, ist sie kontraproduktiv. Gedanklich ist der Schritt von der Faust zur Bombe nicht weit. Und Gewalt ist die Lebensbedingung für Diktatoren und für den Kapitalismus. Ein diktatorisches Regierungssystem schließt die Freiheit und Gleichheit aus. Ebenfalls ist der Kapitalismus (≠ Marktwirtschaft) ein Saboteur der Freiheit durch die Ungleichverteilung der Einkommen und von der im Innern wohnenden Zerstörungen in periodischen Abständen, die Wirtschaftskrisen und durch Kriege auslösen. Beide Zerstörungsarten sind keine Förderer von Freiheit und Gleichheit.

In dem *arte MAGAZIN* – 11 / 2018 wird eine Sendung angekündigt mit dem Schwerpunktthema „70 Jahre Menschenrechte“. In dem Heft stehen dazu ein Beitrag von Claus Kleber und drei Interviews. Auf kurze Ausschnitte der Interviews gehe ich ein. Das erste Interview führt Kleber mit Kenneth Roth, Director der Organisation Human Rights Watch. Der Titel lautet: > Autokraten die Stirn bieten < Roth hat erst die Frage nach dem Stand der Menschenrechte beantwortet, um die es nicht gut bestellt ist. Dann stellt Kleber die Frage: Wie konnte es dazu kommen? Roth antwortet:

Was wir sehen, ist das Produkt einer über Jahrzehnte gewachsene Unzufriedenheit mit dem, was Demokratie geliefert hat. Und es ist zum Teil auch das Ergebnis ökonomischer Unzufriedenheit und Ungleichheit.

Es wird immer so getan, als sei die Demokratie ohne Bedingungen ein Wert an sich. Die Demokratie ist aber anderen Regierungssystemen überlegen, wenn sie für die Menschen messbar und gefühlsmäßig bessere Ergebnisse bringt als z. B. ein autoritäres oder monarchistisches Regierungssystem. Das zufriedenstellende Messbare muss die Ökonomie liefern, nicht nur in den Verteilungskurven von Einkommen und Vermögen, auch die Berufsentwicklung

49 Ich habe weit oben auf das Buch hingewiesen.

und -zufriedenheit spielen im Systemvergleich eine Rolle. Auch die Selbstmordrate, Krankenstand und wie viele Menschen ohne Gehilfe und ständigen Bettaufenthalt alt werden, müssen im Vergleich mit anderen Systemen besser. Auch die Zahl der geringeren Gesetze, Verordnungen, Gefängnisinsassen spielt eine Rolle, weil sie ein Zeugnis für freiheitliche und sachgerechte Problemlösungen in einer Gesellschaft sind. Und das alles muss die Demokratie liefern, ohne dass der Mensch vom Untertan zu einem Verwaltungsobjekt mutiert. Demokratie muss ein Lebensgefühl werden, damit die Sirenenklänge, die ein „starker Mann“ oder einer „starke Frau“ erzeugt und damit verspricht, sie würde alles richten, was dem Habenichtsn, dem wohlhabenden und auch dem reichen Bürger bekümmert, gar nicht erst in die Ohren der Bürger dringt, weil der Filter des Wohlgefühls, das eine wirkliche Demokratie erzeugt, solche Klänge gar nicht nach innen dringen lässt. Dieses demokratische Lebensgefühl kann sich aber gar nicht entwickeln, wenn die Bürger von der Politik weitgehend fremdbestimmt werden und ihm nur die Narrenfreiheit zum Dampfablassen gewährt wird.

»EUROPA BEREITET MIR SORGEN« in diesem Interview von Klaus Kleber mit Madeleine Albright ⁵⁰ heißt es u. a.:

CLAUS KLEBER: Frau Albright, halten Sie es für möglich, dass die Menschen in 20,30 Jahren zum Schluss kommen, dass die Epoche der freiheitlichen Demokratie und der Menschenrechte zu unserer Zeit zu Ende gegangen ist?

Madeleine Albright: Das hoffe ich natürlich nicht. Aber es gibt offensichtlich viele Studien und Umfragen, die aufzeigen, dass es derzeit nicht gut steht. 1983 warnte Präsident Ronald Reagan davor, dass Demokratien nicht gut darin seien, sich selbst zu verteidigen. Deshalb existiert die Idee, dass die USA sie mit ihren Partnern gemeinsam schützen. Eine Demokratie muss politischen und wirtschaftlichen Fortschritt bieten. Die Menschen wollen wählen und essen. Das zeigt sich auch in der Erklärung der Menschenrechte. Manche Artikel regeln politische Rechte, andere ökonomische.

Wenn ein Prozess bei uns und anderswo läuft, der Zusage hat, dass die Demokratie in ihren verschiedenen Formen ihrer Realisierung an Abbau der Funktionsfähigkeit und des Zuspruchs der Bürger zur Folge hat, dann genügt es nicht, nur zu hoffen, dass ihr Ende nicht eintritt. Es genügt dann auch nicht, die Propagandatrommel in Gang zu setzen und Leute die Vorteile dieser Regierungsform einreden zu wollen, die sich im Alltag nicht erleben können. Man muss sich erst einmal – ohne Propaganda – und Geheimdiensteinsatz – eingestehen, dass die Demokratien nicht tief genug begründet sind, die Mängel analysieren und das Ver-

⁵⁰ US-Politikerin, von 1997 bis 2001, war die heute 81-Jährige Außenministerin im Kabinett von Bill Clinton.

säumte nachholen und zwar ohne Angst, dadurch Privilegien zu verlieren.

Dass sich Staaten, die eine akzeptable Form von Demokratien etabliert haben, gegenseitig stützen, klingt vernünftig, wird aber gleich zur Unvernunft, wenn dadurch Militärbündnisse entstehen, die sich gegen Staaten richten, die noch keine Regierungsform haben, die als demokratisch benannt werden kann. Die Demokratie muss verbündet durch die Zufriedenheit ihrer Bürger für eine Ausweitung demokratisch verfasster Staaten sorgen. Ein Bündnis demokratischer Staaten, das dazu dient, das größte Mitglied dieses Bündnisses noch dominanter zu machen, sollten die kleineren Mitglieder, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen, nicht eingehen.

Die allgemeinen Menschenrechte, die zur Natur des Menschen gehören und latent schon immer bestanden haben, die durch die allgemeine Erklärung vor 70 Jahren und die Übernahme in Landesverfassungen sichtbar und manchmal einklagbar gemacht wurden, werden erst wirkliche Realität, wenn auch in den Demokratien das verfasste Recht, die gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen sich nach diesen allgemeinen Rechten ausgerichtet haben.

In weiteren Antworten von Frau Albricht auf Fragen von Kleber heißt es:

Ich mag das Wort Toleranz nicht, denn es klingt danach, etwas zu ertragen. Respekt, darum geht es. Aber die Stimmung scheint zu kippen.

Bei der Toleranz kommt es ja sehr darauf an, auf was sie sich bezieht. In Bezug auf die Religionszugehörigkeit war einst Preußen das einzige Land in Europa, wo die Toleranz allgemein und unbeschränkt galt.⁵¹ Andernorts sind Menschen noch mit dem Tode bedroht, wenn sie verdächtigt werden, den Propheten Mohammed geschmäht zu haben.⁵² Staaten können religiös tolerant sein und politisch intolerant und umgekehrt. Ein demokratischer Staat muss vom Prinzip her und besonders wenn er die allgemeinen Menschenrechte anerkennt, sowohl

51 Siehe: Toleranz bei den preußischen Königinnen von Karin Feuerstein-Praßer

52 Ich hatte eine Zeitungsmeldung in Erinnerung, in der der Fall einer jungen Christin geschildert wurde, die zum Tode verurteilt wurde, weil sie dem Propheten Mohammed geschmäht haben soll. Im Netz fand ich nur den Hinweis auf das Buch „Rettet mich! - Eine pakistanische Christin kämpft gegen ihre Hinrichtung“. Heute 12. 11. gab es dazu in der HAZ folgende Meldung:
„**Asia Bibi**, zum Christentum konvertierte Pakistanerin, würde nach ihrer Entlassung aus der Haft gern mit ihrer Familie nach Deutschland ausreisen. Ihr Anwalt sagte der „Bild am Sonntag“: „Meine Mandantin wäre glücklich, wenn sie mit ihrer Familie nach Deutschland ausreisen könnte.“ Die Katholikin war 2010 wegen angeblicher Gotteslästerung in dem vorwiegend muslimischen Land zum Tode verurteilt worden, wurde aber kürzlich freigesprochen und entlassen. Das löste Proteste radikalislamischer Gruppen gegen die heute 51 Jahre alte fünffache Mutter aus.“

im religiösen wie im politischen Bereich tolerant sein, das heißt auch, das er von der Mehrheit abweichende Lebensformen und andere politische Ziele, als wie sie die Mehrheit verfolgt werden, dulden muss.⁵³ Toleranz kann nicht bedeuten, dass im Alltag und in der politischen Auseinandersetzung eine Rüpelei, Verleumdung oder Ehrabschneiderei hingenommen werden muss und deshalb ist die Toleranz nur dann segensreich, wenn sie mit Respekt vor den Andersdenkenden und den Anderslebenden praktiziert wird, bzw. in Anspruch genommen wird.

Heute müssen wir Gewalt gegen Frauen wieder lautstark verurteilen. Sie ist immer ein Symptom dafür, wie die Menschen sich gegenseitig sehen. Respekt für den Einzelnen ist der Kern der Menschenrechte.

Eine lautstarke Verurteilung genügt hier nicht. Ich fürchte moralische Appelle genügen hier auch nicht. Jeder Mensch, der schon in einer engen Beziehung zu einem oder mehreren Menschen gelebt hat, weiß, dass hier Konflikte auftreten oder auftreten können. Dabei ist es sicher so, dass der Mann eher zur Gewalt als Entlastungsventil greift als die Frau, aber das Aggressionspotential dürfte bei den Frauen nicht geringer sein als beim Mann. Die Frage ist hier, ob das Normenkorsett, das das Verhaltensmuster zwischen Frauen und Männer kanalisiert, falsch gestrickt ist und geändert werden muss. Auch dürfen die negativen Kräfte, die von der Gesellschaft auf die Geschlechterbeziehung einwirken und das Konfliktpotential vergrößern nicht übersehen werden. Arbeitslosigkeit, Überforderung im Beruf, die Bürokratisierung aller Lebensbereiche, die Einkommens- und Vermögensverteilung, Verschuldung und sicher weitere Zustände wirken auf das Verhältnis von Frau zum Mann und umgekehrt ein. Im gewissen Sinne spiegelt das zu beobachtende Verhältnis von Frau und Mann die real existierende Gesellschaftsgestaltung wider. Auch wenn jeder Mann den Auftrag hat, von sich aus, sein Verhältnis zu Frauen zu verbessern, die „lautstarke Verurteilung“ des jetzigen Zustandes genügt nicht, die Verhältnisse wohl aller Gesellschaften müssen sich ändern, wobei wir schon mehr als genug zu tun haben, wenn wir uns um unsere Gesellschaft kümmern.

Silvio Gesell – den Namen habe ich ja schon ein paar Mal erwähnt – wollte die unvermeidbare Bodenrente, die wegen Erreichung des Gleichheitsprinzips der Menschen ökonomisch neutralisiert werden muss, abschöpfen und an die Mütter verteilen. Er wollte auf diese Weise die Frauen finanziell von den Männern unabhängig machen. Seine Begründung war, dass die

53 Das bringt bei der Zuwanderung durch Flüchtlinge und Einwanderer in großer Zahl unter Umständen Probleme mit sich, weil Einheimische das Gefühl – das sich zu einer Bedrohung auswachsen kann – haben, ihnen wird mehr zugemutet, als sie ertragen können.

Bodenrente abhängig von der Zahl der Menschen ist, die Nachfrage nach der Bodennutzung und den Bodenschätzen halten. Und die Zahl der Menschen ist abhängig davon, wie viel Kinder die Mütter gebären. Und wenn ich mich richtig erinnere, ist die weitere Begründung: Mit der Geburt der Kinder sorgen die Mütter für den Erhalt der Gesellschaften, in denen sie leben. Dies sei eine Leistung für die Gesellschaft, die entlohnt werden müsse. Als Gesell solche Gedanken am Beginn des vorigen Jahrhunderts formulierte, hatte er noch nicht das Frauenbild im Kopf, dass man heute haben muss, um mitreden zu dürfen. Aber den Vorwurf aus der politisch linken Ecke, dass Gesell auf diese Weise die Frauen auf die Rolle der Gebärmaschinen reduzieren wollte, ist Unsinn. Eher ist es wohl so, dass Gesell ein idealisiertes Bild von den Frauen hatte. Wera Wendnagel schreibt davon in ihrem Buch „*Mariannes Vermächtnis oder wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte*“, 2010. Aktuell wurde auf der Bundesebene diskutiert, wie die unterschiedliche finanzielle Belastung der Familien mit und ohne Kinder und der als Single lebende Bürger ausgleichen kann. Bei der Rückverteilung der abgeschöpften Bodenrente pro Kopf oder auch pro Mutter und ihre Kinder wäre der Ausgleich automatisch geschaffen. Ein steuerlicher Ausgleich je nach Personenstand würde dadurch überflüssig. Auch könnte der Krankenkassenbeitrag ohne Familientarif gestaltet werden. Hiermit würde kein bedingungsloses Grundeinkommen aber ein ausgleichendes Grundeinkommen geschaffen.

Die HAZ thematisiert heute (12. 11. 2018) das Frauenwahlrecht, das die Frauen sich erstritten haben und am 12. 11. 1918 eingeführt wurde und in einem Interview von Susanne Iden mit Anke Domscheit-Berg MdB und Mitglied der LINKEN ist zu lesen, „Warum die Suffragetten noch 2018 Vorbild für Frauen in der Politik sind.“ Ich will dieser Frage nicht nachgehen, mich beschäftigt aber die Frage, ob die zahlenmäßige Zurückhaltung der Frauen in der Politik ein Ausdruck größerer Lebensweisheit ist, die sie von den Männern unterscheidet und dass sie weniger masochistische Neigungen wie die Männer haben, die aber erforderlich sind, um den Politikbetrieb überhaupt aushalten zu können. Bedauerlich ist nur, dass die Frauen auch außerhalb der Parteipolitik, nämlich da, wo die Probleme in der Ökonomie, liegen die die Frauen und ihre Familien enorm belasten, auf einer sachlichen Ebene klärt werden müssen, sich so zurückhaltend zeigen. Das Umfeld der Freiwirtschaftsschule wäre vermutlich nicht in einem so jämmerlichen Zustand, wenn ein paar hundert oder tausend Frauen, die Regie übernehmen würden.

oooooooooooooooo

Einschub 3

Meldungen, die mich per E-Mail erreichten

a)

Neu:

Henry George / Fortschritt und Armut

Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum

Herausgegeben und eingeleitet von **Dirk Löhr**

514 pages· 22.80 EUR (incl. VAT and Free shipping)

ISBN 978-3-7316-1249-0 (October 2017)

Deutsch von C.D.F. Gütschow 1880. Überarbeitung der deutschen Übersetzung von Florenz Plassmann (Robert Schalkenbach Foundation, New York, 1998) und Dirk Löhr (2017) Hardcover, Sach- und Personenregister

Online: <http://www.metropolis-verlag.de/Fortschritt-und-Armut/1249/book.do>

Henry George bietet ein anderes Modell der Verwendung der abgeschöpften Bodenrente an. Mit seiner SingleTax will er den Staat finanzieren und alle anderen Steuern abschaffen.

oooooooooooooooo

Hinweis auf die Aktivitäten zum Thema / Bodenrecht und Grundsteuer

Sehr geehrte Aufrufunterstützerinnen und –unterstützer,

gern möchten wir Sie auf folgende Veranstaltung aufmerksam machen:

Die nächste Veranstaltung der Gesprächsreihe des Göttinger CDU-Bundestagsabgeordneten Fritz Güntzler steht am Dienstag, 30. Oktober, um 19 Uhr, im Hotel Freizeit In an. Thema ist die anstehende Reform der Grundsteuer.

Auf dem Podium sitzen Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Christian A. Geiger, Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig, Dezernent für Finanzen und Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Städtetages und Isabel Klocke, Leiterin der Abteilung Steuerrecht und Steuerpolitik beim Bund der Steuerzahler. Güntzler selbst wird als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einem kurzen Impulsvortrag in das Thema einführen.

Weitere Informationen:

<http://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Fritz-Guentzler-Diskussion-ueber-Grundsteuer>

Anmeldungen unter www.fritz-guentzler.de/online, telefonisch unter 0551-73888 oder per Mail an fritz.guentzler.wk@bundestag.de

Freundliche Grüße

Henry Wilke

für den Aufruf „Grundsteuer: Zeitgemäß!“

--

Koordination „Grundsteuer: Zeitgemäß!“

henry.wilke@grundsteuerreform.net

www.grundsteuerreform.net

oooooooooooo

Aufbruch ins Solarzeitalter

Das Zeitalter der fossilen Energien ist zu Ende
5 Thesen zur Energiewende in Neustadt

1. Unsere Treibhausgase heizen die Erde auf. Dies birgt große Risiken für die Menschheit. Neustadt hat durch die Lage an der Leine, durch seine Landwirtschaft auf der Geest und dem Tourismus am Steinhuder Meer eine große Betroffenheit für extreme Klimaereignisse und handelt daher solidarisch im Sinne des Pariser Abkommens.
2. Elektrizitätserzeugung, Verkehr und Raumwärme verursachen über die Hälfte der Erderwärmung.
3. Lösungen zur Energiewende koppeln diese 3 Sektoren mit Energie aus Sonne, Wind und Biomasse dezentral und sind daher in der Umsetzung in hohem Maße von der Aktivität der Bürger und der Kommunen abhängig.
4. Die technische Entwicklung der Photovoltaik hat sie zur wirtschaftlichsten und umweltfreundlichsten Form der Energieerzeugung gemacht. In Verbindung mit der neuen Batterietechnik ist zur Zeit eine 50% Eigenversorgung mit elektrischer Energie leicht umsetzbar und wirtschaftlich. Eine Steigerung auf 70% ist in wenigen Jahren zu erwarten. Die Wirtschaftlichkeit hängt nur noch zu einem geringen Teil an der Einspeisevergütung. Die Solarenergie wird in Zukunft die Hauptsäule der Energieerzeugung sein. Die jährliche Wachstumsrate ist weltweit 40%. Neustadt hat reichlich nutzbare Dachflächen.
5. Neustadt war vor Jahren wiederholt Solarmeister der Region. Neustadt sollte bei der kommenden Revolution der Energieversorgung wieder ein Schrittmacher sein.

Fakten zur Photovoltaik: In Neustadt strahlen auf 1m² pro Jahr 950 Kwh Sonnenenergie. (dies ist die Energie von 95l Diesel) 1 m² PV Kollektor wandelt 200KWh in Strom. Damit fährt ein Elektroauto 1500Km. 1m² PV-Anlage deutscher Produktion kostet komplett 200€ und hält 30 Jahre. Die PV Anlage erzeugt 15x mehr Energie als bei der Herstellung benötigt werden. Dieser Faktor wird von Jahr zu Jahr höher. Beim Fracking, Tiefseeöl und Ölsanden liegt der Faktor 3-12 und nimmt jedes Jahr weiter ab, weil ständig geringere Lagerstätten erschlossen werden müssen.

Godehard Kass

Anmerkung TA: Dr. Godehard Kass ist Allgemeinmediziner und für die Grünen Mitglied des Rates in Neustadt a. Rbge. Die Themen Klima- und Umweltschutz habe ich in meinem vorliegenden Text gar nicht behandelt. Das heißt nicht, dass ich diese Themen als unwichtig einstufe, sondern dass diese Probleme im Sinne der gesellschaftlichen Beachtung sich leichter lösen lassen, wenn wir unsere politischen und ökonomischen Probleme gelöst haben. Der Klimawandel selbst kann natürlich nicht durch politische Beschlüsse verhindert werden.

oooooooooooo

Aus einem Mail von Steffen Henke, dem Verfasser des Buches

„Fließendes Geld für eine Gerechte Welt

*Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen,
wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat“*

füge ich ein paar Links ein:

<https://faszinationmensch.com/2018/10/31/fließendes-geld-fuer-eine-gerechtere-welt/>

https://www.neuesgeld.net/index.php?option=com_content&view=article&id=225&Itemid=483

https://www.neuesgeld.net/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=61&Itemid=486

Ende Einschub 3

oooooooooooooooooooooooooooo

Ich komme zu dem dritten Interview von Klaus Kleber im *arte MAGAZIN* mit dem Titel >**CHINAS KULTUR IST INKLUSIVER**<“. Der Interviewte wird wie folgt vorgestellt:

ZHANG WEIWEI, Politologe

Der 60-Jährige ist Professor für Internationale Beziehungen an der Fudan University in Schanghai. Er schrieb den Bestseller „The China Wave“ (2012).

Ich zitiere hier das Interview in voller Länge, ich hoffe, man wird es mir nicht übel nehmen.

CLAUS KLEBER Herr Zhang, wie steht es um die Menschenrechte in China?

Zhang Weiwei Die politischen und wirtschaftlichen Funktionäre folgen wieder der sogenannten Open-Door-Politik. Chinesische Bürgerinnen und Bürger genießen zum Beispiel eine nie dagewesene Reisefreiheit. Im vorigen Jahr machten 130 Millionen Chinesinnen und Chinesen Urlaub im Ausland. Vor den Reformen durfte niemand das Land verlassen. Das ist ein gewaltiger Wandel. Sie können einen beliebigen Menschen aus China fragen - in Deutschland, Großbritannien oder den USA, in Schanghai oder Peking: Die meisten werden sagen, dass China sich stark gewandelt hat und dass die Menschenrechte bei uns viel mehr beachtet werden als früher.

KLEBER Wollen Sie Ihr Modell der Menschenrechte, das sich deutlich von der westlichen Interpretation unterscheidet, nun exportieren?

Zhang China ist nicht auf den Export von Ideen oder Ideologien aus. Wir wollen keinen zum Glauben an unsere Grundsätze konvertieren. Wir hoffen aber, dass man Verständnis für uns zeigt. Die meisten Chinesinnen und Chinesen sind zufrieden mit dem, was wir tun, und mit dem, woran sie arbeiten.

KLEBER Wenn ausländische Staatsgäste China besuchen, ist dennoch stets das Thema Menschenrechte auf der Tagesordnung. Was erzählen sie denen?

Zhang Wir teilen ihnen mit, dass sie sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern sollen. Zum Beispiel, dass es in keinem einzigen westlichen Land Lohngerechtigkeit gibt. Das verstößt klar gegen die Menschenrechte. Ganz zu schweigen von den Kriegen, die der Westen im 21. Jahrhundert führt. Ein ernster Verstoß gegen die Menschenrechte. Während des Irakkriegs, der von den USA begonnen wurde, starben 500.000 Zivilisten.

KLEBER Warum halten Sie Ihr Modell der Menschenrechte für überlegen?

Zhang Ich bin nicht sicher, ob es überlegen ist, aber es unterscheidet sich darin, dass wir zuerst den Menschen zuhören und dann entscheiden, welche Dinge priorisiert werden. Kein Land kann alle Menschenrechte auf einmal erfüllen; es braucht solche Prioritäten. In China haben wir zunächst das Problem der Armut gelöst. In Schanghai etwa hatten vor drei Jahrzehnten die Bewohner im Schnitt vier Quadratmeter Wohnfläche. Heute sind es 28 Quadratmeter. Das verstehen wir unter Menschenrechten: Wir lösen lieber die Probleme unserer Bürgerinnen und Bürger, anstatt nach Washington oder Berlin zu blicken und zu fragen, wie man es dort macht. Im Jahr 2020 werden wir die Armut komplett besiegt haben. Dann wird Chinas Mittelklasse zahlenmäßig größer als die US-Bevölkerung sein: rund 400 Millio-

nen Menschen.

KLEBER Glauben Sie, dass auf lange Sicht das westliche Modell der Menschenrechte mit dem chinesischen Modell koexistieren kann?

Zhang Wir sind ganz und gar nicht gegen Wettbewerb. Doch die chinesische Kultur ist viel inklusiver. Deshalb hat es in China zum Beispiel noch nie religiöse Konflikte gegeben. Die europäische Geschichte ist dagegen eine Aneinanderreihung von Religionskriegen. Überdies sind die Chinesinnen und Chinesen durchaus zufrieden mit dem System. Es wird also fortbestehen, keine Sorge.

KLEBER Warum hat China Angst vor Journalisten und Schriftstellern und steckt viele ins Gefängnis?

Zhang Sie kritisieren auf ihren Internetseiten die Regierung. Und einige von ihnen, die radikalsten Gegner, verstoßen auch gegen die Gesetze. Insofern handelt China nicht anders als andere Staaten: Wer Gesetze bricht, muss bestraft werden. Das ist in den USA oder in Deutschland doch genauso.

KLEBER Als Bürger eines Landes, wo man nicht im Gefängnis landet, wenn man die Regierung kritisiert, sehe ich einige Unterschiede bei der Auslegung der Meinungsfreiheit. Wie könnte man die überwinden?

Zhang Wir kritisieren die Regierung tagtäglich, achten aber darauf, dass die Kritik gesetzeskonform ist. Meinungsfreiheit muss mit Pflichtbewusstsein einhergehen. Die Menschen in China sind Experten für Reformen; das haben wir während der vergangenen vier Jahrzehnte bewiesen. Ich schlage vor, dass wir die Erklärung der Menschenrechte erweitern - und zwar um eine Erklärung der Pflichten.

KLEBER Haben Sie ein Beispiel für solche Pflichten?

Zhang In der Erklärung der Menschenrechte sind die Pflichten bereits enthalten. Nur hat der Westen bei der Auslegung einen Fehler gemacht, indem er die Rechte in den Mittelpunkt stellt. Dadurch gerät die Gesellschaft in Schwierigkeiten. Das sieht man derzeit in den USA und Europa.

KLEBER Sie sagen, dass unser System fehleranfällig ist. Meinen Sie, dass die uneingeschränkte Nutzung des Internets unklug ist?

Zhang Aus chinesischer Sicht stellt sich die Sache so dar: Wir neigen nicht dazu, extreme Haltungen anzunehmen, sondern bevorzugen den dialektischen Ansatz. Chinesische Philosophen beziehen sich gern auf Martin Heidegger, der die lange gültige Norm der europäischen Philosophie gebrochen hat: den Glauben an eine absolute Wahrheit. Das ist unserer Sichtweise ähnlich. Wir respektieren eher die Wünsche der Menschen, als auf die absolute Wahrheit zu pochen. Staaten müssen herausfinden, was die Menschen wollen, und diese Dinge dann konsequent umsetzen. Rechte und Pflichten gehen dabei Hand in Hand. Falls nicht, bekommt die Gesellschaft früher oder später gravierende Probleme.

China ist nicht auf den Export von Ideen und Ideologien aus, ist zu lesen. Viele Ideen haben aber durchaus in sich die Tendenz nach Weltgeltung zu streben, wenn sie sich in genügend Köpfen einnisten. Von manchen Ideen – zum Beispiel der Erklärung der allgemeinen Men-

chenrechten kann man sich dieses ausdrücklich wünschen. Von dem Ansinnen des US-Präsidenten Trump, der USA stünde die Vorherrschaft im All zu - eine imperialistische Idee – sollten alle Menschen dieser Erde widersprechen und bekämpfen, die auch nur ein wenig demokratisch geprägten Verstand haben.

Wir können aber nicht sicher sein, dass China, wenn es ihre wirtschaftliche Position genügend gestärkt hat und das Risiko von Konflikten für kalkulierbar hält, nicht auch Weltgeltungsbestrebungen entwickelt. Große Staatsgebilde und große Wirtschaftskonzerne stehen für Machtkonzentration und können die Gleichheit unter Menschen, Unternehmen und Staaten nur akzeptieren, wenn ihre Gleichheit gegenüber anderen mit einem Plus ausgerüstet ist. Da Macht auf der einen Seite Ohnmacht auf der anderen Seite erzeugt, muss die Idee von der Atomisierung der Macht an Zugkraft gewinnen.

Zhang argumentiert ja klug. Die Empfehlung an Ausländer bei deren vorgetragenen Kritik, sich erst einmal um die eigenen Angelegenheiten zu kümmern, habe ich auch schon aus einem anderen Land gehört. Sie ist berechtigt. Auch der Hinweis, dass der Irak-Krieg ein Verstoß gegen die Menschenrechte war, ist berechtigt, wenn auch zu Milde geurteilt. Der Hinweis, dass es im Westen keine Lohngerechtigkeit gibt, ist auch berechtigt. Dass es aber diese in China gibt, ist mir ohne Beweis mehr als zweifelhaft, denn Chinas Wirtschaftserfolg beruht doch auch darauf, dass es für den Export mit minimalen Lohnkosten hoher Akkumulation von Kapital produzieren konnte. Deutschland hat China dabei mit dem Technikexport geholfen, was aber die deutsche Produktion für das Inland stark geschädigt hat, weil es aufgrund unseres Lohnniveaus nicht mit China konkurrieren konnte.

Die Kritik, wie ich sie auf diesen Seiten formuliere, wäre in China (und auch nicht in der Türkei) gesetzeskonform gewesen und würde mich dort ins Gefängnis bringen. Kritik – die irrig sein kann – bedeutet nicht, bewusst Falschmeldungen zu verbreiten. Und natürlich gehört es in einer freiheitlichen Gesellschaft dazu, auch Gesetze zu kritisieren und die Kritik auch ohne Formvorschriften abzufassen. China scheut den Wettbewerb nicht, so ist es zu lesen. Zhang vergisst nur zu sagen, dass der Wettbewerb auf politischer Ebene ausgeschlossen ist und die Kommunistische Partei Chinas kann jedes Gesetz in die Welt setzen, die die Untastbarkeit dieser politischen Macht sicherstellt. Und die „Zufriedenheit“ der Chinesen wird – soweit sie Mitgewinner der Entwicklung sind – darin bestehen, dass sie lieber die

Verhältnisse akzeptieren, als für eine Ablehnung oder gar offene Rebellion dagegen, im Gefängnis zu schmachten. Das Paradoxe in China ist, dass eine Partei, die zur Bekämpfung des Kapitalismus gegründet wurde, den Kapitalismus wieder eingeführt hat, um den Mangel, den ihr die kommunistische Idee ihr gebracht hat, zu bekämpfen. Bei allem sollten wir aber nicht nur bedenken, dass China nicht nur ein großes Land mit sehr alter Kultur gibt, sondern dass es dort auch viel zu bewundern gibt. Siehe auch: Geld in China, Text 131.1

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/131.1.Geld.in.China.pdf>

In meinem Text 131 > **Die Macht der Regenschirme** < „Xuewu Gu denkt, dass sich Hongkongs Demokratiebewegung als politische Macht etabliert hat“ von Prof. Xuewu Gu / Anmerkungen zum Gastkommentar im Handelsblatt vom 10/11. Oktober 2014. Seite 72 habe ich am 14. Okt. 2014 geschrieben:

Aber wenn wir heute die Entwicklung in China für unzulänglich oder unbefriedigend empfinden, dann vergessen wir leicht, welche Entwicklungsschritte China schon gemacht hat. Ich kann mich noch an eine chinesische Zeitschrift in deutscher Sprache erinnern, die vermutlich schon vor einem viertel Jahrhundert erschien, in der zu lesen war, dass man überlege, in China mit marktwirtschaftlichen Elementen zu experimentieren. Ich konnte aber keine öffentlichkeitswirksame westliche Stimme vernehmen, die den Chinesen den Unterschied zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft zu erklären versuchte. China fand dadurch nicht das richtige Ziel und folgte nach dem Marxismus (chinesischer Prägung) mit dem Ziel Kapitalismus vor den Augen zum zweiten Mal einer verhängnisvollen Spur, die im Westen gelegt wurde. Schon der Ordoliberaler Walter Eucken schrieb, dass die großen Konzerne die besten Stützen autoritärer Regime wären. Der US-Amerikaner Charles Reich formuliert in seinem Buch Die Welt wird jung (The Greening of America), deutsch 1970, ähnliche Gedanken. Der Untertitel seines Buches „Der Gewaltlose Aufstand der neuen Generation“ stützt aber auch meine These, dass Proteste ohne Konzepte für die Zeit danach nicht viel bringen. The Greening of America war ein Flop. Ich meine nicht das Buch, sondern die Wirkung des Aufbruchs.

Heute entdeckte ich folgenden Beitrag vom 04.11.2018 aus dem TAGESSPIEGEL.

Brücke-Berlin-Preis-Rede: Nachts, wenn die Zäune wandern

Was ist von 1989 geblieben? Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Russland – wo man hinschaut in Osteuropa, sieht man schäbigen Egoismus und korrupte Machteliten am Werk. Von Herta Müller, Nobelpreisträgerin

Es ist unter anderem dort zu lesen:

... Wirkung politischer Leitideen - 99 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018

... Heute kann man Freiheitskampf streichen – der gemeinsame europäische Egoismus wurde in Osteuropa von einem schäbigen Egoismus der zu meist korrupten Machtcliquen abgelöst. Wenn man heute nach Osteuropa schaut, sieht man in einen Zerrspiegel der Zeit vor 1989. ...

Putin ist für mich eine Lügenmaschine. Seine Dreistigkeit raubt einem fast den Verstand.

Dafür gibt es ein altes bewährtes Sprichwort: „Nur nachts wird gestohlen. Am Tag wird genommen.“ Es ist wieder wie früher – die Nomenklatura nahm sich und nimmt sich, was sie wollte. Soll ich noch über Ungarn reden, über die Türkei, in der es mehr inhaftierte Journalisten und Autoren gibt als sonstwo in der Welt? Und über Putin, der alle nationalistischen und homophoben Parteien nicht nur in West-, sondern auch in Osteuropa unterstützt?
...

<https://www.tagesspiegel.de/kultur/bruecke-berlin-preis-rede-nachts-wenn-die-zaeune-wandern/23354266.html>

Ich will gar nicht versuchen, das Bild, das Herta Müller hier zeichnet, zu korrigieren und mir liegt auch nicht daran, die Verantwortlichen für die verschiedenen Missstände in Osteuropa sauber zu waschen. Ich frage aber, wie soll der Durchschnittsbürger erkennen, wo in der Politik mehr gelogen wird, im Osten oder im Westen? Nur eins möchte ich ergänzen, das, was uns im Westen als unangenehme Erscheinungen im Osten aufstößt und das, was wir als Bedrohung aus Rußland empfinden, ist die Frucht der Saat, die der Westen im Jahr 1989 (und danach) im Osten durch die Fehlberatung der Elite der theoretischen und praktischen Ökonomie und Politik gesät hat. Die geistige Elite des Westens konnte da nicht gegensteuern, weil sie mit dem Feuilleton beschäftigt war.

Ich komme zu Gustav W. Heinemann und seiner Rede, die er aus Anlass seiner Amtseinführung als Bundespräsident am 1. Juli 1969 gehalten hat. Ich wusste gar nicht (mehr), dass ich die Rede im Schriften- und Bücherbestand habe. Sie fiel mir in die Hände, als ich im Grundgesetz einen Artikel-Inhalt lesen wollte. Ich wollte sie schon wegstecken, aber es gab da einen Impuls, der mir sagte, den Inhalt zu prüfen. Und ich fand, dass Heinemann schon 1969 Fragen plagten, die heute noch aktuell sind. Das heißt dann aber auch, dass die Politik bezüglich dieser Fragen und Aufträge seit 1969 auf der Stelle tritt.

Ich komme zur:

Ansprache des Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann anlässlich der Amtseinführung am 1. Juli 1969

Zusatzinformationen unter
https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Heinemann

... Meine Damen und Herren, ich trete das Amt in einer Zeit an, in der die Welt in höchsten Widersprüchlichkeiten lebt. Der Mensch ist im Begriff, den Mond zu betreten, und hat doch immer noch diese Erde aus Krieg und Hunger und Unrecht nicht herausgeführt. Der Mensch will mündiger sein als je zuvor und weiß doch auf eine Fülle von Fragen keine Antwort. Unsicherheit und Resignation mischen sich mit der Hoffnung auf bessere Ordnungen.

Für eine kurze Zeit nach dem Fall des eisernen Vorhanges, 1989, bestand die Chance, dass sich diese Hoffnungen erfüllen würden. Aber schnell kam die Angst bei denen auf, die im alten Zustand davor Macht und Einfluss erworben hatten, dass mündige Bürger diesen Erwerb gefährden könnten und man fuhr weiter das Programm der Schein-Mündigkeit. Auch fehlte es bei den Beratern und Entscheidern an Fantasie oder / und an der Einsicht darin, wie „bessere Ordnungen aussehen könnten. Also exportierte man das rostige alte Modell der West-BRD in den Osten, so als sei es nach neuestem Stand der Technik (Erkenntnis).

Wird solche Hoffnung endlich erfüllt werden? Das ist eine Frage an uns alle, zumal an uns hier, die wir kraft der uns erteilten Mandate Verantwortung für unsere Mitbürger tragen.

Antwort Fassung 1: Die Mandatsträger der BRD sind beinahe durch die Anstrengung bei der Verteidigung des alten Zustandes der Verhältnisse, wie sie sich in der Alt-BRD herausgebildet hatten, zusammengebrochen. Dieses Verhalten wäre dem Bundespräsidenten von 69 sicher unerklärlich gewesen.

Antwort Fassung 2: Es war sicher nicht nur Egoismus, Kurzsichtigkeit und Ausdruck des Willens zur Machterhaltung der Mandatsträger und Einflüsterer, die die Vereinigung der beiden Republiken vom Restdeutschland so gestaltet haben, wie sie veranstaltet wurde. Im Grunde war es ein Festhalten am Bestehenden, das auch in der DDR gewirkt hat. Der Westen Deutschlands ist bei dem Vorgang nur deshalb als Sieger hervorgegangen, weil sein System leistungsfähiger war als das Modell, das in der DDR benutzt wurde. Die Elite in beiden Ländern waren zu sehr mit der Abwehr des Systems der jeweiligen anderen Republik beschäftigt, dass sie ihren Kopf gar nicht frei hatten, um eine Ausschau nach einem besseren Modell für die jeweils eigene Republik halten zu können. Man darf auch nicht vergessen,

dass auch die West-Parteien eine Art Block gebildet hatten, alle waren auf ihre begrenzt unterschiedlichen Inhalte bezogen konservativ. Das Fehlen einer sichtbaren liberalen Opposition gegen die Bonner Republik oder den CDU-Staat hat ja die jungen Leute 1968 erst in den Marxismus getrieben. Dessen Attraktivität wurde ja schon dadurch hergestellt, dass er von den etablierten Kräften bekämpft wurde.

Verpflichtung zum Dienst am Frieden

Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr. ...

Wenn man die Mandatsträger in unseren Parlamenten und Regierungen fragen würde, ob sie die Aussage von Gustav Heinemann von 1969 unterschreiben würden, dann würden sie sicher alle mit Ja antworten. Auch wenn das Ja ernsthaft gemeint ist, ist die Antwort nicht glaubwürdig. Das Projekt >wehrhafter Pazifismus< ist immer noch nicht in Angriff genommen worden. Die eigene Rüstung und die Kriege der anderen sind immer noch ein gutes Geschäft und eine Förderung der Arbeit. An den in der Ökonomie liegenden Gründe von Kriegen wird immer noch nicht geforscht. Eine Frau – dazu eine Ärztin – kann dadurch glänzen, dass sie die Verteidigungsministerin sein darf. Der Schwur der Frauen, die die Trümmer nach dem Zweiten Weltkrieg aufräumten und ihre gefallenen und verstümmelten Männer betrauernten, die mit den Worten „Nie wieder Rüstung! Nie wieder Krieg!“ hat keinen Widerhall mehr in der Politik und nur ganz schwach in der Bevölkerung. Der Krieg ist auch bei uns wieder möglich geworden, weil die richtigen Antworten auf die Frage „Wie verhindern wir künftige Kriege?“ nicht mehr oder nur in alter Weise gestellt werden. Die Antwort ist wieder „Durch mehr militärische Aufrüstung!“.

Freiheitliche Demokratie als Lebenselement

Unser Volk kann aus seiner Geschichte vieles aufweisen, was uns mit Freude und Selbstbewußtsein zu erfüllen vermag. Es ist nicht wenig, was wir zur Bereicherung der Menschheit beigetragen haben. Aber unter Mißbrauch des Namens unseres Volkes ist auch das Unheil des Zweiten Weltkrieges entfesselt worden. Nur wenn wir uns selber nicht aus der Frage entlassen, wie es zu dem schreckensvollen Kapitel des Nationalsozialismus kommen konnte, werden andere Völker dieses Kapitel nicht länger gegen uns hervorkehren können.

Diese Vergangenheit darf auch um derer willen nicht wiederkehren, die neben den Millionen Juden und den weiteren Millionen Kriegstoten in aller Welt aus unserem eigenen Volk zu den Opfern des nationalsozialistischen Terrors, des Krieges und schließlich der Vertreibung von Haus und Hof gehören. Als 1945 der Krieg endlich zu Ende war, als sich nach einem Wort von Theodor Heuss damals die Paradoxie ereignete, daß wir gleichzeitig erlöst und vernichtet waren, sollte das Geschehene zum Anlaß einer Erneuerung werden.

Auch nach allem materiellen Wiederaufbau und über allem fortschreitenden Generationenwechsel hinweg bleibt die Aufhellung unserer eigenen Geschichte um unserer Zukunft willen geboten.

Die Aufarbeitung des Geschehens im Ersten Weltkrieg und in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus ist in der Hauptsache so geschehen, dass den Deutschen möglich viel Schuld durch Nationalismus und Militarismus nachgewiesen werden konnte. Entlastende Momente – wie sie beim Angeklagten vor Gericht in die Waagschale geworfen werden – durften nicht gewertet werden, weil die Politik die Schuld der Deutschen, die ihren aufrechten Gang verhinderte, als politisches Gestaltungselement gebrauchte. Und nun wundern sich diejenigen, die diese Politik ausgiebig betrieben haben, dass sich eine rechtsgerichtete Opposition bei uns entwickelt. Da das aber nicht nur eine Entwicklung ist, die sich in Deutschland entwickelt, muss es auch andere Ursachen haben. Ich sehe sie in dem Zentralismus, den Ektismus der Politik und in den nicht bewältigten ökonomischen Problemen.

Meine Damen und Herren, wir stehen erst am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. Freiheitliche Demokratie muß endlich das Lebelement unserer Gesellschaft werden.

Dazu müssen wir die freiheitliche Demokratie erst einmal einführen. Das, was wir haben, ist ein Oktroy. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates wussten das (1948 /49) auch, deshalb haben sie unsere Verfassung Grundgesetz genannt und seine Gültigkeit bis zur Wiedervereinigung Deutschlands begrenzt. Auch liegt der Mangel des Grundgesetzes darin, dass nicht die Westdeutschen als Gesamtheit oder eine von ihr ausgewählte Vertretung das Grundgesetz erarbeitet und beschlossen hat, sondern eine Minderheit, die nicht an ihrem Willen gebunden war. Die Weigerung der Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages – die in der Zeit der Vereinigung wirkten – die zentrale Aussage der Demokratie, dass das Volk der Souverän ist und den Tatbestand der Befristung des Grundgesetzes nicht anzuerkennen, hat die Legislative, Exekutive und Judikative in einen demokratiefeindlichen Zustand versetzt. Auch dieser Zustand ist ein Grund des Unbehagens

in unserer Gesellschaft und wird weiter destruktiv in die Zukunft hineinwirken, wenn er nicht durch die Auflösung unseres Demokratiemangels aufgehoben wird.

Heute (13. 11. 18) steht unter *Kultur & Leben* in der HAZ ein Interview von Ronald Meyer-Arlt mit dem NDR-Hörfunkdirektor Joachim Knuth. Gegenstand des Interviews ist die Verleihung des Sachbuchpreises für das Buch „*Wie die Demokratien sterben*“ von den Havard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt. Im Text ist u. a. auf die Anmerkung „Es ist ein Buch, bei dessen Lektüre man oft mit dem Kopf nicken kann“ zu lesen:

In diesem Buch ist vieles richtig. Das spricht aber nicht gegen ein Werk. Wir bekommen die Augen dafür geöffnet, auf welche subversive Arten Demokratien zuweilen an Kraft verlieren. Es braucht keinen Putsch, um eine Demokratie abzuschaffen. Es sind vielmehr schleichende Prozesse, die zum Ende führen können. An dieser Stelle hat das Buch eine die Perspektive weitende, aufklärende Wirkung. Außerdem machen die Autoren deutlich, dass man etwas tun muss, um gefährdete Demokratien zu stabilisieren. Das finde ich sehr wichtig.

Bei uns sind es diejenigen, die für den schleichenden Prozess der Entwertung bzw. Auflösung der Demokratie verantwortlich sind, die für sich selber den Titel *Demokrat* in Anspruch nehmen und gerne die Schuld jenen zuweisen, die sie Verfassungsfeinde nennen. (Wie können wir Verfassungsfeinde haben, wenn wir gar keine gültige Verfassung haben? Die Verlängerung der Gültigkeit des Grundgesetzes ist eine Rechtserschleichung, die gegen die Grundlage der Demokratie verstößt.) Ich vermute, wenn das Buch „*Wie die Demokratien sterben*“ von unseren herrschenden Nicht-Demokraten (Ich wollte das meistens abwertend verstandene Wort von der Politikerkaste vermeiden.⁵⁴) gelesen wird, dass sie nur lesend das herausfiltern, was ihnen ermöglicht, sich als Unschuldslämmer, die alles, was machbar war, getan haben, darstellen können.

Jetzt fahre ich mit dem verstorbenen Bundespräsidenten fort:

Sicherung des freien Existenzraums des einzelnen

Nur wenn das gelingt, begegnen wir der Widersprüchlichkeit unserer Zeit, die ich darin sehe, daß der Bereich dessen, was der einzelne gestalten kann, enger wird, zugleich aber die Selbstbestimmung des einzelnen Raum gewinnt.

54 Und ich wiederhole auch an dieser Stelle. Es geht mir nicht um die Herabsetzung der im politischen Betrieb handelnden Personen, sondern ich klage das langjährige und vermeidbare irriige Handeln an.

Was ich meine, ist dieses:

In einem zuvor nie erlebten Tempo macht sich die Menschheit die Schöpfung bis in den Weltraum hinein untertan. Der einzelne aber wird immer ohnmächtiger. Die Konzentration der Wirtschaft schreitet fort. Die ohnehin großen Bürokratien wachsen weiter. Was wird - so frage ich - aus dem freien Existenzraum der einzelnen? Ihr Anteil am Getriebe von Erzeugung und Verbrauch wird immer spurenloser, immer unpersönlicher, immer fremdbestimmter.

Ist es aber zugleich nicht auch so, daß wir eine neue Welle von Umbruch einer jahrhundertelangen Fremdbestimmung des Menschen in eine verantwortliche Eigenbestimmung erleben? Solcher Umbruch hat sich seit dem Ausgang des Mittelalters in verschiedenen Bereichen längst angebahnt. Er kommt aber jetzt in besonderer Breite und Intensität zu neuem Austrag. Überall müssen Autorität und Tradition sich die Frage nach ihrer Rechtfertigung gefallen lassen. Weder die christlichen Kirchen mit ihren Glaubensaussagen und ihren Ordnungen noch der Staat mit seinen verfassungsmäßigen Organen wie etwa den Parlamenten noch Sitte und Moral als solche oder in ihrem Verhältnis etwa zum Strafrecht oder zum Familienrecht noch die Sozialordnungen - zumal in den Bereichen von Ehe und Familie, des Eigentums oder der Arbeit - sind heute von bohrenden kritischen Fragen ausgenommen.

Generell wird man sagen müssen, daß ein Drang nach Freiheit von alten Bindungen und nach Mitbestimmung in allen Gemeinschaftsverhältnissen unsere Zeit erfüllt. Es geht um den Dialog, es geht um die Durchsichtigkeit der Geschehnisse und der Entscheidungen. Sind wir - so frage ich - bereit, dem Rechnung zu tragen? Ich meine, wir sind in der Lage, die große Wandlung aus obrigkeitlicher Fürsorge in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu bestehen, ohne daß unser Zusammenleben aus den Fugen gerät.

Ich bewerte die Zeilen so, dass ich sage: Gustav Heinemann hätte meine Stimme, wenn er heute noch als Bundespräsident zur Wahl stünde. Ich übersehe bei dieser Aussage nicht, dass ich dazu keine Chance hätte, weil den Bürgern allgemein dieses Wahlrecht verweigert wird. Auch wenn die Präsidenten in Folge sich redlich bemüht haben, der Präsident aller Bürger zu sein, so haben sie trotzdem den Makel durch das Auswahl- und Wahlverfahren nur die Präsidenten jener Parteien zu sein, die die 5%-Hürde genommen haben. Und unsere Parteien haben sich lange Zeit so benommen, als seien sie die Aktionäre der Deutschland AG. (Ich vergesse bei so einer Formulierung nicht, wie die Parteien von der Innensicht aus aussehen. Ihre Mitglieder bringen in der Mehrheit viele Opfer an Zeit auf und üben auch Verzicht auf Betätigungen, die Freude und Erholung bringen würden. Aber das Gute zu wollen ist bekanntlich nicht mit dem gleich, was wirklich gut ist.)

Gustav Heinemann war Mitglied der SPD und als ihr Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten ist er mit Unterstützung der FDP ins Amt gewählt worden. Daran gibt es nichts zu mäkeln. Die SPD ist so ehrenwert und problematisch wie die anderen Parteien – die im politischen Rennen sind⁵⁵. Aber den freiheitlichen Gedanken, die Heinemann in den obigen Absätzen zum Ausdruck bringt, könnte die SPD nicht Raum geben, wenn sie irgendwann die absolute Mehrheit im Bundestag erreichen würde. Das liegt am sozialdemokratischen Modell, das in der Verbreitung so erfolgreich war, dass man alle Parteien im Bundestag heute mehr oder weniger als sozialdemokratisch bezeichnen kann. Ich habe das Modell in der Vergangenheit schon als Gutsherrenmodell bezeichnet. Die SPD ist darin der Verwalter und die Wähler sind die Knechte und Mägde. Der Verwalter setzt die Direktiven des Gutsherrn (das ist der Kapitalismus) um und teilt den Mägden und Knechten (zusammengefasst als Gesinde) mit, was sie leisten müssen und was sie für ihre Leistung zu erwarten haben. Die Vorstellung das Gesinde zu selbständigen Bauern zu machen, lag der SPD immer fern, denn sie war doch die Partei der Arbeitnehmer. Und sie wollte doch nicht ihre Wähler verlieren.⁵⁶ Den Status des Gutsherrn wurde nur in Sonntags- und Wahlreden in Zweifel gezogen, aber sonst wohlweislich nicht angetastet, weil man aus der eigenen marxistischen Vergangenheit wusste, dass der Sieg des Marxismus über den Kapitalismus nicht gelingen kann. Und da das Gutsherrenmodell auch ein Stichwort zum Thema Bodenrechtsreform ist, sei angemerkt, dass diese Ambitionen die SPD aus Gründen des Machtzuwachses und -erhaltes schon lange in die Rumpelkammer abgelegt hat. **Hans-Jochen Vogel** (* [3. Februar 1926](#) in [Göttingen](#))⁵⁷, Ex-Oberbürgermeister und Ex-Bundesminister, ist vielleicht das einzige Mitglied der SPD, das noch das Lied von der Bodenreform singt, von dem Konrad Adenauer einst sagte, das ohne sie alle anderen politischen Maßnahmen nicht fruchten würden.⁵⁸

Es kommt ja hinzu, daß der Mensch sich nicht nur in seiner Arbeit und in seinem Verbrauch einer Fremdbestimmung ausgeliefert sieht, sondern daß er auch als Staatsbürger einen realen Anteil an demokratischer Mitbestimmung fordert. In den Massengesellschaften der Industriestaaten kann es aber nur repräsentative Demokratie geben.

Ordnung auf Menschenwürde und Menschenrecht gegründet. Diese Bun-

55 Es gibt ja noch dutzende Parteien, die so gut wie nicht in den Medien erwähnt werden. Und jene, die sich an Wahlen beteiligen und die 5%-Sperrklausel nicht knacken, werden nach den Wahlen pauschal unter sonstige zusammengefasst, damit die Wähler nicht auf die Idee kommen, bei der nächsten Wahl eine „Splitterpartei“ zu wählen.

56 Diese Haltung ähnelt der Haltung von Gewerkschaften.

57 https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Jochen_Vogel

58 Die vollständige und korrekt zitierte Aussage von Adenauer findet man bei mir unter: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf>

desrepublik Deutschland ist daher bewußt als repräsentative Demokratie gestaltet. Ich halte ihre auf Menschenwürde und Menschenrecht begründete Ordnung als Grundlage und Rahmen für die beste in unserer bisherigen Geschichte. Diese Ordnung ist aber nicht fertig.

Alle ihre Orientierungsmerkmale, als da sind: freiheitliche Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, bedürfen im Staat und in der Gesellschaft der fortwährenden Bemühung um täglich bessere Verwirklichung durch den mündig mitbestimmenden Bürger.

Hier knickt Heinemann resignativ mit seinen freiheitlichen Gedanken für die Selbstbestimmung und den Raum für das individuelle Handeln ein. Denn er sieht in der Massengesellschaft für die Demokratie nur eine Chance in der Form der repräsentativen Demokratie. Das war aber in seiner Zeit - und danach - eine versteinerte Ideologie, die auch ein Ausfluss des Mangels der Offenheit in den Gesellschaftswissenschaften war und ist. Auch bei Gesellschaften, die -zig Millionen Menschen umfassen, kann man von Massengesellschaft nur sprechen, wenn sie aus einer kleinen Führungsschicht und in einem Hauptteil aus Mitgliedern besteht, die geführt und gelenkt werden muss. Und hier mag dann zutreffen, was José Ortega Y Casset in seinem Buch „Der Aufstand der Massen“ so beschreibt:

Bei Hungerrevolten pflegen die Volksmassen Brot zu suchen, und zu dem Zweck zerstören sie die Bäckereien. Das kann als Gleichnis für die Art und Weise dienen, wie sich in größeren und verwickelteren Verhältnissen die heutigen Massen gegenüber der Zivilisation aufführen, die sie nährt.

(Seite 62 in der Ausgabe von 1950) ⁵⁹

Große Gesellschaften lassen sich aber so gestalten und gliedern, dass von dem Massenphänomen nicht viel übrig bleibt. Der föderative Aufbau einer Gesellschaft ist zum Beispiel der Versuch, der Massengesellschaft entgegenzuwirken. Wenn das bei uns nicht so recht klappt, dann hängt das damit zusammen, dass in diesen Einheiten zu viel zentralistische Strukturen eingezogen wurden und dass es bei der Finanzierung der staatlichen und kommunalen keine klaren Abgrenzungen gibt. Der wesentlichste Fehler ist aber die Verstaatlichung aller Lebensbereiche. Hier werden die negativen Effekte noch verstärkt durch die Zentralisierungstendenzen ökonomischer Macht.

Als die grüne Bewegung Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre sich zu einem Mitspieler der Politik als Partei formierte, gab es die Forderung nach Parlamenten der Betroffenen. Da hinter stand der Gedanke, dass nur die Betroffenen einer Forderung oder Maßnahme darüber

⁵⁹ Ich habe schon auf das Buch „Gruppendynamik: Kritik der Massenpsychologie“ von Peter R. Hofstätter hingewiesen.

mitreden und bestimmen sollten. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass Gesetze immer den Charakter der Allgemeingültigkeit haben und daher auch alle Bürger - betroffen oder nicht – an der Entstehung mitwirken müssten. Parlamente der Betroffenen seien aber jederzeit privatrechtlich zu konstituieren, denn hier gelte dann das Vertragsrecht, mit dem die unterschiedlichen Interessen austrariert werden können. Und mit dem Vertragsrecht wäre es tatsächlich möglich, das -zigfache der heutigen Zahl der Bürger an der Gestaltung unserer Gesellschaft zu beteiligen. Dieser Gedanke wurde aber sehr schnell untergepflügt , als die Grünen die Tore für die marxistisch orientierten Bürger⁶⁰ geöffnet hatten. Diesen Pflanzen wurde das Wasser und das Licht entzogen. Das Merkwürdige an dem Denken linker Köpfe ist, dass sie mit ihrer zentralistischen Ausrichtung Marx Ideen vom absterbenden Staat ständig sabotieren.

Es gibt hier aber noch einen anderen Aspekt. Neben der stellvertretenden repräsentativen Demokratie gibt es auch in großen Gesellschaften das Gestaltungselement der direkten Demokratie. Um die Ausgestaltung und Einführung dieses Instrumentes hat sich der Verein MEHR DEMOKRATIE (<https://www.mehr-demokratie.de/>) viele Gedanken gemacht. Das Instrument wurde aber von der Bundesregierung und dem Bundestag seit 1949 in Folge verhindert, obwohl es den Deutschen im Grundgesetz zugesichert wurde. Im Artikel 20 (2) GG steht:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Die Deutschen dürfen also nicht nur wählen, sondern auch abstimmen. Dass der Bundestag bis heute noch keine Ausführungsbestimmungen dazu beschlossen hat, ist ein klarer Verstoß gegen die Verfassung. Da im Moment erörtert wird, ob es gerechtfertigt ist, die AfD-Fraktion im Bundestag unter Beobachtung des Verfassungsschutzes zu stellen, sollte man die Fragestellung auf den ganzen Bundestag erweitern. Die Logik in der Sache wäre dann, dass der Verfassungsschutz seinen Schöpfer beobachtet und bespitzelt.

Die direkte Demokratie ist kein Schnörkel zur Verschönerung unserer Verfassungswirklichkeit, sondern ein notwendiges Korrektiv für den Fall, dass im Bereich der stellvertretenden Demokratie notwendige Entscheidungen blockiert oder verzögert werden, gegen die Interes-

⁶⁰ Das ist eine Folge der 5% Sperrklausel im Wahlrecht. Es wurde damals vermutet, dass ohne weite Öffnung der Türen der Grünen für Zugänge aus anderen politischen Lagern die 5%-Klausel nicht übersprungen werden könne. Wenn es schief geht, so wurde argumentiert, müsse eben eine neue Partei gegründet werden. Eine erfolgreiche Parteigründung ist nur unter bestimmten Bedingungen in der Gesellschaft möglich, die nicht künstlich hergestellt werden können. Der Republik wäre es besser bekommen, Grüne und Rote wären getrennt angetreten.

sen der Gesamtbevölkerung handelt wird oder wo sich das Parlament Rechte anmaßt, die dem Volk (der Gesellschaft) als Ganzes vorbehalten sind. Die direkte Demokratie hat zu verhindern, dass der nachfolgende Satz aus Volkesmund Gültigkeit bekommt:

Alle dummen Kälber wählen ihre Schlachter selber!

Ich trenne mich jetzt von Heinemanns – mich – beeindruckender Rede aus dem Jahr 1969. Diese sollte von möglichst vielen politischen Akteuren in voller Länge gelesen werden. Ich möchte hier noch kurz auf die Diskussion um den neuen Nationalismus und die Abwehrwaffe Patriotismus eingehen. In der HAZ vom 12. 11. in einem Artikel von Christian Böhmer ist zu lesen:

„Patriotismus, nicht Nationalismus“

Staatschefs gedenken in Paris des Weltkriegsendes vor 100 Jahren – und Macron warnt

Paris. Beim Gedenken an das Ende des verheerenden Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren haben Deutschland und Frankreich eindringlich vor dem erstarkenden Nationalismus und Gefahren für den Weltfrieden gewarnt. „Die alten Dämonen steigen wieder auf – bereit, ihr Werk von Chaos und Tod zu vollenden“, sagte Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron bei einer großen Feier mit rund 70 Staats- und Regierungschefs im Schatten des Pariser Triumphbogens. „Patriotismus ist genau das Gegenteil von Nationalismus.“ Auf der Tribüne saßen bei regnerischem Wetter auch die Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Donald Trump.

Kanzlerin Angela Merkel sagte zur Eröffnung des anschließenden Friedensforums, sie habe Sorge, dass sich „wieder nationales Scheuklappendenken ausbreitet“. Dabei habe der Krieg vor 100 Jahren gezeigt, wohin Isolationismus führen könne. Der Weltkrieg gilt als ein Wendepunkt der neueren Geschichte.

Ich weiß gar nicht, ob die Probleme oder Tatbestände, die man versucht, mit den Begriffen Nationalismus und Patriotismus zu beschreiben und mit *schlecht* und *gut* zu bewerten, überhaupt den politischen Sachverhalt richtig beschreiben. Ich denke, wenn die Politik bei uns, in Europa und der Welt so bleibt, dann wird auch der Begriff Patriotismus uns nicht vor ihren Folgen schützen. Aber erst einmal zu den Begriffen.

Auf der Seite [Rotes Marburg](#) / Marxistische Vernunft gegen linke Sektiererei ⁶¹ treten die Autoren in einem Beitrag unter dem Titel **„Patriotismus und Nationalismus: Der kleine, aber feine Unterschied“** für den Patriotismus ein und leiten ihren Beitrag wie folgt ein:

Egal, ob es sich um erklärte Antideutsche, antinationale Antifaschisten oder

⁶¹ <https://rotesmarburg.wordpress.com/2013/01/18/patriotismus-und-nationalismus-der-kleine-aber-feine-unterschied/>

einfach nur den 0-8-15 möchtegern-intellektuellen Linken handelt: Kaum, dass man nicht ausnahmslos auf Deutschland herum hackt, wird man unter Linken für gewöhnlich von allen Seiten misstrauisch angeguckt. Äußert man dann noch etwas wie beispielsweise „Ich bin stolz Deutscher zu sein“, da werden im linken Spektrum die schlimmsten Nazi-Alpträume wahr und jegliche sachliche Diskussion ist völlig dahin. Läuft man während einer Fussball-EM mit den Farben seines Nationalstaates herum, wird man schnell zum Nationalchauvinisten abgestempelt und man läuft Gefahr, dass einem seine schwarz-rot-goldenen Autowimpel unsacht abgerissen und zerstört werden.

Sie bringen dann aber zum Schluss ein Zitat, in dem der Patriotismus nur akzeptiert ist, wenn der Begriff nicht das meint, was man dem Nationalismus heute zuordnet. Es ist ein Zeichen dafür, dass der Gebrauch der Begriffe gar nicht so eindeutig ist.

“Wir bekämpfen den Patriotismus nicht an und für sich, sondern nur insofern, als dieser ein Hetzmittel gegen fremde Nationalitäten dient, als er dazu benutzt wird, den Chauvinismus, den Nationalitätenhass und die Nationaleitelkeit großzuziehen, um mit Hilfe dieser Eigenschaften beliebige Kriege entzünden zu können ... Der Patriotismus, der in der Liebe zum Land besteht, in dem man geboren, in dessen Sitte und Sprache man erzogen ist, das mit einem Wort den Boden bildet, in dem unser Sein wurzelt und sich entfaltet, dieser Patriotismus wird von der Sozialdemokratie (heute: Kommunismus, die Autoren) nicht nur nicht verworfen, er wird dadurch tagtäglich von ihr in höchstem Maße dadurch geübt, dass sie das System, das auf diesem Boden herrscht, mit aller Kraft bekämpft und jedem, der diesen Boden verlassen will, zuruft: ‘Hic Rhodus, hic salta – bleibe hier und kämpfe mit, hier ist der Boden, auf dem wir die neue Zeit, die neue Welt zu erkämpfen und zu schaffen haben’.” (5)

Fußnote 5) : zitiert nach: Engelberg, Ernst: Die Nation und die Linke – historische Anmerkungen. In: Neues Deutschland, 25/26.11.2000, S. 21.

Ich habe nun mal in zwei älteren Lexika nachgeschaut. Im Lexikon Der Neue Brockhaus von 1968 wird unter Nationalismus dieser vom Nationalbewusstsein unterschieden und eine Form betont, die zur Abwertung anderer Nationen führt. Patriotismus wird kurz mit Vaterlandsliebe übersetzt. Im Brockhaus Conservations-Lexikon von 1885 habe ich den Begriff Nationalismus überhaupt nicht gefunden und Patriotismus wird hier auch kurz mit Vaterlandsliebe beschrieben. Unter dem Begriff Patriot findet man folgende Erklärung in der Frakturschrift:

Patriot (grch. ... der Landmann), zunächst der Landeseingeborene, dann ein mit Jnnigkeit an seinem Vaterland hängender Bürger, Vaterlandsfreund: als polit. Bezeichnung zuerst während der holländ. Wirren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrh. für die Gegner des Erbstatthalters gebraucht, dann in

der Französischen Revolution für eins der ersten Bataillone, welche Paris 1792 an die Grenze schickte, nachher für die Soldaten der Republik in den Vendéekriegen und endlich für die Anhänger der Republik überhaupt. In neuerer Zeit bezeichnet man damit auch verschiedene polit. Parteien, insbesondere die Ultramontanen in Bayern.

Ich denke, eine politische Entwicklung, die man nicht will, kann man mit Begriffsdefinitionen nicht bannen. Und dann ist es für den rational denkenden Beobachter von Trends und politischen Bewegungen und Gegenbewegungen - egal von links oder recht kommend oder nach links oder recht gehend - angebracht, nicht gleich mit schlecht oder gut zu urteilen, sondern zu fragen, was die Ursache dafür ist. Es wird immer so sein, wenn von vielen Bürgern einer Gesellschaft ein Mangel empfunden wird, dass der zu einer Unzufriedenheit mit der gegebenen Situation führt. Da die als *rechts* definierten Tendenzen nicht nur bei uns auftreten, liegen die Ursachen auch nicht nur in unseren Verhältnissen, sondern im weltweiten Trend der Verfremdung der Lebenswelt der Menschen, dem Gefühl der Individuen nur noch der Spielball der Staatsmacht und des Kapitals - der weltweit agierenden Konzerne - und Objekt der Propaganda und Werbung zu sein. Hinzu kommt dann noch die Digitalisierung aller Lebensbereiche und die Entwertung oder / und Verfremdung der gewohnten Sprache. Aber das alles löst keine Sehnsucht nach einem neuen „Dritten Reich“ aus, sondern sucht einen Weg, sich bei jenen, die dafür in der Politik und Medien verantwortlich sind bemerkbar zu machen. Der Vorwurf, der in dem Wort Lügenpresse steckt, heißt doch eigentlich nur: „Hört auf, uns zu manipulieren!“ und „Schaut doch genauer hin, worüber ihr schreibt und berichtet!“. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist man dabei, dem Wort Identität einen negativen Klang zu geben, weil man glaubt, das Bedürfnis oder das Pochen auf die Identität erschwere die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Das ist wohl richtig, aber um für eine Politik der Einwanderung den Menschen ihre Identität zu nehmen, so das sie nicht mehr wissen, wer sie sind und wohin sie gehören, ist schlicht Antipatriotisch. Der Mensch hat in der Regel viele Identitäten, manche sind nur von kurzer Dauer, manche enden erst mit seinem Tod. Manche sind nur schwach prägend andere stark. Und diese Identität als Summe von Teil-Identitäten ist ein starkes Bedürfnis und wenn sie vorhanden ist, gibt sie die erforderliche Handlungssicherheit um sich im gesellschaftlichen Raum bewegen zu können. Den Menschen dieses Bedürfnis ausreden zu wollen und ihnen mit Gewalt ihre Identität zu nehmen macht sie erst reif für totalitäre Heilsbotschaften.

Ein Mensch kann sich als Weltbürger fühlen, das schließt nicht aus, dass er sich auch als be-

kennender Europäer fühlt und wenn er Zuhause ist, dass er sich als Franzose, Niederländer, Däne, Pole oder Deutscher fühlt. Ist ein Deutscher in Hannover angekommen, fühlt er sich nicht als Münchener oder Hamburger. Er schraubt seine Identität noch weiter nach unten. Er sagt dann vielleicht, dass er ein Lindener oder ein Kleefelder ist. Die Verortung geht weiter über Berufe, die Familienzugehörigkeit, Freundschaften und die Freizeitbeschäftigung. Die meisten Stufen der Identitäten benötigt der Mensch, um zu fühlen und zu wissen, wer er ist und wo er seinen Platz hat (wenn auch jeweils nur für kurze Zeit), warum soll er jubeln, wenn eine Politik, die wirtschaftlich und gängelnd gesehen, Brüssel zu einem Moskau aus der Zeit der UdSSR machen will? Gerade, wenn ein Mensch Europa bejaht, muss er sich gegen die verfehlte EU-Politik der EU-Mitglieder wenden. Dass die Europapolitik wie sie ist, nicht aufgrund von Böswilligkeit so ist, wie sie ist, hängt wieder mit der Frage nach den richtigen Leitbildern zusammen. Auch spielen hier wieder die fehlerhafte Geld- und Währungstheorie eine Rolle.

Eins sei hier noch gesagt, die Marktwirtschaft braucht den Freihandel zum internationalen Güter- und Leistungsaustausch, sie braucht im Gegensatz zum Kapitalismus aber keine internationalen Konzerne, die wie riesengroße Staubsauger wirken, um die jeweils maximale Rendite im Gastland aufzusaugen, um sie wiederum zur Vergrößerung ihrer Macht einzusetzen. Dass die Rendite – auch in Form des Zinses – zulasten des Arbeitseinkommens geht, hat sich in den Reihen der Politiker und Journalisten / Redakteure auch noch nicht herumgesprochen.

Nachtrag am Mittwochabend vom 14. November:

Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der ZEIT kündigt per Rund-Mail den Inhalt der neuen Ausgabe an:

Der neue Klassenfeind. Sie sind moralisch hochsensibel, in der Welt zu Hause, an keine Nation und keine Sprache gebunden – schon gar nicht an die deutsche. Und sie werden mehr. Diese globale Elite wird von rechts und von links bekämpft. Warum?

Die Ankündigung macht den Eindruck, als würde hier wieder ein Problem des Kapitalismus personalisiert. Das kann aber nur eine gute Unterhaltung sein und keine Aufklärung. Es ist doch auch so, dass es überall auf der Welt einen Gruppenstolz gibt, der nichts mit Nationalismus zu tun und unabhängig von der Gruppengröße (Kommune, Stadt, Land, Verein, Belegschaft) ist. Dieser Stolz rechnet bestehende Unternehmen auch der Leistung seiner Gruppe zu. Dieser Stolz wird aber verletzt, wenn man gar nicht mehr weiß, wer die Eigentümer des

Unternehmens sind, die früher der eigenen Gruppe zugeordnet wurden. Das anonym kursierende Kapital verunsichert die Menschen und nimmt ihnen ebenfalls ein Stück Heimat.

Anzumerken ist auch zu der Aussage der Bundeskanzlerin, dass der Isolationismus zum Weltkrieg I geführt hat, dies trifft nur zu, wenn damit die Schutzzölle gemeint sind, mit dem der Imperialismus gearbeitet hat, gegen den wiederum auf politischer Ebene Bündnisse geschmiedet wurden. Der Imperialismus war wiederum – nicht nur, aber auch - eine Folge des Systems der Goldwährung.⁶²

Unsere Bundeskanzlerin bringt auch eine europäische Streitmacht ins Gespräch. Wenn man noch hofft, das Militär könnte die Welt besser machen oder uns vor Ungemach von außerhalb europäischer Grenzen schützen, ist das eine gute Idee, die das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl stärken kann. Die Voraussetzung wäre aber die Auflösung der NATO, nicht als Akt der sich gegen die Vereinigten Staaten richtet, sondern gegen die Politik der USA, die uns doch nur als Vasallen betrachtet. Gleichzeitig wäre das eine Förderung des Friedens mit Russland. Die westlichen Randstaaten von Russland dürften aber in ihrem Sicherheitsbedürfnis gegenüber Russland nicht geschwächt werden.

Heute (15. 11. 2018) meldet die HAZ in einem Bericht von Annette Reuther von einem Vorgang auf der EU-Ebene, der in der Überschrift wie folgt zusammengefasst ist:

Die EU steckt im Streit mit Italien in der Zwickmühle / Regierung in Rom verweigert Nachbesserungen am Haushaltsentwurf und hält an Schuldenplänen fest / Unruhe an den Märkten

Der Frage, ob das, was die italienische Regierung finanzpolitisch zur Zeit macht, sinnvoll ist, will ich gar nicht nachgehen. Es geht mir hier um die vermeidbare Förderung der Europaverdrossenheit durch die Versuche der EU, die einzelnen Mitglieder zu gängeln. Die Gängelung in diesem Fall wird dadurch gerechtfertigt, dass Italien durch seine weitere Verschuldung die Stabilität des Euro gefährdet. Das ist Unsinn, denn die Gefährdung kann nur erfolgen, wenn die Europäische Zentralbank für die Neuverschuldung zusätzliches Geld, das die Geldwertstabilität gefährdet, in Umlauf bringt. Diese Gefährdung entsteht dann, wenn die Notenbank mehr Geld in den Umlauf bringt, wie für die Preisniveaustabilität erforderlich ist. Die Politik sollte also das Währungssystem des Euros genauer unter die Lupe nehmen und der EZB ge-

⁶² Ich habe schon auf die Schrift „Die Überwindung des Imperialismus“ von Karl Walker hingewiesen, die er 1946 veröffentlicht hat.

nauer beschreiben, was sie zu tun und zu lassen hat. Den Mitgliedsstaaten sollte man ihre Finanzhoheit belassen, aber gemeinsam ein Konkursrecht für überschuldete Mitgliedsstaaten beschließen. Ein unsolides Finanzgebaren würde dann den betreffenden EU-Mitgliedern und ihren Gläubigern selber auf die Füße fallen.

Teil 2

Demokratie und Ökonomie direkt

Ich bin erst jetzt nach über 100 Seiten Text dort, wo ich eigentlich anfangen wollte. Es ist so etwas wie ein *politisches Tagebuch* oder *Reflexionen von Tagesnachrichten und Leseerinnerungen* geworden. Mir dient dieser Teil der vorliegenden Arbeit als Selbstvergewisserung, dem Leser mag er als Brücke zum Verständnis des zweiten Teils dienen. Ich wünsche mir, dass ich für meine eigentliche Botschaft keine 10 Seiten benötige. Aber die Erfahrung zeigt, dass Wünsche nicht immer in Erfüllung gehen. Das hängt damit zusammen, dass ich diesen Text meditativ schreibe, d. h.: Ich bringe nicht etwas fertig Gedachtes „zu Papier“, sondern das schon früher Gedachte fügt sich mit dem neu Gedachten zusammen. Es ist dann so, als kämen die Textquellen von alleine auf mich zu. Darunter sind dann auch welche, an die ich vorher überhaupt nicht gedacht habe. Ein Beispiel ist der Heinemann-Text. Meiner angeschlagenen Gesundheit bekommt die Arbeit an diesem Text und das Sitzen am PC überhaupt nicht. Darum möchte ich damit fertig werden. Für das Auffinden einzelner Textteile durch den Leser fehlt eine zweckmäßige Übersicht zum Auffinden einzelner Themen oder Personen, das bekümmert mich. Die geringen Chancen einer Wirkung dieses Textes sind keine besondere Bremse, trotzdem muss ich immer wieder Zweifel an meinem Vorhaben überwinden und ich mache eigentlich nur weiter, weil ich das miese Gefühl, das meine eigene Kapitulation auslösen würde, fürchte.

Wenn eine Leserin oder Leser auf diesen Seiten etwas findet, was sie oder er gut findet oder beim eigenen Nachdenken weiterhilft, dann darf das gerne den Personen oder Institutionen angerechnet werden, auf die ich verweise. Alle Aussagen, die nicht gelungen oder problematisch sind, gehen allein auf meine Kappe. Ich gehöre keiner Partei, keiner anderen Organisation und auch keiner Religionsgemeinschaft mehr an. Ich bin also ein Einzeltäter und dabei keine Amts- oder Autoritätsperson, die mit ihrer Reputation die Aussagen unterfüttern könn-

te. Der Text kann also nur eine Wirkung aus sich heraus entwickeln und nicht aus einem bedeutenden Status seines Schreibers.⁶³

Was ist mein Ziel? Ich habe einmal oder mehrmals geschrieben, dass die benutzte Formel von der freiheitlich, demokratischen Grundordnung in unserer Gesellschaft eine Ideologie ist. Ich möchte gerne dazu beitragen, dass diese Formel für uns in Deutschland und in Europa einmal der Wahrheit entspricht. Ob mein Talent dazu reicht, weiß ich nicht. Ich kann nur sagen, dass ich guten Willens bin, etwas dazu beizutragen. Ich habe nun geschaut, wo die magere Formel - mit etwas mehr Fleisch versorgt - beschrieben wird und bin in der Wiedergabe eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes fündig geworden ([Gerichtsentscheidungen](#) » [BverfG](#) BVerfG, 23.10.1952 - 1 BvB 1/51):

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

<https://opiniojuris.de/entscheidung/783>

Ich will jetzt nicht untersuchen, welcher Satz sich nach meiner Einsicht mit der Wirklichkeit deckt und welcher nicht, sondern ich gehe einen anderen Weg der Beweisführung. Dabei versuche ich nicht eine neue Verfassung zu formulieren, was mir zurecht den Vorwurf des Widerspruchs zu meinem Anliegen einbringen würde, sondern ich benenne ein paar Versäumnisse in unserer Verfassungsgeschichte und versuche, Grundlagen der Demokratie eindeutig zu benennen. Ich gehe davon aus, dass unsere Gesellschaft in einem verfassungslosen Zustand lebt und die Wahrscheinlichkeit, dass dieses von Vertretern der drei Gewalten abgestritten wird, ist groß. Und die Gesamtgesellschaft hat den Zustand mehrheitlich noch gar nicht registriert, so dass von der Basis der Demokratie für die Vertreter der drei Gewalten kein Nachhilfeunterricht zu erwarten ist.

⁶³ Ich bin nur noch Mitglied der AOK und da ist mein Brief an die AOK-Die kranke Kasse vom 28. März 1998 vielleicht von Interesse: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.2.1%20Agenda%20N.%20Teil%20I%20Anhang%20S.%201-52%20Form%208.06.pdf>

Es ist heute nicht so wichtig, wer in Zukunft den Parteivorsitz der CDU übernimmt und auch nicht, ob die SPD sich tatsächlich erneuert. (Was sie nach meiner Ansicht ohne Modellwechsel nicht kann.) Wichtig wäre, wenn wir uns wirklich als Demokratie verstehen und bezeichnen wollen, dass wir als deutsche Gesellschaft das nachholen, was wir nach dem Ersten Weltkrieg, dann nach dem Zweiten Weltkrieg und zum dritten Mal in der Zeit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht geschafft haben, und das ist: Wir haben es nicht geschafft, dass wir uns als Mitglieder der deutschen Gesellschaft als Ganzes die Grundlagen einer Demokratie und eine Verfassung erarbeitet, sondern kleinen Minderheiten, die schlecht legitimiert dazu waren, die Arbeit überlassen haben. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg wurde von einer kleinen Minderheit den Deutschen die Demokratie übergestülpt, als die Mehrheit sich gefühlsmäßig noch gar nicht von der Monarchie verabschiedet hatte.

Die **Ausrufung der Republik in Deutschland** geschah am [9. November 1918](#) in [Berlin](#) gleich zweimal: durch den [SPD-Politiker Philipp Scheidemann](#) unter bürgerlich-demokratischen und durch den Führer des [Spartakusbundes Karl Liebknecht](#) unter [sozialistischen](#) Vorzeichen.

Wirkmächtig wurde allein die Proklamation Scheidemanns. Die SPD und die bürgerlich-demokratischen Parteien setzten sich nach zum Teil bürgerkriegsartigen Unruhen mit ihren Vorstellungen durch: Das [Deutsche Reich](#) wurde von einer [Monarchie](#) zur parlamentarisch-demokratischen [Republik](#) mit einer liberalen Verfassung. Die Aktion Scheidemanns markiert damit das Ende des [Kaiserreichs](#) und die Geburtsstunde der [Weimarer Republik](#), der ersten Republik, die den gesamten deutschen [Nationalstaat](#) umfasste.[1]

https://de.wikipedia.org/wiki/Ausrufung_der_Republik_in_Deutschland

Die Schwierigkeiten, unter denen die Weimarer Republik gestartet ist, sind in weiteren Wikipedia-Beiträgen gut dokumentiert. Auch der Fernsehfilm „Der Kaisersturz / Dokudrama über den deutschen Herbst 1918 / Monarchie vs. Republik – ausgestrahlt am 31. 10. 2018 zeigt deutlich, welche Schwierigkeiten damals zu überwinden waren. Mir war vorher gar nicht bewusst gewesen, dass der Sozialdemokrat Friedrich Ebert so bemüht gewesen ist, seinen Zeitgenossen den Übergang zur Republik dadurch zu erleichtern, dass er Elemente der Monarchie in die neue Staatsform einbauen wollte.

Die Sieger im Ersten Weltkrieg haben es den Deutschen nicht leicht gemacht, eine friedliche und eine den Frieden fördernde Republik aufzubauen, aber zerstört hat diese Republik die Währungspolitik in Form der Inflation und Deflation, die Eigentumsverhältnisse und Sozial-

struktur zerstört hat. Und diese Zerstörung und Entwurzelung haben die demokratischen Parteien aus ideologischer Verblendung und Unkenntnis der Zusammenhänge zerstört. An diesem Fehlverhalten und dieser Fehleinschätzung leiden wir heute noch.

Der neue Anlauf zur Republik und zur Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg war ebenfalls schwierig. Mit der Niederlage Deutschlands waren die negativen Erfahrungen in der Weimarer Republik und die 12jährig Prägung auf das Führerprinzip ja nicht einfach gelöscht. Mir fällt dabei eine Passage von Bundespräsident Heinemann wieder ein, wo er den Bundespräsidenten Heuss zitiert. Wenn ich sie schon zitiert habe, schadet eine Wiederholung nicht, weil sie besser ist als der Satz von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der da lautet: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“⁶⁴ Der Satz ist im Zusammenhang mit der ganzen Rede durchaus akzeptabel, trifft isoliert betrachtet aber nicht die Einschätzung der Deutschen im Jahr 1945. Bei Heinemann, der Heuß zitiert, heißt es zutreffender:

Als 1945 der Krieg endlich zu Ende war, als sich nach einem Wort von Theodor Heuss damals die Paradoxie ereignete, daß wir gleichzeitig erlöst und vernichtet waren, sollte das Geschehene zum Anlaß einer Erneuerung werden.

(Um zu zeigen, dass das für mich die selbst erlebt Geschichte ist, füge ich kurz eine erinnerte Situationsbeschreibung aus der Zeit ein, als der Krieg zu Ende ging und ein Teil der ostpreußischen Verwandtschaft schon über Dänemark kommend bei uns im Oldenburgischen eingetroffen war und meine Eltern mit uns 4 Geschwistern aus Sicherheitsgründen das geschlossen besiedelte Dorf Barbel verlassen und Zuflucht auf dem Hof der mütterlichen Großeltern am Bollinger Kanal (Saterland) gefunden hatten, sind wir, um noch mehr Schutz zu finden, weiter ins Moor gezogen. Als noch Granaten über uns hinweg flogen, habe ich meinem jüngeren Bruder (Jahrgang 1939) erzählt, dass es den Barbeler Markt mit Buden und Karussells wieder gäbe, wenn der Krieg zu Ende wäre. Für mich als Elfjähriger war die Wiederkehr des Marktes ein Zeichen des Friedens.)

Die Erneuerung der Demokratie im westlichen Teil Deutschlands erfolgte auch nach dem Zweiten Weltkrieg unter schwierigen Vorzeichen. Die Familien und solo lebende Menschen waren bis zur Währungsreform 1948 hauptsächlich damit beschäftigt, das Nötigste zum Essen und Kleiden zu besorgen. Es war die Zeit der Wohnungsnot, die durch die Zerbombung der Wohnungen in den Städten und Dörfern entstanden war. Das Vorhandensein von Ausge-

64 http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Reede.html

bomten, die Flüchtlingen und Vertrieben machte Zwangseinweisungen bei jenen erforderlich, deren Wohnungen im Krieg nicht zerstört wurden. Da galt es auch noch den Verlust der eigenen Angehörigen, die durch die Kriegereignisse umgekommen waren, zu verkraften. Die Invaliden und die Männer und Söhne, die noch in der Gefangenschaft waren und ebenfalls die Heimkehrer, machten den Familien zu schaffen. Es war für die meisten Deutschen keine gute Zeit, sich Gedanken über die Verfassung zu machen. Die meisten Deutschen fühlten sich in dieser Zeit wohl als Opfer des Geschehens und dann wurde ihnen gesagt, dass sie die Täter sind, sie bräuchten sich über ihre Lebenssituation nicht zu beklagen, sie seien daran selber schuld, weil sie Hitler zugelassen hätten.⁶⁵ In dieser Situation, wo die Bürger den Kopf gar nicht frei hatten für Verfassungsfragen, ist die Konstruktion des Parlamentarischen Rates, der nicht das Volk, sondern nur die schon vorhandenen Länderparlamente repräsentierte, der noch zudem die „Befreier“ als Oberlehrer im Nacken hatte, verständlich. Aber faktisch entstand keine Verfassung für deutsche freie Bürger, sondern für schuldige Deutsche. Unter den Bedingungen, die für den Parlamentarischen Rat galt, hat er durchaus Gutes geleistet. Er war sich aber auch den Mangel an Legitimität des Grundgesetzes bewusst, nannte sein Werk daher nicht Verfassung, sondern Grundgesetz und setzte eine Frist für die Dauer seiner Gültigkeit.

Warum heißt das Grundgesetz nicht Verfassung?

Mit der Verwendung des Namens "Grundgesetz" sollte auf seinen provisorischen, vorläufigen Charakter hingewiesen werden. Nach Absicht seiner Schöpfer sollte das Grundgesetz seine Gültigkeit verlieren, wenn später einmal eine vom gesamten deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.

Das am 23. Mai 1949 verkündete Grundgesetz besaß faktisch nur für die Bundesrepublik Deutschland Geltung, denn die DDR gab sich am 30. Mai 1949 eine eigene Verfassung. Allerdings hieß es in der damaligen Fassung der Präambel des Grundgesetzes: "Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." Seit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 gilt das Grundgesetz für – wie es in der heute gültigen Präambel heißt – "das gesamte deutsche Volk".

65 Das muss für die, die nicht nur unter dem Krieg gelitten, sondern zusätzlich unter dem Nazi-Regime gelitten haben, wie Hohn geklungen haben. Just in diesem Moment kam mir ein kopierter Artikel vor die Augen mit dem Titel > Sozial, demokratisch und erbitterter Gegner des „Kanzlers der Alliierten“ < Da heißt es: >Wohl kein Name ist mit dem Wiederaufbau der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik so verbunden wie der eines Mannes, der als 19-jähriger Kriegsfreiwilliger 1914 seinen rechten Arm verlor, unter den Nazis kurz nach dem Verbot des SPD von 1933 bis 1943 diverse Konzentrationslager „durchlief“, in seinem geschundenen Körper aber einen unbeugsamen Geist zu bewahren vermochte. Dr. Kurt Schumacher.< Als Quelle habe ich in der Vergangenheit notiert: „Zeitreise: 900 Jahre Leben in Hannover“

<https://www.wissen.de/warum-heisst-das-grundgesetz-nicht-verfassung>

Die Situation nach der Wende und in der Phase des Zusammenwachsens von DDR und BRD war auch nicht einfach, neben der Angst um Machtverlust und Machtverschiebung und der Angst, die Gunst der Stunde könnte nur kurz sein, gab es ja auch noch die Angst, dass die westdeutschen marxistischen Propagandisten sich Gehör verschaffen könnten und die Befürchtung, dass die DDR-Bürger sich nicht genug mit den Bedingungen der Freiheit auskennen würden, so dass der Inhalt der Verfassung, wenn sie neu formuliert würde, Schaden nehmen könnte. Ich denke, dass es, trotz der Ängste und Bedenken der Politiker im Westen, es für Deutschland besser gewesen wäre, wenn sie sich grundgesetztreu verhalten hätten.

Da aber die Vergangenheit in der Gegenwart nicht geändert werden kann, mag man für die drei genannten Zeiträume die Entschuldigungen, die sich finden lassen, gelten lassen, aber das gilt nicht für heute. Das Versäumte muss zur Heilung der Seelen der Deutschen nachgeholt werden. Ich denke für eine Orientierungsphase über die Gestaltungsmöglichkeiten der Verfassung und damit für unser Gesellschaft sollten zwei Jahre angesetzt werden. Auf der Suche nach den Verfassungsmöglichkeiten und der Gestaltung unserer Gesellschaft sollte eine Untergrenze von 10 % der teilnahmewilligen Bürger durch Motivation angestrebt werden. Ein Verfahren der Zusammenarbeit mit der Unterstützung durch das Netz zu entwickeln, dürfte keine unüberwindliche Schwierigkeit sein. Danach sollte eine Nationalversammlung von allen Bürgern nur für den Zweck der Ausarbeitung einer Verfassung gewählt werden. Es wäre da sinnvoll, wenn sich auch Mitwirkende aus der Erkundungsphase als Kandidaten für die Nationalversammlung aufstellen lassen. Über das Ergebnis der Nationalversammlung müssten dann alle Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft z. B. ab dem 16. Lebensjahr das Recht haben, abstimmen zu dürfen. Hier kann dann noch überlegt werden, ob für nicht stimmberechtigte Kinder den Eltern das Stimmrecht für diese Kinder übertragen werden sollte. Für die Ausarbeitung der Verfassung sollte die Zeit von einem Jahr angestrebt werden.

Im Dezember 1989 habe ich folgenden Text geschrieben:

Darauf kommt es an!

Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie
für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung

für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Der Text 6.1 von 100 Seiten (der später noch mit 6.2, 6.3 u. 6.4 ergänzt wurde) wurde erst in kopierter Form in den Umlauf gebracht und im Januar 1990 von der INWO Deutschland (www.inwo.de) als Broschüre verteilt. Zu den meisten abgehandelten Punkten habe ich eine Empfehlung geschrieben. Die 6. Empfehlung gehört zum Thema: *Die Verfassung*. Und der Abschnitt c) lautet:

c) Dezentral sollten sich Gruppen bilden, und zwar auch konkurrierend, die Verfassungsfragen intensiv bearbeiten und das Recht erhalten, bei der verfassungsgebenden Versammlung Eingaben zu machen, die diese zu prüfen hat. Weiter wäre es Aufgabe der dezentralen Verfassungs-Gruppen, die Diskussion vor und nach Beschlußfassung der Verfassungsvorlage der verfassungsgebenden Versammlung vor Ort mit den Bürgern anzuregen und zu organisieren, so daß vor dem Volksentscheid ein hoher Informationsstand erreicht wird. Diese Gruppen sollten natürlich nicht nur die unter b) empfohlenen Veröffentlichungen durcharbeiten, sondern auch jene, die in den Bibliotheken der DDR und der BRD zugänglich sind. In meinem Bücherregal steht zum Beispiel das „Bollwerk der Republik - Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“ von Burton J. Hendrick (1937, deutsch 1953, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg), das Buch scheint mir im Themenzusammenhang interessant zu sein.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an%21%20HT.pdf>

Diese Schrift konnte keine Wirkung trotz positiver Rückmeldungen erzielen. Unsere Westparteien hatten für solche Überlegungen keine Zeit, sie witterten eine Machterweiterung im Osten. Man kann sagen, die Wessis waren auf Kaperfahrt und die Osis waren noch verwirrt und hatten sich noch nicht sortiert. Wenn wir das Verfassungsfindungsprojekt jetzt gemeinsam nachholen würden, dann wüssten wir endlich, wer wir sind und was wir wollen. Ein weiterer Vorteil wäre dann, dass wir den Ausbau des europäischen Projektes viel zielsicherer, weniger abschreckend und ohne Verlust der Mutterländer angehen könnten. Vielleicht ließe sich die Verfassung für Europa parallel zu der Verfassung für uns entwickeln. Juristen sind in der Regel kluge Leute, aber sie sollten die Gruppen, die die Möglichkeiten ausloten und danach die Entwürfe formulieren, nicht dominieren, weil sonst die Gefahr besteht, dass der Verfassungsinhalt nicht unmittelbar von den Nichtjuristen gelesen werden kann. Und eine Verfassung, die nicht unmittelbar ohne Übersetzung von Juristen gelesen werden kann, ist ein Unding.

Die Vereinigung der beiden deutschen Republiken nach dem Artikel 23 – der vom Parlamentarischen Rat gar nicht für die Wiedervereinigung beschlossen wurde – vorzunehmen und dadurch die Deutschen West und Ost um ihr Verfassungsgebungsrecht zu betrügen, ist sicher das Werk von Rechtstechnikern und nicht von Rechtsphilosophen. Es gab also nicht nur nach der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten eine Mehrzahl von Juristen in allen möglichen Funktionen, die das veränderte Rechtsverständnis mittrugen, sondern dieses Verhalten gab es auch im Vereinigungsprozess. Das Recht kann man eben nicht nur den Rechtsgelehrten überlassen, so wie man die Ökonomie den Ökonomen nicht überlassen kann. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung verliert ihren großen Nutzen und wird zur Gefahr, wenn sie bis ins Extreme durchgezogen wird.

Ich komme zu der Basis der Idee von der Demokratie, der Volks- oder Selbstherrschaft von Menschen die sich als Gesellschaft formieren und einen Staat bilden. Ich kopiere am Beginn meiner Überlegungen einen Ausschnitt aus den nachfolgend benannten Merksätzen ein:

Die Wurzeln des modernen Staates: Deutsche Verfassungsgeschichte vor 1848 – Fünfzehn Merksätze Entwicklungen wie Aufklärung und Säkularisierung prägen den Weg zum modernen Staat. Dietmar Willoweit fasst deutsche Verfassungsgeschichte in 15 Merksätzen zusammen.

IV. Wirkungen der Aufklärung

1. Das Naturrecht

Die Vorstellung eines vom Recht der Staaten unabhängigen, schon mit der Natur des Menschen verbundenen Rechts war seit alten Zeiten Gegenstand philosophischen Denkens. Seit der frühen Neuzeit gewinnt die Idee des Naturrechts in der Begegnung mit fremden Kulturen an Aktualität. Die Rechtsbeziehungen außerhalb der staatlichen Rechtsordnung mussten verstanden werden und auch das Verhältnis von Staat und Individuum bedurfte der Erklärung. Denn jetzt ist es die Vernunft, die Antworten geben soll - mit evidenten Einsichten in grundlegende Bedingungen menschlicher Existenz (Axiome) und daraus folgenden logischen Schlüssen (Deduktionen). Die Vernunft erkannte nun den Vertrag als Grundlage allen Rechts. Verträge gelten zwischen den Staaten, aber der Vertrag gilt auch als Begründung der Staatsgewalt, der das Herrschaftsrecht von den Bürgern übertragen worden ist

2. Der aufgeklärte Staat

Vernünftig erschien es nun, den Fürsten als Staatsoberhaupt vom Staate

selbst zu unterscheiden, in Hinblick auf das Gemeinwohl "vernünftige" politische Entscheidungen zu treffen sowie ein vollständiges und widerspruchsfreies Gesamtsystem der Rechtsordnung zu entwickeln. Recht und Politik sollten zur Wissenschaft werden. Nicht wenige deutsche Fürsten engagierten sich für diese Ziele, mit Justiz- und Verwaltungsreformen, mit umfassenden Kodifikationen des Rechts, mit einer toleranten Religionspolitik. Da die Fürsten die Umsetzung politischer Ziele als eine Sache des richtigen Vernunftgebrauchs betrachteten, benötigten sie dafür zwar kluge Beamte und Fachleute, nicht aber die Stimme des Volkes. Von dieser Betrachtungsweise aus führte noch keine Brücke zur Demokratie.

3. Menschenrechte

Der Schutz "wohlerworbener Rechte", vor allem des Eigentums, gehörte seit jeher zu den wichtigsten Elementen des europäischen Rechts. Seitdem sich das Rechtsdenken aber den Freiheitsrechten des Menschen im Naturzustand zugewandt hatte, stellte sich die Frage, ob solche ursprünglichen Menschenrechte unentziehbar auch im Staate fortdauernten. Endgültige Anerkennung fand dieses Prinzip allerdings erst unter dem Eindruck der "Bill of Rights" des Staates Virginia von 1776 und der "Erklärung der Menschen und Bürgerrechte" (Declaration des droits de l'homme et du citoyen) von 1791.

<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39181/verfassungsgeschichte-vor-1848?p=all>

Auf der letzten Seite des Textes 160.2 „Über ein notwendiges freiwirtschaftliches oder NWO-Manifest zur Lage und zu den Möglichkeiten Deutschlands und Europas in heutiger Zeit.“ findet sich eine Kopie des Erstdruckes der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung in deutscher Sprache. Die Erklärung wurde in Philadelphia 6. - 8. Juli 1776 bei Steiner und Eist gedruckt.

In der Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948 steht in der Präambel der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte**:

Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, daß einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt, da es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen, da es notwendig ist, die Entwicklung freund-

schaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern, da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken, da ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist, verkündet die Generalversammlung diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

https://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf

Wichtig ist hier der Hinweis, dass die Würde und die unveräußerlichen Rechte angeboren sind, sie wurde nicht von irgendeiner menschlichen Macht verliehen und auch nicht von einem Gott, der in einer oder mehreren der vielen Religionen ein zentraler geistiger Mittelpunkt ist. Aussagen von Religionen können sich aber in ihrer Quintessenz mit Teilen der allgemeinen Menschenrechte decken. Im Artikel 1 heißt es dann:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Theoretisch mag es in allen Regierungsformen möglich sein, allen Mitgliedern der betreffenden Gesellschaft die Würde zu garantieren. Wesentlich ist aber, dass von der Logik hergesehen nur die Demokratie allen Mitgliedern einer Gesellschaft die gleichen Rechte zuordnen kann. Folglich ist auch die Demokratie eine angeborene, in der Natur des Menschen verankerte Selbstregierung.

In der Präambel steht aber auch, dass die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal“ gesehen wird. Von daher ist es sinnvoll, dass in den Verfassungen der Staaten - die erklärt haben, die allgemeinen Menschenrechte als die Grundlage ihrer Politik anzuerkennen -, diese Rechte auch in den na-

tionalen Verfassungen als Bezug oder wörtlich benannt werden. Dabei muss aber immer klar sein, dass keine verfassungsgebende Versammlung und kein Volk als Ganzes den Menschen ihrer Zugehörigkeit diese Rechte aus Großzügigkeit oder als Gnadenakt selbst verleihen kann, denn diese sind mit der Geburt jedem einzelnen Menschen gegeben. Und das gilt eben für alle Menschen, auch für die, die Asyl suchen. Ich las mal in einem Gutachten, das von einem Juristen – wenn ich mich recht erinnere, war es ein Richter - erstellt worden ist, dass bei der Abfassung des Asylrechts im GG an kleine Zahlen von Asylsuchenden gedacht wurde, nicht an zehn- und hunderttausende.

Eine Gesellschaft ist auch eine Eigentumsgemeinschaft, besonders dann, wenn das soziale Sicherungssystem auf der Basis eines kollektiven Zwangssystems aufgebaut ist. Das soziale Sicherungssystem, die öffentlichen Institutionen bis hin zur Polizei werden aus dem Arbeitseinkommen der Gesellschaftsmitglieder bezahlt. Hier wird durch den Staat Privateigentum, das aus dem privaten Einkommen entsteht, in öffentliches Eigentum transformiert. Das Eigentumsrecht wird praktisch sabotiert, wenn das Asylrecht schrankenlos angewendet wird. An dem Stichwort Eigentum kann man noch eine Problematik der Menschenrechte deutlich machen. Im Artikel 17 heißt es schlicht:

1. Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben.
2. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Nun gibt es aber einen alten Streit darüber, welche Güter denn einer Eigentumsfähigkeit überhaupt zusteht. Die Erde ist aller Menschen Existenzgrundlage, also haben sie – wenn die gleichen Rechte für alle gelten sollen – auch den gleichen Anspruch auf die Nutzung dieser Grundlage ihrer Existenz. (Wie das Problem zu lösen ist, soll hier nicht beschrieben werden.) Es geht hier nur darum zu zeigen, dass das Recht der meisten Staaten die allgemeinen Menschenrechte sabotieren, schon deswegen, weil das Bodenrecht die häufigste Ursache für Kriege ist.

»Indem das wesentliche Prinzip des Eigentums darin besteht, daß den Personen dasjenige gesichert werde, was sie durch ihre Arbeit hervorgebracht und durch ihre Enthaltbarkeit angesammelt haben, kann dieses Prinzip keine Anwendung auf dasjenige finden, was nicht der Ertrag der Arbeit ist...

John Stuart Mill 1806-1873
Vater des Liberalismus

1. Der Wettstreit unter den Menschen kann nur dann auf gerechter Grundlage ausgefochten werden und zu seinem hohen Ziele führen, wenn alle Vorrechte auf den Boden, private wie staatliche, aufgegeben werden.

Silvio Gesell 1862 - 1930

„Der Sinn des Wortes Freiland“ aus:

Freiland, die eherne Forderung des Friedens.

Vortrag gehalten in Zürich am 5. Juli 1917

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/99.5%20Friedenslogik.Gesell.1.pdf>

Der Begriff **Würde** scheint mir im Zusammenhang mit den allgemeinen Menschenrechten und den Grundrechten im GG besonders problematisch zu sein. Sie wird ja ausdrücklich nicht als Bestandteil der Rechte erwähnt, sondern als ..., ja als was? Es ist dann wohl eine Eigenschaft, die vom Recht und vom handelnden Menschen beachtet und geschützt werden soll. Ich füge zwei Definitionen von dem Begriff ein, die ich im Netz gefunden habe.

a) Achtung gebietender Wert, der einem Menschen innewohnt, und die ihm deswegen zukommende Bedeutung "die menschliche, persönliche Würde"

b) Bewusstsein des eigenen Wertes [und dadurch bestimmte Haltung]
"eine steife, natürliche Würde"

ooooo

1. a. Achtung gebietender Wert, der einem Menschen innewohnt, und die ihm deswegen zukommende Bedeutung
"die menschliche, persönliche Würde"

b. Bewusstsein des eigenen Wertes [und dadurch bestimmte Haltung]

c. hohe Achtung gebietende Erhabenheit einer Sache, besonders einer Institution

2. ...

Aber was ist der dem Menschen innewohnende Wert? Ich denke, wenn da eine Umfrage gemacht würde, käme dabei keine einheitliche Inhaltsbeschreibung heraus. Zudem würde der Inhalt des Begriffes sich im Zeitablauf verändern und je nach dem Lebenshintergrund der Befragten deutliche Abweichungen aufzeigen. Noch größere Abweichungen würde es von Land zu Land geben. Ich möchte nicht in die Rolle eines Richters kommen, der darüber urteilen soll, ob ein Gesetz oder ein Verhalten mit der Würde des Menschen im Einklang steht oder nicht.

Nehmen wir das Beispiel Arbeitslosigkeit: Ist es mit der Würde des Menschen vertretbar, wenn arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen ihren eigenen Lebensunterhalt nicht verdie-

nen können, weil sie auf keine Nachfrage ihrer Fähigkeiten stoßen? Wenn der Grund in einem Naturereignis liegt, dann kann man die Verletzung der Würde nicht als eine Verletzung des Rechts sehen. Wenn aber ein Systemfehler in der Ökonomie vorliegt, bei dem schon seit über 100 Jahren die Ursache und die Lösungen des Fehlers beschrieben sind, aber von der Politik nicht beachtet werden, dann liegt tatsächlich eine Verletzung der Würde des Menschen vor, zumal davon Millionen von Menschen über lange Zeiträume betroffen sind.⁶⁶ Die CDU/CSU, die SPD, die FDP, in der ich Mitglied war und auch die GRÜNEN, deren Gründungsmitglied ich bin, haben schon lange vor der Vereinigung der deutschen Republiken das Lösungsangebot ignoriert und haben sich – wenn die Arbeitslosigkeit kein Naturereignis, aber eine Verletzung der Würde des Menschen ist – verfassungswidrig verhalten.⁶⁷

Dann geht es weiter: Ist es mit der Würde des Menschen unvereinbar, dass von Menschen, die arbeitslos sind und darum eine öffentliche geldliche Unterstützung erhalten, eine Gegenleistung im Sinne von einer Mitwirkung an ihre Eingliederung in den Erwerbsprozess oder als Gegenleistung im Sinne von gemeinnütziger Arbeit zu erbringen, erwartet wird?⁶⁸ In und zwischen den Parteien ist das gerade ein Streit-Thema. Die HAZ berichtet am 19. 11. 18 unter der Überschrift > **Bürgergeld statt Hartz IV / SPD Chefin Nahles befeuert die Debatte über soziale Sicherung** – und löst heftige Kritik der Union aus / Von Rasmus Buchsteiner u.a.:

SPD-Chefin Andrea Nahles will das Arbeitslosengeld II durch eine Leistung ersetzen, die weitgehend ohne Sanktionen gewährt werden soll. „Die neue Grundsicherung muss ein Bürgergeld sein“, schrieb Nahles in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Viele Langzeitarbeitslose hätten Schwierigkeiten, ihre Leistungsansprüche zu erkennen und geltend zu machen. Die Leistungen müssten klar und auskömmlich sein. Nahles hatte zuletzt bereits bei einem Debattencamp ihrer Partei angekündigt: „Wir werden Hartz IV hinter uns lassen.“ ...

Die Pläne der Grünen gehen in eine ähnliche Richtung wie die von Nahles. Sie wollen eine „Garantiesicherung“ einführen. Mit einer neuen Sicherung sollen Menschen nicht mehr gezwungen werden, Termine im Jobcenter zu machen oder Arbeit zu suchen. Weiterhin notwendig sein sollten jedoch ein Antrag sowie der Nachweis der Bedürftigkeit. Dies sei „ein Zukunftskonzept für eine verunsicherte Gesellschaft, die durch den Wandel der Arbeitswelt

66 Siehe dazu: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47242/arbeitslosigkeit?p=all>

67 DIE LINKE und die AfD habe nicht aufgeführt, weil hier mein Kenntnisstand nicht ausreicht.

68 Ich habe mich Ende 1977 mit dieser Frage befasst: „ARBEITSLOSIGKEIT - URSACHEN – WIRKUNGEN – LÖSUNGEN - Und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung / Ein ordnungspolitischer Beitrag <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf> Ebenfalls 1980 hier: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf> Gliederungsziffer 3.3.4.2 Seite 45. Auch weiß ich aus eigener Erfahrung, wie Langzeitarbeitslosigkeit wirkt.

noch unsicherer wird“, sagte Grünen-Chef Robert Habeck der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Bei der FDP stoßen die Planspiele von SPD und Grünen auf scharfe Kritik. „Wer wie Frau Nahles und Herr Habeck Hartz IV abschaffen und durch ein Bürgergeld oder praktisch bedingungsloses Grundeinkommen ersetzen möchte, versündigt sich an unseren Kindern und Enkeln“, sagte FDP-Fraktionsvize Michael Theurer dem RND. „Diese Spendierhosenpolitik von SPD und Grünen ist unbezahlbar und ökonomisch unverantwortlich. Das haben Deutschland und Gerhard Schröder als Vater von Hartz IV nicht verdient.“

Ich habe weiter oben das Interview von Claus Kleber mit dem chinesischen Politologen Zhang Weiwei eingefügt. Darin wird deutlich, dass in China die allgemeinen Menschenrechte nicht in gleicher Weise gelesen werden wie bei uns. Das ist auch nicht verwunderlich, weil diese Rechte auch nicht so gefunden wurden wie z. B. Edelmetalle unter Erde, wie Gold im Fluss oder Bernstein am Strand. Die allgemeinen Menschenrechte sind ein Filtrat des Denkens in den Bereichen Philosophie, Theologie, Psychologie, Gesellschafts- und Rechtswissenschaften einerseits und der Bewertung mit konkreten Erfahrungen, in denen die beschriebenen Rechte nicht berücksichtigt wurden. Dieser Prozess des Erkennens hat eine Dauer von Jahrtausenden gehabt, ist in den unterschiedlichen Kulturen unterschiedlich gelaufen und sicher auch nicht immer fehlerfrei. Man kann die allgemeinen Menschenrechte nicht wie einen Klumpen Gold in der Hand halten, den man gefunden hat, sondern sie zu erkennen und zu verstehen bedarf es immer wieder von jedermann eine geistige Anstrengung. Aber fühlen kann man die Missachtung der Menschenrechte direkt, wenn man davon betroffen ist.

Wenn die rechtlich zu beachtende Würde des Menschen nicht durch die handelnde und richtende Menschen eine beliebige und willkürlich zu handhabende Größe sein soll, dann wäre es erforderlich, dem Wort Würde einen gedanklichen Lotsen beizufügen, der zu einer brauchbaren Näherung zu dem Begriffsinhalt führt. Durch die Beschäftigung mit dem abstrakten währungstheoretischen Warenkorb, mit dem konkret die Abweichung der Währungsstabilität (Preisniveaustabilität) im Zeitpunkt b) im Vergleich mit dem Zeitpunkt a) gemessen werden kann, bin ich auf die Idee gekommen, dass eine solche Hilfskonstruktion helfen könnte, in einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Land dem Begriff Menschenrechte die notwendige aber fehlende Klarheit zu verschaffen. In dem Menschenrechtskorb müssten Fallbeispiele von Lebenssituationen gesammelt werden, die deutlich machen, wo die allgemeinen Menschenrechte eingehalten und wo sie missachtet wurden.

Wenn einer Gesellschaft die Demokratie abhandenkommt, dann spielt nach meiner Einsicht das Recht nur eine Nebenrolle, sondern wichtig ist dann, dass eine große Mehrheit mit der gegebenen Lebenssituation stark unzufrieden ist. Eine Gruppe, die ein autoritäres Regierungssystem etablieren möchte oder ein Einzelner, der sich als Diktator etablieren möchte, hat keine Chance, wenn die Gesellschaft in der Gesamtbewertung ihrer Situation zufrieden ist, ohne ungewöhnliche Not lebt und sich wehrhaft zeigt bei der Verteidigung ihrer Freiheit. Die Wehrhaftigkeit zeigt sich aber nicht unbedingt in den Fäusten, in Lichterketten oder wenn Ostfriesen musizierend auf den Deich steigen, um gegen das Erstarken der AfD zu protestieren - wie ich es gestern im Regionalfernsehen sah -, sondern im Kopf. Die erste Frage, die beantwortet werden will, lautet, warum formiert sich da eine politische Bewegung oder Widerstand gegen das Herkömmliche, gegen das Gewohnte? Ist die Analyse erfolgreich, folgt die Frage „Was muss ich, was müssen wir ändern, damit meine / unsere Gesellschaft wieder (oder erstmals) allgemein in demokratischen Verhältnissen wieder zufrieden ist (oder kommt)?“ Geschieht das nämlich nicht, wird die Gesellschaft autoritären politischen Bestrebungen immer mehr Raum geben.

Meine Ausgangsfrage (außerhalb dieses Textes) war, kann ein Volk, das wir Demokraten ja als den Souverän verstehen, sich auch einen Diktator wählen? Weil es aber den Diktator nicht auf eine bestimmte Zeit wählen kann, geht es das Risiko ein, dass es einen Diktator nicht wieder zu dem Zeitpunkt loswird, wenn es ihn satt hat. Wenn es richtig ist, dass die Demokratie auch ein Naturrecht der Menschen ist, dann geht in der Zeit einer Diktatur dieses Recht nicht verloren, sondern es ruht, weil es nicht ausgeübt werden kann. Die Wahl eines Diktators könnte – wenn die allgemeinen Menschenrechte stimmig sind und rechtlich durchgesetzt wurden – nur dann in die rechtliche Latenz abtauchen, wenn zu 100 % zustimmen würden und das Wahlverfahren so wäre, dass Eltern für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder mit abstimmen könnten. In einem solchen Fall wäre aufgrund der Gültigkeit der allgemeinen Menschenrechte die Wahl bei einer Gegenstimme schon ungültig. Diese Gedanken sind keine gedanklichen Spielereien, sondern zeigen – wenn es nach Recht – und nicht nach den Machtverhältnissen - geht – wie eng unsere Wahlmöglichkeit bei der Wahl des Regierungssystems ist, wenn die allgemeinen Menschenrechte klar formuliert und durchgesetzt werden können. Aber in Bezug auf das, was sonst noch in der Verfassung⁶⁹ steht – haben wir eine Gestaltungsfreiheit. Wir können aber nicht über die Gültigkeitsdauer dieses Vertrages

69 Und die Verfassung ist solange kein Gesellschaftsvertrag, wie nicht alle Vertragsteilnehmer an dem Vertrag mitwirken konnten.

bestimmen, das würde nämlich bedeuten, dass die uns nachgeborenen Demokraten minderen Rechts als wir wären. Im nachfolgenden zweiteiligen Zitat wird der Sachverhalt von einem berühmten Mann wie folgt formuliert:

Thomas Jefferson (1743 – 1826),
Verfasser der Unabhängigkeitserklärung der USA und ihr 3. Präsident
Er schreibt über das Staatsschuldensystem:
> Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; daß jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers diese Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren. <
(Brief an John Taylor, 28. Mai 1816)
Anderorts schreib er zur politischen Macht der Toten über die Lebenden
> Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufherrschen dürfen, die diese nicht sollen ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden. <
(Brief an William Wirt, 30 Mai 1811 in: The Writings of Thomas Jefferson, Washington D. C., 1903)
Zitiert nach Ezra Pound: Usura – Cantos XLV und LI, Hrsg. Eva Hesse, 1985

Auch ohne Jefferson ist einsichtig, dass wir die Toten ehren und dass wir ihre Gedanken und Taten im Gedächtnis bewahren sollten, aber wir sollten uns nicht als Sklaven der Toten gebären und uns selber zutrauen zu bestimmen, was als Recht für uns gelten soll und was nicht. Und diese Wahl gilt dann eben auch weiter für die Nachgeborenen von uns. Für die Verfassung, die zu einer bestimmten Zeit gilt, bedeutet das, dass sie im Hinblick auf ihre Geltungsdauer nur solange gilt, bis sie einem anderen Entwurf durch den Willen des Volkes (und nicht durch den einer Vertretung) weichen musste. Der Wettbewerb der gültigen Verfassung ist mit weiteren Entwürfen nicht ausgeschlossen. Das bedeutet dann auch, dass das Anstreben einer anderen Verfassung kein Strafbestand sein kann. Dieses bedeutet wiederum nicht, dass die Verfassung so formuliert sein soll, dass sie möglichst bald revidiert oder ausgetauscht werden muss. Es sollte aber alle 25 Jahre ein Verfassungs-Revisions-Tag eingeführt werden, in der die bestehende Verfassung bestätigt, in Teilen oder im Ganzen verworfen wird und gegen ein neue ausgetauscht wird. Jede Generation sollte wenigstens einmal in ihrem Leben die Chance haben, daran mitzuwirken, wie die Verfassung ihres Landes aussehen soll. Erforderlich werdende Änderungen der Verfassung sind auf der Beschlussebene

keine Angelegenheit einer der drei Gewalten, die dem Staat zugeschrieben werden, sondern ein aus dem Regierungssystem Demokratie abgeleitetes Privileg der Gesamtheit einer Gesellschaft.

Es ist aber ein Glücksfall, wenn eine Verfassung, wie die der USA, Generationen überdauert. Ich gebe daher die Einleitung des Verfassers Burton J. Hendrick von „Bollwerk der Republik / Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“ wieder. Im Original erschien es 1938. In Deutsch wurde es 1953 von dem Verleger Rudolf Zitzmann herausgebracht, dessen Schicksal von Karl Walker, dessen Freund ich mich nennen darf, im Text 160.2 auf der Seite 12 kurz beschrieben wird. Das Vorwort der deutschen Ausgabe des 442 Seiten starken Werkes schrieb auch Karl Walker. Ich gebe nachfolgend die Einleitung von Burton J. Hendrick wieder:

EINLEITUNG

Bei Beginn der Niederschrift dieses Buches war es offensichtlich, daß für eine Reihe von Jahren die Verfassung eine bedeutsame öffentliche Streitfrage werden [IX] *) sollte. Die Tatsache indessen, daß die Nation vor der größten Krise stand, die jenes Dokument seit seiner Annahme bedrohte, war nicht vorauszusehen. Es lag eine gewisse Ironie in der Art und Weise, wie man das amerikanische Volk zur Feier des einhundertfünfzigsten Jahrestages der großen Stiftungsurkunde seiner Freiheit aufforderte. In den Jahren 1837 und 1887, die ähnliche Marksteine in früherer Zeit gewesen waren, hatte man ein allgemeines Danklied für diese Gabe der Väter angestimmt. Im Jahre 1937 standen wir jedoch einem Vorschlag gegenüber, der, wie man wohl ohne Übertreibung behaupten darf, jenes Gesetzwerk grundlegend verändert hätte. In Auswirkung seiner letzten Forderungen hätte das Gesetz über den Obersten Bundesgerichtshof das Gerichtswesen als frei entscheidenden und selbständigen Zweig der amerikanischen Regierung ausgeschaltet. Diese Absicht fand tatsächlich wortreichen Ausdruck. Die Forderung des Präsidenten lief darauf hinaus, der Exekutive richterliche Gewalt zu verleihen, welche die für wünschenswert erachteten Entscheidungen träge: daß also die Exekutivabteilung die Urteile der Richter diktieren sollte; daß letzten Endes das Rechtswesen eine untergeordnete Instanz des Weißen Hauses werden sollte.

Niemals war vorher ein so weitgehender Antrag gestellt worden. Die Bearbeiter der Verfassung und die Verfasser des Federalist legten das Hauptgewicht auf die Trennung der Regierungsgewalten - der ausübenden, gesetzgebenden und richterlichen Gewalt. Nach Ansicht vieler Ausleger der Verfassung, besonders Woodrow Wilsons, ist der tiefere Sinn dieser Trennung, wenigstens soweit die ausübende und gesetzgebende Gewalt in Frage kommt, übertrieben worden. Im Parlamentarismus sind die ausübenden und gesetzgebenden Zweige eng verwachsen; und in Wirklichkeit ist diese Verbindung im amerikanischen System weitergehend ausgebaut als gemeinhin erkannt wird. Die Behauptung, daß eine Verfassung, welche dem Präsi-

ten die Pflicht auferlegt, die Gesetzgebung in die Hand zu nehmen, und ihm das Recht verleiht, gegen alle Gesetze sein Veto einzulegen, mit dem Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit im Kongreß, die Exekutive nicht wenigstens teilweise zu einem gesetzgebenden Zweig mache, ist abwegig. Aber die dritte Regierungsabteilung, die richterliche, beruht auf einer völlig anderen Grundlage. Daß sie von ihren [X] gleichgestellten Gliedern unabhängig sein sollte, hat noch nie jemand in Zweifel gezogen. Ohne richterlichen Schutz gegen Übergriffe der Exekutive und der Gesetzgebung würde der Bürger der Gefahr ausgesetzt sein, alle seine Rechte hinsichtlich Leben, Person und Eigentum zu verlieren. Es ist nicht nötig, alle die landläufigen Befürchtungen bezüglich Diktaturen und europäischer „Ideologie“ aufzugreifen, um zu erkennen, daß der Vorschlag, die Gerichte unter die Kontrolle des Präsidenten zu stellen, eine Änderung im amerikanischen System bedeutete, wie sie destruktiver in einhundertundfünfzig Jahren nicht vorgekommen war. Es wäre dies praktisch eine Vernichtung des Regierungsplans gewesen, nach dem die Amerikaner seit Bildung ihrer „vollkommeneren Union“ lebten. Somit erwies sich das Jahr, welches die Erstauflage dieses Buches erlebte, als das stürmischste in der Geschichte eines Dokuments, das viele Stürme überstanden hat. Glücklicherweise kommt die Neuauflage zu einer günstigeren Zeit heraus. Der Kampf um den Obersten Bundesgerichtshof ist durchgeföhrt und gewonnen worden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß er - wenigstens unter den gleichen Gesichtspunkten - zu Lebzeiten der gegenwärtigen Generation noch einmal auflebt. Und so wurde der Jahrestag der Verfassung, der zuerst zu einem Trauertag zu werden sich anschickte, doch noch ein Triumph. Er gab Veranlassung zur Bekundung warmer Vaterlandsliebe und rückhaltloser Hingabe an amerikanische Ideale, und dies läßt für die Festigkeit der Nation und ihres Grundgesetzes viel erhoffen.
Washington, D. C. B. J. H.
6. April 1938.

*) Diese Ziffern in [] bezeichnen die betr. Seiten des amerikanischen Originals.

Der Bericht > **Ein Richter des Obersten Gerichts der USA tritt zurück – das ist die Chance für Trump** < der über den nachfolgenden Link erreichbar ist, zeigt, dass der Kampf der US-Exekutive um Einfluss auf das oberste Gericht der USA nicht aufgehoben ist.

<https://www.nzz.ch/international/ruecktritt-an-amerikas-oberstem-gericht-ld.1398836>

Die Gewaltenteilung ist aber neben den allgemeinen Menschenrechten das Element der Demokratie, das nicht der Beliebigkeit der Bürger oder einem Teil von ihnen, die auf irgendeiner Weise zu einer Vertreterfunktion gekommen sind, für eine beliebige Gestaltung zur Verfügung steht. Mit anderen Worten: Die Grundrechte und die Gewaltenteilung sind Definiensmerkmale von Demokratie.

Bei uns ist die Gewaltenteilung zu einem großen Teil aufgehoben. Einen Streit um die Wahl der Richter am Bundesverfassungsgericht gibt es auch.

Nach politischem Streit Neubesetzung am Bundesverfassungsgericht offenbar geklärt

Klaus Hempel, Mario Demuth (3.7.2018, 18:50 Uhr)

Am Bundesverfassungsgericht wird am Freitag ein neuer Richter gewählt. Nach ARD-Informationen soll es sich dabei um Henning Radtke handeln. Davor gab es politischen Streit um die Neubesetzung.

Henning Radtke soll Nachfolger von Michael Eichberger im ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts werden. Radtke ist 56 Jahre alt und momentan noch Richter im ersten Strafsenat des Bundesgerichtshofs. Außerdem ist er Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Hannover.

Über die Neubesetzung gab es zunächst politischen Streit zwischen den Grünen und konservativen Kreisen. Die Grünen hatten das Vorschlagsrecht zunächst für sich beansprucht. Immerhin regierten sie in acht Bundesländern und stellten drei Landesjustizminister, so die Argumentation.

Politischer Streit um unpolitisches Gericht

Doch dagegen gab es Widerstand bei konservativen Politikern, aber auch aus dem Bundesverfassungsgericht selbst. Der erste Senat könnte ein linkes Übergewicht bekommen, so die Befürchtung.

Denn mit Susanne Baer gibt es bereits eine Richterin, die den Grünen zugeordnet wird. Drei weitere Posten wurden auf Vorschlag der SPD besetzt, und zwar mit den Richterinnen Gabriele Britz, Yvonne Ott und mit dem Richter Johannes Masing. Henning Radtke gilt als konservativ und CDU-nah.

<https://www.swr.de/swraktuell/Nach-politischem-Streit-Henning-Radtke-wird-neuer-Richter-am-Bundesverfassungsgericht,henning-radtke-bundesverfassungsgericht-100.html>

Streit um die Besetzung in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit und in der Amtsgerichtsbarkeit gibt es auch bei uns, denn manchmal schimmern diese in der Berichterstattung der Medien durch. Jedenfalls ist es ein Widerspruch zur Gewaltenteilung, wenn die Exekutive oder Teile von der Legislative Einfluss auf die Besetzung der Gerichte mit Richtern haben.

Hier könnte eine Abhilfe sein, dass durch eine Urwahl der Bürger eine gesonderte Vertretung aus dem Kreis von Bürgern gewählt wird, die nicht der Exekutive oder der Legislative angehören und auch keine einflussreiche Stellung innerhalb einer politischen Partei haben. Für

die Gestaltung gibt es sicherlich verschiedene praktikable Gestaltungsmöglichkeiten. Mir kam in Erinnerung, dass ich vor einem halben Jahrhundert mal etwas von einer Stufenwahl gehört habe, die von einer Nachbarschaftsbewegung propagiert wurde. Mir fiel sogar der Name Athur Marauhn ein, der wohl Gründer dieses Modells ist. Ich habe im Netz gesucht und zwei Beiträge zu dem Thema gelesen, dabei kam ich zu dem Schluss, dass das Modell für meine Überlegungen nichts taugt. Ich erwähne das Modell trotzdem, weil es eines von vielen gedanklichen Modellen ist, für das Menschen gelitten und gestritten haben. Ich erwähne dieses Modell aber auch, um vor der faschistischen antifaschistischen Gedankenpolizei, die jede Überlegung, die nicht die ihre ist, zur Denunzierung Andersdenkender benutzt wird, nicht einzuknicken. Ich füge jetzt die Hinweise auf die gelesenen Beiträge zum Nachbarschaftsmodell ein. Der erste Beitrag ist eine Buchbesprechung und der zweite eine 20 Seiten lange Dokumentation:

„Jungdo“ und sein Hochmeister / Von Armin Mohler / Oktober 1958, 7:00 Uhr Aktualisiert am 21. November 2012, 19:18 Uhr

Klaus Hornung: „Der Jungdeutsche Orden“; herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn; Droste Verlag, Düsseldorf; 160 S., 20,- DM.

Die Schlusssätze: „Es fragt sich natürlich, ob in Landschaften ohne jahrhundertalte Tradition der Gemeindefreiheit eine „Demokratie von unten her“, etwa nach schweizerischem Muster, durch Willensentschluß geschaffen werden kann. Achtung verdient der Versuch auf jeden Fall. *Armin Mohler* <https://www.zeit.de/1958/43/jungdo-und-sein-hochmeister>

00000

Dokumentation von Claudia Althaus

Nachbarschaftsbewegung und direkte Demokratie in den frühen 50er-Jahren

http://www.brauweiler-kreis.de/wp-content/uploads/GiW/GiW2000_1/GiW_2000_1_ALTHAUS_NACHBARSCHAFTSBEWEGUNG.pdf

00000

Mir war dann zwischendurch die Frage gekommen: „Welchen rechtlichen Arbeitsstatus haben Richter eigentlich? Wenn sie Beamte sind, dann ist hier ja auch die Gewaltentrennung aufgehoben. Die Suche im Netz ergab dann eine Entwarnung. Ich kopiere die Fundstelle ein:

Sind Richter Beamte?

Richter sind keine Beamte. Sie stehen aber beim Bund oder einem Land in

einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, das dem Beamtenverhältnis ähnelt. Richter sind Beamten in vielen Dingen gleichgestellt. Wären Richter Beamte, so ergäben sich Probleme mit der richterlichen Unabhängigkeit. Beamte sind nämlich weisungsgebunden.

https://www.refrago.de/Sind_Richter_Beamte.frage1010.html

Ich bin aber nicht ganz überzeugt, dass die Richter ganz unabhängig von der Exekutive sind. Der Text sagt mir, dass bei dem Anstellungsverhältnis der Richter nur dem Buchstaben des Gesetzes Genüge getan wurde, aber nicht seinem Geist.

Bevor ich zu den politischen Parteien komme, möchte ich daran erinnern, dass ich mich nicht beim Schreiben als Mitglied eines Verfassungskonvents fühle, sondern nur dasjenige in unserer Gesellschaft beschreibe, was nach meiner Einsicht erneut be- und durchdacht werden muss, um zu besseren Ergebnissen zu kommen. Es geht auch nicht darum, Parteimitglieder und Mitglieder der Parlamente und der Regierungen pauschal herabzusetzen. Ich weiß als ehemaliges Mitglied der FDP und der GRÜNEN um die Belastung und Überforderung, denen Parteimitglieder ständig ausgesetzt sind. Je mehr die Mitglieder diesen Anforderungen gerecht werden wollen, je mehr muss die Familie und der Beruf darunter leiden. Selbst, wenn die Parteimitglieder alle hauptamtlich die Politikarbeit betreiben könnten, wären sie noch durch die Fülle der Aufgaben überfordert, weil die Allzuständigkeit der Politik ständig gewachsen ist und die Selbststeuerungsmechanismen der Gesellschaft – ein Zeichen der freiheitlichen Demokratie – deshalb geschrumpft sind. Der Grund liegt darin, dass die Politik bei uns – vertreten durch die Parteien insgesamt - das Ziel der Freiheit aus den Augen verloren hat.

Wenn ich es so bedenke, habe ich mich bisher wenig zur AfD geäußert. Das liegt sicher daran, dass ich bisher keinen – mir bewussten – Kontakt zu ihr hatte und dass diese Partei ab dem Zeitpunkt auf ein erträgliches Maß schrumpft wird, ab dem die anderen Parteien – auf die ich mich konzentriere - eine Politik machen, die auch den Bedürfnissen und Erfordernissen der gesellschaftlichen Gesamtheit entspricht. Richtig ist aber auch, dass ich die Existenz der AfD genauso für gerechtfertigt halte wie DIE LINKE UND alle anderen Parteien. Und wenn ich höre, wie über die AfD gesprochen wird, dann klingt das in meinen Ohren genauso verachtend, wie die Töne, die aus der AfD meine Ohren erreichen. Wenn es einer Partei gelänge, alle andern Parteien zum Schweigen zu bringen und aus den Parlamenten herauszuhalten, dann wäre das ein Zeichen, dass wir keine Demokratie mehr hätten. Parteienkritik

wird – wenn ich es richtig mitbekommen habe – als ein Merkmal rechter Gesinnung hingestellt. Es wird so getan, als gäbe es zu der Parteienherrschaft nur das Führerprinzip als Alternative. Es ist einfach so, dass derjenige, der seinen eigenen Kopf zur Urteilsfindung über politische Zustände bemüht, sich so oder so in einer politischen Schublade einsortiert wiederfindet.

Eine nüchterne Parteienanalyse ist bei uns genauso tabuisiert, wie sie es in der untergegangenen DDR war. Diese Tabuisierung dient dem Machterhalt, der herrschenden Parteien. Sie wird diese Parteien letztlich bei uns genauso wenig schützen wie die untergegangene SED der DDR. Und wenn man nicht zu pingelig mit seinem Urteil ist, findet man auch noch Parallelen unserer Parteien zu den Blockparteien der DDR.

In den Grundrechten steht im Artikel 9 GG: Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Hier ist schon gerechtfertigt, dass auch solche Vereinigungen gebildet werden, die allgemeine politische Anliegen zur Entscheidung in die Parlamente transportieren wollen. Allerdings gilt dieses Recht auch für einen Lobbyverein, der die Abgeordneten dazu bringen will, bestimmte nationale Produkte gegen die Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen. Im Abschnitt II GG steht dann im Art. 21: „(1) *Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. ...*“ Das Problem ist, dass aus diesem Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung ein Monopol wurde. Das Mitwirkungsrecht des parteiunabhängigen Bürgers wurde auf Landes- und Bundesebene so gut wie ausgeschlossen. Der Teilung der drei Gewalten wurde eine weitere Ebene untergezogen, die bestimmt, welche Bürger die drei Gewalten repräsentieren dürfen. Dieses Mittel ist eine Machtergreifung, die im Grundgesetz nicht vorgesehen ist: a) Die Beschneidung der Rechte des Volkes, indem sein Abstimmungsrecht im Art. 20 (2) quasi gestrichen wurde, b) die Einführung der Fünf-Prozent-Klausel bei den Wahlen, die verhindern soll, dass den Oligopolisten in den Parlamenten zu viel Konkurrenz auf den Fersen ist⁷⁰, c) durch die Parteienfinanzierung ist der politische Wettbewerb der Parteien mit den gesellschaftlichen Gruppen ohne Parteiencharakter um die Durchsetzung von politischen Gestaltungsideen verzerrt. Und die Stellung der vom Wähler stark begünstigten Parteien gegenüber den von den Wählern weniger begünstigten Parteien zementiert. Über die Parteienfinanzierung muss der Bürger Parteien mit

70 Die Begründungen mit dem Erfordernis der politischen Stabilität und dem Hinweis, dass die Weimarer Republik durch die vielen Parteien zugrunde gegangen ist, halte ich für falsch, auch weil sie auf der Ungleichheit der politischen Rechte aufbaut.

finanzieren, zu deren Zielen er womöglich im krassen Widerspruch steht. In jedem Fall muss er die Propaganda der Parteien mitbezahlen, die ihn absichtlich oder unabsichtlich für dumm verkaufen wollen.

Die Parteienfinanzierung ist im Grundgesetz gar nicht vorgesehen, wenn sie für nötig gehalten wird, sollte sie in einem zusätzlichen Stimmrecht der Bürger dadurch gewandelt werden, dass diese in ihrer Steuererklärung bestimmen können, welcher Partei oder welche Vereinigung, die sich an der politischen Willensbildung beteiligt, ihren Jahresbeitrag erhalten soll. Eine bessere und Bürokratie vermeidende Lösung ist, die Parteienfinanzierung zu streichen, die Steuern zu senken und es den Bürgern selber zu überlassen, ob und welche Partei sie finanziell stützen wollen. Grundgesetzwidrig ist auch, wenn Parteimitgliedern ein zusätzlicher Einfluss auf die Regierungsbildung dadurch eingeräumt wird, dass sie den Koalitionsvereinbarungen ihrer Fraktionen im Bundestag oder Landtagen bindend zustimmen oder ablehnen dürfen.

In jedem Fall muss das Quasi-Monopol der Parteien durch eine Wahlrechtsreform wieder auf das im Artikel 21 GG gewährte Mitwirkungsrecht an die politische Willensbildung zurückgestutzt werden. Und der Weg in die Parlamente darf nicht nur über die Parteien-Selektions-Filter führen, denn diese Auswahl bewirkt, dass das Mitglied eines Parlaments sich schon vorher den herrschenden Strömungen in seiner Partei unterworfen hat. Die Kandidaten verlieren schon ihre Unabhängigkeit, bevor sie ins Parlament kommen. So ist es wohl zu erklären, dass man von den weiblichen und männlichen Mitgliedern im Bundestag und den Landtagen den Eindruck hat, dass keines dort eingezogen ist, um den Bürgern Freiheit, die Luft der Seele zum Atmen, zu erringen, aber wohl, dass alle, die es in die Parlamente geschafft haben, dieses als ein Instrument ansehen, womit anderen aufgezwungen werden kann, was man selbst für richtig hält oder für das, wofür man sich einspannen lässt. Die Ausgestaltung der Parlamente als Unterdrückungsinstrumente ist aber eine Perversion der Demokratie.

Ein Teil der Probleme, die wir im oder mit unserem politischen System haben, sind im Grundgesetz angelegt. Wenn nämlich die Bundesregierung (Landesregierung) durch die Mehrheitsfraktionen im Parlament installiert wird, dann wird die Gewaltenteilung aufgehoben, denn wenn die Mehrheitsfraktionen die Regierung im Amt halten will, müssen sie sich

zu einer Legitimationsinstrument der Regierung herabstufen lassen und die Opposition wird auf diese Weise zu einem Schönheitsschnörkel der Demokratie, die mehr oder weniger in die Zuschauerrolle gedrängt ist.

Ein besonderes Problem sind die Fraktionen in unseren Parlamenten, 1. sind sie im Grundgesetz nicht vorgesehen und 2. heben sie die grundgesetzlich vorgesehene Unabhängigkeit der Parlamentsmitglieder auf – auch wenn das bestritten wird. 3. Wird durch die Fraktionsbildung eine Hierarchisierung der Abgeordneten vorgenommen, die ihre Gleichstellung aufhebt. Die Bildung von Fraktionen in den Parlamenten ist gleichzusetzen mit der Bildung von Kartellen im Markt. Wenn Kartelle im Markt bekämpft werden, können Kartelle in den Parlamenten nicht gut sein. Ein Kartellverbot für die Parlamente bedeutet aber nicht, dass es befristet und zu einzelnen Gesetzesprojekten keine Kooperationen zwischen Abgeordneten geben darf.

Parlamentarische Staatssekretäre in der Regierung und Beamte im Parlament sind ebenfalls ein Widerspruch zur Gewaltenteilung. Um die Parlamente wirklich zu einer selbständigen Macht werden zu lassen, ist es erforderlich, die Exekutive gesondert vom Volk wählen zu lassen. Dieses Erfordernis nur in einem Satz zu erwähnen, ist wegen seiner Bedeutung eigentlich zu wenig.

Auch der Bundespräsident als verbindendes Glied der drei Gewalten sollte vom Volk gewählt werden. Dem Präsidenten sollte ein gewählter Verfassungsrat beigelegt werden, bei dem der Präsident das Stimmrecht und den Vorsitz hat. Dieser Rat hätte 1. alle Aktionen im Hinblick auf die Verfassung, die von der Gesamtheit zu entscheiden sind, einzuleiten. 2. Hätte er als erste Instanz die vom Bundestag beschlossenen Gesetze und von der Regierung erlassenen Verordnungen sowohl im Hinblick auf die Verfassung wie auf ihre Verständlichkeit zu prüfen. Die Verständlichkeit ist auch wichtig, denn wenn der Bürger erst einen Übersetzer benötigt, um ein Gesetz zu verstehen, kann man von ihm keine Gesetzestreue verlangen und von einer Demokratie kann man auch nicht mehr sprechen, wenn das Volk die eigenen Gesetze nicht mehr versteht. 3. Der Verfassungsrat erhält ein direktes Vetorecht bei allen Vereinbarungen des Parlaments in eigener Sache. Ich denke dabei an die Diäten, Zuwendungen für die Kosten, die die Mitarbeiter verursachen, an Geschäftsordnungen und was es noch so gibt.

Einschub 4

Japanisches Fernsehen im Archiv für Geld- und Bodenreform in Oldenburg

Hinweis der Redaktion



Wie Werner Onken mitteilte, besuchte ein Fernseherteam aus Japan dieser Tage das in der Bibliothek der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg beheimatete „Archiv für Geld- und Bodenreform“. Das Interesse der Filmemacher der

Nippon Hōsō Kyōkai (NHK), dem einzigen öffentlich-rechtlichen Sender Japans und zugleich dem zweitgrößten des Landes, galt dem Wirken Silvio Gesells. Werner Onken führte die Gäste durch das Archiv und ermöglichte Einblicke, die im Rahmen der für den Herbst dieses Jahres geplanten Ausstrahlung über Ökonomie einen Eindruck der freiwirtschaftlichen Alternative bieten soll. Besonders interessierte sich Redakteur

Tsuyoshi Katsuragi für Fotos von Gesell und vor allem von den „Geldscheinen“, die mit Hintergrund seiner Theorie in verschiedenen Experimenten gedruckt wurden. Weitere Stationen der Reise für die Fernseh-Dokumentation sind Traunstein, wo die Regionalwährung „Chiemgauer“ beheimatet ist, und die Schweizer Gemeinde Gondo, wo sich ein Kryptowährungsunternehmen angesiedelt hat.

Archiv für Geld- und Bodenreform

Sondersammlung in der
Bibliothek der
Carl von Ossietzky-Universität

Uhlhornsweg 49-55, 26129 Oldenburg
Raum B 232 im Saal 6 auf der Ebene 2



Kontakt:
Werner Onken, Dipl.-Ökonom
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
Fon: 0441 – 36 111 797
eMail: onken@sozialoekonomie.info
Web: www.sozialoekonomie.info

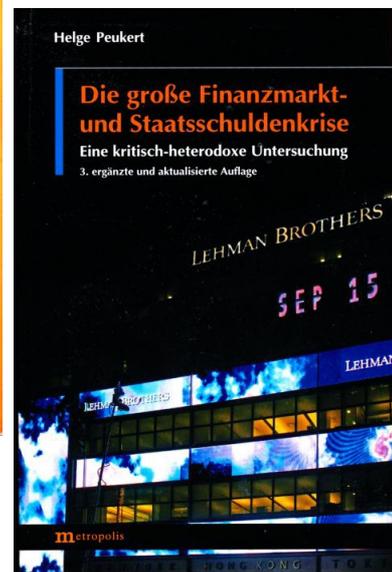
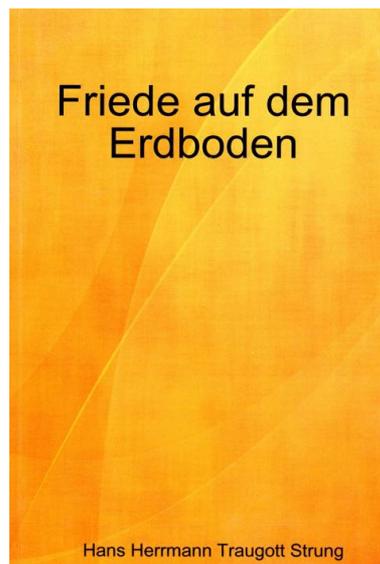
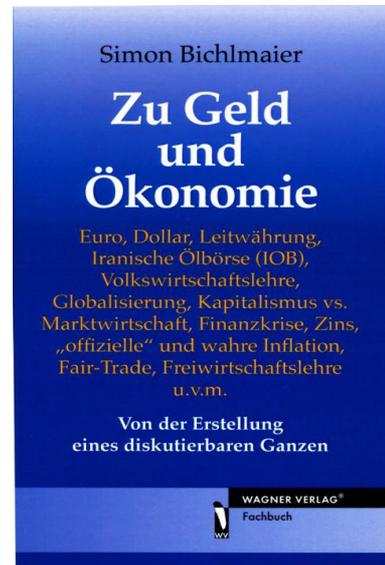
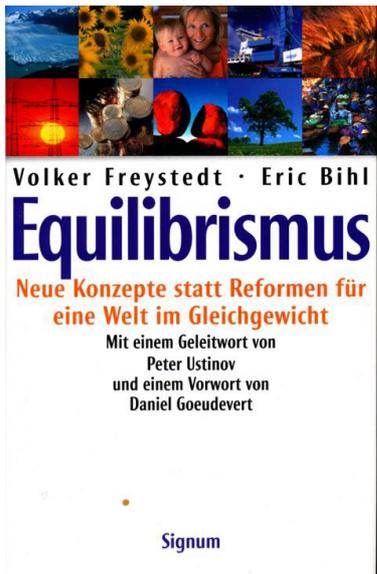





6 Tausend Bücher zum weiten Themenbereich Geld- und Bodenreform sind hier versammelt.

Ich füge mal Beispiel-Titel aus meinem Bestand ein:

... Wirkung politischer Leitideen - 138 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018



Alle Autoren und ihr Bücher haben eine eigene Geschichte, die hier nicht erzählt werden kann.

Ende Einschub 4

oooooooooooooooooooooooooooo

Von den Ordnungsformen der Demokratie zu jenen der Bildung

Ich will jetzt von der politischen Ebene zu jener der Bildung wechseln. Dabei geht es mir auch nicht um eine systematische Darstellung der Gestaltungsmöglichkeiten, sondern um Aspekte der freien Bildung, die bei uns stiefmütterlich behandelt werden, obwohl wir beanspruchen in einer freien Gesellschaft zu leben. Diese Ebene und auch das später zu behandelnde Gebiet der Ökonomie sind mit der Verfassung verzahnt, deshalb ist es ganz und gar nicht egal, was in der Verfassung steht und wie sie zustande kommt. Das Denken über die Gestalt der Demokratie, der Bildung als Teil der Kultur und Ökonomie ist das Gebiet der Ordnungspolitik. Hier geht es nicht oder nicht so sehr um das, was unter *Law and Order* (Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung) verstanden wird, sondern um die Optimierung der Individuen untereinander in der Gesellschaft und die Optimierung der Ordnungen der gesellschaftlichen Teilbereiche zueinander. Wem das zu abstrakt ist, denke an das Bemühen ein funktionsfähiges Auto zu bauen, ohne es mit vier verschiedenen Rädern unterschiedlicher Größe und Bauart auszurüsten. Die Wahl der Ordnung für eine Gesamtgesellschaft wird nur eine ihr innewohnende Harmonie ausstrahlen können, wenn die Ordnungen in den Teilbereichen aufeinander abgestimmt sind. Man spricht hier auch von der Interdependenz (die gegenseitige Abhängigkeit) der Teilordnungen.

Mir geht auch hier nicht darum, perfekte Lösungen zu beschreiben, sondern – wenn dieser Text Leser findet – soll er bei anderen den Mut zum eigen Nachdenken, zum Suchen und die Freude am Entdecken der Vielzahl von Menschen anzuregen, die dazu schon viel Kluges gesagt oder geschrieben haben. Wenn ich mich als Schreiber selber sichtbar mache, dann geschieht das nicht um die eigene Person herauszustreichen, sondern durchaus darum eigene Schwächen und Stärken nicht zu verbergen, um dadurch jenen Lesern, die glauben, sie könnten sich eine solche Arbeit nicht zutrauen, klar zu machen, dass man gar nicht dumm genug und der Mangel an Wissen gar nicht groß genug sein kann, um nicht über diesen Themenkomplex nachzudenken. Die Demokratie ist nicht eine Regierungsform der Klugen, sondern eine für Menschen aller Begabungen und Wissensstände gedacht. Auch paart sich die Weisheit, die vom richtigen und guten Leben Handeln weiß nicht immer mit der Intelligenz, denn, wenn das so wäre, dann müsste die Welt besser aussehen. Es ist auch so, dass die Aufnahme von neuen oder nicht häufig geäußerten Gedanken nicht nur ein Vorgang ist, der vom Ver-

stand aufgenommen wird, sondern auch vom Gefühl. Das Persönliche ist dabei mehr Futter für das Gefühl und das Sachliche mehr für den Kopf. Am Verstehen von Sachzusammenhängen und am Erfolg einer Vermittlung einer Problemlösung ist offenbar die Beteiligung beider Komponenten der Wahrnehmung förderlich, wenn nicht sogar erforderlich. Ich las vor kurzem einen interessanten Artikel von einer Frau dazu. Ich habe ihn mir so gut aufgehoben, dass ich ihn nicht mehr finde, um daraus zitieren zu können. Bei der Gelegenheit kann ich gleich eine Schwäche bekennen: Ich vergesse zu schnell Personennamen. Aber ich weiß meistens, wenn ich inhaltlich auf eine Person zurückgreife, wo ich ihren Namen finde. Wenn ich aus Zeitungen und Büchern zitiere, dann soll das nicht meine Belesenheit dokumentieren ⁷¹, sondern weil ich a) dieser Art Dialog interessanter finde, als wenn ich eigene Monologe vortragen würde ⁷² und b) wird dadurch sichtbar, wie reichhaltig die Fundstellen in alten und neuen Veröffentlichungen sind und wie viele Menschen sich schon um die Probleme Gedanken gemacht haben, die ich gerade selber zu verstehen suche und einer Lösung zuführen möchte. Die Zeitungsseiten, die neben mir liegen und die Bücher und Zeitschriften die hinter mir liegen, sind meine Merktettel. Die Beschäftigung mit dem Themenkreis, den ich hier behandle, soll ja nicht nur dazu dienen, herauszufinden wie gesellschaftlich Konflikte in der Gegenwart und Zukunft besser verstanden und vermieden werden, sondern mir selber auch helfen, gegen Ende meines eigenen Lebens zu verstehen, was ich in den vielen Jahren durch die spezielle Brille - für gesellschaftliche, ökonomische und politische Belange - gesehen und erlebt habe.

Als jetzt in mir der Gedanke Raum griff, ich müsse mich noch einmal in der von mir als orientierungslos empfundenen öffentlichen Diskussion über den Zustand unserer Gesellschaft zu Wort melden, war die Frage, mit welchem Vorgang oder welcher Institution fange ich an. An dem ersten Teil dieser Ausarbeitung kann man ja sehen, wie ich tastend und suchend mich um eine Antwort bemüht und auf Tatbestände hingewiesen habe. Meine Zweifel an dem ganzen Vorhaben habe ich auch zum Ausdruck gebracht. Am Beginn des zweiten Teils waren die Zweifel nicht mehr da, sie wurde durch Aussagen in den gelesenen Quellen – die ja durchaus eine Aufforderung zum Durchhalten enthalten – gelöscht. Die Kraft, die erforderlich ist, alle anderen Verpflichtungen und Ablenkungen beiseite zu schieben, um sich auf ein Schreibprojekt zu konzentrieren, ließ schon nach. Hier macht sich das Alter bemerkbar,

71 Auf mich, als Leser, gehe ich später ein.

72 Es muss aber immer das Bemühen bestehen, die Aussagen der zitierten Autoren durch die Auswahl der Zitate nicht zu verfälschen.

einfach die Nacht durchzuarbeiten – wenn mich ein Thema gepackt hat – gelingt mir nicht mehr. Ich musste mich also selbst aufmuntern, um weiter zu machen und das ist nicht leicht, wenn von außen kein unmittelbarer Zuspruch kommt. Nach meinem jahrzehntelangen Einsatz für diesen Themenkomplex betreibe ich nach dem Eindruck meines direkten Lebensumfeldes mit meinem Tun nur Zeitverschwendung. Und trotzdem ...

Mir war von Anfang an klar, dass meine Einlassungen nur einen Sinn ergeben, wenn ich auf die Wahlmöglichkeiten in der Ökonomie, die wir haben, hinweise. Aber dazu gehört auch, dass wir keine Wahlmöglichkeit bei den Ergebnissen unserer Wahl haben. Auch besteht zwischen der Ordnungsform des Staates und der Ordnungsform der Wirtschaft ein Zusammenhang, eine Interdependenz. Und wenn der Staat gedanklich ins Spiel kommt, ist die Frage, wo sind eigentlich seine die Grenzen gegenüber der Gesellschaft, die sich aus Individuen bildet sich den Staat als Rechts- und Schutzorganisation schafft bzw. geschaffen hat? Mir fiel wieder der Titel „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ von Wilhelm Humboldt 1767 – 1835 wieder ein. Ich wusste den Titel nicht mehr genau und auch nicht, ob der Verfasser Wilhelm oder Alexander von Humboldt war. Ich wusste nur, das ich den Titel in einer geistesgeschichtlichen Genealogie eines Textes gelesen hatte, dessen Titel „Sieben Thesen“ lautete. Da er mir jetzt vorliegt, kann ich den ganzen Titel nennen: „Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart – Sieben Thesen -. Die Thesen sind systematisch gut aufgebaut und gegliedert. Der Text erschien 1981 als Einzeldruck. Zu lesen ist da:

Autoren und Herausgeber:

Arbeitskreis für Sozialwissenschaft Bad Boll

Fritz Andres, Assessor, Kirn/Nahe

Karl Buchleitner, Dr. med., Pforzheim

lobst von Heynitz, Notar, München

Gerhardus Lang, Dr. med., Bad Boll

Heinz Peter Neumann, erster Direktor der LVA Berlin

Fritz Penserot, Kirn/Nahe

Friedrich Salzman, Altnationalrat, Bern

Heinz Hartmut Vogel, Dr. med., Bad Boll

Lothar Vogel, Dr. med., Bad Boll

Ernst Winkler, Dr. phil., München

Die sieben Thesen wurden auch als reguläres Heft 150 der **Fragen der Freiheit** im Mai /

Juni 1981 veröffentlicht. Ich hatte den Text im Druckformat DIN A 4 in Erinnerung und konnte ihn deshalb bei mir nicht finden, auch hatte ich ganz vergessen, dass ich in Verbindung mit meinem Text 160.2 vor rund einem Jahr schon danach gesucht habe. Eckhard Behrens, der bei den Ordoliberalen Franz Böhm studiert hat, in der FDP sich besonders um die Bildungspolitik gekümmert hat und inzwischen verstorben ist, hat mich dann auf die Sprünge geholfen. Ich konnte dann feststellen, dass ich den Text in beiden Veröffentlichungsformen im Bestand habe. Da ich nicht in Erinnerung hatte, ob ich den Text in der Vergangenheit gelesen habe oder nicht, habe ich jetzt überflogen und festgestellt, dass er nach meinem Urteil weitgehend noch aktuell und gut ist. Mir wurde geschrieben das die digitalisierten Hefte unter <http://www.fragen-der-freiheit.de/>. zu finden sind. Den hier benannten Text habe ich dort nicht gefunden. Es gibt aber unter dem angegebenen Link die Möglichkeit, per E-mail einzelne Hefte in Druckformat zu bestellen. Ebenfalls gibt es dort auch ein chronologisches und ein systematisches Verzeichnis der ganzen Hefereihe im PDF-Format zum Herunterladen.

((**Anmerkung:** In Deutschland gibt es sicher viele Gruppen, die ernsthaft und gut an Themen unserer Gesellschaft arbeiten. Mein Eindruck ist, dass die Massenmedien diesen Tatbestand überhaupt nicht widerspiegeln. Aber über gedankliche Blähungen eines Ministers oder einer Medienfigur, die sie selber schaffen geschaffen haben, wird bis zum Überdross berichtet. Und soweit die Medien die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer Vielfältigkeit bewusst nicht abbilden, ist der Begriff Lügenpresse gerechtfertigt. Das betrifft auch manchmal scheinbar sachlichen Berichten. Z. B. ist es eine Wahrheitsverzerrung, wenn Wahlergebnisse nicht im Verhältnis zur Zahl der berechtigten Wähler benannt werden oder wenn die Ergebnisse für sonstige Kandidaten oder Parteien nicht aufgedröselst und wenn in Berichten über eine Rentenerhöhung die Entwertung der bisherigen Rente durch die Inflationsrate nicht benannt wird oder wenn ein niedriges Zinsniveau als Betrug der Sparer dargestellt, obwohl es das Gegenteil ist.))

Ein neuer Tag: Ich habe ja schon mehrfach meine Zweifel an meinem Vorhaben einen sinnvollen Beitrag zur Aufklärung durch die Integration von Vergangenem und Gegenwärtigem, von Fakten, Meinungen und Persönlichem leisten zu können, geäußert. 5 oder 6 Seiten vorher habe ich geschrieben:

Am Beginn des zweiten Teils waren die Zweifel nicht mehr da, sie wurde durch Aussagen in den gelesenen Quellen – die ja durchaus eine Aufforderung zum Durchhalten enthalten – gelöscht.

Diese Aussage bezieht sich auf den selbst gestellten Auftrag, nicht auf die Form. Die Form habe ich ja gewählt, weil mir scheint, dass die nackte Sachlichkeit nicht mehr von der Propaganda unterschieden wird, die Meinung nicht mehr von der Überzeugung, die Überzeugung nicht mehr von der Gewissheit und letztlich die Gewissheit nicht von Wahrheit im Sinne der sachlichen Richtigkeit. Aber Personen alleine sind doch auch nicht mehr glaubhaft, besonders dadurch, dass die Politik, so wie sie betrieben wird, die in ihr verstrickte Personen zwingt, die Wahrheit hinterm Berg zu halten. Und jene Personen, denen es gelungen ist, sich zu einer öffentlichen Figur zu machen, sabotieren auch das Vertrauen in die Person, wenn sie sich der Werbung zur Verfügung stellen, weil man weiß, dass die Werbung durch Weglassung von Eigenschaften und Wirkungen bei den Produkten und Dienstleistungen, lügt. Der Darstellungsansatz, den ich gewählt habe, mag ja möglich sein, aber um daraus ein lesbares Ganzes zu formen, müsste so etwas wie eine Regieanweisung vorhanden sein, weil sonst so etwas wie ein Packen Zeitungen herauskommen könnte, die dem Leser mit der Aufforderung auf den Tisch gelegt wird, sich etwas für ihn Nützliches herauszusuchen. Ich träume schon davon. Die Lesbarkeit des Textes könnte auch optisch durch eine redaktionelle Bearbeitung eines Lektors verbessert werden. Die steht mir aber nicht zur Verfügung. Immerhin ist eine Menschenseele da, die mir die meisten Rechtschreibfehler anstreicht, also mache ich weiter, damit ich zu einem guten und möglichst zu keinem schlechten Ende komme.

Bevor ich mit den Gedanken der Grenzen der Wirksamkeit des Staates von Humboldt weiterfahre, will ich kurz auf den Aufmacher der HAZ vom 22. 11. 2018 eingehen. Titelseite ist mit einem Porträt von Wolfgang Schäuble mit folgendem eingefügten Text geschmückt.

Was ist Tatsache – und was Lüge?

Mit eindringlichen Worten hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in Hannover bei der Verleihung des Sachbuchpreises von NDR Kultur vor dem leisen Sterben der Demokratie gewarnt. Seite 25

Auf der Seite 25 (Kultur & Leben) geht es dann um das Buch „Wie Demokratien sterben“, von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt. Ich habe das Buch schon weiter oben erwähnt. Ich halte Wolfgang Scheuble für einen ehrenwerten Mann und nehme auch an, dass er meint und glaubt, was er sagt. Aber gehen wir mal davon aus, dass unsere jetzige Demokratie tatsächlich untergehen könnte und danach wieder gestartet wird. Und am Neustart dürften sich nur die beteiligen, die analog zum Entnazifizierungsverfahren an einem Entlastungsverfahren für die Zeit davor teilgenommen hätten. Danach dürften sich nur die an dem Neustart beteiligen,

die als „unbelastet“ eingestuft wurden. Würde Wolfgang Schäuble – gerade dadurch, dass er lange dem dann untergegangenen Parlament und der Regierung gedient hat – die erforderliche für den Neuanfang erreichen? ⁷³ Die Selbstwahrnehmung einer Person in einem Wirkungsprozess und das tatsächliche mit Abstand betrachtete Wirken dieser Person decken sich nicht immer (Oder muss es heißen selten?).

Nun zu der Frage nach der Grenze der Wirksamkeit des Staates von Humboldt. Es ist die wichtigste Frage, wenn eine Demokratie nicht zu einer Diktatur der Mehrheit werden soll und Freiheit, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Geborgenheit den benötigten Entfaltungsraum erhalten sollen. Ich kann mich an keiner öffentlich Diskussion, an keiner Radio- oder Fernsehsendung oder einem Zeitungsartikel in der alten und neuen BDR erinnern, die dieses Thema zum Inhalt hatte. Und die Mächtigen in der ehemaligen DDR dürfen diese Frage auch gefürchtet haben, so wie der Teufel das Weihwasser fürchten soll. Mich würde auch nicht wundern, wenn Studenten 6, 8 oder 10 Semester an der Humboldt-Universität studiert haben, nicht eine Vorlesung über dieses Thema gehört haben. Und bei uns in der ganzen Republik ist doch zu beobachten, dass alle Bürger, die es in die Politik drängt, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates immer weiter ausdehnen möchten und in Konkurrenz mit dem Vermachtungssystem, das die Wirtschaft beherrscht, allen anderen Menschen ihre Subjektstellung zu berauben trachtet und damit zu ihren Objekten, zu Untertanen zu machen. Wir erleben einen schleichenden Prozess der Ausdehnung der Herrschaft der Politik über die Inhalte in den Köpfen der Bürger und damit ihre Gleichschaltung und Unterwerfung unter Regeln, die nicht die ihren sind. Ich nenne dieses Treiben unsere jetzigen Parteien Faschismus ⁷⁴.

Auf der Suche nach dem Text von W. von Humboldt im Netz fand ich erst einen Zugang zu dem nachfolgend benannten Referat:

PDF] [Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der ... - Uni-Hamburg](http://www.epb.uni-hamburg.de/erzwiss/lohmann/Lehre/Wint3-4/pro/Felix.pdf)
www.epb.uni-hamburg.de/erzwiss/lohmann/Lehre/Wint3-4/pro/Felix.pdf

Felix Lund. Wilhelm von Humboldt. Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen. 1792/18511.

Dann stellte ich fest, dass es den Titel auch noch in einer Reclam Ausgabe zu kaufen gibt. Ich habe bisher aber nur das Nachwort von Robert Herdter gelesen, das wesentliche Einsich-

⁷³ Die gleiche Frage könnte man zu unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier stellen, dessen Sorgen in der HAZ vom 28. 9. unter dem Titel „Die Demokratie ist angefochten“ vorgestellt wurden.

⁷⁴ Man muss dabei nicht an das Morden der Nationalsozialisten denken, die Übertragung dieses Begriffes auf die Naziherrschaft ist nicht korrekt.

ten von Wilhelm von Humboldt zusammenfasst. Ich füge die ersten beiden Seiten des Nachwortes von Robert Herdter aus dem Jahr 1967 und ein und lasse einen weiteren Auszug folgen:

Der Mensch und der Staat

Ohne eifertig behaupten zu wollen, die geistige und damit auch die politische Krise unserer Zeit lasse sich auf eine einzige Formel bringen, darf doch die These gewagt werden: das Verhältnis zwischen Individuum und Staat sei zugleich eines der unmittelbarsten Motive und eine der unmittelbarsten Erscheinungsformen dieser Krise. Dieser dramatische und tragische Dualismus ist im Grunde so alt wie der moderne Staat selbst. Wie dieser ist er das legitime Kind der großen Französischen Revolution. Sie hat mit dem Bürger der Verfassungen und dem Menschen der Menschenrechte jene dynamische Spannung in den modernen Staat hineingetragen, die sein unverwechselbares Signum und sein unaustauschbares Stigma geworden sind. Das blendende Zauberwort der großen Revolution war die Freiheit. Das strahlende Feuer dieses Blitzes, der vor hundertfünfzig Jahren die geistige Landschaft Europas weithin erleuchtet hat, ist nicht erloschen, aber die historische Szene, über die sich dieses Licht ergießt, hat sich verwandelt. Die Ruinen, die heute die europäische Landschaft noch immer bedecken, die materiellen, die freilich fast alle schon wieder beseitigt sind, und die immateriellen, die länger stehen bleiben - sie bezeichnen die Grenzsituation der Krise, in die Europa geraten ist: die Vernichtung der Freiheit des Menschen durch den totalen Staat und die Bedrohung der Freiheit überhaupt. Offensichtlich ist die bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts nicht imstande gewesen, aus dem Begriff der Freiheit einen Staat zu entwickeln, in dem der Antagonismus zwischen Mensch und Bürger einen Ausgleich gefunden hätte. Gerade das aber ist die Aufgabe, die uns heute gestellt ist.

Was heißt, vor dem Hintergrund der europäischen Katastrophe und der europäischen Traditionen, europäische Verantwortung? Diese Frage stellen heißt nichts anderes als die Frage nach der Stellung des Menschen im Staate erheben. Denn der Staat ist der historische Raum, in dem sich der moderne Mensch bewegt. Aus der Selbstbestimmung des Menschlichen aber bestimmt sich der Staat und sein Zweck, wie der Stand der Sonne die Länge des Schattens bestimmt. Niemand kann heute freilich den Schatten überspringen, der über der Geschichte des europäischen Staates liegt: eben jenen Dualismus zwischen dem Menschen und dem Bürger, der die europäische Demokratie zu sprengen drohte, weil die Emporkunft der Massen den modernen Staat gezwungen hat, die Rechte des Menschen zugunsten der Rechte des Bürgers - oder auch zugunsten seiner Pflichten und Funktionen - einzuschränken, zeitweilig zu suspendieren oder überhaupt aufzuheben. Die Prüfung der Menschenrechte auf ihre Aktualität ist daher eine Seite des Problems; die andere, diese Rechte selbst und damit die Stellung des Menschlichen im Staate zu bestimmen, erscheint unter solcher Perspektive nur noch dringlicher. Aber wie man auch entscheiden möge: „Unleugbar bleibt es jedoch immer, daß die Untersuchung des Zwecks und der Schranken der Wirksamkeit des Staates eine große Wichtigkeit hat, und vielleicht eine größere als irgendeine andere politische.“

Dieser Satz mit seinem klaren Klang unmittelbarer Aktualität ist nicht heute, er ist vor mehr als hundertfünfzig Jahren niedergeschrieben worden. Er steht in der Einleitung zu jener Schrift Wilhelm von Humboldts, die er in präziser, wenn auch umständlicher Formulierung „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“ genannt hat. (S. 13 f.)

... Es ist der Obrigkeitsstaat des Absolutismus, dem Humboldt den Staat seiner Idee entgegenstellt. Ohne den Optimismus und die Fortschrittsgläubigkeit der Aufklärung zu teilen, aber auch ohne dem egalitären Pathos der Revolution zu huldigen, weist er dem Menschen die zentrale Stellung im Staate zu und entwickelt aus der Idee der Humanität, der das Individuum zustrebt, den Zweck des Staates und den Umfang seiner Tätigkeit, „daß nicht ein Teil die Rechte des anderen an sich reiße“. Die Grenzen, die er der Wirksamkeit des Staates zieht, indem er den unendlichen Kreis der menschlichen Bildung um das Individuum im Staate schlägt, bestimmt er nicht in individualistischer Willkür, sondern aus der immanenten Notwendigkeit des höchsten Zwecks, der dem Menschen selber gestellt ist: die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Die Freiheit, die er für das Individuum fordert, ist nicht Ziel oder Selbstzweck, sondern die erste und unerläßliche Bedingung für die Bildungsmöglichkeiten an sich. Aus dieser Konzentration auf die Bildungsidee ergibt sich die Abstraktion von den momentanen Zeitumständen mit innerer Logik. Humboldt entwirft nicht das Idealbild einer Verfassung, er legt vielmehr die Selbstverständlichkeiten fest, die vor aller Staatsmöglichkeit liegen und die zugleich die sittlichen Elemente sind, aus deren Zusammentreffen und aus deren richtiger Relation sich erst ein Staat bilden kann, in deren Mißachtung oder in deren Mißbrauch aber auch schon der Todeskeim liegt, der den Verfall eines solchen unsittlichen, des Menschen unwürdigen Staates herbeiführen muß. Diese Elemente sind von einer verblüffenden, wahrhaft modernen Aktualität. In diese Perspektive gerückt, läßt sich mit Humboldts Worten tatsächlich nicht leugnen, daß die Untersuchung des Zwecks und der Schranken der Wirksamkeit des Staats eine große Wichtigkeit hat und vielleicht eine größere als irgendeine andere politische. Geht es doch um das innerste Problem des modernen Staates: daß der Mensch nicht dem Untertan geopfert werde. Welches sind aber die Formen, um nicht zu sagen die Riten, in denen der Staat dieses Menschenopfer fordern kann, immer wieder gefordert hat und noch immer fordert? Seite. 218 f.

Jetzt folgen Auszüge aus dem Referat „**Wilhelm von Humboldt / Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen** / 1792 / 1851 von Felix Lund

... Humboldt tritt in diesem Text für eine liberale Staatsverfassung ein – nicht ganz ohne Grund ist ihm der Vorwurf gemacht worden, eine n Katechismus der banalsten Thesen des Liberalismus entworfen zu haben. Er spricht sich explizit gegen einen Wohlfahrtsstaat aus, in dem der Staat aktiv

für die Förderung des Wohlstands der Bürger eingreift und setzt sich für einen Staat ein, der einzig und allein die Sicherheit gegen äußere Feinde und die Einhaltung des Rechts unter den Bürgern garantieren muss.

Bevor der Text in seinen einzelnen Abschnitten untersucht wird, sollen kurz die einzelnen Begriffe zu verdeutlicht werden.

Allgemein formuliert ist der Staat ein rechtlicher und sozialer Verband eines Volkes. Grundlegend ist zwischen dem Rechtsstaat, als dessen Begründer John Locke gilt, und dem Wohlfahrtsstaat, nach Christian Wolff, zu unterscheiden. Ersterer garantiert die innere und äußere Sicherheit, letzterer fördert aktiv das Glück des Bürgers. ...

... Humboldt selbst beschreibt den Bürger (Kap. 6) als ein Wesen, das dem Staate die Anwendung seiner Kräfte schuldig ist und also durch Zerstörung oder Schwächung dieser Kräfte ihm gleichsam seines Eigentums beraubt.

...

... Humboldt entwirft in dem Text ein Staatsmodell, dessen wichtigste Aufgabe es ist, die „Entwicklung der Kräfte der einzelnen Bürger in ihrer Individualität“ zu fördern. Er stützt sich hierin auf Aristoteles, der davon ausging, dass das Eigene, dass der Natur des Einzelnen gemäß das Beste für den Menschen ist. Glück ist, nach einem eigenen Ziel zu streben und dieses Ziel mit dem eigenen Aufwand physischer und moralischer Kraft erbringen. Die Sicherheit und die Freiheit müssen hingegen vom Staat garantiert sein, weil, wie auch Mirabeau bemerkte, die Freiheit und die Sicherheit nicht vom Einzelnen erreicht werden kann. Humboldt macht in der Einleitung bereits deutlich, dass die Entwicklung des Einzelnen von zwei Aspekten bedingt ist: Freiheit der Handlung und Mannigfaltigkeit der Situation. Beides kann nicht bestimmt oder per Gesetz erlassen, sondern nur gewährt werden, so dass der Staat zur Förderung der Freiheit nur die Möglichkeit hat, seine Wirksamkeit zu begrenzen.

In der Einleitung als auch im zweiten Kapitel beschreibt Humboldt den Menschen und dessen „höchsten Endzweck“. In den folgenden vier Kapiteln untersucht er nacheinander die Sorgfalt des Staates für das physische und moralische Wohl der Bürger, daran anschließend die Sorgfalt für die Sicherheit innerhalb der Gesellschaft und gegen äußere Feinde. Schließlich betrachtet er die Wirksamkeit des Staates im Hinblick auf die öffentliche Erziehung. Das Ziel ist stets, die größte Freiheit der Kräfte des Einzelnen und die größte Mannigfaltigkeit der Situationen zu begünstigen.

Seine Argumentation skizziert er selbst folgendermaßen: er geht von der größten Wirksamkeit des Staates aus und begrenzt diese in dem Maße, in dem sie der Entwicklung des Einzelnen hinderlich ist. Er bemerkt, dass in der Vergangenheit die Freiheit des Bürgers entweder aus Notwendigkeit oder aus Nützlichkeit begrenzt wurde, jeweils zum Zweck der Verbesserung des moralischen und physischen Zustandes der Nation. Humboldt erklärt diese beiden Gründe für nicht mehr angemessen, weil mittlerweile ein Zustand erreicht ist, von dem aus eine Weiterentwicklung nicht mehr mittels Staatsanordnungen, sondern nur durch die ungesteuerte Tätigkeit der ein-

zelen individuellen Kräfte möglich ist. Er macht darauf aufmerksam, dass der moralische und physische Zustand des Staates sich nur in dem Sinne weiterentwickeln kann, wenn die Bürger ihre Fähigkeiten in die Gemeinschaft einbringen und mit ihr eine Einheit bilden. ...

... Humboldt geht von einer Wechselwirkung zwischen den einzelnen Mitgliedern einer Gesellschaft aus. Jedes Mitglied, jeder Bürger wirkt auf andere und wird von anderen beeinflusst. Es ist möglich, dass sich der Einzelne die Fähigkeiten des Anderen aneignen kann, oder anders ausgedrückt: Humboldt beschreibt den Lernprozess als einen möglichen, unter der Bedingung, dass Lerner und Lehrer gleichrangig sind. Der Nutzen des Wechselverhältnisses ist bestimmt durch die jeweilige Selbständigkeit der „Partner“, sowie von der Innigkeit des Verhältnisses zwischen den Partnern (s.S.23). In diesem Sinn ist es auch zu verstehen, dass Humboldt dem Staat die Fähigkeit abspricht, dem Einzelnen physische oder moralische Fertigkeiten beizubringen, ohne gleichzeitig einen größeren Schaden zu verursachen. ...

... Um auf die Bürger einzuwirken, bieten sich dem Staat drei verschiedene Arten: Der Staat kann Zwang ausüben und somit die Handlungsweise direkt steuern. Er kann die Lage der Bürger derart gestalten, dass sie eine bestimmte Handlungsweise begünstigen, oder der Staat versucht die Neigung der Bürger zu lenken und wirkt damit auf die Denkungsart der Einzelnen ein (S. 29).

Humboldt führt gegen das Eingreifen des Staates sieben Gründe ein, um abschließend deutlich zu machen, dass ein Staat nur in der Sicherheit gegen äußere Feinde und innere Zwistigkeiten wirksam sein soll, weil nur so die freie Entwicklung des Menschen zu einem Ganzen ermöglicht wird.

Als ersten Grund nennt Humboldt die Mannigfaltigkeit, dass das höchste Gut in einer Gesellschaft die Mannigfaltigkeit ist, die aus der Vereinigung MEHRERER entsteht. Wenn der Staat hierin wirkt, würde Einförmigkeit entstehen, weil der Wirkung des Staates die Wirkung des Einzelnen übersteigt.

Der zweite Aspekt ist der der **Tatenkraft**. Jede Ausführung einer Handlung wird geleitet durch den Enthusiasmus, der die Handlungskraft beeinflusst. Dieser Enthusiasmus wird gestärkt durch die Aussicht auf **Eigentum**. Die Energie des Handelns wird geschwächt, wenn der Staat die Handlung selbst mitlenken würde. Humboldt unterstreicht, dass der Mensch sich selbst überlassen werden muss, selbst wenn dieser dabei häufiger in „Verlegenheit“ gerät. Jedoch ist Glück nur möglich, wenn aus eigener Kraft etwas geschaffen wird, und dieses Glück wiegt jeden Fehltritt auf. Gleichzeitig wird der Verstand geschärft und der Charakter mittels der eigenen Erfahrung gebildet und das vorher Fremde geht in das Wesen des Einzelnen über. ...

(Der ganze Text ist im Netz unter dem oben eingefügten Link zu lesen.)

Bei einem Autor Robert Herdter ist zu lesen, dass von Humboldt es nicht eilig hatte, mit der

Veröffentlichung, was ja möglich ist, weil ihm vielleicht nur daran gelegen war, dass Problem für sich theoretisch zu lösen. Beim Autor Felix Lund kommt die Zensur ins Spiel und es gibt den Hinweis, dass Humboldt entgegen seinen Einsichten das Staatsschulwesen gefördert hat. Gerade das Verstehen des Grundes des Widerspruchs zwischen Idee und Praxis könnte uns heute weiterhelfen. Ich weiß nicht, ob der geklärt wurde.

Ich wollte jetzt zu John Stuart Mill übergehen, aber um schon hier die Aktualität des Jahrhundert alten Themas sichtbar zu machen, gehe ich jetzt kurz auf ein Interview von Andrea Seibel mit dem Staatsrechtler Paul Kirchhof aus Anlass seines erschienenen Buches „Beherzte Freiheit“ ein. Das Interview steht in der Zeitung DIE WELT vom 20. Oktober 2018 auf der Seite 8 in der Rubrik *Politik*. Der Artikel kann auch im Netz erworben werden.

Würden Sie sich als Zivilisationskritiker bezeichnen, der das Lied vom „früher war alles besser“ anstimmt?

Ich beobachte die Entwicklung unseres Gemeinwesens und der Menschen in ihrem stetigen Auf und Ab. Ich fühle mich als Bürger und damit mitverantwortlich. Mein Beruf drängt mich zur Kritik.

Ihre Gedanken drehen sich nicht mehr um Steuern, damit kann man in Deutschland keine Schnitte machen. Heute denken Sie über Freiheit nach, Freiheit der Bürger, des Staates, des Individuums, des Lebens. Diese Freiheit scheint bedroht. Aber ist sie das nicht immer?

Die Freiheit ist ständig bedroht. Deshalb müssen wir sie rechtlich garantieren. Freiheit meint grundsätzlich Unabhängigkeit vom Staat, setzt aber Beherztheit, Mut, Aufgeschlossenheit und Gestaltungswillen voraus. Unser Leben ist heute schön und freiheitsfreundlich organisiert, macht es uns vielfach bequem, lässt deshalb auch den Kampf für die Freiheit ermüden.

Der Staat ermöglicht viel Freiheit, hat aber auch eine große politische und finanzielle Macht, die er selbstbewusst ausübt. Vom Staat geht stets auch eine Freiheitsbedrohung aus. Deswegen brauchen wir die Gewaltenteilung, das Verfassungsgericht, den Bundesrechnungshof. Der Mensch ist nicht nur zum Guten begabt.

Die technische Erleichterung des Lebensalltags, die Befreiung von der täglichen Plackerei, kann auch in der Diktatur gewährt werden und kann nicht als Pluspunkte dem demokratischen Staat zugerechnet werden. Die Freiheit, die wir erreicht haben, ist die Narrenfreiheit und diese ist wie ein Kaugummi, je länger darauf herumkaut, je mehr stellt sich ein fader Geschmack ein. Die Freiheitsmüdigkeit ist ein Ergebnis davon, dass den Menschen nur ein Freiheitsersatz als geistig-seelische Nahrung geboten wird. Wenn Wilhelm von Humboldt

den heutigen Staat betrachten könnte, würde in dem Absatz über diese kommentierende Zeilen stehen: „Der Staat von heute raubt seinen Bürgern ihre Gestaltungsfreiheit.“

... Sie haben die Flüchtlinge und Migranten vergessen!

Die Frage von Flucht und Zuflucht spaltet unsere Gesellschaft. Die einen sehen die persönliche Not der Flüchtenden, die anderen die Störung unseres Gemeinschaftslebens durch Eindringlinge. In der Tat begegnen wir Flüchtlingen, die unsere Lebensverhältnisse nicht kennen, uns Fremdheit und innere Verunsicherung bringen, die teilweise aus Kriegsgebieten kommen, in denen nur der Schnelle und Harte überleben konnte. Wir können diese Menschen nicht unvorbereitet in unsere Freiheit stürzen, sondern müssen sie in diese Freiheit begleiten.

Sie reden der Umerziehung das Wort?

Wir sollten diese Menschen an die Hand nehmen. Vor allem aber werden wir den großen Flüchtlingsbewegungen nur begegnen können, wenn wir daran mitwirken, dass sie in ihrem Herkunftsland wieder Heimat finden. Wir sollten, wenn die Waffen schweigen, Menschen mit Kapital in die Herkunftsländer schicken, die dort Straßen bauen, Schulen und Krankenhäuser errichten, Unternehmen gründen.

Sprechen Sie von Protektoraten?

Die Flüchtenden wollen eigentlich in ihrer Heimat leben, in ihrer vertrauten Umgebung, aber unter Bedingungen, die ihnen eine menschliche Existenz in Freiheit erlauben. Sie müssen die Hoffnung auf ein besseres Leben zurückgewinnen. Wer allenfalls erwarten darf, eine Schale Reis und einen Becher Wasser zu haben in der Gewissheit, dieses wird ein Leben lang so bleiben, fühlt sich in dieser Perspektive erdrückt, in seiner Existenz bedroht. Wir müssen diesen Menschen in ihrer bisherigen Heimat ein Zuhause geben. Das ist human, wirtschaftlich und politisch vernünftig, zudem ein Friedenskonzept, weil der hoffnungsvolle und selbstbewusste Mensch keine Kriege führt. Zudem lösen sich dann unsere Bedrängnisse an unserer Staatsgrenze ohne weitere Anstrengungen.

Dieser Ausschnitt aus dem Interview müsste ich eigentlich dort unterbringen, wo ich Pressemitteilungen zur dem Thema Fremde, Einwanderer und Flüchtlinge unterbringen, wo ich später diese Revue passieren lassen will. Aber es ist auch ein Thema was zu Wilhelm von Humboldts Anliegen gehört. Nach W. von Humboldt ist „die Mannigfaltigkeit, dass das höchste Gut in einer Gesellschaft“. Die Ab- und Zuwanderung aus und in Gesellschaften ist ein Erfordernis, damit sie kulturell, technisch, wirtschaftlich nicht verkalken. Aber wie in der Medizin bei den Giften, ist die richtige Dosis das Problem. Wenn der Arzt nicht gelernt hat

die richtige Dosis zu verschreiben oder zu verabreichen und die Sepsis in den Behandlungsmethoden nicht zu vermeiden weiß, dann hat er seinen Beruf verfehlt. Der weiße Mann (Und hier ist es ein Lob auf die Frauen, die weiße Frau nicht zu erwähnen.) hat bei seinen ungefragten Eingriffen in die Völker dieser Erde weder die Dosis noch die Gefahr der Sepsis beachtet. Und noch in der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart ist es so, dass die erforderliche Dosierung und Vorsicht (Hier mit Einschluss der Frauen.) weder im nationalen, europäischen Bereich noch bei der Globalisierung – die sich wesentlich von dem Freihandel unterscheidet – nicht beachtet und beachtet hat. Der Westen benimmt sich wie ein Arzt, dem sein Einkommen wichtiger ist als die Heilung ihrer Patienten, noch schlimmer, wie ein Arzt, der die Krankheit verursacht, um anschließend mit zweifelhaften Heilungsmethoden daran zu verdienen. Man darf nun die Schuld nicht nur bei dem Arzt suchen, die Eigenverantwortung der Patienten und ihr Versagen, wäre ja auch noch zu beachten. Was ich hier versuche zu verdeutlichen, ist bezogen auf die Massenmigration, das überall die Mannigfaltigkeit, die Vielfalt verloren geht, die ist nicht nur bei der Fauna und Flora eine Überlebensbedingung, sondern auch für den Einzelmenschen wie für die Gesellschaften die er bildet. Der verstorbene Astrophysiker Peter Kafka warnt in seinem Buch „Das Grundgesetz vom Aufstieg“, 1989, (und anderen Veröffentlichungen ⁷⁵) dringend davor, die Vielfalt weiter zu zerstören und diesen Prozess zu beschleunigen. Alles was sich positiv entwickeln soll, braucht kleine Einheiten, damit untaugliche Entwicklungsschritte möglichst unauffällig korrigiert werden können, ohne die jeweilige Gesamtheit einen großen Schaden zuzufügen. Ich gebe die Merksätze wieder, die auf der Rückseite Einbandes zu lesen sind:

1

Verzweiflung angesichts der kranken Welt, Katastrophenstimmung überall, resigniertes Sichfügen in den ökologischen Niedergang, ohnmächtiges Stückwerk im politischen Handeln. Ist diese Diagnose das letzte Wort?

2

Nein! Gier, Dummheit, Trägheit sind die wahren Gründe für den Niedergang, nicht Natur- oder Schicksalsgesetze.

3

Das Wahrscheinlichere in der Evolution von Welt und Mensch ist nicht der Niedergang, sondern der Aufstieg zu Komplexerem und zu Wertvollerem.

⁷⁵ Im Netz ist zugänglich: „Wissenschaft – Opium fürs Volk / Der Astrophysiker Peter Kafka über Forschungsziele 20 Jahre nach der Mondlandung. DER SPEIGEL 29/1989.

Wahrer, die Welt und den Menschen erhaltender Fortschritt ist denkbar.

Die Bedingungen dieses Fortschritts: Vielfalt statt einfältiger Größe, Gemächlichkeit statt rasender Beschleunigung, Selbstorganisation statt zentralistischer Macht.

Ich wollte schon zum nächsten Autoren rüber schwenken, aber ich bin mit Paul Kirchhof (DIE WELT, 20.10. 2017) noch gar nicht zu Ende.

Was ist mit all denen, die mit Freiheit nichts anzufangen wissen? Die sie als Bedrohung empfinden?

Freiheit fasziniert. Wir müssen den Menschen vorleben und sie lehren, wie sie ihre Freiheit nutzen können. Der Mensch wird mit selbstbestimmten Entscheidung glücklicher als durch Fremdbestimmung. Wenn allerdings Menschen ohne Hoffnung leben, muss die kultivierte Gesellschaft sich bewähren durch Trost, Ermutigung, Verbesserung der Lebensbedingungen, Gemeinsamkeit in der Gestaltung des Lebens.

... Ich plädiere sehr für Gelassenheit. Wir verlieren so viel Freiheit durch Aufgeregtheit, durch Empörung, durch Misstrauen. Das Gelingen der freiheitlichen Demokratie wird viel zu wenig thematisiert. Die öffentliche Aufmerksamkeit gilt immer dem Regelbrecher, nicht dem ehrbaren Kaufmann und dem anständigen Bürger. Freiheit muss für die jeweilige Gegenwart neu errungen werden. Das gilt gegenwärtig insbesondere für die Digitalisierung. Wer in seinem PC die Welt lediglich in formatierter, beengter Freiheit wahrnimmt, nimmt sich auf Dauer die Freiheitsluft.

Diese Freiheitsluft! Sie benutzen oft das Wort „beherzt“? Was soll es heißen?

Freiheit fordert den Mut, seinen Verstand zu nutzen. Doch der Mensch folgt nicht nur Vernunft und Logik, er will auch lachen und lieben, tanzen und musizieren, staunen und sich verzaubern lassen. Er will spielen und träumen, auch einmal leichten Sinnes sein und damit seinen Platz im Recht finden. ...

Ich habe weiter oben im Zusammenhang mit dem Hinweis auf die 7 Thesen und deren geistesgeschichtlichen Genealogie zum Thema Eigentum ein Zitat von John Stuart Mill (1806 – 1873 https://de.wikipedia.org/wiki/John_Stuart_Mill) aus „Über die Freiheit“ über das Eigentum eingefügt. Ich wollte Zitat in dem Buch im größeren Zusammenhang lesen. Da aber die Seitenangabe, die Angabe zur Ausgabe des Buches und ein Stichwortregister fehlt, habe

ich den Text dort nicht gefunden. Aber ich bin auf die Stelle zur Bildung gestoßen, von der ich in einem anderen Zusammenhang schon gehört habe. Außerdem fand ich Aussagen von Mill, die bei der Auseinandersetzung mit diesem ganzen Komplex, der von unserer Gesellschaft zu bearbeiten ist, berücksichtigt werden sollte. Ich werde die beiden Auszüge nicht kommentieren, sondern dann zum nächsten Autor übergehen.

... Würde die Pflicht, eine allgemeine Erziehung zu erzwingen, erst einmal zugegeben, dann würden auch die Differenzen, was und wie der Staat lehren sollte, aufhören, die jetzt diesen Gegenstand in ein wahres Schlachtfeld der Sekten und Parteien verwandeln und Zeit und Arbeit, die auf die Erziehung verwendet werden sollten, im Streit um Erziehungsfragen verschwenden. Wenn die Regierung sich vornehmen würde, für jedes Kind eine gute Erziehung zu fordern, so könnte sie sich die Mühe sparen, für eine solche zu sorgen. Sie könnte es den Eltern überlassen, die Erziehung zu beschaffen, wo und wie es ihnen gefällt, sich damit begnügen, die Schulgelder für Kinder ärmerer Klassen zu bezahlen und die ganzen Ausbildungskosten solcher zu decken, die niemand haben, der für sie bezahlt. Die Einwände, die mit Recht gegen staatliche Erziehung erhoben werden, gelten nicht für den staatlichen Zwang zur Ausbildung, sondern richten sich dagegen, daß er selbst die Erziehung leitet - das ist etwas ganz anderes. Daß die ganze oder ein großer Teil der Erziehung des Volkes in den Händen des Staates liegen sollte, weise ich ebenso entschieden zurück wie jeder andere auch. Alles, was ich über die Bedeutung der Individualität des Charakters und die Verschiedenartigkeit der Meinungen und Handlungsweisen gesagt habe, setzt die Verschiedenheit der Erziehung als ebenso unwidersprochen wichtig voraus. Eine allgemeine Erziehung durch den Staat ist lediglich ein Trick, um die Menschen einander genau gleich zu formen, und da die Form, in welche sie gegossen werden, so ist, wie es der herrschenden Macht in der Regierung gefällt - sei es ein Monarch, eine Priesterschaft, eine Aristokratie oder die Mehrheit der vorhandenen Generation -, so stellt sie im Verhältnis zu ihrer Wirksamkeit und ihrem Erfolg eine Zwingherrschaft über den Geist her, die ihrer natürlichen Tendenz nach auch zu der über den Körper führt. Eine vom Staat begründete und beaufsichtigte Ausbildung sollte, wenn überhaupt, nur als eins unter vielen rivalisierenden Experimenten bestehen, als Beispiel und Anregung, um die anderen auf einer gewissen Höhe der Vollkommenheit zu halten. Nur wenn die Gesellschaft wirklich im ganzen so weit zurück ist, daß sie selbst ohne Hilfe der Regierung für geeignete Erziehungsanstalten weder sorgen kann noch will, dann sollte die Regierung allerdings das kleinere Übel wählen und die Sache der Schulen und Universitäten selbst aufgreifen, ebenso wie sie Aktiengesellschaften bilden kann, wo ein für den Aufbau großer Industriewerke ausreichender privater Unternehmensgeist im Lande fehlt. Im großen und ganzen aber werden, wenn im Lande genug Leute vorhanden sind, die unter dem Schutz der Regierung die Jugend ausbilden können, dieselben auch fähig und willig sein, eine ebenso gute Erziehung auf Grundlage der Freiwilligkeit zu geben, wenn ihnen ein Gesetz, das Erziehung zur Pflicht macht, ein Gehalt zusichert und staatlichen Zuschuß für diejenigen, die das Schulgeld nicht bezahlen kön-

nen. ... (Seite 145 f.)

... Der Einwand, den man gegen diese Beweisführung machen dürfte, würde wahrscheinlich folgende Form annehmen: Es liegt keine größere Anmaßung von Unfehlbarkeit in dem Verbot von Verbreitung eines Irrtums als in anderen Dingen, die öffentliche Stellen auf eigenes Urteil hin verantwortlich ausführen. Der Verstand ist dem Menschen gegeben, damit er ihn benutzt. Ist sein Mißbrauch ein ausreichender Grund dafür, seinen Gebrauch überhaupt zu verbieten? Verbieten, was man für schädlich hält, heißt noch nicht den Anspruch erheben, frei von Irrtum zu sein, sondern die uns auferlegte Pflicht zu erfüllen, zwar fehlerhaft, doch nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Wenn wir nie nach unseren Meinungen handeln wollten, weil diese vielleicht falsch sein könnten, dann würden wir alle unsere Interessen unerfüllt, all unsere Pflichten unerledigt lassen. Ein Einwand, den man auf das Ganze unserer Handlungsweise anwendet, mag kein gültiger Einwand bei irgendeinem speziellen Verhalten sein. Es ist Pflicht der Regierungen ebenso wie jedes einzelnen, ihre Meinungen so richtig zu bilden wie möglich, sie sorgfältig zu formen und sie niemals anderen aufzuzwingen, wenn sie nicht ganz sicher sind, im Recht zu sein. Aber wenn sie dessen sicher sind (werden die Einwände lauten), dann wäre es nicht Gewissenhaftigkeit, sondern Feigheit, davor zurückzuschrecken, gemäß diesen Meinungen zu handeln und Lehren, die sie aus ehrlicher Überzeugung als für das Wohlergehen der Menschheit gefährlich erachten - sei es in diesem Leben oder im anderen -, ohne Hemmung sich ausbreiten zu lassen, weil andere Leute in weniger aufgeklärten Zeiten Gedanken verfolgt haben, die jetzt für wahr gehalten werden. Laßt uns dafür sorgen, wird man sagen, nicht denselben Fehler zu machen! Gewiß, Regierungen und Völker haben Fehler gemacht, in anderen Dingen, die unleugbar geeignete Objekte für behördliche Anordnungen sind: sie haben schlechte Steuern auferlegt, haben ungerechte Kriege geführt. Sollen wir nun deswegen keine Steuern erheben und trotz Herausforderungen keine Kriege führen? Menschen wie Regierungen müssen nach bestem Können handeln. Es gibt keine unbedingte Gewißheit, aber es gibt eine Zuverlässigkeit, die ausreicht für die Praxis des Menschenlebens. Wir dürfen und müssen unsere Meinung als wahr für die Führung unseres Lebens unterstellen, und mehr maßen wir uns nicht an, wenn wir schlechten Kerlen verbieten, die Gesellschaft durch Propaganda von Ideen, die wir für falsch und verderblich halten, zugrunde zu richten.

Ich antworte darauf, daß dies doch sich sehr viel mehr anmaßen heißt. Es besteht der größte Unterschied zwischen der Annahme, eine Anschauung sei richtig, weil man, trotz reichlicher Gelegenheit sie zu bekämpfen, sie nicht widerlegt hat, und der, daß sie richtig sei, nur um ihre Widerlegung nicht zuzulassen. Vollständige Freiheit, unserer Meinung zu widersprechen oder sie zu mißbilligen, ist die einzige Bedingung, die uns rechtfertigt, sie als richtig anzunehmen zum Zweck des Handelns; unter keiner anderen Bedingung kann ein Wesen mit menschlichen Fähigkeiten eine vernünftige Sicherheit haben, im Recht zu sein.

Wenn wir die Geschichte der Ideen oder das tägliche Leben der Menschen betrachten - welchem Umstände ist es wohl zuzuschreiben, daß dieser oder

jener nicht schlimmer ist, als er ist? Nicht unbedingt der dem Menschen innewohnenden Kraft des Verstandes. Denn bei irgendeiner Sache, die nicht klar auf der Hand liegt, sind neunundneunzig gegen einen völlig unfähig zu urteilen, und die Befähigung des Hundertsten ist auch nur relativ, denn die Mehrzahl der hervorragenden Köpfe jedes verflossenen Zeitalters hegte manche Ansichten, die heute als Irrtum erwiesen sind, ihrerseits taten und billigten sie vieles, was wir heute nicht rechtfertigen könnten. Wie kommt es dann also, daß im allgemeinen beim Geschlecht der Menschen doch vernünftige Meinungen und vernünftiges Betragen überwiegen? Wenn dies Übergewicht wirklich vorhanden ist - was der Fall sein muß, weil sonst die menschlichen Verhältnisse fast verzweifelt wären und stets gewesen wären -, so dank einer Eigenschaft des Menschengesistes, der Quelle alles Achtenswerten im Menschen als denkendem oder sittlichem Wesen, nämlich: daß er seine Irrtümer korrigieren kann. Er ist fähig, seine Mißgriffe durch Diskussion und Erfahrung richtigzustellen. Nicht durch Erfahrung allein: Diskussion tut not, um zu zeigen, wie die Erfahrung zu deuten ist. Falsche Urteile und Bräuche geben allmählich den Tatsachen und Überlegungen Raum; aber damit ebendiese ihre Wirkung auf den Geist ausüben können, müssen sie vor ihn gebracht werden. Sehr wenige Tatsachen sind imstande, ihre eigene Geschichte zu erzählen, ohne daß man ihre Bedeutung erst erläutert. Da alle Wucht und aller Wert menschlichen Urteils also nur von der einen Eigenschaft abhängt: daß man es berichtigen kann, wenn es falsch ist, so kann man sich nur dann darauf verlassen, wenn die Mittel zur Korrektur stets zur Hand sind. Wie ist es denn gekommen, daß irgend jemandes Urteil wirklich das Vertrauen rechtfertigt? Weil er sich für die Kritik seiner Worte und Taten offen hielt. Weil er auf all das zu hören pflegte, was man gegen ihn sagen konnte, davon Nutzen zog, soweit es angebracht war, und sich, wie gelegentlich auch anderen, die Anfechtbarkeit dessen darlegte, was anfechtbar war. Weil er fühlte, daß der einzige Weg, auf dem ein menschliches Wesen sich der Erkenntnis der Totalität eines Gegenstandes nähern kann, der ist, daß es darauf hört, was Leute der verschiedensten Denkart darüber sagen, und daß es alle Methoden und Denkweisen, ihn zu betrachten, studiert. Kein kluger Mann hat je seine Weisheit auf andere Art erworben, noch liegt es in der Natur des menschlichen Intellekts, auf andere Weise klug zu werden. Die ständige Gewohnheit, seine eigene Erkenntnis durch Vergleich mit der anderer zu verbessern und zu vervollständigen, ist, weit entfernt davon, Zweifel und Zögern bei der Ausführung zu erzeugen, die einzige stabile Grundlage für ein sicheres Vertrauen darauf. Denn genau unterrichtet über alles, was man gegen ihn - wenigstens offen - sagen kann, und nachdem er seine Stellung gegen allen Widerspruch bezogen hat, im Bewußtsein davon, nach Einwänden und Schwierigkeiten gesucht, statt sie vermieden und keinen Lichtstrahl, den man von irgendeiner Seite auf den Gegenstand richten könnte, abgesperrt zu haben: hat er ein Recht anzunehmen, daß sein Urteil besser ist als das irgendeines anderen oder der vielen, die sich nicht einem ähnlichen Prozeß unterzogen haben.

Es ist nicht zuviel verlangt, daß das Vertrauen darauf, was die Weisesten des Menschengeschlechts, die den meisten Anspruch auf Zutrauen zu ihrem eigenen Urteil haben, glauben verbürgen zu können, auch von jener gemischten Gesellschaft einiger Weiser und vieler Toren, Publikum genannt,

geteilt werde. Sogar die unduldsamste der Kirchen, die römisch-katholische, läßt bei der Heiligsprechung einen .Advokaten des Teufels< zu und hört ihn geduldig an. Auch der heiligste der Menschen kann anscheinend jenseits des Grabes nicht zu Ehren kommen, ehe nicht alles, was der Teufel gegen ihn zu sagen hat, erklärt und erwogen ist. Wäre es nicht erlaubt gewesen, sogar das System Newtons in Zweifel zu ziehen, so würde die Menschheit sich seiner Wahrheit nicht so sicher fühlen, wie sie es heute tun darf⁶. Unsere gesichertsten Überzeugungen haben keine verlässlichere Schutzwache als eine ständige Einladung an die ganze Welt, sie als unbegründet zu erweisen. Wenn diese die Herausforderung nicht annimmt oder, falls sie sie annimmt, der Angriff fehlschlägt, so sind wir noch von der Gewißheit weit entfernt, aber wir haben das Beste getan, was der gegebene Stand menschlicher Vernunft zuläßt: wir haben nichts außer acht gelassen, was der Wahrheit eine Chance geben könnte, uns zu erreichen. ... (S. 28 f.)

Der nächste Auszug ist von Friedrich Salzman, ein Schweizer (1915 - 1990)

(https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Salzman) sein Buch heißt

„**Bürger für die Gesetze**“ und wurde 1949 in Bern verlegt. Ich bringe zwei Auszüge:

... Auf die Schilderung persönlicher Erlebnisse habe ich im allgemeinen verzichtet. Das ist bei einem Stoff, der sich der Erziehungsfrage zuwendet, ungewöhnlich. Die pädagogische Literatur operiert gerne mit dem Fall des Knaben A und jenem des Mädchens B. An sich liessen sich «Fälle» auch im Zusammenhang mit meinem Thema beibringen. Aber ich kenne die Schlussfolgerung, die daraus entstünde, zu gut. Sie lautet: Wir brauchen bessere Erzieher. - (Brauchen wir nicht auch bessere Zöglinge?) Um solche Dinge zu wiederholen, schrieb ich dieses Buch nicht. Ich möchte etwas ganz anderes untersuchen, etwas, das ausserhalb der Schulpraxis im engeren Sinne liegt und sogar ausserhalb der unterschiedlichen Eigenschaften von Lehrern und Schülern. Nicht die fähigen Pädagogen den unfähigen gegenüberstellen möchte ich - trotzdem ich beide kennengelernt habe und, was wichtiger ist, trotzdem ich weiss, dass die erziehende Persönlichkeit in ihrem Bereich entscheidender sein kann als jede übergeordnete Regelung. Der Ausgangspunkt meiner Darlegung ist dennoch ein anderer. Ich sage mir, dass die Erzieher, die besten wie die schlechtesten, kommen und gehen; sie sind keine feste Grösse in unserer Rechnung. Nun möchte ich aber gerade das Bleibende untersuchen, die Konstanten der nationalen Erziehung und Urteilsbildung. Das erklärt den Buchtitel, den ich bei Friedrich Schiller entlehnte: «Bürger für die Gesetze». Ich behaupte, dass es der öffentlichen Erziehung um das Ziel der Anpassung des Einzelmenschen an die kollektive Ordnung geht und ich behandle diese Anpassung, soweit sie das Werk der Erziehung ist. Die Methoden, mit denen die Aufopferung des Individuums für den Nationalstaat erreicht wird, sind stetem Wandel unterworfen. Wo es gnädig zugeht, da werden den Zöglingen aller Jahrgänge nur die wichtigsten staaterhaltenden Manieren beigebracht - ich zähle sie später auf - wo es ungnädig zugeht, da erleben wir das «Aufgehen des lumpigen Ich im Massenbewusstsein» (Lassalle), da wird der «Menschenverstand sicher und allgemein verschoben» (Pestalozzi). Das Erziehungswe-

sen der modernen Staaten hat Lykurgus noch nicht überwunden, zu dessen Erziehungsmethoden Schiller in seinen «Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus» ausführte: «Lykurgus begriff wohl, dass es nicht damit getan sey, Gesetze für seine Mitbürger zu schaffen, er musste auch Bürger für seine Gesetze erschaffen. Der wichtigste Teil seiner Gesetzgebung war daher die Erziehung, und durch diese schloss er gleichsam den Kreis, in welchem der spartanische Staat sich um sich selbst bewegen sollte. Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung. - Sobald das Kind geboren war, gehörte es dem Staat. Vater und Mutter hatten es verloren. Es wurde von den Aeltesten besichtigt; wenn es stark und wohlgebildet war, übergab man es einer Wärterin. Sobald ein Knabe das siebente Jahr erreicht hatte, wurde er ihnen genommen und mit Kindern seines Alters gemeinschaftlich erzogen, ernährt und unterrichtet. - Den jungen Spartanern war es verboten, sich zu schmücken, ausgenommen, wenn sie in das Treffen oder sonst eine grosse Gefahr gingen . . . Es war gewiss ein feiner Kunstgriff des Gesetzgebers, etwas Lachendes oder Festliches mit Gelegenheiten der Gefahr zu verbinden und ihnen dadurch das Schreckliche zu benehmen. Er ging noch weiter. Er liess im Kriege von der strengen Disziplin etwas nach, die Lebensart war dann freier, und Vergehungen wurden weniger hart geahndet. Daher kam es, dass der Krieg allein den Spartanern eine Art von Erholung war, und dass sie sich darauf, wie auf eine fröhliche Gelegenheit, freuten. Rückte der Feind an, so liess der spartanische König das Castorische Lied anstimmen, die Soldaten rückten in festgeschlossenen Reihen unter Flötengesang vor und gingen freudig und unerschrocken, nach dem Klang der Musik, der Gefahr entgegen. -- Die Ruhmbegierde erhielt einen immerwährenden Sporn, der Nationalgeist unaufhörliche Nahrung; die Idee von Vaterland und vaterländischem Interesse verwuchs mit dem innigsten Leben aller seiner Bürger».—

Ich lade den Leser freundlich ein, mir zu folgen auf einem Weg, der die Parallelen zu Lykurgus in der jüngeren Vergangenheit entdeckt. Ohne Tendenz machen wir uns nicht auf diesen beschwerlichen Weg: Wir wollen irgendwann einmal den Kreis zu durchbrechen versuchen, in welchem die Nationalstaaten, in teuflischer Selbstherrlichkeit, <sich um sich selbst bewegen> Brauchen wir irgendwelchen Trost? Wir finden ihn darin, dass seit Lykurgus erst rund siebenzig Generationen mit staatlicher Nachhilfe erzogen wurden. Das ist, auf dem Menschheitswege, eine kurze Etappe, die - wenn wir der Vernichtung entgehen - keine bleibenden Schäden hinterlassen wird. Nur muss das Problem, um das es geht, endlich erkannt werden. Nur um das handelt es sich in diesem Buch. Was ich darüber hinaus anrege, hat den Wert eines bescheidenen Beitrages zur Diskussion. ... (S. 9 f.)

... Das bessere Erziehungswesen, das wir brauchen, hat ein unpraktisches Kriterium, an dem man es leicht erkennt: Es kann niemandem aufgezwungen werden. Die Erneuerung der Erziehung ist eine geistig zu lösende Aufgabe; da wird jeder Zwang, auch der gutgemeinte, versagen: Der Apparat, geschaffen um den Zwang auszuüben, wird die guten Absichten, denen er vielleicht dienen sollte, vernichten. Triumphieren wird wieder der Nazigeist. - Vielleicht trägt er rote, vielleicht schwarze, vielleicht noch nie gesehene Far-

ben... Nazigeist aber wird es sein. Dieser Geist kann nur durch einen besseren Geist verdrängt werden. Er wäre da, auch in Deutschland. Aber die Entfaltungsmöglichkeit wird ihm genommen - durch jene, die meinen, man könne geistiges Wachstum durch Behörden organisieren, durch jene, die eine «Reichsidee» irgendwelcher Färbung, einen Nationalismus in Neuauflage, oder vielleicht auch die unverbrüchliche Ergebenheit gegenüber Besatzungsbehörden als höchstes «Bildungsziel» propagieren. Man muss lernen, dass gegen solche Abwege nur ein Kraut gewachsen ist: Verzicht auf die Bestimmung eines allgemein verbindlichen Erziehungszieles durch die zentrale politische Macht, Anerkennung der Eltern als Inhaber der Erziehungskompetenz, Rückweisung jeglichen Erziehungsmonopols und reale Einsicht in die Tatsache, dass ein paar Millionen unterschiedliche Erziehungsünden dem Gedeihen eines Volkes - und seiner Verträglichkeit mit anderen! - förderlicher sind als der Ersatz dieser Unterschiedlichkeiten durch Einheitlichkeit nach irgendeiner Richtung. Die Freiheit in der Erziehung hebt Fehler gegenseitig auf und gibt den Gutgesinnten Wirkungsraum; das Hineinregieren der Staatsmacht in geistige Bezirke wird immer Aufopferung des Menschen für den Staat bedeuten, und auf die Dauer heisst das: Triumph des nationalen Egoismus über die Möglichkeiten menschlich-friedlichen Zusammenlebens.

Freilich wird auch über die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen einer Freiheit der Erziehung noch zu reden sein. Diese Voraussetzungen sind aber im Prinzip für alle Länder die gleichen, so dass sie nicht ins Kapitel Deutschland gehören. ... (Seite 145 f.)

Ich lande jetzt bei **Ivan Illich**, er spielte bei den Alternativbewegten, die dann ein Teil der grünen Bewegung wurde, eine große Rolle. Es gab auch Veröffentlichungen von ihm, die mit **Hartmut von Hentig** korrespondierten. (https://de.wikipedia.org/wiki/Ivan_Illich) (1926 – 2002) (https://de.wikipedia.org/wiki/Hartmut_von_Hentig) Ich füge einen Beitrag von Illich aus dem Kursbuch 24 ein. Der Titel lautet: „**Plädoyer für die Abschaffung der Schule**“. Das Kursbuch ist vom Juni 1971.

Mit dem Glauben an die Schule ist es vorbei. Der Widerstand der Konsumenten der Bildungsindustrie (»knowledge industry«) wächst. Zahlreiche Lehrer und Schüler, Steuerzahler und Arbeitgeber wären froh, wenn sie an die Stelle der Schule etwas anderes setzen könnten. Was sie daran hindert, neue Institutionen zu entwickeln, sind außer einem Mangel an Phantasie das Fehlen einer geeigneten Sprache und eines aufgeklärten Selbstinteresses. Sie vermögen sich keine »entschulte« Gesellschaft vorzustellen, d. h. keine Gesellschaft mit nichtschulischen Erziehungsinstitutionen.

Wohlfahrtsbürokratien nehmen für sich ein berufliches, politisches und finanzielles Monopol auf die gesellschaftliche Phantasie und Vorstellungskraft in Anspruch. Sie setzen die Standards fest, nach denen beurteilt wird, was gut und was durchführbar ist. Dieses Monopol ist die Grundlage der modernen Form der Armut. Jedes noch so einfache Bedürfnis hat, sobald seine Befriedigung institutionalisiert worden ist, eine neue Klasse von Ar-

men und eine neue Definition von Armut und gleichzeitig wachsende Abhängigkeit zur Folge. Vor zehn Jahren war es in Mexiko üblich, daß jemand, der starb, zu Hause starb, und daß er von seinen Freunden begraben wurde. Nur für die seelischen Bedürfnisse trug die Institution Kirche Sorge. Heute ist zu Hause zu sterben entweder ein Zeichen von Armut oder ein Beweis eines besonderen Privilegs. Das Sterben und der Tod fallen in der Regel unter das institutionalisierte Management von Ärzten und Unternehmern.

Den Schülern wird beigebracht, Unterricht für Lernen zu halten, das Durchlaufen der Klassen für Bildung, ein Diplom für wissenschaftliche Befähigung. Medizinische Behandlung wird mit Gesundheitsfürsorge verwechselt, Sozialarbeit mit Verbesserung des Gemeindelebens, Polizeischutz mit Sicherheit, militärisches Gleichgewicht mit nationaler Sicherheit, Postenjägerei mit sinnvoller produktiver Arbeit. Gesundheit, Bildung, Würde, Unabhängigkeit und schöpferische Kraft werden weitgehend identifiziert mit den Leistungen der Institutionen, die den Anspruch erheben, der Förderung jener Zwecke zu dienen. Verbesserungen werden gleichgesetzt mit der Erhöhung der Geldmittel, die für die Verwaltung von Krankenhäusern, Schulen usw. zur Verfügung gestellt werden.

Ob es sich um Reiche oder Arme handelt, die Erziehung zur Abhängigkeit kostet annähernd gleich viel. Die jährlichen Ausgaben pro Schüler in den Slums und in den reichen Vorstädten sind bei zwanzig untersuchten Städten der USA von der gleichen Größenordnung - in einzelnen Fällen überwiegen sogar die für Schüler der Unterklasse. Reiche und Arme sind gleichermaßen von Schulen abhängig, die für ihr Leben bestimmend sind, ihre Weltanschauung prägen und ihnen beibringen, was legitim ist und was nicht. Beide halten selbständiges Lernen für unzulänglich und unverantwortlich, beide sehen in Gemeindeorganisationen, die nicht von staatlich autorisierter Seite finanziert werden, Formen von Aggression oder Subversion. Beiden erscheint infolge ihrer Fixierung auf etablierte Institutionen selbsttätiges Lernen als suspekt. Die fortschreitende Regression der Selbst- und Gemeindetätigkeit ist für Westchester noch kennzeichnender als für den Nordosten von Brasilien. Überall bedarf nicht nur die Ausbildung, sondern die Gesellschaft als ganze der »Entschulung«.

Die wachsende Abhängigkeit von institutionalisierter Fürsorge hat der Hilflosigkeit der Armen, die stets gesellschaftlich machtlos waren, eine neue Dimension hinzugefügt: psychische Ohnmacht, die Unfähigkeit, selbst für sich zu sorgen, selbsttätig zu handeln. Die Bauern auf den Hochebenen der Anden werden von Grundbesitzern und Händlern ausgebeutet; sobald sie sich in Lima niederlassen, verschlimmert sich ihre Lage noch: sie werden von Parteibonzen abhängig und finden keinen Arbeitsplatz, weil sie keinerlei Ausbildung haben. Die moderne Form der Armut schließt außer der Machtlosigkeit den Verhältnissen gegenüber noch den Verlust der persönlichen Wirkungsmöglichkeiten ein. Diese moderne Variante der Armut ist auf der ganzen Welt verbreitet und gehört zu den Ursachen der heutigen Unterentwicklung. Natürlich nimmt sie in den armen und reichen Ländern verschiedene Erscheinungsformen an. ... (Seite 1 f.)

Und nun komme ich zu den GRÜNEN, man wird es kaum glauben, dass die Bildungsfreiheit ihr Thema war. Aber die hier vorgetragenen Gedanken waren tatsächlich bei einem nicht kleinen Teil der Grünen zu Hause. Ökonomisch wurden sie vertreten durch Aktionsgemeinschaft A3W (Anthroposophen und Prager Frühling), von dem Arbeitskreis Dritter Weg (Die Freiwirte im Umfeld von Georg Otto ⁷⁶) und den Ökolibertären. In Bezug auf die Bildungspolitik kamen die Impulse von dem Kulturzentrum Achberg (besonders vertreten durch Wilfried Heidt und Josef Beuys).

(https://anthrowiki.at/Wilfried_Heidt) (<https://www.hdg.de/lemo/biografie/joseph-beuys.html>)

Besondere Impulse kamen durch die grünen Regensburger Kongresse zur Bildungspolitik. Hier war der Hauptakteur Bernhard Bartmann, ein Lehrer, der sich vermutlich im Kampf gegen die Bildungsbürokratie aufgerieben hat. Im Zeitraum des Jahrtausendwechsels habe ich von ihm gehört. Im Netz habe ich von oder über ihn keine Einträge gefunden. Der letzte Text, den ich unter seinen Namen abgeheftet habe, trägt den Titel „World-Forum Bildungsfreiheit“. Ich habe diesen Begriff in eine Suchmaschine eingegeben. Das Ergebnis lautet: „Netzwerk Bildungsfreiheit“.

(http://www.netzwerk-bildungsfreiheit.de/html/munoz_report.html)

Zu den Bemühungen Wirken von Bernd Bartmann lasse ich noch Hinweise folgen. Seien Kernbotschaft war (oder ist): **Die Bildungsfreiheit ist die Mutter aller anderen Freiheiten!** Ob die Gruppe der Ökolibertären hier auch benannt werden müssen, weiß ich gar nicht mehr. Die freiwirtschaftliche Gruppe (Arbeitskreis Dritter Weg) konnte, nicht einmal aus Personal-mangel ihr ökonomisches Anliegen genügend verfolgen, weil sie viel zu sehr mit dem Gelingen der Gründung der GRÜNEN beschäftigt waren. Ich habe aber für einen Bildungskongress der Grünen in Göttingen ein Thesenpapier produziert. Ich setze dazu einen Link: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.11%20OB%20Lt.%20Doku%2011.pdf>

Offener Brief vom 1. Mai 2001/ Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Dokumentation 11 / Seite 1 bis 45 / eigene Texte im Zusammenhang mit der Bildungspolitik

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/84.0%20Bildungssystem%20Titel.pdf>

Die Schwäche unseres Bildungssystems ist die Schwäche unserer Verfassung und unseres Verfassungsbewußtseins / Schreiben an die Niedersächsischen Landtagsabgeordneten und weiteren Empfängern / August 2010

Die Freiheitsimpulse in den GRÜNEN (die ja inzwischen die *Bündnis 90 Grünen* sind) wurden von den Sozialdemokraten und den Marxisten in den GRÜNEN untergepflügt, ohne das

76 Er der Auslöser zur Gründung der GLU > Grüne Liste Umweltschutz < als Vorläufer der Grünen > Sonstige politische Vereinigung zur Europa- wahl < und der GRÜNEN 1980 als Partei.

ein Samen für etwas Besseres gesät wurde. Natürlich nicht aus Boshaftigkeit, sondern weil ihnen offensichtlich – aus welchen Gründen auch immer – die Freiheit Angst verursacht. Und jetzt die Spuren zu den Aktivitäten von Bernhard Bartmann zur freien Bildung ⁷⁷:

**Die Bildungsfreiheit als Grundbedingung für die globale Transformation des Bewußtseins
Auf dem Weg zu einer friedlichen und gewaltfreien Gesellschaft
von Bernhard Bartmann**



Der Ausgangspunkt

In den Regensburger Kongressen zur Neuen Bildungspolitik von 1982 bis 1987, die ich unabhängig und ohne Beeinflussung von staatstragenden bildungspolitischen Verbänden, Gruppen und Verwaltungen/Bürokratien durchgeführt habe, somit auch ohne Subventionen, zeige ich auf, daß die Privatisierung des gesamten Bildungs- und Ausbildungswesens eine große Aufgabe der Jetztzeit ist. Bestätigt werden diese Erkenntnisse durch die gegenwärtigen politischen Ereignisse. Staatlich subventionierte und okkupierte Politik führt zu Stillstand und Rückgang.

DIE GRÜNEN • Kongreß

Zukunftsorientierte Bildungspolitik

EINLADUNG
Freie Schulen – eine notwendige Alternative zum herkömmlichen Schulsystem
17. September bis 19. September 1982
19.00 Uhr 17.00 Uhr

Regensburg – Stadtzentrum
Oberminister - Stiftungsstätte - Oberministerplatz

Verlauf

Freitag, 17.9.82:
19.00 - 22.00 Uhr: Einmündung Regensburger Gruppe
Freizeit - Pädagogik, Teind Schule

Samstag, 18.9.82:
9.00 - 9.30 Uhr: Begrüßung und Einführung
Bildungspolitische Vorstellungen der Grünen
Bernhard Bartmann, Mitglied des Landesvorstandes der Grünen in Bayern
9.30 - 11.00 Uhr: Erziehung im Umbruch der Zeiten
gen an einen humanen Zukunft erlangen?
Zeitperspektiven: Entwicklung einer Strategie: Wie kann man eine humane Gesellschaft bilden?
Prof. Dr. E. Bonemann, Institut für Erziehungswissenschaften an der Universität Münster
11.00 - 12.30 Uhr: "Das neue Menschenbild"
braucht neue Wege der Erziehung!
Prof. Dr. Hubertus Mayrath, Philosoph und freier
Schriftsteller, Oberheim, Rheinland Platz
12.30 - 14.00 Uhr: Mittagspause
14.00 - 17.30 Uhr: Gestaltpädagogik in Lehre und
praktischer Durchführung
- die Schulpraxis "Freie Gesamtschule" (Bauer-
berg/Oberweiser) stellt sich vor. Fünf Mitteilun-
gen berichten über Idee, Aktivitäten, Probleme, Er-
gebnisse

Kontaktadresse: Max Strack, Wolkenstr. 34,
8107 Königsdorf.
- Die Demokratische Kreative Schule: eine Pädago-
gik der Rückbesinnung
Damen und Uta Kagi Romano, Leiter der oben ge-
nannten Schule, 5047 Schellwald/Schweiz

18.00 - 19.30 Uhr: Abendessen
19.30 - 20.30 Uhr: "Die Montessori-Schule, Lei-
stung und unterrichtliche Prinzipien"
Lehrer der Montessori-Schule München
21.00 Uhr - 22.30 Uhr: Rhythmik als Prinzip (Vor-
trag und praktische Vorführung): Frau: Prof.
Hollender, Rhythmikon Institut für rhythmische
Erziehung, Scheidebühnen Str. 102a, 8020 Mett-
lach
etwa ab 22.30 Uhr: Sigrid Froh (Europa, München
gegründet, Vödingen) erzählt das südfranzösi-
sche Märchen "Der Verrückte"

Sonntag, 19.09.82
9.30 - 11.00 Uhr: Grundstoffreferat: "Die Schule
nach der Kinderpsychik"
Prof. Dr. Peter Papp, Kathol. Universität Eichstätt
Bundesminister der Aktion "Humaner Schule"
11.00 - 12.30 Uhr: "Integrative Pädagogik"
Prof. Dr. Hans-Joachim Frey, Institut St. Denis,
Paris und Lehrbeauftragter am Fritz-Peter-Institut für
Integrative Therapie, Düsseldorf
12.30 - 13.30 Uhr: Mittagspause

Die Grünen

Stimmen aus der Öffentlichkeit

Pädagogische Altfragen
Indem die Verfassung die Freien Schulen nicht nur zuläßt, sondern sie ausdrücklich sichert und damit die Grundlage geschaffen hat, auf der das Bundesverwaltungsgericht sogar die Beteiligung des Staates an ihrer Finanzierung verneint, erkennt unser Staatssystem vor allem diese Funktion an. Die Staatstheorie ver-
faßt kann das öffentliche Schulwesen zwar als notwendig für die Sicherung des Rechts auf Bildung an-
sehen, nicht aber als hinderendes Ausdruck über tatsächlichen und vor allem: einen sichereren Teil-
teil des geistigen und politischen Lebens. Gewähr: auch der Staat selbst errichtet hier und dort Modell- und
Vorbildschulen. Aber auch sie bieten kein zureichendes Spektrum. In der Vielfalt des Schulwesens geht es
um ein wesentliches Stück gesellschaftlicher Freiheit, um den verfassungsgemäßen Ausdruck eines
ethischen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft.
Die Freien Schulen sind in der Verfassung verankert. Sie bestehen also nicht, weil der Staat sie gewähren
läßt, sondern sie haben einen von der Verfassung gewährten Anspruch auf Mitgestaltung unsere Bildungs-
wesens."

Professor Dr. Andrea Flixer
Lehrstuhl für Erziehungswissenschaften
an der Universität Tübingen

Aktion Erlebenschule
In Hohenheim gewährleistet die neue Schulgesetz 1981 nach Ansicht des Bildungsrecht-Professors Lutz
Dietz „den Handlungsrahmen der Lehrer durch Verleihung des Rechts auf pädagogisch-administrative
Selbstverwaltung in einem Maße, wie dies Bildung im deutschen Schulwesen noch nie stattgefunden hat".
Außerdem hat der ehemalige Kultusminister Farnern (CDU) durch die von ihm initiierte Aktion Erlebens-
Schule einen wichtigen Anstoß gegeben, den konzeptionellen Regelungsperfektionismus zu reduzieren und die
weiterführende Organisationsform der Schulen zu überdenken."

DDR-Zeitschrift "Die deutsche Beanie"
Abdruck der Rede von Innenminister NRW, Dr. Schöner
In der DDR-Zeitschrift "Die deutsche Beanie" ist kürzlich die Rede des Innenministers von Nord-Rhein-
westfalen, Dr. Herbert Schöner, abgedruckt worden, die er am 23.8.82 anlässlich des Kongresses des Su-
dientzentrums Weiskirchen a.V. gehalten hat. Hier einige Auszüge:
Zur Frage gegen Machtverhältnisse und Normen im bestehenden Staat und das Bestehen noch einer ande-
ren, alternativen" Gesellschaft waren auch entscheidende Impulse der Arbeiterbewegung in ihrer Freiheit."

**Wer in der Demokratie mehr als eine Organisationsform des Staates sieht, wer in der Demokratie die ver-
antwortliche Mitbestimmung und Mitbestimmung der Bürger an allen staatlichen und gesellschaftlichen Pro-
zessen sieht, der muß positiv annehmen, daß Menschen sich nicht länger mit "Systemkritik" begnügen und auf
Reformen von oben warten, sondern aus eigenem Antrieb neue Gedanken des menschlichen Zusammen-
lebens entwickeln werden.**

**Wer wöllte die Bereitschaft zur Übernahme eigener Verantwortung begründen, weil sie der verbreitetsten Mei-
nung: vom Staat allein zu erwarten, entgegenwirkt, der Menschheit, sich lieber verwalten zu lassen, als selbst-
verantwortlich tätig zu sein und mitzubestimmen."**

WER FÖRDERT, DER FÖRDERT!
Sonderkonto "Freie Schule" der GRÜNEN
Bernhard Bartmann
Volksbank Chem
Konto-Nr. 303899 - BLZ 74290000

WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT

Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT besteht aus dem Zusammenschluß
freier Menschen und Gruppen des gesamten Erdkreises.
Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT tritt ein für die Realisierung der
Bildungsfreiheit in allen Ländern der Erde.
Die Bildungsfreiheit beruht auf der Selbstbestimmung der Menschen und Völker, auf
den allgemein gültigen Menschenrechten und auf der uneingeschränkten Freiheit jedes
Menschen. Die Sache nach Wahrheit ist ihr herausragendes Kriterium.
Die Bildungsfreiheit findet ihren sicheren Ausdruck in der Lernfreiheit aller
Menschen ohne Altersbegrenzung oder Einschränkung durch Institutionen und
Organisationen.
Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage für Demokratie sowie für Geistes-, Gewissens-,
Religions-, Informations- und Pressefreiheit. Ihre Realisierung ermöglicht eine freie
Wirtschaftsordnung, die ökologisch und sozial ist und der gesamten Menschheit zu
ihrem Wohl verhilft.
Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT gibt sich keinen juristischen Titel!
Mitglied des WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT ist jede Person und jede
Vereinigung auf dem gesamten Erdkreis, die mit den Zielen übereinstimmt.
Jedes Mitglied ist im Sinne der Ziele des WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT in
Selbstbestimmung und freier Verantwortung aktiv und initiativ.

Mitglieder bezeichnen sich
"MEMBER OF WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT"
mit Angabe des Wohnortes und des Staates, in dem sie leben.

Bernhard Bartmann
(Founder)
gegründet in Berlin am 22. September des Jahres 1991

I realisie Bildungsfreiheit
MEMBER OF WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT

Name, Vorname _____
Wohnort/Land _____ Datum/ _____
Unterschrift _____
Senden an: Bernhard Bartmann, WFBE, Postfach 160117, D-01287 Dresden
Copyright 1991 by Bernhard Bartmann

Da ich nicht genau wusste, wie ich die Kurve von der Notwendigkeit einer freien Bildung zu der dazu passenden Bildungsökonomie bekomme, fiel mein Blick auf einen dicken Wälzer

77 Überschrift, Bild und „Der Ausgangspunkt“ sind aus einem großen Artikel aus einer Zeitschrift „Die andere Realität“, o. D., entnommen

mit dem Titel „*Staat und Gesellschaft in Deutschland*“, 1956, von Theodor Eschenburg. Das Werk von über 800 Seiten aus zweiter oder dritter Hand steht schon lange bei mir im Regal. Ich war fest überzeugt, dass ich da noch nie drin gelesen habe. Als ich jetzt hineingeschaute, um mit etwas Glück auf eine kurze Definition von Gesellschaft und Staat zu stoßen, fiel mir ein anderes Begriffspaar als Buchtitel ein, der auch bei mir im Bücherregal steht. Er lautet „Gemeinschaft und Gesellschaft“, ein Buch über „Grundbegriffe der reinen Soziologie“ von Ferdinand Tönnies. Das Exemplar, welches ich mir mal angeschafft habe, weil ein verstorbener befreundeter Arzt darauf häufiger Bezug nahm, ist aus der vierten Auflage von 1922. Ich habe mich dann gefragt, wer war Theodor Eschenbach, von dem ich nur den Namen kannte? Ich fand dann einen mehrteiligen Artikel im Netz unter:
<https://www.zeit.de/2014/46/theodor-eschenburg-nationalsozialismus-politologe/seite-4>
>Theodor Eschenburg / „Er gehörte nicht zu den Mutigen / Teil 4 von 4: Was bleibt von der prägenden Figur der Politikwissenschaft? < Und dort ist zu lesen:

Eisfeld: Ich halte Eschenburg ja manches zugute in seiner Wirkung auf die frühe Bundesrepublik. Für die Phase des Übergangs vom Untertanen zum Staatsbürger war er wichtig, für diese erste Etappe, in der auf die Demokratie vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer Leistungsfähigkeit geblickt wurde. Sein Staatsbild aber war weder vor noch nach 1933 unproblematisch, und auch nicht nach 1945. Er hat sich ja 1995 im ersten Band seiner Memoiren dazu bekannt, dass er an dem führerdemokratischen Modell Alfred Webers aus dem Jahr 1925 festhalte. Er halte es nach wie vor – O-Ton Eschenburg – für die "optimale Lösung des demokratischen Problems". Dieses Modell sieht keine parlamentarische Kontrolle vor. Die Führung wird in regelmäßigen Abständen gewählt, kann dann aber frei agieren.

Die erste Frage, die mir kam: „Muss man das alles gelesen haben, um mitreden zu können?“ Die zweite Frage war dann: „Gibt es überhaupt jemand, der im > 3. Reich < richtig gedacht und gehandelt hat?“ Die dritte Frage war dann: „Ist es schlimm, wenn ein Hochschullehrer ein bestimmtes Demokratiemodell bevorzugt, auch wenn es sich mit dem praktizierten nicht deckt, solange er seinen Studenten alle möglichen Modelle erläutert?“ Und eine vierte Frage ergab dann noch, als ich feststellte, dass neben den Markierungen der Vorbesitzer auch solche vorhanden waren, wie ich sie meistens mache. „Wie kommt es dazu, wenn ich das Buch gar nicht gelesen habe?“ dabei fiel mir ein Spruch von Lichtenberg ein, denn mir meine Exfrau neulich beim Tee vorgetragen hat, als es gesprächsweise um die Gedächtnisleistungen im Alter ging:

Ich vergesse das meiste was ich gelesen habe, so wie das, was ich gegessen habe, ich weiß aber so viel, beides trägt nichts desto weniger zu Erhal-

tung meines Geistes und meines Leibes bei.

[Georg Christoph Lichtenberg](#)

Da ich den Sinn der Aussage von Lichtenberg wohl im Gedächtnis hatte, aber nicht den genauen Wortlaut, habe ich ihn im Netz gesucht und gefunden. Bei dieser Gelegenheit muss ich dann auch mal sagen, dass die Gedanken und Informationen, die hier zusammen getragen habe, nie von mir niedergeschrieben worden wären, wenn ich nicht den PC zum Schreiben und das Netz zur Quellensuche zur Verfügung gehabt hätte. Es ist also so, dass bei einem Text, wie er hier vorliegt, daran zu denken ist, dass an den Voraussetzungen der Niederschrift sowohl Techniker, Programmierer und Eingebener von Informationen in das Netz neben dem Schreiber mitgewirkt haben. Der Nachteil dieses Verfahrens ist, „dass die Texte leicht zu lang werden“, so lautete eine Klage eines Hochschullehrers über Pflicht- und Examensarbeiten von Studenten. Das Kurzfassen ist anstrengender als das Anfertigen einer Langfassung. Ich selber rede mich damit raus, dass ja keiner meinen Text lesen muss. Aber diese Ausrede hilft mir auch nicht, weil ich ja weiß, dass sie eine Mogelei ist.

Die HAZ berichtet am 16. 10. 2018 unter den Schlagzeilen:

Wie Hawking die Welt sah / In seinem letzten Buch beantwortet der berühmte Wissenschaftler posthum die großen Fragen unserer Zeit

Kurz vor seinem Tod warnte Stephen Hawking immer eindringlicher vor künstlicher Intelligenz (KI) und deren Folgen. Die KI könnte das „schlimmste Ereignis in der Geschichte unserer Zivilisation“ sein, wenn die Gesellschaft keinen Weg fände, ihre Entwicklung zu kontrollieren. „Computer können theoretisch der menschlichen Intelligenz nacheifern und sie übertreffen.“ Das sagte der britische Astrophysiker bei der Technologiekonferenz Web Summit in Portugal Ende vergangenen Jahres, wenige Monate, bevor er starb.

...Hawking beschreibt auch die enormen Chancen der künstlichen Intelligenz, etwa in der Zukunft der Kommunikation: Wenn über Gehirn-Computer-Schnittstellen das menschliche Gehirn mit dem Internet verbunden wird, wären alle Wikipedia-Einträge sofort abrufbereit. Oder ein Avatar, ein Double, das einen Teil unserer täglichen Arbeit übernimmt. ...

Ich betrachte mich durchaus als technikfreundlich und es erstaunt mich immer wieder, was der Erfindergeist zu Tage fördert. Aber selbst in den Chancen mit der künstlichen Intelligenz, die Hawking sah, lauert doch eine große Gefahr. Wenn es nämlich gelingen sollte, so eine Gehirn-Computer-Schnittstelle herzustellen, dann brauchen keine Roboter gebaut werden, dann können die Menschen, die nach irgendwelchen Kriterien ausgesucht werden, zu Robo-

ter gemacht werden. Und die Möglichkeit direkt zu jeder Zeit an jedem Ort mit Wikipedia direkt kommunizieren zu können, würde dann wahrscheinlich bewirken, dass der Mensch gar nicht mehr unterscheiden kann, was er selber weiß und denkt und was ein universelles Nachschlagewerk an Wissen in sich birgt. Der Mensch mit seinen Wissenslücken – die ein Merkmal seines individuellen Menschseins sind – würde nicht mehr er selbst sein. Die Kollektivierung des menschlichen Geistes ist ja jetzt schon durch die Zentralisierung der Wissensvermittlung vorprogrammiert, eine Schnittstelle zwischen Gehirn und Computer, würde diese Entwicklung auf die Spitze treiben. Über die Freiheit des Individuums bräuchten wir dann nicht mehr zu sprechen.

Zurück zu den Büchern:

Ich nenne noch ein paar Titel, die mir im Themenzusammenhang interessant erscheinen. Dann gibt es sicher auch noch wenigstens zwei Dutzend oder mehr Titel, die sich mir noch nicht erschlossen haben, weil sie von mir noch nicht gelesen wurden. Wenn ich noch 50 Lebensjahre vor mir hätte, wäre ich damit auch noch nicht durch, weil ja immer wieder weitere Bücher hinzukommen würden. Ich schätze, dass ich keine 5 Jahre Zeit mehr habe und davon sind vielleicht noch zwei Jahre zum Lesen, weil der Mensch (allgemein) selten mit einem Buch in der Hand stirbt und sogar die Bibel für die letzte Fahrt selten als Ratgeber benutzt wird. Zudem bin ich selber ein langsamer Leser, weil einzelne gelesene Sätze meine Gedanken schon auf eigene gedankliche Wege führen können. Eigentlich wollte ich meinen Enkelkindern noch meine Geschichte als *Leser* erzählen, diese passt hier aber nicht recht her. Nur soviel: Als ich 16jährig als Schiffsjunge auf einem Küstenschiff angeheuert hatte, las ich in einem Schaufenster in Brake an der Unterweser den Hinweis, dass man dort Bücher leihen könne. Da sich bei mir das Gefühl eingestellt hatte, dass alle schönen und interessanten Dinge, die ich sah, nicht für mich seien, habe zurückhaltend gefragt, ob ich denn auch ein Buch leihen könne. Das wurde bejaht, ich müsse nur ein Pfand hinterlegen. Ich wurde dann gefragt, was für ein Buch ich den leihen möchte. Da habe ich geantwortet: „Ein dickes, ich habe das ganze Wochenende Zeit!“ Das war 1950. Später, es war Anfang der 70er Jahre. Klagte Karl Walker – den ich schon erwähnt habe -, ich würde ja nicht lesen. Wie denn auch? Ich arbeitete damals bei der Nord-LB in Hannover. Mit Arbeitszeit, Pausen und Fahrwege waren leicht 12 Stunden vom Tag „verbraucht“. Dann der Einsatz für die FDP, für die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, eine Zeit lang auch noch für die DAG und für die Humanistische Union und zu Hause wartete dann damals meine Frau mit vier Kindern. Anfal-

lende Handwerksarbeiten waren auch zu erledigen, weil für Aufträge an Handwerker kein Geld da war. In der zweiten Ehe mit drei Kindern war die Situation auch nicht viel besser. (Ich muss aber anmerken, dass meine tüchtigen Frauen immer die Situation gerettet haben.) Es ist nur ein wenig übertrieben, wenn ich sage, dass ich mich mehr von den Bucheinbänden inspirieren lasse, als von den Buchinhalten. Ich schreibe das hier jetzt nicht, um zu klagen, schon deshalb nicht, weil das meine Erfahrungen sind, die mir ersparen, Berichte und Bücher über prekäre Lebenssituationen zu lesen, um zu verstehen, was damit gemeint ist. Außerdem: Prekäre Situationen regen besser als gesättigte an, darüber nachzudenken wie weit ein Versagen der Selbstverantwortung und wie weit eine mangelhafte Gesellschaftsgestaltung ursächlich sind. Es wird ja auch berichtet, dass die Wahl für einen Heilberuf, das Erlebnis einer eigenen Krankheit oder die eines geliebten Menschen ist. Warum soll das beim Nachdenken über die Gesellschaft anders sein?

Ich berichte über meine Lesesituation, weil sie eine Lebenssituation widerspiegelt, die für all zu viele Menschen besteht. Politik und Kultur braucht ihre Zeit und auch das nötige Einkommen, um die Kosten zu finanzieren. Und bei der Zeit, die heute die Erwerbsarbeit benötigt und bei der gegebenen Einkommensverteilung und Steuerbelastung, bleibt keine Zeit, Energie und zu wenig Geld für die Kultur und die Politik. Auch hier liegt ein Bedrohungspotential für die Demokratie.

Jetzt noch die angekündigten Buchtitel:

„Weniger Staat / Gegen die Übergriffe der Obrigkeit“ von Leopold Kohr, 1965

(https://de.wikipedia.org/wiki/Leopold_Kohr

„Anarchie Staat Utopia“ von Robert Nozick, o. J. / Anfang der siebziger Jahre erschienen.

(https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Nozick)

„Föderalismus / Die demokratische Alternative / Eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff“ von Karl Hahn, 1975

([https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Hahn_\(Politikwissenschaftler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Hahn_(Politikwissenschaftler))

„Der Staat / eine soziologische Studie“ von Franz Oppenheimer, 1907, 1929, 1990

([https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Hahn_\(Politikwissenschaftler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Hahn_(Politikwissenschaftler)))

„Weder Kapitalismus noch Kommunismus“ / Silvio Gesell und das libertäre Modell Freiwirtschaft“ von Gerhard Senft, 1990

(https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Senft)

„Weniger Politik! Plädoyer für eine freiheitsorientierte Konzeption von Staat und

Recht“ von Daniel Zimmer, 2013

(<https://www.jura.uni-bonn.de/lehrstuhl-prof-dr-zimmer/prof-dr-daniel-zimmer/>)

(https://de.wikipedia.org/wiki/Daniel_Zimmer)

(<https://www.aktuell.uni-bonn.de/wirtschaftsrechtler-prof.-daniel-zimmer-erhaelt-wirtschaftsbuchpreis-2013>)

Damit man nun nicht denkt, ich sei zu einseitig orientiert, erwähne ich noch:

„**Der Sektor** / Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört“ von Michael Hudson, 2016;

„**PostKapitalismus** / Grundrisse einer kommenden Ökonomie“ von Paul Masson, 2016;

„**Die Idee der Gerechtigkeit**“ von Amartya Sen, 2012

„**Weltbeben / Leben im Zeitalter der Überforderung**“ von Gabor Steingart, 2016.

Und „natürlich“ stehen **Karl Marx** neben **Adam Smith**, wie auch **John Maynard Keynes** und **Milton Friedman** und eine Reihe anderer bekannte Ökonomen friedlich nebeneinander bei mir im Bücherregal. Das ist wiederum kein Versuch, mir selber Gelehrsamkeit zu bescheinigen, da habe ich eher ein Mangel zu verzeichnen, sondern ist ein Hinweis auf das Suchen von Generationen von Ökonomen und anderen Gesellschaftsforschern nach dem Stein der Weisen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefüge, aber auch ein Zeichen für den Kampf über die Deutungshoheit, was hier richtig oder falsch ist. Und es ist einfach so, dass neben der Art des Rechts, der Form der Kultur und die Ordnung der Wirtschaft das Erscheinungsbild jeder Gesellschaft geprägt wird, auch darüber, ob ihre Mitglieder eher optimistisch oder pessimistisch, friedlich oder aggressiv nach innen und außen sind. Es ist also gerechtfertigt, dass über alle drei Bereiche – die zusammen alle unsere Handlungen prägen – nachgedacht und geforscht wird. Die große Frage ist, warum die Ergebnisse dieses Forschens in Bezug der Lebenswirklichkeit des Individuum, der Gesellschaft und der Weltgemeinschaft so bescheiden sind.

Ich halte diese drei Bereiche der Gesellschaft nicht wie die Anthroposophen für drei separate Einheiten, die gesondert gestaltet werden müssen, sondern für drei Wirkkräfte, die auf das Individuum (als gesellschaftlich kleinste Einheit) in singuläre oder pluraler Form (auf Gruppen von Individuen) einwirken. Wenn von separaten gesellschaftlichen Einheiten gesprochen werden kann, dann eher von zwei als von drei. Den Staat (das Recht) kann man als die Normgebende und Norm durchsetzende Einheit und die Kultur und Wirtschaft als die innerhalb des vom Recht gesetztem Datenkranzes handelnde Einheit betrachten.⁷⁸ Der Begriff *Gesell-*

⁷⁸ Die Viergliederung von Johannes Heinrichs ist noch ein gesondertes Thema:

schaft ist dann die Klammer, die die Teile – wie die auch gesehen werden – umfasst. Der Staat ist dabei nicht ein Naturprodukt und auch nicht etwas Gottgegebenes, sondern eine Hilfskonstruktion der Gesellschaft, damit gesellschaftliche Kultur und Wirtschaft mit und zwischen Individuen möglich wird. Die Fragen die sich daraus ergeben, die ich auch nicht einfach beantworten, sondern nur darüber nachdenken kann, sind: Wie entsteht eine Gesellschaft, die am Anfang ja keine Struktur und Institutionen haben kann, weil sie ja keine übergeordnete Instanz hat, die ihr diese einfügen könnte? Vermutlich sind es instinktive Kräfte, die wie bei bestimmten Tieren eine Bildung von Herden auslösen. Das, was als Staat, Kultur und Wirtschaft im Zeitablauf realisiert wurde, ist ja wohl auch durch Versuch und Irrtum + Nachdenken und Taten entstanden und bleibt weiterhin im Fließzustand, so, dass die Gesellschaftsmitglieder für einen Zeitraum von einer Generation, vielleicht noch für 100 Jahre im Voraus planen können, nicht aber für einen Zeitraum von z. B. 1000 Jahren oder ein vielfachen davon. Klar zu erkennen ist m. E., dass die Teile einer Gesellschaft eine Funktionseinheit bilden, die in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen und als Gesamtheit den Individuen und den von ihnen gebildeten Gruppen dienen sollen. Die weitere Frage, die sich beim Nachdenken über Gesellschaftsgestaltung einstellt, ist: Wie kommt es eigentlich dazu, das sich in der Gegenwart und im Ablauf der Geschichte, immer wieder das Verhältnis vom Nutzen der Strukturelemente für die Gesellschaftsmitglieder in ein Dienen für die Strukturelemente Staat, Kultur und Wirtschaft umkehrt. Da die Strukturelemente keine Lebewesen sind, muss es präziser schlussfolgernd heißen: Wie kann verhindert werden, das die Strukturelemente nicht als Herrschaftsinstrument weniger Menschen über viele Gesellschaftsmitglieder genutzt werden können. Das ist das eigentliche Thema vom Anarchismus, der eben nicht Gesetzlosigkeit, sondern Herrschaftslosigkeit meint. Bei Mill oder Humboldt habe ich in den letzten Tagen gelesen, dass der Mensch mehr Lust auf Herrschaft als auf Freiheit hat. Wenn das richtig ist, kann die Neigung nicht mit der Moral bekämpft werden, sondern nur dadurch, dass die Strukturelemente so gestaltet werden, das der Wille zur Herrschaft eine Triebkraft zum Nutzen der gesellschaftlichen Gesamtheit wird und sich dort als Freiheit niederschlägt. Alles was zu Knechtschaft führen kann, sollte gemieden werden. Diese Gedanken habe ich nicht aus „Staat und Gesellschaft“ von Eschenburg abgeleitet. Ich sage das, weil ich Eschenburg nicht etwas anhängen will, was er vielleicht nicht gesagt hat, andererseits darf ich ja auch zeigen, dass ich originäre eigene Gedanken habe – wenn das bei diesem Thema überhaupt noch möglich ist.

<http://www.johannesheinrichs.de/> https://anthrowiki.at/Johannes_Heinrichs
https://www.martinbesecke.de/internationales_netzwerk_viergliederung_der_demokratie.htm

Als ich nun noch nachschaute, ob ich bei Ferdinand Tönnies in seinem Buch „Gemeinschaft und Gesellschaft“ seine Definition von Gemeinschaft finden könnte, stieß im Zusatz von 1922 „Aus dem Vorwort der 3. Auflage“ auf eine tröstliche Aussage:

Auch ein bescheidener Schriftsteller darf wohl auf sich anwenden, was ein sehr großer von seinen wissenschaftlichen Bemühungen als Siebzigjähriger schrieb: „Wie wir also hier mit Ernst arbeiten, nicht um unserer selbst, sondern um einer würdigen Sache willen, so verlangen wir, indem wir die Bemühungen anderer anerkennen, auch anerkannt zu sein; wir sehnen uns nach Hülfe, Teilnahme, Fördernis“ (Goethe. „Zwei günstige Rezensionen“ in „Bildung und Umbildung organischer Naturen“), 1819); und, wenn er im „Rückblick“ dann sagt: „In so guten Tagen, die ich dankbar genieße, erinnert man sich kaum jener beschränkten Zeit, wo einem ernstem treuen Bestreben niemand zu Hülfe kam“, so darf auch dies der Epigone sich füglich zu eigen machen.

Tönnies grenzt den Begriff Gemeinschaft von Gesellschaft wie folgt ab:

... Die durch dies positive Verhältnis gebildete Gruppe heißt, als einheitlich nach innen und nach außen wirkendes Wesen oder Ding aufgefaßt, eine Verbindung. Das Verhältnis selber, und also die Verbindung, wird entweder als reales und organisches Leben begriffen — dies ist das Wesen der Gemeinschaft, oder als ideelle und mechanische Bildung — dies ist der Begriff der Gesellschaft. Durch die Anwendung wird sich herausstellen, daß die gewählten Namen im synonymischen Gebrauche deutscher Sprache begründet sind. Aber die bisherige wissenschaftliche Terminologie pflegt sie ohne Unterscheidung nach Belieben zu verwechseln. So mögen doch im voraus einige Anmerkungen den Gegensatz als einen gegebenen darstellen. Alles vertraute, heimliche, ausschließliche Zusammenleben (so finden wir) wird als Leben in Gemeinschaft verstanden. Gesellschaft ist die Öffentlichkeit, ist die Welt. In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich, von der Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde. Der Jüngling wird gewarnt vor schlechter Gesellschaft; aber schlechte Gemeinschaft ist dem Sprachsinne zuwider. Von der häuslichen Gesellschaft mögen wohl die Juristen reden, wenn sie nur den gesellschaftlichen Begriff einer Verbindung kennen; aber die häusliche Gemeinschaft mit ihren unendlichen Wirkungen auf die menschliche Seele wird von jedem empfunden, der ihrer teilhaftig geworden ist. Ebenso wissen wohl die Getrauten, daß sie in die Ehe als vollkommene Gemeinschaft des Lebens (*communio totius vitae*) sich begeben; eine Gesellschaft des Lebens widerspricht sich selber. Man leistet sich Gesellschaft; Gemeinschaft kann niemand dem andern leisten. In die religiöse Gemeinschaft wird man aufgenommen; Religions-Gesellschaften sind nur, gleich anderen Vereinigungen zu beliebigem Zwecke, für den Staat und für die Theorie, welche außerhalb ihrer stehen, vorhanden. Gemeinschaft der Sprache, der Sitte, des Glaubens; aber Gesellschaft des Erwerbes, der Reise, der Wissenschaften. So

sind insonderheit die Handelsgesellschaften bedeutend; wenn auch unter den Subjekten eine Vertraulichkeit und Gemeinschaft vorhanden sein mag, so kann man doch von Handels-Gemeinschaft kaum reden. Vollends abscheulich würde es sein, die Zusammensetzung Aktien-Gemeinschaft zu bilden. Während es doch Gemeinschaft des Besitzes gibt: an Acker, Wald, Weide. Die Güter-Gemeinschaft zwischen Ehegatten wird man nicht Güter-Gesellschaft nennen. So ergeben sich manche Unterschiede. Im allgemeinsten Sinne wird man wohl von einer die gesamte Menschheit umfassenden Gemeinschaft reden, wie es die Kirche sein will. Aber die menschliche Gesellschaft wird als ein bloßes Nebeneinander von einander unabhängiger Personen verstanden. Wenn man daher neuerdings, in wissenschaftlichem Begriffe, von der Gesellschaft innerhalb eines Landes, im Gegensatz zum Staate, handelt, so wird dieser Begriff aufgenommen werden, aber erst in dem tieferen Widerspruch gegenüber den Gemeinschaften des Volkes seine Erläuterung finden. Gemeinschaft ist alt, Gesellschaft neu, als Sache und Namen. ... (S. 3 f.)

Auch, wenn man Tönnies folgt und der Gemeinschaft etwas Naturgegebenes zubilligt und der Gesellschaft etwas Künstliches und Fremdes. In der Gemeinschaft gibt es auch keinen Stillstand. Die Gemeinschaft wird von der Gesellschaft mitgeprägt, wie umgekehrt die Gesellschaft von der Gemeinschaft. Man braucht nur an das veränderte Frauenbild denken, das sich in den Köpfen der Mitglieder von Gemeinschaften und Gesellschaften durchgesetzt hat, und an die Folgen, die es in den definitiv fassbaren Geschlechtergruppen (und den Zwischenformen) bewirkt hat.

Themenwechsel: Ich bin zwar überzeugt, dass bei einer Ortsbestimmung der Gegenwart⁷⁹ und bei der Entwicklung eines neuen Gesellschaftsvertrages alle Themen, die ich hier angeschnitten habe, bedacht oder beraten werden müssen. Aber ich kann nicht erwarten, dass dieses „Protokoll über das Nachsinnen unserer gesellschaftlichen Situation“ mit Begeisterung aufgenommen wird. Ich muss zum Schluss noch ein Thesenpapier im Umfang von wenigen Seiten formulieren, das durch Zuspruch oder Widerspruch auf den langen Text neugierig macht.

Ich mache jetzt noch kurze Kommentare zu weiteren Zeitungsmeldungen. Ich wollte sie schon wegwerfen, weil mir das als ein Zuviel in meiner Gedankenführung erschien und eine Zumutung für die Leser. Aber eigentlich mache ich keinen gedanklichen Zickzack, sondern ich folge nur dem Zickzack der Meldungen in den Medien. Die gedruckten Medienmeldungen haben den Vorteil, dass mögliche Leser dieser Zeilen die Nachricht schon gelesen oder

79 Das ist ein Buchtitel von Alexander Rüstow.

gehört haben und in Gedanken schon selbst eine Wertung vorgenommen haben. Erkennt der Leser hier dann die Nachricht wieder, kann er seine Schlussfolgerungen mit meinen vergleichen. Und diese Methode spart – wie ich schon geschrieben habe – Monologe und macht so etwas wie ein Dialog mit Artikelschreiber (immer in weiblicher und männlicher Form gedacht) möglich. Es folgen mehrere Themen:

Am 1. Oktober 2018 ist unter Kultur & Leben in der HAZ von Geraldine Oetken ein Bericht über eine Ausstellung unter folgender Titel veröffentlicht:

Der Motor der Menschheitsgeschichte

Ein langer Weg: Die Ausstellung „Bewegte Zeiten“ in Berlin erzählt anhand der spektakulärsten Archäologiefunde der vergangenen Jahre die Geschichte der Migration

Zu Demonstration und als Futter für die Augen wird die Himmelscheibe von Nebra in Sachsen-Anhalt gezeigt. Hier wurde nachgewiesen, dass die verwendeten Materialien von weit her kommen. Ich bringe 3 Ausschnitte und hinterher meinen Kommentar:

Wenn ein Mensch geboren wird, gilt sein erster Drang der Bewegung: Schon ein Baby streckt die Beine, dann lernt es, sich zu drehen, zu krabbeln und schließlich zu laufen - schon ist der Mensch nicht mehr an einen Ort gebunden und sichert sich sein Überleben. Ein Erwachsener schafft es, zu Fuß etwa 30 Kilometer am Tag zu überbrücken. In weniger als einem Monat kann man von Flensburg nach München laufen. Wie groß der Einfluss menschlicher Bewegung schon seit Anbeginn der Zivilisation auf die Kultur war, zeigt die Ausstellung „Bewegte Zeiten“, die jetzt im Gropius-Bau in Berlin zu sehen ist. ...

... Die Ausstellungsmacher haben vier Schwerpunkte festgelegt: Es geht um Mobilität, Konflikte, Austausch und Innovation. „Der Mensch ist ein Wanderer. Dafür ist er gebaut“, , sagt Matthias Wemhoff, Leiter der Ausstellung und des Museums für Vor-und Frühgeschichte in Berlin. ...

... Der Besucher soll sich von der Idee loslösen, dass wir gerade in besonders bewegten Zeiten leben. Die vernetzte Welt ist nichts besonders Neues.

Dabei war die Geschichte Europas oft auch eine blutige: Am Harzhorn, am Westrand des Harzes, kämpften Römer und Germanen um die militärische Vorherrschaft im Norden. Auch von diesen Schattenseiten von Populationsbewegungen erzählt die Ausstellung.

Wer die Schau besucht, kann sich kaum noch Horst Seehofer anschließen, der das Wort von der Migration als Mutter aller Probleme geprägt hat. Der Berliner Blick zurück vermittelt vielmehr einen ganz anderen Eindruck: Migration ist die Mutter aller Entwicklung. Alle gezeigten Objekte wurden in Deutschland gefunden. Und doch erzählen sie nicht von Deutschland, son-

dern von Europa und der Welt darüber hinaus. ...

Die Wahl der Zeit und die Art des Berichtes machen auf mich Eindruck als solle hier eine Beruhigungspille für die Protestler gegen die Zuwanderung von Flüchtlingen verabreicht werden. Es scheint mir so, als würde hier ein ernsthaftes und interessantes Thema zu Propagandazwecke missbraucht. Der Bericht klingt so, als würde man Menschen, die sich vor Wohnungseinbrüchen fürchten, sagen, sie sollten sich nicht so aufregen, denn Wohnungseinbrüche habe es schon immer gegeben.

Natürlich ist es so, das der Mensch ein wandernder Mensch ist, dabei sind die Motive für seine Wanderslust ganz unterschiedlicher Art. Die Neugierde und die Lust auf den Handel mit anderen Völkern hat wohl schon immer gegeben. Aber die Not, der Hunger, die Vertreibung, der Raub und der Mord und die Unterwerfung andere Völker waren ebenfalls Auslöser von Wanderungsbewegungen. Man kann zu dem Schluss kommen, dass die Europäer jetzt klaglos hinnehmen müssen, was sie anderen Völkern angetan haben, vor allem in Nordamerika, von wo aus die USA ihren Anspruch auf Weltherrschaft geltend machen - den sie aber in Zukunft immer weniger durchsetzen können.

Die Politiker – die keine Lügner sein wollen - und die Medien - die keine Lügenpresse sein wollen - sind wenigstens zum Teil darauf ausgerichtet, dem Volk auf diese Weise ihr demokratisches Selbstbestimmungsrecht auszureden und ihm einzureden, es hätte keine Wahl, es müsse alles Geschehen passiv und opferbereit hinnehmen. Da diese Haltung von den Menschen, die in Deutschland leben, nicht von Kindesbeinen eingeübt worden ist, wird die jetzt betriebene Politik am Ende zu einem europäischen Bürgerkrieg oder zu einem neuen Weltkrieg mit Opfern führen, die zahlenmäßig das Mehrfache der ersten beiden Weltkriege übersteigen wird. Wer nicht will, dass diese Aussichten Realität werden, der muss sich jetzt um eine Alternative – und damit ist nicht der Protest in Form der AfD gemeint – kümmern. Die Eckpunkte des Suchfeldes, in dem wir Lösungen für die Weltkonflikte suchen müssen sind für mich durch die Aussagen von Silvio Gesell und Peter Kafka, die auch eine Bedingung für die Gültigkeit der allgemeinen Menschenrechte sind, deutlich benannt worden: Jeder Mensch – unabhängig von Rasse, Religion und sonstigen Merkmalen hat einerseits nicht nur Anspruch auf den Flecken an Boden wo er geboren wurde, sondern auf die ganze Erde und andererseits hat der Aufstieg der Menschheit und der Erhalt der Natur - die er zum Leben braucht - die Bedingung der Wirkungseinheit Vielfalt, Gemächlichkeit und Selbstorgani-

sation. Die Vielfalt muss sich in der Vielzahl autonomer überschaubarer Einheiten offenbaren und nicht durch das Kunterbunte in wenigen zentralistischen Staaten.

Soweit war ich gestern Abend gekommen, als vor dem Schlafengehen noch den E-Mail-Post-Eingang kontrollierte. Unter dem Eingang war die Zusendung von einem Freund mit einer Datei auf der folgende lange Bericht zu lesen ist:

WELT + UN-FLÜCHTLINGSPOLITIK
Der Migrationspakt – eine Einladung an alle?
Stand: 26.11.2018 | Lesedauer: 27 Minuten
Von **Stefan Aust**, Helmar Büchel

Ich füge nachfolgenden Abschnitt aus dem Bericht ein:

Medien sollen beeinflusst werden

Bei Punkt 14 geht es dann um „Verbesserung des konsularischen Schutzes“, Punkt 15 behandelt die „Gewährung des Zugangs von Migranten zu Grundleistungen“, Punkt 16 die „Verwirklichung der vollständigen Inklusion und des sozialen Zusammenhalts“ und Punkt 17 die „Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung der Migration“.

Auf den folgenden Seiten des Pakts, der die einzelnen Punkte unter der Überschrift „Ziele und Verpflichtungen“ detailliert darstellt, steht dann genauer, wie die Autoren sich das „unter voller Achtung der Medienfreiheit“ vorstellen: „durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen“, durch „Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung“ und durch „Einstellung der öffentlichen Finanzierung oder materiellen Unterstützung von Medien, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern“. Es geht also um die Beeinflussung der Medien.

Wie so etwas – in einem eher milden Fall – aussehen könnte, zeigte das federführende Auswärtige Amt kürzlich bei einer Anfrage des Berliner „Tagespiegels“, der wissen wollte, welche Kompromisse das Amt in Bezug auf seine ursprünglichen Verhandlungspositionen eingegangen sei. Das Auswärtige Amt verweigerte die Antwort, und ein Sprecher erklärte, nähere Informationen dazu würden gegenüber Medienvertretern ausschließlich vertraulich und nur „im Hintergrund“ erfolgen.

Mit diesem Vorgehen, auf das sich das Auswärtige Amt regelmäßig zurückzieht, macht das Ministerium den Medien behördlich so bezeichnete „Verwendungsvorgaben“ für Informationen. Im Klartext heißt das: Informationen gibt es nur, wenn der Journalist im Sinne des Amtes schreibt. Es ist offenbar eine sehr eigene Form der Pressefreiheit, die hier unter „voller Achtung der Medienfreiheit“ behördlich reglementiert werden soll.

Am 2. Oktober 2018 stand in der HAZ folgender Bericht aus dem ich Auszüge bringe:

... Wirkung politischer Leitideen - 173 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018

Wir müssen reden

28 Jahre nach der deutschen Einheit ist vielerorts in Deutschland eine neue Sprachlosigkeit zu spüren. Eine Künstlerin hat sich zur Aufgabe gemacht, dies zu ändern. Seit vier Jahren reist sie durch Ostdeutschland und lädt Menschen zum Gespräch ein. Sie hat einiges über das Land erfahren.
Von *Jan Sternberg*

Jhr alter postgelber VW-Bus fällt auf. Mit dem 30 Jahre alten Gefährt reist Kathrin Ollroge durch Ostdeutschland. Wenn sie ankommt, in Tribsees, Klötze oder Radebeul, holt sie die Requisiten aus dem Bus: eine Holzkonstruktion, die einen offenen, zugleich aber geschützten Raum ergibt. Darin Sessel, ein Tisch, Kunstrasen, Kaffee und Kuchen. Es soll ein „Raum für Gedanken“ sein, den Ollroge auf den Marktplätzen und in den Wohngebieten in Ostdeutschland aufbaut. Die Potsdamer Künstlerin und Fotografin ist eine Handlungsreisende gegen die Sprachlosigkeit. Sie will mit den Menschen reden. Und zuhören.

Wer bei ihr Platz nimmt, bekommt Zeit zum Erzählen. Kathrin Ollroge schreibt mit, fragt nach, aber sie wertet und diskutiert nicht. So öffnen sich oft auch die Skeptischen. Acht, zehn oder mehr Gespräche führt sie pro Tag und kennt inzwischen die Sorgen von heute und noch besser die unbewältigten Fragen des Gestern. Die ganz Alten berichten, was sie als Kinder bei Kriegsende sehen mussten. Die etwas Jüngeren sprechen von den Gesundheitsgefahren im DDR-Chemiedreieck, oft von den Brüchen in ihren Lebensläufen nach der Wende oder den unwillkommenen Einwanderern Wolf und Biber. Die ganz Jungen sprechen manchmal davon, dass sie wegziehen wollen, irgendwohin, wo richtig was los ist. Öfter aber erzählen sie von der Jugendfeuerwehr und den Baumhäusern im Wald.

Seit vier Jahren ist Ollroge unterwegs, alle fünf Ost-Bundesländer hat die 48-Jährige mit ihrem Bus bereist, viele Hundert Gespräche geführt. Nächstes Jahr will sie auch die alten Länder bereisen, bisher fehlte die Zeit, schließlich ist sie mehr oder weniger solo unterwegs. Für ihr Projekt und ihr Engagement erhält die Potsdamerin am Dienstag im Schloss Bellevue von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Bundesverdienstkreuz. ...
... Einer gestern vorgestellten Studie des Wissenschaftszentrums Berlin zufolge ist knapp jeder dritte Wahlberechtigte (30,4 Prozent) in Deutschland populistisch eingestellt. Das sind 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Als Populismus definieren die Forscher „Anti-Establishment“, „Pro-Volkssouveränität“ und „Anti-Pluralismus“. Es sind beunruhigende Befunde. Wo findet sich also noch eine gemeinsame Ebene, wo die Bereitschaft, miteinander zu sprechen? Die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie unversöhnlich sich die Pole in der Gesellschaft plötzlich gegenüberstehen können. ...

... Wer in diesen Tagen über den Osten redet, spricht über Trotz, Abgrenzung und die Rückkehr der Angst der Neunzigerjahre. Dabei geht es eigentlich um das ganze Land. „Die Ostdeutschen als Avantgarde“ nannte der Berliner Soziologe Wolfgang Engler schon vor 16 Jahren einen Bestseller zum Thema. Und auch heute bekräftigt Engler: „Im Osten kann man wie im

Brennglas beispielhafte Prozesse beobachten ...

Was Kathrin Ollroge gemacht hat und vielleicht noch macht, finde ich gut, denn die heutige Wahrnehmung der Welt mittels Medien haben uns zu häufig verlernen lassen das direkte Gespräch mit den Nachbarn, den Kollegen, den Mensch auf der Straße zu suchen und zu führen. Durch das ständige Eindringen von medienvermittelten Informationen sind wir im gewissen Sinn sprachlos geworden. Sich auf dem Marktplatz mit wenigen Utensilien hinzusetzen und Menschen zum Gespräch einzuladen, müsste tausendfach erfolgen. Denn solche Gespräche haben auch die Funktion der Klagemauer. Denn erst dann, wenn ein Mensch seine Klage aussprechen konnte, ist er frei nach rationalen Lösungen für seine und anderer Leute Probleme zu suchen. Ich habe überlegt, wie Kathrin Ollroge 4 Jahre lang diese Arbeit finanziert hat. Wenn sie in dieser Zeit von Hartz IV gelebt haben sollte, dann hat sie unserer Gesellschaft eine erstaunlich gute Gegenleistung dafür erbracht. Ob es gut ist, dass sie vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier für ihre Arbeit das Bundesverdienstkreuz erhalten hat, weiß ich nicht so recht. Das liegt nicht daran, dass Frau Ollroge eine solche Auszeichnung nicht zu gönnen ist, sondern daran, dass sich die Repräsentanten des Staates mit solchen Auszeichnungen ein Wohlverhalten der Bürger erkaufen (wollen). Im Grunde müssten die Ordensverleihungsprozesse andersherum laufen. Bürger müssten die Repräsentanten des Staates auszeichnen, wenn sich diese die Auszeichnung aus der Sicht der demokratisch verfassten Bürgerschaft verdient haben.

Das Ärgerliche kommt in dem Bericht (Wir müssen reden) von Jan Sternberg zum Ausdruck, wenn er berichtet:

> Als Populismus definieren die Forscher „Anti-Establishment“, „Pro-Volkssouveränität“ und „Anti-Pluralismus“. < Da der Begriff *Populismus* vorwiegend nur noch dazu dient, in der Flüchtlingsfrage anders als die Regierung denkende Bürger zu diffamieren, sollten Wissenschaftler diesen Begriff nicht mehr als Zustandsbeschreibung unserer Gesellschaft benutzen. Und dann beachte man die genannten Begriffsmerkmale für Populismus. Die Bürger haben einen berechtigten Grund sowohl mit dem Bundestag wie auch mit der Bundesregierung unzufrieden zu sein, da es fast unmöglich ist diese Unzufriedenheit den Verantwortlichen direkt mitzuteilen, ist das allgemeine Geschimpfe auf die da oben, unvermeidbar. In dem Begriff „Pro-Volkssouveränität“ kann man sicher auch etwas Demokratiefeindliches verstecken, wenn unausgesprochen gemeint wird, das Volk solle sich einen starken Führer wählen, der die „Quasselbude“ dicht macht. Aber es ist doch nicht zu leugnen, dass das politische Es-

tablishment 99 % der Mitglieder unserer Gesellschaft trotz Wahlen politisch entmündigt hat. Ohne Souveränität des Volkes können wir doch überhaupt nicht von einer Demokratie sprechen. Und der Begriff „Anti-Pluralismus“ ist doch einfach verlogen, weil er auf die falsche Bevölkerungsgruppe angewendet wird. Diejenigen, die ihn anwenden, um andere Bürger zu diskriminieren, setzen sich ja nicht für plurale Erscheinungsformen von Menschengruppen und Verhaltensmuster ein, sondern für einen Einheitsbrei, der die Pluralität unterschiedlich geprägter Gesellschaftsformen ausschließt. Das Bunte ist nicht mehr Ausdruck des freien Willens der Mitglieder einer Gesellschaft, sondern seine aufgezwungene Uniform. Ich erinnere daran, das Ghetto war nach jüdischen Quellen, nicht etwas Aufgezwungenes, wie es meistens in Lexika-Einträgen heißt, sondern eine von den Juden gewählte Lebensform, um ihr kulturelles Erbe als Volk ohne Land bewahren zu können.

Der letzte von mir zitierte Absatz aus dem Bericht von Jan Sternberg mit dem Stichwort „Die Ostdeutschen als Avantgarde“⁸⁰ trifft den Sachverhalt wohl richtig. Die Ostdeutschen haben Grund sich widerständig gegen eine fünfte politische Umerziehung in 100 Jahren zu wenden. Vom Kaiserreich auf die Weimarer Republik, von dieser auf das Dritte Reich, dann der Wechsel zur DDR, von diesem System mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ ihr Marsch in Richtung BRD-alt. Von dort hallt ihr der Gegenruf „Nein! Wir, die westliche bestimmende Politikerriege sind das Volk entgegen. Dann wurden die ehemaligen DDR-Bürger in die BRD-neu ohne wesentliche Mitwirkung eingefügt. Und noch haben sie sich mit der neuen Situation nicht ganz abgefunden und Trost in einem eigenen Verständnis von Deutschsein gesucht und schon wird ihnen eine Multikulti-Gesellschaft aufgezwungen. Wenn sich hier kein Widerstand regen würde, müsste man doch annehmen, dass die Bürger Ostdeutschlands auf dem Weg durch die Geschichte ihren eigenen politischen Willen verloren haben und damit für eine Demokratie nicht mehr zu gebrauchen sind.

In der HAZ vom 11. Oktober 2018 ist folgender Bericht von Matthias Koch zu lesen:

Globalisierung, Heimat und „Hitler light“

Historiker sehen in einem Aufsatz von Alexander Gauland Muster von 1933 - während der AfD-Chef just für diesen Text ausnahmsweise Beifall von links bekommt

Die da oben glauben, sie können machen, was sie wollen. Aber jetzt rücken

80 Und das wir ja immer gemahnt werden, unsere Geschichte nicht zu vergessen, müsste man hier doch von den neuen Ostdeutschen oder ehemaligen Mitteldeutschen sprechen.

wir hier unten endlich mal zusammen! So haben Populisten, Trommler, Führer und Verführer aller Couleur stets geredet. Und so reden sie bis heute.

AfD-Chef Alexander Gauland hat mit seiner jüngsten Elitenkritik ein extrem widersprüchliches Echo hervorgerufen. Während ihm der linke Publizist Jakob Augstein Beifall zollt- sein Text sei „nicht nur böse, sondern auch klug“ -, sehen Historiker Parallelen zu einer Rede Adolf Hitlers vor Arbeitern in der Berliner Siemensstadt im Jahr 1933.

Gauland hatte als Gastautor in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) den Eliten Heimatlosigkeit vorgeworfen: „Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie den UN, in Medien, Start-ups, Universitäten, Stiftungen, in Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor. Ihre Mitglieder leben fast ausschließlich in Großstädten, sprechen fließend Englisch und wenn sie zum Jobwechsel von Berlin nach London oder Singapur ziehen, finden sie überall ähnliche Appartements, Häuser, Restaurants, Geschäfte und Privatschulen.“

Dieser „globalistischen Klasse“ stehen nach Lesart Gaulands zwei Gruppen gegenüber, die jetzt in der AfD eine Allianz eingehen: „die bürgerliche Mittelschicht, zu der auch der wirtschaftliche Mittelstand gehört, der nicht einfach seine Unternehmen nach Indien verlagern kann, um dort besonders billig zu produzieren; zum anderen viele sogenannte einfache Menschen, deren Jobs oft miserabel bezahlt werden oder nicht mehr existieren, die ein Leben lang den Buckel krumm gemacht haben und heute von einer schäbigen Rente leben müssen. Das sind zugleich diejenigen, für die Heimat noch immer ein Wert an sich ist und die als Erste ihre Heimat verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Einwanderer strömen.“

Ich denke, es ist die Aufgabe des politischen Journalisten, Schwächen in Reden von Politikern offenzulegen und Verzerrungen der Wahrheit in der Propaganda von Parteien zu benennen. Natürlich dürfen auch Stärken in der Argumentation hervorgehoben werden. Aber die Kritik sollte selber nicht zur Propaganda für oder gegen eine Partei oder ihre Mitglieder verkommen.

Zum Ersten: Aus dem Bericht von Matthias Koch kann man aber schließen, Hitler sei zur Macht gekommen, weil er Reden gehalten hat, wie die zitierte von Alexander Gauland. Dieser sei latent so gefährlich, weil er Reden hält, wie sie einst Hitler gehalten hat. Solche Beweismuster benutzt gerne die Antifa und sie ist dabei nicht zimperlich. Ich lege mich hier aber nicht für Gauland ins Zeug, sondern für eine saubere Berichterstattung. Dass Hitler als Redner eine Anziehungskraft auf seine Zuhörer hatte, ist bekannt. Aber er ist nicht wegen seiner Reden zur Macht gekommen, sondern weil vorher die demokratischen Parteien die Mitglieder der deutschen Gesellschaft sozialökonomisch in die Verzweiflung getrieben haben. Und Hitler aufgrund dieser Tatsache, den Deutschen als Retter erscheinen konnte. Auch

die AfD hätte bei uns für ihren Aufstieg keine Chance gehabt, wenn die anderen Parteien eine Politik betrieben hätten, die die Bedürfnisse einer großen Mehrheit der Bürger befriedigt hätte.

Zum Zweiten: Keine Politiker, weder ein werdender Diktator - wie in der Vergangenheit Hitler - noch der edelste Demokrat in der Gegenwart kann in seinen Reden die Bedrückungen seines Publikums unberücksichtigt lassen. Und das Spiel mit der Hoffnung, der Angst und den Schuldzuweisungen gehört doch zum Standardrepertoire der Politiker aller Parteien.

Zum Dritten: „Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie den UN, in Medien, Start-ups, Universitäten, Stiftungen, ...“ Dazu gehören die Leute, über die Stefan Aust und Helmar Bücher in dem weiter oben zitierten Artikel auch berichten. Und der Großteil dieser Menschen, die für internationale Kapitalgesellschaften arbeiten, sind – soweit man ihrer Tätigkeit eine Destruktivität nachsagen kann – selber Getriebe, die nicht aus Lust andere Menschen die Heimat vermiesen wollen. (Da sollte Gauland und alle anderen Sorten von Globalisierungskritiker genauer hinsehen.) Man kann nicht den Kapitalismus schützen wollen, um sich dann darüber wundern, was dieser aus unserer Welt macht. Und linke Strategien zur Überwindung der Globalisierung des Kapitalismus reichen nicht weiter, als den Privatkapitalismus in einen Staatskapitalismus zu transferieren.

Zum Vierten: Warum sollen Linke keine Gemeinsamkeiten mit Rechte haben und beide politische Formierungen nicht mit der von vielen politischen Gruppen angestrebten politischen Mitte? Wenn sie keine Gemeinsamkeiten hätten, wäre es doch z. B. sinnlos zusammen in einem Parlament zu sitzen. Journalisten dürfen auch das Gemeinsame bei streitenden politischen Kontrahenten erkennen und darüber berichten, ob sie diese gut oder schlecht finden. Das Verbindende hat über alle Parteigrenzen hinweg seine Wirkungen, sowohl im Guten wie auch im Bösen. Ein Beispiel für das gemeinsame Böse ist der Verrat des Grundgesetzes im Einigungsprozess von DDR und BRD und die Vorenthaltung der Souveränität des Volkes als Verfassungsgeber.

Essay Mitte als Bewegung

Vielparteiensysteme sind kaum noch handlungsfähig. Die Zukunft liegt in modernen Plattformen wie Emmanuel Macrons En Marche. Für einen Par-

teienstaat wie Deutschland keine leichte Sache

DIE WELT (Forum 20. Oktober 2018 / Auszug) von Andreas Barthelmess

... Die Rethorik gegen AfD und andere Feinde der liberalen Demokratie ist altbacken-moralisierend, nicht eindrucksvoll. Die EU belegt Nietenhosen und Wiskey made in USA mit Strafzöllen, statt endlich Maßnahmen gegen die Tech-Giganten zu ergreifen, die so gut wie steuerfrei und unreguliert ihre kulturprägenden Monopole in Europa ausrollen.

Die Politik ist gefangen in der Logik der Vergangenheit. Und das heißt: der Logik der Parteien. Galt bisher der Parteienstaat mit Verweis auf die Weimarer Republik im Mainstream der Politikwissenschaften als verlässliches, demokratisches Integrationsangebot, wird er heute zur Gefahr. Denn wie der Fall Maaßen gezeigt hat, fördert die Parteienlogik faule Kompromisse. Sie sind zwar verwaschen, aber stinken deswegen nicht weniger zum Himmel. Das steigert die Politikverdrossenheit. Entscheidungsprozesse sind in Parteien aufgrund komplizierter Machtverschränkungen zäh. Zu langsam reagieren die Parteien auf die Herausforderungen unserer beschleunigten Gegenwart. Das schreckt dringend benötigte politische Talente ab.

Die Zersplitterung des Parteiensystems mit zukünftig sechs oder mehr ähnlich großen Parteien verschärft diese Situation noch. Regierungsbündnisse mit drei Parteien werden mehr Kompromisse schließen müssen als Regierungen mit zwei Parteien. Zugleich nehmen durch Echo-kammereffekte in den sozialen Netzwerken Selbstgerechtigkeit und Egoismus ihrer politischen Milieus zu. Sie sind immer unzufriedener mit ihren eigenen Kompromissen.

Waren Staat und Parteien bislang eng verknüpft, suchen Menschen heute weltweit einen starken Staat und zugleich eine personelle politische Erneuerung. Dabei sind Einzelpersonen im Vorteil gegenüber Parteien, weil sie den Aufbruch klarer repräsentieren - negativ wie positiv. Trump agitiert gegen das Establishment, obwohl er es als Republikaner eigentlich vertritt. Macron schuf mit „En Marche“ eine unverbrauchte Plattform. So können sich laut Forsa 57 Prozent der Deutschen vorstellen, ein deutsches En Marche zu wählen.

Während Präsidentsysteme und Mehrheitswahl den Kandidatenkompromiss unmittelbar erzwingen (Macron oder Le Pen) und so die Selbstwirksamkeit des Bürgers maximieren, delegiert der Parteienstaat den Kompromiss an die Parteien. Nicht das Wahlergebnis entscheidet über die Regierung, sondern ein Bündnis aus Parteien. Dabei gilt: je mehr Parteien, desto mehr Bündnisoptionen. Am Ende ist die Zahl der Enttäuschten umso größer. Das lähmt die Politik. Tatsächlich war das in Staaten wie Deutschland, Spanien und Italien aufgrund der Diktaturerfahrung so gewollt. Heute jedoch gereicht es ihnen zum Nachteil. Das präsidentiale System und das stark personalisierte Mehrheitswahlrecht sind für das disruptive Zeitalter besser gewappnet. Sie machen den politischen Prozess direkter und einfacher als bei Koalitionsregierungen mit immer mehr Parteien.

Komplizierte Vielparteiensysteme blockieren sich selbst. Die Zukunft liegt in flexiblen und mobilen digitalen Plattformen wie En Marche. Ähnlich hatte es schon die Piratenpartei gesehen. Doch als Tech-Nerds in Trekkingsandalen hatten sie keine Chance, in der Mitte der Gesellschaft gehört zu werden. In dieser Mitte warten heute die ehemaligen Wähler der Volksparteien auf neue politische Angebote und Mitwirkungsformate. Wer das System „Demokratie“ bewahren will, muss das Betriebssystem „Parteienstaat“ infrage stellen. Die Zukunft ist auch politisch digital.

Der Autor ist Start-up-Unternehmer und Politikberater. Er ist Mitglied des Club of Rome Deutschland und Gründer des Thinktanks 30 Deutschland.

Das ist eine Stimme mehr, die die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik artikuliert. Aber wer soll den Wählern der Mitte ein neues Angebot machen? Die Parteien, die den Alltag der Bürger Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt geprägt haben, können das, was sie für richtig und falsch gehalten haben und noch halten, nicht einfach auf einer Ideenbörse austauschen. Und löst man das Problem, das durch den Verschleiß der Parteien entstanden ist, wirklich, wenn man zu *Plattformen* wechselt? Wenn es bei einer *Plattform* bleibt, dann haben wir ein Einparteien-System, das den politischen Wettbewerb ausschließt, sind es mehrere Plattformen, dann ist das nur ein zweiter Aufguss der Parteienherrschaft unter neuen Namen, der keine Probleme löst, die zur Bildung der Plattformen geführt haben.

Bund will Arbeitsmarkt für Zuwanderung öffnen (Die HAZ vom 21. 11. 2018)
Große Koalition in Berlin schlägt Eckpunkte eines Einwanderungsgesetzes vor / Politik und Wirtschaft in Niedersachsen begrüßen Gesetzentwurf

Von Marco Seng

Hannover. Die Große Koalition in Berlin hat sich auf die Eckpunkte eines Zuwanderungsgesetzes geeinigt, das mehr Fachkräfte nach Deutschland bringen soll. Es sieht eine Lockerung der Zuzugsregeln für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten vor, die in Deutschland arbeiten wollen. Die Bundesregierung will das Gesetz noch in diesem Jahr beschließen. Politik und Wirtschaft in Niedersachsen begrüßten die überraschend schnelle Einigung.

„Der Fachkräftemangel gehört heute zu den drängendsten Problemen der deutschen Wirtschaft“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) der HAZ. Die Lücke sei nicht allein innerhalb Deutschlands und der EU zu schließen. „Insgesamt müssen wir Deutschland als Zielland für ausländische Fachkräfte aus Drittstaaten deutlich attraktiver machen als bisher“, sagte Althusmann.

Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nieder-

sachsen-Metall, nannte die Einigung überfällig. „Dass wir ohne klare Regelungen für eine gezielte Zuwanderung von gut qualifizierten Menschen sind, ist ein Luxus, den wir uns schon viel zu lange geleistet haben“, sagte Schmidt. „Denn mittlerweile meldet jedes dritte unserer Unternehmen Produktionseinschränkungen, da freie Stellen nicht adäquat besetzt werden können.“

„Wir sagen klar Ja zu einem Zuwanderungsgesetz“, erklärte der Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen, Volker Müller. Die längst überfällige Neuregelung könne den ausgedörrten Arbeitsmarkt „wieder zum Blühen bringen“, sagte Müller. „Seit Jahren schon fordern wir dieses Gesetz, weil die Wirtschaft Fachkräfte braucht.“ Keine Vorrangprüfung, schnellere Anerkennung - so unbürokratisch müsse das Gesetz auch gestaltet und umgesetzt werden.

In der gleichen Ausgabe steht auch ein Artikel von Daniela Vates und Antonia Hofmann mit der Schlagzeile „**Seehofer unterstützt den UN-Migrationspakt**“.

In der WELT vom 20. 10. 2018 steht ein Bericht von Steffen Fründt und Ute Müller mit dem Titel „**Sag zum Abschied leise Adiós** / Tausende Südeuropäer wurden in den letzten Jahren nach Deutschland gelockt, weil Fachkräfte fehlten. Obwohl ihre Heimat immer noch in der Krise steckt, wollen viele von ihnen zurück.“

Am 5. November 2018 brachte die HAZ einen Beitrag von Klaus Ehringfeld mit dem Titel „**Exodus der Verzweifelten** / Eine Karavane von mehr als 7000 Flüchtlingen aus Mittelamerika zieht unaufhaltsam in Richtung USA. Die Menschen haben nichts mehr zu verlieren – Donald Trumps Drohungen lassen sie kalt.“

In der Nordwest-Zeitung vom *Samstag*, 17. November 2018 ist von Alexander Will ein Essay unter dem Titel > **Gescheitert auf der ganzen Linie** / Eine Abrechnung mit der Dauerkanzlerin – Reihe „Merkel: eine Bilanz“ < zu lesen. Es heißt dort unter anderem:

... Einwanderung ist zum Sinnbild des Merkelschen Scheiterns geworden - und letztlich auch der Grund ihres Sturzes. Erst jüngst entlarvte die ‚Welt‘ die immer wieder bemühte These als Lüge. Grenzschließungen seien 2015 rechtlich nicht möglich gewesen. Die Zeitung belegte eindrucksvoll, dass es hier nur um politischen Willen ging. Der Steuerungs- und Kontrollverlust wurde hingenommen, und er ging von Merkels Entscheidungen aus. Das ganze paarte sich mit grenzenloser Naivität. Da gingen Selfies mit Einwanderern um die Welt, die bewirkten, dass Menschen die Koffer packten, die zuvor nie daran gedacht hatten. Hunderttausende strömten ungesteuert

nach Deutschland. Die Behörden verloren die Kontrolle, nur das linke juste milieu war begeistert. Ein diffuses Bauchgefühl zerstörte rationale politische Analyse - zuerst bei der Kanzlerin. Gesinnungsethik schlug Verantwortungsethik. Klar ist, dass diese Politik, dass Merkels Politik direkt für die auf 2015 folgenden Ereignisse in Berlin, Köln oder Freiburg verantwortlich ist.

Gelöst ist übrigens entgegen der Legende nichts. Alle Ideen, wie man „Fluchtursachen bekämpfen“ könnte, haben nichts bewirkt. Die illegale Einwanderung über das Mittelmeer liegt sogar noch deutlich über dem Niveau vor der Asylkrise. Auf dem Balkan stauen sich erneut Einwanderer. „Nun sind sie halt da“, würde Merkel wahrscheinlich sagen, so wie bereits 2015. Es ist ihr schlicht egal. Die Kanzlerin hätte Milton Friedmann lesen sollen, der die einfache Wahrheit schon 1977 aussprach: Man kann entweder offene Grenzen oder einen Wohlfahrtsstaat haben.

Das alles hat massive Folgen. Im Inneren ist das Land gespalten wie nie. Die Politik der Kanzlerin hat das Parteiensystem zerstört, die Erfolge der AfD erst möglich gemacht. Merkel ist das beste Pferd im Stall dieser Partei. Gespalten hat die einsame Merkel-Politik auch Europa. Deutschland wird in Osteuropa wieder als Schulhofschläger wahrgenommen, der seine politischen und moralischen Maßstäbe anderen aufzwingen will - was so ja auch der Realität entspricht. ...

Auf folgenden Bericht habe ich schon hingewiesen. Die Wiederholung erscheint mir wegen des Themenzusammenhanges sinnvoll:

UN-FLÜCHTLINGSPOLITIK / Der Migrationspakt – eine Einladung an alle? Stand: 26.11.2018 | Von Stefan Aust, Helmar Büchel

Der UN-Migrationspakt spaltet Deutschland – wie schon die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin. Doch die Folgen des Regelwerks werden viel gravierender sein als die Entscheidung Angela Merkels 2015, die Grenzen nicht zu schließen.

... In Marrakesch wird am 10. und 11. Dezember der UN-Migrationspakt feierlich verabschiedet. Von Staatschefs oder den Gesandten aus über 180 Ländern. Auch aus Deutschland, wenn alles nach dem Plan der Kanzlerin läuft. Drei Tage nach ihrem Rückzug vom Parteivorsitz und drei Jahre vor ihrem geplanten Abschied als Bundeskanzlerin. Einige Länder, bis jetzt die USA, Österreich, Ungarn, Australien, Israel, Polen, Tschechien, Bulgarien und Estland, werden nicht an Bord sein, wenn die Arche Noah der Vereinten Nationen in See sticht – als ultimative Rettungsmission für alle Migranten dieser Welt, die sich auf den Weg zu den wohlhabenden Staaten machen –, Deutschland ganz vorneweg.

Wenn die Kanzlerin klug ist, wird sie sich danach so schnell wie möglich aus der aktiven Politik zurückziehen, um die Folgen des Migrationspaktes nicht mehr in Amt und Würden miterleben zu müssen. Denn nach dem Strom der Asylbewerber dürfte es jetzt zu einem weiteren Strom kommen, dem der Mi-

granten aus wirtschaftlichen Gründen. Und die müssen noch nicht einmal auf ihre Anerkennung warten.

„Eine Situation wie die des Spätsommers 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen“, sagte Angela Merkel ([/politik/deutschland/article184239754/Generaldebatte-im-Bundestag-Merkel-wirbt-fuer-UN-Migrationspakt-im-nationalen-Interesse.html](http://politik/deutschland/article184239754/Generaldebatte-im-Bundestag-Merkel-wirbt-fuer-UN-Migrationspakt-im-nationalen-Interesse.html)) auf dem CDU-Parteitag am 6. Dezember 2016 in Essen und meinte damit die Defactoöffnung der Grenzen für einen Flüchtlingstreck aus Ungarn über Österreich am 5. September 2015. „Wir haben diese Entscheidung aus humanitären Gründen gefällt“, hatte sie diese Entscheidung damals drei Tage später im Bundestag gerechtfertigt. ...

Und *Die Linke* ist wegen des Themas Einwanderung auch gespalten, hinzukommt, dass man Sahra Wagenknecht, die Sammlungsbewegung *Aufstehen* wohl übel nimmt. In dem nachfolgenden benannten Bericht ist u.a. zu lesen:

Uno-Migrationspakt

Linken-Abgeordnete wollen Wagenknecht düpieren

In der Linkspartei wird der Streit über den Uno-Migrationspakt zur Machtfra-
ge: Ein Teil der Bundestagsabgeordneten will Sahra Wagenknecht zurecht-
weisen - deren Anhänger wehren sich.

Von [Kevin Hagen](#) (27.11.2018)

... Es geht um den umstrittenen [Uno-Migrationspakt](#), der im Dezember in Marrakesch angenommen werden soll. Das Abkommen soll helfen, Flucht und Migration besser zu organisieren. In [Deutschland](#) ist die Vereinbarung jedoch umstritten - auch in der Linkspartei.

Kipping will Abstimmung im Bundestag

Der von Wagenknechts Widersachern an der Parteispitze vorgegebene Kurs lautet: Den Linken geht der Pakt nicht weit genug, trotzdem werben sie dafür. "Im Grunde geht es darum, die Situation von Wanderarbeitern zu verbessern, die teilweise unter sklavereähnlichen Bedingungen leben müssen", [sagte Linken-Chefin Katja Kipping am Montag in Berlin](#).

Und sie ging noch einen Schritt weiter: Der Migrationspakt solle im Bundestag zur Abstimmung gestellt werden. Dies sei ein Mittel gegen "rechte [Verschwörungstheorien](#)". Alle Abgeordneten und Fraktionen könnten sich so positionieren "und ganz klar Transparenz herstellen". Eine offene Attacke gegen Wagenknecht.

Die Fraktionschefin sorgt bei vielen Genossen für heftigen Unmut, weil sie das Uno-Abkommen scharf attackiert. Im SPIEGEL sagte sie zuletzt, die geplante Vereinbarung idealisiere Migration. Dagegen würden die Fluchtursachen ausgeklammert. So sei der Pakt vor allem "im Interesse großer Unternehmen". Das Abwerben

von Fachkräften aus dem Ausland sei "eine neue Art neokolonialer Ausbeutung".

Wagenknechts Gegner sehen in ihren Äußerungen den erneuten Versuch, mit migrationskritischen Äußerungen zu provozieren - um Wähler am rechten Rand anzusprechen. ...

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/uno-migrationspakt-sahra-wagenknecht-soll-in-linksfraktion-blossgestellt-werden-a-1240612.html>

http://www.spiegel.de/thema/linke_sammlungsbewegung_aufstehen/

Kommentare zu den Themen: *1. Bund will Arbeitsmarkt für Zuwanderung öffnen*
2. Seehofer unterstützt den UN-Migrationspakt
3. Sag zum Abschied leise Adiós
4. Exodus der Verzweifelten /
5. Gescheitert auf der ganzen Linie
6. UN-FLÜCHTLINGSPOLITIK / Der Migrationspakt
7. Uno-Migrationspakt /Linken-Abgeordnete wollen Wagenknecht düpiieren

Vorweg: Wer sich zu diesen Themen äußert, kommt um eine Stellungnahme, die seinen persönlichen Hintergrund berührt, nicht herum, da ist es angebracht, ihn offenzulegen, damit der Leser ihn mit einbeziehen kann.

Wert Ley, der Bruder meines Großvaters Jann Ley (mütterlicherseits) ist in die USA ausgewandert. Ob von den Abromeits, die es in den USA gab oder noch gibt, auch entfernt Verwandte darunter sind, weiß ich nicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Familie von Wert Ley dafür gesorgt, dass meine Kusine ⁸¹ Helene, die sich als Krankenschwester nach dem Krieg bei der Pflege von ehemaligen KZ-Häftlingen eine Tuberkulose-Erkrankung zugezogen hatte, mit Penicillin versorgt werden konnte. Es war wohl 1947 als in der schweren Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg meine Eltern in einem Gespräch mit mir ausgelotet haben, ob ich nicht auch in die USA auswandern möchte. Sicher spielte meine eigene Zukunft eine Rolle, aber vermutlich auch der Wunsch, dann von dort aus vom Sohn für die Familie Unterstützung zu erhalten. (Mein Vater war schon kurz nach der Mobilmachung im Alter von 34 Jahren Invalide geworden.) Später als ich schon Matrose in der Seefahrt war, wollte ich nach Kanada auswandern, da bekam ich aber eine Absage mit der Begründung, Seeleute hätte man selbst genug. Wahrscheinlich habe ich nicht angegeben, dass ich schon von 1948 bis 1950 Fotografenlehrling bei meinem Vater war und andere Arbeitserfahrungen nachzuweisen hatte. 1957 hatte ich zu Leuten in Schweden Kontakt, die mir in Nordschweden eine Arbeit

81 Davon gab es mehr als ein Dutzend. Von Helene findet man unter dem folgenden Link Gedichte:
<http://www.tristan-abromeit.de/gedichte.html>

im Wald angeboten hatten. (Das hatte für mich damals einen hohen Erfahrungsreiz.) Da ich mal „richtig zur See fahren“ wollte, bin ich mit dem Faltboot von Ostfriesland nach Trelleborg gepaddelt und gesegelt. Dort angekommen, habe ich mich bei der Passkontrolle gemeldet, wie ich das von der Seefahrt her kannte. Dabei erfuhr ich, dass ich nicht ohne Arbeitserlaubnis in Schweden arbeiten dürfe und diese Erlaubnis müsse ich von Deutschland aus beantragen. Ich war in meine Einschätzung des Wertes der Arbeit erschüttert und fand es merkwürdig, dass man als Urlauber in Schweden faulenzten aber keine nützliche Arbeit verrichten darf. Vom Tourismus als Einkommensquelle für ein Land hatte ich damals wohl noch nichts gehört. Vermutlich war es 1958, als ich auf die Idee kam, nach Neuseeland auszuwandern. Das schien zu klappen. Der zuständige Mensch im Konsulat in Hamburg hatte mir schon eine gute Reise gewünscht, als die Post eintraf, wo ohne Begründung stand, dass ich für die Einwanderung nicht infrage käme. Ich habe natürlich gerätselt, warum ich diese Absage erhalten habe und damals nach Erklärungen gesucht. Ich damals zum Schluss gekommen: a) Auf die Frage, wo ich arbeiten möchte, hatte ich unter den angegebenen Möglichkeiten Landwirtschaft und nicht Industrie angekreuzt. b) Ich hatte für die Einwanderungsbehörde eine Referenz eines neuseeländischen Geistlichen, der damals im Internationalem Freundschaftsheim in Bückeberg arbeitete, eingereicht. Es war ja die Zeit des kalten Krieges und vom Freundschaftsheim aus, wurden trotz des Eisernen Vorhanges Kontakte zum Osten aufrechterhalten. Es kann sein, dass ich deshalb verdächtigt wurde, ein Kommunist zu sein.⁸² Meine Geschichte mit Arbeits- und Auswanderungsversuchen im Ausland sind vermutlich kein Einzelfall. Aber sie zeigen, dass die Ein- und Auswanderung und die Arbeitserlaubnisse für jeweilige Ausländer kein neues Thema ist. Und ich kann mich erinnern, dass in den 50er Jahren für junge Frauen als ein Glücksfall galt, wenn sie in England oder Skandinavien im Haushalt arbeiten konnten. Das gleiche galt für deutsche Seeleute, wenn sie auf einem „Ausländer“ anheuern konnten, weil es dort eine höhere Heuer gab.

Auch darf man die innerdeutsche Wanderungsbewegung nicht vergessen. Mein Vater mitgezählt, sind vier Söhne und eine Tochter meiner ostpreußischen Großeltern, die vom Memelgebiet aus in den Westen gewandert.

Als ich von der Seefahrt wieder weg wollte und im Winter 1953/54 im Bergbau bei Duisburg

82 Eine meiner Töchter hat später eine Weile als arbeitende Touristin in Neuseeland verbracht. Ihre Tochter – meine Enkelin – ist heute in Neuseeland verheiratet und kommt zu den Feiertagen mit zwei Urenkelinnen nach Deutschland.

landete, habe ich das erlebt, was später auch die Gastarbeiter erlebt haben. Aus der ganzen BRD wurden Arbeiter für den Bergbau angeworben. Kontaktaufnahme beim Arbeitsamt, Gesundheitsprüfung, Sammeltransport, Anlauf- und Verteilungsstelle in Essen. Dann in Gruppen per Bus durch schöne Landschaften zu den Bergmannslagern der einzelnen Zechen. In der Freizeit fast eine totale Isolation von der einheimischen Bevölkerung.

Bei dem Komplex heutiger Zuwanderung von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden, dürfen auch die Erfahrungen mit den Ausgebombten und Flüchtlingen im und den Vertriebenen nach dem Krieg nicht vergessen werden. Heute wird zwar von großartiger Integrationsleistung gesprochen, in Wirklichkeit wurde diese Integration aber in den meisten Fällen von den Einheimischen und Zugereisten erlitten.

Auch beim Fremdeln von Einheimischen gegenüber Fremden – die dann immer gleich als Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus klassifiziert wird – wird übersehen, dass es auch für die innerdeutschen Zugereisten / Zugezogenen oft Jahrzehnte dauert, bis sie den Status des Fremden verlieren. Ich selbst habe die Abgrenzung nach Konfessionszugehörigkeit im Schulalter stark erlebt. Und es gibt bis heute nicht die Abgrenzungen innerhalb der Deutschen nach Wohnort, Beruf, Einkommen und öffentlicher Bedeutungszuweisung?

Jeder, der den Komplex Flüchtlinge / Einwanderung durchdenkt, muss sich klarmachen, dass er nicht nur aufgrund aktueller Erkenntnisse, sondern auch auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen das Thema Flüchtlinge / Einwanderer beurteilt.

Ich beginne mit einem Stichwort aus dem Punkt 5. Gescheitert auf der ganzen Linie, ein Auszug aus dem Beitrag von Alexander Will aus der Nordwest-Zeitung:

Die Kanzlerin hätte Milton Friedmann lesen sollen, der die einfache Wahrheit schon 1977 aussprach: Man kann entweder offene Grenzen oder einen Wohlfahrtsstaat haben.

Für diese Einsicht hätte Alexander Will gar nicht erst den Kopf eines Nobelpreisträgers bemühen müssen. Denn es ist eine allgemeine Eigenschaft der Menschen – wenn nicht Bindungen oder Hindernisse ihn an einem gegebenen Standort binden - dorthin auszuweichen, wo bei gleichem Aufwand der Ertrag für sein leibliches und seelisches Wohl größer ist, als am bisherigen Standort.

Mit einem anderen Bild beschrieben: Beobachtet man Weidevieh auf der Weide, so akzeptie-

ren sie den Weidezaun ohne ihn groß zu beachten, solange Gras zum Grasenern genug vorhanden ist. Ist das Gras in der Fläche ziemlich abgegrast, versucht es das Gras jenseits des Zaunes zu erreichen. Ist erreichbares Gras restlos abgegrast und es wird von außerhalb der Weide kein Futter zugefügt - was im Normalfall ja geschieht - dann ist es wahrscheinlich, dass das alte Vieh zuletzt erschöpft verendet, weil in ihrem Gehirn die Unüberwindbarkeit des Zaunes eingraviert ist. Das jüngere Vieh, das die Unabänderlichkeit des Zaunes sich noch nicht so zu eigen gemacht hat, wird versuchen auszubrechen, was mit großer Wahrscheinlichkeit gelingt. Der Ausbruch aus den umzäunten Weiden wird unterbleiben, wenn der Grasbestand auf allen Weiden genügend hoch ist.

Noch mit einem anderen Bild. Diesmal auf den Boden bezogen zu der Neigung der Menschen dort ernten zu wollen, wo sie nicht gesät haben:

Sobald in einem Land aller Boden in Privateigentum ist, möchten auch die Grundbesitzer, wie alle Menschen, dort ernten, wo sie niemals gesät haben. Sie fordern selbst für den natürlichen Ertrag des Bodens eine Rente. Das Holz des Waldes, das Gras des Feldes und alle Früchte der Natur auf dieser Erde, die der Arbeiter, solange der Boden noch allen gehörte, nur einzusammeln und zu ernten brauchte, erhalten nunmehr selbst für ihn zusätzlich einen Preis. Er muß nämlich von nun an für die Erlaubnis zum Ernten dieser Früchte etwas bezahlen, indem er dem Landbesitzer einen Teil von dem abgibt, was er durch seine Arbeit eingesammelt oder erzeugt hat. Dieser Teil nun oder, was auf das gleiche hinauskommt, der Preis dieses Teils bildet die Bodenrente, die zugleich eine dritte Komponente im Preis der meisten Güter ist.

Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, deutsche Ausgabe 1974, S. 44
(Ich komme auf das Thema zurück.)

Ich komme zu den Punkten: *2. Seehofer unterstützt den UN-Migrationspakt*
6. UN-FLÜCHTLINGSPOLITIK / Der Migrationspakt und
7. Uno-Migrationspakt / Linken-Abgeordnete wollen Wagenknecht düpiieren

Auf dem ersten Blick klingt der Entwurf des UN-Migrationspaktes ja ganz vernünftig. Aber was soll der Pakt, wenn er nicht verbindlich ist. Und wenn er verbindlich wäre, hätte die Bundesregierung kein Mandat, diesen Pakt zu unterzeichnen. Ein verbindlicher Vertrag in dieser Richtung würde die BRD erneut verändern und den Bestand Deutschlands in sofern gefährden, dass die Deutschen nicht mehr Herr im eigenen Haus sind (Verstoß gegen Artikel 21 (2) GG). Das ganze Verfahren ist mal wieder ein Beweis, dass die Demokratie bei uns nur eine Worthülse, also leer ist. Da man weiß, dass man mit einem verbindlichen UN-Migrationspakt in Deutschland die Gefahr eines Aufstandes herbeiführen würde, muss der Vorgang

erst als „unverbindlich“ weich gekocht werden, damit der Michel durch Gewöhnung und Verdummung nicht merkt, wozu er später ohne Murren zustimmt.

Ich stimme weiterhin der Kritik Aust und Büchel zu:

... Und dann heißt es in großer Offenheit, worauf es wirklich ankommt: „Beide Pakte sind als rechtlich nicht bindend, aber politisch verpflichtend konzipiert.“ Das verweist alle Beteuerungen von Politikern, dass der Pakt nicht bindend sei, zumindest in den Bereich der Halbwahrheit. Dafür wird von den Befürwortern des Pakts immer betont, dass es darum geht, die umfassenden Rechte, die Migranten heute schon in Deutschland genießen, zur globalen Regel zu machen, wohl in der vagen Hoffnung, dass auch andere Staaten die deutschen Standards einführen und damit den Migrationsdruck auf die Bundesrepublik mindern. ...

... Es ging hier also nicht um eine Planung etwa der deutschen Regierung, der Bürger oder der Parteien, wie der Bevölkerungsrückgang möglicherweise durch Einwanderung von Arbeits- oder Fachkräften ausgeglichen werden könnte, sondern durch einen Plan der großen Weltbehörde, sozusagen von oben herab. ...

... Kein Zweifel: Der Pakt sollte auch der Volkserziehung dienen. Die dahinter stehende UNLogik: „Migranten, denen legale Einreisemöglichkeiten verwehrt werden, greifen unweigerlich auf illegale Methoden zurück. Legale Einreise zu ermöglichen, ist der beste Weg, das Stigma der Illegalität und des Missbrauchs von Migranten zu beenden.“ Der Plan besteht also darin, die Grenzen legal zu öffnen, damit sie nicht illegal überschritten werden müssen – und zwar von jedermann, aus welchen Gründen und in welcher Zahl auch immer. ...

... Das Interesse der Bevölkerung, die möglicherweise gern gefragt würde, wen und wie viele Zuwanderer sie tragen und ertragen will, spielte in den Überlegungen der Bundesregierung dagegen ganz offensichtlich eine eher untergeordnete Rolle, wie vom UN-Generalsekretär in seinem Papier vom Dezember 2017 vorgegeben. ...

Das Ärgerlich an der Sache ist, die Ursachen der Migration und die Gefahren, die sie auslöst sind seit Jahrzehnten, seit bestehen der BRD alt sichtbar und weder der Bundestag, noch die Bundesregierung in Folge und auch nicht der EU-Bürokratenapparat hat substanzielles geleistet, um die Menschen, die in unser gelobtes Land – von dem in ihren Ländern gesagt wird, es würde hier Manna vom Himmel regnen - von dem Migrationsdruck zu befreien. Aber der Michel hat ja selber schuld, erst hat er Hitler zugelassen und dann die schon in Bonn verkorksten Schein-Demokraten. (Diese Aussage soll keine Kränkung bestimmter Personen sein, sondern darauf aufmerksam machen, dass nicht nur in der Nazi-Zeit das Schiff Deutschland aus dem Ruder gelaufen ist.)

Ich mache weiter mit Punkt 4. zu dem „**Exodus der Verzweifelten** / Eine Karavane von mehr als 7000 Flüchtlingen aus Mittelamerika zieht unaufhaltsam in Richtung USA. Die

Menschen haben nichts mehr zu verlieren ...“

Wenn Menschen nichts mehr zu verlieren haben, dann können sie auch alles riskieren um wenigstens ihre nackte Haut zu retten. Gesetzestreue wird dann zum Luxus und die Anfälligkeit dieser Menschen für Organisationen die mit kriminellen Geschäften oder mit Terror eine Besserung ihrer Lage versprechen, wächst mit der Armseligkeit ihres Lebens und das ihrer Angehörigen. Aber auch das Fernsehen zeigt ihnen, wo es noch etwas zu holen gibt, und die Telefongesellschaften und Handy-Hersteller verdienen gut daran, dass diese Menschen den Weg finden, wo sie volle Fleischtopfe vermuten. Über den Atlantik reichen die Schlauboote nicht, an die die Hersteller gut verdienen. Aber eine neue Generation von Fluchthelfern, können auch alte Frachter – Seelenverkäufer, die irgendwo im Abseits vertäut liegen - für diese Zwecke aktivieren. Die ganzen Investitionen in die Bundeswehr und auch der Nato sind für die Katz, denn die Gefahr die uns weiterhin bedroht, kommt unbewaffnet zu Fuß, per Anhalter oder als Schwarzfahrer mit der Bahn. Das Militär kann dagegen nichts ausrichten. Der Bundestag hat auf Betreiben der Bundesregierung durch eine „humane“ Gesetzgebung alle Verteidigungsbemühungen unmöglich gemacht. Aber die Bundeswehr und die Rüstung wurden nicht für ein Museum aufgebaut. Diese Mittel wollen eingesetzt werden, damit Deutschland wieder „Verantwortung“ übernehmen und eine Rolle der Macht in der Welt spielen kann. Es ist eine Politik, die uns und Europa noch mehr unerwünschte Gäste beschern wird. Aber für die Betreiber dieser Politik wird es Orden geben, damit diese sich als große Staatsfrauen und Männer fühlen können. Übersehen wird nur dabei, dass heute keine Panzer, Bomber oder Fregatten abgewehrt werden müssen, sondern, dass bei den technisch hoch gestalteten Gesellschaften bei entsprechenden Kenntnissen schon das Smartphon eines scheinbar friedfertigen Reisenden genügt, um große Teile unserer Infrastruktur lahm zu legen.

Ich komme zu den Punkten 1. ***Bund will Arbeitsmarkt für Zuwanderung öffnen und*** 3.

Sag zum Abschied leise Adiós

Nach allem was ich in dieser Sammlung von Hinweisen und Kommentaren geäußert habe, ist kein Wunder, wenn ich sage und gleichzeitig Gesells Position referiere, dass im Idealfall alle Grenzen nur noch Verwaltungsgrenzen wären, die für die Nachfrage und das Angebot von Leistungen⁸³ und Waren kein Hindernis sind. Das setzt aber voraus, dass die Welt ökonomisch und in Bezug auf die Geburtsraten im Gleichgewicht ist und bei Massenmigration auf-

83 Im Gegensatz von der Lehre der drei Produktionsfaktoren wird hier vertreten, das im ökonomischen Sinn nur die Arbeit Leistungen erzeugen kann. Wenn in der Realität auch das Kapital und der Boden einen Ertrag erwirtschaften, dann liegt das beim Kapital an einem Konstruktionsfehler im Geld und beim Boden einen Mangel im Recht.

grund von Naturkatastrophen keine staatliches soziales Sicherungssystem wie ein Magnet auf die Migranten wirkt. Wenn die Welt ökonomisch im Gleichgewicht ist – das ist ein Zustand, wo jeder arbeitsfähige Mensch für seinen Lebensunterhalt auskömmlich selber sorgen kann – und die Geburtenrate stabil ist, dann wirkt sich die Neigung der Menschen zur Sesshaftigkeit aus und nur die Minderheit, die zu neuen Ufern will, sorgt – ohne dass es ihr Ziel ist – dafür, das die Gesellschaften nicht verkalken.

Wir leben aber nicht in dieser Situation und sowohl die Wissenschaften wie auch die Politik aller Länder tun wenig dafür, dass wir dem Idealzustand etwas näher kommen. Der Druck auf die Grenzen der Inseln mit einem relativen Wohlstand ist die gerechte Strafe. Und die Strafe trifft gerechterweise nicht nur die Politiker und Wissenschaftler, sondern alle betroffenen Bürger. Das ist in Bezug auf die Kinder und geistig Minderbemittelten bedauerlich. Für die übrigen aber nicht, denn ohne ihre Gleichgültigkeit gegenüber ökonomischen Prozessen würde die Wissenschaft und Politik nicht so destruktiv wirken können.

In einer Weltökonomie, die schlechter aufgestellt ist, als sie es sein müsste, wäre es schon ein großer Gewinn, wenn die Freizügigkeit – das ist das Niederlassungs und Erwerbsrecht – in der Europäischen Union voll entwickelt würde. Aber hier sind noch viele Hemmnisse in Form Gewerbe- und Berufsordnungen und Zwangskollektiven der sozialen Sicherung zu überwinden.

So wie die Verhältnisse jetzt bei uns sind, wirken Einwanderer als Lohndrücker, das ist im hohen Maße ungerecht, weil Jahrzehnte lang völlig überflüssig eine hohe Arbeitslosenquote gehalten wurde, die die Lohnabhängigen zur Bescheidenheit zwangen.

Das Argument, die Einwanderer würden ja in die Sozialkassen einzahlen, ist fragwürdig, weil sie dafür ja eigene Ansprüche erhalten und wenn nicht solo, sondern mit Familie einwandern, mehr Kosten verursachen als ihr Kassenbeitrag erfasst. Auch im Hinblick auf eine Rückwanderung wäre es sinnvoller für Einwanderer eine gesonderter auf privatrechtlicher Basis gestaltetes Soziales Sicherungssystem zu schaffen, bei der sie die erworbenen Ansprüche in ihre Heimatländer oder einem anderen Ort der Welt mitnehmen und weiter aufbauen könnten.

Übersehen wird auch bei der Einwanderungsdebatte, dass bei dem geltenden Bodenrecht die Bodeneigentümer durch die steigende Bodennachfrage bereichert werden und auch die Mieter durch die Mietsteigerungen unter Druck geraten. Wird hier mit „Sozialer Wohnungsbau“ gegengesteuert, müssen die Bewohner belastet werden, die schon unter der Abgabenlast leiden. Die Kapitalrendite für diese Zwecke anzapfen zu wollen, kann unter den gegebenen Umständen nur zur Rezession führen.

Übersehen wird auch der Bereich der Ökologie. Je höher eine Besiedlungsdichte eines Landes durch Menschen ist, je weniger Raum ist für die Natur, für die so viel gestritten wird. Aber auch für die Menschen wird alles enger, einen Platz zu finden, wo man über Gott und die Welt nachdenken kann, ohne dass ein anderer einem auf die Füße tritt, ist schon heute schwierig.

Ein wesentlicher Punkt ist auch der Verlust für das Auswandererland. Wir dürfen doch nicht vergessen, dass eine der Gründe für die Grenzschießung zwischen Deutschland West und Deutschland Ost und den Mauerbau im August 1961 durch die DDR-Regierung der Verlust an qualifizierten Arbeitskräften war. Die geringere Leistungsfähigkeit des „Sozialismus“ der DDR gegenüber dem Kapitalismus der BRD - der verkommene Idee von der Sozialen Marktwirtschaft – wurde durch die Abwanderung der mit dem System unzufriedenen DDR-Bürger noch verstärkt. Die Kosten der Ausbildung blieben bei der DDR den Nutzen hatte die BRD. Diese Methode, die damals der BRD genutzt hat, kann heute angewandt, nicht den Druck auf unsere Grenzen mindern. Es wäre sinnvoller, deutsche Unternehmer die über den Mangel an Fachkräften klagen, gingen dorthin, wo diese vorhanden sind. Ich weiß, dass das nicht ganz leicht ist, weil in den Herkunftsländern der umworbenen Fachkräfte ein noch größerer Mangel an sinnvoller Ordnungspolitik herrscht als bei uns. Deutschland kann für die ordnungspolitische Gestaltung der Gesellschaften in Freiheit und Wohlstand auch nur ganz begrenzt ein Vorbild für andere Länder sein, weil das Experiment *Soziale Marktwirtschaft* schon in der Startphase abgebrochen wurde. (Das wurde am Anfang des Startes der BRD nach dem Zusammenbruch des alten Deutschlands nicht so sichtbar, weil der Erfolg des nackten marktwirtschaftliche Ansatzes in der Startphase des neuen Kapitalismus die Schwächen, die noch in der Zukunft lagen und von Freiwirten beschrieben wurden, überdeckte.)

So wie die Interessen der unterschiedlichen Verbände im Wirtschaftsbereich heute vertreten

werden, wird die Einwanderung so gestaltet werden, dass die Kosten der Einwanderung jenen aufgebürdet werden, die durch die Einwanderung einen Lohndruck ausgesetzt werden. Die Politiker werden den inländischen Arbeitnehmern dann sagen, das seien die deutschen Arbeitnehmer den Zuwanderern aus Solidarität schuldig. (Von Solidarität sprechen Politiker immer, wenn sie in Rechte der Bürger eingreifen.)

In Deutschland haben (grob vereinfacht dargestellt) die Situation, dass für die Fleischproduktion in Südamerika Urwald-Bestände zum Anbau von Viehfutter gerodet werden, das in Deutschland an das Vieh verfüttert wird und nebenbei die Böden mit Gülle vergiften, um Fleisch exportieren zu können. Das ist ökologischer Wahnsinn und sollte nach dem Prinzip nicht auf das produzierende Gewerbe übertragen werden.

Einst war die Exportwirtschaft in Deutschland die Ergänzung zur Binnen-Wirtschaft. Wenn es heute heißt, Deutschland sei vom Export abhängig, dann hat das viel mit der Währungspolitik der Vergangenheit zu tun. Zur Zeit als das Bretton-Woods-System mit fixierten Wechselkursen noch galt, war die DM unterbewertet, die Bundesbank aber verpflichtet die erwirtschafteten Dollarbeträge der Exporteure und der Dollar-Investoren, die über den Bankenapparat der Zentralbank vorgelegt wurden, zu dem überbewerteten Kurs anzukaufen. Die Exporteure und die Dollar-Investoren erhielten auf diese Weise eine nicht verdiente Prämie. Das hat die Außenwirtschaft und die Konjunktur aufgeputscht. Die Folge war, Deutschland konnte mehr exportieren als produzieren. Um das Auseinanderklaffen dieser Schere zu vermeiden, musste die Wirtschaft dringend mit Gastarbeitern versorgt werden. Aber alles hat seinen Preis. Die Wirkung der Notenbankpolitik war, dass mehr Geld im Umlauf kam, als für die Preisniveaustabilität der DM erforderlich war. Das heißt, die DM wurde inflationiert. Betroffen wurden die Sparer und alle, die Forderungen hatten, die auf DM lauteten. Die Bundesbank hat dann für die Dollar Gold gekauft und nutzlos, aber kostenträchtig eingebunkert. An diese noch bestehende, aber für die Schaffung eines stabilen Euros überflüssige Gold, das die Bundesbank zum Teil in eigene Verwahrung genommen hat, möchten gerne die Euro-Politiker – so mein Eindruck – europäisieren. Von rechtswegen gehörte es aber allen DM-Inhabern die den Wertverlust an dieser Währung gehabt haben. Da diese aber nicht einzeln in der Höhe und der Dauer ihres Schadens ermittelt werden können, wäre die gerechteste Übertragung des Goldes (oder dessen Wertes nach einem successiven Verkauf) auf die deutschen Rentenversicherungen.

Um das Thema Einwanderung rationaler verhandeln zu können, sollten auch Tabellen vorgelegt werden, woraus ersichtlich ist, wann, wo und von wem die Einwanderungskosten getragen wurden. Ich habe vor einiger Zeit eine Veröffentlichung zu dem Thema vor den Augen gehabt, aus der eine sehr unterschiedliche Kostenverteilung hervorging. Es ging daraus hervor, dass Einwanderer Prämien erhalten haben für ihre Einwanderung und auch, dass sie sich dafür verschulden mussten und sich von diesen Schulden erst nach vielen Jahren befreien konnten.

Ansonsten halte ich es für wünschenswert, dass wenigstens eine Quote von 10% der Weltbevölkerung einmal in ihrem Leben ein Jahr mit einer Erwerbsarbeit oder einer gemeinnützigen Aufgabe in einem fremden Land tätig war. Ich denke, das fördert das gegenseitige Verständnis der Völker mehr als die Literatur und Medienberichte.

Jetzt steht China auf dem Plan. Das Thema *China* ist so riesig, dass es hier nur ein Merkposten sein kann. Ich habe mir „Die literarische Welt“ vom 20. 10. 2018 aufgehoben. Der Titel des Artikels von Wieland Freund lautet: „Der Zukunftsmacher“ und in einer Grafik eingefügt ist zu lesen: „China ist die neue Supermacht der Science-Fiction. Wer verstehen will, warum, muss Cixin Liu lesen. Eine Begegnung“.

Mich hat aber eigentlich nur eine Zeile unter dem Bild des Schriftstellers interessiert und die lautet:

„Nur in China schauen die Menschen positiv in die Zukunft“, sagt Cixin Liu
Ich habe im Artikel nach einer Erläuterung der Aussage gesucht und fand diese im Schlussabsatz:

Ein Fortschritt zum Besseren ist möglich. Ja, großer Liu, ist die gute alte Utopie etwa nach China umgezogen?
Von allen Fragen an diesem Nachmittag macht Cixin Liu diese gleich nach dem Homo-sapiens-Witz vielleicht am meisten Spaß. „Ich bin in viele Länder gereist“, sagt er, „aber nur in China schauen die Menschen so positiv in die Zukunft.“ Wieso? Der große Liu muss nicht lange überlegen. „Ich habe mein ganzes Leben in China gelebt, aber das Land meiner Kindheit war eine andere Welt, die sich radikal von der Welt unterscheidet, in der ich jetzt zu Hause bin. Selbst die größten Pessimisten in China müssen zugeben, dass das Land in den letzten vierzig Jahren riesige Fortschritte gemacht hat.“ Hat der große Liu damit recht, dann ist es mit der Zukunft wie mit dem Klimawandel: Um es zu glauben, muss man es sehen.

Nach der schwierigen und auch grausamen Geschichte, die China im letzten Jahrhundert erlebt hat, ist es wohl - auch bei meiner spärlichen Informationslage, die ich habe – berechtigt

zu sagen, dass die Chinesen (noch) allen Grund haben, positiv in die Zukunft zu blicken. Die Westdeutschen waren nach dem Zweiten Weltkrieg in der gleichen Lage, das Böse lag hinter ihnen und die ersten Jahre nach der Währungsreform und der Einführung der Marktwirtschaft (die den Bazillus des Kapitalismus schon in sich trug) brachte den Deutschen auch die Zukunftshoffnung und das Bemühen, das Schreckliche, was hinter ihnen lag zu vergessen und zu verdrängen. Die verdrängte Geschichte wurde dann von der nachwachsenden Generation wieder aktiviert und bald forderte der Kapitalismus auch seinen Tribut in Form von Arbeitslosigkeit und einer verzerrten Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Berater, die bei uns eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ermöglicht hätten wurden bei uns kalt gestellt. Für China standen diese gar nicht zu Verfügung. Wenn China Berater gesucht und gefunden hat, dann waren es solche, die ihnen den Kapitalismus unter der Bezeichnung *Marktwirtschaft* angedient haben, für dessen Bekämpfung China so viele Menschenopfer gebracht hat. Wenn in China kein „Wunder“ geschieht, dann werden die Chinesen die Zukunftshoffnung genauso verlieren, wie wir Deutsche ihn schon in den 60er Jahren verloren haben. Ein Aufstand gegen die Verdrängung ihrer jüngsten Geschichte steht China wahrscheinlich auch ins Haus.

Heute Nachmittag erhielt ich folgendes Mail mit einer anhängenden Datei:

Lieber Herr Abromeit,
ich möchte Sie heute auf eine spannende Veranstaltung hinweisen, die am Freitag, 7.12., in Osnabrück stattfindet. Veranstalter des "6. Osnabrücker Demokratieforums" ist unter anderem Prof. Dr. Hermann Heußner (FH Osnabrück), Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie e.V..
Thema in diesem Jahr ist „China, Europa und die Demokratie“. Die Veranstaltung beginnt um 9:30 Uhr, die Veranstalter bitten um Anmeldung. Alle weiteren Infos finden Sie in der untenstehenden Einladungs-Email.
Freundliche Grüße sendet Ihnen
Dirk Schumacher

Auszug aus der Einladung:

CHINA, EUROPA UND DIE DEMOKRATIE

6. Osnabrücker Demokratieforum: Freitag, 7. Dezember 2018

FAKULTÄT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bis vor wenigen Jahren war China hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Initiativen wie die Neue Seidenstraße oder ein verstärktes Engagement in Afrika zeigen aber, dass sich das Reich der Mitte verstärkt nach außen orientiert. Längst geht es der chinesischen Staatsführung nicht mehr nur darum, Wirtschaftswachstum im Inneren zu generieren. Denn spätestens seitdem Xi Jinping vor fünf Jahren der mächtigste Mann im Staate wurde, setzt China politische und ökonomische Instrumente ein, um Politik und Gesellschaft in anderen Ländern zu beeinflussen. Das führt zu einer Reihe von Fragen:

- Welche Auswirkungen hat Chinas neue Strategie auf die Demokratie, Politik und

Wirtschaft in Europa?

- Wo liegen die Unterschiede zwischen dem europäischen Verständnis von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaat im Vergleich zur Auffassung des kommunistischen Chinas?
- Wie ist die Lage in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat im Unterschied dazu in Taiwan?
- Ist China wirtschaftlich auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus mit all seinen negativen Begleiterscheinungen oder benötigt das Land zur Lösung seiner ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme eine starke Marktwirtschaft?
- Beendet China mit Hilfe künstlicher Intelligenz, technologischer Performance und seiner globalen Strategie die Vorherrschaft des Westens?

Fragen über Fragen. Darüber wollen wir diskutieren. Mit Ihnen und mit Persönlichkeiten, die maßgeblich in Wissenschaft, Politik und Medien am demokratischen Leben beteiligt sind. Die Hochschule Osnabrück lädt Sie herzlich ein, sich an der Debatte zu beteiligen!

PROGRAMM

09.30 Uhr Begrüßung — Einführung — Moderation

Prof. Dr. Andreas Bertram Präsident der Hochschule Osnabrück

Prof. Dr. Hermann K. Heußner / Professor für Öffentliches Recht, Hochschule Osnabrück

Prof. Dr. Harald Trabold / Professor für Volkswirtschaftslehre, Hochschule Osnabrück

09.45 Uhr Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat – Unterschiede zwischen China und Europa sowie Konsequenzen für die bilateralen Beziehungen

Brigitte Zypries / Bundesministerin der Justiz a.D. und Bundesministerin für Wirtschaft a.D.

11.30 Uhr Chinas zukünftige Wirtschaftsordnung: Staatskapitalismus oder starke Marktwirtschaft?

Dr. Max J. Zenglein / Leiter des Programms Wirtschaft, Mercato

13.45 Uhr Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat

- Der Wandel vom diktatorischen Regime zum demokratischen Rechtsstaat in Taiwan

Prof. Dr. Yi-Kai Chen / National Cheng Kung University, Tainan / Taiwan, Department of Law

15.30 Uhr Konkurrenz der Systeme – Beendet China mit Hilfe künstlicher Intelligenz, technologischer Performance und seiner globalen Strategie die Vorherrschaft des Westens?

Christoph Giesen China-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung

Auf das E-Mail mit der Weiterleitung der Einladung aus Osnabrück von Dirk Schumacher vom Verein für Mehr Demokratie habe ich am 4. 12. 2018 geantwortet:

Lieber Dirk Schumacher,

ich bedanke mich für die Weiterleitung der Einladung zu der Tagung > **CHINA, EUROPA UND DIE DEMOKRATIE** ...

Die Tagung interessiert mich sehr, ich fühle mich zur Zeit aber zu alt und zu krank, um an der Tagung teilnehmen zu können. Außerdem versuche Ablenkungen von einer Arbeit, die ich angefangen habe, fernzuhalten.

Ich habe neulich noch eine Chinesische Zeitung in deutscher Sprache aus der Zeit als China sich der Marktwirtschaft zugewandt und nur den Kapitalismus befördert hat - gegen den das kommunistische Modell einst entwickelt wurde - bei mir gesucht (und nicht gefunden).

Vorhin im Mittagmagazin des ARD-Fernsehens habe ich mir einen Bericht über

Chinas außenwirtschaftliche Aktivitäten (neue Seidenstraße und Seehäfen) angeschaut. Die Entwicklung ist interessant, aber nicht ohne Risiko. Es ist möglich, dass China nur die Weltvormundschaft der USA ablöst. Und das wäre kein großer Gewinn.

Marktwirtschaft und Demokratie sind von der Systemordnung hergesehen die natürlichen Geschwister. Die Diktatur und auch der Kapitalismus stehen konträr zur Demokratie. Die Herrschaft einer Partei und die Installation der Marktwirtschaft ist ein Widerspruch in sich.

Ich reiche die Einladung über eine E-Mail-Listen-Adresse weiter an Prof. Dr. Dirk Löhr. Er hat China-Erfahrungen. Ich fürchte aber, er ist mit Terminen so zu gedeckt, dass er nicht nach Osnabrück fahren kann. Aber der Kontakt zu den Veranstaltern kann für beide Seiten nützlich sein.

Es grüßt Tristan Abromeit

Hier noch ein Linke über den man sicher einen direkten Kontakt zu Prof. Löhr findet: <https://bodenwertsteuer.org/2018/12/02/bodenwertsteuer-verschrankung-von-selbstveranlagung-und-bodenrichtwertermittlung/>

Zwischendurch las ich noch, dass die Reprivatisierung der Landwirtschaft in China auf der Basis der Verpachtung des Bodens vorgenommen wurde. Das ist schon mal ein gutes Zeichen, wenn auch ein Urteil darüber nur nach genauerer Kenntnis des Modells möglich ist. In diesem Zusammenhang macht es Sinn auf folgende Veröffentlichungen hinzuweisen:

„Die Steuer als Instrument der deutschen Bodenpolitik in Tsingtau (1898 – 1914): Triebkräfte, Ziele, Ergebnisse“ von Elisabeth Ina Friedrich, Bonn, 1992, hinzuweisen. Die Arbeit wird im Rahmen der „Studien und Quellen zur Geschichte Schantung und Tsingtaus“ von Professor Dr. W. Matzat herausgegeben.

Zu dem Thema schrieb 1990 Prof. Gustav Bohnsack in dem Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen Buch „Vergessener Faktor Boden / Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung“ von Martin Pfannschmidt:

... Es gibt für eine solche Durchsetzung ein positives Beispiel, aber auch nur eines, die Landordnung von Tsingtau/Kiautschou. Sie war am 2. September 1898 als Gouvernementsverordnung betr. den Landerwerb in dem deutschen Kiautschougebiet für dieses Pachtgebiet erlassen worden. Aus heutiger Sicht ist kaum zu glauben, daß damals alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags der Verordnung am 31. Januar 1899 zustimmten. Berücksichtigt man, daß diese Landordnung die für demokratische Staaten wohl schärfsten Eingriffe in die Eigentumsordnung enthält, dann ist die Zustimmung gerade der bürgerlichen Parteien nur so zu erklären, daß keiner ihrer Abgeordneten als Grundstückseigentümer betroffen war und die chinesischen Bauern als bisherige Landeigentümer in Berlin keine Lobby hatten. Das ist seit Jahren in Bonn doch wohl erheblich anders. Wiederholt mußte das Martin Pfannschmidt mit seinen Versuchen erfahren, die soziale

Komponente beim Grund und Boden in die Marktwirtschaft einzubringen. Schützenhilfe leistete ihm 1967 zwar kein Geringerer als das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 12. Januar 1967 (1 BvR 169/63), in der die Untätigkeit des Gesetzgebers zur Schaffung einer sozialgerechten Bodenordnung scharf gerügt wird. Dieses höchste deutsche Gericht stellte u.a. fest: Art. 2, Abs.2 GG ist eine Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor dem Interesse der Gesellschaft hat." Aber geändert hat sich seither nichts. ...

Über die Stichworte Osnabrück, China, Bodenrecht ist mir auch eine eigene Arbeit eingefallen, die ich auf Anregung von Dr. Hermann Tiemann auf einer Gruppenfahrt von Hannover zum Öko-Institut Wuppertal verfasst bzw. zusammengetragen habe. Wenn ich mich recht erinnere hatte Dr. Tiemann – ein Theologe ? - die Idee für die Stadt Osnabrück eine Internetpräsentation mit dem Thema „kulturelle Bodenschichtungen“ für die Expo 2000 in Hannover zu organisieren. Nachdem wir im Bus ins Gespräch gekommen waren, bat er mich (auch) zum Thema Bodenrecht einen Beitrag zu schreiben. Ich war dann wohl der einzige der geliefert hat – natürlich ohne Honorar und wie immer gingen die Kosten zu Lasten der Haushaltskasse. Von allen anderen, die gefragt hat, bekam er Vertröstungen und Ausreden. Ich habe am 25. 1. 2001 an Freunde u. a. geschrieben:

Dr. Tiemann, der nur einmal nach dem Empfang meines Skriptes angerufen hat, hat wohl seinen Einfluß auf das Projekt in Osnabrück überschätzt. Wenn ich es richtig deute, ist er auch viel zu stark mit ökonomischen Absicherung der familiären Existenz belastet, als das er sich in die Sielen werfen könnte, um den Karren Bodenrechtsdiskussion fortzubewegen. Die Reaktion der Stadt Osnabrück wundert mich nicht. Es hätte mich gewundert wenn es anders gelaufen wäre. Wenn man bedenkt, was sich in den Rathäusern überall für ein kleinkariertes politischer Geist eingenistet hat, dann ist es erstaunlich, daß hin und wieder Aktionen gestartet werden, die über die jeweils eigenen Kirchturmspitzen hinausragen. Für die Situation von Dr. Tiemann habe ich volles Verständnis. Gerade, die Menschen, die über ihren Alltag hinausblicken, fühlen sich oft verpflichtet etwas zu tun - meistens mehr als sie können. Nur hätte ich mir gewünscht, er wäre in der 1. Runde, die eine Niederlage war, ein etwas besserer „Seelsorger“ gewesen.

Ich habe dann die geschriebenen und gesammelten Texte auf der eignen Internetseite veröffentlicht.

Das Boden(un)recht I - Hauptteil

Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit
Eine Sammlung fremder und eigener Texte - *Oktober 2000*

Das Boden(un)recht II

Eigenständige Beiträge von Fritz Andres, Roland Geitmann, Elisabeth Meyer-Renschhausen u.a.

Das Boden(un)recht III

Eine alte Gegenposition:

Auszüge aus: Die Bodenreform, Dr. R. Van der Borgt, 1919

Zurück zum Thema China:

Ich hatte mir noch den Bericht „Chinas Fuß in Europas Tür / Peking macht das griechische Piräus zum größten Mittelmeerhafen – auch mit politischem Kalkül“ aus der HAZ vom 23. 10. 2018 aufgehoben. Aber da ich ungeplant schon auf die China-Tagung in Osnabrück eingegangen bin, mache ich hier nur die Anmerkung: China war ein guter Schüler Europas. Sie haben sich angeschaut wie früher Europa Einfluss in China gewonnen hat und wenden nun das Rezept in umgekehrter Richtung an.

Für eine andere Frage, die mich noch beschäftigte und für die ich eine Antwort suchte, war: „Warum legt China Wert darauf, eine Marktwirtschaft zu sein?“ Die Antwort fand ich in der Süddeutschen Zeitung vom 14. Juni 2016:

Im Dezember 2001 trat die Volksrepublik der Welthandelsorganisation bei und wurde damals zunächst für 15 Jahre als sogenannte Nicht-Marktwirtschaft eingestuft. Die Folge: Handelspartner können relativ einfach Anti-Dumping-Strafzölle verhängen, falls China seine Produkte zu billig ausführt.

Das ist in der Vergangenheit oft geschehen. Nun aber läuft im Dezember die Frist aus. Sollte die Volksrepublik dann den Marktwirtschaftsstatus erhalten, könnten wesentlich schwieriger als bisher Strafzölle verhängt werden - und genau das ist Pekings Ziel. Um das zu erreichen, scheinen alle Mittel recht zu sein. China weiß um seine Macht als Volkswirtschaft und setzt diese gezielt ein.

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/strafzoelle-warum-china-unbedingt-eine-marktwirtschaft-werden-will-1.3031284>

Und in einem Bericht der FAZ vom 10.12. 2017 heißt es:

... China beklagt, dass dem Land dieser Status schon für Ende vergangenen Jahres versprochen worden sei, als es 2001 der WTO beiträt. Nachdem sich das Europaparlament und die EU-Staaten darauf geeinigt haben, China mit neuen Antidumpingregeln auch nach Erhalt des Status einfach weiter wie ein Land ohne Marktwirtschaft zu behandeln, haben die Chinesen bei der [Welthandelsorganisation](#) eine Klage gegen die EU angestrengt.

Im Rahmen dieses Verfahrens haben sich nun die Vereinigten Staaten an die Seite Europas und damit gegen [China](#) gestellt. In einem formalen Unterstützungsschreiben bekräftigen die Amerikaner die Position der Europäer, dass China keine Marktwirtschaft sei. Die allgegenwärtige Präsenz des chi-

nesischen Staates in der Wirtschaft einschließlich der ungezügelteren Gewährung von Subventionen verzerre die Preise, heißt es in dem Bericht. Für China kam die offizielle Entscheidung aus Washington nicht überraschend, nachdem schon das amerikanische Handelsministerium China Ende Oktober als „Nicht-Marktwirtschaft“ eingestuft hatte. ...

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/china-wto-will-marktwirtschaft-status-verweigern-15334508.html>

Was im ersten Moment für ein Geplänkel um Macht und Einfluss auf Regierungsebene aussieht, kann sich sehr schnell zu einem bedrohlichen Konflikt entwickeln. Grundsätzlich sind Zölle eine Erklärung des kalten Krieges gegen jenes Land, gegen das sie gerichtet sind. Da schließe ich mich Gesell an. Wie gleicht man aber die Schiefelage im internationalen Handel aus, wenn bei einem Land wie China die Preise für die Güter, die es exportieren will, durch Subventionen und durch Niedriglöhne so weit unter dem Preisniveau jenes Landes liegen, die diese Güter importieren sollen? Lässt man diese Produkte ungehindert ins Land, bedeutet es, das Sterben der betreffenden einheimischen Industrien die ihre Produkte nicht zu den Preisen der Billigimporte auf dem Markt bringen können.

Der deutsche Exporterfolg hat ja viel mit dem Maschinenbau zu tun. Dieser Maschinenbau hat aber erst die Länder, die nur Arbeitskräfte, die bereit sind zu Hungerlöhnen zu arbeiten, in Überfluss hatten, in die Lage versetzt, zu „Schleuderpreisen“ den Deutschen Markt zu überschwemmen. Für die Empfänger von Niedriglöhnen und Unterhaltsempfängern ist das auf dem ersten Blick zum Vorteil, weil sie sich dadurch auch Kaufwünsche in Bau- und Konsummärkten erfüllen können. Auf dem Zweiten Blick, müsste sich aber aus den Statistiken ablesen lassen, dass die Preisverzerrungen die durch den Billig-Import entstehen, ein Teil der Ursachen für die Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit bei uns sind. Ich weiß nicht, ob diese Zusammenhänge bei den Verhandlungen auf Regierungsebene deutlich gemacht werden.

Und ich muss noch eine Anmerkung zum Thema China machen, die mir nicht leicht fällt, einmal im Hinblick wie zum Beispiel an der FH in Osnabrück, die anstehenden Probleme ernsthaft bearbeitet werden, zum zweiten, weil sie anmaßend klingt und drittens weil ich mich wiederhole: Das Modell Soziale Marktwirtschaft wurde schon in der Einführungsphase verraten. Es wurde der nackte Kapitalismus eingeführt und für die soziale Komponente wurde eine Anleihe bei dem freiheitsfeindlichen System der Zentralverwaltungswirtschaft gemacht (umgangssprachlich als Kommunismus bezeichnet). Diese Art von Sozialkomponente störte aber den Kapitalismus nicht, weil er nur vorwiegend eine Umverteilung des Arbeits-

einkommens ist. Die Folgen sind: a) Die Ausformulierung des Modells *Soziale Marktwirtschaft* und ihre Einführung hätte ein Modellcharakter für die Welt haben können. Das hätte Deutschland nach Hitler wirklich in die Lage versetzen können, eine Wiedergutmachung an die überlebenden Menschen der Nazi-Zeit leisten zu können. b) Das Herbeiführen des Scheiterns des Modells SM durch unterschiedliche Motive der CDU, der FDP und der SPD, hat nicht nur zu einer Fehlentwicklung der BRD geführt, sondern hat auch den Westen zu einer Falschberatung der Länder östlich des ehemaligen Eisernen Vorhanges getrieben. Die Folge ist, dass wir Russland wieder in die Rolle des Feindes getrieben haben. c) Und für China gilt: Als sich herausstellte, dass seine Wahl des Marxismus als Weg, der die Chinesen aus der Unterdrückung ins Land der Freiheit führen sollte, sich als Irrtum herausstellte und sie bereit waren, einen anderen Weg zu gehen, dass sie bei ihrer Umschau nach Beratern nur Vertreter des westlichen Kapitalismus sahen. Dieser Kapitalismus war zwar produktiver als der „Kommunismus“, aber nicht weniger destruktiver, als das System, das sie überwinden wollten. Die Folge der Sabotage des Modells der Sozialen Marktwirtschaft ist nämlich, dass die Wirtschaftswissenschaften seit dem (irgendwie) falsch programmiert sind und das es folglich kein halbes Dutzend Wirtschaftswissenschaftler gibt, die den Chinesen erklären könnten, warum das Soziale ein integraler Bestandteil der Marktwirtschaft sei und diese vom Kapitalismus getrennt werden muss, wenn sie als vollwertig gelten soll.

Schlanker Staat nicht gefragt

Niedersachsens Wirtschaft fordert schnelle Genehmigungen neuer Produktionsanlagen / Minister Lies: „Personelle Decke ist dünn“

Das ist die Schlagzeile eines Artikels von Dirk Stelzl in der HAZ vom 19. 09. 2018. Ich übertrage die beiden ersten Absätze nach hier:

Hannover. Dass sich Unternehmen in Deutschland für eine gute Personalausstattung in Behörden verkämpfen, ist ungewöhnlich. Jahrelang gehörte die Forderung nach einem möglichst „schlanken Staat“ zum Standardrepertoire der Wirtschaftsverbände. Doch da die Konjunktur derzeit brummt und viele Firmen kräftig investieren, liegt den Betrieben an einer schnellen Genehmigung geplanter Produktionsanlagen - deshalb pochen sie darauf, dass die zuständigen Behörden, denen ebenfalls der demografische Wandel und eine zunehmende Knappheit an Fachkräften zu schaffen machen, genügend qualifizierte Mitarbeiter haben.

„In vertretbarer Zeit“

Wenn man viel Geld für Wirtschaftsförderung im Land ausbebe, dürften Investitionen von Unternehmen danach nicht durch lange Genehmigungsverfahren erschwert werden, meinte Christian Bebek, der Leiter der Industrie-

abteilung bei der Industrie- und Handelskammer Hannover, am Dienstag bei einer Diskussionsveranstaltung der IHK. Dies wäre „absurd“. Schon vor einiger Zeit hatte die Kammer in einem Positionspapier angemahnt, dass die Behörden „angemessen“ in Personal- und Sachmitteln ausgestattet sein müssten, damit Genehmigungsverfahren in „vertretbarer Zeit“ abgewickelt werden könnten. „Ausfälle einzelner Mitarbeiter dürfen nicht zum Verfahrensstillstandführen“, betonen darin die Vertreter der hiesigen Wirtschaft. Eine qualifizierte Vertretung müsse jederzeit sichergestellt sein. ...

Ich denke, der Titel fasst nicht den Inhalt des Artikels und gibt das Anliegen der Unternehmen nicht richtig wieder. Eigentlich ist es nicht die Aufgabe des Rufes nach einem schlanken Staat, den die Unternehmen signalisieren, sondern die Forderung an die Parlamente und Regierungen bei dem Ausleben ihrer Regulierungswut, die dadurch entstehenden Blockaden zu bedenken und sie aus dem Weg zu räumen. Die Klagen sind aber nicht neu, die hat es auch schon gegeben, als Deutschland West als BRD gestartet ist. Zum gleichen Thema schreibt Dr. Hanspeter Georgi, Ex-Wirtschaftsminister im Saarland im PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft (Offizielles Magazin des Wettbewerbes „Großer Preis des Mittelstandes“) in der Ausgabe 6/ 2018. Er empfiehlt in seinem Artikel „Planungsgenehmigungspraxis ... ein nervendes Entwicklungshemmnis“ runde Tische für alle Beteiligten einzurichten. (Die Zeitschrift gibt es auch in digitaler Form: www.pt-magazin.de)

Das es in einem so dicht besiedelten Land wie Deutschland in dem heute mit Risiken belastete Werkstoffe und Verarbeitungsverfahren eingesetzt werden, zu Raumplanungen und Genehmigungsverfahren kommen muss, soll gar nicht bezweifelt werden. Der Verdacht liegt aber nahe, dass politische Karrieren und solche in den Bürokratien daran geknüpft sind, ob die Karrierekandidaten etwas finden, was noch zusätzlich zu Regulierungen ist. Mir ist das Bild von den Anglern gekommen, die gerne jeden Stein umdrehen, um zu sehen, ob darunter ein Regenwurm finden ist. Und mich würde auch nicht wundern, wenn die amtlichen Prüfer mehr Gewicht darauf legen, dass ihnen keine Prüfungsfehler nachgewiesen werden kann, als darauf, ob von Prüfungsgegenstand eine Gefahr ausgeht oder ob seine Realisierung eine Regelverletzung bewirkt. Insgesamt ist das aber einer der gesellschaftlichen Bereiche, die uns immer mehr von der Marktwirtschaft entfernen und uns in die Zentralverwaltungswirtschaft treiben. Zu beobachten ist das sehr gut im Bankensektor.

Heute am 6. Dezember ist unter Wirtschaft in der HAZ in einem Beitrag von Jens Heitmann zu lesen:

Duderstadt stoppt Sparkassen-Fusion / Vier Institute im Landkreis Göttingen wollten zusammengehen – das Scheitern schadet Hann. Münden

Die CDU im Göttinger Kreistag war sich ihrer Sache im März noch sehr sicher: „Die geplante Fusion der vier Sparkassen im Landkreis ist ein Gebot der Stunde“, erklärte Fraktionschef Harald Noack seinerzeit. Der Zusammenschluss der Häuser in Bad Sachsa, Osterode, Duderstadt und Hann. Münden sei „die zutreffende Antwort auf die überbordende Regulatorik durch Gesetzgebung und Bundesaufsicht für die Finanzdienstleistungsaufsicht, die Niedrigzinsphase, die Digitalisierung und die Veränderungen des Kundenverhaltens“ – und habe damit Vorbildcharakter über Südniedersachsen hinaus. ...

Anstatt dass die CDU im Göttinger Kreistag bei ihren Parteifreunden in Hannover und Berlin auf Busch klopfen, um herauszufinden, ob diese neben dem Kapitalismus innewohnenden Konzentrationsprozess durch die „Regulatorik“ die Zentralisierung der Wirtschaft absichtlich beschleunigen und daher den Traum von einer marktwirtschaftlichen / dezentralen Ordnung als Voraussetzung einer freien Gesellschaft zerstören wollen, sehen sie sich selber als notwendige Triebkraft der Zentralisierung. Sie dürfen sich dadurch schon als Vorreiter für die Vereinigten Sparkassen von Niedersachsen, danach von Deutschland und dann von Europa sehen.⁸⁴ Warum dieser zerstörerische Circus? Vielleicht, weil die Wissenschaft der Politik keinen Über- und Durchblick über die Wirkungszusammenhänge im Währungsbereich liefert. Über die Wirkungszusammenhänge von Zins und Konjunktur, Wachstumsdruck und Einkommensverteilung verweise ich noch einmal auf unseren verstorbenen Freund, Helmut Creutz hin. (www.helmut-Creutz.de)

Dass Sparkassen und Banken durch den Niedrigzins Probleme bekommen haben ist nicht zu leugnen. Wenn auch die Regelwidrigkeit der Herbeiführung des niedrigen Zinses durch die EZB zu kritisieren ist, so ist es der niedrige Zins nicht, denn der Zins ist neben der Preisfunktion für die Überlassung von Liquidität auch die Ausbeutungsrate des Arbeitseinkommens. Die Preisfunktion des Zinses funktioniert auch zwischen minus 1 oder 2 % und plus 1 oder 2 %. Es lassen sich dann aber nicht mehr die Kosten und Erträge der Banken durch die Bankmarge (Differenz zwischen Soll- und Habenzins) erwirtschaften. Aber diese uralte Regelung war schon immer ungerecht, weil die Schuldner – denen ja sowie schon ein realer Mangel anhaftet – vorwiegend für die Kosten des Bankapparates aufkommen musste. Da ist es gerechter, wenn die Sparkassen und Banken, sich ihre Dienstleistungen von jenen bezahlen lassen, die sie in Anspruch nehmen.

⁸⁴ Ziehe dazu: Die Sparkassen und Sterbekassen im Königreiche Hannover von Dan. Heinr. Ludw. Bening, Kanzleirath, 1840. Im Auszug hier zu finden: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.1%20Bankkaufleute%20Haupttext.pdf> Seite 42. Der Text muss aber auch als Ganzes auf meiner Homepage zu finden sein.

Bei der Artikelüberschrift „*Schlanker Staat nicht gefragt*“ habe ich aber weniger an der Regulierungswut und die Blockaden, die sie auslöst und an die Sparkassen, die hier meiner Darstellung ein Demonstration-Objekt wurden, gedacht, sondern mich gefragt, was für einen Staat will eigentlich der selbständige Mittelstand und was tun sie selber dafür. Nun, dieser selbständige Mittelstand ist keine homogene Masse, bei der die geistigen und politischen Inhalte ihrer Mitglieder beliebig ausgetauscht werden könnte. Ich habe jetzt nicht nach Forschungsergebnissen zu dieser Frage gesucht, sondern will meinen eigenen Eindruck nach dem folgenden Zitat wiedergeben.

Blickt man nur auf die vergangenen 100 Jahre in Deutschland zurück, so stellt man fest, dass es politischen Akteuren 1918, 1933, 1945 und 1989 gleich viermal gelungen ist, das von ihnen beherrschte Gemeinwesen jeweils krachend scheitern zu lassen. Und mit jedem Scheitern dieser Art waren Trümmerfelder unterschiedlichen Ausmaßes verbunden, im Materiellen wie im Immateriellen. Jedes Mal danach waren es dann die wirtschaftlichen Akteure, die die Trümmer beseitigten und uns - trotz des je haarsträubend angerichteten Chaos - einen immer besseren Lebensstandard sicherten.

(Ein Text-Absatz aus dem Pt-Magazin 6/2018 S. 38 dort gekennzeichnet mit: „Carlos A. Gebauer, stellv. Vorsitzender Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, sprach ein Grußwort zur Regionalgala am 13.9.2018 in Würzburg. Auszug aus seiner Kolumne aus dem Magazin eigentümlich frei Nr. 18.)

Den ganzen Beitrag von Carlos A. Gebauer finde ich reichlich schief. Das obige Zitat ist schon fragwürdig. Wenn man die berechtigten Interessen der Unternehmer verteidigen will, sollte man ihre Leistung nicht überhöhen. Es geht einem doch auch gegen den Strich, wenn gesagt wird, Konrad Adenauer oder Ludwig Erhard hätte Westdeutschland wieder aufgebaut, obwohl sie starke Rollen in der Aufbauzeit hatten. Bevor ein Bauunternehmer nach dem Krieg die erste Mauer wieder hochziehen lassen konnte, mussten die Trümmerfrauen die Trümmer beiseite räumen und den Mörtel von den Steinen klopfen, denn die Ziegeleien konnten noch nicht liefern. Und der Bauunternehmer musste Maurer finden, die unter erschwerenden Bedingungen und oft für einen Hungerlohn bereit waren, die Kelle in die Hand zu nehmen. Hier wurde Erstaunliches geleistet, aber eben nicht nur von den Unternehmern. Es ist noch nicht all zu lange her, da wurde in der HAZ von einem Bauunternehmer berichtet, der aus dem Osten geflüchtet ist und einen Teil seiner Leute konnte er hier im Westen wieder einsammeln und eine umfangreiche Bautätigkeit entwickeln. Er lebte oder starb dann hoch angesehen in seiner neuen Heimat.

Die zweite Schiefelage Gebauer ist der Verweis auf die politischen Akteure. Man mir diese Schiefelage in meiner vorliegenden Darstellungskette ebenfalls vorwerfen, weil ich auch häufiger auf die Politiker und die Sozialwissenschaftler als Verursacher hinweise. Ich hoffe aber, dass ich auch immer eingestreut habe, dass jeder Bürger mitverantwortlich ist – wenn wir davon ausgehen, dass die Demokratie ein praktikables Modell ist. Ich habe aber auch von Schwierigkeiten gesprochen, die die Erfüllung der Pflicht des Bürgers in der Demokratie macht. Ich habe als Beispiel auf die Abwertung des Leides der Deutschen durch den Krieg nach dem Krieg, die mit dem Verweis „Ihr habt selber Schuld, ihr habt Hitler zugelassen!“ vorgenommen wurde. Ich versuche aber mit meinen Hinweisen auf das Versagen der Politik und der Wissenschaft, die Menschen, die sich dort engagieren aber nicht als Personen abzuwerten. Ich dürfte mich bei so einem Vorhaben nicht selber vergessen, denn ich kann ja nicht nachweisen, dass ich weniger versagt habe. Mir ist es aber recht, wenn mich viele Zeitgenossen zum Teufel wünschen, wenn mein Bemühen dazu beiträgt, das sie gründlicher über ihr Tun und die Entwicklung unsere Republik, Europa und die Welt nachdenken.

Meine Deutung der Rolle der Unternehmer in der Vergangenheit ist eine andere als die von Gebauer. Für mich sind die Unternehmer in der Mehrzahl am politischen Systemen desinteressiert, zum Teil deshalb, weil ihnen ihr Unternehmen oder ihr Handwerksbetrieb keine Zeit und Kraft für solche Überlegungen lässt. Ihr politisches Interesse ist darauf gerichtet, eine zu große Einmischung der Politik in ihre Unternehmertätigkeit zu verhindern. Sie verlassen sich bei diesem Bemühen gerne auf die Verbandsfunktionäre und jene in den Zwangsanstalten, Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer genannt. Dessen Geist ist aber in den Hochschulen ähnlich getrimmt wie jener der Funktionäre der Gewerkschaften und in der Politik. Ich will damit nicht sagen, dass es keine Unternehmer gibt, die sich nicht selber in die Politik einmischen, davon habe ich erfreuliche Beispiele in der FDP erlebt. Es wird sogar Unternehmer geben, deren Unternehmen so gut läuft, dass sie sich die Politik zum Hobby machen können. Aber für die meisten Unternehmer und ihre Familien ist das Unternehmen etwas, das Leiden schafft. Das könnte sich nur ändern, wenn sie mitwirken würden, eine andere Politik durchzusetzen. Aber da beißt sich die Katze in den eigenen Schwanz.

Ich komme kurz zu den Gewerkschaften, über die ich wohl noch kein Wort verloren habe. Ich will damit nicht andeuten, dass die Arbeitnehmer sich nicht organisieren sollten, um ihre Interessen zu vertreten, nur halte ich die Instrumente und Strategien der Gewerkschaften für

museal und kontraproduktiv. Mir kam das Bild von den alten Kanonen vor meinem geistigen Auge, die man als Dekoration Vor- oder in alten Festungsanlagen bewundern kann. Um auch hier sofort klar zu machen, es geht nicht um die Abwertung der sich redlich abmühenden Gewerkschaftsmitarbeiter, aber leider sind sie mit einer untauglichen Theorie ausgerüstet, wie ich es weiter oben den Verbandsfunktionären der Arbeitgeber unterstellt habe. Es fällt mir nicht leicht so zu schreiben, weil ich die eigene intellektuell Begrenztheit spüre und ich es daher nicht für angemessen halte, so zu schreiben, wie ich schreibe. Aber bevor eine Jahrzehnte dauernde falsche Politik wieder mit Gewalt gelöst werden soll und doch nicht gelöst werden kann, muss man auch riskieren, als Großmaul abgestempelt zu werden, wenn diese Strategie ihren Zweck erfüllt.⁸⁵ Wer etwas von Erdarbeiten versteht, wird den Sinn der nächsten Sätze verstehen. Einer geht des Weges und sieht wie Männer und Frauen ein Graben im sandigen Boden mit Forken ausheben wollen. Er hatte vorher gesehen, dass auf dem Gerätewagen auch Schaufeln / Schippen liegen und fragt die tätigen Menschen, warum benützt ihr nicht die Schippen. Zur Antwort bekommt er die Aussage: „Das ist uns so angewiesen worden!“ Ich bin auf das Gewerkschaftsthema gekommen, weil ein Bericht in der HAZ vom 9. November 2018 dazu Anlass gab:

„Wir müssen Luft zum Atmen schaffen“

Niedersachsens DGB-Chef Mehrdad Payandeh über Arbeitszeiten, Internetwirtschaft und Politik / ein Interview von Jens Heitmann und Christian Wölbart

Zur Person

Mehrdad Payandeh steht seit Februar an der Spitze des DGB-Bezirks Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt. Der 58-Jährige ist gebürtiger Iraner und hat nach seiner Flucht nach Deutschland Wirtschaftswissenschaften studiert und später promoviert. Vor seinem Wechsel nach Hannover leitete er die Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Payandeh lebt mit seiner Frau und zwei Söhnen seit 2005 in der Landeshauptstadt.

Es folgen 4 Fragen und 4 Antworten:

... Das Problem für die Betriebe sind eher die anderen, die temporär 20 oder 30 Prozent weniger arbeiten wollen. Diese Lücken sind schwer zu füllen ...

Bisher nutzen Firmen die Möglichkeiten der Digitalisierung vor allem, um die Produktion flexibler zu machen. Die Digitalisierung bietet aber auch Chancen, um stärker auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter einzugehen. Aktive Mitbestimmung ist unerlässlich, wenn der technologische Fortschritt den Menschen dienen soll. Flexibilisierung darf keine Einbahnstraße sein.

Dass die Gewerkschaften dabei behilflich sein können, glauben aber

⁸⁵ Sie die Gelbe-Westen-Proteste Frankreich.

immer weniger Beschäftigte. Die Zahl Ihrer Mitglieder schwindet seit Jahren.

Sechs Millionen Menschen sind Mitglied bei einer der DGB-Gewerkschaften, 57 Prozent Beschäftigte in Niedersachsen unterliegen der Tarifbindung - damit haben wir erheblichen Einfluss. Unser Problem ist die zunehmende Tariffucht im Lager der Arbeitgeber. Viele Unternehmen unterliegen jedoch einem Trugschluss. Wenn sie die Gewerkschaften schwächen, schwächen sie auch sich selbst. Beide Seiten brauchen einen starken Verhandlungspartner, der Einfluss hat. ...

... Vonseiten der Gewerkschaften gibt es die Forderung nach einem Steuerprivileg: Ihre Mitglieder sollen einen Freibetrag für ihren Mitgliedsbeitrag bekommen. Das würde den Fiskus einen Milliardenbetrag kosten. Wäre das im Sinne der Allgemeinheit?

Ich finde: Ja. Wenn wir die Tarifbindung stärken wollen, wäre das ein guter Hebel. Das würde Menschen, die durch ihre Mitgliedschaft bei Gewerkschaften einen wichtigen Beitrag leisten, etwas besserstellen. Das hätte Signalwirkung. Auch die Landesregierung in Niedersachsen muss etwas zur Stärkung von Tarifverträgen tun, nämlich ein wirksames Tariftreuegesetz schaffen.

Ist es denn die Aufgabe des Staates, eine Tarifpartei zu alimentieren?

Es geht hier nicht um Alimentierung, sondern um die Stärkung der Tarifbindung. Dafür braucht es drei starke Partner: die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände für die Tarifverträge - und den Staat, der verhindert, dass diese unterlaufen werden. Diese drei Akteure haben immer Verantwortung übernommen und Handlungsfähigkeit bewiesen - etwa in der Finanzkrise. Ohne diese drei Akteure gerät das politische System ins Rutschen.

Das Bild vom Niedersächsischen DGB-Chef, welches dem Interview in einem großen Format eingefügt wurde, vermittelt mir einen sympathischen, energischen Mann. Ich werde durch die Personenbeschreibung an einem anderen Iraner erinnert, der auch in Deutschland Wirtschaftswissenschaften studiert hat und mit einer Druckerei und einem Restaurant Unternehmer wurde. Ich habe vor vielen Jahren viele Flugblätter bei ihm drucken lassen.

Payandeh denkt immer noch im Stil der Gewerkschaften, als sie einst entstanden sind – wenn auch modifiziert. Der nachfolgende Vers ist zwar auf die Sozialdemokratische Partei gemünzt, aber die wurde ja als Arbeiterverein gegründet:

„Alle Räder stehen still...

Am 23. Mai 1863 hat der Schriftsteller Ferdinand Lasalle zusammen mit einigen Arbeitern in Leipzig die weltweit erste sozialdemokratische Partei gegründet: den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. An der Wiege des

ADAV hat auch ein Württemberger gestanden: Der Dichter Georg Herwegh, ein aus stammender „Alt-Achtundvierziger“, hat das Bundeslied der neuen Partei geschrieben. Weltweite Berühmtheit werden vor allem die folgenden Zeilen erlangen: „Mann der Arbeit, aufgewacht! / Und erkenne deine Macht! / Alle Räder stehen still, / wenn dein starker Arm es will.“

<http://geschichte.spd-bw.de/de/um-freiheit-und-soziale-demokratie/1869-alle-raeder-stehen-still.html>

Diese Aussage zu den still stehenden Räder war damals schon falsch und ist es heute noch, denn mit dem Erzwingen des Stillstandes der Produktion kann man ein Unternehmen zwar in den Konkurs treiben aber nicht zu Hause die hungernden Mäuler der Kinder stopfen. Und was 1863 schon falsch war, ist heute auch noch falsch. Der nachfolgende Satz ist zwar nicht so schön gedichtet, war dem Sinn nach 1863 gültig und auch heute.

Alle Räder müssen sich drehen, damit wir mit vollen Taschen nach Hause gehen.

Das hängt damit zusammen, dass in einer Dauerkonjunktur die Knappheit des Kapitals abnimmt. Der Preis für die Kapitalnutzung sinkt dadurch und die Lohnquote am Volkseinkommen kann steigen. Eine Dauerkonjunktur hat eine Vollbeschäftigung zur Folge und das auf dem ersten Blick erscheinende Verrückte ist, dass sich Arbeitszeitverkürzungen und gewünschte Arbeitszeitmodelle sich bei Vollbeschäftigung leichter durchsetzen lassen, als wenn Arbeitssuchende vor den Toren der Arbeitgeber Schlange stehen. Und auf noch etwas scheinbares Widersinniges mache ich aufmerksam. Die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände bilden eine heimliche, nicht eingestandene Koalition, denn beide Gruppen sind nicht an einer Vollbeschäftigung interessiert; die Gewerkschaften nicht, weil bei Vollbeschäftigung das Interesse der Arbeitnehmer an eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft schwindet und die Arbeitgeber brauchen eine ausreichende Arbeitslosenquote als Lohndrücker.

Wenn der Druck der Beschäftigungskrise jetzt nachlässt und dadurch weniger Arbeitnehmer die Neigung haben die Kosten einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zu tragen, dann könnte man ja sagen, dass Subventions-Karrussell dreht sich ja sowieso, was den Bauern und anderen Wirtschaftsteilnehmer recht ist, soll den Arbeitnehmern, die sich organisieren recht sein. Aber ökonomisch ist das nicht gerechtfertigt, denn die Gewerkschaften sollten sich für ihre Arbeit von den Arbeitgebern bezahlen lassen, denn sie sind ungeplant deren Dienstleister. Wie ist das gemeint? Wenn es keine Tarifverträge gäbe, müssten die Arbeitgeber mit jedem Arbeitnehmer Art und Umfang der Leistung, die er erwarte und das Entgelt, welches der Arbeitnehmer dafür erwartet aushandeln. Die Gewerkschaften nehmen diese Arbeit dadurch ab, dass sie stellvertretend für alle Verhandeln. Die formalen Voraussetzungen für die verschiedenen Lohngruppen mögen im Einzelfall der Leistung der Arbeitnehmer entsprechen, in den

meisten Fällen eher nicht. Auf diese Weise werden echte Leistungslöhne verhindert. Man könnte sagen, dass es zu einer Quersubventionierung unter den Arbeitnehmern kommt. Wird ein Flächentarifvertrag ausgehandelt, muss dieser sich danach richten, dass das schwächste Unternehmen mit dem Tarif noch überleben kann. Die Folge ist, dass die Gewerkschaften den stärkeren und starken Unternehmen ermöglichen, Löhne unter ihrer Leistungsfähigkeit zu zahlen. Die Differenz zwischen dem Tariflohn und den Lohn, den sie zahlen könnten, ist eine ökonomische Rente, die dazu genutzt werden kann, ihre Position im Markt noch stärker gegen die schwächeren Konkurrenten auszubauen. Lohntarife haben einen Kartellcharakter, wenn sie auch nicht mit sonstigen Anbieter- oder Nachfragerkartelle vergleichbar sind.⁸⁶ Und Kartelle behindern immer den Wettbewerb.

Im März 1970 baten mich Kollegen der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) in der Norddeutschen Landesbank eine Stellungnahme zu der Frage „Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument die DAG Gegenwartsforderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit – durchzusetzen? Ich kam zu dem Schluss, dass das nicht der Fall ist. Das war natürlich nicht förderlich für mich. Unter Punkt 15 habe ich damals geschrieben:

Es ist ernsthaft zu prüfen, ob die Gewerkschaften nicht besser auf den Abschluß von Tarifverträgen verzichten sollten und statt dessen den einzelnen Berufsgruppen monatlich örtliche und überregionale Arbeitsmarktanalysen mit Angaben über Haupt- und Nebenleistungen, sowie den Arbeitsbedingungen zu erarbeiten. Das hat den Vorteil, daß Tarifverhandlungen dann permanent (am Markt) geführt werden, keine Schere zwischen Tarif- und Effektivlöhnen entstehen kann, die Gewerkschaften nicht Punktrichter in eigener Sache sein müßten und daß die Inflationsrate nicht auf Kosten des Arbeitsertrages geht (womit eine von mehreren negativen Wirkungen der Inflation ausgeschaltet wäre).

Unter der Ziffer 48 habe dann weiter argumentiert:

2.2 Wenn man schon nicht auf Gehaltsgruppen verzichten will (bei den Spitzenverdienern funktioniert das wunderbarerweise) dann empfiehlt sich die Schaffung von Leistungsgruppen nach Bewertungspunkten. z.B. 10 Gruppen. Glatte DM-Beträge wähle ich, um die Darstellung zu vereinfachen.

Wer wissen will, wie ich mir das damals vorgestellt habe, kann das hier lesen:

Agenda Niedersachsen 2001 – zweiter Teil / Dokumentation 10

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.10%20OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf>

Seite 9 bis 20

⁸⁶ Hier habe ich dazu einen interessanten Beitrag gefunden:

https://www.bavc.de/bavc/web/web.nsf/id/li_ib_082010_st3.html

Noch ein Wort zum Instrument Streik:

Juristisch gesehen ist das Streikrecht ein Unrecht und nur dann tolerabel, wenn Vertragspartner (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) es ausüben, ohne das Dritte ein Schaden dadurch zugeführt wird. Das gleiche gilt für die Aussperrung. Gestreikt wird aber gerne dort, wo viele Dritte davon betroffen sind, damit dadurch zusätzlichen Druck auf die Arbeitgeber aufgebaut wird. Der Streik greift hier in die Rechte vieler Dritte ein. Für deren Rechtsverletzung müssten die Streikenden – wenn das Recht nicht so verbogen würde – haftbar gemacht werden. (dito bei Aussperrungen) Dass das nicht geschieht und der Streik als ein normales Durchsetzungsinstrument betrachtet wird, hängt wohl damit zusammen, dass die Politik und die Rechtsprechung davon ausgehen, dass die Arbeitnehmer bzgl. der Löhne ohne Streik der Willkür der Unternehmen ausgesetzt sind, das sind sie aber nur, wenn die Unternehmer ein Lohnkartell bilden würden. Das könnten sie aber nur – wenn überhaupt – nur in unterbeschäftigten Situationen der Wirtschaft. Also wäre die Aufgabe ihren Mitgliedern eine Situation der Vollbeschäftigung zu schaffen. Darüber, wie das zu machen ist, erfahren sie in ihrem Studium oder in ihrer Ausbildung nichts.

Der Hauptanlass für die Streiks ist meistens die jährliche Inflationsrate, die die jeweils letzte Lohnanpassung wieder auf Null oder darunter setzt. Hier wäre der Streikgrund einfach aus der Welt zu schaffen, indem die Löhne und Gehälter am Kaufkraftindex gekoppelt würden. Der Kaufkraftverlust von Löhnen und Gehältern würde vierteljährlich – wenigstens halbjährlich – durch die entsprechende Erhöhung der Lohn- und Gehaltszahlungen ausgeglichen. Der Einwand dadurch würde die Inflation gefördert ist ein Ammenmärchen.

Dieser Streikgrund entfele. Die Gewerkschaften lieben diese Möglichkeit aber nicht, weil sie sich dann nicht mehr so in Szene setzen könnten. Sie vertreten eben ein Absatzmodell, dass nur dann funktioniert, wenn es genug Arbeitnehmern schlecht geht. Aus dem gleichen Grund mögen sie es auch nicht, wenn Arbeitnehmer auf die Rolle des selbständigen Unternehmers vorbereitet werden und haben damit wieder eine Gemeinsamkeit mit den Arbeitgebern. Die wollen auch nicht, dass ihre Arbeiter und Angestellten anfangen unternehmerisch zu denken. Aus deren Sicht sollen Arbeitnehmer in ihrem Spezialgebiet einfach nur funktionieren, alles andere soll sie nicht interessieren. Das ist natürlich pauschal geurteilt und kann und die Aussage ist nur tendenziell richtig.

Ich habe schon vor Jahren geschrieben, wenn man die Bremserwirkung der Gewerkschaften

bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes ausschalten will, muss man ihnen ganz neue Arbeitsfelder (in Konkurrenz mit anderen Anbietern) erschließen. Ich denke an die Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, berufsbezogene Versicherungen und individuelle Beratung von Arbeitnehmer für realistische Durchsetzungstrategien ihrer Lohnforderungen und bei der Beratung individueller Berufskarrieren.

Damit die Arbeitnehmer auch wirklich ihren Marktgerechten Lohn ohne Streik erhalten, ist die Vollbeschäftigung nötig (und möglich). Es genügt dann meistens schon die Androhung, man würde sich einen anderen Arbeitsplatz suchen. Es liegt nicht im Interesse von Arbeitnehmern sich für ewig an ein Unternehmen zu binden, es sei denn, er wird Teilhaber oder der finanzielle Ausgleich für die längere Bindung ist erheblich.

Ein Satz von Mehrdad Payandeh geht mir noch durch den Kopf. Er lautet: „Ohne diese drei Akteure gerät das politische System ins Rutschen.“ Er meint Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Staat. Mir kam die Frage, ob Mehrdad Payandeh meint, dass die Gewerkschaften wie die Kirchen subventioniert werden sollten, damit sie bei abnehmender Zahl von Gläubigen beschwichtigend auf das Volk einwirken, wenn ihnen der Staat zu viel zumutet.

Als letztes Stichwort vor der Abschlussrunde, von der ich noch nicht weiß, wie umfangreich die wird, steht bei mir auf dem Programm die **Genossenschaft**. Ich habe mir dazu 3 Spezialanzeigen zum Geburtstag von Friedrich Wilhelm Raiffeisen vor 200 Jahren in der HAZ vom 25. Oktober 2018 aufgehoben. Ich gebe erst die Schlagzeilen der Text-Anzeigen wieder und dann den Text-Teil aus der Anzeige a).

- a) FINANZIEREN – LEBEN – WOHNEN / Mit Genossenschaften sicher leben
Vor 200 Jahren wurde Genossenschafts-Erfinder geboren – Viele Aktionen zum Gedenken an Friedrich Wilhelm Raiffeisen
- b) Banken, die den Kunden gehören / Hilfe zur Selbsthilfe ist noch heute das Motto der Genossenschaftsbanken / (separat:) Mieter und Eigentümer zugleich
- c) Gut beraten dank genossenschaftlicher Werte / Merfach ausgezeichnet: Die Hannoversche Volksbank zeichnet sich durch ihre Kundennähe und einzigartige Beratung aus

Von Sonja Weiße

Die Bauern hatten es schwer in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Vulkanausbrüche in Asien und im Pazifik hatten Klimaveränderungen auch in Europa verursacht. Die Ernten waren schlecht, Menschen hungerten, das Vieh verendete.

Um neues Vieh zu kaufen, waren Bauern auf Geldverleiher angewiesen. Die aber verlangten Wucherzinsen.

Konnten die Bauern das Geld nicht zurückzahlen, wurden ihre Höfe zwangsversteigert. Der Bürgermeister von Flammersfeld im Westerwald, Friedrich Wilhelm Raiffeisen, wollte die Bauern schützen und gründete dafür einen „Hülfsverein für die unbemittelten Landwirthe“. Der Verein gewährte den Bauern Darlehen, um Vieh kaufen zu können. Ähnliche Vereine entstanden, in denen Mitglied werden musste, wer ein Darlehen aufnehmen wollte. So wurden die Grundlagen für die Raiffeisenschen Genossenschaften gelegt.

Zum 200. Jahrestag des Geburtsjahres von Raiffeisen wird in diesem Jahr mit vielen Aktionen an den Vordenker und Reformier erinnert. „Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele“ war die Grundidee seiner Pläne. Eine Idee, die sich durchsetzte: Nach Angaben des „Raiffeisen 2018 Organisationsbüros“ sind heute mehr als 22 Millionen Menschen in Deutschland Mitglied in Genossenschaften. Handwerker und Landwirte können auf diese Weise gemeinsam günstiger Rohstoffe kaufen. 2200 derartiger ländlicher Genossenschaften von Landwirten, Gärtnern und Winzern gibt es zu einem solchen Zweck. Eine weitere häufige Form sind Konsumgenossenschaften, von denen es 3332 gibt. Bekannte Beispiele für Dienstleistungsgenossenschaften für den Einkauf und die Vermarktung von Waren sind Ede-ka und Rewe.

Auch Verbraucher schließen sich in Genossenschaften zusammen, beispielsweise, um Wohnraum, Kredite oder Energie zu beschaffen. So gehört etwa ein Zehntel aller Wohnungen hierzulande einer von 2000 Wohnungsgenossenschaften. Auch Kreditgenossenschaften sind ein wichtiger Zweig des Genossenschaftswesens: Nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) gibt es 915 Genossenschaftsbanken. Und 860 Energiegenossenschaften sind im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband organisiert, mit Geschäftsmodellen von der Stromerzeugung durch Fotovoltaik, Windkraft oder Biogas über den Netzbetrieb bis hin zur Energievermarktung. Oft wird die Organisationsform einer Genossenschaft auch genutzt, um gemeinnützige soziale Zwecke wie der Betrieb eines Seniorenheimes oder einer integrativen Werkstatt zu erreichen.

Der Hauptvorteil der Mitgliedschaft in einer Genossenschaft liegt darin, gemeinsam mit anderen ein Ziel zu erreichen, das alleine nicht oder viel schwerer zu erreichen wäre. Bei der Frage, wie dieses Ziel zu erreichen ist, können die Mitglieder einer Genossenschaft mitbestimmen. Genossenschaften haben demokratische Entscheidungsstrukturen, jedes Mitglied hat ein Stimmrecht. Zudem werden Gewinne zur Mitgliederförderung verwendet. Entweder sie fließen in Form von Rücklagen oder Investitionen zurück in das Unternehmen. Oder sie werden als Rückvergütung an die Mitglieder verteilt. Ein Genossenschaftsanteil kann daher auch eine gute Geldanlage sein.

Exkurs

Um meine Einstellung oder mein Verhältnis zur Genossenschaft als Unternehmensform zu verdeutlichen muss ich mal wieder etwas von mir selber berichten. Für Jugendliche, die im

Krieg und in der Nachkriegszeit zur Schule gegangen sind und dann nur den Volksschulabschluss vorweisen konnten, waren auch in den 50er und 60er Jahren noch viele Bildungswegen verschlossen. Mir ist das lange gar nicht aufgefallen, 1. weil ich mir durch sehr verschiedene Arbeitseinsätze die Welt auf meine Weise erschloss und 2. habe ich die Welt – so denke ich im Nachhinein – hauptsächlich wohl gefühlsmäßig wahrgenommen. Bildungs- und Standesunterschiede habe ich ohne Wertung wahrgenommen wie die unterschiedliche Haarfarbe der Menschen. Das bewusste Denken setzte bei mir erst gegen Ende des zweiten Lebensjahrzehnts ein. Ich war verliebt in eine hochbegabte Schülerin aus meinem Heimatdorf, die später beim ZDF-Kultur-Magazin landete und mit weiteren Familienangehörigen durch einen Unfall einen frühen Tod erlitt. Ich kann mich erinnern, dass sie mich einmal nachhaltig ermahnte nicht so denkfaul zu sein. Das hatte ich bis dahin gar nicht bei mir bemerkt. Aus dieser Zeit nach dem wohltemperierten Anranzer stammen die nachfolgenden Zeilen:

Über den Denker

Ein Mensch wird plötzlich durch einen Gedankenblitz aus dem kollektiven Denken oder Nichtdenken herausgerissen.

Ein Denker wurde geboren. Ja, aber was für einer wird er. Dieses hängt wohl von seiner Kraft und seinem Mut zum Denken ab.

Denn nun steht für ihn alles in Zweifel. Irrtum über Irrtum muss er überwinden, bis er irrsinnig wird oder der Tod ihm gnädig ist.

Man kann die Denker klassifizieren.

Der schwache Denker

Kaum ist er sich des Denkens bewusst, so bekommt er Angst vor dem Abgrund, den er auf sich zukommen sieht. Schnell sucht er sich einen Halt, an dem er sich festhalten kann. Schon ist er untergetaucht in einer großen Gemeinschaft von Denkern, deren Ziel es ist, ihr Dogma zu befestigen. Dass sie Scheuklappen aufhaben, merken sie gar nicht. Links, zwei, drei, vier, links ..., alles denkt im Gleichschritt.

Der starke Denker braucht den Gegner damit seine Gedanken klarer werden. Er ist bereit viel für diese einzusetzen. Er braucht aber trotzdem Anerkennung damit er nicht irre wird an seinen Denken.

Der Superdenker mag eine Art Übermensch sein, der es eine Zeitlang fertig bringt, sich von allen zu lösen und einsam bis an die Grenze des Wahnsinns vordringt. Auch auf der Gefahr hin, dass er die Grenze überschreitet.

(Ich habe hiermit nichts über die Qualität der Gedanken gesagt.)

000000

Gedanken sind das Produkt einer Filterung unserer
Empfindungen.

000000

Die Frage

Bin ich dumm, bin ich weise?

Laufe ich gerade aus oder laufe ich im Kreise?

Bin ich gut, bin ich böse?

So zu fragen hat keinen Sinn,

da ich nur ich bin.

Tristan (vor 1955 geschrieben)

Die nächsten Impulse zum eigenständigen Denken gab es dann wohl im Winter 55 /56 bei meinem Arbeitseinsatz in den Erziehungsheimen der Diakoniestalt Nazareth, Bethel in Freistatt zwischen Sulingen und Diepholz. Weil ich von der Seefahrt weg wollte, hatte ein Diakon im Seemannsheim in Bremen mir empfohlen, mich dort einmal umzuschauen. Aber zu der Zeit war *Isa* schon in meine Leben eingetreten (siehe Widmung), sie empfahl mir, nach dem Aufenthalt in Freistatt mich im Internationalen Freundschaftsheim Bückeberg umzuschauen. Auf meine Fragen was man der dort betreibt und wer da dort hinkäme, erhielt ich die Antwort zur ersten Frage: „Friedensarbeit“ und die Leute, die sie als Antwort auf die

zweite Frage benannte, waren solche, die alle nur akademische Berufe hatten und Studenten. Mit denen hatte ich nichts am Hut, die waren nicht aus meiner Welt. Und Pazifismus war für mich ein Fremdwort. Da hätte ich erst in ein Lexikon nachschauen müssen, das ich nicht vorhanden war. Ich hatte zwar eine mir in der Küstenschiffahrt angeeignete Abneigung gegen uniformierte Menschen beibehalten und diese auch auf das Militär übertragen, das meinem Vater und damit seiner Familie das Lebensglück verkleinert hat, aber darüber hinaus hatte ich über den Nutzen und die Gefahren die das Militär bringen kann, nicht nachgedacht. Und dieses Nachdenken habe ich dann vom April 1956 bis in den Februar 1957 als Matrose auf einem schwedischen Frachter nachgeholt.⁸⁷ Ab da bin ich ein Pazifist geworden, aber nicht einer, der sich alles gefallen lässt und hofft, dass sich alles von selber zum guten wendet. Jetzt war ich auch bereit ins Freundschaftsheim zu fahren. Ich war in der Sache ja keine Knetmasse mehr, die man beliebig kneten kann.

Im Freundschaftsheim habe ich dann bei allem Selbstvertrauen und Selbstwertbewusstsein gemerkt, dass mir zu viel an Bildung fehlte. Ich habe dort von Evald Gunnensen⁸⁸ - ein dänischer Volkshochschullehrer - und seiner Frau von den Heimvolkshochschulen in Dänemark erfahren, die es auch in Deutschland gäbe. Nach Zwischenstufen bin ich dann im Winterlehrgang 1959/60 der Bäuerlichen Volkshochschule Rastede und danach 1960 in Sommerlehrgang in der Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring gelandet.

Und hier bin ich dann in Kontakt mit dem Genossenschaftsgedanken gekommen. In der BVH hatten wir einen direkten Kontakt mit einem Vertreter eines Genossenschaftsverbandes, der ins Haus kam und in Mariaspring hatten wir den Leiter einer Spar- und Darlehnskasse in Nörten-Hardenberg zum Nachbarn. Nachdem Besuch dieser beiden Heimvolkshochschulen hatte ich zwar die Berechtigung an einer Wohlfahrtschule (heute Fachhochschule Sozialarbeit) zu studieren aber dafür kein Geld. Zwei weitere Bildungswege erwiesen sich für mich als nicht ganbar. Als Matrose an Land war ich also immer noch im Status des unge-

87 Auf dieses Schiff hatte ich mir auch drei Bände „Bilder aus deutscher Vergangenheit“ mitgenommen. Sie stammten aus dem Bücherbestand meines Vaters, den er von 1929 bis 1939 von der Deutschen Buch-Gemeinschaft erworben hatte. Zum Lesen ist er aber erst gekommen als er krank und alt war. In seinen schlechteren Zeiten seines Lebens war er beim Militär und im Lazarett und in den besseren aber nicht leichten Zeiten war er mit seinem Doppelgeschäft Friseursalon für Damen und Herren und dem Fotoatelier so ausgelastet, das er keine Zeit zum Lesen hatte. 1929 hat er sich 24jährig als Friseur selbständig gemacht, weil er in Hamburg arbeitslos geworden war. Die Fotografie hat er sich autodidaktisch angeeignet und später seine Meisterprüfung absolviert. Für mich war das Lesen der 3 Bände von Freytag jeweils nach einer Wache sehr mühsam. Ich bin immer nach wenigen Seiten eingeschlafen und musste um den Anschluss zu finden, beim Weiterlesen mehre Seiten wiederholen. Heute könnte ich nicht sagen, was ich da gelesen habe.

88 Die Namensnennung ist so etwas wie die Abtragung einer Dankeschuld.

lernten Arbeiters. Der Status an sich störte mich nicht, nur mit ihm konnte ich keine Frau beeindrucken, die mir gefiel und zweitens war er ja die Blockade für meine Lernwilligkeit. Ich wollte mit dem Lernen nicht aufhören, bevor ich damit richtig angefangen hatte. In dieser Situation ergab sich die Chance im Niedersächsischen Landesjugendheim zu arbeiten und gleichzeitig eine Ausbildung als Erzieher zu machen. Meine Erfahrungen in Freistatt ließen dafür keine Begeisterung aufkommen, aber wenn man keine Wahl hat, muss man eben in den sauren Apfel beißen. Was sich als Problem herausstellte, war: Die versprochene Ausbildung kam nicht Gang, die Arbeit, die von den Jugendlichen verrichtet wurde, hat nach meinem Arbeitsverständnis keinen Ernst-Charakter, ich kam mir als Gefängniswärter vor, der nur die Türen auf und zuzuschließen hatte und ich fand die Häufung von jugendlichen Problemfällen als kontraproduktiv. Als mir meine damalige Freundin – für die ich diesen Weg doch eingeschlagen hatte - noch den Laufpass gab, habe ich das Handtuch geworfen. Ich habe danach auf für einen Gemüsegroßhändler auf dem Gemüse- und Obstgroßmarkt in Bremen gearbeitet und konnte danach an einem Halbjahreskurs an einer privaten Handelsschule in Bremen teilnehmen. Danach kam die Ausbildung zum Bankkaufmann in einer Kreditgenossenschaft ins Spiel. Was nach einigen Anlaufschwierigkeiten in zwei ländlichen Kreditgenossenschaften in Markodendorf (damals Kreis Einbeck) und Nörten-Hardenberg (Kreis Northeim) vom 1. Juli 1961 bis 30. März 1964 geschah. Ich war 30 Jahre alt, als ich damit fertig war. Und mich drängte nach neuen Bildungsabenteuern. Das Wichtigste am Ende des langen Exkurs: Ich habe die Lehre zum Bankkaufmann gemacht, weil ich damals die Genossenschaft für etwas Sozialistisches hielt. Obwohl die Lehre damals meine einzige Chance war, hätte ich sie nicht in einer normalen Geschäftsbank gemacht. Auch bei Individuen kann eine Leitidee großes Gewicht haben. Eine gewisse Ironie liegt darin, dass kurz nach Beginn der Lehre mir ein Flugblatt – das ein Lehrer⁸⁹ verteilt hatte – die erste Kunde von der Freiwirtschaft brachte und mein Blick auf die Genossenschaften veränderte.

Exkurs Ende

Wie aus dem wiedergegebenen Anzeigentext oberhalb des Exkurses hervorgeht, wird die Gesellschaftsform der eingetragenen Genossenschaft für sehr umfangreiche und für sehr verschiedene wirtschaftliche Tätigkeiten erfolgreich genutzt.

Die Genossenschaften wurden gegründet, um die Verwerfungen des Kapitalismus zu glätten,

⁸⁹ Der hatte sein Wissen als Fluchtgepäck aus der DDR (damals noch von uns aus gesehen die SBZ) mitgebracht. Er war dann lange in der verständnisunwilligen SPD Mitglied.

dieses gelang und gelingt insofern, weil sie den Märkten, die im Kapitalismus zu Mono- und Oligopolen neigen, eine wirksame Konkurrenz entgegensetzen und dadurch, dass sie aufgrund des Verzichts auf das alleinige Ziel der Gewinnmaximierung verzichten im gewissen Sinne die Möglichkeit erhalten, die wirtschaftlich schwächeren Mitglieder zu subventionieren (z. B. durch niedrige Zinssätze für Kredite).

An dem Kapitalismus selbst kann die Rechtsform der Genossenschaft aber nichts ausrichten, weil dieser nicht seine Ursache in der Rechtsform der Unternehmen hat. Ich denke, dass die Genossenschaft ihre wirklich große Wirkungszeit nicht hinter sich, sondern noch vor sich hat, nämlich dann, wenn die Bildung aus ihrem Sklavendasein in die Freiheit entlassen wird und jeder Kindergarten und jede Schule ein genossenschaftliches Kulturunternehmen wird.

Früher habe ich Gedacht (und was sich in der Wirklichkeit widerspiegelt), dass die Rechtsform der Genossenschaft nichts für Produktivunternehmen ist, weil der Anspruch auf den nominellen Genossenschaftsanteil beim Ausscheiden des Mitgliedes aus der Genossenschaft nicht den wahren Wert entspricht, den ein solches Unternehmen im Laufe der Zeit entwickelt. Das bewirkt, dass die Produktivgenossen immer für die maximale Lohnhöhe plädieren werden und dass dadurch kein Eigenkapital für Investitionen angesammelt werden kann. Aber ich habe schon lange nicht in das Genossenschaftsgesetz geschaut. Es kann daher sein, dass ich da nicht auf dem neuesten Stand bin. Ein weiterer Nachteil für die Rechtsform der Genossenschaft ist, dass die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die GmbH, eine größere Gestaltungsfreiheit für die Gesellschafter bietet.

In der Zielgrade?

Ich komme jetzt zu den Inhalten meiner Überlegungen, die mich überhaupt motiviert haben, damit anzufangen, sie niederzuschreiben. Es macht sich in einer Filmszene ganz gut, das eigene Spiegelbild als Gesprächspartner zu wählen und über Informationen zu rasonieren, die über die Augen oder Ohren in einem eindringen, aber nicht in der Wirklichkeit. Ich könnte meine Ausführungen auch als eine Bandwurmgeschichte bezeichnen. Es ergibt aber keinen Sinn, dass ich das Produkt meiner Überlegungen selber abwerte, es sei denn, dass ich mir die Wirkung der „Kritik des Herzens“ von Wilhelm Busch zunutze machen wollte. Der Inhalt ist ernst gemeint, auch wenn ich mit der Form unzufrieden bin. Ich habe eine Botschaft zu vermitteln und nehme nicht an einem Literaturwettbewerb teil.

Der Ariadnefaden, der anfangs mich sicher durch oder aus dem theoretischen ökonomischen Irrgarten führen sollte, ist nicht mehr so deutlich sichtbar. Ich muss erst den Anfang des Fadens finden, um danach zum Ausgang zu kommen. Ich will mich ja nicht darin ergehen, nur von den bedrohlichen Fallgruben, die auf den Wegen dieses Irrgartens angelegt sind, zu berichten, dazu reicht meine Sehschärfe auch nicht aus, um sie alle zu erkennen. Vielmehr würde ich lieber versuchen, von den Bildern mit „blühenden Landschaften“ zu berichten, die dort zu sehen sind und keine Versprechen bleiben müssen.

Wenn ich eine Mission habe, dann ist es die, Zeitgenossen zu ermuntern sich auf die Ökonomie einzulassen, denn wer sich hier nur auf die Experten verlässt, der ist verlassen. Es geht auch nicht darum sich über die „Spielhölle Börse“ schlau zu machen, davon wird schon zu viel vor der Tagesschau berichtet, ohne das klar wird, was da eigentlich geschieht.

Mein Anliegen ist nicht ein Lehrbuch in Kurzform zu schreiben, sondern deutlich zu machen, dass das Modell Soziale Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Chance bot, wirklich neu zu beginnen. Aber leider ist das Modell, bevor es ausformuliert wurde, schon im Start verraten – weniger drastisch ... blockiert .. - worden. Was realisiert wurde, war Talmi. Bei meinem Kenntnisstand kann ich nicht sagen, ob der „Verrat“ eine konzertierte geplante Aktion war oder aufgrund mangelnder Einsicht in den Funktionszusammenhang des Modells geschah. Meine Annahme ist, dass der Widerstand seitens der SPD im Unverständnis lag. Aufgrund ihrer auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg wenigstens teilweise am Marxismus orientierten Programmatik, war ihnen der Zugang zu dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft versperrt. Schon damals war die Gleichsetzung, des synonymen Gebrauchs, der Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus ein Hindernis zum Verständnis ökonomischer Probleme zu kommen. Ludwig Erhard – so las ich es noch in letzten Tagen, fürchtete die Opposition von rechts mehr als von links. Ich denke mir, dass man die Opposition von rechts in zwei Gruppen aufteilen muss, eine Minderheit, die einen Realkapitalbestand über den Krieg hinweg gerettet hatte und in Sorge war, dass ihnen die Felle wegswimmen würden – darunter besonders jene, die eine Bodenreform verhindern wollten - und eine Mehrheit, die sich einfach nicht die Marktwirtschaft getrennt vom Kapitalismus vorstellen konnte. Wie bei den Sozialdemokraten erlaubte ihre Bindung an früher übernommenen theoretischen Vorstellungen nicht, die Nützlichkeit des Modells der Sozialen Markt-

wirtschaft für alle zu verstehen. Für die freiwirtschaftlichen Entwickler war der Doppelbegriff eine Tautologie - ein weißer Schimmel - als Brücke zum Verständnis dessen, was gemeint war und gewollt wurde, denn die Überwindung des Kapitalismus würde das Soziale in der Marktwirtschaft sichtbar machen. Die Ordoliberalen dachten wohl ähnlich, aber nicht so konsequent. Ich will dieses Thema aber nicht frontal angehen, sondern wie bisher mit Auszügen und Kommentare arbeiten und Anregungen liefern. Hier will nur sagen, dass eine Zukunft, die besser ist, als die Gegenwart neben unserem aktuellen Denken auch in der Vergangenheit liegt. Das liegt daran, dass volkswirtschaftliches Wissen nicht wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse modellhaft im Labor überprüft werden können. Die Geschichte liefert aber eine Menge Daten über wirtschaftliches Denken und Praktizieren, anhand der wir unser gegenwärtiges Suchen optimieren können. In *Einschub 5* werde ich auf real stattgefundene, laborähnliche Experimente hinweisen.

Wenn ich bei meinen Versuchen, die Vergangenheit für die Gegenwart nutzbar zu machen, manchmal auf mich selber nicht gut zu sprechen bin, liegt das weniger an dem Thema und meine Unzulänglichkeiten, sondern weil einfach die körperliche Spannkraft nachgelassen hat. Das Suchen und Nachdenken (einzeln oder gemeinsam mit anderen) nach einer Besseren Ökonomie / nach einem neuen Gesellschaftsvertrag ist für sich genommen spannend. Man darf da gerne auf alte Literatur – die scheinbar keinen Kurswert mehr hat - zurückgreifen, denn wir haben zwar heute die Digitalisierung – als Chance und Problem - , aber die Grundprobleme unserer Gesellschaft sind die gleichen, wie am Beginn unserer Zeitrechnung. Und wir sollten uns nicht einbilden, wir könnten besser als die Vor-uns-Denker denken. Bei der ökonomischen Literatur hat das den Vorteil, dass man nicht meint, aus Versehen ein Mathematikbuch erwischt zu haben. Gegen die Mathematisierung der Ökonomie gibt es inzwischen Kritik, wenn man „*Kritik der Mathematisierung der Ökonomie*“ in eine Suchmaschine eingibt, werden reichlich Beiträge angezeigt. Ich selber beteilige mich nicht an dieser Kritik, weil ich dann nur in Verdacht komme, ich wolle verbergen, dass ich in der Volksschule nur die Grundrechnungsarten gelernt habe. Die grafischen Darstellungen von Wachstumskurven und in der Darstellung der Verdoppelungsraten beim Zinseszins mit unterschiedlichen Ausgangszinssätzen finde ich ganz nützlich, weil die Probleme den Augen sichtbar gemacht werden. Auch Hochschulökonomien sollten daran denken, dass ihr Gehalt und das Geld für die Kosten, die sie beim Forschen und Lehren verursachen, zum Beispiel an der Werkbank oder auf dem Acker verdient werden müssen oder den Dienstleistern via Steuerhoheit des Staates

abgeknöpft werden. Da kann man auch erwarten, dass sie die Ergebnisse ihres Forschens und Denkens in einer Sprache präsentieren, die wenigstens die Lehrenden der anderen sozialwissenschaftlichen Fakultäten verstehen können.⁹⁰ Eins noch, man muss nicht jeden Verfasser ökonomischer Texte lieben, es gibt aber keinen Grund irgendeine zu hassen. Was sie zu ihrem jeweiligen Werk wirklich motiviert hat, erfährt man selten oder in Kurzform, die den Leser nicht weiterhilft. Aber es ist zu vermuten, dass keiner darunter ist, der die Leser absichtlich in die Irre führen will. Auch den Nutzen des Irrtums, wenn er nicht gleich zu einem mörderischen politischen Programm gemacht wird, sollte nicht unterschätzt werden. Denn gerade der Irrtum oder der Glaube daran, dass ein Irrtum vorliegt, erzeugt die Triebkraft, die nötig ist, um nach der Wahrheit – im Sinne sachlicher Richtigkeit – zu suchen.

Die Reihenfolge, aus der ich nachher Auszüge bringe, möchte ich nicht als Rangfolge meiner Bewertung verstanden wissen, sondern nur als Ablauffolge meiner Schilderung. Aber vorher möchte ich noch auf ein paar ältere und alte Veröffentlichungen hinweisen. Das geschieht aber erst morgen, denn, die Zeitanzeige auf dem Bildschirm sagt mir, dass Mitternacht schon eine Stunde vorbei ist.

Ein neuer Tag, der halbe Sonntag ist schon Vergangenheit. Der Sparziergang bei Regenwetter hat gutgetan. Ich habe neben mir liegen eine Kopie von > Nicolaus Oresme / Bischof von Lisieux (1325 – 1382) Traktat über Geldabwertungen < herausgegeben und eingeleitet von Edgar Schrorer, 1937 > in der lateinischen und deutschen Fassung. Das Buch – die Kopiervorlage habe ich in der Bibliothek der Nord-LB entdeckt. In der Bibliothek wären vermutlich noch mehr Titel, als jene, die ich hier benennen werde, interessant gewesen. Aber ich wurde nicht für Besuche in der Hausbibliothek bezahlt, sondern für die Bearbeitung von Darlehnsanträgen von Bausparern.⁹¹ Ich kam mir bei solchen Erkundungen wie ein Zeitdieb vor. Der Aktenstapel auf meinem Schreibtisch wurde nicht kleiner, weil sich mein Kopf mit Dingen beschäftigte, für die ich nicht bezahlt wurde. Als Beispiel sei der nachfolgende mit einem Link erreichbarer Text benannt.⁹²

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/76.4%20Personalversammlung%20NordLB%2073.pdf>

⁹⁰ Ich meine hier natürlich nicht in englischer Sprache. Es ist ja so, dass deutsche Studenten in Deutschland schon für bestimmte Studiengänge einen bestandenen Sprach-Test für Englisch vorlegen müssen. Ich habe das gerade bei meiner jüngsten Tochter erlebt.

⁹¹ Die LBS war damals noch eine Abteilung der Nord LB.

⁹² Mir braucht keiner Literatur über die individuellen Wirkungen von Fehlbesetzungen zu empfehlen. Aber hohe Zahl der Fehlbesetzungen in Zeiten mit hoher Arbeitslosigkeit sollte mehr beachtet werden.

Aber zurück zu Oresme: Dieser Bischof setzte sich schon 14. Jahrhundert für die Geldwertstabilität ein, als es die Ökonomie als Wissenschaft noch gar nicht gab. Adam Smith hat sein Werk „Der Wohlstand der Nationen“ laut der deutschen Ausgabe von 1974 erstmals im Jahr 1776 veröffentlicht. Zitate von Oresme befinden sich auch in Texte von mir. (Den Namen in die Suchfunktion am Kopf der Internetseitenübersicht www.tristan-abromeit.de eingeben.) Der Text von Oresme ist aber auch 1999 im Kulturverlag Kadmos Berlin in der Übersetzung von Wolfram Burckhardt veröffentlicht worden.

Ein anderer Text, den ich in Kopie aus meiner Nord LB-Zeit vorliegen habe, lautet >Die Todsünde der Nationalökonomie < von Dr. Otto Conrad, Privatdozent für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien, 1934. Er arbeitet heraus, dass die Arbeit der einzige Faktor in der Wirtschaft ist. Im Vorwort weist er darauf hin, dass Prof. Bruno Moll in Leipzig in seiner Schrift > Gerechtigkeit in der Wirtschaft? < zu gleichen Ergebnissen kommt. Der Unterschied zwischen Moll und ihm läge darin, das Moll sozialetisch argumentiert wobei er selber streng ökonomisch argumentiert. Ein dritter damals kopierter Titel lautet >Tauschbank und Schwundgeld als Wege zur zinslosen Wirtschaft / Vergleichende Darstellung und Kritik der Zirkulationsformen P.J. Proudhons und Silvio Gesells. Der vierte Titel aus dieser Zeit – bei der das Original nicht aus der Nord LB-Bibliothek stammt, sondern mir von einem Kollegen geliehen wurde und wohl noch vor der Übernahme des deutschen Staates durch den Nationalsozialismus veröffentlicht wurde, lautet: > Heraus aus der Wirtschaftskrise durch nationale Privatwirtschaft < von W. Aschoff, Verlag Nationale Kritik, Hannover. Der Untertitel lautet: > Arbeit, Arbeit für Alle / Ohne Maschinenstilllegung / ohne Arbeitszeitverkürzung / ohne Arbeitsdienstpflicht / ohne Großsiedlungen / Permutation statt Atarkie < An diesem Untertitel, der eine auf die Titelseite gesetzte Botschaft ist, merkt man, welche unruhige Zeiten geherrscht haben, als die Schrift veröffentlicht wurde.

Irgendwann habe ich mir vier wissenschaftliche Schriften im Netz gekauft:

- > Die Markvaluta von Dr. Herbert von Beckerath, Priv. Doz. An der Uni. Freiburg 1920,
- > Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer von Franz Haber, Dr. Oec. Publ.. An der Heftung der Druckbögen, die noch nicht aufgeschnitten sind, erkenne ich, dass ich die Schrift noch gar nicht gelesen habe, obwohl die Freiwirtschaft auch Gegenstand der Untersuchung ist.
- > Das Neutrale Geld von Dr. Walter Egle, Kiel, 1933
- > Der Weltwährungsgedanke / Eine historisch-kritische Untersuchung von Dr. Wilhelm Trimborn, Diplom-Kaufmann, 1931.

Ich habe zu Trimborn im Text 108.4⁹³ geschrieben:

... 21. Das Streben nach autarken Volkswirtschaften ist weder attraktiv noch möglich. Es ist also eine Weltwährungsordnung zu schaffen, die weder einzelnen Staaten einen großen Vorteil verschaffen wie im Fall des US-Dollars noch einzelnen Staaten ermöglichen, mit ihrer Währung den internationalen Wettbewerb zu verzerren, wie im Falle des chinesischen Yuan. Es besteht die dringende Notwendigkeit ein internationales Zahlungssystem zu etablieren. Einigermaßen bekannt geworden ist Keynes mit dem Währungsmodell Bancor. Er konnte sich auf der Konferenz von Bretton Woods aber nicht damit durchsetzen. Siehe:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Bancor>

<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/brigitte-hamann/bancor-iwf-plant-neue-weltwaehrung.html>

Weniger bekannt ist das Modell der Internationalen Valuta-Assoziation (IVA) von Gesell, obwohl es nach meinem Kenntnisstand die elegantere Lösung bietet. In einer Schrift mit dem Titel „Der Weltwährungsgedanke“ von Dr. Wilhelm Trimborn von 1931 in der Reihe „Münchener Volkswirtschaftliche Studien“ heißt es auf Seite 108:

> Der Vorschlag Silvio Gesells ist auch der einzige, der übrig bleibt, wenn wir uns nun abschließend fragen, welche von den modernen Weltwährungsprojekten denn überhaupt das Doppelproblem der Weltwährung in Angriff nehmen, also sowohl Währungsvereinheitlichung wie Währungsgemeinschaft fordern. <

Er macht dann die Einschränkung, die auf einem Mißverständnis beruht:

> Unglücklicherweise aber ist dieser Vorschlag auf einer Theorie aufgebaut, die als die Aufgabe der Währung die Aufrechterhaltung eines konstanten Preisniveaus bezeichnet. Diese Theorie würde die Möglichkeit einer statischen Wirtschaft voraussetzen, die wir für die Praxis natürlich verneinen müssen.⁹⁴ Festzuhalten ist jedoch die, wie wir noch sehen werden, richtige Erkenntnis Gesells, daß eine Weltwährung eine Zentralinstanz für das Währungswesen mit einer gewissen Oberherrschaft über die nationalen Währungen erfordert. <

In der Zeitschrift für Sozialökonomie, 49. Jahrgang, 174/175. Folge vom Oktober 2012 befindet sich der Beitrag von Edoardo Beretta mit dem Titel:

> Silvio Gesells Internationale Valuta-Assoziation – Das Gestern und Heute eines noch aktuellen Beitrags zur Reform der globalen Währungsordnung <

In seiner Schlussbetrachtung⁹⁵ heißt es:

> Was bleibt nach dieser knappen Analyse der wichtigsten Eigenschaften der IVA? Zweifelsohne weist das Gesell'sche Werk Aspekte wie z. B. die fehlende Würdigung

⁹³ http://www.tristan-abromeit.de/pdf/108.4_EZB.Eurozerstoerer.pdf Seite 85.

⁹⁴ Dass die Freiwirtschaft eine statische Wirtschaft zur Folge hätte, ist ein Irrtum Trimborns. Da der Wachstumsdruck aber vom Zins erzeugt wird, Wird der Wachstumsdruck mit einem sinkenden Zinsniveau geringer.

⁹⁵ Auch hier wird deutlich welche Verwirrung die Theorie von der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken stiftet. Elimar Rosenbohm, der die ZfSÖ mit begründet hat und aus seiner Erfahrung als Mitarbeiter der volkswirtschaftlichen Abteilung einer LZB urteilte, ist die Theorie von der Giralgeldschöpfung eine Theorienschöpfung.

des Giralgelds auf, die heutzutage neu gestaltet werden müssen. Demzufolge würde auch das sowohl nationale als auch internationale geldpolitische Instrumentarium um einiges im Vergleich zum ursprünglichen Konzept erweitert werden müssen. Zweifelsohne kann Silvio Gesells IVA uns immer noch viel lehren. ..

www.sozialoekonomie.de

Der Text *Internationale Valuta-Assoziation von Silvio Gesell* ist hier zu lesen:
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/76.1%20Teilnehmerbeitrag%20I%20u%20II.pdf>

Hinweis: In der neuen Ausgabe Folge 198/199 der Zeitschrift für Sozialökonomie vom November 1018 ist von Thomas Betz folgender Beitrag zu lesen: > Keynes' Bancor-Plan als Grundlage für einen friedlichen Welthandel.<

Ich komme zu „Bankpolitik heute und morgen / Ein Gutachten von Dr. Wolfgang Stützel“, 1964. Stützel war damals o. Professor an der Universität des Saarlandes. Wie das Buch zu mir gekommen ist, weiß ich gar nicht mehr. Möglicherweise habe ich es auch bei den Bücherangeboten im Netz gefunden und bestellt. Ich habe erst einmal überlegt, wer 1964 Bundeswirtschaftsminister war, denn der Auftrag um Gutachten kam von diesem. Im Netz fand ich schnell die Antwort. Es war Kurt Schmücker. Und ich dachte: Alle Achtung, ein Regierungsmitglied wollte sich tatsächlich schlaumachen. Dann fand ich im Buch ein Bericht über dieses Gutachten unter dem Titel > Keine Sonderstellung der Banken in der Marktwirtschaft“ der FAZ vom 23. August 1964. Dort wird über die Hintergründe des Gutachtens berichtet. Dort ist zu lesen, dass der Auftrag schon auf das Jahr 1958 zurückgeht, also auf Ludwig Erhard. Das kam mir dann selbstverständlicher vor. Als ich schon aus der FAZ zitieren wollte, entdeckte auch in der Einleitung die wesentlichen Angaben und stelle sie jetzt vor:

EINLEITUNG

1) Der Bundesminister für Wirtschaft hatte mir Ende 1958 im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Kreditwesengesetzes von 1961 den Auftrag erteilt, ein Gutachten zu erstatten über „Die Aufgaben der Banken in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und die demgemäß anzustrebende Organisation des Bankenapparates“. Ergänzend wurde eine Reihe von Einzelfragen formuliert, deren Behandlung im Zusammenhang mit dem Gesamtthema erwünscht war.

2) Im Laufe der Beschäftigung mit den angeschnittenen Fragen erwies es sich als notwendig, eine Fülle überkommener Vorstellungen und Begriffe neu zu überdenken und umfangreiche literarische und statistische Untersuchungen anzustellen. Als Ergebnis dieser Überlegungen und Untersuchungen habe ich die mir gestellten Fragen nach den Aufgaben der Banken in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und der demgemäß anzustrebenden Organisation des Bankenapparates wie folgt beantwortet:

Ich weiß nicht mehr, ob ich allen Ausführungen Stützels – die er ja wahrscheinlich mit Mit-

arbeitern der Uni Saarbrücken angefertigt hat - zustimmen konnte oder auch nur verstanden habe. Stützel schreibt aber sehr klar und ich denke, er kann eine Hilfe sein um aus dem heutigen Irrgarten von Geld, Kredit, Banken und Zentralbanken, an dem Europa noch zerbricht, herauszufinden. Da ich weitere eingescannte Auszüge auf meinem Rechner fand, ist es wahrscheinlich in einer andere Arbeit von mir weitere Aussagen aus dem Gutachten von Stützel zu finden.

Ich verweise jetzt auf Pierre le Pesant de Boisguillebert (1645 – 1714). Santiago Fernandes aus Brasilien nahm in den siebzigern Jahren zu Mitgliedern der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft Kontakt auf, um auf Boisguillebert aufmerksam zu machen. Fernandes selber war Mitglied der Delegation Brasiliens, die an der Konferenz von Bretton Woods⁹⁶, teilnahm.

Fernandes schenkte mir 1978 sein Buch >Ouro a leliquia bárbara / de Bretton Woods ao FMI no Rio< mit Widmung. Leider konnte es nicht lesen, es ist auf portugisisch geschrieben. In einem anderen Text von mir mache wie folgt auf Fernandes und Boisguillebert aufmerksam:

Anmerkungen zu >> Was die Staatsschulden-Krisen uns lehren / Es gibt kein Perpetuum mobile für Ökonomie, Ökologie und soziale Entwicklung << von Wolfgang Sassin

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/102.2%20Fernandes.pdf>

habe ich ergänzend unter der Ziffer 102.2 zwei Beiträge von Santiago Fernandes aus der Zeitschrift für Sozialökonomie zugänglich gemacht. Der erste Beitrag lautet: Die Lösung der internationalen Währungsprobleme auf der Basis des KEYNES-Planes und der zweite Beitrag lautet:

"L'argent criminel" - "Kriminelles Geld"

Keynes, Proudhon, Gesell,, Boisguillebert - vier nicht-marxistische Sozialisten in ihrem Ringen um eine Welt mit wirtschaftlichen Gleichgewicht
Der erste Beitrag zeigt, daß schon Bretton Woods nicht die beste Lösung für den internationalen Zahlungsverkehr brachte und aus dem zweiten Beitrag kann entnommen werden, daß schon Pierre le Pesant de Boisguillebert (1645 – 1714) ein Geld in Form des Perpetuum mobile, also ein fließendes, dienende Geld forderte. Es wird auch hier deutlich, daß wir unsere ökonomischen Probleme schon seit Jahrhunderten vor uns herschieben, nicht in der Lage sind, sie zu lösen, aber dafür auf den Mars landen wollen.

Irgendwann habe ich im Netz gesucht, um einen direkten Text von Boisguillebert zu finden.

⁹⁶ Die Bretton Woods Konferenz fand 1944 in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire statt. Die Finanzminister und Notenbankchefs der späteren Siegermächte^[1] zum Abschluss das *Bretton-Woods-Abkommen* zur Schaffung des [Bretton Woods Systems](#) unterzeichneten. Im Zuge dessen wurden die drei Bretton-Wood Institutionen [Weltbank](#) und [Internationaler Währungsfonds](#) (IWF) und [GATT](#) geschaffen. https://lobbypedia.de/wiki/Bretton_Woods_Konferenz

Ich wurde fündig mit einem Titel vom Akademie-Verlag Berlin aus dem Jahr 1986. Der Titel lautet: >PIERRE LE PESANT DE BOISGUILBERT⁹⁷ / Denkschriften zur wirtschaftlichen Lage im Königreich Frankreich / übersetzt und mit einem Nachwort herausgegeben von ACHIM TOEPEL. Ich lasse einen Auszug folgen:

ZWEITES KAPITEL

[Über die Funktion des Geldes und über die diesbezüglich weitverbreiteten Irrtümer]

Die Entfernung zwischen Himmel und Erde kann nicht größer sein als die Entfernung zwischen einer vernünftigen Vorstellung über das wahre Wesen des Geldes und der Verzerrung dieser Vorstellung, die in der Welt vorherrscht, die sich fast allgemein einstellte, so daß sie die richtige Vorstellung weitgehend verdrängte, obwohl dieses Verdrängen eine so große Verwirrung des Geistes ist, daß es die Ursache für den wirtschaftlichen Ruin der Staaten wird und größere Verheerungen bewirkt, als die gefährlichsten äußeren Feinde jemals an Verwüstungen anrichten könnten.

Tatsächlich besitzt das Geld, das man vom Morgen bis zum Abend, in der bereits angedeuteten und hinlänglich bekannten Weise, zu einer Gottheit erhebt, von sich aus überhaupt keinen Gebrauchswert, da man sich damit weder ernähren noch kleiden kann. Und alle diejenigen, die es mit einer derartigen Gier erstreben, und jene, die, um in seinen Besitz zu gelangen, keine Mittel scheuen und weder Gut noch Böse kennen, erwerben es lediglich mit der Absicht, es nach der Besitzergreifung sogleich wieder auszugeben, um sich das Notwendige für Beruf und Lebensunterhalt zu beschaffen.

Immer ist das Geld lediglich ein Mittel gewesen, sich die Waren zu beschaffen, weil man seiner unmittelbaren Erlangung einen Warenverkauf vorausgehen läßt. Auf diese Absicht, Waren zu kaufen, stößt man im allgemeinen bei denen, die das Geld empfangen, wie auch bei denen, die es abstoßen. Wenn sich aber alle Lebensbedürfnisse lediglich auf drei oder vier Bedürfnisarten reduzieren würden, etwa wie zu Beginn der Menschheit, als sich der Austausch unmittelbar, Ware gegen Ware, vollzog, wie das in vielen Gegenden gegenwärtig noch geschieht, dann hätten die jetzt so überaus wertvollen Edelmetalle gar keinen Nutzen.

Mehr noch, es gäbe unter diesen Umständen keine Ware, so abstoßend sie für die Ernährung auch immer sein möge und in welcher Menge auch immer man sie antreffen möge, die man dem Geld nicht vorzöge unter der Voraussetzung, daß es dem Eigentümer von Geld absolut unmöglich oder verwehrt wäre, sich dieses Geldes wieder zu entledigen, so daß er sich bald in der Lage des Midas⁹⁸ der Fabel befände.

Das Geld wurde also ausschließlich als Garant des wechselseitigen Austauschs ins Leben gerufen, als die allgemeine Verderbnis und die Überfeinerung der Lebensart die Lebensbedürfnisse bereits von den drei oder vier Bedürfnisarten des Kindheitsstadiums der Welt auf den heutigen Stand von mehr als zweihundert vervielfacht hatte. Von diesem Augenblick an war es nicht länger möglich, daß sich der Handel und der Austausch wie ursprünglich von Hand zu Hand abwickelten. Der Verkäufer einer Ware trat von jetzt an in der Regel der Fülle nicht mehr in direkte Beziehung zum Käufer der anderen Ware, die er selbst unmittelbar benötigte und um deren Erlangung willen er bereit war, die seinige hinzugeben. Nunmehr kam das Geld zu Hilfe, und das, was er vom Käufer empfängt, stellt gewissermaßen eine Vollmacht dar, die mit der Garantie ausgestattet ist, daß seine Absicht an jedem beliebigen Ort, wo sich ein geeigneter Verkäufer finden läßt, verwirklicht werden kann. Außerdem wird gewährleistet, daß er Waren für so viel und zu dem gerade üblichen Preis bzw.

97 Es gibt zwei Schreibweisen des Namens.

98 Im Original Fußnote 3 Seite 165: Midas, in der griechischen Sage König von Phrygien, machte alles, was er berührte, zu Gold. Da auch Nahrungsmittel zu Gold wurden, vermochte er nicht mehr zu essen. Um sich hier von zu befreien badete er auf Rat des Dionysos im Fluß Paktolos, der seitdem Gold führte.

Wert⁹⁹ der von ihm ursprünglich besessenen und verkauften Waren erhält. Darin liegt also die einzige Funktion des Geldes, denn jede Abweichung, die man hier zuläßt, obwohl man diese gegenwärtig auf die Spitze getrieben antrifft, bedeutet ebenso viele Nachteile für das Wohlergehen eines Staates.

Solange man die soeben aufgezeigte Grenze nicht überschreitet, ist noch nichts verloren. Und ohne ihm täglich so viele Menschen opfern zu müssen, um es sich zu verschaffen und ohne seine Bedeutung zum Fetisch zu steigern, wäre es sogar leicht, das Geld aus seiner Funktion zu verabschieden, wenn sich die Menschen untereinander verstünden. Das geschieht auch tatsächlich oftmals in einer Unzahl von Fällen, obwohl man meistens nicht darauf achtet.

Das Geld stellt also nicht mehr als die Garantie für den künftigen Erwerb einer Ware dar, die man nicht zur gleichen Zeit, in welcher man die seinige verkauft, erhalten kann. Von dem Augenblick an, wo sich diese Ware jedoch ohne die Hilfsdienste des Geldes erwerben läßt, sollte man jedweden Fetischismus bezüglich des Geldes abstellen¹⁰⁰ und es als vollkommen unnütz und unbeweglich ansehen.

Auf den Malediven, wo die Menschen keineswegs als unzivilisiert anzusehen sind und wo sie sogar gebildet und reich sind, wie es die zu den Malediven bestehenden Verbindungen zeigen, erfüllen bestimmte Muscheln, die in kleinen Säckchen abgefüllt werden, die gleiche Funktion. Diese Muscheln bieten die gleiche Sicherheit für den Erwerb dessen, was man künftig haben will, wie das Gold und das Silber sie an den Orten bieten, an welchen die Edelmetalle im Umlauf sind. Die Muscheln erfüllen also hier voll und ganz ihren Zweck, und das, obwohl das Gold und das Silber auf diesen Inseln nicht einmal gänzlich außer Gebrauch ist, so daß so minderwertige Dinge wie Muscheln sehr wohl mit dem Gold und dem Silber konkurrieren können.

Ebenso kannte man in Amerika, wo das Silber im Überfluß vorhanden ist, lange Zeit nicht dessen Gebrauch im alltäglichen Handel. Das gilt sogar für die aus Europa in diese Länder zugewanderten Menschen, obwohl es der Bevölkerung an nichts Lebensnotwendigen fehlte, was entweder selbst erzeugt oder in reichlichem Maße aus der Alten Welt herbeigeschafft wurde. Der Handel wickelte sich ausschließlich über den Tabak ab, das heißt, der Tabak übernahm die Funktion des Geldes im großen wie auch im kleinen. Wenn man Brot für einen Sol und selbst weniger zu erwerben trachtete, so gab man im Gegentausch Tabak zum gleichen Wert, wobei man von einem feststehenden Preis des Tabaks ausging, der ebensowenig in Frage gestellt wurde wie der Preis des in irgendeinem anderen Lande im Umtauf befindlichen Geldes. Ungeachtet einer solchen Verfahrensweise fehlte es in diesen Ländern an nichts, Bequemlichkeit und Luxus waren genauso wie in anderen Ländern möglich.

Ist es überhaupt erforderlich, die Beispiele von so weit herzuholen, um zu beweisen, daß es sich um einen groben Irrtum handelt, wenn man das Gold und das Silber als die einzige Form des Reichtums und der Glückseligkeit ansieht ?

Wir verfügen in Europa über ein sehr einfaches und gleichzeitig auch außerordentlich billiges Mittel, um die Edelmetalle in ihre Schranken zu verweisen, und man bedient sich dieses Mittels sogar tagtäglich. Dadurch kann die Vorherrschaft der Edelmetalle herabgesetzt werden und können sie in ihre eigentlichen Schranken verwiesen werden, weil ihre einzige Funktion darin besteht, Helfer und Diener des Handels und nicht Tyrann des Handels zu sein. Man braucht ihm nicht unbedingt das Kupfer, noch Muscheln oder Tabak: als Konkurrenten beizugeben, so wie dies an den bereits erwähnten Orten geschieht, Dinge also, die Mühe verursachen und Arbeit erheischen, wenn man sie beschaffen will, sondern es ist nichts weiter nötig, als ein einfaches Stück Papier in Umlauf zu bringen, dessen Herstellung kaum Kosten verursacht und welches die Geldfunktion ebensogut erfüllen kann. Es ist in der Lage, riesige Summen Geldes so unzählige Male, wie es von Hand zu Hand geht, zu ersetzen, vorausgesetzt, daß man nicht gegen Grundsätze verstößt, die entscheidend da-

99 Fußnote 4 im Original Seite 166: Bei Boisguilbert „Prix courant et proportionne“.

100 Fußnote 5 im Original Seite 166: Bei Boisguilbert „renfermer tout son orgueil“.

für waren, daß man die Edelmetalle ursprünglich heranzog.

Eine Frage muß sich jede gebildete Nation allerdings stellen lassen, eine Nation, die für die gegenwärtig herrschenden Grundsätze derartig eingenommen ist und die nichtsdestoweniger völlig unwissend ist hinsichtlich der Praxis und der Gepflogenheiten des Handels, der allen Menschen erst die Existenz ermöglicht, und dies, ohne daß sich diese Nation jemals wirklich unterrichten wollte, aus Angst davor, daß das Erkennen des Irrtums ihr Schaden zufügen könnte.

Unsere Frage lautet also, ob nicht vielleicht die Wechsel eines bekannten Kaufmanns, dessen Kredit ausreichend durch einen allgemein anerkannten Reichtum gestützt wird, genau-soviel oder möglicherweise noch mehr wert sind als das bare Geld. Läßt sich für diesen Umstand nicht sogar mehr als ein Beispiel in Europa finden? Und wenn die Wechsel alle Eigenschaften und Tugenden auf sich vereinen, haben sie dann nicht sogar besondere Vorteile gegenüber den Edelmetallen, insofern man sie leichter aufbewahren und transportieren kann, ganz abgesehen davon, daß die Gefahr des Diebstahls und des Raubes geringer ist ?

Und mehr noch: Man wird diese Wechsel so lange nicht einlösen, so lange sie sich in den Händen von vernünftigen und zurückhaltenden Leuten befinden, die sie in richtiger Weise gebrauchen, sei es in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart, was besagt, daß man sein Eigentum, besonders im Falle, da es sich um eine größere Summe handelt, nur wegzugeben bereit ist, wenn man gleichzeitig die Absicht hegt, im Ausgleich dafür andere bewegliche oder unbewegliche Werte zu erwerben, sofern man selbst Kaufmann ist. Dagegen darf man es nicht für eine gewöhnliche, sofortige oder zukünftige Ausgabe verbrauchen, da es sich hier um den einzigen Fall handelt, in welchem der Wechsel nicht verwendet werden kann. Ansonsten würde der Wechsel, der also dazu beigetragen hätte, eine große Anzahl von Menschen zu bereichern, indem er von Hand zu Hand gegangen wäre und indem er die künftige Lieferung der Ware garantiert hätte, die im gleichen Augenblick bereitzustellen man nicht in der Lage gewesen wäre, zu der Person zurückgekehrt sein, die ihn anfänglich ausstellte und wo seine Begleichung fällig war.¹⁰¹

Auf diese Weise gelangt man zu allgemeiner Wohlhabenheit, zu Lebensgenüssen aller Art und zu reichlichem Warenverbrauch, ohne daß deswegen die geringste Summe Geldes

als Vermittler dazwischentreten müßte. Auch von dieser Seite her gesehen, erweist es sich erneut, daß die Anbeter der Gottheit Geld keineswegs vernünftig argumentieren, wenn sie aus dem Gelde den Schutzgott des Lebens machen wollen und wenn sie sich auf die Ansicht versteifen, daß die Menschen lediglich in dem Maße glücklich oder unglücklich sind, wie sie mehr oder weniger von dem gesuchten Metall besitzen.

Anhand des Marktgeschehens von Lyon läßt sich alle Jahre wieder das genaue Gegenteil beweisen. Wenngleich es hier gute wie auch schlechte Jahre gibt, so kann man diese Unterschiede doch keinesfalls damit begründen, daß als Ursache dafür etwa der Überfluß oder Mangel an Geld anzusehen wäre, weil für die Abwicklung eines Handels im Umfang von mehr als achtzig Millionen niemals auch nur ein einziger Solbares Geld nötig sei. Sämtliche Geschäfte werden als Gegentauschgeschäfte oder über Wechsel abgewickelt, wobei die Wechsel, nachdem sie unendlich viele Male von Hand zu Hand gegangen sind, schließlich zu demjenigen zurückkehren, der sie anfänglich ausgestellt hat, so wie wir es bereits geschildert haben.

Wir verfügen also über eine große Anzahl von Beweisen, mehr als überhaupt notwendig sind, um zu zeigen, daß die mehr oder weniger große Menge Goldes und Silbers völlig unabhängig davon ist, ob die Einwohner eines Landes, welches mit allen den zum Leben notwendigen und der Bequemlichkeit dienenden Waren reichlich ausgestattet ist, auch

101 Im Original Fußnote 6 Seite 168: Obgleich man Wechsel bereits im 12. und 13. Jahrhundert antreffen kann - sie gelten als eine Erfindung der im 12. Jahrhundert in Frankreich verfolgten Juden -, wurden Geschäfte über Wechsel im großen Ausmaß erst im 17. Jahrhundert, namentlich in Holland und England, abgewickelt.

wirklich in den Genuß dieser Reichtümer gelangen. Aber das geschieht nur, so lange die Edelmetalle die ihnen von Natur aus gesetzten Schranken nicht überschreiten. Erst von dem Augenblick an, wo sie aus diesem Rahmen heraustreten, wie man diesbezüglich an den verschiedenen Orten Erfahrungen hat sammeln können, werden sie absolut unentbehrlich, sie werfen sich zu Herren und Tyrannen auf und gestatten es nicht länger, daß man etwas anderes außer ihnen Reichtum nennt. Im weiteren Verlauf unserer Abhandlung wird darauf noch zurückzukommen sein.

Gleichfalls sollen die zwei Wege aufgezeigt werden, auf welchen das Geld seine vermittelnde und dienende Rolle verließ. Wir werden erkennen, daß der erste dieser Wege durch Ehrgeiz, Luxus, Müßiggang und Faulheit geebnet wurde, und wir werden ferner sehen, daß der andere Weg der Weg des gemeinen Verbrechens war. Dabei muß das Verbrechen im Zuständigkeitsbereich der Strafgesetzgebung von den anderen Formen des Verbrechens, welches verborgen bleibt und welches zudem noch, wie man tagtäglich beobachten kann, von Erfolg gekrönt ist, unterschieden werden. (Seite 164 – 170)

Ich habe hier von Boisguilbert ein ganzes Kapitel eingefügt, weil der Text im Original 1712 veröffentlicht wurde und nicht heute. Wenn die Wissenschaft den Inhalt aber am Beginn des vorigen Jahrhunderts der Politik vermittelt hätte, dann hätte mit großer Wahrscheinlichkeit der Erste Weltkrieg nicht stattgefunden, und wenn die freiwirtschaftliche Aufklärung in der Zeit der Weimarer Republik gefruchtet hätte, dann hätte Hitler und die NSDAP keine Chance gehabt.

Als ich nach den Denkschriften von Boisguilbert suchte, kamen mir weitere Bücher vor die Augen, die hier erwähnen könnte. Drei davon will ich hier kurz erwähnen. Ein Buch gehört zu den Quellen jüngerer Vergangenheit, die anderen beiden erwähne ich, weil sie zu dem Gesamtzusammenhang des Textes gehören.

Das erste Buch ist von Gustav Cassel, der Titel lautet „Sozialismus oder Fortschritt“, die deutsche Ausgabe ist von 1928. Cassel gehörte zu der kleinen Zahl von Wirtschaftswissenschaftlern, auf die sich die Freiwirte im Kampf gegen die Goldwährung in der Zwischenzeit der beiden Weltkriege berufen konnten. Ich schlage das Buch willkürlich auf und lande bei dem Kapitel „Das Gewerkschaftsmonopol“. Das hätte ich verwenden können, als ich das Thema Gewerkschaften auf dem Bildschirm hatte. Ich zitiere hier nur einen Absatz von der Seite 91/99 als Leseprobe.

Das Gewerkschaftsmonopol.

Auf dem Kongreß der Bezirksorganisationen wurde von gewisser Seite hervorgehoben, daß es sehr unangebracht sein würde, die Frage der monopolistischen Bestrebungen gewisser Gewerkschaften zur Diskussion zu stellen. Die Mehrheit des Kongresses war offensichtlich nicht dieser Meinung. Für denjenigen, der die Referate liest, liegt es ganz klar auf der Hand, daß die Diskussion, die über den Monopolismus und die mit ihm zusammenhän-

genden Probleme geführt wurde, besonders heilsam gewesen ist und einen sehr wertvollen Beitrag zur Klarstellung der ganzen wirtschaftlichen Bedeutung des Gewerkschaftswesens geliefert hat.

Das nächste Buch hat den Titel: > **Jenseits des Neoliberalismus** / Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit< von Colin Crouch, 2012. Auf eine der Vorseiten ist zu lesen:

Im Widerstand gegen den Neoliberalismus müssen das soziale Denken und damit die Sozialdemokratie aus ihrer defensiven Haltung aufgerüttelt und durchsetzungsfähiger gemacht werden. Der Neoliberalismus hat unsere Gesellschaft bereits nachhaltig geprägt, die Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte sind nicht mehr rückgängig zu machen. Aus diesem Grund ist für Colin Crouch ein gestalterischer Eingriff nur systemimmanent denkbar: Die Sozialdemokratie muss den Schwerpunkt ihrer Aktivität auf die Beseitigung unerwünschter Auswirkungen der strukturell ineffizienten Marktwirtschaft legen. Ihre Aufgabe ist es, den Wohlfahrtsstaat zu einem Staat der sozialen Investitionen zu machen. Crouch argumentiert in diesem Buch, dass ausschließlich die sozialdemokratische Bewegung in der Lage ist, die notwendigen Maßnahmen einzufordern und durchzusetzen.

Colin Crouch ist britischer Politikwissenschaftler und Soziologe. Mit seiner zeitdiagnostischen Arbeit zur Postdemokratie und dem gleichnamigen, 2004 veröffentlichten Buch wurde er international bekannt. Colin Crouch ist Professor für Governance and Public Management an der University of Warwick.

Ich habe die Seiten des Buches nach dem Daumenkinoprinzip unter einen Daumen hin durchgleiten lassen und dabei durch Zufall einen Abschnitt für die Vorstellung hier ausgewählt:

Die Sozialdemokratie stellt sich der Herausforderung

Ein heikles Problem stellt sich für Sozialdemokraten in der Definition ihrer neuen Rolle: Weder Privateigentum noch Staat sind zuverlässige Verteidiger der Rechte und Freiheiten einer offenen Gesellschaft, da beide gedeihen, indem sie ihre Kontrolle fortwährend ausweiten und die dominanten Gruppen beider Bereiche versuchen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen, obwohl es für sie seitens Markt und Demokratie jeweils auch Anreize gibt, öffentlichen Interessen zu dienen. Wenn eine Aufgabe dem sozialdemokratischen Staat übertragen wird, beseitigt das das Problem genauso wenig, wie wenn diese Aufgabe dem Markt überlassen wird. Offenheit, Innovation und Vielfalt hängen von den Klüften und Räumen um und zwischen Staaten, Konzernen und anderen großen Organisationen ab - die Räume, die sie nicht erobern können, die aber von aktiven, kritischen Mitgliedern der Zivilgesellschaft eingenommen werden.

Das schafft Raum für eine Arena immer wiederkehrender Kämpfe. Während der industriellen Streikwellen und der Studentenrevolte der späten 1960er- und 1970er-Jahre gab es eine lange Debatte (Seite 184) um das Problem der „Unregierbarkeit“, ein behaupteter Mangel an Ordnung in modernen, selbstbewussten Bevölkerungsgruppen. Sozialdemokraten hatten zu dieser Debatte nicht viel beizutragen, die als Konflikt zwischen Linksradi-kalen und Konservativen begann und sich zu einem Konflikt zwischen Konservativen und Neoliberalen entwickelte. Konservative fürchteten die bevorstehende Anarchie. Neoliberale defi-

nierten das neue Streben nach Freiheit von Ordnung und Kontrolle neu als ein Streben nach Freiheit innerhalb des Marktes, der selbst ein höchst kontrollierter Raum war. „Hört auf zu protestieren und geht einkaufen!“ lautete die implizite Botschaft des Neoliberalismus der 1980er-Jahre. In den 1990ern wurde die Botschaft ergänzt: „Wenn ihr euch den Einkauf nicht leisten könnt, nehmt einen unbesicherten Kredit auf“. Auf diese Art wurde die Doktrin, welche die Lebensphilosophie des Monetarismus hervorbrachte - die Ordnung wiederherzustellen, indem die Kontrolle über den Geldvorrat gewährleistet wurde -, stattdessen mit verantwortungslosen privaten Kreditvergaben in Verbindung gebracht (die Bankenkrise), was zu Volksaufständen gegen Banken, eine restriktive Finanzpolitik und den Kapitalismus im Allgemeinen führte. So schließt sich der Kreis und die Frage der Unregierbarkeit taucht in politischen Agenden wieder auf. „Kann der Kapitalismus sicher und gesellschaftsfähig gemacht werden?“ - eine Frage, die in den 1970er-Jahren häufig gestellt wurde - taucht erneut in der Form von Aufrufen zu einer „marktkonformen Demokratie“ auf.

Wir brauchen uns um die Fähigkeit von Autorität und Macht, die Kontrolle nach Phasen des Aufruhrs wiederzuerlangen, keine Sorgen zu machen. Die größere Frage ist doch folgende: Eine offene Gesellschaft hängt bei der Umsetzung ihres Innovationspotenzials von der Unfähigkeit machtvoller Institutionen ab (hauptsächlich jener von Großkonzernen oder von Staaten), die Dinge unter ihrer Kontrolle zu halten, insbesondere im Zusammenhang mit sich gelegentlich als unregierbar erweisenden, realen Gesellschaftsnischen. Aber wen, wenn nicht Staaten und andere große Institutionen, kann man mit dieser Aufgabe betrauen? Die Antwort darauf lautet, dass Institutionen für diese Aufgaben als Mittler gebraucht werden, aber nicht als ihre Hauptakteure. Gruppen von Bürgern geben ihre Verantwortung in der Betreuung der ihnen wichtigen Teile der Öffentlichkeit niemals ab und müssen daher stets gewillt und fähig sein, zu überwachen, zu kritisieren und zu mobilisieren. In Kapitel II habe ich beschrieben, wie sich eine Reihe von Gruppen über das gesamte britische politische Spektrum verteilt mobilisierte, um sich gegen die Privatisierung öffentlicher Wälder zu stellen. Kurioserweise schienen sie die Wälder derselben Regierung anvertrauen zu wollen, die sie zur Erhaltung privatisieren wollte. Worauf sie tatsächlich vertrauten, war ihre eigene Fähigkeit, diese Regierung zu überwachen und zu kritisieren, falls es zu einem Missbrauch der Wälder kommen sollte - eine Fähigkeit, die sie zu verlieren fürchtete, sollten die Wälder in Privatbesitz übergehen. Wenn wir entweder dem Markt oder dem Staat vertrauen, dann deshalb, weil wir darauf vertrauen können, dass sie so organisiert sind, dass sie uns die Fähigkeit lassen, sie zu überwachen, zu kritisieren und gegen sie zu mobilisieren.

Die Lektion, die Sozialdemokraten daraus lernen, ist, dass sie ihrer Bewegung, ihrer Partei, ihren Gewerkschaften niemals erlauben dürfen, vollkommen in der Unterstützung des Staates zu versinken und somit diese wichtigen Räume zu tilgen. Wohlgesinnte Neoliberale sollten das Gleiche über die Marktwirtschaft denken. (Seite 184 bis 186)

Ob der Gedanke von den Sozialdemokraten angenommen werden kann? Außerdem gefällt mir nicht, dass bei dem Umfang der heutigen Staatstätigkeit und der Vermachtung der Marktwirtschaft durch den Kapitalismus für die Rolle des freiheitsorientierten Bürgers nur die Rolle des ohnmächtigen Meckerers und Stopp-Schild-Trägers übrig bleibt.

Das letzte Buch, auf das ich bei der Suche nach Boiguillebert auffiel, ist das Buch einer Namensvetterin, nämlich von Heidrun Abromeit¹⁰². Ich habe sie auf einer Tagung von Mehr Demokratie e.V. kennen gelernt. Der Titel lautet: > **Wozu braucht man Demokratie?** / Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie < Das Thema passt an dieser Stelle meiner Sammlung von Anregungen nicht ganz hin, ist aber im Zusammenhang des General-

102 (https://de.wikipedia.org/wiki/Heidrun_Abromeit) (<https://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/index.php?id=abromeit>)

themas *Neuer Gesellschaftsvertrag* äußerst wichtig. Das Buch ist 2002 erschienen. Ich füge das Inhaltsverzeichnis ohne Seitenzahlen und das Fazit nachfolgend ein:

Vorwort.....

Einführung.....

**I. Das Demokratiedefizit:
Bestandsaufnahme einer europäischen Debatte.....**

1. Input- versus output-Legitimierung.....

2. Wege zur Behebung des Demokratiedefizits.....

 a. Parlamentarisierung

 b. Post-Parlamentarismus

 c. Deliberative Gremien

 d. Ein ‚demokratischer Funktionalismus‘

 e. Warum nicht ‚direkt‘ ...?

3. Die Defizite der Debatte.....

**II. Ein Theoriedefizit?
Demokratiethoretischer Rück- und Überblick.....**

1. Leerstellen und ungelöste Fragen.....

2. Was ist Demokratie?

 a. Definitionsprobleme

 b. Die Antwort(en) der liberalen Klassiker

 c. Die Geschichte der Demokratiethorie als Geschichte des Zweifels

 d. Die Antwort der ‚empirischen‘ Demokratiethorie

 e. Die Antwort der ‚deliberativen‘ Demokratiethorie

3. Ungelöste Fragen und unbestimmte Antworten.....

 a. Die Frage nach dem Zweck

 b. Welchen Demos braucht die Demokratie?

 c. Das Individuum und seine Autonomie

 d. Die Tücken der Repräsentation

 e. Mehrheitsregel und Minderheitenrecht

 f. Wann sind politische Entscheidungen legitim?

 g. Partizipation und Prozedur

4. Demokratie, Staat und Grenze: ein vorläufiges Fazit.....

III. Ein neuer Minimalismus.....

1. Zweck und Maß von Demokratie.....

 a. Was ist wesentlich? Ein minimalistisches Konzept

 b. Zur Relevanz des Kontexts

 c. Zurück zum Prozeduralismus

 d. Exkurs: Nutzen und Risiken direkter Demokratie

 e. Ein Maß für Demokratie

2. Anwendungsfall „Demokratisierung der Europäischen Union“

Fazit.....

Literaturverzeichnis.....

Fazit

An Stelle einer umfänglichen Zusammenfassung mögen als Fazit der hier angestellten demokratiethoretischen Überlegungen wenige Sätze genügen:

Wozu braucht man Demokratie? Es sind die Individuen, die ihrer bedürfen - nicht ein System, noch auch die Vernunft, die eines Subjekts in der Tat entraten kann. Erst wenn man Demokratie von ihrem Zweck her denkt, sich auf

das Postulat individueller Selbstbestimmung besinnt, statt von vornherein in Regierungsformen und überkommenen Institutionalisierungen zu denken, ist man in der Lage, der postnationalen Herausforderung der Demokratietheorie zu begegnen.

Das ausführlich zu begründen, war der Zweck dieses ‚1001. Buches‘ über die Demokratie. Das zweite Anliegen ist das, die Demokratietheorie auf den ‚Pfad der Tugend‘ zurückzuleiten. Sie ist im Laufe der Zeit so überfrachtet worden, hat so viel an zum Wohl der Menschheit allgemein Wünschbarem in das Konzept hineingepackt, daß im Hinblick auf den individuellen Selbstbestimmungsanspruch nur ein Minimum übrig blieb. Wer Politikergebnisse ins Zentrum rückt, türmt vor dem - angeblich inkompetenten - Individuum Hindernis über Hindernis auf. Wer moralische und vernunftgemäße Entscheidungen zur Essenz von Demokratie erklärt, schreckt vor den realen Individuen unweigerlich zurück und endet entweder beim Zynismus oder in der Flucht vor der Wirklichkeit. Wer von der Idee der Selbstbestimmung abstrahiert, landet bei der bei Licht betrachteten absurden Konstruktion der sich ‚selbst-legitimierenden‘ Politik, von der die Konstruktion der ‚subjektlosen Intersubjektivität‘, aus der Recht und Gerechtigkeit ‚emergieren‘, gar nicht so weit entfernt ist.

Doch die Bedürfnisse der Menschen finden sich weder im Himmel der Vernunft noch auf dem Reißbrett von Experten. Wäre dem so, bedürfte man der Demokratie nicht, sondern der weisen und kundigen ‚législateurs‘. Stattdessen bilden die Bedürfnisse sich (wie auch immer) in den Köpfen der Bürger, und weil das so ist, braucht man Demokratie, nämlich die ‚individuelle Selbstbestimmung im Kollektiv‘. Es ist an der Zeit, sich darauf rückzubesinnen und also das Pferd des Minimalismus vom anderen Ende her aufzuzäumen: Institutionalisierungen, Formen, Verfahren, Ergebnisse sind kontingent - der Zweck der Demokratie ist es nicht. (Seite 205 f.)

000000 Einschub 5

In Schwanenkirchen in Deutschland und in Wörgl Österreich hat es zwischen den beiden Weltkriegen erfolgreiche Experimente mit dem Freigeld gegeben.

Die **Wära** war ein [umlaufgesichertes](#) Tauschmittel, das Ende der 1920er Jahre im Rahmen eines [freiwirtschaftlichen](#) Geldexperiments an vielen Orten Deutschlands eingeführt wurde. Initiiert wurde dieses Experiment von den [Gesell-Anhängern Hans Timm](#) und Helmut Rödiger im Jahr [1926](#). Mit der Wära verwandt sind heutige Modelle des sogenannten [Regiogeldes](#). ...

<https://de.wikipedia.org/wiki/W%C3%A4ra>

Max Hebecker wurde als Sohn des Eislebener Bürgers Ferdinand

Hebecker und dessen Ehefrau Anna, geb. Schaaf, geboren. Er absolvierte ein Studium als [Bergbauingenieur](#). Über den [Wandervogel](#) erfuhr Hebecker von den geld- und [bodenreformerischen](#) Ideen [Silvio Gesells](#) und schloss sich schließlich dem freiwirtschaftlichen [Physiokratischen Kampfbund](#) an. 1925 fand er eine Anstellung beim [Braunkohlebergwerk](#) Schwanenkirchen, das sich ursprünglich im Besitz der Stadt [Deggendorf](#) befunden hatte, dann aber von der [Niederbayrischen Braunkohle AG](#) erworben worden war. 1927 musste das Bergwerk Konkurs anmelden. Mit Hebecker verloren viele Einheimische ihre Arbeit. Bei einer Zwangsversteigerung im Winter 1929 erwarb Hebecker das Bergwerk für 8000 [Reichsmark](#) und setzte dabei sein gesamtes Vermögen ein. Die Hoffnung, dass ihm durch die lokalen Banken für den Wiederaufbau des Betriebes Kredite eingeräumt würden, schlug fehl. ...

https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Hebecker

Der Freigeldversuch in Wörgl, 1932/33

Was ist Freigeld? - Freigeld ist ein Bargeld, das nie ohne Risiko oder Schaden gehamstert, thesauriert werden kann und stets in einer Menge in Umlauf erhalten wird, die dem Warenangebot entspricht, so daß seine Kaufkraft fest bleiben muß. ...

<http://userpage.fu-berlin.de/roehrigw/woergl/alles.htm>

In Österreich hat man das Thema als Spielfilm und als Dokumentation verfilmt. Die Freude darüber ist für die Menschen, die sich für das Thema über Jahre und Jahrzehnte eingesetzt haben groß, denn es ist ja nicht leicht, sich für eine Sache, die man richtig erkannt hat, nur Ignoranz, Spott und Hohn zu ernten. Als das Projekt bekannt wurde, wurde zuerst die bange Frage gestellt, ob das Thema auch sachlich und mit inhaltlicher Kompetenz realisiert würde. Nachdem die beiden Filme in der Schweiz oder Österreich (das weiß ich nicht so genau) gesendet wurde, wird über eine E-Mail-Liste Freude und Zufriedenheit signalisiert. Wann die Beiträge in Deutschland gesendet werden, ist noch nicht bekannt. Befürchtet wird, dass die Filme aus Unkenntnis ihrer Bedeutung nur ein schlechten Sendeplatz zugewiesen bekommen. Die notwendigsten Informationen sind nachfolgend zu lesen:

9. Dez. 2018, 09:59 ORF-Spielfilm „Das Wunder von Wörgl“ sahen bis zu 638.000 Zuseherinnen und Zuseher

Insgesamt 1,12 Millionen bei Film und Doku „Der Geldmacher“

Wien (OTS) - Bis zu 638.000 Zuseherinnen und Zuseher waren mit dabei, als „Das Wunder von Wörgl“ gestern, am Samstag, dem 8. Dezember 2018, um 20.15 Uhr seine ORF-2-Premiere feierte. Durchschnittlich verfolgten Urs Eggers historisches – mit u. a. Karl Markovics, Verena Altenberger, Aaron Friesz, Lisa Marie Trojer, Gerhard Liebmann, Harald Windisch und Andreas Lust besetztes – ORF-Drama 570.000 Zuseherinnen und Zuseher. Der Marktanteil beträgt 20 Prozent. Erfolgreich war auch Thomas Reiders anschließende (21.55 Uhr) ORF-Doku „Der Geldmacher – Das Experiment des Michael Unterguggenberger“ mit bis zu 400.000 (durchschnittlich 358.000) Zuseherinnen und Zusehern und einem Marktanteil von 15 Prozent. Insgesamt erreichten die beiden Angebote 1,12 Millionen Zuschauer/innen (weitester Seherkreis). ...

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181209_OTS0013/orf-spielfilm-das-wunder-von-woergl-sahen-bis-zu-638000-zuseherinnen-und-zuseher

Nachfolgend zwei Reaktionen, die über eine E-Mail-Liste erhalten habe. Beide Absender sind alt und trotzen ihre kranken Körper die Kraft für ihren Einsatz für eine gute Sache ab.

Liebe Listenmitglieder,

interessant die Zahl der Zuschauer: "ORF-Spielfilm 'Das Wunder von Wörgl' sahen bis zu 638.000 Zuseherinnen und Zuseher – Insgesamt 1,12 Millionen bei Film und Doku 'Der Geldmacher'": (Link siehe oben.TA)

Das hätte mein Vater erleben sollen: "Das Wunder von Wörgl" als Spielfilm unter ausdrücklicher Erwähnung Silvio Gesells und der NWO! Welche Anknüpfungsmöglichkeiten hätte er gesehen!

(Die Dokumentation habe ich noch nicht gesehen, heute Abend vielleicht.)

Freundliche Grüße
Anselm Rapp

Amseln Rapp betreut die Mailing-Liste, mehrere Internetauftritte und auch eine eigene Präsentation. (www.nwo.de) Er ist er Enkel von Gesell erstem Mitarbeiter Georg Blumenthal ([https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Blumenthal_\(Schriftsteller\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Blumenthal_(Schriftsteller))) Er ist in der evangelischen Kirch aktiv.

Die zweite (von vielen) Reaktionen:

9. 12. 2018
Liebe Beate,

es ist mir gelungen beide Teile gestern Abend zu sehen, wobei der zweite Teil der wesentlich informativere war und auch deutlich die geistige Herkunft des „Wunders“ von Wörgl oder Schwanenkirchen zu erkennen war. Allerdings kam auch ziemlich zögernd heraus, dass eben das Volk nicht etwas ohne Kontrolle machen darf, was doch einer bestimmten Elite letztlich vorzubehalten ist – auch um den leistungslosen „Zehent“ in Empfang zu nehmen, der ihnen doch seit Jahrhunderten „zusteht“.

Ich wünsche Dir einen schönen Adventsonntag und grüße Dich herzlich, Adolf

Adolf Paster ist Österreicher. Er hat ein Hilfswerk in Afrika und eines in Österreich aufgebaut und geleitet und ist in der katholischen Kirche aktiv.

Einschub 5 Ende
oooooooooooo

... Wirkung politischer Leitideen - 233 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018

Ist das Ziel dieser Info-Kette in Sicht oder noch nicht?

Wenn ich mich recht entsinne, habe ich schon in diesem Text darauf hingewiesen, dass ich ursprünglich nur auf wenige Seiten auf die Notwendigkeit der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag und auf die ökonomische Verirrungen, die diesem Bemühen im Weg stehen, hinweisen wollte. Diese Verirrungen machen uns in Deutschland und den Menschen in aller Welt so viel Kummer, das sie vielen als unlösbar erscheinen. Vom Umfang hergesehen ist der Text schon ein Buch geworden und wenn man so will, kann es auch als ein Buch über Bücher genannt werden. Ich habe über Quellen und Bücher berichtet, die mir eine Orientierungshilfe waren, ob sie es auch für Leser dieser Zeilen sein können, ist eine vorläufig offene Frage. Zwischendurch musste ich mir selber Mut machen und sagen, dass ich nicht nur für den Papierkorb anstrengte. Es ist inzwischen Weihnachtszeit und da wollen andere Aufgaben erledigt werden.

Als ich die bisherigen Überlegungen formuliert und Textteile zusammengetragen habe, dachte ich, ich würde schnell die ökonomischen Streitfragen im Zusammenhang mit den Neoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft abhaken können. Aber bei der Sichtung der Quellen, die ich erwähnen sollte, kam ich bei einer reduzierten Auswahl immer noch auf rund ein Dutzend Bücher. Ich fange mit John Maynard Keynes an, lasse Milton Friedman und Ota Šik folgen und komme dann zu weiteren Autoren.

Ich zitiere aus der > Allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinsen und des Geldes < von John Maynard Keynes aus der 5. Auflage von 1974 (Erstauflage in Deutsch 1936), bei weiteren Zitaten nur mit „Keynes“ benannt.

Im gegenwärtigen Augenblick erwarten die Menschen mehr als sonst eine grundlegendere Diagnose, sind sie ganz besonders bereit, sie aufzunehmen, begierig, sie auszuprobieren, wenn sie nur einigermaßen annehmbar sein sollte. Von dieser zeitgenössischen Stimmung abgesehen, sind aber die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind, einflußreicher, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der Tat durch nicht viel anderes beherrscht. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen. Wahnsinnige in hoher Stellung, die Stimmen in der Luft hören, zapfen ihren wilden Irrsinn aus dem, was irgendein akademischer Schreiber ein paar Jahre vorher verfaßte. Ich bin überzeugt, daß die Macht erworbener Rechte im Vergleich zum allmähli-

chen Durchdringen von Ideen stark übertrieben wird. Diese wirken zwar nicht immer sofort, sondern nach einem gewissen Zeitraum; denn im Bereich der Wirtschaftslehre und der Staatsphilosophie gibt es nicht viele, die nach ihrem fünfundzwanzigsten oder dreißigsten Jahr durch neue Theorien beeinflusst werden, so daß die Ideen, die Staatsbeamte und Politiker und selbst Agitatoren auf die laufenden Ereignisse anwenden, wahrscheinlich nicht die neuesten sind. Aber früher oder später sind es Ideen, und nicht erworbene Rechte, von denen die Gefahr kommt, sei es zum Guten oder zum Bösen. (S.323)

Ich zitiere weiter aus > Kapitalismus und Freiheit <¹⁰³ von Milton Friedman, deutsche Ausgabe von 1971, nachfolgend aus dem Vorwort von 1971 zur deutschen Ausgabe. (Bei weiteren Zitaten als *Friedman* benannt.)

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Zum ersten Mal erschien dieses Buch vor fast zehn Jahren, und es basierte auf Vorlesungen, die weitere fünf Jahre davor gehalten wurden. Der deutsche Leser, der das Buch heute in der Hand hält, wird sicher fragen - und er hat natürlich ein Recht auf die Antwort -, ob die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts und die sie begleitenden Diskussionen den Autor dazu gebracht haben, seine Meinung in wesentlichen Punkten zu ändern. Auch will der Leser wissen, ob das Buch bei den heutigen Problemen noch in die Landschaft paßt.

Wenn ich heute das Buch noch einmal schreiben würde, kämen einige Probleme deutlicher zur Sprache (für die Vereinigten Staaten die Probleme der Zwangsrekrutierung, der Redefreiheit, der Umweltverschmutzung, der Städte und der Inflation). Andere Dinge wären weniger bedeutend. Dennoch hat nichts im letzten Jahrzehnt meine Meinung darüber geändert, daß die Bewahrung der individuellen Freiheit das Hauptziel aller sozialen Einrichtungen ist; daß staatliche Eingriffe in die private Sphäre die größte Bedrohung für diese Freiheit sind; daß freie Märkte für Güter und Ideen die entscheidende Vorbedingung für die individuelle Freiheit bleiben. Ja, gerade die Ereignisse der letzten zehn Jahre haben mein Vertrauen in diese Maximen bestärkt. Vielleicht ist es nur Rationalisierung, ein Reflex auf die für uns alle bestehende Schwierigkeit, einen Irrtum zuzugeben. Überflüssig zu sagen, daß ich das nicht annehme - aber das soll der Leser selbst entscheiden. Die Zeit hat freilich auch eine wichtige Funktion erfüllt: Das Buch erscheint heute viel weniger radikal, viel weniger aus dem Rahmen der herkömmlichen Ansichten fallend als beim Ersterscheinungstag. Ich würde diese Entwicklung sehr gern als Ursache und Wirkung interpretieren; ich wünschte, ich könnte glauben, daß die Analyse, die ich in diesem Buch gegeben habe, die Veränderungen in den internationalen Vereinbarungen auf monetärem und finanziellem Sektor hervorgerufen haben (die ich gleich noch diskutieren werde); daß die Argumente, die dieses Buch bringt, der Grund dafür waren, daß die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft wird; daß in den Schulen mit dem von mir vorgeschlagenen Gutscheinsystem gearbeitet wird und daß es eine negative Einkommensteuer gibt - um nur die wichtigsten Beispiele in

103 Friedman unterscheidet bei den Begriffen den Kapitalismus nicht von der Marktwirtschaft.

den Vereinigten Staaten zu nennen. Jedenfalls ist all das nicht mehr halsstarriges, unrealistisches Rasonieren, es sind praktikable politische Entwicklungen geworden.

So gern ich mir diese Veränderungen in der Praxis und in der vorherrschenden Meinung gutschreiben möchte: Der Lauf der Dinge war selbst viel wirksamer als die Überzeugungskraft meiner Argumente. Der Status quo hat große Autorität. Und die Leute sind nur dem Neuen aufgeschlossen, wenn die bestehenden Einrichtungen nicht funktionieren. In all den erwähnten Bereichen haben die bestehenden Einrichtungen nicht funktioniert - und also kam es dazu, daß man nach neuen Lösungen Umschau hielt. Wenn sich die Leute für eine neue Lösung entscheiden, nehmen sie meist das, was gerade vor ihnen liegt. Und daher bin ich mehr und mehr davon überzeugt, daß die Rolle von Büchern, wie diesem hier, in erster Linie darin liegt, Alternativen für bestehende Einrichtungen aufzuzeigen und lebendig zu halten, bis das Klima für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Alternativen durch die Gemeinschaft im großen ganzen günstig ist. Weniger liegt die Rolle dieser Bücher darin, Veränderungen der Zustände allein durch ihre Überzeugungskraft zu bewirken. ... (S. 13 f.)

Es folgt ein Teil des Vorwortes von Ota Šik aus *Argumente für den Dritten Weg* aus dem Jahr 1973:

Dieses Buch entstand aufgrund zahlreicher an mich herangetragener Forderungen, eine verkürzte und populär zusammengefaßte Paperbackausgabe des Buches *Der dritte Weg* auszuarbeiten. Mit einem solchen Ziel vor Augen versuche ich hier in der Form von Fragenbeantwortungen einige der wichtigsten Probleme aus dem genannten Buch allgemein verständlich darzustellen.

Wie es schon so kommt, blieb es jedoch nicht bei einer einfachen, zusammengefaßten Wiederholung bereits dargelegter Erkenntnisse und Beweisführungen, sondern ich erweiterte diese um eine Reihe neuer Ideen und Argumente, vor allem aufgrund inzwischen verlaufener Diskussionen. Einige Probleme sind hier völlig neu, so z. B. die Problematik des Eigentumbegriffs, andere werden übersichtlicher und tiefergehend behandelt. Zugleich mußte ich natürlich auf jene breitere, historisch-logische Analyse verschiedener objektiver Prozesse und Theorien aus dem Buch *Der dritte Weg* verzichten. In diesem Sinne stellt diese Arbeit daher nur teilweise eine Wiederholung und teilweise eine Ergänzung des vorangehenden Buches dar.

Im ganzen versuche ich hier deutlicher darzustellen, warum ich den sogenannten Gegensatz zwischen >Kapitalismus< und >Sozialismus< nicht für einen realen Gegensatz in der heutigen Welt halte, sondern warum ich eine bestimmte Form ihrer Annäherung als weit gefährlicher betrachte. Ich erachte es für notwendig, vor der immanenten Gefahr einer allmählichen, für die Mehrheit der Menschen unbemerkbar verlaufenden staatsbürokratischen

Entwicklung der industriell fortgeschrittenen westlichen Länder in Richtung des östlichen Staatsmonopolismus hin zu warnen. Dieser spontan sich durchsetzenden Entwicklungstendenz kann nur eine zielbewußt verfolgte Reformbestrebung entgegenwirken, die jedoch eine entsprechende Bewußtseins-entfaltung und politische Entschlossenheit breiter Bevölkerungsschichten erfordert. Der Aufdeckung sowohl der erstgenannten Entwicklungstendenz als auch der Gefahren des Staatsmonopolismus für die Bevölkerungsmehrheit in allen industriell entwickelten Ländern soll dieses wie das vorangehende Buch dienen. Die Ideen einer demokratisch-sozialistischen Reformentwicklung als Alternative zum Staatsmonopolismus konnten auch hier nur in ihren Grundzügen dargestellt werden. Die Ausarbeitung einer eingehenderen Modellvorstellung verlangt enorm viel Kraft und Zeit und läßt sich auch durch noch so ungeduldige Kritiken nicht abkürzen. Nur größere Forschungsteams könnten die Arbeit in der genannten Richtung beschleunigen. Leider existieren solche nicht. ...

Wir haben hier drei Aussagen von drei Autoren, die bei der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag zu beachten sind: a) Wenn wir uns an der Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages wagen, dann laufen wir Gefahr, Vorstellungen zu übernehmen, von deren Ursprung wir gar keine Ahnung haben. Die zweite Aussage ist, dass nur dann ein Verfahren und die Gestalt einer Ordnung gewechselt werden kann, wenn mit den bestehenden Verhältnissen eine große Unzufriedenheit herrscht. Es muss für diesen Fall aber etwas durch viele Köpfe Abrufbares bereitstehen, das qualitativ besser ist. Die dritte Aussage ist, dass dann, wenn wir unser Verhältnisse nicht bewusst gestalten, wir eine Entwicklung nehmen, die uns immer mehr in eine Richtung drängt, die wir überhaupt nicht gutheißen können und anstreben wollen.

Wenn wir Karl Marx hinzunehmen, dann haben wir mit Friedman und Šik drei Söhne jüdischer Eltern die aus Rabbinerfamilien, Einwanderer oder von ansässigen jüdischen Eltern¹⁰⁴ stammen. Sie sind ein Beispiel dafür, dass die These von der jüdischen Weltverschwörung Unfug ist. Das Bemühen aller drei genannten Juden ist, die Menschen aus ökonomischen Fesseln zu befreien und das auf ganz unterschiedlicher Art. Marx und Friedman schließen sich bei der Lösung (jedenfalls vordergründig) an und Šik distanziert sich von beiden Lösungen. Diese Aussage schließt nicht aus, dass unter den Juden auch eine Minderheit ist, die auf dem Klavier des Kapitalismus hervorragend zu spielen gelernt haben und so zur Geldmacht gekommen sind.

https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Marx https://de.wikipedia.org/wiki/Milton_Friedman

¹⁰⁴ Ich weiß nicht, ob die Umschreibungen der Herkunft das Wort Jude vermeiden soll oder ob es ausdrückt, dass sie nicht mehr dem jüdischen Glauben anhängen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Ota_%C5%A0ik

Dabei fällt mir ein Brief von Albert Einstein ein, den ich am 6. Dezember 2018 unter Kultur & Leben in der HAZ las:

Gedanken zur Religion

Ein handgeschriebener Briefes von Albert Einstein vom 3. Januar 1954 ist in New York für knapp 2,9 Millionen Dollar versteigert worden.

„Lieber Herr Gutkind!“: So beginnt Einsteins Brief. ...

Der zwei Seiten lange Brief aus dem Jahr 1954 ist an den Philosophen Eric Gutkind adressiert. Einstein macht sich darin auch Gedanken zur Religion:

„Das Wort Gott ist für mich nichts als Ausdruck und Produkt menschlicher Schwächen, die Bibel eine Sammlung ehrwürdiger, aber doch reichlich primitiver Legenden. Keine noch so feinsinnige Auslegung kann (für mich) etwas daran ändern. Diese verfeinerten Auslegungen sind naturgemäss höchst mannigfaltig und haben so gut wie nichts mit dem Urtext zu schaffen.

Für mich ist die unverfälschte jüdische Religion wie alle anderen Religionen eine Incarnation des primitiven Aberglaubens. Und das jüdische Volk, zu dem ich gerne gehöre und mit dessen Mentalität ich tief verwachsen bin, hat für mich doch keine andersartige Dignität als alle anderen Völker. Soweit meine Erfahrung reicht ist es auch um nichts besser als andere menschliche Gruppen wenn es auch durch Mangel an Macht gegen die schlimmsten Auswüchse gesichert ist. Sonst kann ich nichts „Auserwähltes“ an ihm wahrnehmen.“

Das sind keine Nebenbemerkungen, denn einerseits müssen ökonomische Lösungsprobleme unabhängig von Weltanschauungen richtig und praktikabel sein und ökonomische Aussagen mit dem Charakter von Aberglauben sind auch keine Hilfe. Andererseits dürfen die Wirtschaftstheorie und -verfassung, den Ausschluss von Religionen und Weltanschauungen nicht zur Voraussetzung haben, soweit diese die allgemeinen Menschenrechte nicht ausschließen.

Ich bringe Auszüge von Friedman, zuerst den Anfang vom Kapitel 7: **Kapitalismus und Diskriminierung** S. 144 f.

Es ist eine auffallende historische Tatsache, daß die Entwicklung des Kapitalismus begleitet war von einer beträchtlichen Abnahme des Ausmaßes, in dem bestimmte religiöse, rassische oder soziale Gruppen unter besonderen Behinderungen in bezug auf ihre wirtschaftliche Entfaltung leben mußten, mit anderen Worten: diskriminiert wurden. Der Wandel von Statusübereinkünften zu Vertrags-Übereinkünften war der erste Schritt zur Befreiung der Sklaven im Mittelalter. Die Juden konnten das Mittelalter nur überstehen, da es einen Marktbereich gab, innerhalb dessen sie tätig sein

und sich am Leben erhalten konnten, obschon sie offiziell verfolgt wurden. Die Quäker und Puritaner konnten in die Neue Welt auswandern, weil es ihnen möglich war, sich die dazu erforderlichen Mittel zu beschaffen, obgleich ihnen auf anderen Gebieten des Lebens Beschränkungen auferlegt waren. Nach dem Bürgerkrieg ergriffen die Südstaaten mannigfache Maßnahmen zur Einführung von gesetzlichen Beschränkungen für Neger. Eine Maßnahme, die nie in nennenswerter Weise ergriffen wurde, war die Errichtung von Hindernissen gegen den Erwerb von Grund- oder Privatbesitz. Das Fehlen derartiger Maßnahmen war sicherlich keine besondere Absicht, Behinderungen für Neger zu vermeiden. Es bedeutete vielmehr eine grundsätzliche Befürwortung des Eigentumsgedankens, der stark genug war, um die Absicht zur Diskriminierung der Neger zu übertreffen. Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Regeln für das Privateigentum und für den Kapitalismus war eine wesentliche Quelle von Möglichkeiten für die Neger; sie ermöglichte es ihnen, größere Fortschritte zu erzielen, als ihnen das anderenfalls möglich gewesen wäre. Um es allgemeiner zu sagen: Die Gebiete, die ihrer Art nach am stärksten monopolistisch orientiert sind, sind in jeder Gesellschaft die Hochburgen der Diskriminierung, während die Diskriminierung gegen Gruppen bestimmter Hautfarbe oder Religion in den Gebieten am geringsten ist, in denen die stärkste Wettbewerbsfreiheit besteht.

Wie schon in Kapitel 1 erwähnt, ist es eine paradoxe Erfahrungstatsache, daß ungeachtet dieser historischen Evidenz gerade die Minderheiten die meisten und entschiedensten Anhänger grundlegender Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaft hervorgebracht haben. Sie neigen dazu, die bestehenden Beschränkungen, unter denen sie leben müssen, dem Kapitalismus zuzuschreiben statt anzuerkennen, daß erst der freie Markt der Hauptfaktor ist, diese Beschränkungen nicht größer werden zulassen, als sie sind. ...

Friedman S. 25

Da der Begriff Liberalismus also korrumpiert ist, werden die Ansichten, die früher mit seinem Namen bezeichnet wurden, heute »Konservativismus« benannt. Das ist indessen keine befriedigende Alternative. Der Liberale des 19. Jahrhunderts war ein Radikaler, und zwar in doppelter Hinsicht: Im etymologischen Sinn jemand, der den Dingen auf den Grund, an die Wurzel geht, und im politischen Sinn, jemand, der sich für die großen Veränderungen in den sozialen Institutionen einsetzt. In diesem Sinn muß sich sein moderner Erbe verhalten. Wir wollen nicht die staatlichen Interventionen konservieren, die unsere Freiheit so sehr beschnitten haben. Wir wollen nur diejenigen bewahren und ihre Gedanken, die den Liberalismus befürwortet haben. Im Übrigen beginnt der Ausdruck »konservativ« ein breites Spektrum von Ansichten zu decken, worunter natürlich auch so völlig unvereinbare und nur mit einem Bindestrich verbundene Begriffsbildungen stehen wie »liberal-konservativ« oder »aristokratisch-konservativ«.

...

Es gibt leider noch all zu viel Dogmatiker auch in der Sphäre der westlichen Gesellschaftswissenschaften, die nicht minder als die östlichen Gegner mehr durch Interessen, Wünsche, Aversionen, Voreingenommenheiten etc. getragen werden als von dem Streben nach wirklicher Aufdeckung existierender Systemwidersprüche, -mängel und -begrenzungen. Viele von ihnen dürfen nicht einmal die Zitierung von Marx sehen, um nicht sofort auf eine rein emotionale, politisch-ideologische Art der Polemik überzugehen. Herrn Raupach⁹⁷ genügte es scheinbar, daß in meinem Buch »Marx ca. 200-, Engels und Lenin je 60mal« zitiert wurden und die anderen nur viel weniger, um darin die »literarische Basis« für ein Ziel zu sehen, das »ebensowenig neu« sei, wie »das ideologische Rüstzeug zur sozialistischen Transformation der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft«. ...

...

Wo ideologische Voreingenommenheit so weit geht, daß es genügt, Hinweise auf Marx oder Engels zu sehen, um ein Werk ohne eingehendes Studium zu verurteilen, dort hat eigentlich die Aversion gegen marxistische *Ideologie* eine nicht zu leugnende eigene *ideologische* Färbung. Vielen Marxkritikern müßte sehr eindringlich geraten werden, die wirklichen und nicht die vermeintlichen Ansichten von Marx zu kritisieren. Bestimmt wäre es besser, wenn sie sich die Mühe machten, mit Hilfe tatsächlicher Belegstellen und nicht verzerrter Paraphrasen seine Ideen wiederzugeben. Der Versuch, seine Theorie möglichst genau zu reproduzieren, sie mit Zitaten zu belegen und diese dann mit der realen Entwicklung und heutigen Situation zu vergleichen, sollte am allerwenigsten Anstoß geben. Schließlich war es das eigentliche Ziel dieses Buches, denn ohne Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie kann es keine Theorie neuer Gesellschaftsentwicklungen geben. Eben die Forderung nach sachlicher, wissenschaftlicher Diskussion ist ebenfalls die Forderung nach wirklichem Verständnis und richtiger Wiedergabe auch der Theorien, mit welchen man nicht einverstanden ist. Dies kann man aber leider von böswilligen politisch-ideologischen >Zerreißern< nicht verlangen.

Die Tatsache, daß es immer Ideologen geben wird, deren interessengebundene Einstellung zu einem bestimmten Gesellschaftssystem es ihnen nicht erlaubt, wesentlich kritische Analysen dieses Systems durchzuführen, ist schwerlich aus der Welt zu schaffen. Immer werden diese daher auch Ansichten, die Systemänderungen begründen, strikt ablehnen und die Diskussion in solcher Richtung in emotionell beladene, politisch-ideologische Polemiken verwandeln. Auch die Aufdeckung dieser Tatsache, wird die Existenz solcher Systemapologeten natürlich nicht beseitigen. Und doch hat es eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, wenn diese Tatsache immer wieder aufgezeigt und der Öffentlichkeit vor Augen geführt wird. Die Verantwortung der Gesellschaftswissenschaftler für die Zukunft der Menschheit ist nämlich heute zu groß, als daß sie ausgesprochene Macht- und Systemapologetik in menschengefährlichen Situationen ignorieren könnten. Besonders dort, wo die Systemideologen ein Publikationsmonopol haben, tragen sie schwerwiegend zu der Zukunftsentwicklung bei, und ihre Verantwortung für die

langfristige Entwicklung ist nicht kleiner als die der augenblicklichen Machthaber.

Immer mehr Menschen sollten unterscheiden lernen zwischen einer sachlich-wissenschaftlichen und politisch-ideologischen Art der Argumentation und Diskussion. Je stärker diese Unterscheidungsfähigkeit, desto kleiner die Chancen machtideologischer Realitätsverdunkelungen in allen Systemen! In der Fülle der politischen Demagogie, die in die Gesellschaftsproblematik hineingetragen wird, scheint dies fast ein vergebliches Unterfangen zu sein. Und doch ist die geduldige und andauernde Berufung auf die wachsende Urteilsfähigkeit immer breiterer Schichten der einzige Weg nach vorn und gegen den Totalitarismus sowohl rechter als auch linker Machtusurpatoren.

Mit den Stichwörtern Kapitalismus (sprich Marktwirtschaft) und Diskriminierung von Friedman ist die Toleranzfähigkeit eines anzustrebenden Systems angesprochen. Mit den Stichworten *Voreingenommenheit* und *Ideologie*, die *Ŝik* thematisiert, sind die Fallstricke, auf dem Weg nach einem neuen Gesellschaftsvertrag benannt.

Ich kehre zurück zu Keynes. Zum einen bin ich über eine Seite von ihm gestolpert, die die Behauptung stützt, das der Erste Weltkrieg und die Herrschaft der Nationalsozialisten in der Hauptsache durch „Währungsunfälle“ bzw. der Unfähigkeit der Verantwortlichen, Währungszusammenhänge zu erkennen, verursacht wurden. Zum anderen will ich Keynes Einstellung zu Gesell durch Auszüge verdeutlichen. Ich füge erst aus den Schlussbetrachtungen von Keynes seine Anmerkungen zu den Wirkungen seiner Überlegungen auf den Frieden ein. Es sei aber angemerkt das nach Robert Lekachman in seinem Buch > John Maynard Keynes - Revolutionär des Kapitalismus < die Rüstung und der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg der erste Anwendungsfall von Keynes Theorie war.

S. 322 / Sechstes Buch. Von d. allgemeinen Theorie angeregte kurze Bemerkungen.
IV.

Ich habe beiläufig erwähnt, daß das neue System günstiger für den Frieden sein könnte, als es das alte gewesen ist. Es ist der Mühe wert, jene Ansicht zu wiederholen und hervorzuheben.

Kriege haben verschiedene Ursachen. Diktatoren und andere, denen der Krieg, wenigstens in der Erwartung, eine angenehme Erregung bietet, finden es leicht, auf die natürliche Kriegslust ihrer Völker zu wirken. Darüber hinaus sind es aber die wirtschaftlichen Ursachen der Kriege, nämlich der Druck der Bevölkerung und der Konkurrenzkampf um Märkte, die ihre Aufgabe erleichtern, die volkstümliche Flamme anzufachen. Es ist der zweite Faktor, der wahrscheinlich im neunzehnten Jahrhundert eine überwiegende Rolle gespielt hat und wieder spielen könnte, der

mit dieser Erörterung eng verbunden ist.

Ich habe im vorangegangenen Kapitel dargelegt, daß unter dem System des inländischen Zai8ez-/aire und eines internationalen Goldstandards, wie es in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts orthodox war, einer Regierung kein Mittel offenstand, die wirtschaftliche Not im Inland zu mildern, mit Ausnahme des Konkurrenzkampfes um Märkte. Denn alle für einen Zustand chronischer und unterbrochener Unterbeschäftigung hilfreichen Maßnahmen waren ausgeschaltet, mit Ausnahme der Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbilanz auf der Einkommensrechnung.

Während die Ökonomen somit gewohnt waren, dem vorherrschenden internationalen System als dem Spender der Früchte der internationalen Arbeitsteilung und als dem gleichzeitigen Vereiniger der Interessen verschiedener Nationen Beifall zu zollen, lag doch ein weniger günstiger Einfluß verborgen; und jene Staatsmänner, die glaubten, daß der Wohlstand eines reichen alten Landes, wenn es den Kampf um die Märkte vernachlässigen würde, verblassen und versagen würde, waren von gesundem Menschenverstand und einer richtigen Erfassung des wahren Laufs der Dinge angetrieben. Wenn aber die Nationen lernen können, sich durch ihre Inlandpolitik Vollbeschäftigung zu verschaffen (und, müssen wir beifügen, wenn sie auch ein Gleichgewicht in der Bewegung ihrer Bevölkerung erreichen können), braucht es keine wichtigen wirtschaftlichen Kräfte zu geben, die bestimmt sind, das Interesse eines Landes demjenigen seiner Nachbarn entgegenzusetzen. Es würde immer noch Raum für die internationale Arbeitsteilung und für internationale Anleihen zu geeigneten Bedingungen geben. Aber es gäbe keinen drückenden Beweggrund mehr, warum ein Land seine Waren einem andern aufzwingen oder die Angebote seines Nachbarn zurückstoßen sollte, nicht weil dies notwendig wäre, um ihm zu ermöglichen, zu bezahlen, was er zu kaufen wünschte, sondern mit dem ausdrücklichen Zweck, das Gleichgewicht der Zahlungen zu stören und dadurch eine Handelsbilanz zu seinen Gunsten zu entwickeln. Internationaler Handel würde aufhören das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifeltes Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrechtzuerhalten, der, wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt; er würde ein williger und ungehinderter Austausch von Gütern und Dienstleistungen in Zuständen des gegenseitigen Vorteiles sein.

Gustav Cassel muss in diesem Zusammenhang mit obigen Auszug aus der Allgemeinen Theorie ... mit seinem Buch > Der Zusammenbruch der Goldwährung <, deutsch 1937 noch benannt werden. Ich wurde durch den Einblick in das Namensregister von Keynes daran erinnert, dass ich diesen Hinweis hier einfügen wollte. Gustav Cassel ist im Namensregister 3x benannt. Henry George ebenfalls 3x. Ich stieß darauf bei der Suche nach Silvio Gesell. Die Fundstellen sind benannt mit den Seiten 28, 298 – 302, 313 und 320.

Vor der Nennung des Namens Gesell auf Seite 28 stellt Keynes fest, dass den Ökonomen die Nachfrage in ihren Erörterungen abhandengekommen ist und er schreibt dann:

... Wirkung politischer Leitideen - 242 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018

Sie konnte nur verstoßen unter der Oberfläche weiterleben, in den Unterwelten von Karl Marx, Silvio Gesell und Major Douglas.

Von der zweiten Fundstelle wähle ich nur zwei kurze Abschnitte aus:

VI.

Es ist zweckmäßig, an dieser Stelle den seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten Silvio Gesell (1.862-1930) zu erwähnen, dessen Werk Einfälle tiefer Einsicht enthält und der nur gerade eben verfehlte, bis zum Kern der Sache vorzudringen. (S. 298 f.) ...

.... Trotz des prophetischen Schmuckes, mit dem ihn seine Verehrer ausgestattet haben, ist Gesells Hauptwerk in kühler, wissenschaftlicher Sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlicheren, einer erregteren Hingebung für gesellschaftliche Gerechtigkeit durchströmt ist, als manche für einen Gelehrten schicklich finden. Der Anteil Henry Georges¹⁰⁵, obschon ohne Zweifel eine wichtige Quelle der Stärke der Bewegung, ist von ganz untergeordnetem Interesse. Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das *laissez-faire*, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung, statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbes, statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird. Das Vorwort zu Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld wird dem Leser, wenn er es nachschlägt, die moralische Höhe Gesells zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist nach meiner Ansicht auf den Linien dieses Vorwortes zu finden. ... (S. 300)

Aber die Theorie Gesells hat einen großen Fehler. Er zeigt, daß es nur das Bestehen eines Geldzinsfußes ist, der es möglich macht, aus dem Ausleihen von Warenvorräten ein Erträgnis zu erzielen. Sein Zwiegespräch zwischen Robinson Crusoe und einem Fremden¹ ist eine ganz ausgezeichnete wirtschaftliche Parabel - so gut wie nur irgend etwas dieser Art, was geschrieben wurde -, um diesen Punkt darzulegen. Nachdem er aber den Grund angeführt hat, warum der Geldzinsfuß im Gegensatz zu den meisten Warenzinsätzen nicht negativ sein kann, übersieht er vollständig die Notwendigkeit einer Erklärung, warum der Geldzinsfuß positiv ist, und er unterläßt es, zu erklären, warum der Geldzinsfuß nicht durch den Standard beherrscht wird (wie dies von der klassischen Schule behauptet wird), der vom Erträgnis produktiven Kapitals gesetzt wird. Dies ist darauf zurückzuführen, daß ihm die Vorstellung der Vorliebe für Liquidität entgangen ist. Er hat nur eine halbe Theorie des Zinsfußes aufgebaut. (301)

Ich schätze, dass Keynes sich von Gesell als Vorgänger absetzen wollte, um seine Originali-

105 Fußnote Keynes: Gesell wich von George darin ab, daß er die Bezahlung einer Entschädigung empfahl, wenn das Land nationalisiert wird.

tät zu festigen. Das ist verständlich, es muss aber den Keynesianern angekreidet werden, dass sie das einfach stillschweigend so hingenommen haben. Ich habe deshalb die Stelle noch eingefügt, wo Keynes sich über das Horten auslässt. Die Geldhortung ist keine Zunahme des von der Zentralbank ausgegebenen Geldmenge, sondern die Zunahme des Geldbestandes, der aus dem Kreislauf des Geldes entnommen und den Horten zugeführt wurde. Die Motive des Geldhorters spielen dabei keine Rolle, es kommt auf die Wirkung an, die von den Motiven unabhängig ist.

Der Begriff Hortung kann am besten als eine erste Annäherung an den Begriff der Vorliebe für Liquidität betrachtet werden. In der Tat, wenn wir „Hortung“ durch „Hang zum Horten“ ersetzen würden, käme es im Grunde auf das gleiche heraus. Wenn wir aber unter „Hortung“ eine tatsächliche Zunahme im Bestand an Bargeld verstehen, ist es eine unvollkommene Vorstellung - und ernstlich irreführend, wenn es uns veranlaßt, „Hortung“ und „Nichthortung“ als einfache Alternativen zu denken. Denn die Entscheidung zu horten wird nicht absolut oder ohne Rücksicht auf die Vorteile getroffen, die sich aus der Aufgabe der Liquidität ergeben; - sie ist die Folge eines Abwägens von Vorteilen, und wir müssen daher wissen, was in der anderen Waagschale liegt. Solange wir unter „Hortung“ den tatsächlichen Besitz von Bargeld verstehen, kann sich der tatsächlich gehortete Betrag unmöglich als eine Folge von Entscheidungen des Publikums ändern. Denn der gehortete Betrag muß gleich der Geldmenge sein (oder - nach gewissen Definitionen - der Geldmenge abzüglich dessen, was zur Befriedigung des Umsatzmotivs benötigt wird); und die Geldmenge wird nicht vom Publikum bestimmt. Alles, was die Publikumsneigung zur Hortung erreichen kann, ist, den Zinsfuß zu bestimmen, bei dem das gesamte Verlangen zu horten gleich dem verfügbaren Bargeld wird. Die gewohnheitsmäßige Außerachtlassung der Beziehung des Zinsfußes zur Hortung mag teilweise erklären, warum der Zinsfuß gewöhnlich als Belohnung für die Nichtausgabe betrachtet wurde, während er in Wahrheit die Belohnung für die Nichthortung ist. ...(S. 146)

... Ich stimme somit mit Gesell überein, daß das Ergebnis der Lückenausfüllung in der klassischen Theorie nicht darin besteht, das „Manchester System“ aufzugeben, sondern die Natur der Umwelt zu bestimmen, die das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfordert, wenn es die vollen Möglichkeiten der Erzeugung verwirklichen soll. Die zentralen Leitungen, die für die Sicherung von Vollbeschäftigung erforderlich sind, bringen natürlich eine große Ausdehnung der überlieferten Aufgaben der Regierung mit sich. Außerdem hat die moderne klassische Theorie selbst die Aufmerksamkeit auf verschiedene Zustände gelenkt, in denen es notwendig sein mag, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu zügeln oder zu leiten. Aber es wird immer noch ein weites Feld für die Ausübung der privaten Initiative und Verantwortung verbleiben. Innerhalb dieses Feldes werden die überlieferten Vorteile des Individualismus immer noch Geltung haben. (S. 320)

Die Übereinstimmung von Keynes mit Gesell darf darüber nicht hinwegtäuschen, das beide im Weg zur Problemlösung nicht übereinstimmen und Gesell hier Friedman näher steht. Man kann auch sagen Gesell = Keynes + Friedman, dieses nicht zu sehen, ist das große Versagen der Wirtschaftswissenschaft, dass Abermillionen von Menschen das Lebensglück gekostet oder eingeschränkt hat.

Dass Sozialdemokraten auf Keynes abfahren konnten und auf Gesell nicht, hängt vermutlich damit zusammen, dass Keynes wie Marx dem Staat im ökonomischen Prozessablauf eine große Rolle zusprach und Gesell nur die Rolle des Datenkranz-Gebers und der Notenbankleitung nur die Rolle, wie sie ein Stellwerkleiter bei der Bahn hat. Das wiederum Sozialdemokraten die Rolle des Staates so nachhaltig betonen, ist nicht ökonomisch zu erklären, sondern eher psychologisch oder sozialpsychologisch. Wahrscheinlich haben am Anfang einfach Ohnmachtsgefühle gestanden und man hat sich die Erlösung aus der Not von einem Übervater erhofft. Die Rolle des Übervaters wurde dem Staat zugeordnet. Die so entstandene Haltung, die vom Marxismus genährt wurde, hat sich dann einfach weiter vererbt.

Mir ist zwischendurch eingefallen, das ich noch den Titel >Zwei Berufs-Ökonomen und ein Außenseiter / Gesell – Keynes / Friedman – Gesell< von Emil Georg Diehl, 1977, im Regal stehen habe. Emil Georg Diehl, Jahrgang 1903 weist sich als Ingenieur aus, der mit betriebswirtschaftlichen Aufgaben betreut war. Er schreibt, dass er 1931 in der Weltwirtschaftskrise mit dem Gedankengut Gesells Kontakt erhielt und sich seitdem mit volkswirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat. Er wird nicht mehr unter den Lebenden sein. Aber er hat es verdient genannt zu werden, denn er ist einer der Vielen, die sich ohne öffentliche Anerkennung für eine scheinbar verlorene Idee von einer besseren ökonomischen Welt krumm gemacht haben.

Natürlich haben sich Gesellianer mit Keynes befasst. Mir fallen spontan zwei Schriften ein: >BUBECK, C. HARRY 1966: *Vollbeschäftigung ohne Inflation: Geldumlaufsicherung und deren Darstellung in einem Keyneschen System*, Hamburg: FSU-Verlag, Seite(n): 35, Archiv: IG 4.> Diese Schrift habe ich schneller im Verzeichnis des Archivs für Geld- und Bodenreform gefunden als bei mir in den Regalen.

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/AGB-Katalog_BIN-BUS/agb-katalog_bin-bus.html

Gefunden habe ich die Schrift > Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie < von Karl Walker. Es ist ein Vortrag, den er 1962 gehalten hat und bei der Veröffentlichung mit einem „Fazit nach

11 Jahren“ versehen hat. Walker hat auch einmal Post von Keynes erhalten. Ich habe davon eine Kopie gehabt, weiß aber nicht, wo die geblieben ist.

Die Probleme mit dem Keynesianismus, der mit dem Instrument des deficit-spending¹⁰⁶ als Ersatz für den Nachfrageausfall der privaten Haushalte operiert, besteht darin, dass entweder der betreffende Staat in die Verschuldung getrieben wird oder wenn die Finanzierung über die Notenpresse läuft, dass Geld inflationiert wird. Letztlich hat die Methode versagt und Monetarismus Chicagoer Prägung zum (vorläufigen) Sieg verholfen.

Im Oktober 1966 wurde schon vor dem Abschluss meines zweijährigen Studiums (Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Soziologie und Recht) schon bekannt, dass Karl Schiller im Dezember 1966 Wirtschaftsminister (später auch Finanzminister) wurde. Die BRD hatte die erste Wirtschaftsrezession nach dem Start unter der Bezeichnung Soziale Marktwirtschaft. Ich sehe noch die leuchtenden Augen – besonders eines Dozenten – in Erwartung des Aufschwunges der durch den Keynesianer Karl Schillers erfolgen würde. Ich, der nur eine mäßige Examensnote erhalten hat, wusste schon aufgrund der freiwirtschaftlichen Erkenntnisse, dass zu den Hoffnungen, die mit Schillers Übernahme des Ministeramtes verbunden wurden, kein Anlass bestanden.

Wenn ich richtig hingeschaut habe, dann wurde Schiller am 1. 12. 1966 Wirtschaftsminister und am 13. 5. 1971 zusätzlich Finanzminister. Am 7. 7. 1972 ist er von beiden Ämtern zurückgetreten.

Anlass für den Rücktritt war die Währungs- und Finanzpolitik der Bundesregierung: „Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto ‚Nach uns die Sintflut‘. Die Regierung hat die Pflicht, über den Tellerrand des Wahltermins hinauszublicken und dem Volk rechtzeitig zu sagen, was zu leisten und was zu fordern ist.“ https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Schiller

Am 9. Oktober 1972 haben Ludwig Erhard und Karl Schiller eine gemeinsame Anzeigenaktion gestartet für FÜR FREIHEIT UND STABILITÄT. Die Dokumentation der Anzeige und mein brieflicher Kommentar dazu kann hier gelesen werden:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.4%20OB%20Lt.%20Doku%2004.pdf>

Als 1976 bekannt wurde, dass Milton Friedman den Wirtschaftsnobelpreis¹⁰⁷ erhalten würde, hieß es erst, dass er den für die Einführung der Quantitätstheorie des Geldes bekäme. Später hieß es: „... für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie in die Wirtschaftstheorie.“ Tatsächlich lautet es dann: „Für seinen Beitrag zur Verbrauchsanalyse, zur Geldge-

106 Erhöhung und Finanzierung öffentlicher Ausgaben, ohne dass die momentan vorhandenen Finanzen zur Deckung ausreichen (als Mittel einer antizyklischen Finanzpolitik)

107 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Tr%C3%A4ger_des_Alfred-Nobel-Ged%C3%A4chtnispreises_f%C3%BCr_Wirtschaftswissenschaften

schichte und -theorie sowie seine Klarlegung der Komplexität der Stabilisierungspolitik.“ Da die Freiwirtschaftsschule durchgängig mit der Quantitätstheorie gearbeitet hat, war man in freiwirtschaftlichen Kreisen über die erste Meldung mehr als verwundert. Prof. Dr. Felix Binn wollte dagegen beim Preiskomitee protestieren. Ob er tatsächlich getan hat, weiß ich nicht. Der mir bekannt gewordene briefliche Protest war nach meiner Ansicht schlecht begründet. Ich wurde von Binn – der am oder im Wasser tödlich verunglückt ist – gebeten, die Freunde der Natürlichen Wirtschaftsordnung anzuschreiben und zu bitten vergleichende Texte von Friedman und Gesell zu erstellen. Es ist möglich das der Text von Emil Georg Diehl, den ich weiter oben erwähnt habe, aus diesem Anlass entstanden ist.

Mir war der Wirtschafts-Nobel-Preis nicht so wichtig, weil ich nicht erkennen konnte, was für eine Vergabepolitik das Preiskomitee verfolgt. Milton Friedman finde ich selber gut, wenn sein Modell auch wie das von Keynes eine Macke hat, die letztlich zur Aufruhr führen. Aber Achtung! Da urteilt einer, der in der Amateurliga spielt! Dafür, dass ich feststelle, dass die Wirtschaftswissenschaft sich schwer tut mit ihrem Auftrag, Störungen in der Ökonomie zu erkennen, zu erklären und zu zeigen, wie diese zu beheben sind, erhalte ich bestimmt auch aus den Reihen der Wirtschaftswissenschaftler Zuspruch. Mir sind jedenfalls schon welche begegnet, die klar verneinten, dass ihre Profession eine Wissenschaft ist. Es waren sicher Volks- und keine Betriebswirte. Da ist es doch das Gebot der Wirtschaftlichkeit, die ganzen Fakultäten und Forschungsinstitute aufzulösen. Das wäre eine enorme Nutzensteigerung aufgrund von Kostenreduzierung für das Volk. Ich schreibe das ja nicht, um die Volkswirte zu kränken, sie verstehen wunderbar komplizierte Gedankengänge vorzutragen, aber Beiträge zu einer freien, den Wohlstand und Frieden Gesellschafts- oder Weltordnung will ihnen in heutiger Zeit nicht so recht gelingen. Damit will ich nicht sagen, dass die Betriebswirte bei dem Vorwurf des Versagens aus dem Schneider sind. Ist es nicht berechtigt zu sagen, dass die Betriebswirtschaftslehre sich viel zu sehr an die möglichst hohe Rendite großer Unternehmen orientiert, den Mensch als Subjekt des Wirtschaftens aus dem Blick verloren hat und keinerlei Impulse für die Freiheit in den Teilbereichen Bildungsökonomie und soziale Sicherungssysteme gibt?

Ich will zum Schluss noch speziell auf die Soziale Marktwirtschaft eingehen. Ich selber bin auf das Thema vielleicht schon zu oft eingegangen. Das ich mich dabei wiederhole, ist fast unvermeidbar. Trotzdem will ich noch einmal einen neuen Ansatz probieren. Bevor ich losle-

ge, will ich noch einen Ausschnitt des Suchergebnisses auf meiner Internetpräsentation eingeben. Ich habe als Suchbegriff > 25 Jahre soziale Marktwirtschaft < eingegeben und 42 Sekunden 157 Nennungen gehabt ich gebe einen Teil nachfolgend wieder:

[Auszüge aus "25 Jahre Marktwirtschaft"](#)

www.tristan-abromeit.de/.../19.1.8%20OB%20Lt.%20Doku%2008.pdf

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

Diese Tagung befaßt sich mit dem Grundthema „**25 Jahre. Soziale Marktwirtschaft**“. Auf ihr werden die verschiedensten. Aspekte eines „ordnungspolitischen ...

[Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft etc.](#)

www.tristan-abromeit.de/.../19.1.7%20OB%20Lt.%20Doku%2007.pdf

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

Ringen um die Vollendung der „Sozialen Marktwirtschaft“ 3.2 **25 Jahre Soziale Marktwirtschaft** 2.6 Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft (1951) 99.

[Zur Ideengeschichte der sozialen Marktwirtschaft](#)

www.tristan-abromeit.de/.../27.3%20Zeit%20Anhang%20III%20Winkler%20ASM.pdf

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

Gründung der Aktionsgemeinschaft **Soziale Marktwirtschaft** (ASM) 25./26.6. 1973 unter dem Titel: „**25 Jahre** voraus“. Aus der langen Reihe der Tagungen Nr.

[51.0 Dissertation Gründungszeit der Grünen.](#)

www.tristan-abromeit.de/.../51.0%20Dissertation%20Gründungszeit%20der%20Grünen.pdf

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

Schmidt Verlag Göttingen in diesem Jahr erschienen. Der Preis von DM Der Grundstein für die „**Soziale Marktwirtschaft**“ wurde vor **25 Jahren** gelegt, als im.

[Marktwirtschaft am Scheideweg](#)

www.tristan-abromeit.de/.../140.2.Marktwirtschaft.am.Scheideweg.2..pdf



Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

1. Sept. 2015 ... der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (13. und 15. Tagung) in der Tagung **25 Jahre Soziale Marktwirtschaft** der Ev. Akademie.

[Über meinen biographisch-politischen Standpunkt](#)

www.tristan-abromeit.de/.../141.1.Friedenspolitik.biographischer.Standort.pdf

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

Für die Wahl zum niedersächsischen Landtag im Jahr 1978 habe ich für die FDP ... an dieser Stelle auf die Tagung „**25 Jahre Soziale Marktwirtschaft**“ in der Ev.

[Erhard](#)

www.tristan-abromeit.de/.../19.1.3%20OB%20Lt.%20Doku%2003.pdf

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Tagung der Ev. Akademie Loccum schaftsordnung, nämlich der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Wirtschaftsordnung habe ...

[Die Aufgabe der Akademien der Erwachsenenbildung in der Krise](#)

www.tristan-abromeit.de/.../74.0%20Aufgabe%20der%20Akademien.pdf

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

13. Juli 2009 ... machen, indem man die Begriffe **Marktwirtschaft** und Kapitalismus als SffO.de) Als ich mich traute Erhard in der Tagung „**25 Jahre Soziale**.

[Text 79.1](#)

www.tristan-abromeit.de/.../79.1%20ORDO-Preis-2010%20Koeln.pdf

Dateiformat: PDF/Adobe Acrobat

26. Jan. 2010 ... Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Bund Katholischer Akademie Loccum in der Tagung „**25 Jahre Soziale Marktwirtschaft** ...

Ich schaue jetzt nicht in eine der früheren Arbeiten von mir zum Thema Soziale Marktwirtschaft an, das würde mir vermutlich den Mut nehmen, es noch einmal aufzugreifen. Ich benenne zuerst die Literatur, die ich mir zurechtgelegt habe – in keiner wertenden Reihenfolge - und starte dann einen neuen Versuch.

Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft

Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 9. und 10. November 1951 in Heidelberg gehalten wurden / Mit Beiträgen von Ernst Winkler / Alexander Rüstow / Werner Schmid / Otto Lautenbach

Das Programm der Freiheit

Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952 in Heidelberg gehalten wurden / Mit Beiträgen von Ernst Winkler / Franz Böhm / Fritz Hellwig / Wolfgang Frickhöfer / Georg Strickrodt / Otto Lautenbach

Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz im Wahljahr

Wolfgang Frickhöfer
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft / Tagungsprotokoll Nr. 8 / 1957

Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft

Mit Beiträgen von Otto Lautenbach †/ Friedrich Salzmann / Werner Schmid / Fritz Schwarz / Dieter Vogel / Heinz-Hartmut Vogel / Lothar Vogel / Ernst Winkler, 1956

Aufstieg oder Untergang?

Geldreform und Wirtschaftsverfassung als Schicksalsfrage der menschlichen Gesellschaft von Paul Heinrich Diehl
Herausgegeben von Ernst Winkler, 1980

Ordoliberalismus und Freiwirtschaft

Heft 173/4 der Fragen der Freiheit, 2006
vorher erschienen als Sonderdruck „Freiheit? Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung / Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“
Eine Denkschrift für Otto Lautenbach von Ernst Winkler, 1980

Keine private Macht in einer freien Gesellschaft

Fragen der Freiheit / Heft 277 /278 / Februar 2009
Mit Beiträgen von Franz Böhm und Fritz Andres
Die Geldreform vollendet den Ordoliberalismus
– Wiederaufnahme eines abgebrochenen Dialoges -

Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft / Sieben Thesen

Fragen der Freiheit / Heft 150 / Mai / Juni 1981
Zuerst als Sonderdruck „sieben Thesen“ erschienen.
Autoren und Herausgeber: Arbeitskreis für Sozialwissenschaft Bad Boll
Fritz Andres, Assessor, Kirn / Nahe Karl Buchleitner, Dr. med., Pforzheim / Jobst von Heynitz, Notar, München / Gerhardus Lang, Dr. med., Bad Boll / Heinz Peter Neumann, erster Direktor der LVA Berlin / Fritz Penserot, Kirn/Nahe / Friedrich Salzmann, Altnationalrat, Bern / Heinz Hartmut Vogel, Dr. med., Bad Boll / Lothar Vogel, Dr. med.,

Bad Boll / Ernst Winkler, Dr. phil., München

Fortschritt und Armut

Leben und Werk Henry Georges -

Fragen der Freiheit / Heft 245, 1997

Mit Beiträgen von: Werner Onken / Eckhard Behrens / Henry George / Fritz Andres
Dr. Gerhardus Lang / Wolfgang Schad

Fragen der Freiheit über: www.sffo.de und www.fragen-der-freiheit.de

Bedarf es wirklich keiner Bodenrechtsreform? – Eine verdrängte Herausforderung

von Hans-Jochen Vogel

in Zeitschrift für Sozialökonomie 196 / 197 Folge / Mai 2018

Gesamtverzeichnis: <https://www.sozialoekonomie-online.de/>

Den Kapitalismus umbiegen

Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft

von Oswald von Nell-Breuning / Hrsg. Von Friedhelm Hengstbach unter Mitarbeit von
Bernhard Emunds, 1990

Unus contra omnes

Der schwere Weg gegen den Strom – Dokumentation – Reflexion – Kommentar

von Johannes Kleinhapfl / Hrsg. Und eingeleitet von Ernst van Loen, 1996

Wohlstand für Alle

von Ludwig Erhard / Bearbeitet von Wolfram Langer, 1957

Grundsätze der Wirtschaftspolitik

von Walter Eucken, Auflage von 1961

Die Lehre von der Wirtschaft

von Wilhelm Röpke, 9. Auflage 1961

Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft

von Alfred Müller-Armack, Sonderausgabe von 1990

60 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel

St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 44 / 2009

Herausgeber: Michael S. Aßländer / Peter Ulrich mit Beiträgen von:

Michael S. Aßländer & Peter Ulrich: Einführung: Das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft

Nils Goldschmidt: Die Geburt der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Geiste der Religion -
Walter Eucken und das soziale Anliegen des Neoliberalismus

Karl-Heinz Brodbeck: Was heißt eigentlich „Marktgehorsam“? Wider die falsche Autorität
der ökonomischen Mechanik

Frank P. Maier-Rigaud & Remi Maier-Rigaud: Rüstows Konzept der Sozialen Marktwirtschaft - Sozial- und wettbewerbspolitische Dimensionen einer überwirtschaftlichen Ordnung
Daniel Dietzfelbinger: Soziale Marktwirtschaft als Imperativ - Alfred Müller-Armacks Stiltheorie
Friedrun Quaas: Der Wirtschaftsstil der Sozialen Marktwirtschaft aus evolutorischer Perspektive
Reinhard Neck: Soziale Marktwirtschaft und Verbandswirtschaft - Zur Vereinbarkeit von Berufsständischer Ordnung und Sozialer Marktwirtschaft Deutsche Einheit und Globalisierung als Herausforderungen an die Soziale Marktwirtschaft
André Schmidt: Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter des Systemwettbewerbs
Michael S. Aßländer: Wohlstand für alle? Die Soziale Marktwirtschaft vor der globalen Herausforderung
Karl-Georg Zinn: Überdauert die Soziale Marktwirtschaft? Aufstieg und Niedergang des bundesdeutschen Erfolgsmodells
Friedhelm Hengsbach: Soziale Marktwirtschaft im Sog des Finanzkapitalismus?
Hans Günter Krüsselberg: Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft - Zukunft der Arbeit
Peter Ulrich: Marktwirtschaft in der Bürgergesellschaft - Die Soziale Marktwirtschaft vor der nachholenden gesellschaftspolitischen Modernisierung

Diese Quellen-Liste zum Thema Soziale Marktwirtschaft hätte ich noch verlängern können. Ich habe weitere 10 Protokolle der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft unausgewertet hier liegen. Aber das ist für das Urteil, dass die Soziale Marktwirtschaft eine Bezeichnung einer wirtschaftlichen Ideologie ist, auch nicht unbedingt erforderlich. Das Buch „60 Jahre ...“ von Aßländer und Ulrich habe ich schon vor längere Zeit im Buchhandel gekauft, zu Hause abgelegt und vergessen. Ich entdeckte es erst vor wenigen Tagen wieder. Da ich es noch nicht gelesen hatte, steckte ich in einer Zwickmühle. Ich konnte es nicht einfach übergehen, wie andere Quellen, die das Thema Soziale Marktwirtschaft mitbehandeln, aber auch nicht bewerten. Ich habe deshalb alle Autoren und ihre Themen benannt, damit diejenigen, die diese Seiten lesen und an dem Thema weiter arbeiten wollen, anhand der Liste prüfen können, ob für sie eine brauchbare Spur für sich darunter vermuten. Selber habe ich geschaut, ob ein Thema dieses Bandes eine Spurensuche zu den Anfängen der Sozialen Marktwirtschaft verspricht, dann ob ein Thema die Verfälschung des Begriffes thematisiert und drittens, ob ein Autor den Mut hat, die Soziale Marktwirtschaft als eine Mischung aus nackten Staats- und Konzernkapitalismus mit angehängtem sozialem Sicherungssystem nach kommunistischem Muster und einem Bildungssystem, das trotz seiner Spaltung nach Bundesländern eindeutig der Zentralverwaltungswirtschaft zuzuordnen ist. Ich konnte zu meinem Bedauern eine solche ehrliche Aussage bei der ersten Sichtung nicht finden. Ich habe dann 3 Beiträge ganz gelesen:

Bei Karl-Georg Zinn hatte ich den Eindruck, dass er nur den Keynesianismus verteidigt. Aber dieser wird nicht dadurch richtig, dass der Neoliberalismus (zweiter Prägung) durch seine inhaltlichen Lücken falsche Ergebnisse liefert. Der Hinweis „zweiter Prägung“ dient dazu, um Verwechslungen mit dem Begriff Neoliberalismus (erster Prägung) - der auch Or-

doliberalismus genannt wird und die Anfangsgeschichte der Modellentwicklung Soziale Marktwirtschaft mit geprägt hat- zu vermeiden.

Bei Friedhelm Hengsbach habe ich gedacht, da kann ich doch gleich zu dem von ihm herausgegebenen Buch „Den Kapitalismus umbiegen“ von Oswald von Nell-Breuning greifen.

Der Beitrag von Hans-Günter Krüsselberg hat mich mehr angesprochen. Ich habe da gleich einen Auszug gescannt, den nach dem Vorwort von Michael S. Aßländer und Peter Ulrich einfügen werde.

VORWORT

Spätestens seit der Finanzkrise ist das (ethisch zu orientierende) Primat der Politik vor der Logik des Marktes wieder offenkundig: Marktwirtschaft ist kein Naturzustand, sondern ein zivilisatorischer Rechtszustand und insofern selbstverständlich ordnungspolitisch gestaltungsbedürftig. Belehrt durch die katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Folgen der Laissez-faire-Doktrin des 19. Jahrhunderts, trat das Programm der Sozialen Marktwirtschaft vor 60 Jahren an, um die dynamischen Kräfte des Marktes in den Dienst einer sozial gerechten Gesellschaft zu stellen, nicht ohne sich gleichermaßen dezidiert von Staatsinterventionismus und Planwirtschaft abzugrenzen. Das ordoliberalen „Denken in Ordnungen“ (Eucken) war daher von Anfang an konstitutiv für die „ironische Formel“ (Müller-Armack) der Sozialen Marktwirtschaft.

Doch im Härtesten der Globalisierung hat sich in jüngerer Zeit gezeigt, dass die soziale Integrationskraft und mit ihr die normative Orientierungskraft der Konzeption zunehmend an Grenzen stoßen. Bis anhin vernachlässigte Inkonsistenzen und Illusionen bedürfen dringend der analytischen Durchdringung und der Überwindung, wenn die Soziale Marktwirtschaft ein zukunftsfähiges Leitbild bleiben soll. Dieser Herausforderung stellen sich die Beiträge dieses Buches.

Als Initianten und Herausgeber des Projekts danken wir allen Autoren für ihr Mittun und für die Geduld, die sie unseren konzeptionellen und punktuellen Wünschen entgegenbrachten. Unser Dank gilt auch Alexander Lorch, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsethik in St. Gallen an der redaktionellen und formalen Perfektion des Buchs tatkräftig und engagiert mitgewirkt hat.

Kassel und St. Gallen, Michael S. Aßländer / im Dezember 2008 & Peter Ulrich

Das Vorwort beschreibt ja sehr gut das Anliegen der Herausgeber, aber bekanntlich ist *gut gemeint* nicht gleich *gut*. Ich stoße mich schon an dem ersten Satz: „Spätestens seit der Finanzkrise ist das (ethisch zu orientierende) Primat der Politik vor der Logik des Marktes wieder offenkundig: ...“ Wenn für den Begriff Markt Kapitalismus eingesetzt hätte, wäre der Satz richtiger gewesen. Und das Primat der Politik vor der Logik des Marktes ist nur dann

gerechtfertigt, wenn der Staat aufhört die Ethik des Marktes zu zerstören, was er von Anbeginn gemacht hat.

„Bis anhin vernachlässigte Inkonsistenzen und Illusionen bedürfen dringend der analytischen Durchdringung und der Überwindung, wenn die Soziale Marktwirtschaft ein zukunftsfähiges Leitbild bleiben soll.“

Dieser Satz im Vorwort hat nur eine Berechtigung, wenn auch danach gehandelt wird. Das Buch ist vor zehn Jahren erschienen. Ich habe noch von keiner Erfolgsmeldung von der theoretischen und politischen Kampffront der Ökonomie gehört.

In einem der Beiträge wurde angezweifelt, dass die Idee der Sozialen Marktwirtschaft nur auf Alfred Müller-Armack und sein Buch „*Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*“ zurückgeht. Das kann nicht nur vermutet werden, sondern ist doch wohl eine Gewissheit. Und es ist keine Ehrabschneiderei, wenn ich vermute, dass sein Buch eines der vielen Bücher geblieben wäre, die keine Wirkung erzeugen, wenn nicht schon weit vor und in der Nazizeit Einzelpersonen und kleine Gruppen in dieser Richtung sich Gedanken gemacht hätten. Ich vermute, dass die verschiedenen Akteure sich sein Buch als gemeinsame Arbeitsbasis vorstellen konnten. Außerdem vermute ich darüber hinaus, dass ohne Ludwig Erhard, der den Mut und die Gelegenheit hatte zu handeln, auch die gedanklichen Vor- und Mitläufer (im positivem Sinn) den Karren nicht zum Laufen gebracht hätten. Der Satz wird sofort einsehbar, wenn man sich vorstellen soll, eine Volksabstimmung oder der Bundestag hätte nach dem Krieg eine Wirtschaft einführen sollen, die sich an der Marktwirtschaft orientiert. Das wäre nicht einmal heute – im Zustand der gesellschaftlichen Verwirrung - möglich.

Aber wie ist es mit der Wissenschaftlichkeit der Herausgeber bestellt, wenn sie eine Quelle der Idee der Sozialen Marktwirtschaft, die schon über hundert Jahre sprudelt, bei so einem Werk, dass sie vorgelegt haben unterschlagen: Ich spreche von der Freiwirtschaft und ihrem Begründer Silvio Gesell und dessen ideellen Schüler Otto Lautenbach, auf dessen Initiative die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet wurde. Darauf gehe ich später ein. Ich lasse jetzt den angekündigten Auszug folgen:

Auszug Seite 315 /316 aus „60 Jahre ...“

ZUKUNFT DER SOZIALEN MARKT- WIRTSCHAFT
- ZUKUNFT DER ARBEIT
Hans-Günter Krüsselberg

Einleitung

Es ist eine zentrale These des folgenden Beitrags, dass ein Nachdenken über die Zukunftschancen eines tragfähigen Konzepts Sozialer Marktwirtschaft ohne Betrachtungen über die Zukunft der Arbeit nicht auskommen kann. Die Ordnungsphilosophie der Sozialen Marktwirtschaft wurzelt nach der Überzeugung ihrer wichtigsten Vertreter in „Kategorien, die (...) den Menschen in den Mittelpunkt stellen“. Im „zentralen Punkt des Systems gibt es „keinen Kompromiss: Das Prinzip der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der Selbstbestimmung ist unantastbar; es ist erforderlich, die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen ständig zu erweitern“. Dabei erhält die Annahme grundlegendes Gewicht, dass „der arbeitende Mensch“ seine „Selbstverwirklichung in seiner Arbeit erleben will, dass er seine Arbeit als „sinnvoll“, „als eine für die Gesellschaft, d.h. für seine Mitmenschen wichtige, ja unersetzliche Leistung (...) ansehen kann“ und sich selbst als ein „um seiner Leistung willen achtenswertes Glied der menschlichen Gemeinschaft“.2

Was bleibt von all dem, wenn prominente Analytiker der Gegenwart attestieren, der Wirtschaft, eben der Sozialen Marktwirtschaft, ginge die

1) Alle drei voranstehenden Zitate nach Erhard/Müller-Armack (1972: 12f, 61); Hvh. i.Orig.).

2) Nell-Breuning (1960:13f.).

Arbeit aus? Die Welt der Zukunft sei eine Welt, in der die Menschen ohne Arbeit sind (siehe hier dazu speziell Abschnitt 2).

Der folgende Text geht von der Überzeugung aus, dass die ökonomische Wissenschaft diese These nicht einfach im Raum stehen lassen darf. Es ist erstaunlich, welche Popularität sie durch einschlägige Publikationen erreichte, nicht nur in der linken intellektuellen Szene, sondern auch in der breiten Bevölkerung. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Politik sie ebenso akzeptiert, obwohl sie sehr konkrete Realitäten ausblendet. Denkblockaden drohen dann auch die Potenziale Sozialer Marktwirtschaft zu verspielen.

Dieser Aussage kann ich voll zustimmen. Das eigentliche Thema der Ökonomie ist die Arbeit, der Aufwand (und seine Ausgestaltung), den der Mensch betreiben muss um an knappe Mittel zum Lebensunterhalt (und auch zur Finanzierung seiner Arbeit ohne Erwerbscharakter) betreiben muss. Das gilt auch dann noch, wenn es möglich sein sollte, die technischen Hilfsmittel so weit zu entwickeln, dass für die Erwerbsarbeit nur eine Stunde pro Tag aufgewendet werden müssen. 20 Stunden pro Woche Erwerbsarbeit ist schon ein lohnendes Ziel und für die Teilhabe an der Kultur und demokratischer Willensbildung ein Muss, aber ein bedingungsloses Grundeinkommen ist nur dann eine gute Idee, wenn die Realität ausgeblendet wird. Wenn nämlich dieses Modell eingeführt würde, gäbe es neben der Ausbeutung der

Erwerbsarbeit durch den Zins / die Rendite und den – nach der Höhe seiner Steuersätze bewertet - plündernden Steuerstaat noch einen dritten ausbeutenden Plünderer.

Es folgt ein Auszug aus > Die Geburt der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Geiste der Religion / Walter Eucken und das soziale Anliegen des Neoliberalismus < von Nils Goldschmidt

... Der Anhang zur Denkschrift, den Eucken mit seinen beiden Freiburger Kollegen Constantin v. Dietze und Adolf Lampe 1942/43 gemeinsam formulierte und der sich mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigt, enthält vieles von dem, was für die Freiburger Schule charakteristisch geworden ist und sich später im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wiederfindet. Dabei beeindruckt der Text nicht nur durch seine freiheitliche wirtschaftspolitische Ausrichtung, sondern vor allem auch durch seinen tiefen religiösen und sozialen Ernst. Der christliche Glaube ist in dieser Schrift der entscheidende Pfeiler und die kritische Norm jeder Wirtschaftsordnung. Der Mensch als „sittliche Persönlichkeit“ steht dabei im Mittelpunkt der Ordnungskonzeption:

„Die Wirtschaft hat den lebenden und künftigen Menschen zu dienen, ihnen zur Erfüllung ihrer höchsten Bestimmungen zu helfen. Mit materiellen Kräften allein lässt sich das menschliche Leben nicht erträglich gestalten, ist auch keine Volkswirtschaft lebensfähig aufzubauen. Sie bedarf der gesicherten Rechtsordnung und der festen sittlichen Grundlage.“³⁰

Auf diesem ethischen Fundament und mit Blick auf eine wirtschaftliche Lage, die unmittelbar nach Kriegsende vor allem durch Verarmung geprägt sein würde, entwickeln die drei Freiburger Nationalökonominnen in diesem Text ihre zentralen Ideen für eine künftige Ordnung.

Um es zusammenzufassen: Freiheit ist das Merkmal einer „menschenwürdigen Ordnung“ - und somit für Eucken und die Väter der Sozialen Marktwirtschaft unabdingbar. Freiheit (und insbesondere wirtschaftliche Freiheit) ist aber kein Wert in sich, sondern eingebunden in einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen. (S. 36 f.)

Und noch einmal zu Hans-Günter Krüsselberg:

1. Soziale Marktwirtschaft - eine Erfolgsgeschichte?

Im Ringen um die weltanschaulichen Grundlagen der zu praktizierenden Politik übernahm während der so genannten Wiederaufbauphase, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland das Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ die Führungsposition. Unermüdlich versuchte Ludwig Erhard den Bürgern zu vermitteln, dass der „tiefe Sinn“ eines umfassenden Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft darin liegt, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung des Einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden“. Bereits in seiner Stellungnahme zur „Rangordnung der volkswirtschaftlichen

Aufgaben“ (1947) hatte Erhard betont dass Währungsreform und Wirtschaftsreform eine Einheit bilden müssten, eine Einheit im Übergang zu einer marktwirtschaftlich fundierten Gesamtordnung, in einem „neuen Kurs“ der Wirtschaftspolitik?

Was darunter zu verstehen ist, hat Ludwig Erhard unmissverständlich in vielen Debatten gesagt: Es gelte dafür Sorge zu tragen, dass „die Menschen frei von Sorgen und Nöten leben können, dass sie die Möglichkeit gewinnen, Eigentum zu erwerben und dadurch unabhängig zu werden, dass sie mehr an menschlicher Würde entfalten können“ und nicht „auf die Gnade anderer, auch nicht auf die Gnade des Staates angewiesen sind“. Erhard forderte eine Gesellschaftsordnung, die verhindert, dass der Mensch „in einer nebelhaften Anonymität“ untergeht, weil sich Organisationen oder selbsternannte Vordenker anmaßen, den vorgeblichen „Gesamtwillen“ Einzelner zu proklamieren. Unablässig warb Ludwig Erhard für seine Politik mit der These: Wohlstand für alle! Eigentum für jeden! Gefordert sei eine weitreichende Politik zur Sicherung einer dezentralen Willensbildung in Wirtschaft und Gesellschaft! (S. 316 f.)

Und jetzt Auszüge aus dem Vorwort zur dritten Auflage des Buches Die natürliche Wirtschaftsordnung von Gesell (hier der Auflage von 1949 entnommen). Ich denke, dass ich das Folgende mit gutem Gewissen auch als Richtschnur dem Gründer der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Otto Lautenbach unterstellen kann.¹⁰⁸

Großes Hoffen gibt große Ruh!

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

Den Beweis, daß eine Wirtschaftsordnung der Natur des Menschen entspricht, liefert uns die Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Dort, wo der Mensch am besten gedeiht, wird auch die Wirtschaftsordnung die natürlichste sein. Ob eine in diesem Sinne sich bewährende Wirtschaftsordnung zugleich die technisch leistungsfähigste ist und dem Ermittlungsamt Höchstzahlen liefert, ist eine Frage minderer Ordnung. Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen getrieben wird. Immerhin darf man wohl blindlings annehmen, daß eine Ordnung, in der der Mensch gedeiht, sich auch in bezug auf Leistungsfähigkeit als die bessere bewähren muß. Denn Menschenwerk kann schließlich nur zusammen mit dem Menschen zur Höhe streben. „Der Mensch ist das Maß aller Dinge“, darum auch

108 In dem Vorwort sind auch Passagen enthalten, die gerne benutzt werden, um Gesell als Rassisten zu diffamieren. Das ist Unsinn, erschließt sich aber nicht jedem Leser ohne Erläuterungen. Man beachte auch Keynes Anmerkung zu dem Vorwort in seiner Allgemeinen Theorie ... Seite 300.

Maß seiner Wirtschaft. ...

... Damit der Mensch gedeihe, muß es ihm möglich gemacht sein, sich in allen Lagen so zu geben, wie er ist. Der Mensch soll sein, nicht scheinen. Er muß immer erhobenen Hauptes durchs Leben gehen können und stets die lautere Wahrheit sagen dürfen, ohne daß ihm daraus Ungemach und Schaden erwachse. Die Wahrhaftigkeit soll kein Vorrecht der Helden bleiben. Die Wirtschaftsordnung muß derart gestaltet sein, daß der wahrhaftige Mensch auch wirtschaftlich vor allen am besten gedeihen kann. Die Abhängigkeiten, die das Gesellschaftsleben mit sich bringt, sollen nur die Sachen, nicht die Menschen betreffen.

Soll sich der Mensch seiner Natur entsprechend gebärden dürfen, so müssen ihn Recht, Sitte und Religion in Schutz nehmen, wenn er bei seinem wirtschaftlichen Tun dem berechtigten Eigennutz, dem Ausdruck des naturgegebenen Selbsterhaltungstriebes nachgeht. Widerspricht solches Tun religiösen Anschauungen, trotzdem der Mensch dabei sittlich gedeiht, so sollen solche Anschauungen einer Nachprüfung unterzogen werden, in der Erwägung, daß es kein schlechter Baum sein kann, der gute Früchte bringt. Es darf uns nicht ergehen wie etwa dem Christen, den seine Religion in folgerichtiger Anwendung zum Bettler macht und im Wettstreit entwaffnet, worauf er dann mitsamt seiner Brut im Auslesevorgang der Natur vollends zermalmt wird. Die Menschheit hat keine Vorteile davon, wenn die Besten immer gekreuzigt werden. (S. 12 f.)

Ich lasse die Thesen und zwei von mehreren Presseberichten zu dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes im November 1951 aus dem Protokoll „*Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft*“ folgen. Die Referenten sind in meiner Bücherliste zum Thema Soziale Marktwirtschaft schon aufgeführt.

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT

Wahre Demokratie mit persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft). Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Sicherheitsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten.

Die soziale Marktwirtschaft kann nicht mit Einzelmaßnahmen erreicht werden, die zumeist unter den wechselnden und sich täglich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Konstellationen von Macht- und Interessengruppen stehen. Auf diese Weise kann eine grundsätzliche, über den Tag hinaus gültige Ordnung nicht errichtet werden.

Wir fordern deshalb ein Grundgesetz der Wirtschaft, das von den gesetzgebenden Körperschaften als Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft zu erlassen ist:

1.

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale

Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, unbehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen.

Die soziale Marktwirtschaft wird als Wirtschaftsordnung auf gesetzlicher Grundlage errichtet, die staatlichen Organe enthalten sich jeden Eingriffs in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse innerhalb dieser Ordnung. Dazu ist erforderlich:

1. Die Währungsverwaltung ist verpflichtet, die Währung der Bundesrepublik so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben. - Das Bundesbankgesetz regelt die Einzelheiten.

2. Der freie und unbehinderte Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole (Bodenmonopol) sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden. - Das Antimonopolgesetz regelt die Einzelheiten.

3. Die Bundesrepublik deckt ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Formen der Einkommen.

Die Länder, Kreise und Gemeinden decken ihren Finanzbedarf durch Zuschläge zu diesen Bundessteuern.

Bund, Länder und Gemeinden sind mit Zustimmung der Parlamente berechtigt, auf dem freien Kapitalmarkt für besondere Zwecke Anleihen aufzulegen. - Die Große Steuerreform regelt die Einzelheiten.

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung und der freien Preisbildung. Die Freiheit der Märkte ist durch Gesetz zu sichern.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Kapital, Waren und Dienstleistungen. Sie erläßt keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen, erhebt keine Zölle und zahlt keine Subventionen. Die Devisenzwangswirtschaft ist aufzuheben, der Wechselkurs der Währung der Kaufkraftparität zu überlassen.

II.

Die Bundesregierung wird ermächtigt und verpflichtet, innerhalb von drei

Jahren, gerechnet von der Verkündung des Grundgesetzes der Wirtschaft an

1. Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dieses Gesetz erfüllen.
2. Alle Gesetze und Verordnungen, die diesem Gesetz widersprechen, außer Kraft zu setzen.

Diese Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft erhält verfassungsrechtlichen Charakter, um den im Grundgesetz formulierten Menschenrechten einen realen Inhalt zu geben. (S. 77 f.)

Aus der Wiedergabe der PRESSESTIMMEN

Freiwirtschaftsbund fordert freie Märkte auf allen Gebieten

Der Freiwirtschaftsbund, eine Vereinigung, die den Gedankengängen des Schweizer Nationalökonomen Silvio Gesell folgt, veranstaltete in diesen Tagen in Heidelberg den „Bundestag 1951“. Der Freiwirtschaftsbund bestand bereits vor 1933; er wurde durch die Nationalsozialisten verboten und 1945 neu gegründet. Zu den wesentlichsten Zielen Silvio Gesells gehört die Indexwährung, also eine Währung mit stabiler Kaufkraft, ferner eine Zurückdrängung des Staatseinflusses aus allen Bereichen der Wirtschaft mit Ausnahme der Verteilung des Bodens. In einigen Punkten berührt sich die Lehre Gesells mit den Forderungen des klassischen wirtschaftlichen Liberalismus.

Der Freiwirtschaftsbund hat das ursprüngliche Programm heute teilweise etwas korrigiert und den Zeitverhältnissen angepaßt. Das erklärte Ziel ist heute, die „soziale Marktwirtschaft“ in unverfälschter Form durchzusetzen. Darunter versteht der Freiwirtschaftsbund offenbar den Verzicht auf staatliche Intervention, auch in Bereichen, in denen sie heute selbstverständlich erscheint. Das kam in den in Heidelberg gehaltenen Reden zum Ausdruck, vor allem auch in der von dem Freiwirtschaftsbund veröffentlichten „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“. Weniger deutlich wurde, wie gerade der soziale Charakter der Marktwirtschaft auf diese Weise durchgesetzt werden soll. (Es sprachen u. a. Otto Lautenbach, der Vorsitzende des Bundes, Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg, Nationalrat Werner Schmid, Zürich, und Dr. Ernst Winkler, München.)

In der „Magna Charta“ heißt es u. a., die staatlichen Organe sollten sich jedes Eingriffes in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse enthalten. Die Bundesregierung solle ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die Einkommen decken. Sämtliche Märkte sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen, einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft. Weder die Kapitalverwendung noch die Zinssätze sollten vorgeschrieben werden außer dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung solle keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenbewirtschaftung solle aufgehoben werden.

Die Konsequenz, mit der hier ein Programm des wirtschaftlichen Libealis-

mus verkündet wird, ist bemerkenswert. Es wird immer überzeugte Anhänger der liberalen Theorie geben, die der Meinung sind, unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämen gerade daher, daß die Forderungen des Liberalismus nicht konsequent genug verwirklicht würden. Zweifellos spricht auch manches für diese Auffassung. Mit Sicherheit läßt sich aber voraussagen, daß dafür heute weder in der Regierung und dem Parlament, noch in der Bevölkerung eine Mehrheit zu finden sein würde. Die praktische Politik wird daher nach wie vor auf möglichst günstige Kompromißlösungen bedacht sein müssen.

Handelsblatt, Düsseldorf, 21. November 1951

oooooooooooooooo

Aufruf zur sozialen Marktwirtschaft

Wer die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung betrachtet und sich daran erinnert, daß die Regierungsparteien den Wahlkampf unter der Parole der „sozialen Marktwirtschaft“ geführt haben, könnte fast verzweifeln angesichts der Fülle der erhalten gebliebenen und neu errichteten zwangswirtschaftlichen Regelungen. Besonders in letzter Zeit, in der die Wirtschaftsgesetzgebung zunehmend unter den Einfluß von Interessenverbänden geraten ist und die Praxis zweifelhafter parteipolitischer Kompromisse in Wirtschaftesfragen die Regel geworden zu sein scheint, vor allem aber seit der Kanzler selbst durch seine ständigen Teilzugeständnisse mal an die eine, mal an die andere Seite, wichtige wirtschaftliche Entscheidungen vorwegnimmt, ist von einer einheitlichen politischen Grundlinie in Richtung auf die soziale Marktwirtschaft kaum mehr etwas zu spüren. In dieser Situation war es durchaus angebracht, daß der Freiwirtschaftsbund seine diesjährige Tagung in Heidelberg unter das Motto „Mut zur sozialen Marktwirtschaft“ stellte. Gerade in jüngster Zeit scheint man allmählich zu vergessen, daß die großen wirtschaftlichen Erfolge seit 1948 entscheidend von dem mutigen Übergang der Erhardschen Wirtschaftspolitik zur freien Marktwirtschaft abhingen und daß die wichtigsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Versorgungsengpässe und das Dilemma des Kapitalmarktes, gerade durch Beibehaltung von Preisbindungen und Marktregelungen entstehen konnten. Es gibt kaum etwas Gefährlicheres als jener, im Kabinett und bei manchen Parteien weit verbreitete Defaitismus gegenüber der Marktwirtschaft, der diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur durch neue Staatseingriffe Herr werden zu können glaubt. Prof. Dr. Rüstow hat in einem der interessantesten Referate der Tagung die verhängnisvollen Konsequenzen dieses Irrglaubens gezeigt, man könnte auf die Dauer in einer vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnung zwangswirtschaftliche Teilbereiche ohne Schaden aufrecht erhalten. Es gilt, der geschilderten Tendenz, die „Unordnung“ an den Grenzbereichen zwischen freiem Markt und reglementiertem Sektor durch Einbeziehung immer weiterer Bereiche zu beseitigen, durch eine mutige und entschiedene Wendung der Wirtschaftspolitik entgegenzutreten, indem Raum für die Entwicklung einer echten sozialen Marktwirtschaft geschaffen wird. Dazu ist es aber erforderlich, daß man das Attribut „sozial“ nicht nur als schönes, aufgepapptes Etikett versteht, sondern bereit ist, für die soziale Idee Opfer zu bringen, um damit im wohlverstandenen eigenen Interesse die wirtschaftliche und persönliche Freiheit gegenüber dem Ansturm der sozialistischen

und totalitären Mächte auf die Dauer erhalten zu können. Es ist ferner nötig, daß an die Stelle der Machtkämpfe zwischen monopolistischen Interessenverbänden, seien es nun staatliche oder private Wirtschaftskartelle, Einheitsgewerkschaften oder ähnliches, der ungehinderte Leistungswettbewerb als stärkster Wirtschaftsmotor tritt, also eine Monopolbekämpfung die „Startgleichheit“ für jeden herstellt. Der Freiwirtschaftsbund hat in diesem Kampf nun erneut die Initiative ergriffen und eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ vorgelegt, die als Grundgesetz der Wirtschaft von den gesetzgebenden Körperschaften erlassen werden soll und die freie Wettbewerbsordnung für die Bundesrepublik gesetzlich verankert. Die Bundesregierung soll damit ermächtigt und verpflichtet werden, die Wirtschafts- und Rechtsordnung dementsprechend zu modifizieren. Wenn es auch sehr fraglich erscheint, ob die Befreiung von allen staatlichen Eingriffen für die im einzelnen aufgeführten verschiedenen Wirtschaftsbereiche, die den bekannten Forderungen des Freiwirtschaftsbundes entsprechen, alle verwirklicht werden können oder überhaupt zweckmäßig sind, so sollte diese Initiative doch ein ernster Aufruf an die Verantwortlichen sein, sich auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft zu besinnen. Man mag zur Freiwirtschaftslehre im einzelnen stehen wie man will, ihr uneingeschränktes Bekenntnis zur Wirtschaftsfreiheit verdient die Unterstützung aller freiheitlich gesinnten, auf dem Boden der Privatwirtschaft stehenden Menschen.

Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung,
Frankfurt, Nr. 46, 17. November 1951

Es folgt jetzt ein Auszug aus dem Vortrag unter dem Titel „Die politische Verwirklichung“ von Otto Lautenbach aus dem Protokoll „Das Programm der Freiheit“ des Bundestages 1952 des Freiwirtschaftsbundes in Heidelberg. Mit den dort verabschiedeten Thesen, der Gründung der Aktionsgemeinschaft Sozialer Marktwirtschaft und die Stellungnahme von Ludwig Erhard:

DIE POLITISCHE VERWIRKLICHUNG

Otto Lautenbach

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen das Programm der Frei/zeit in Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft vorgelegt. Sie werden mit mir übereinstimmen, daß es verhältnismäßig leicht erscheint, solche Thesen aufzustellen. Sie werden uns aber auch nach dem Verlauf dieser Tagung bestätigen können, daß wir es uns mit dem Programm der Freiheit nicht leicht machen, sondern die einzelnen Punkte erarbeiteten nach der Auseinandersetzung mit den konkreten Tatbeständen auf den verschiedenen Gebieten unserer Wirtschaftsordnung. Die Zeit drängt. Wir befinden uns heute schon im Zeitdruck, wenn wir daran denken wollen, das geschlossene Programm einer sozialen Marktwirtschaft mit Aussicht auf Erfolg so in die breite Öffentlichkeit zu tragen, daß es ein ins Gewicht fallender Beitrag zu den Entscheidungen des Jahres 1953 werden kann.

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem Bekenntnis, die

soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Es muß ausgesprochen werden, daß sich damals wohl alle darüber klar waren - und dies wurde in Wort und Schrift bekundet - daß soziale Marktwirtschaft etwas anderes sein müsse als der liberale Kapitalismus alten Stils. Man war sich klar darüber, daß etwas Neues geschaffen werden müsse, weil der liberale Kapitalismus alten Stils nicht mehr restaurierbar ist. Nicht etwa deshalb, weil dem politische Schwierigkeiten entgegenstehen, sondern weil dies der Weg zurück auf einer Bahn wäre, die wir in mehreren Jahrzehnten mit allen schmerzlichen Erfahrungen durchlaufen haben. Niemand, der die Entwicklung der Dinge im 19. und 20. Jahrhundert aufmerksam beobachtet hat, kann übersehen haben, daß die Störungen und Spannungen, die zu der Auseinandersetzung mit dem Marxismus, ja, mit zu der Geburt des Mar-

153
xismus als politische Kraft geführt haben, aus Baufehlern der liberalkapitalistischen Wirtschaftsordnung entstanden sind. Ein Zurück zum liberalen Kapitalismus ließe also diese Störungen und diese Spannungen nur noch viel stärker werden, und es erscheint heute ausgeschlossen, daß unser soziales Gefüge solche Auseinandersetzungen überhaupt noch ertrüge. Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit sind heute undenkbar ohne eine soziale Explosion oder einen politischen Kurzschluß als unmittelbare Folge. Die Ursachen der Störungen und Spannungen im liberalen Kapitalismus wurden schon frühzeitig erkannt. Kurz nach der Jahrhundertwende hat Gesell die Freiwirtschaftslehre begründet, ohne besondere Beachtung zu finden. Später haben die Neo-Liberalen, insbesondere die Freiburger Schule, die Prinzipien der Wettbewerbsordnung erarbeitet, und dafür eine starke Resonanz gefunden. Sowohl die freiwirtschaftliche wie auch die Freiburger Schule lehnen beide den liberalen Kapitalismus alten Stils ab. Schon das Wort Neo-Liberalismus sagt, daß hier etwas Neues oder zumindest eine Erneuerung gewollt ist. Die Krönung dieser Versuche in der Theorie und in der Idee dürfen wir in dem Werk Walter Euckens und seiner Freunde sehen.

Wir können vom Freiwirtschaftsbund aus feststellen, daß sich unsere Forderungen mit denen der Freiburger Schule nahtlos verbinden lassen, daß jede der beiden Schulen von der anderen viel gewinnen kann: in den ordnungspolitischen Prinzipien wir von Eucken und in der Abrundung der Marktwirtschaft im einzelnen die Freiburger Schule von uns.

Mit der sozialen Marktwirtschaft, die die Bundesregierung schaffen wollte, handelt es sich also um etwas Neues. Wenn wir nun heute aus dem Jahre 1952 auf 1949 zurückblicken, dann stellen wir zwar fest, daß ein ans Wunder grenzender wirtschaftlicher Aufstieg stattfand, daß Erfolge eintraten, die man vorher nicht für möglich hielt; aber wenn wir genauer untersuchen, wo diese Erfolge erzielt wurden, dann müssen wir feststellen, daß dies auf all den Gebieten geschah, wo die Prinzipien der Freiheit zum Zuge kam. Betrachten wir dagegen die Störungen und Hemmungen dieses Aufstiegs, dann stellen wir fest, daß sie überall dort zutage treten, wo diese Prinzipien nicht zum Zuge kamen oder wo Einrichtungen und Eingriffe des Staates diesen Prinzipien entgegenstanden.

...

Das Ziel unseres Kampfes ist deshalb das Programm der Freiheit zur Grundlage des politischen Handelns, zu einem Regierungsprogramm zu machen. Die sicherste Lösung dieser Frage wäre die, daß Bundestag und Bundesrat ein Grundgesetz der Wirtschaft als Rahmengesetz annehmen, wonach die Regierung ermächtigt wird, sämtliche Gesetze und Anordnungen zu erlassen, die zur Erfüllung dieses Grundgesetzes erforderlich sind und sämtliche Gesetze und Anordnungen außer Kraft zu setzen, die ihm widersprechen. Ein solches Verfahren stößt auf größte Schwierigkeiten, weshalb als Minimum zu fordern bleibt, daß die Regierung im Sinne eines solchen Grundgesetzes handelt. Mit anderen Worten, die Bundesregierung ist zu verpflichten, aus ihrem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft das notwendige politische Handeln folgen zu lassen.

Das ist ein Minimum. Denn die soziale Marktwirtschaft ist ein in sich geschlossenes System der Wirtschaftsordnung. Ihre Wirkung erschöpft sich indessen nicht im wirtschaftlichen, sondern es kann als ausgemacht gelten, daß die Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt. Eine Demokratie erfordert als Voraussetzung eine freie Wettbewerbsordnung, Demokratie und Planwirtschaft sind unvereinbare Gegensätze. Dieser Zusammenhang dürfte wohl jedem klar sein, der den Vortrag von Herrn Prof. Rüstow auf unserem Bundestag 1951 gehört hat. Die Meinung, man könne die Wirtschaftsordnung nach den Methoden der Zentralverwaltungswirtschaft einrichten und trotzdem in der Gesellschaftsordnung sich einer Demokratie erfreuen, ist unhaltbar. Professor Rüstow hat dafür einmal einen einleuchtenden Vergleich

155

gebracht, als er sagte, wenn man sich für eine Wirtschaftsordnung entschieden habe, habe man keine Wahl mehr für die Gesellschaftsordnung. ... (Ohne Hervorhebungen)

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFTSORNDUNG

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen.

Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die einzelnen Fragen wie das Notenbankgesetz, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, das Kartellgesetz, die Steuerreform, die Wohnungswirtschaft und unzählige Einzelgesetze für wirtschaftliche Teilfragen mehr und mehr unter die wechselnden Konstellationen des Tages gerieten und zum Tummelplatz der Interessentengruppen wurden, die sich einmal mehr und einmal weniger durchsetzten.

Es wird oft übersehen und weit unterschätzt, daß diese Entwicklung den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft ständig verstärkt, die Demokratie unterhöhlt, so daß unsere Gesellschaftsordnung Zug um Zug dem Kollektivismus verfallen muß.

Diese Gefahr kann durch die soziale Marktwirtschaft als Wettbewerbsordnung überwunden werden. Die soziale Marktwirtschaft kann indessen nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen erreicht werden, sondern ihre Verwirklichung erfordert, daß die Wirtschaftsordnung als ein in sich geschlossenes Ganzes gesetzt wird.

Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung.

Dieses Bekenntnis soll die Bundesregierung verpflichten, in angemessener Frist alle Gesetze und Verordnungen, die ihm widersprechen, Zug um Zug aufzuheben und alle, die zu seiner Erfüllung notwendig sind, zu erlassen.

-173-

Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft); Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Verteidigungsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten. Unter allen denkbaren Wirtschaftsformen ist die soziale Marktwirtschaft diejenige, welche durch den unbehinderten Wettbewerb höchstmögliche Löhne, Gehälter und Einkommen für alle wirtschaftlich Tätigen, niedrigst mögliche Preise für die Verbraucher verwirklicht, und zwar wird dies in einem Ausmaß und Tempo geschehen, das heute noch von vielen als utopisch angesehen wird.

Wir fordern deshalb:

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die Währung der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.
2. Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; so lange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier

und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die Große Steuerreform wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung auf der freien Preisbildung.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren- und Dienstleistungen. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist so lange freizugeben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.

VORSTAND:

Vorsitzer: Otto Lautenbach, Herausg. der „Blätter der Freiheit“, Heidelberg; stellvertretende Vorsitz: Wilhelm Blum, Direktor, Frank'sche Eisenwerke AG, Adolphshütte, Niederscheid, Dillkreis); Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Deiitzsch) e. V., Wiesbaden. - Walter Hoch, Druckerei Martin Hoch, Ludwigsburg; Dr. G. W. Kalbfleisch, Rechtsanwalt, Gießen, Dr. Alexander Meier-Lonoir, Rechtsanwalt und Notar, Wiesbaden; Heinrich Schwab, Firma Heinrich Schwab, Import-Großhandel, Gießen; Prof. Dr. Ernst Winkler, München-Gräfelfing.

BEIRAT:

Prof. Dr. Paul Diehl, Bürgermeister, München-Gräfelfing; Walter Großmann, Rektor a. D., Hanau; Dr. Hans Jlau, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Franz Böhm, Frankfurt; Adolf Lindenkohl, Bankkaufmann, Göttingen, Dr. Oswald Mirbach, Bankhaus Vogeler & Co., Düsseldorf; Dr. Volkmar Muthesius, Wirtschaftsjournalist, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg; Dipl.-Kaufm. K. K. Schürer, Wirtschaftsprüfer, Coburg; Dr. med. H. H. Vogel, Bad Liebenzell.

Zur Verwirklichung des Programms der Freiheit haben sich Frauen und

Männer aus allen Ständen in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.

-175-

Besorgt sehen wir in die Zukunft, weil der totalitäre Machtanspruch der Planwirtschaftler mit unverminderter Schärfe geltend gemacht wird, während die Vertreter der freien Wettbewerbsordnung, in die Defensive gedrängt, von einem Kompromiß in den anderen schlittern und dadurch die soziale Marktwirtschaft mißkreditieren.

Der Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Dr. Ludwig Erhard hat in einem Telegramm vom 23. 1. 53 die Gründungsversammlung begrüßt: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

Wir wollen das Programm der Freiheit in populärer Form in das Volk hineintragen. Die Diskussion dieser Fragen in den Kreisen von Sachverständigen und Verbänden kann keine positiven politischen Ergebnisse erzielen, weil die große Mehrheit des Volkes keine blasse Ahnung davon hat, was eine soziale Marktwirtschaft zu leisten vermag. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft offensiv vertreten. Das Maß unserer aktiven Aufklärungsarbeit hängt davon ab, wie weit der Kreis der aus innerer Überzeugung für die soziale Marktwirtschaft Arbeitenden gezogen werden kann und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Wir rechnen auch mit Ihrem Entschluß, ideell und materiell in unserem Kreis für die Verwirklichung des Programms der Freiheit mitzuarbeiten, wozu wir Sie herzlich und dringend einladen. (ohne Hervorhebungen)

-176-

Ich gebe Jetzt aus dem Tagungsprotokoll Nr. 8, dass das Referat von Wolfgang Frickhöffer über die „Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz im Wahljahr“ aus dem Jahr 1957 enthält, folgende Auszüge wieder: Es zeigt sich auch hier, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft von der CDU und SPD in die Zange genommen wurde.

Es ließe sich noch sehr viel mehr zur Finanz- und Steuerpolitik sagen; aber ich muß meine Ausführungen hierzu kurz fassen. Ich muß jedoch als schlimmsten Vorwurf aussprechen, daß die Politik dieser Bundesregierung den übernommenen Staatskapitalismus nicht nur nicht abgebaut, sondern erheblich ausgeweitet hat. Das ist ein ganz besonders trauriger Aspekt der Verletzung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist ein spätes, wenn auch vielleicht nicht ganz vergebliches Besserungszeichen, daß nunmehr wenigstens beim Volkswagenwerk mit einer tatkräftigen Privatisierung begonnen werden soll. Ich will auf die einzelnen Probleme, die mit der Volkswagen-Volksaktie verbunden sind, nicht eingehen. Der Gefechtslärm des kommenden Wahlkampfes ist hier zwar unüberhörbar, das sollte uns

aber nicht hindern, dem gesunden Grundgedanken der Sache intensivste Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn die Spekulation auf Wählerstimmen auch einmal etwas Vernünftiges unterstützt, ist das schließlich nur zu begrüßen.

Abschließend zu diesem Teil, der sich mit der CDU befaßt hat, darf ich folgendes feststellen: Die Initiative und die richtige Konzeption des Bundeswirtschaftsministers und anderer Männer der Partei kamen in der zweiten Legislaturperiode weit weniger zum Zuge als in der ersten. Dagegen haben sich unter der Agide der gleichen Regierung Staatskapitalismus und wohlfahrtsstaatliches Denken und Handeln in höchst erschreckendem Maße ausgebreitet. Noch eine weitere Legislaturperiode mit so viel Interessentenpolitik, Staatskapitalismus und Wohlfahrtsstaat wie in den letzten vier Jahren, und die CDU wird die Soziale Marktwirtschaft, die ihr mit Recht so viel Freunde zugeführt hat, in gefährlichem Maße verwirtschaftet und diskreditiert haben.

Bevor ich zum zweiten Teil meines Vortrages, der kritischen Würdigung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD übergehe, erlauben Sie mir einige Ausführungen zur Deutschen Partei und zur Freien Demokratischen Partei. Ich bitte dabei die Vertreter dieser Parteien um Verständnis, daß ich im Rahmen einer solchen, durch die Vortragszeit begrenzten Zwischenbilanz mich vor allem auf die Behandlung der großen tragenden Parteien konzentrieren muß; irgendein Urteil über die Bedeutung der kleineren Parteien ist damit selbstverständlich nicht verbunden.

Bei der Deutschen Partei ist vor allem zu begrüßen, daß sie sich immer wieder gegen die wohlfahrtsstaatlichen und staatskapitalistischen Tendenzen der CDU gewandt hat. Wir möchten ihr auch für die Zukunft die gleiche Energie auf diesem Gebiet wünschen, dazu aber auch mehr Gehör beim großen Koalitionspartner. Andererseits müssen wir konstatieren, daß auf den Gebieten der Mittelstandspolitik und der Agrarpolitik die Deutsche Partei der marktwirtschaftlichen Konzeption eher noch ferner steht als die CDU. Dies ist gewiß aus der Entstehungsgeschichte dieser Partei als einer konservativen Partei mit stark landwirtschaftlicher Beteiligung und nicht ohne ständische Elemente zu erklären.

Was die Freie Demokratische Partei betrifft, so liegt es nach ihrem liberalen Ursprung auf der Hand, daß sie wirtschafts- und sozialpolitische Ziele vertritt, die dem einzelnen freien Menschen dienen und ihn vor der kollektiven Allmacht des Staates ebenso wie vor der großer Organisationen schützen. Andererseits zeigt sie auf den Gebieten der Landwirtschaft und der Wohnungswirtschaft nicht die marktwirtschaftliche Konsequenz, wie wir sie vertreten. Schließlich muß es bei einer Partei, die die Eigenverantwortung des einzelnen stärken will, ein wenig Verwunderung erregen, wenn sie sich für Erleichterung der Familiengründung durch zinslose Darlehen an junge Menschen ausspricht. Das Eindringen des Staates in die Familie unter dem Titel der Familienförderung kann wohl nicht kritisch genug untersucht werden. Das gilt natürlich in noch weit stärkerem Maße von der Familienpolitik der CDU.

...

Schließlich möchte ich, ehe ich zur SPD-Politik übergehe, noch einige Worte über den Gemeinsamen Markt sagen. In unserem Programm fordern wir von Anfang an internationale Integration auf marktwirtschaftlichem Wege, volle und echte Konvertibilität der Währungen, Beseitigung der quantitativen Handelsbeschränkungen, Abbau des Zollprotektionismus, Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren und Dienstleistungen. Es ist daher selbstverständlich, daß wir prinzipiell wirtschaftliche Zusammenschlüsse größerer Räume begrüßen, weil sie die Arbeitsteilung verbessern, die natürlichen Standortvorteile stärker hervortreten lassen, günstigere Einkaufs- und Verkaufsmöglichkeiten schaffen und damit, nach einer gewissen Periode der Umstellungen und Anpassungen, für alle am Zusammenschluß beteiligten Volkswirtschaften eine Hebung der Leistung und des Wohlstands bedeuten.

Bei der heutigen Konstruktion des Gemeinsamen Marktes aber beanstanden wir einmal - ähnlich wie bei der Montanunion - den institutionellen Dirigismus, zum andern und vor allem, daß die Zollschränken gegenüber nicht am Gemeinsamen Markt beteiligten Ländern zum Teil erhöht werden. Professor Röpke, unser Beiratsmitglied, hat in seinem bekannten Aufsatz „Politischer Enthusiasmus und wirtschaftliche Vernunft“ auf die damit zusammenhängende Problematik sehr eindringlich hingewiesen. Diese Nachteile der gegenwärtigen Konstruktion des Gemeinsamen Marktes können freilich durch die Bildung der vorgesehenen Freihandelszone gemildert werden. Der Gemeinsame Markt bedarf, um mehr Vorteile als Nachteile zu haben, unbedingt der Ergänzung durch die Freihandelszone. Andererseits verschließen wir uns nicht der taktischen Überlegung, daß ohne den Druck des Gemeinsamen Marktes die Freihandelszone wahrscheinlich nie zustande kommen würde. Unser endgültiges Urteil über die neuen Konstruktionen wird davon abhängen, wie weit es gelingt, durch die Freihandelszone eine möglichst große Zahl von Volkswirtschaften in möglichst marktwirtschaftlicher Weise zu einem wirklichen Gemeinsamen Markt zu vereinigen.

Nun zum zweiten Teil! So unzufrieden wir mit den Halbheiten und Inkonsistenzen der Regierungspolitik sind, so wenig sehen wir uns in der Lage, statt dessen mit gutem Gewissen auf das Konzept der SPD zurückzugreifen. Hier erfüllen uns noch wesentlich größere Sorgen. Die SPD hat anfangs gegen die Erhardsche Politik heftigen Widerstand geleistet und ständig Zusammenbrüche und Katastrophen an die Wand gemalt, die nie eingetreten sind. Sie hat darüber hinaus die Bemühungen, wieder zu einer freiheitlicheren Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu gelangen, mit so viel gehässiger Agitation begleitet, daß deren Nachwirkungen die wirtschaftspolitische Diskussion noch heute vergiften. Es ist ein Glück, ganz besonders auch für den deutschen Arbeiter, daß damals die Bundesregierung den Vorschlägen der Sozialdemokratie nicht gefolgt ist. Die CDU tut aber sicher nicht gut daran, immer wieder vorwiegend auf den damaligen Vorgängen herumzureiten, statt vor allem unter ihrer Regierung die Marktwirtschaft besser auszubauen und durch diese Leistung zu überzeugen.

Unter dem Eindruck der praktischen Erfolge der Erhardschen Politik und selbstverständlich auch unter dem Eindruck der Wahlniederlage von 1953 haben nun bei Teilen der SPD bessere Einsicht und taktische Überlegungen einen Wandel der wirtschaftspolitischen Auffassungen bewirkt. Hier geht ein höchst bemerkenswerter Prozeß vor sich. Die Sozialdemokratie hat Wurzeln im Marxismus. Sie ist aber im Unterschied zum Kommunismus von ehrlichem Streben nach demokratischen Formen des öffentlichen Lebens be-seelt. Dieses Streben hat sie immer weiter vom Marxismus entfernt. Selbstverständlich geht dieser Wandlungsprozeß, der eine ständige Programmkri-se bewirkt, innerhalb der SPD nur schmerzhaft und nicht ohne Widerstände und Rückschläge vor sich. Es gibt starke Gruppen, die recht weit links ste-hen, die an den alten Auffassungen festhalten und vermutlich erst mit dem Aufkommen einer neuen Funktionärsgeneration endgültig überwunden wer-den können. Bei denjenigen Persönlichkeiten der Sozialdemokratie aber, die die Umstellung ehrlich meinen - und diese gibt es neben vielen, die wohl zunächst hauptsächlich an den Wahlkampf denken, zweifellos, wenn sie oft auch auf halbem Wege stehenbleiben -, müssen wir gewissenhafterweise eine höchst beachtenswerte moralische und intellektuelle Leistung anerken-nen. Wir nehmen das ganz nüchtern und, da wir keine parteipolitischen Gegner sind, ohne Mißgunst zur Kenntnis. Es ist wahrhaftig keine Kleinig-keit, eine jahrzehntelang für richtig gehaltene Auffassung über Bord zu wer-fen. Nach unserer Auffassung zielt es einen ehrlichen Menschen nur, wenn er sich der besseren Überzeugung beugt, statt starr auf einem Standpunkt zu beharren, der sich als falsch erwiesen hat. Diesen Kräften, die sich inner-halb und außerhalb ihrer Partei ja auch gegen Kritik von links zu wehren ha-ben, eine aufrichtige Zusammenarbeit anzubieten, ist für uns selbstver-ständlich.

Auf der anderen Seite scheint der Einfluß dieser Kräfte auf die offizielle Par-teipolitik noch recht schwach zu sein. Es ist deutlich erkennbar, daß die nach wie vor dem Marxismus verhafteten Elemente, besonders in der Funk-tionärshierarchie, noch recht stark sind. Immerhin aber war in dem Grund-satzreferat des Parteivorsitzenden Ollenhauer auf der Wahlkundgebung am vergangenen Sonntag schon der Satz enthalten: „Preisstop und allgemeine staatliche Preisfestsetzungen sind keine Mittel sozialdemokratischer Wirt-schaftspolitik.“ Welch ein Wandel! Mit welcher Erbitterung hatte die Sozial-demokratie 1948/50 die Aufhebung der Preisbindungen bekämpft! Unsere Freude wäre allerdings noch größer, wenn nicht im folgenden Satz wieder ein Hintertürchen für andersartige Tendenzen geöffnet würde. Da heißt es nämlich: „Dagegen wird die Sozialdemokratie die Erhöhung von Preisen, auf die Parlament und Regierung Einfluß haben, verhindern.“ Wir möchten hierzu die SPD gern um eine Verdeutlichung bitten. Ist damit gemeint, daß diejenigen Preise, die sich jetzt in der Regie des Staates befinden, auch in der Regie des Staates verbleiben sollen? Würde dies z. B. bedeuten, daß die unsinnige und ungerechtfertigte Mietpreisbindung beibehalten werden soll? Und kann dies am Ende auch bedeuten, daß Preise, die sich bisher frei auf dem Markt - aber nach Meinung einer SPD-Regierung vielleicht falsch - entwickeln, auch in die Hand des Staates übernommen werden kön-nen, um dann unter den zitierten Titel zu fallen, daß »Parlament und Regie-rung eine Erhöhung verhindern werden“?

So, wie die Situation heute in der Sozialdemokratischen Partei noch gegeben ist, wären wir gegen eine Übernahme der Wirtschaftspolitik durch sie immer noch mit sehr großer Skepsis erfüllt. In vielen Punkten ist nämlich leider zu befürchten, daß die Fehler, vor allem in kollektivistischer Hinsicht, die wir schon bei der CDU-Regierung zu beanstanden hatten, von einer SPD-Regierung in noch schlimmerem Ausmaß begangen würden.

Diese Skepsis würde sich auch auf die Fähigkeit der SPD beziehen, den Geldwert stabil zu halten. Ich will kein Mißverständnis aufkommen lassen: wir zweifeln nicht im geringsten an der ehrlichen Absicht und festen Entschlossenheit dieser Partei, den Geldwert stabil zu halten, sind uns aber nicht sicher, daß von ihr nicht Mittel verwendet werden, die schließlich doch den Geldwert gefährden könnten. Wir sind z. B. darüber beunruhigt, daß man in der SPD einer Vollbeschäftigung nach neukeynesianischen Methoden zuneigt - einer Politik also, die nicht nur die konjunkturelle, sondern auch eine strukturelle Arbeitslosigkeit durch Nachfragevermehrung bekämpfen will und in andern Ländern schon dazu geführt hat, daß eine ständige leichte Preissteigerung als unerläßlicher Konjunkturimpuls gilt. Im Zeichen der in der Marktwirtschaft erzielten Vollbeschäftigung sind die Vollbeschäftigungstheoretiker der Sozialdemokratie in den letzten Jahren zwar nicht sehr hervorgetreten, wir erinnern uns aber noch deutlich ihrer Äußerungen aus den Jahren 1949/50.

Dazu kommt, daß die SPD in noch stärkerem Maße als die CDU die verhängnisvolle Dynamisierung der Sozialrenten befürwortete und nach wie vor befürwortet. In der Rede nämlich, die Herr Willi Eichler in der SPD-Kundgebung am vergangenen Sonntag über das Thema »Das Wahlkampfprogramm der SPD« gehalten hat, heißt es ausdrücklich: »Unser Vorschlag, den Verfall der Rentenkaufkraft durch eine automatische Anpassung der Renten an den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung auszugleichen, ist auf den eisernen Widerstand der Regierungsparteien gestoßen. Hier werden wir entscheidende Änderungen durchführen müssen.« Hier wird also nach wie vor mit dem Gedanken gespielt, für Renten eine Sondersicherung gegen Kaufkraftverfall zu schaffen, die nach allen Erfahrungen und theoretischen Überlegungen den Widerstand gegen einen allgemeinen Kaufkraftverfall und das Vertrauen in die Währungsstabilität untergraben muß. ...

Ich wollte jetzt eigentlich auf die Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag für die „Soziale Marktwirtschaft“ von Ernst Winkler eingehen. Da der Bericht aber in voller Länge als Heft 273/4 der Fragen der Freiheit im Netz zur Verfügung steht, verzichte ich hier darauf und verweise insbesondere auf die Kapitel ¹⁰⁹:

- > 2. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) < (S. 60)
und
- > 3. Nach Lautenbachs Tod < (S. 74)

109 In anderen Beiträgen von mir sind Auszüge zu finden.

Im Grunde genommen war das Projekt Soziale Marktwirtschaft in dem Moment gestorben, als nach der Verlobung der Ordoliberalen mit den Freiwirten die Hochzeit platzte. Dabei ist die Hochzeit nicht geplatzt, weil die Freiwirte kein Verständnis für das Anliegen der Ordoliberalen hatten, sondern weil die Ordoliberalen nicht tief genug in die Währungsproblematik eingedrungen waren. Das gilt, obwohl bei Walter Eucken in seinen > Grundsätze(n) der Wirtschaftspolitik (S. 162) zu lesen ist:

Das Prinzip, der Währungspolitik einen besonderen Rang im Rahmen der Wirtschaftspolitik zuzuweisen, hat - wie gezeigt - einen ordnungspolitischen Sinn. Durch das Handeln nach diesem Prinzip wird nicht - um eine vergrößernde Bezeichnung zu gebrauchen - die Wirtschaft der Währung geopfert. Das Umgekehrte gilt: Durch eine gewisse Stabilisierung des Geldwertes wird es möglich, in den Wirtschaftsprozeß ein brauchbares Lenkungsinstrument einzubauen.

Wenn es gelänge, die Währungsverfassung mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einen dauernden Wechsel der Konjunkturen, d. h. in Inflation und Deflation umzuschlagen.

Eine gute Währungsverfassung sollte jedoch nicht nur so konstruiert sein, daß sie den Geldwert möglichst stabil hält. Sie sollte darüber hinaus noch eine weitere Bedingung erfüllen. Wie die Wettbewerbsordnung selber sollte sie möglichst automatisch funktionieren; nicht einfach nur deshalb, weil die >Systemgerechtigkeit< erfordert, Währungsverfassung und allgemeine Wirtschaftsverfassung auf demselben Prinzip aufzubauen, sondern auch vor allem, weil die Erfahrung zeigt, daß eine Währungsverfassung, die den Leitern der Geldpolitik freie Hand läßt, diesen mehr zutraut, als ihnen im allgemeinen zugetraut werden kann.

Und von Erhard und anderen ist zu lesen:

WÄHRUNG und WIRTSCHAFT

Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis, -Politik
Herausgeber

LUDWIG ERHARD / ERVIN HIELSCHER / MAX SCHONWANDT
unter Mitwirkung von

WILHELM KROMPHARDT / OTTO LAUTENBACH

1. Heft 1949

GELEITWORT

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozialordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte

es doch sein). Diesem Ziel näherzukommen erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzzeitigen Gruppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesentlich gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen zugute kommen kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten „realen Voraussetzungen“) sind und wie sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land „arm“ oder „reich“, sein.

Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Schlagworte und unklare Vorstellungen (z.B. über „Inflation und Deflation“, aber auch über „Des-Inflation“ und „Re-Deflation“) richten hierbei nur Schaden an. Wir rufen dazu auf, sie zu vermeiden oder doch zu klären. Das wird nur gelingen, wenn gleicherweise in echtem Eifer nach wissenschaftlicher Vertiefung wie in unmittelbarer Verbundenheit zur wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit das gesucht wird, was richtig und heute nötig ist. Das Richtige und Nötige werden wir nur in freier Aussprache und in hartem Ringen miteinander finden (und auch dann nur Schritt für Schritt). Dafür das noch fehlende Forum zu bieten ist Hauptaufgabe dieser Zeitschrift. Sie wird mit verantwortlicher Kritik alles prüfen, was für Währung und Wirtschaft von Bedeutung ist und selbst die Grundfragen erforschen und Vorschläge machen. Die ausgeprägten Anschauungen jedes einzelnen Herausgeber über die Zusammenhänge der Wirtschaft und Gesellschaft und über das, was heute getan werden sollte, werden zwar zum Ausdruck kommen, aber nicht weniger

oft und gern jede noch so scharfe Kritik an den Auffassungen und Handlungen der Herausgeber und der Schriftleitung - vorausgesetzt nur, daß diese Kritik mit diskussionsfähigen (wenn vielleicht auch nicht richtigen) Gründen versehen ist. Jeder, dessen Ansichten, Äußerungen oder Taten kritisiert worden sind, wird an gleicher Stelle und in gleichem Umfang mit sachlichen Gründen ohne vermeidbare Wiederholung antworten können. Es ist selbstverständlich, daß Herausgeber und Schriftleitung nicht die gleichen Ansichten haben und jeder nur die von ihm gezeichneten Beiträge zu vertreten hat.

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an den engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.

Wir werden unser Bestes tun, ebenso wissenschaftlich wie anschaulich und verständlich zu sein, um die Aufmerksamkeit und Mitarbeit aller zu wecken.

Für dieses Programm, dagegen nicht für die einzelnen Aufsätze (auch nicht für die der Schriftleitung), für das Gesicht und für die Erfüllung des hohen Anspruchs stehen die Herausgeber ein.

Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Wilhelm Kromphardt
Otto Lautenbach / Max Schönwandt

Über die Trennung der Freiwirte von der ASM nach dem Tod von Otto Lautenbach gibt es bei Ernst Winkler mehr zu lesen. Die in der Aktionsgemeinschaft (ASM) tätig gewesenen Freiwirte waren auch noch nach der Trennung dem Projekt verbunden. Man kann es auch an scheinbar Oberflächliches erahnen: Drei nach der Trennung von der ASM entstandene Publikationen sind in gleicher Aufmachung gestaltet worden, wie die Protokolle der ASM. Neben dem Thema Geld und Währung war es die Bodenproblematik, für die die Ordoliberalen das nötige Verständnis fehlte. Im Grunde mussten die Ordoliberalen die theoretische ökonomische Führerschaft an die Keynesianer abgeben, wie diese die von den Ordoliberalen übernommene Führerschaft an die Neoliberalen (zweiter Prägung oder der Chicagoer Schule) abgeben mussten. Auch in der theoretischen Ökonomie zahlt sich Ignoranz gegen über Erkenntnisse, die man nicht selbst gewonnen hat, nicht aus. Der Sieg der Neoliberalen zweiter Prägung war für den Gedanken einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ein Rückschritt, weil wesentliche Bedingungen der **gleichen Freiheit für alle** nicht erfüllt wurden und so nur

den Ruf nach der starken Persönlichkeit, die alles regelt oder nach der scheinbaren Geborgenheit im Superkollektiv der Zentralverwaltungswirtschaft gefördert wurde und wird.

Ich will noch mit kurzen Ausschnitten aus zwei Quellen und einem Blog-Beitrag die Klippe „Bodenrecht“ sichtbar machen, die weitere Ursache des Absturzes des Modells Soziale Marktwirtschaft schon im Gründungsstadium war.

Aus Beiträge zur Situation der Menschlichen Gesellschaftsordnung
Herausgegeben von Friedrich Salzmänn, 1956

Dietber Vogel

Staat und Bürger

1. Versuche zur Bestimmung der Grenzen des Staates

*»Woran erkenn' ich den besten Staat? Woran du die beste Frau kennst:
Daran, mein Freund, daß man von beiden nicht spricht.«
Friedrich Schiller*

...

Das Bodenrecht

Die zu schaffenden Bodengesetze sind aus diesem Grund eindeutig bestimmt durch das naturgesetzliche Abhängigkeitsverhältnis des Menschen vom Grund und Boden und seiner Unvermehrbarkeit. So wie auf die Atemluft, haben alle Menschen das gleiche Recht auf den Zugang zum Grund und Boden. Der Grund und Boden, der in alten Zeiten in der „Allmendverfassung“ von den Gemeinwesen im Sinne dieses gleichen Rechts verwaltet wurde, ist im Lauf der geschichtlichen Entwicklung durch die Entfaltung von Gewalt und Macht in das private Eigentumsverhältnis (privare = rauben) übergegangen und ist zuletzt käufliche und verkäufliche Ware geworden.

Der Besitzer, der sein Kapital in Boden investiert hat, ist nun in der Lage, von denjenigen eine Abgabe, die Grundrente, zu erheben, die auf seinem Grundstück arbeiten und wohnen müssen, oder deren Brot darauf wächst. Der Eigentumstitel auf Grund und Boden verleiht ihm eine Monopolstellung. Die Höhe der Bodenrente, die ein Grundstück erbringt, hängt vom Grade des natürlichen Knappheitswertes des Bodens, d. h. von der Bevölkerungsdichte in dem betreffenden Gemeinwesen ab, und sie steigt mit der durch ungehemmtes Sparen entfesselten Produktivkraft des Kapitals ins Ungehemmte. (Bei einem Zinsfuß von 5 % beträgt der Kapitalwert eines Grundstücks, welches jährlich 100 Mark Reinertrag bringt, z. B. 2000 Mark. Sinkt der Zinsfuß infolge guter Konjunktur auf 2,5 %, so steigt der Wert dieses Grundstücks auf 4000 Mark, bei 1,25 % auf 8000 Mark und bei 0 % auf unendlich, d. h. das Grundstück wird unverkäuflich.) Den Grund und Boden seines Warencharakters zu entkleiden, d. h. die Grundrente, das Ergebnis der natürlichen Abhängigkeit der Menschen vom Boden, dem Gemeinwesen zuzuführen, hat daher Inhalt eines dieser absoluten, auf demokratische

Weise indiskutablen Gesetze zu sein. Über die möglichen Modalitäten dieser „Bodenreform“ soll an dieser Stelle nicht gesprochen werden es wird sich jedoch eindeutig um eine den modernen Verhältnissen entsprechende Wiederherstellung der ursprünglichen Allmendverfassung handeln müssen, also um eine Art Erbpacht oder Erblehen. Die Wiederherstellung dieser „Allmendverfassung“ würde außer der Beseitigung der Monopolstellung des Bodeneigentums noch die Entkapitalisierung des Bodens bewirken, das Freiwerden der darin investierten beträchtlichen Kapitalien zu produktiven Zwecken und die Umwandlung des volkswirtschaftlichen und ethisch schädlichen Realkredits in den Personalkredit. Durch dieses „absolute Bodenrecht“ würde also der eine Pol der Wirtschaft, die Natur, ihres Warencharakters entkleidet und dem werteverbrauchenden Wirtschaftskreislauf entzogen werden. - (S. 27 f.)

Aus der Zeitschrift für Sozialökonomie Folge 196 /197, Mai 2018, Seite 19 f.

Bedarf es wirklich keiner Bodenrechtsreform?

Eine verdrängte Herausforderung

von Hans-Jochen Vogel

A.

Aufgabe jeder verantwortungsvollen Politik ist es, den Menschen, mit denen man in einem Gemeinwesen verbunden ist, ein erträgliches Leben zu ermöglichen und darüber hinaus ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Für die Beurteilung der Frage, ob dies gelingt, gilt die Wertordnung, auf die man sich verständigt hat. Eine solche Politik muss Gefahren rechtzeitig erkennen und sich bemühen, sie zu überwinden. Zugleich muss sie positive Entwicklungsmöglichkeiten erforschen und in die Tat umsetzen.

Dementsprechend setzen wir uns gegenwärtig lebhaft mit aktuellen Herausforderungen auseinander. So etwa dem Klimawandel, dem Ausstieg aus der Kernenergie und den fossilen Energien, der Diesellaffäre, der durch zerfallende Staaten und dem Missbrauch religiöser Sätze verursachten Zunahme der Gewalt und der dadurch und eine wachsende soziale Kluft ausgelösten Flüchtlingsströme. Oder mit nationalen Abschottungen, die wieder mit dem Begriff „völkisch“ arbeiten und mit einem Populismus, der mehr auf Emotionen als auf Fakten setzt. Da sehe ich Gefahren für die europäische Einheit und sogar für unsere Demokratie, die die jüngeren Generationen über lange Zeit hin für selbstverständlich und deshalb keines besonderen Engagements bedürftig gehalten haben. Alle diese Themen stehen auf unserer politischen Tagesordnung. Und bei allen Irrtümern und Säumnissen, an denen es durchaus nicht mangelt, gab und gibt es hier auch Fortschritte im Sinne einer Politik, die der Menschheit in der eingangs beschriebenen Weise dient.

Eine Herausforderung allerdings - und sie gibt mir den Anlass für diese Äußerung - ist von der politischen Tagesordnung seit langem verschwunden, nämlich der seit Jahrzehnten andauernde Anstieg der Baulandpreise, der sich gerade in den letzten Jahren noch verstärkt hat. Er ist auch eine wesentliche Ursache dafür, dass sich die Mieten ebenso kontinuierlich erhöht

haben. Dem versucht die Politik mit einer sogenannten Mietpreisbremse entgegenzuwirken, die allerdings wenig erfolgreich war. Deshalb spielte dieses Thema auch im jüngsten Bundestagswahlkampf eine Rolle. Aber über die wesentliche Veranlasserin dieser Entwicklung, nämlich die Baulandpreissteigerung, wurde nicht gesprochen. Sie wird offenbar als unabänderlich hingenommen.

Manche werden meinen, diese Herausforderung bliebe an Gewicht und Bedeutung hinter den von mir soeben genannten Herausforderungen zurück und sei deshalb nicht vergleichbar. Dem widerspreche ich. Denn Grund und Boden ist keine beliebige, je nach Bedarf produzierbare oder auch verzichtbare Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Er ist unvermehrbar und unverzichtbar. Jeder braucht ihn in jedem Augenblick seines Lebens wie das Wasser oder die Luft.

Das ist keine neuere Erkenntnis. Denn schon im Jahre 1967 hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 12. Januar 1967 (BVerfGE 21,73/86) ausgeführt: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern“. Und weiter:

„Das Gebot sozial gerechter Nutzung ist aber nicht nur eine Anweisung für das konkrete Verhalten des Eigentümers, sondern in erster Linie eine Richtschnur für den Gesetzgeber, bei der Regelung des Eigentumsinhalts das Wohl der Allgemeinheit zu beachten. Es liegt hierin die Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor den Interessen der Gemeinschaft hat.“

Wie ich noch dartun werde, gab es vor fünfzig Jahren einen ernsthaften Versuch, diesen Regeln durch eine Reform des Bodenrechtes Geltung zu verschaffen und dadurch auch der Ausweitung der sozialen Kluft in unserem Land einen Riegel vorzuschieben. Doch er ist gescheitert. Seitdem schweigt die Politik. Dafür habe ich keine einleuchtende Erklärung. Aber ich halte es für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen und an Fakten zu erinnern, die jedermann zugänglich sind. Übrigens hat dieses Thema nicht nur nationale Bedeutung. Denn die Bodeneigentumsverhältnisse und die Bodenpreisentwicklung spielen auch global - so etwa in Afrika und in Südamerika - eine relevante und zwar negative Rolle.

Der Beginn aus einem aktuellen Blog von Dirk Löhr:

[Deutsch](#), [Real Estate](#), [Taxation](#)

Warum eine Bodenwertsteuer?

[December 10, 2018](#) [rentgrabbing](#) [Leave a comment](#)

Dirk Löhr

Am 28. und 29. November 2018 hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz seine Vorschläge für eine Grundsteuerreform den Länderfinanzministern und der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese bestehen aus zwei „Verbundsteuern“, nämlich der wertunabhängigen Flächensteuer sowie dem „Mietwertmodell“. Beide Modelle beziehen neben einer Bodenkomponente auch das Gebäude in die Bemessungsgrundlage mit ein. Dabei bevorzugt der Bundesfinanzminister offenbar das „Mietwertmodell“, das letztlich auf eine Modernisierung und Weiterführung der gegenwärtigen Einheitswertbesteuerung hinausläuft. Nicht im Reigen der Vorschläge befand sich die Bodenwertsteuer. Es besteht die Gefahr, dass hier eine historische Chance für ein „Umsteuern“ verpasst wird. Deren Wirkungsweise wird nachfolgend mit Blick auf einige soziale, wirtschaftliche, planerische und städtebaulichen und verwaltungstechnischen Aspekte kurz skizziert.

Vorab: Belastungsgrund und Bewertungsziel der Bodenwertsteuer

Die Bodenwertsteuer zielt auf die Erfassung der Vorteile, die den Bodeneigentümern durch die kommunale Bereitstellung von öffentlichen Leistungen entstehen, soweit diese nicht durch Gebühren oder Beiträge abgedeckt sind. Hierbei handelt es sich v.a. um die Bereitstellung von Infrastruktur oder sog. öffentlichen Gütern (Straßen, Parks etc., für die keine Ausschließbarkeit besteht), aber auch Planung. Die Vorteile aus den öffentlichen Bereitstellungsleistungen schlagen sich v.a. im Bodenwert zugunsten der Grundstückseigentümer nieder, weniger im Gebäudewert. Der Bodenwert und die Bodenerträge sind zum allergrößten Teil das Ergebnis öffentlicher, gemeinschaftlicher Leistungen („externe Effekte“) – sie wurden nicht vom Bodeneigentümer „geschaffen“. Die Bodenwertsteuer möchte der Gemeinschaft wenigstens einen kleinen Teil der von ihr geschaffenen Werte wieder zurückgeben – es geht also um Nutzenäquivalenz (die mit dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit vereinbar ist^[1]).

Die konkrete Inanspruchnahme kommunaler Leistungen erfolgt durch die Bewohner der Immobilien, und zwar im Regelfall gegen die Zahlung Gebühren, die die mit der konkreten Leistungserstellung unmittelbar zusammenhängenden Kosten (ökonomisch: Grenzkosten) abdecken. Es ist somit nicht erforderlich, das Gebäude in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen, um die Vorteile aus der konkreten Inanspruchnahme von öffentlichen Leistungen zu erfassen.

Fortsetzung: <https://bodenwertsteuer.org/2018/12/10/warum-eine-bodenwertsteuer/>

Ein weiteres Thema: **War Ludwig Erhard ein Freiwirt?**

Ich habe schon in meiner F.D.P.-Zeit¹¹⁰ erlebt, dass von Mitgliedern dieser Partei gesagt wurde, Erhard sei ja nur aus Versehen zur CDU gekommen, er gehöre doch eigentlich zur FDP. Ich bin mir nicht sicher, ob die FDP Erhard ausgehalten hätte. 1966 ist Erhard als Bun-

¹¹⁰ Ich bin Mitglied der F.D.P. Geworden als sie zum Zeichen ihres Wandels Punkte hinter ihrem Namenskürzel setzte.

deskanzler die FDP als Koalitionspartner abhandengekommen. Am 30.11.2016

schrieb Peter Hölzle:

Vor 50 Jahren: Rücktritt von Ludwig Erhard Kanzler ohne Fortüne

Ludwig Erhard gelangen vierzehn glückhafte Jahre als Wirtschaftsminister in allen Regierungen Konrad Adenauers. Dann folgten drei glücklose Jahre als Regierungschef – und schließlich ein abrupter Abgang des CDU-Kanzlers. Er scheiterte an seiner Außen- und Wirtschaftspolitik.

...

Erhards politische Aktivität spielte sich noch elf Jahre hauptsächlich auf den Hinterbänken des Bundestages ab. Seine Partei, die CDU, nahm ihm übel, dass er ein Kanzler ohne Fortüne geblieben war. Seine Glücklosigkeit hatte sich sowohl in der Außen- wie in der Wirtschaftspolitik gezeigt. Mit dieser fand der Wirtschaftsfachmann Erhard kein Rezept gegen die Rezession und den damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosigkeit. In jener ordnete er als entschiedener „Atlantiker“ die Partnerschaft mit dem Frankreich de Gaulles den privilegierten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unter, ohne dass dieser „Treuebeweis“ honoriert wurde. Die US-Regierung verlangte 1966 drastisch erhöhte Zahlungen für ihre in der Bundesrepublik stationierten Truppen. Diese Mehrforderungen trugen mit zu jenem Haushaltsdefizit bei, an dessen Deckung Erhards Regierung mit der FDP scheiterte.

https://www.deutschlandfunk.de/vor-50-jahren-ruecktritt-von-ludwig-erhard-kanzler-ohne.871.de.html?dram:article_id=372658

Es war die Zeit wo Erhard vor allem mit seinen Maßhalteappellen „glänzte“, von denen er selber gesagt hat, dass er damit kein Erfolg gehabt hätte. Da ich damals schon wusste, dass man mit Maßhalteappellen keine Währungsstabilität erzielen kann, wäre es mir schwer gefallen, ihn inhaltlich nur in die Nähe der Freiwirtschaft zu wähen. Ich war später dann erstaunt als ich im SPIEGEL vom 09.09.1953 unter dem Titel

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT DIE FLUCHT NACH VORN Folgendes las:

Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug; als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettsitzungen, Erhard nicht.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25657504.html>

Es lohnt aber den ganzen Artikel zu lesen, denn er ist eine Hilfe, Erhard als ein Motor und Ereignis der frühen BRD verstehen zu lernen. Erhards Verbindung zu dem Initiator der ASM, Otto Lautenbach, habe ich mit dem Auszug der 1. Ausgabe der Zeitschrift > Währung

... Wirkung politischer Leitideen - 278 - Text 160.1 T.A. Nov. 2018

und Wirtschaft < und seine Zustimmungen zu Inhalten, die unter Leitung von Lautenbach verfassten Thesen schon dokumentiert. Wann der Kontakt zwischen den beiden Akteuren geknüpft wurde, wie weit die Übereinstimmung ihrer Ansichten zur Währungs- und Wirtschaftspolitik war und ob Erhard sich intensiver mit Gesell befasst hat, weiß ich nicht. Vielleicht ist darüber in einer Biographie etwas zu erfahren. Da Erhards Lieblingslehrer Franz Oppenheimer war und es eine gewisse Geistesverwandschaft zwischen Oppenheimer und Gesell gab, könnte auch hier schon eine Verständnisbrücke gegeben haben. Jedenfalls muss Erhard zwischen den beiden Begriffen freie Wirtschaft und Freiwirtschaft zu unterscheiden gewusst haben. Wenn dann in seinem Buch *>Wohlstand für alle<* eine Karikatur übernommen hat, bei der er als *Freiwirtschafts-Troubadour* bezeichnet wird, dann dürfte das keine Nachlässigkeit bei der Auswahl gewesen sein.



Unerwünschte Klänge
 Freiwirtschafts-Troubadour Erhard: „Sie hat doch sonst immer
 meinen Klängen ganz entzückt gelauscht!“
 (Entnommen der „Wetzlarer Neuen Zeitung“ mit freundlicher Genehmigung des
 Nordpress-Verlag Walter Glaue, Hamburg)

Ich will zum Schluss noch zwei Botschaften Erhards für heute sichtbar machen.

Aus dem 12. Kapitel *Wohlstand für alle*, von Ludwig Erhard, 1957

VERSORGUNGSSTAAT— DER MODERNE WAHN

...

Die soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen, und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird.

...

Ich habe zu wiederholten Malen betont, daß ich die persönliche Freiheit für unteilbar halte. Aus solcher Gesinnung heraus bin ich 1948 darangegangen, alle wirtschaftlichen Unfreiheiten systematisch abzubauen und deshalb muß ich, ebenso wie ich meinen Teil zur Befreiung des deutschen Menschen beigetragen habe, einen entsprechenden Beitrag auch für die übrigen Lebensbereiche verlangen. *Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung* kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch *im sozialen Leben* der Nation ein *Höchstmaß an Freiheit*, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist.

Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, d. h. ihn in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens abschirmen zu wollen, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, daß sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist und darüber hinaus die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten „Sozialen Marktwirtschaft“ bietet. Auch muß auf die unlösbare Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aufmerksam gemacht werden: Tatsächlich sind um so weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann.

...

Da die Größenordnungen, in denen sich über die Sozialhaushalte die Einkommensübertragungen vollziehen, keineswegs mehr als eine Quantité négligeable gelten können, sondern einen gewichtigen Faktor im Verteilungsprozeß der Wirtschaft ausmachen, besteht heute eine sehr enge Interdependenz zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Die volkswirtschaftlich *neutrale und autonome Sozialpolitik* gehört daher der *Vergangenheit* an; sie muß vielmehr einer Sozialpolitik Platz machen, die mit der Wirtschaftspolitik aufs engste abgestimmt ist. Die Sozialpolitik darf der volkswirtschaftlichen Produktivität nicht indirekt Abbruch tun und den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht widerstreben wollen.

Wenn wir überhaupt eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer gewährleisten wollen, dann wird es in der Tat zu einem Grunderfordernis, einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen zu persönlicher Freiheit verhelfen will, eine *gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik an die Seite* zu stellen. Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden in weitem Umfang zu üben. Wirtschaftliche *Freiheit* und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie *Feuer und Wasser*.

Die Hand in der Tasche des Nachbarn

Nachdrücklich muß dieser Gefahr entgegengewirkt werden. In dieser Auseinandersetzung scheiden sich die Geister mehr als in jeder anderen Frage. Die einen wännen, daß das Wohl und das Glück der Menschen in irgendeiner Form *kollektiver Generalhaftung* begründet liege und daß man auf diesem Wege, an dessen Ende natürlich immer die Allmacht des Staates steht, fortschreiten müsse. Das ruhige und bequeme Leben, das man damit anstern will, wird vielleicht nicht allzu üppig, aber dafür um so gesicherter sein. Diese Form des Lebens und Denkens findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Konstruktion des sogenannten Wohlfahrtsstaats. Auf der anderen Seite aber ist das natürliche *Streben* des einzelnen Menschen, in eigener Verantwortung Vorsorge zu treffen und an seine Zukunft, seine Familie und sein Alter zu denken, nicht aus der Welt zu schaffen - so sehr man sich auch indirekt bemüht, das menschliche Gewissen ertöten zu wollen.

Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie *übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit* im sozialen Bereich erschalle. Wo aber sollen wir hinkommen und wie wollen wir den Fortschritt aufrechterhalten, wenn wir uns immer mehr in eine Form des Zusammenlebens von Menschen begeben, in der niemand mehr die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen bereit ist und jedermann Sicherheit im Kollektiv gewinnen möchte. Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, daß, falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder *die Hand in der Tasche des anderen hat*. Das Prinzip heißt dann: Ich Sorge für die anderen und die anderen sorgen für mich!

Die Blindheit und *intellektuelle Fahrlässigkeit* mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen.

Hier wird schon etwas deutlicher, was die Beifügung „Soziale“ in der Sozialen Marktwirtschaft bedeuten soll. Klar ist, wenn die Leistung nicht mehr entlohnt wird, dann wird die Anstrengung des Wettbewerbs gemieden. Es gibt dann einen negativen Wettbewerb in der Form, dass nach einem Platz gestrebt wird, der mit wenig Anstrengung einen möglichst großen Ertrag einbringt. Und diese Plätze müssen dann durch Berechtigungsscheine gegen Konkurrenten abgeschirmt werden. Es ist aber sinnlos, die Wahl dieses Weges moralisch zu verwerfen, weil doch jeder – der will – sehen kann, dass die gegebene Einkommens- und Vermögensverteilung wenig mit Leistung zu tun hat. Das liegt eben daran, dass das Modell Soziale Marktwirtschaft nicht entsprechend der ihr zgedachten Wirkungen, sondern schlicht als kapitalistisch verformte Marktwirtschaft eingeführt wurde. Es ist aber eine Illusion, das kapitalistische Moment in unserer Wirtschaftsordnung mit dem zwangskollektivem sozialen Sicherungssystem aufheben zu können. In Wahrheit ist das heutige soziale Sicherungssystem eine Teilentmündigung der Bürger und eine Fremdverwaltung und Fremdverfügung eines

wesentlichen Teils ihres Arbeitseinkommens, ohne dass dadurch die Last, die das Kapital und der Staat dem Bürger auferlegt, nur einen Euro geringer wird.

Eine freiwirtschaftlich Definition von Sozialer Marktwirtschaft (Marktwirtschaft / Verkehrswirtschaft / Natürliche Wirtschaftsordnung / frei- oder liberalsoziale Ordnung / Humane Wirtschaft / Fairconomy oder vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft) wäre:

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung in der es für alle Güter, Dienstleistungen und Bedürfnisse – soweit sie nicht gegen allgemeine Gesetze verstoßen – Märkte gibt, die frei von Oligopolen und Monopolen sind, zu der jedermann als Anbieter oder Nachfrager Zugang hat. Es gibt keine konjunkturellen Störungen mehr. Jeder, der arbeiten will und kann, findet bei freier Wahl dazu eine Möglichkeit zu einem Lohn, der ihn nährt. Das alte sozialistische Ziel - der Arbeit den vollen Arbeitsertrag zu verschaffen - wird dadurch erzielt, das die Ausbeutungsmöglichkeit, die bisher durch das Recht (beim Boden und den Patenten) ermöglicht wird, aufgrund von Rechtsänderungen aufgehoben wird. Die Ausbeutung der Arbeit durch das Geldsystem wird durch eine Änderung des Geldsystems (Freigeld / Fließendes Geld) aufgehoben. Die Preisniveaustabilität ist für lange Zeiträume gegeben, so, dass für individuelle Lebensplanungen eine Planungssicherheit besteht. Das Arbeitseinkommen steigt auf eine Höhe, die eine soziale Absicherung gegen alle Gefahren des Daseins ohne Umweg und Entmündigung durch den Staat möglich macht. Ein Zins- und Rendite-Niveau, das um null % pendelt, macht für die Mehrzahl der Bürger eine Vermögensbildung – als Altersvorsorge und künftige Anschaffungen – möglich, die unter gegenwärtigen Zuständen nicht gegeben ist. Alle Beziehungen der Bürger untereinander entwickeln sich in Richtung Dezentralität und Selbstorganisation. Die wirtschaftlichen Ursachen für die Zentralität sind ausgeschlossen, nicht aber die der technischen, die sich immer noch bis zu ihrem Verfahrens-Optimum entwickeln können. Zusammengefasst: Der Mensch wird wieder ein Subjekt des Geschehens und bleibt nicht nur in seiner Objektstellung gebunden. TA